

## DIENSTAG, 24. MÄRZ 2009

VORSITZ: MECHTILD ROTHE

Vizepräsidentin

### 1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.)

### 2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

**3. Grünbuch: territorialer Zusammenhalt und Stand der Diskussion über die künftige Form der Kohäsionspolitik - Bewährte Methoden im Bereich der Regionalpolitik und Hindernisse bei der Inanspruchnahme der Strukturfonds - Die städtische Dimension der Kohäsionspolitik im neuen Programmplanungszeitraum - Komplementarität und Koordinierung der Kohäsionspolitik mit Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums - Umsetzung der Strukturfonds-Verordnung 2007-2013: Ergebnisse der Verhandlungen über kohäsionspolitische Strategien und operationelle Programme - Entwicklung von Kleinstkrediten für mehr Wachstum und Beschäftigung (Aussprache)**

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache über

- den Bericht von Lambert van Nistelrooij im Namen des Ausschusses für regionale Entwicklung über das Grünbuch: territorialer Zusammenhalt und Stand der Diskussion über die künftige Form der Kohäsionspolitik (2008/2174(INI)) (A6-0083/2009),
- den Bericht von Constanze Angela Krehl im Namen des Ausschusses für regionale Entwicklung über bewährte Methoden im Bereich der Regionalpolitik und Hindernisse bei der Inanspruchnahme der Strukturfonds (2008/2061(INI)) (A6-0095/2009),
- den Bericht von Oldřich Vlasák im Namen des Ausschusses für regionale Entwicklung über die städtische Dimension der Kohäsionspolitik im neuen Programmplanungszeitraum (2008/2130(INI)) (A6-0031/2009),
- den Bericht von Wojciech Roszkowski im Namen des Ausschusses für regionale Entwicklung über Komplementarität und Koordinierung der Kohäsionspolitik mit Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums (2008/2100(INI)) (A6-0042/2009),
- den Bericht von Miroslav Mikolášik im Namen des Ausschusses für regionale Entwicklung über die Umsetzung der Strukturfonds-Verordnung 2007-2013: Ergebnisse der Verhandlungen über kohäsionspolitische Strategien und operationelle Programme (2008/2183(INI)) (A6-0108/2009) und
- den Bericht von Zsolt László Becsey im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über die Entwicklung von Kleinstkrediten für mehr Wachstum und Beschäftigung (2008/2122(INI)) (A6-0041/2009).

**Lambert van Nistelrooij, Berichterstatter.** – (NL) Frau Präsidentin! Es ist der ausdrückliche Wunsch des Parlamentsausschusses für regionale Entwicklung, dass am Ende dieser Periode eine einzige gemeinsame Aussprache über die Zukunft der Kohäsionspolitik stattfinden sollte, doch heute und morgen soll über nicht weniger als fünf wichtige Berichte von Mitgliedern dieses Hauses debattiert und außerdem, so kurz vor der Europawahl, abgestimmt werden. Wir reden vom größten Etat der Europäischen Gemeinschaft und vom am deutlichsten sichtbaren Teil, soweit es die Bürger betrifft. Die Kohäsionspolitik hat Europa ein Gesicht gegeben, das seine Verbundenheit und Solidarität zeigt. Kein anderer Teil der Welt hat ein so hohes Maß an Zusammenhalt entwickelt. Kohäsion stellt auch wieder ein zentrales Ziel des neuen Vertrags von Lissabon dar. Es wird zudem eine dritte Komponente hinzugefügt, nämlich die des territorialen Zusammenhalts.

Außergewöhnliche Zeiten verlangen neue Antworten. Die Finanzkrise, härterer Wettbewerb als eine Folge der Globalisierung, die Klimaproblematik und das bisherige Verfehlen der Lissabon-Ziele erfordern einen stärker integrierten Ansatz zusammen mit einer Stärkung der Regionalpolitik und

Verbesserungsanstrengungen bei ihr. Mit diesen Fragen beschäftigen wir uns in diesem Grünbuch. Das Grünbuch ist keineswegs das gewohnte Prozedere, sondern eine Aufforderung zu besserem Regierungshandeln und territorialem Zusammenhalt, das auch Entwicklungen kritisiert, bei denen manche Regionen hoch hinaus wollen und Fortschritt in Großstadtgebieten stattfindet, während andere Regionen zurückbleiben. Das ist nicht das Europa, das dieses Parlament erwartet. In der heutigen gemeinsamen Aussprache legen wir deshalb auch den Kurs für die Zeit nach 2013 fest, nach der Überprüfung der Rechtsvorschriften, mit der wir in der nächsten Legislaturperiode des Parlaments nach der Wahl beginnen werden.

Ich werde kurz die wichtigsten Punkte in dieser Debatte und beim territorialen Zusammenhalt durchgehen. Im Jahr 2005 hat Herr Guellec die Wünsche des Parlaments in seinem Bericht dargestellt. Die neue territoriale Dimension wird jetzt nach Artikel 13 und 174 des neuen Vertrags von Lissabon als ein dauerhaftes Ziel festgelegt. Wie gesagt, das ist ein ausdrücklicher Gegensatz zu einem asymmetrischen Europa aus einigen Regionen, die mit voller Kraft wachsen, und eher ländlichen Gebieten, die zurückgelassen werden. Es ist die gleichzeitige Einheit und Vielfalt von Kompetenzschwerpunkten oder „*pôles d'excellence*“ und die spezifische Position anderer Regionen und Orte mit ihren eigenen Qualitäten und ihrer Vielgestaltigkeit. Territorialer Zusammenhalt ergänzt außerdem die bestehende Politik der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion. Es ist ein einheitliches Konzept. Es bietet einen Einblick in die Auswirkungen von sektorbasierter Gemeinschaft und dezentralisierter Aktivität, wie Forschung und Entwicklung, die gemeinsame Agrarpolitik, Verkehr und Transport, die Arbeitsplatzsituation und Maßnahmen gegen den Klimawandel.

Das Konzept des territorialen Zusammenhalts, das scheint die Konsultation der vergangenen sechs Monate nahezulegen, hat breite Zustimmung gefunden, und das ist zu begrüßen. Das Konzept schließt Konzentration und gleichzeitig Netzwerkfähigkeit und Zusammenarbeit ein, und es ist ein Konzept, das wir in der bevorstehenden Amtsperiode gern weiter ausarbeiten würden.

**Constanze Angela Krehl**, *Berichterstatlerin*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kommissarin Hübner! Kohäsionspolitik ist wichtig in Europa. Kohäsionspolitik ist ein Ausdruck von Solidarität. Kohäsionspolitik wird aber nicht nur von den vermeintlich Schwächeren gebraucht – alle Bürgerinnen und Bürger brauchen eine Politik der Solidarität, eine Politik der europäischen Integration! Umso schwieriger wird es, wenn in den Regionen – wir haben über 260 in der Europäischen Union – Mittel der Strukturpolitik nicht abgerufen werden, und zwar nicht, weil die Hilfe nicht benötigt würde, sondern weil die Hürden, diese tatsächlich zu erhalten, zu hoch sind. Einige dieser Hürden sind hausgemacht. Natürlich ist es wichtig und Grundvoraussetzung, dass die Regeln eingehalten werden und eine Kontrolle erfolgt, wie mit dem Geld der europäischen Steuerzahler umgegangen wird. Das darf aber nicht dazu führen, dass Antragsformulare und die Erklärung, wie die Fonds abgerufen werden müssen, so dick und unverständlich sind, dass man promoviert haben muss, um sie zu verstehen.

Deshalb fordere ich in meinem Bericht konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau auf europäischer Ebene, denn dafür sind wir zuständig. So soll beispielsweise das Kontrollsystem vereinfacht werden, der Verwaltungsaufwand für die Projekte soll gesenkt und der Größe der Projekte angepasst werden, und die operativen Verfahren von Projekten sollen vereinfacht, straffer, beschleunigt und stärker ergebnisorientiert sein. Ich bin mir aber sicher, dass auch auf nationaler und regionaler Ebene dazu einiges beigetragen werden könnte.

Der zweite Teil meines Berichts beschäftigt sich mit *best practices* in der Kohäsionspolitik. Wir müssen das Rad nicht zweimal erfinden. Das ist weder effizient noch wirklich schlau. Deshalb müssen wir ein System finden, gute Beispiele an Projekten auch für andere nutzbar zu machen. Wenn wir jedes Jahr Zigtausende von Projekten im Rahmen der Kohäsionspolitik haben, besteht die Kunst eben darin, beispielhafte Projekte in den Regionen zu finden, auszuwählen und zu kommunizieren. Meines Erachtens sind dabei bei der Kommission bereits gute Anfänge gemacht, z.B. mit der Initiative RegioStars. Aber das muss weiterentwickelt werden.

Der Bericht gibt für einige – nach meiner Überzeugung – Schlüsselbereiche Vorschläge für die Kriterien der Auswahl solcher Projekte. Zu den Schlüsselbereichen gehören unter anderem die Bereiche Forschung und Innovation, Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, Unterstützung von KMU, Klimaschutzprojekte, die integrierte städtische Entwicklung und die Entwicklung von *private public partnership*-Projekten, um nur einige zu nennen. Kriterien zur Auswahl von *best practice*-Projekten könnten die Qualität und die Nachhaltigkeit der Projekte, die Impulskraft für die Regionen und für die Europäische Union, die Effizienz des Mitteleinsatzes und natürlich die Übertragbarkeit auf andere Regionen sein.

Gute Beispiele gibt es überall. Im Anhang des Berichts habe ich einige Projekte angeführt, die mir dank der Zuarbeit aus den Regionen übergeben worden sind. Sie kommen aus allen Mitgliedstaaten. Einige möchte

ich hier erwähnen: ein Exzellenzzentrum für Umwelttechnologie in Slowenien, die Mobilitätszentrale Burgenland in Österreich, der *brain hunt*-Wettbewerb in Estland, der Neubau des Fraunhofer-Instituts für Zelltherapie und Immunologie in Deutschland, der Wissenschaftspark in Granada in Spanien und die Entwicklung eines problematischen Stadtteils im Leipziger Osten in Deutschland.

Zum Schluss möchte ich mich als Berichterstatterin und als Koordinatorin meiner Fraktion ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit der Kolleginnen und Kollegen bedanken, nicht nur bei diesem Bericht, sondern während der letzten fünf Jahre. Ebenso möchte ich mich bei der Kommission, dem Ausschuss der Regionen und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit bedanken und hoffe, dass wir diese in Zukunft auch gemeinsam fortsetzen können.

(Beifall)

**Oldřich Vlasák, Berichterstatter.** – (CS) Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen kurz den Bericht über die städtische Dimension der Kohäsionspolitik vorstellen. Es ist ein Bericht, der Optionen und die Beteiligung der Städte bei der Verwaltung und Nutzung der europäischen Gelder im aktuellen Planungszeitraum untersucht. Es ist ein Bericht, der gleichzeitig eine Anleitung darstellt und Anregung bietet, wie die Strukturfondsregelungen so angepasst werden, dass sie den Erfordernissen der europäischen Städte und Metropolen besser gerecht werden. Bei der Abfassung des Berichts habe ich mich nicht nur auf wissenschaftliche Studien und die fachlichen Stellungnahmen von Interessengruppen wie dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas und der „Eurocities“-Gruppe verlassen, sondern vor allem unmittelbar auf die Erfahrungen und Meinungen von Bürgermeistern, Räten, Fachleuten der Rathausverwaltung, Projektmanagern und allen anderen, die mit europäischen Fonds befasst sind. Eine der anregenden Versammlungen, bei denen wir die städtische Dimension gemeinsam erörtern konnten, war eine Veranstaltung unter dem Titel „Europäischer Tag der Städte“, die ich zusammen mit Partnern im Rahmen der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft Anfang Februar in Prag organisiert habe. An dieser Stelle möchte ich noch einmal Frau Kommissarin Hübner, Herrn Svoboda und meinen Kollegen Olbrycht und Beaupuy sowie Frau Kallenbach für ihre Teilnahme und ihr aktives Herangehen danken.

Es ist logisch, dass unsere Aufmerksamkeit auf die Städte konzentriert ist. 80 % der rund 500 Millionen Einwohner in der EU leben in Städten. Die große Mehrzahl der Arbeitsplätze, Unternehmen und Bildungseinrichtungen befindet sich in Städten. Über 70 % der Mehrwertsteuer in Europa werden in Städten generiert. Städte bilden damit eine echte treibende Kraft für das wirtschaftliche Wachstum von ganz Europa, weshalb sie in einer Zeit der Krise umso wichtiger sind. Doch viele Städte sehen sich mit einer Reihe von ernststen Schwierigkeiten konfrontiert. Deshalb bedürfen Städte und städtische Gebiete besonderer Aufmerksamkeit im Rahmen der Kohäsionspolitik.

Ich möchte zwei Hauptgedanken aus dem Text des Berichts hervorheben. Der erste betrifft die Frage der Weiterübertragung, also das Übertragen der Kontrolle über europäische Mittel auf Städte. Obwohl europäische Rechtsvorschriften bereits die Weiterübertragung von Mitteln an Städte erlauben, so dass sie diese beim Aufstellen integrierter Entwicklungsprogramme verteilen können, haben die Mitgliedstaaten diese Möglichkeit nur in geringem Umfang genutzt. Eines der Hauptziele dieses Berichts besteht darin, die Rolle der Städte im Kohäsionsprozess zu unterstützen. Wir müssen aufhören, die Städte nur als Endempfänger zu betrachten, und stattdessen sie als Einrichtungen ansehen, die Gebiete verwalten. Genauso wie Regionen und nationale Organe des Staatsdiensts über ihre eigenen Budgets verfügen, müssen die Städte zur Planung und Verteilung der Strukturfonds größere Verantwortung auf dem Gebiet der Strukturhilfen bekommen. Die städtische Dimension muss obligatorisch werden.

Der zweite grundlegende Gedanke ist, das Potenzial des Finanzinstruments JESSICA wirklich auszunutzen. Grundlage der Kohäsionspolitik war bisher ausschließlich ein System von Subventionen oder, anders ausgedrückt, von nicht rückzahlbaren Zuschüssen. Darum sind die Organisationen und Menschen, die Projekte vorlegen, daran gewöhnt, europäische Gelder und zur Kofinanzierung bestimmte nationale Haushaltsmittel „kostenlos“ zu bekommen. Statt einer effektiven Investition oder einer Bewertung verfügbarer Mittel steht oft die Verwertung selbst im Vordergrund. Deshalb führt das Subventionsprinzip manchmal dazu, dass ein Teil der Strukturhilfe nicht effizient genutzt wird. Im aktuellen Planungszeitraum haben wir die Einführung von JESSICA erlebt, um Raum für eine systematische Änderung der Kohäsionspolitik zu schaffen. Tatsache ist jedoch, dass der Raum nicht so sehr genutzt worden ist. Das muss sich im nächsten Planungszeitraum ändern. Die EU-Politik sollte Optionen im Zusammenhang mit der Nutzung von Finanzierungsmitteln, wie zum Beispiel revolving Fonds, stärker nutzen. Das ist zunächst alles. Ich möchte allen danken, die mir beim Abfassen dieses Berichts geholfen haben.

**Wojciech Roszkowski, Berichterstatter.** – (PL) Frau Präsidentin! Die Reform der Strukturpolitik der Europäischen Union für den Zeitraum von 2007 bis 2013 hat Änderungen bei der Struktur der Fonds und der Grundlage für die Zuteilung der Hilfe mit sich gebracht. Eine wichtige Änderung war die Einrichtung eines neuen Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, der mit der gemeinsamen Agrarpolitik verknüpft ist. Während die finanzielle Vorausschau 2000-2006 die Bereitstellung von Mitteln für die Entwicklung des ländlichen Raums an die Strukturfonds und Kohäsionspolitik band, wodurch eine Trennung von GAP-Mitteln erfolgte, wurden sie nach dem neuen Finanzrahmen 2007-2013 Teil der mit der GAP verbundenen Zuweisungen. Als Folge dieser Änderungen stellt sich jedoch die Frage, ob diese Trennung tatsächlich zu einer effektiveren Nutzung der verfügbaren Mittel geführt hat.

Eine Verknüpfung von Mitteln der GAP und der ländlichen Entwicklung stellt nur nach außen hin eine Vereinfachung der Haushaltsregelungen dar. In Wirklichkeit bedeutet sie die Trennung von Nicht-Agrarmitteln vom Anwendungsbereich der Kohäsionspolitik, und daraus ergibt sich, dass manche Ziele entweder doppelt erscheinen oder in keinem der beiden Bereiche. Es besteht die Gefahr, dass die verfügbaren Mittel aus der Regionalpolitik zu einem großen Teil zur Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in größeren städtischen Zentren oder den dynamischsten Regionen genutzt werden, während die Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums auf außerlandwirtschaftliche Verbesserungen, auf das Verbessern der landwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, konzentriert werden. In diesem Fall wären Aufwendungen zur Unterstützung von außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten und zur Entwicklung von KMU in ländlichen Gebieten an der Schnittstelle zwischen den beiden Fonds und von keinem der beiden abgedeckt.

Auch die Ausstattung mit Mitteln zur Sicherstellung von grundlegenden Dienstleistungen der Öffentlichen Hand und Investitionen in die Infrastruktur in ländlichen Gebieten, zu der auch der Kohäsionsfonds beitragen soll, könnte zu gering sein. In diesem Zusammenhang wird es besonders wichtig, auf der Ebene der Mitgliedstaaten und auf regionaler Ebene eine transparente, langfristige Entwicklungsstrategie für ländliche Gebiete zu haben, um Prioritäten und Ziele der Entwicklung des ländlichen Raums klar zu benennen und die verschiedenen Quellen der verfügbaren Mittel daran anzupassen. Die Verknüpfung der zweiten Säule mit Maßnahmen der Kohäsionspolitik würde jedoch eine gute Koordinierung der Aktivitäten auf nationaler Ebene erfordern.

Was ein ländliches Gebiet ausmacht, muss erst noch möglichst präzise beschrieben werden. Üblicherweise könnten ländliche Gebiete von städtischen Gebieten durch die geringere Bevölkerungsdichte, die unterschiedliche Beschäftigungsstruktur, das niedrigere Einkommensniveau und den schlechteren Zugang zu öffentlichen Straßen unterschieden werden. Aus der Perspektive des territorialen Zusammenhalts, der, ich wiederhole es, ebenfalls nicht ausreichend beschrieben worden ist, sollte die geringere Bevölkerungsdichte nicht das entscheidende Merkmal sein.

Eines der Entwicklungsziele der Europäischen Union ist die Modernisierung der Sozialstrukturen, einschließlich der Beschäftigungsstrukturen. Deshalb kann der territoriale Zusammenhalt verbessert werden, indem die ländlichen und städtischen Beschäftigungsstrukturen aufeinander ausgerichtet werden. Das Einkommensniveau und der Zugang zu öffentlichen Gütern dagegen bleiben die größte Herausforderung für den territorialen Zusammenhalt, und diese Ziele lassen sich am wirksamsten durch die Unterstützung von außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten in ländlichen Gebieten erreichen. Doch die Entwicklung des ländlichen Raums sollte keine für Direktzahlungen an Landwirte vorgesehenen Mittel abziehen.

Die Schwierigkeit bei der Umsetzung der Entwicklung des ländlichen Raums rührt daher, dass sektorale Programme und Programme des territorialen Zusammenhalts sich überschneiden, so wie die wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen, und frühere Maßnahmen sich deshalb auf eine Trennung der Kräfte statt auf die Schaffung von Synergien gerichtet haben. Ziel der Koordinierung sollte aber sein, Synergien bei der Nutzung der Finanzmittel hervorzuheben. In den einzelnen Mitgliedstaaten gibt es mehrere Modelle für die Koordinierung dieser Maßnahmen, und gegenwärtig ist es schwierig zu sagen, die Lösung eines bestimmten Landes sollte als Modell für andere dienen. Es scheint allerdings so zu sein, dass zur Sicherstellung des Erfolgs politischer Wille gewichtiger sein kann als diese oder jene organisatorische Regelung. Somit könnte die Anwendung des offenen Verfahrens der Koordinierung auf diesen Aspekt der Kooperation auf Unionsebene eine geeignete Lösung darstellen.

Es sollte jedoch klargestellt werden, dass die Politik der Entwicklung des ländlichen Raums eine enorme Auswirkung auf den territorialen Zusammenhalt hat. Aus diesem Grund, erscheint es nicht gerechtfertigt, Maßnahmen gemäß dieser Politik von der Kohäsions- und Regionalentwicklungspolitik zu trennen. Diese Politik kann bei den nichtlandwirtschaftlichen Aspekten der Entwicklung des ländlichen Raums, wie Umschulung der Menschen für die Arbeit in anderen Wirtschaftsbereichen, besser helfen als die gemeinsame

Agrarpolitik. Dennoch ist die Einbeziehung der Politik der Entwicklung des ländlichen Raums in die Kohäsionspolitik nur unter der Bedingung möglich, dass die Entwicklung des ländlichen Raums eine angemessene Finanzausstattung erhält.

**Miroslav Mikolášik, Berichterstatter.** – Frau Präsidentin! Bevor wir die Aussprache über den Bericht über die Umsetzung der Strukturfonds-Verordnung 2007-2013 eröffnen, lassen Sie mich die Gelegenheit ergreifen und der Kommission für das konkrete Papier und die Länderunterlagen als solide Grundlage für die Arbeit danken. Ich möchte besonders jenen danken, die mit mir an dem Bericht gearbeitet haben, vor allem unserer EPP-ED-Beraterin, Frau Stoian, und unserem Ausschuss-Administrator, Herrn Chopin, die beide diesem Bericht viele Stunden gewidmet haben.

Lassen Sie mich kurz das Entstehen des Berichts zusammenfassen, der erst im vergangenen Monat mit nur wenigen Abänderungen die volle Unterstützung des Ausschusses für Regionalentwicklung erhalten hat. Wie Sie vielleicht bereits wissen, will dieser Bericht darstellen, wie die Mitgliedstaaten die strategischen Leitlinien der Gemeinschaft zur Kohäsion aus dem Jahr 2006 beim Erstellen ihrer 27 nationalen strategischen Referenzstrukturen und 429 operationellen Programme verstanden haben und befolgen, die entsprechend ihren spezifischen Beschränkungen und Erfordernissen angepasst sind.

Darum habe ich mich entschlossen, als Grundlage für diesen Bericht drei Hauptdokumente heranzuziehen: erstens die Mitteilung der Kommission, zweitens die von der Kommission bereitgestellten Unterlagen der 27 Länder und drittens den Ratsbeschluss aus dem Jahr 2006 zu den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft zur Kohäsion, die einen indizierenden Rahmen für die Mitgliedstaaten für die Erstellung der nationalen strategischen Referenzstrukturen und der operationellen Programme für den Zeitraum 2007-2013 darstellen.

Durch den soeben erwähnten Ratsbeschluss wurden die folgenden drei Angelegenheiten eindeutig als am vordringlichsten festgelegt: erstens die Gestaltung Europas und seiner Regionen zu attraktiveren Orten für Investitionen und zum Arbeiten; die zweite dringliche Aufgabe ist die Verbesserung von Wissen und Innovation für Wachstum; und das dritte vorrangige Thema ist, mehr Menschen Anreize zur Beschäftigung oder unternehmerischen Aktivität zu geben, um mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen.

Bevor ich meine Beobachtungen bei der Arbeit an diesem Bericht mit Ihnen teile, muss unterstrichen werden, dass seine Aussagefähigkeit teilweise durch die Tatsache eingeschränkt ist, dass die operationellen Programme erst im Juni 2008 genehmigt wurden und es mindestens ein Jahr dauert, bis wirkliche Fortschritte bei der Umsetzung bewertet werden können. Trotzdem kann ich bereits beurteilen, dass die allgemeinen Prioritäten von allen Mitgliedstaaten eingehalten wurden, wobei spezifische Eigenheiten durch ihr Niveau der wirtschaftlichen und territorialen Entwicklung bedingt sind.

Ein anderer wichtiger Punkt ist, dass sich gewisse Veränderungen insofern ergeben könnten als man sich stärker auf Investitionen in Gebieten konzentriert, bei denen im Kontext des europäischen Konjunkturprogramms, der Reaktion der Gemeinschaft auf die globale Finanzkrise und des derzeitigen Konjunkturrückgangs direktes Wachstumspotential und Dringlichkeit gegeben sind. Das heißt, man muss berücksichtigen, dass die einzelnen Mitgliedstaaten – und stärker noch die Regionen – je nach ihrer geografischen Lage und ihrer wirtschaftlichen und institutionellen Entwicklung unterschiedliche Bedürfnisse haben. Die sich daraus ergebenden individuellen nationalen Kohäsionsstrategien im operationellen Programm sind daher je nach diesen Bedürfnissen sicherlich sehr unterschiedlich.

Bekanntlich hat die allgemeine Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds die Mitgliedstaaten verpflichtet, 60 % der Gesamtausgaben für das Ziel „Konvergenz“ und 75 % für das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ zu reservieren. Ich stelle jedoch erfreut fest, dass die Bemühungen der nationalen Behörden dafür gesorgt haben, dass die durchschnittliche Zuweisung von Mitteln für das Erreichen der Agenda von Lissabon 65 % – mehr als die verfügbaren Mittel in den unter das Ziel „Konvergenz“ fallenden Regionen – und 82 % in den unter das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ fallenden Regionen ausmacht und damit über das hinausgeht, was ursprünglich gefordert wurde.

Wie ich sehe, ist meine Zeit abgelaufen. Ich hatte viel mehr vorbereitet. Ich werde es am Ende dieser Aussprache abschließen.

**Zsolt László Becsey, Berichterstatter.** – (HU) Nach mehreren Verschiebungen haben wir endlich einen großen Tag erreicht. Ich möchte meinen Dank ausdrücken, dass die Kommission sich schon im November 2007 in einem eigenen Bericht mit dem Thema Kleinstkredite beschäftigt hat, wenn auch natürlich das Parlament in dem Sommer bereits gefordert hatte, dass wir dieses Thema bearbeiten. Ich halte es auch für gut, dass diese

Aussprache von dem für Kohäsion zuständigen Mitglied der Kommission koordiniert wird, früher wurde bekanntlich eine Koordinierung durch den Kommissar für Finanzen diskutiert; das Ziel ist es aber, dass die Werkzeuge der Gemeinschaft wirklich die Kohäsion im Blick haben.

Ich bedaure allerdings, dass die Materialien der Kommission sich nicht auf legislative Aufgaben erstreckten bzw. keine legislativen Vorschläge enthielten; der Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Währung griff daher zur stärksten Maßnahme, nämlich Artikel 39, und forderte von der Kommission konkrete gesetzliche Maßnahmen oder organisatorische und finanzielle Schritte auf fünf verschiedenen Gebieten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich bei meiner Schattenberichterstatterin Frau De Vits, bei meiner Kollegin Frau Velichkova Baeva und bei Frau Ambruster vom Sekretariat für ihren großen Einsatz bedanken.

Warum sind Kleinstkredite wichtig? Einerseits möchten wir in die nationalen Lissabon-Aktionspläne die Verpflichtung aufnehmen, dass die Mitgliedstaaten regelmäßig über ihren Fortschritt auf diesem Gebiet berichten. Nur was Vorschrift ist, bringt Ergebnisse.

Andererseits, und dies ist das größte Verdienst des Ansatzes der Kommissarin, sollen neue soziale Gruppen in den Bereich der wirtschaftlichen Tätigkeiten eingegliedert werden. Dazu müssen wir eine Form des Kredits einführen, durch den Geringqualifizierte, denen die für normale kleine Geschäftskredite erforderlichen Sicherheiten oder Immobilien fehlen, Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten können. Die Einbeziehung dieser neuen Gruppen in den Arbeitsmarkt ist für eine nachhaltige Entwicklung und zum Erreichen einer Quote der legalen Beschäftigung von 70 % unbedingt erforderlich.

Aber wie sollen wir diese Gesellschaftsschichten erreichen? Zunächst einmal, und das ist auch in meinem Bericht erwähnt, müssen wir uns abgewöhnen, die Menschen mit Schwierigkeiten als einheitliche Gruppe zu betrachten. Wir müssen benachteiligte Gruppen genauer definieren: Es sind unter anderem Migranten in westlichen Ländern, Roma in östlichen Gebieten, in ländlichen Gebieten oder in Lagern lebende Menschen sowie Frauen im Allgemeinen.

Allerdings sind diese Menschen auf die altbewährte Art, also direkt über die traditionellen Netze von Geschäftsbanken, nicht erreichbar, denn diese Zielgruppen betrachten diese Instrumente mit Misstrauen, und zum freien Markt haben sie, wie gesagt, keinen Zugang. Nach dem auf Europa übertragenen asiatischen Vorbild müssen daher Darlehen in kleinen Kreisen gewährt werden, nachdem deren Vertrauen gewonnen wurde, wobei der Kredit mehr auf Vertrauen als auf Sicherheiten basiert. Bei diesem System spielt die Vermittlerorganisation natürlich eine wichtige Rolle, und diese Organisation muss in der Lage sein, diese Tätigkeit auszuüben, auch wenn sie keine Banklizenz hat. Es ist uns gelungen, dies in einigen Mitgliedstaaten zu erreichen, aber es ist noch nicht überall der Fall, und daher müssen wir Nichtbankorganisationen beteiligen, unter anderem Finanzinstitute mit Nähe zur Bevölkerung und außerhalb des Verbriefungsmarkts.

Die Frage einer Zinsobergrenze hat sich gestellt, und wir sind der Meinung, dass Kredite zwar teuer sind, der wichtigste Gesichtspunkt aber ein ständiger Liquiditätsfluss für die Nutzer des Systems ist. Aus diesem Grund befürworte ich die Einführung einer Zinsobergrenze nicht. Wir müssen hier zwischen Verbraucherkredit und Kleinstkredit unterscheiden, die beiden Dinge dürfen nicht verwechselt werden.

Es ist außerdem wichtig, auf nationaler Ebene Anreize zu schaffen, damit die Menschen eher mit Hilfe von Kleinstkrediten Kleinstunternehmer werden möchten als Arbeitslosenunterstützung zu beziehen. Gleichzeitig müssen wir Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus und bei der Bekämpfung von Geldwäsche zeigen, und hier ist ein Mentorsystem genau das richtige Mittel zur Überwindung der Probleme im Zusammenhang mit einem fehlenden festen Wohnsitz, einem fehlenden Bankkonto und nicht vorhandenem Startkapital.

**Danuta Hübner, Mitglied der Kommission.** – Frau Präsidentin! Zunächst möchte ich Lambert van Nistelrooij, Constanze Krehl, Oldřich Vlasák, Wojciech Roszkowski, Miroslav Mikolášik und Zsolt László Becsey ganz herzlich danken, dass sie uns Gelegenheit geben, heute diese Diskussion zu führen. Diese Diskussion wird mit Sicherheit ihren Beitrag zur Debatte über die künftige Kohäsionspolitik leisten.

Wie Sie wissen, befinden wir uns mitten in dieser Debatte, und Ihre Berichte enthalten viele sehr spezifische Empfehlungen, die ich als wichtige Beiträge zu dieser Debatte über die künftige Kohäsionspolitik nehmen werde, daneben gibt es eine Reihe von wichtigen Aussagen, die alle Berichte betreffen.

Die erste ist, dass zur Erreichung der Ziele der Europäischen Union für eine nachhaltige Entwicklung die Kohäsionspolitik ein Grundpfeiler ist und bleiben sollte. Diese Verpflichtung ist in der Zeit nach der Krise von noch größerer Relevanz, wenn der europäische Weg zu nachhaltiger Beschäftigung über die Schaffung von grünen Arbeitsplätzen führen wird.

Daneben enthalten alle Berichte eine weitere eindeutige Aussage, dass nämlich die Kohäsionspolitik das Gebiet des ganzen Europa umfassen sollte, allerdings mit dem Schwerpunkt eindeutig auf der Unterstützung des Aufholprozesses der Ärmsten. Ich teile Ihre Ansicht hinsichtlich der Bedeutung der Lieferung europäischer öffentlicher Güter in alle Regionen. Durch die Krise erhält die Aussage zusätzliche Relevanz. Viele Regionen suchen heute nach neuen Mitteln und Wegen, sich an schnelle globale Veränderungen anzupassen und die Gefahr des Zurückfallens zu vermeiden. Durch Mobilisierung ungenutzter Ressourcen und Ausnutzung komparativer Vorteile versucht die Kohäsionspolitik sicherzustellen, dass alle europäischen Regionen, ob sie zurückliegen oder nicht, zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum, zum Wandel und zur Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze beitragen und dass alle Bürger aus dem Binnenmarkt Nutzen ziehen können.

Wir sind ebenfalls überzeugt, dass Geografie in Europa eine Rolle spielt, und das ist einer der Hauptgründe, warum wir das Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt herausgebracht haben. Es freut mich sehr zu sehen, dass Sie territorialen Zusammenhalt so verstehen wie es mir wichtig ist, dass es dabei nämlich vor allem um die Mobilisierung des Entwicklungspotenzials aller verschiedenen Gebiete geht. Regionalpolitik ist eine Entwicklungspolitik, die Bürgern und Unternehmen dabei hilft, die jeweiligen Potenziale der Orte freizusetzen, an denen sie leben und arbeiten.

Ich stimme Ihnen zu, dass zwischen allen europäischen und nationalen Politikbereichen mit territorialen Auswirkungen Synergieeffekte und Koordination verbessert werden müssen. Hier ist die Herausforderung, dass territorialer Zusammenhalt bei der Gestaltung von Politik im Voraus berücksichtigt werden muss und nicht als Werkzeug zur nachträglichen Behebung von Schäden betrachtet werden darf. Das heißt unter anderem, dass wir mehr in die Verknüpfung der hinterherhinkenden mit den wohlhabenderen Regionen investieren müssen.

Ebenfalls eindeutig ist Ihre Aussage zur Notwendigkeit einer Stärkung der Stadt-Land-Beziehung. Angesichts der derzeitigen Fragmentierung der Fonds bedeutet es auch, dass es uns besser gelingen muss, die Regeln und Verfahren aller Fonds hinsichtlich berechtigter Ausgaben, Management, Überwachung, Berichterstattung und Finanzverwaltungsanforderungen abzustimmen.

Größere Flexibilität ist bei der Abgrenzung der Gebiete erforderlich, in denen kohäsionspolitische Programme geplant und durchgeführt werden. Das heißt, wir müssen die Politik auf funktionale Gebiete ausrichten. So muss man zum Beispiel manchmal innerhalb von Städten die Stadtviertelebene betrachten und manchmal über die Stadtgrenzen hinaus auf den Großraum schauen.

Diese funktionale oder flexible Geografie endet nicht an nationalen Grenzen, und eine Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg ist von eindeutigem europäischem Mehrwert und von Bedeutung für die Bürger. Noch immer gibt es Barrieren im EU-Binnenmarkt und erhebliches unerschlossenes Potenzial bei grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten und transnationalen Clustern. Die Strategie für den Ostseeraum, die wir gerade erarbeiten, liefert ein gutes Beispiel dafür, was wir unter einem funktionalen Gebiet verstehen. Ich sehe das als einen Musterfall für territorialen Zusammenhalt an, der dann auf andere Makroregionen ausgeweitet werden könnte. Wir arbeiten daran.

Alle Berichte unterstreichen die Notwendigkeit der Kohäsionspolitik, um auf neue Herausforderungen zu reagieren, wie Demografie, Energie, Klima und Globalisierung. Von diesen neuen Herausforderungen werden alle europäischen Regionen betroffen sein, doch ihre Auswirkungen werden quer durch Europa sehr unterschiedlich sein; häufig sind Einbußen bei Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt die Folge. Das könnte bestehende Ungleichheiten verfestigen und neue hervorbringen, doch diese Herausforderungen können auch in Chancen verwandelt werden. Dazu müssen wir weiterhin bei der Kohäsionspolitik den Schwerpunkt auf Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie Innovationen beim Entwickeln einer wissensbasierten Wirtschaft und auf die Förderung von Unternehmertum und Dienstleistungen im gewerblichen Bereich legen. Das sind Schlüsselfaktoren für die Erhöhung der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und für die Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen und Wachstum. Sie stehen im Zentrum der Kohäsionspolitik und haben eine starke territoriale Dimension, die maßgeschneiderte Lösungen und politische Unterstützung erfordert.

Um die Verwaltung der Programme der Kohäsionspolitik effizienter zu gestalten, was unser gemeinsames Anliegen ist, muss der Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren unter den Regionen verstärkt werden. Die Praxis der verantwortungsvollen Führung muss rasch in ganz Europa verbreitet werden. Das kann auch dazu beitragen, Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Kohäsionsprogrammen zu überwinden. Ich teile Ihre Ansicht, dass wir die Politikvermittlung weiter reformieren müssen.

Sie fordern, das auf die sogenannte „Finanzierungstechnik“ gerichtete Bemühen als ein Mittel zu fördern, das Potenzial des privaten Sektors zu erschließen. Im Rahmen einer bedeutsamen Kulturänderung haben wir bekanntlich beschlossen, einen herkömmlichen grundbasierten Ansatz um neue Werkzeuge zu ergänzen.

Ihre Unterstützung für unsere Kleinstkredit-Initiative ist eine gute Nachricht, und ich danke Ihnen sehr dafür. Nach meiner Überzeugung ist die Entwicklung von Kleinstkreditprogrammen äußerst wichtig für die nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit europäischer Regionen und Städte. Es sind Maßnahmen auf allen Ebenen erforderlich. Wir werden Mittel und Wege zur Stärkung dieses Instruments in der Zukunft prüfen.

Sie verlangen auch, die grundlegenden Prinzipien der Kohäsionspolitik, wie Partnerschaft, Mehrebenensystem und Transparenz, zu stärken, und ich stehe voll und ganz hinter dieser Forderung. Indem wir auf das lokale Wissen bauen, indem wir alle maßgeblichen Akteure auf der untersten Ebene einbeziehen und indem wir die europäische Kohäsionspolitik besser sichtbar machen, erhöhen wir gewiss die Wirkung und die Qualität der europäischen Kohäsionsinvestitionen.

Ich danke nochmals für Ihre fortdauernden Anstrengungen, die Kohäsionspolitik in Zukunft wirksamer und effizienter zu machen.

**Gary Tittley**, *Verfasser der Stellungnahme des Haushaltsausschusses*. – Frau Präsidentin! Ich möchte lediglich auf die Frage der Kleinstkredite eingehen, die der Haushaltsausschuss vollkommen befürwortet, da sie Leuten ohne Zugang zu den üblichen Finanzquellen helfen werden – also genau der Personengruppe, die in der aktuellen Lage Hilfe benötigt. Wir begrüßen auch die Initiative JASMINE der Kommission.

Allerdings gibt es dazu einige Dinge anzumerken. Erstens sollten Fonds nur eingesetzt werden, wenn andere Quellen sich nicht eignen, weil entweder das Risiko zu hoch oder die Rentabilität zu niedrig ist. Zweitens müssen sie auch genutzt werden, um private Finanzmittel einzubringen. Drittens möchten wir wegen unterschiedlicher Ansätze verschiedener Mitgliedstaaten prüfen, ob ein EU-Rahmen für Nichtbank-Mikrofinanzierungsinstitute geschaffen werden kann. Wir wollen auch überlegen, ob Zinsobergrenzen, die in manchen Ländern genutzt werden, unter diesen Umständen geeignet sind.

Langfristig möchten wir von der Nutzung von Strukturfonds für diese wichtige Initiative abkommen, weil einige der Menschen, die Hilfe benötigen, nicht in den Gebieten leben, die von den Strukturfonds unterstützt werden.

**Nathalie Griesbeck**, *Verfasserin der Stellungnahme des Haushaltsausschusses*. – (FR) Frau Präsidentin, Frau Hübner! Heute behandeln wir fünf sehr wichtige Dokumente zur Kohäsionspolitik, die nun seit einigen Monaten, daran darf ich Sie erinnern, die Hauptposition in unserem Budget bildet. Auf diese Weise senden wir bereits ein starkes Signal an die künftigen, erneuerten Institutionen: an das Parlament natürlich, aber auch an die Kommission.

Selbstverständlich müssen die Instrumente der Kohäsionspolitik, vor allem die Fonds, für unsere Mitbürger einen echten europäischen Mehrwert darstellen, aber im aktuellen Zusammenhang mit der schweren Krise, die Europa trifft, müssen sie rascher einsetzbar und besser an insbesondere städtische Gegebenheiten angepasst sein. Ich begrüße speziell die Arbeiten am Plan für Wohnungsbauhilfe, da das Wohnen für die Bürger nach dem Arbeitsplatz den zweithöchsten Stellenwert hat.

Es ist tatsächlich nicht immer eine Frage des Geldes, denn die Mittel stehen bereit, sondern einer, wie ich es nennen möchte, „strukturellen“ Langsamkeit – manchmal bei der Führung des Staats, manchmal als administrative Trägheit und manchmal leider in beiden Formen – die diese Wirkung behindert, von der wir immer sprechen, die für unsere Regionen und unsere Bürger unbedingt notwendig ist. Schlimmstenfalls kann sie sogar kontraproduktiv erscheinen.

Als ständige Berichterstatterin für die Strukturfonds im Haushaltsausschuss würde ich in der aktuellen Krise jetzt mehr als je zuvor darauf bestehen, dass wir vereinfachen, verdeutlichen und diesen europäischen Geldern echte politische Substanz verleihen sollten.

**Atanas Papanizov**, *Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie*. – (BG) Frau Präsidentin! Als der Verfasser, der den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie bei der Umsetzung der Strukturfondsverordnung vertritt, möchte ich Herrn Mikolášik dafür danken, dass er die grundlegenden Schlussfolgerungen und Vorschläge des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie in seinem Bericht wiedergegeben hat.



Zunächst betrifft das die Anstrengungen der Mitgliedstaaten, die Verwendung der Mittel eng mit der Lissabon-Strategie zu verknüpfen. Gleichzeitig wird hervorgehoben, dass die für Energie zugewiesenen Mittel äußerst unzureichend sind, vor allem in Bezug auf die Mittel für erneuerbare Quellen.

Wir bitten die Europäische Kommission nochmals eindringlich, die zur Verbesserung der Energieeffizienz im Wohnungsbau vorgesehenen Mittel von 3 % auf mindestens 5 % zu erhöhen.

Andererseits geht der Bericht nicht auf unseren Vorschlag bezüglich der Projekte zur Abscheidung von Kohlendioxid ein, obwohl die Mitgliedstaaten letzte Woche die 1,05 Milliarden Euro teure Unterstützung von 12 Projekten in sieben Ländern vereinbart haben.

Dies reicht bei weitem nicht zur Lösung der Probleme in allen Mitgliedstaaten, die daran interessiert sind, bis 2012 Mittel für die Umsetzung derartiger Projekte zu erhalten. Ich bitte daher dringend, dass die Kommission bei ihrer Suche nach Mitteln, einschließlich der Nutzung von Mitteln von der Europäischen Investitionsbank, diese Frage berücksichtigt.

**Neena Gill**, Verfasserin der Stellungnahme des Rechtsausschusses. – Frau Präsidentin! Kleine Unternehmen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung von Zusammenhalt in der EU, und mit der Ausweitung von Kleinstkrediten wird die wirtschaftliche Erholung von KMU unterstützt.

Der Rechtsausschuss erkennt an, dass die Gründung einer Firma ein entmutigendes Verfahren sein kann. Die EU muss mehr tun und eine adäquate Rechtsberatung zur Betriebsgründung anbieten. Eine Möglichkeit wäre die Schaffung eines europäischen Netzwerks von Anwälten, die bereit sind, anfänglich auf *pro-bono*-Basis, die Gründer von Kleinstunternehmen zu beraten. Es sollten dringend Anstrengungen unternommen werden, um Kleinstunternehmen von Reglementierungen zu entlasten und den Zugang zu Mikrofinanzinstituten möglichst einfach zu machen.

Wir brauchen solche Rechtsvorschriften mehr denn je, aber Rechtsvorschriften allein reichen nicht aus. Die Kommission muss dafür sorgen, dass sie in die Praxis umgesetzt werden und sich unmittelbar an der Basis auswirken, denn in diesem Bericht geht es nicht nur um unternehmerisches Handeln: Kleinstkredite sorgen auch für sozialen Zusammenhalt und ermutigen Menschen, ihr Leben und ihr Potenzial selbst in die Hand zu nehmen. Ich spreche allen Berichterstattern meine Anerkennung aus.

**Zita Pleštinšá**, Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter. – (SK) Als erstes möchte ich meinem Kollegen Miroslav Mikolášik danken, der die Punkte der von mir im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter verfassten Stellungnahme in die Punkte 12, 16, 17, 18 und 23 seines Berichts übernommen hat. Die Punkte basieren auf meiner eigenen Erfahrung als Stadträtin in Chmelnice und auf Vorschlägen von gemeinnützigen Organisationen, und ich halte sie für entscheidend für eine effektivere und transparentere Inanspruchnahme von Mitteln aus EU-Fonds.

Der Erfolg des Planungszeitraums 2007-2013 hängt nach meiner festen Überzeugung davon ab, dass die Mitgliedstaaten die zu hohen administrativen Hürden abbauen, die gemeinnützige Organisationen davon abhalten, Mittel für Projekte zu beantragen, vor allem solche mit Schwerpunkt auf der Unterstützung von Frauen in einer finanziell schwierigen Lage, Flüchtlingsfrauen, Frauen aus ethnischen Minderheiten, körperlich behinderten Frauen sowie Frauen, die Opfer von Vergewaltigung oder Folter geworden sind.

Ich möchte die Mitgliedstaaten – vor allem jene, die der Europäischen Union nach dem 1. Mai 2004 beigetreten sind – erneut auffordern, die Erstattung der Kosten für umgesetzte Projekte nicht übertrieben lange hinauszuzögern, denn die dadurch verursachte Zahlungsunfähigkeit hindert die Zahlungsempfänger – überwiegend Kommunalbehörden und gemeinnützige Organisationen – häufig daran, andere Aktivitäten in ihrem Wirkungsbereich fortzuführen.

Die Wirtschaftskrise wirkt sich sogar auf die Inanspruchnahme von Mitteln aus EU-Fonds aus. Das derzeitige Verfahren der Projektfinanzierung ist besonders unpassend für kleine Kommunalbehörden, die keine Möglichkeit haben, an Projektmittel zu kommen. Es müssen daher unbedingt Maßnahmen zur Vereinfachung des Finanzierungssystems diskutiert und ergriffen werden. In meinem eigenen Land, der Slowakei, betonen die Vertreter von Kommunalbehörden, dass sie, wenn die derzeitigen Rechtsvorschriften nicht geändert werden, deutlich weniger Mittel aus Europäischen Strukturfonds in Anspruch nehmen werden als bisher. Das Fehlen einer effektiven, einfachen und direkten Unterstützung für kleine Kommunalbehörden ist eine sehr ernste Angelegenheit und daher glaube ich, dass dieser Bericht bei der Inanspruchnahme von Strukturfonds helfen wird.

**Emmanouil Angelakas**, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (EL) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, verehrte Kollegen! Alle sechs Berichte, die wir hier diskutieren, sind insofern wichtig, als sie die aktuelle Lage bei der Regionalpolitik und das Modell und die Prioritäten für die Zeit nach 2013 beschreiben.

Ich möchte allen Berichterstattern zu ihrer Arbeit gratulieren. Ich möchte mich insbesondere zum Bericht von Constanze Angela Krehl über bewährte Methoden im Bereich der Regionalpolitik äußern, bei dem ich der Berichterstatter für die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischen Demokraten war, und die sehr gute Arbeit meiner Abgeordnetenkollegin betonen.

Der Bericht zeigt die grundlegenden Hindernisse bei der Inanspruchnahme der Strukturfonds auf und wie diese abgebaut werden können. Dazu stuft er mittels einer Reihe von Kriterien bestimmte Projekte und Aktionen als bewährte Methoden ein und verweist auf das Fehlen einer allgemein akzeptierten Definition von Bewährte Methoden.

Im Zusammenhang mit bewährten Methoden halte ich es für äußerst wichtig, dass Änderungen in den Bericht aufgenommen wurden wie beispielsweise

- die Notwendigkeit, kleine und mittlere Unternehmen zu stärken und Regionalpolitik mit Industrie und Wissenschaft zu verknüpfen,
- Maßnahmen, um die Bevölkerung, vor allem die junge Generation, in ihrer Region zu halten und berufstätigen Eltern Betreuungsmöglichkeiten zu bieten sowie
- die reibungslose Integration von Immigranten.

Gleichzeitig muss, wenn wir von bewährten Methoden im Bereich der Regionalpolitik sprechen, folgendes berücksichtigt werden:

- erstens das Bestehen von geographischen und demographischen Besonderheiten in den Regionen,
- zweitens die fehlende Einheitlichkeit der regionalen Organisationsmodelle der Mitgliedstaaten,
- drittens die Notwendigkeit, bei Kriterien für bewährte Methoden nach obligatorischen und optionalen Kriterien zu unterscheiden und
- viertens die Notwendigkeit, bereits praktizierte erfolgreiche Verfahren in Betracht zu ziehen, so dass sie als bewährte Methoden definiert werden können.

Noch zwei Worte zum Bericht von Lambert van Nistelrooij über das Grünbuch. Ich möchte seine gute Arbeit hervorheben und darauf hinweisen, dass der Berichterstatter zu Recht einerseits die Notwendigkeit der öffentlichen Konsultation betont, damit wir zu einer allgemein annehmbaren Definition des Begriffs „territorialer Zusammenhalt“ kommen, und andererseits die Notwendigkeit, auf Gebiete mit speziellen Merkmalen so einzugehen, dass territorialer Zusammenhalt auch solche Gebiete bestmöglich einbezieht.

**Iratxe García Pérez**, im Namen der PSE-Fraktion. – (ES) Frau Präsidentin! Ich möchte zunächst den verschiedenen Berichterstattern, vor allem Frau Krehl und Herrn van Nistelrooij, für ihre Arbeit danken. Sie haben es ermöglicht, dass innerhalb unseres Ausschusses ein breiter Konsens erzielt wurde. Wir müssen auch das Grünbuch der Europäischen Kommission zum territorialen Zusammenhalt begrüßen, das einige wichtige Themen zur Sprache bringt.

Erstens ist die Kohäsionspolitik wichtig als Instrument zur Sicherstellung der ausgeglichenen Entwicklung der Europäischen Union bei Ablehnung aller Versuche zur Renationalisierung dieser Politikbereiche. Das neue Konzept des territorialen Zusammenhalts ist integriert, und darum wurde ein – jetzt gerade endendes – Konsultationsverfahren in Gang gesetzt, das berücksichtigt werden muss. Es wurde an die neuen Herausforderungen wie die Auswirkungen von Globalisierung, Klimawandel und demographischen Veränderungen angepasst.

Die Zahlen des jüngsten Kohäsionsberichts zeigen, dass zwar die Unterschiede zwischen Regionen kleiner werden und das Konvergenzprinzip damit erfüllt wird, dass wir aber jetzt eine andere Frage angehen müssen, nämlich die anhaltenden intraregionalen Unterschiede. Bei der Festlegung der Kriterien für die Förderfähigkeit müssen wir daher die Möglichkeit in Betracht ziehen, bestimmte andere Aspekte als rein das Pro-Kopf-Einkommen zu berücksichtigen.

Bei der Integration des „territorialen“ Konzepts muss uns außerdem bewusst sein, dass die spezifischen Merkmale bestimmter Regionen, wie beispielsweise ihre geographischen Nachteile, ihre Randlage oder die in bestimmten Regionen verzeichneten Entvölkerungsprozesse, berücksichtigt werden müssen.

Die Kohäsion stellt einen der offensichtlichsten Erfolge des europäischen Projekts dar. Angesichts der in Spanien verzeichneten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ist dieses Land ein deutliches Beispiel dafür. Auf diesem Weg müssen wir voranschreiten, um Chancengleichheit für alle Europäer zu erreichen, unabhängig davon, wo sie leben.

Die Europäische Union besteht aus einer Vielzahl von Regionen mit Unterschieden, die eine Bereicherung darstellen und diesem Projekt Sinn geben. Wenn wir allerdings bei der Kohäsionspolitik auf etwas bestehen müssen, dann darauf, dass unseren Regionen alle Instrumente gegeben werden müssen um sicherzustellen, dass sie gleiche Chancen auf Entwicklung und Wachstum haben.

**Grażyna Staniszevska**, im Namen der ALDE-Fraktion. – (PL) Frau Präsidentin! Ich möchte insbesondere zu zwei Berichten Stellung nehmen, dem Bericht über territorialen Zusammenhalt und dem über den Austausch bewährter Methoden. Meine Kollegen aus der ALDE-Fraktion werden die anderen Punkte behandeln.

Der Bericht von Lambert van Nistelrooij stellt die Antwort auf das von der Kommission veröffentlichte Grünbuch über territorialen Zusammenhalt dar. Wir sind uns alle einig, dass die begonnene Debatte über die künftige Kohäsionspolitik um die territoriale Dimension ergänzt werden sollte. Allerdings gibt es da einen Widerspruch: wir diskutieren über territorialen Zusammenhalt, ohne zu definieren, was er bedeutet.

Wir möchten, dass die territoriale Dimension dazu beiträgt, eine ausgeglichene Entwicklung als bisher zu erreichen, damit alle EU-Bürger die Chance auf gleichen Zugang vor allem zu Dienstleistungen haben. Bisher fehlen uns jedoch genaue Kriterien, auf die wir Bezug nehmen können. Das ist aber von fundamentaler Bedeutung für die Zukunft. Es ist keinesfalls sinnvoll, weiter über territorialen Zusammenhalt in der EU zu diskutieren, wenn wir nicht eine schlüssige Definition erarbeiten.

Das Erreichen von territorialem Zusammenhalt bedeutet, die bestmögliche Entwicklung für das gesamte Gebiet der Gemeinschaft sicherzustellen und das Leben seiner Bewohner zu verbessern. Wie im Bericht dargelegt, sollte der territoriale Zusammenhalt vor allem auf die Überwindung des Entwicklungsgefälles zwischen einzelnen Regionen und Mitgliedstaaten ausgerichtet sein und insbesondere auf die Beseitigung der zunehmenden Ungleichheiten innerhalb von Regionen und Ländern.

Je kleiner der Abstand zwischen einzelnen Staaten, desto größer die interne Differenzierung. Investitionen und Finanzmittel sind zumeist in den Hauptstädten der Staaten und Regionen konzentriert – zu Lasten der anderen Gebiete – und die Mitgliedstaaten können oder wollen dem nicht entgegenwirken. In dieser Situation müssen auf Gemeinschaftsebene Mechanismen geschaffen werden, die eine ausgeglichene und nachhaltige Entwicklung wirksam fördern.

Nach meiner Meinung sollten wir die statistischen Daten für NUTS3 genau prüfen und nicht nur NUTS2. Die NUTS3-Daten lassen das Problem sehr viel klarer erkennen. Dies sollten wir bei der Bewilligung von Mitteln berücksichtigen. Der Prozess des Erreichens von territorialem Zusammenhalt muss unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips auf allen Ebenen stattfinden, auf der europäischen, der nationalen und der regionalen Ebene.

Der Austausch bewährter Methoden ist besonders wichtig. Die Effektivität der Kohäsionspolitik hängt in hohem Maße von der Vereinfachung von Verfahren ab und insbesondere vom Wissen über die Möglichkeiten, die die effektivsten anderswo angewandten Lösungen bieten.

**Mieczysław Edmund Janowski**, im Namen der UEN-Fraktion. – (PL) Frau Präsidentin! Es geht in dieser Aussprache um regionale Entwicklung und Kohäsionspolitik, und das sind wichtige Themen für die gesamte Gemeinschaft. Denn derzeit besteht beim Wohlstand eine extreme Ungleichheit – von sogar mehr als 10:1 – zwischen den Regionen. Es ist daher im Interesse der Bürger der Europäischen Union, dass alle Möglichkeiten genutzt werden, die konkrete Solidarität der Europäer zu zeigen.

Das bedeutet keineswegs, dass jeder genau das gleiche bekommen sollte. Es soll bedeuten, dass jeder die gleiche Chance bekommt. Das sollte für Bewohner städtischer Ballungsgebiete genauso gelten wie für Bewohner ländlicher Gebiete, für Menschen im Zentrum Europas genauso wie für jene an den Rändern, für die jüngere Generation genauso wie für Senioren. Wir müssen dabei nicht nur für die Gegenwart, sondern auch hinsichtlich der Zukunft innovativ sein.

Uns liegen heute sechs sehr gute Berichte vor. Es ist schade, dass wir sie alle auf einmal diskutieren. Ich spreche den Verfassern meine Anerkennung aus. Ich möchte, dass unsere Aktivitäten dieser echten europäischen Gemeinschaft dienen, dieser Einheit, und dass jeder Euro für einen guten Zweck ausgegeben wird und nicht dafür, dass die Reichen noch reicher werden ...

*(Die Präsidentin unterbricht den Redner.)*

**Elisabeth Schroedter**, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kommissarin, Sie haben heute in Ihrer Rede den Beitrag der Kohäsionspolitik zum Klimaschutz angesprochen. Diesen Sinneswandel begrüße ich! Denn in dem Grünbuch über die territoriale Dimension ist das kein Schwerpunkt. Warum nicht, angesichts der Klimakrise?

Der Beitrag der europäischen Strukturfonds zur ökologischen Transformation ist eine Zukunftsfrage für die territoriale Kohäsion. Das Kommissionsdokument „Regionen 2020“ belegt ja, dass der Klimawandel massive Auswirkungen auf viele Regionen Europas hat. In Konsequenz müssten wir jetzt umsteuern: Strukturfonds dürfen nur noch nachhaltige Projekte fördern, Projekte und Programme, die das Klima schädigen – und davon sind viele genehmigt worden –, dürften an sich nicht mehr genehmigt werden, und EU-Mittel dürfen klimaschädigende Programme und Projekte nicht mehr fördern. Warum reagieren Sie nicht in dieser Weise?

Die zweite Frage betrifft die Umsetzung des Partnerschaftsprinzips. Sie, Frau Kommissarin, sprachen an, dass das lokale Wissen eine wichtige Basis für eine erfolgreiche Entwicklung ist. Warum haben Sie trotzdem operationelle Programme genehmigt, auch dort, wo das Partnerschaftsprinzip deutlich mit Füßen getreten wurde und die Partner auch darüber berichtet haben, dass sie nicht beteiligt wurden. Die Antwort darauf sind Sie schuldig geblieben! Das lokale Wissen von unten ist für uns ein Pfund. Wenn Sie weiter versuchen, zu ignorieren, dass Mitgliedstaaten das Partnerschaftsprinzip mit Füßen treten, und sie trotzdem fördern, dann ist das eine Verletzung der Strukturfondsverordnung!

Sie erwähnen in Ihrem Bericht gar nicht – was die Grundlage für den Bericht Mikolášik ist –, dass viele Mitgliedstaaten das Partnerschaftsprinzip nicht eingehalten haben. Sie haben die Berichte der Partner nicht berücksichtigt. Warum schweigen Sie dazu?

An dieser Stelle wird deutlich, dass wir eine neue Dimension brauchen, wie die Strukturfonds ausgerichtet werden müssen: Sie müssen ökologisch und nach demokratischen Grundprinzipien gestaltet werden, das lokale Wissen nutzen und das Partnerschaftsprinzip einhalten.

**Pedro Guerreiro**, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (PT) Eines ist klar: nach den Verträgen entwickelt und verfolgt die Gemeinschaft zur Förderung ihrer harmonischen Gesamtentwicklung Maßnahmen zur Stärkung ihres wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, indem sie sich das Ziel setzt, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete oder Inseln, einschließlich ländlicher Gebiete, zu verringern.

In dieser Aussprache über die Zukunft der Kohäsionspolitik, die um die so genannte territoriale Dimension erweitert werden soll, müssen daher folgende wesentliche Grundsätze betont werden.

Erstens: oberstes und wichtigstes Ziel der Strukturpolitik muss die Förderung echter Konvergenz sein, und dazu muss sie als Instrument der Umverteilung in Bezug auf die Kosten, Ungleichheiten und Asymmetrien eingesetzt werden, die den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern und Regionen in der EU durch Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion und Liberalisierung des Welthandels entstanden sind.

Zweitens: in den Mitgliedstaaten und Regionen, die in ihrer sozioökonomischen Entwicklung zurückliegen, kann so genannte Wettbewerbsfähigkeit kein Ersatz für Konvergenz sein. Kohäsionspolitik und die damit verbundenen Finanzmittel dürfen daher nicht dem Wettbewerb und der Liberalisierung untergeordnet werden, für die die Strategie von Lissabon eintritt.

Drittens: der sogenannte territoriale Zusammenhalt muss zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt beitragen. Das heißt, sein zentrales Ziel muss es sein, die Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Regionen zu verringern.

Viertens: für neue Ziele und Prioritäten müssen neue Finanzmittel der Gemeinschaft bereitgestellt werden. Anders gesagt: der sogenannte territoriale Zusammenhalt darf nicht zum Nachteil des Konvergenz-Ziels finanziert werden.

Fünftens: die derzeitigen Finanzmittel der Gemeinschaft für die Kohäsionspolitik reichen nicht aus, um den Anforderungen echter Konvergenz gerecht zu werden und auf regionale Ungleichheiten, hohe Arbeitslosenzahlen, Einkommensunterschiede und Armut in der Europäischen Union zu reagieren.

Sechstens: das Budget der Gemeinschaft zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts muss unbedingt erhöht werden.

Siebtens: für Raumbewirtschaftung und -planung sind die einzelnen Mitgliedstaaten zuständig.

Und schließlich: neben anderen wichtigen Aspekten, die wir hier nicht eigens erwähnt haben, möchten wir erneut bekräftigen, dass es unannehmbar ist, dass Regionen durch den sogenannten statistischen Effekt finanzielle Nachteile haben, und darum müssen Maßnahmen ergriffen werden, die diesen Effekt aufheben.

**Peter Baco (NI).** – (SK) Die Diskussion über die Koordinierung der Kohäsionspolitik und Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums ist voller Widersprüchlichkeiten. Der Hauptgrund ist eine massive Kürzung des Budgets für ländliche Entwicklung, die es unmöglich macht, die ursprünglichen Ziele der Politik für den ländlichen Raum zu erreichen. Dazu kam es während der britischen Präsidentschaft. Den höchsten Preis dafür werden ländliche Gebiete in den rückständigsten Regionen der neuen Mitgliedstaaten bezahlen. Damit ist die gemeinsame Agrarpolitik zusammen mit der Diskriminierung bei Direktzahlungen zu einem Instrument für die Entwicklung ländlicher Gebiete – und indirekt auch der Regionen – mit zwei Geschwindigkeiten geworden.

Die gegenwärtige Entwicklung zeigt in der Tat deutlich, wie absurd es ist zu glauben, dass ländliche Gebiete mit rückläufiger Landwirtschaft entwickelt werden können. Wir werden die Revitalisierung rückständiger Regionen in der EU niemals erreichen, wenn wir die Entwicklung ländlicher Räume nicht innerhalb des ursprünglichen Haushaltsrahmens sicherstellen. Die Entwicklung des ländlichen Raums kann nicht durch plötzliche *Ad-hoc*-Entscheidungen umgesetzt werden, sondern muss auf einem langfristigen Plan beruhen. Ein solcher Plan fehlt uns aber. Die Wiederherstellung des Budgets für ländliche Entwicklung wird also ebenfalls zu einer Schlüsselbedingung für die gesamte Kohäsionspolitik.

**James Nicholson (PPE-DE).** - Frau Präsidentin! Zunächst möchte ich den Berichterstattern und insbesondere dem, bei dem ich als Schattenberichterstatter fungierte, für diese ausgezeichneten Berichte danken. Ich danke dem Berichterstatter für die gute Zusammenarbeit und seinen großartigen Einsatz. Diesen Bericht zu verfassen, war nicht die einfachste Aufgabe, doch wir haben bei den Hauptpunkten gute Kompromisse finden können. Ich freue mich, dass wir jetzt diese Debatte führen.

Die Entwicklung des ländlichen Raums ist ein sehr wichtiges Thema, und wir müssen sicherstellen, dass alle verfügbaren EU-Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums ausgeschöpft und in der wirksamsten und effizientesten Weise eingesetzt werden. Meines Erachtens geht es bei der Entwicklung des ländlichen Raums um die Unterstützung aktiver landwirtschaftlicher Gemeinden, vor allem von jungen Landwirten und solchen Landwirten, die in ihren Betrieben diversifizieren wollen. Bei geeigneten Geschäftsprojekten in ländlichen Gebieten sollten die Verbesserung der Infrastruktur und die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen im Mittelpunkt stehen.

Ein zentrales Anliegen des Berichts ist die Sicherstellung, dass Projekte der ländlichen Entwicklung, ob mit Mitteln der Strukturfonds oder mit EFRE-Mitteln finanziert, sich nicht überschneiden oder, im schlimmsten Fall, Gelegenheiten verpassen. Aus dem Bericht wird klar, dass eine bessere Abstimmung zwischen regionaler Entwicklungspolitik und dem EFRE notwendig ist.

Ich glaube aber nicht, dass ich ein System unterstützen kann, in dem Mittel durch Modulation zur Rückverteilung durch die Regionalentwicklungsbehörde beschafft werden. Wenn Landwirte gebeten werden, für die GAP zu zahlen, dann müssen sie dafür sorgen, dass ihre Gelder in die ländlichen Gemeinden zurückfließen. Ich meine, das muss aktiv durch die zweite Säule der GAP geschehen. Aber der Berichterstatter hat erfolgreich eine Debatte über diese relevante aktuelle Frage eröffnet. Ich stimme mit ihm bei den Hauptpunkten dieses Berichts überein, aber die Entscheidung über dieses Problem muss das nächste Parlament treffen.

**Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (PSE).** - (PL) Frau Präsidentin! Die beiden jüngsten EU-Beitritte haben zu einer erheblichen Verschärfung der regionalen Ungleichgewichte in der Gemeinschaft geführt. Das hat ein zunehmend deutlich werdendes Phänomen der „räumlichen Trennung“ zur Folge, was zu abgeschnittenen regionalen Enklaven führt, vor allem bei weit von den Entwicklungszentren entfernten Gebieten, also hauptsächlich ländlichen Gebieten.

Eine umweltfreundliche, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und die Verringerung regionaler Ungleichheiten sind das vorrangige Ziel europäischer Regionalpolitik. Im Oktober 2006 verabschiedete der Rat strategische Leitlinien zur Kohäsion, die den Mitgliedstaaten als Bezugspunkte beim Aufstellen ihrer nationalen strategischen Referenzstrukturen und operationellen Programme für die Periode 2007-2013 dienen.

Die in diesen Dokumenten dargelegten Prioritäten erhöhen die Attraktivität Europas und der Regionen, was Investitionen und Arbeitsplätze betrifft, verbessern das Wissensniveau und Innovationen für Wachstum und schaffen mehr Arbeitsplätze in höherer Qualität. Durch Umsetzung dieser Prioritäten in operationelle Programme sollten die Regionen die Herausforderungen von Globalisierung, Strukturveränderungen, demographischem Wandel und Klimawandel angehen und die harmonische, langfristig nachhaltige Entwicklung der Regionen vorantreiben können.

Wir sollten anerkennen, dass alle Mitgliedstaaten bereits Anstrengungen unternommen haben, mit den Zielen der Lissabon-Strategie übereinstimmende Prioritäten in ihre operationellen Programme einzubinden. Allerdings kann die viel zu langsame Aufnahme der Mittel aus dem neuen Programmplanungszeitraum, die wir in vielen Mitgliedstaaten beobachtet haben, deren wirksame Nutzung gefährden.

Deshalb ist es, vor allem für die neuen Mitgliedstaaten, äußerst wichtig, Maßnahmen zu vereinigen, die die Kapazität zur tatsächlichen Aufnahme verfügbarer Mittel fördern, und zwar sowohl bei der Art und Weise, wie diese Mittel genutzt werden, als auch durch den Austausch bewährter Methoden, Informationskampagnen, Austausch neuer Technologie und die Entwicklung verschiedener Arten von Partnerschaft, in der Weise, dass die Programmanforderungen in konkrete Qualitätsprogramme zur effektiven Ausschaltung von Verzögerungen bei der Entwicklung, die ein besonderes Problem in den ärmsten Regionen der EU darstellen, umgesetzt werden können.

**Elspeth Attwooll (ALDE).** - Frau Präsidentin! Ich spreche über den Van-Nistelrooij-Bericht und will drei Punkte hervorheben.

Erstens, dass territorialer Zusammenhalt die Förderung einer polyzentrischen Entwicklung in der gesamten Europäischen Union mit sich bringt. Das bedeutet Beseitigung von Ungleichheiten innerhalb von sowie zwischen Regionen. Folglich sind eine verbesserte räumliche Analyse und die Entwicklung von Maßstäben nötig, nach denen Pläne gemacht und ihre Wirkung beurteilt werden können.

Zweitens muss es einen integrierten Ansatz geben, wobei im Voraus die Wirkung zu ermitteln ist, die sektorpolitische Maßnahmen auf regionaler Ebene hätten, sowie die Erzielung größerer Synergieeffekte. Eine solche Wirkungsbeurteilung könnte sicherlich gewissen Problemen vorbeugen, wie denen durch die elektronische Identifizierung von Schafen in Schottland.

Drittens: ein integrierter Ansatz erfordert ein richtiges Mehrebenensystem unter Einbeziehung aller an der Planung und Umsetzung von Strategien Beteiligten.

Die Äußerungen der Kommissarin dazu sind sehr zu begrüßen, und ich hoffe, dieser ausgezeichnete Bericht findet große Unterstützung.

**Giovanni Robusti (UEN).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Roszkowski-Bericht rückt die Ungleichheiten zwischen den verschiedenen ländlichen Gebieten sowie zwischen diesen und städtischen Gebieten bei der Verwaltung der Strukturfonds ins Scheinwerferlicht. Der Berichterstatter weist zu Recht auf die Notwendigkeit hin, eine gewisse Einheitlichkeit zwischen EFRE und ELER wiederherzustellen, obwohl er vielleicht die Bedeutung des Begriffs „offene Koordinierung“ hätte deutlicher machen sollen, der im Widerspruch zu den bestehenden offenkundigen Ungleichheiten und den Bereichen nationaler Kompetenzen steht.

Ein höheres Maß an Einheitlichkeit erfordert Transparenz in Bezug auf Daten und Zahlungen. Das Wissen darüber, wie die Finanzmittel verteilt werden, ist wesentlich, um Verzerrungen zu kennzeichnen und zu korrigieren. Uns fehlt aber solche Transparenz. In der Praxis erleben wir die unterschiedlichsten Aktivitäten, um Daten zu verbergen, den Zugang zu Informationen zu verwehren und diese zu verheimlichen, und das alles bei öffentlichen Stellen und unseren eigenen nationalen Regierungen. Die Kommission erklärt, sie hätte keine Kompetenz, und alles wird vage und undurchsichtig. Wir sagen, dass wir auf eine Mauer des Schweigens treffen.

Wenn wir dieses Problem nicht lösen, sind wir von den realen Problemen, die die Strukturfonds lösen sollten, noch mehr abgekoppelt.

**Gisela Kallenbach (Verts/ALE).** - Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kollegen! Ich begrüße sehr, dass wir auf der Grundlage von Initiativberichten rechtzeitig politische Debatten führen, um spätestens 2014 unser Solidaritätsinstrument zielführender und effizienter zu nutzen. Vor allem liegt mir auch daran, diesen europäischen Mehrwert den Bürgern und Bürgerinnen zu vermitteln.

Daher ist es nur folgerichtig, alle Versuche einer Renationalisierung der Strukturpolitik zurückzuweisen. Wir brauchen mehr denn je eine einheitliche Gemeinschaftspolitik, die in der Lage ist, den aktuellen Herausforderungen wie Globalisierung, Klimaveränderung oder dem demographischen Wandel zu begegnen. Ob wir dabei erfolgreich sind oder uns mit der Mittelbindung für die Lissabon-Strategie in die eigenen Taschen lügen, wird sich hoffentlich spätestens bei der eingeforderten Analyse zeigen.

Wir sind an einer Weggabelung, an der sich entscheidet, ob territorialer Zusammenhalt und wirklich nachhaltige Entwicklung das Markenzeichen europäischer Politik sein werden oder nicht. Für diese Entscheidung brauchen wir viele Partner, nicht zuletzt die Städte. Und daher wollen wir auch, dass globale Zuschüsse direkt an diese gehen können, nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis. Bei aller Wertschätzung der Subsidiarität, europäische Gelder müssen nach bindenden Kriterien vergeben werden. Dazu gehören neben der Bedeutung der städtischen Dimension unbedingt der integrierte Ansatz und die Umsetzung der Klimaschutzziele. Das war unter uns schon mal Konsens – leider nicht bei der Abstimmung im Regionalausschuss!

Ein anderer Gedanke: Nach dem Konjunkturprogramm der Kommission soll die Vergabe der Strukturfondsmittel vereinfacht und beschleunigt werden. Mir ist bisher noch nicht aufgegangen, wieso es für solche Schritte erst einer Krise bedurfte, aber es macht ja Hoffnung. Wenn die umfassende Analyse der *best practice*-Projekte tatsächlich in die politische Diskussion einfließt, dann dürfte einer europäischen Vorreiterrolle für eine wirklich nachhaltige Politik nichts mehr im Wege stehen.

Ich danke allen Berichterstattern für ihre gute Zusammenarbeit!

**Georgios Toussas (GUE/NGL).** - (EL) Frau Präsidentin! Der Mythos von Konvergenz und Zusammenhalt zwischen den Ländern und Regionen der Europäischen Union wird von der Wirklichkeit selbst zerstört:

- wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten nehmen ständig zu;
- künstliche statistische Konvergenzen, die durch den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten hervorgerufen werden, können die Arbeiter, Bauern, jungen Menschen und Frauen nicht täuschen, die eine ständige Verschlechterung ihres Lebensstandards wahrnehmen;
- regionale Entwicklung unter kapitalistischen Rahmenbedingungen kann die Klassenkonflikte in dem System nicht beseitigen;
- ungleiche Entwicklung ist der kapitalistischen Produktionsmethode inhärent, weil als Anreiz für jeglichen Entwicklungsprozess die Maximierung des Kapitals dient;
- nationale Kohäsionstaktiken und die operationellen Programme des NSRP 2007-2013 haben, wie frühere Programme, eine spezifische Klassenorientierung: sie folgen dem gegen das Volk gerichteten Ansatz der Lissabon-Strategie und sind an nationale Reformprogramme angepasst; mit anderen Worten: sie fördern kapitalistische Umstrukturierungen und flexiblere Arbeitsverträge.

So dienen die Europäische Union und die bourgeoisen Regierungen den Bedürfnissen des Kapitals, sowohl für die Dauer der kapitalistischen Krise, indem sämtliche Lasten auf die arbeitende Klasse, auf die Arbeiter, geschoben werden, als auch mit dem offensichtlichen Ziel, diese arbeiterfeindlichen Maßnahmen dauerhaft zu machen, um den Profit der Monopole auch in der Zukunft zu sichern und zu steigern.

Als neuer relevanter Faktor ist dem Spektrum der Kohäsionspolitik das Konzept des territorialen Zusammenhalts hinzugefügt worden, und noch wichtiger ist das Grünbuch dazu. Der reaktionäre Charakter der Leitlinien im Vorschlag der Kommission reicht über den im Vertrag von Lissabon, wie die Euro-Verfassung jetzt genannt wird, enthaltenen Rahmen der Positionen und Kompetenzen der Europäischen Union hinaus, und das ist eine Beleidigung der Völker in den Mitgliedstaaten.

Das Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt benennt als unmittelbare Sektoren die Zuständigkeit der Monopole beim Gesundheitswesen, bei der Bildung, der Energie und anderen Diensten, wobei das wesentliche Element der Zugang vor allem zu den Verkehrsnetzen ist.

Die Kommunistische Partei Griechenlands lehnt den reaktionären Rahmen des Vorschlags der Kommission zum territorialen Zusammenhalt kategorisch ab und weist ihn insgesamt zurück.

**Kathy Sinnott (IND/DEM).** - Frau Präsidentin! Kohäsionspolitik soll in jeder Form der Motor der Gleichheit sein, und sie zeitigte bereits viele Erfolge. Doch sollte Kohäsionspolitik nach einer langfristigen Beurteilung ihrer Gesamtwirkung betrachtet werden. Bei einer solchen Beurteilung ist die Frage einfach: sind Gemeinden und die dort lebenden Menschen wegen der EU-Kohäsionspolitik und der Strukturfonds, die sie unterstützen, besser dran? Bei ehrlicher Betrachtung würde man wahrscheinlich feststellen, dass die Antwort unmittelbar „Ja“ lautet, aber auf lange Sicht zu oft „Nein“.

Uns wird berichtet, dass Landwirte in Irland erfolgreich waren – und das stimmt. Aber warum bleiben dann auf lange Sicht so wenige Landwirte übrig und sind so viele arbeitslos oder unterbeschäftigt in den ländlichen Gebieten Irlands? Lag es daran, dass die Strukturfonds und die Kohäsionspolitik nicht zur GAP passten? Oder dass sie die gemeinsame Fischereipolitik nicht abmildern konnten, die über dreieinhalb Jahrzehnte irische Küstengemeinden und die Fischbestände in irischen Gewässern dezimierte? Und warum wird Limerick im Südwesten Irlands mit besseren Straßen und Infrastruktur – dank EU-Mitteln – ein Beschäftigungsschwerpunkt? Liegt es daran, dass die Kohäsionspolitik keine Antwort auf die Wettbewerbspolitik hat, die einem neuen Mitgliedstaat erlaubt, mit 54 Millionen Euro staatlicher Beihilfe Dell wegzulocken, einen gewerblichen Grundpfeiler in dem Gebiet?

Kohäsionspolitik strebt Gleichheit an, doch Privatisierungsrichtlinien, wie die Post-Richtlinie, hatten zur Folge, dass Dienstleistungen in schlecht versorgten Gebieten weiter abgebaut wurden. Vielleicht besteht das Problem darin, dass unsere Kohäsionspolitik keinen Zusammenhalt mit anderen EU-Strategien besitzt, wie Wettbewerb, Marktliberalisierung usw.

Das Geheimnis ist, dass Zusammenhalt nicht durch Strategien entsteht: er kommt von einfachen, verbindenden Grundsätzen, die jede Strategie durchziehen sollten – Grundsätzen wie Achtung vor dem Menschen, echte Subsidiarität, Vorrang des Schwachen, Achtung vor dem Leben, Verantwortung für die Schöpfung, Bedeutung der Familie, Würde der Arbeit, Solidarität und Konzentration auf das Gemeingut. Bis alle EU-Strategien sich nach diesen Grundsätzen richten, werden Programme weiterhin in Konflikt geraten.

*(Die Präsidentin unterbricht die Rednerin.)*

**Carl Lang (NI).** – (FR) Frau Präsidentin! Zwischen 2007 und 2013 wird die Kohäsionspolitik den Hauptposten bei den Ausgaben für das Europa von Brüssel darstellen, aber diese Entwicklung ist weit davon entfernt, den französischen Regionen zu nutzen, sondern benachteiligt sie sogar. Der Anstieg bei den Regionalaufwendungen geht in Wirklichkeit zu Lasten der Gemeinsamen Agrarpolitik und deshalb zu Lasten Frankreichs. Wir stellen fest, dass der den französischen Regionen zugewiesene Anteil ständig zurückgeht. Von den 347 Milliarden Euro der Strukturfonds ist der größte Teil für Osteuropa bestimmt, das durch über 40 Jahre Kommunismus ruiniert ist.

Schon im Jahr 2000 hat Brüssel die nach dem früheren Ziel I gewährten Strukturfondsmittel von den Kantonen der französischen Region Hainaut abgezogen. Heutzutage zahlt Frankreich, das 16 % zu den EU-Haushaltseinnahmen beiträgt, immer mehr und bekommt immer weniger.

Obendrein hat diese Regionalbeihilfe jene nicht geschützt, die von der weltweiten Wirtschaftskrise betroffen sind, da sie ein Bestandteil der ultra-liberalen Philosophie der Lissabon-Strategie ist. Mehr als je zuvor müssen wir jetzt ein neues Europa bauen, das durch eine aktive Politik der Wiedererlangung der Kontrolle über unseren Binnenmarkt unseren Regionen und unseren Nationen endlich wirtschaftlichen Schutz bietet.

**Markus Pieper (PPE-DE).** - Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gerne nutze ich die Gelegenheit, etwas näher auf den Bericht Roszkowski einzugehen.

Beide Politikbereiche, um die es hier geht – die Strukturförderung wie auch die Unterstützung der ländlichen Räume –, scheinen jeweils für sich gut zu funktionieren. Dennoch habe ich den Eindruck, dass beide Politikansätze manchmal identische Ziele verfolgen. Bei den Themen Demographie, Energie und Telekommunikation finden wir sowohl bei der Strukturförderung als auch bei der ländlichen Entwicklung Projektförderungen, die wirklich in die gleiche Richtung zielen, die aber von unterschiedlichen Ministerien verantwortet werden. Wir haben so zwar eine Vielzahl von europäischen Projekten, aber haben wir auch Projekte mit europäischem Mehrwert? Ich habe den Eindruck, dass manchmal eher gekleckert als geklotzt wird.



Würden wir Projekte ressortübergreifend zusammenfassen, ließen sich größere Dinge für den ländlichen Raum realisieren, etwa dezentrale Energieinfrastrukturen, Breitbandverkabelung auf breiter Front, grenzüberschreitende Infrastrukturen der Wasserwirtschaft. Wir brauchen mehr Projekte, die von mehreren Ministerien gleichzeitig gewollt sind. So bleiben wir nicht im Kleinen stehen, sondern können mit europäischen Geldern dauerhaft etwas für die Regionen erreichen. Dazu müssen wir die europäischen Vorgaben zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit verbindlicher machen. Vielleicht müssen wir sogar über Mindestprojektsummen ernsthaft nachdenken.

Noch ein Wort zur Finanzierung. Für mich ist Modulation wirklich kein schönes Wort. Es nimmt den Landwirten die versprochenen Ausgleichszahlungen, ohne aber die Programme der ländlichen Entwicklung verlässlich auszustatten. Deshalb muss Landwirtschaftspolitik in Zukunft Politik für die Landwirte sein, mit klaren finanziellen Bindungen ohne Mitteltransfer irgendwohin. Und Regionalpolitik muss Politik für die Regionen sein, hier mit einem besonderen Augenmerk für die ländlichen Regionen und deren Erfordernisse. So geben wir wirklich europäische Impulse, die unsere Regionen auch dauerhaft aufwerten.

**Evgeni Kirilov (PSE).** – (BG) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! In der heutigen Aussprache scheint wieder allgemein die Meinung zu bestehen, dass die Kohäsionspolitik notwendig und nützlich ist.

Diejenigen in unseren Reihen, die sie unterstützen, streben ihre Weiterentwicklung und positive Ergebnisse an. Deshalb ist es meiner Ansicht nach wichtig, dass wir bei einer grundlegenden Bedingung bleiben: die Kohäsionspolitik muss denjenigen zugänglich sein, für die sie bestimmt ist und die sie benötigen, speziell den Regionen und Gebieten, die hinterherhinken und bei ihrer sozioökonomischen Entwicklung auf Schwierigkeiten stoßen.

Frau Krehls Bericht listet eine Reihe von Hindernissen auf, denen mögliche Nutzer der Hilfe aus den Strukturfonds gegenüberstehen. Diese Widrigkeiten, die auf bürokratischen Schwierigkeiten und komplizierten, unklaren Verfahren beruhen, führen zu Fehlern. Das entmutigt die Begünstigten und nährt die Kritik der Kontrollinstanzen.

Um diese zweifache Herausforderung angehen zu können, müssen wir auf der einen Seite mit allen Institutionen und Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, und auf der anderen Seite möchte ich bitten, die erworbene Erfahrung zu nutzen und größere Aufmerksamkeit auf die positiven Ergebnisse zu richten, wenn wir Ideen suchen, wie die Hindernisse zu überwinden sind.

In dieser Hinsicht bieten die Vorschläge, die wir in Frau Krehls Bericht über bewährte Methoden vorlegen, eine solide Grundlage für die anschließenden Maßnahmen und Aktivitäten, die auf eine Vereinfachung der Regeln und eine Verbesserung des Informationsaustauschs und der Kommunikation bei der Nutzung der Strukturfonds abzielen. Die Europäische Kommission und die Entscheidungsgremien sind nochmals aufgerufen, eine Schlüsselrolle zu spielen, aber sie müssen offenkundig auch wissen, dass sie die Unterstützung des Europäischen Parlaments haben.

Herr van Nistelrooij betonte, die Kohäsionspolitik sei ein Ausdruck von Solidarität. Uns bleibt die Aufgabe, durch intensive Arbeit sicherzustellen, dass unsere Bürger nachhaltig spüren, dass sie von den Ergebnissen dieser Solidarität profitieren. Endziel der Kohäsionspolitik muss die Schaffung von Chancengleichheit für alle EU-Bürger sein, ganz gleich wo sie leben.

**Jean Marie Beaupuy (ALDE).** – (FR) Frau Präsidentin, Frau Hübner! In den vergangenen 30 Jahren haben wir die Vorteile der verschiedenen Kohäsionsstrategien miterlebt, die wir verfolgt haben. Wir müssen diese Vorteile bei der bevorstehenden Wahl hervorheben, da sie wirklich interessant sind für Bürger, deren Lebensqualität sich in manchen Fällen verdreifacht hat, und für Regionen, die früher verschuldet waren und jetzt echt vorankommen. Die Vorteile können also nicht geleugnet werden.

Überdies hat die Kohäsionspolitik heutzutage als größter Posten in unserem EU-Etat den ersten Rang eingenommen. Das durch die sechs uns heute Morgen vorliegenden Berichte aufgeworfene Thema, und was wir als Abgeordnete erreichen wollen, ist die Verbesserung der Wirksamkeit dieser Finanzmittel und Vorschriften, die wir unseren Mitbürgern bereitstellen.

Frau Hübner, der Schlüssel zur Wirksamkeit dieser Vorschriften und Budgets liegt bei der Kommission. Wieso? Zuerst, Frau Kommissarin, wenn Sie gestatten, weil wir eine Beziehung haben und weil wir wissen, dass Sie uns zuhören und dafür sorgen, dass die Kommission die in diesen sechs Berichten aufgeführten

Anliegen entsprechend in Betracht zieht, und ich möchte diese Gelegenheit nutzen, den sechs Verfassern zu gratulieren.

Frau Hübner, diese Berichte bieten äußerst detaillierte Lösungen, ob es um die städtische Umgebung, ländliche Gebiete, bewährte Methoden oder die künftige Kohäsionspolitik geht, und wie Sie wissen, enthalten sie sehr spezifische Beispiele, die der Kommission die Arbeit erleichtern.

Wir sehen also den Vorschlägen der Kommission für konkrete Lösungen auf europäischer Ebene entgegen. Aber das ist nur die Hälfte dessen, was zum Erreichen der Effektivität notwendig ist. Deshalb bitten wir Sie, Frau Kommissarin, auch darum, soviel Einfluss wie möglich bei Regierungen, Regionen und Kommunalbehörden auszuüben, denn diese setzen unsere Vorschriften, Budgets und Verordnungen in die Praxis um, und wir werden nur effektiv sein, wenn sie es sind.

Wir zählen darauf, dass Sie, Frau Hübner, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene mit den von uns vorgelegten sechs Berichten Erfolg haben.

**Andrzej Tomasz Zapalowski (UEN).** - (PL) Frau Präsidentin! Ein wichtiges Gegengewicht zu der heute in Europa zunehmenden Tendenz zu nationalem Protektionismus ist eine sinnvolle Politik der Kohäsion und der Entwicklung des ländlichen Raums. Durch das derzeitige System der Unterstützung aus verschiedenen Fonds zur Entwicklung des ländlichen Raums hat sich der Stand der Entwicklung in verschiedenen Teilen der EU eher verfestigt als angeglichen.

Das Ergebnis ist eine enorme Ungleichheit bei Agrarsubventionen zwischen den neuen und den alten Mitgliedstaaten, und diese Ungleichheiten werden nach 2013 fortbestehen. Alle Landwirte haben ähnliche Produktionskosten, und in den neuen Mitgliedstaaten steigen die landwirtschaftlichen Dienstleistungen und nähern sich schnell den Preisniveaus der alten Mitgliedstaaten an. Welche Chancen hat dann der ländliche Raum auf Angleichung seines Entwicklungsstands in den nächsten Jahrzehnten?

Nur durch beständige und langfristige Unterstützung für lokale Gemeinschaften in den ärmeren Regionen bei maximaler Straffung der Verfahren wird es möglich sein, die Ungleichheiten abzubauen, so dass wir in ungefähr zehn Jahren von echtem Wettbewerb innerhalb der EU sprechen können.

**Jim Allister (NI).** - Frau Präsidentin! Lassen Sie mich etwas zum Thema Mittel für städtische Gebiete sagen. Frau Kommissarin, Sie haben Belfast mehrere Male besucht. Sie werden hoffentlich genau wie ich den eindeutigen Nutzen des URBAN-Programms gesehen haben, vor allen in Nord-Belfast. Daher bedaure ich das Verschwinden dieses Programms, vor allem weil nichts Vergleichbares an seine Stelle getreten ist. Die Umstellung auf öffentlich-private Partnerschaften ist ein schwacher Ersatz, und der Zugang zu JESSICA mildert den Schock kaum, bis jetzt jedenfalls. In Wirklichkeit haben wir uns von URBAN verabschiedet, ohne einen konkreten Ersatz zu haben.

Im derzeitigen wirtschaftlichen Klima nimmt die Aussicht ab, dass JESSICA die erwartete Hebelwirkung entfaltet, und so wird in vielen Städten, wo noch Sanierung und Investitionen erforderlich sind, eine Lücke bleiben. Mit jedem Engerschnallen des finanziellen Gürtels klaffen die Lippenbekenntnisse in staatlichen Strategien und die Erfüllung vor Ort weiter auseinander. Das Fehlen spezieller Mittel für städtische Ausgaben im Programm 2007 - 2015 macht sich daher zunehmend bemerkbar.

*(Die Präsidentin unterbricht den Redner.)*

**Jan Olbrycht (PPE-DE).** - (PL) Frau Präsidentin! Es muss darauf hingewiesen werden, dass es nicht von ungefähr kommt, dass diese Aussprache diesen Verlauf genommen hat und dass wir mehrere Berichte gleichzeitig diskutieren. Es liegt daran, dass weder Themenkomplexe noch einzelne Punkte abgetrennt werden können, wenn wir ernsthaft über europäische Politik in den kommenden Jahren diskutieren wollen. Dazu kommt, wenn wir uns die aktuelle Aussprache zum Thema Konjunkturpaket ansehen, dass die Entscheidungen, die wir jetzt zu treffen haben, natürlich wesentliche Auswirkungen auf die Gestalt der Kohäsionspolitik nach 2013 haben.

Wenn wir jetzt über all die Berichte sprechen, sollten wir uns daher nicht verzetteln, wichtig ist vielmehr, dass die Kohäsionspolitik sowohl eine Chance als auch eine Grundlage für echten Fortschritt wird, hin zur Integration verschiedener Arten von europäischer Politik, zur Komplementarität dieser Politiken, zur Einführung eines integrierten Ansatzes. Es ist kein Zufall, dass die Europäische Kommission zeitgemäße Lösungen vorlegt, die die europäische Politik insgesamt verändern können.

Die Diskussion über territorialen Zusammenhalt ist im Wesentlichen eine Debatte über integriertes Handeln. Sie ist eine Debatte über den Verzicht auf jegliche Behandlung der europäischen Politik nach Sektoren. Es läuft darauf hinaus, dass das gesamte Gebiet der Europäischen Union als Ganzes behandelt und nicht in reichere und ärmere Teile geteilt werden sollte, das heißt, wir stehen hinsichtlich der Kohäsionspolitik vor bedeutsamen Entscheidungen. Ich danke Ihnen, dass Sie diese Aussprache zu einer wirklich gemeinsamen Aussprache gemacht haben.

**Mia De Vits (PSE).** – (NL) Frau Präsidentin! Zunächst möchte ich dem Kollegen Becsey ganz herzlich gratulieren und ihm auch für die angenehme Zusammenarbeit beim Bericht über Kleinstkredite danken. Die Bedeutung dieses Berichts muss nicht besonders betont werden, vor allem nicht unter den derzeitigen Umständen. Ich möchte auch die Verbindung herstellen zwischen diesem Bericht und der Krise, die wir gerade erleben. Wir sehen, dass die Mitgliedstaaten versuchen, sich mit Hilfe eines ganzen Bündels von Maßnahmen aus der Klemme der Wirtschaftskrise zu befreien, und dass sie häufig mit sich selbst und mit der Wiederherstellung ihrer eigenen Märkte beschäftigt sind.

Die Lösung ist aber nicht „jeder für sich“, sondern eine mehr europäische Betrachtung der Problematik. Die USA haben sich unter Präsident Obama für staatliche Investitionen in gewaltigem Umfang entschieden, und das ist nach meiner Ansicht der richtige Weg. Wir hier in Europa haben 27 Konjunkturprogramme, die zwar aufeinander abgestimmt sind, aber jeweils von den Mitgliedstaaten selbst finanziert werden. Diese Konjunkturprogramme sind notwendig, sie sind aber sicher nicht mehr als ein begrenzter Schritt in die richtige Richtung.

Berichte über Kleinstkredite wie auch ein anderer Bericht, der in nächster Zeit auf die Tagesordnung kommen soll, nämlich über den Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, sind in diesem Zusammenhang sehr konkrete Schritte für die Menschen, vor allem jetzt, wo die Arbeitslosenzahlen steigen und die Banken Kredite sehr viel zögerlicher vergeben. Ich habe daher zum Becsey-Bericht sehr wenig anzumerken. Ich möchte vor allem noch einmal die Punkte hervorheben, die für uns die wichtigsten waren. Wir stellen fest, dass diese Punkte wieder im Bericht stehen, und dadurch wurde der Text der Kommission in mehreren Bereichen verbessert.

Ein erster solcher Bereich ist die dauerhafte öffentliche EU-Finanzierung. Das ist wichtig, weil wir momentan zu viele nebeneinander bestehende Initiativen haben. Im EU-Haushalt muss es ein Budget für diese Kleinstkredite geben.

Zweitens muss klargestellt werden, dass diese Kleinstkredite für Langzeitarbeitslose, Mitglieder benachteiligter Gruppen und solche Personen bestimmt sind, die auf dem üblichen Weg keinen Kredit bekommen können. Diese Kleinstkredite werden in erster Linie auf lokaler Ebene gewährt. Darum müssen auf der lokalen Ebene unbedingt Aktivierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Wir bestehen daher darauf, dass Empfänger von Sozialleistungen durch den Erhalt von Kleinstkrediten ihre Ansprüche nicht verlieren.

**Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN).** – (PL) Frau Präsidentin! Die Einrichtung eines Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums ist strukturpolitisch sehr wichtig. Damit die bestehenden Möglichkeiten richtig genutzt werden, müssen wir allerdings eine transparente langfristige Entwicklungsstrategie für den ländlichen Raum und die Regionen entwickeln und ein System einrichten, mit dem die Aktivitäten dauerhaft auf nationaler Ebene koordiniert werden können.

Wir alle wissen sehr gut, dass die Aussprache über die Kohäsionspolitik unterschiedliche Ansichten über die Verwendung von Mitteln für Agrarsubventionen und ländliche Entwicklung verdeckt. Es gibt auch die Befürchtung, dass diese Mittel nach Umschichtung teilweise für die Erschließung städtischer Räume und äußerst dynamischer Gebiete eingesetzt werden, auf Kosten der seit jeher rückständigeren und weniger aktiv verwalteten Gebiete. Derartigen Lösungen und Ergebnissen können wir nicht zustimmen.

**Ambroise Guellec (PPE-DE).** – (FR) Frau Präsidentin! Wie meine Abgeordnetenkollegen möchte auch ich meine Befriedigung über die heutige Aussprache ausdrücken, und ich möchte etwas speziell zum territorialen Zusammenhalt sagen. Auch wenn ich sagen würde, es ist nie zu spät, das Richtige zu tun, so wurde doch bei der Festlegung des territorialen Zusammenhalts als wichtiges politisches Ziel der Europäischen Union viel Zeit verloren. Es gab natürlich institutionelle Probleme, die hoffentlich bald überwunden sind, und auch – entschuldigen Sie bitte, Frau Hübner – die extreme Vorsicht der Kommission in dieser Angelegenheit. Wir dürfen jedoch daran erinnern, dass das Parlament in dieser ganzen Wahlperiode seit 2004/2005 bis heute ständig versucht hat, Druck zu machen, denn das Prinzip der Gleichbehandlung aller EU-Bürger, unabhängig davon, wo sie leben, ist nach unserer Meinung extrem wichtig und erfordert, dass wir gemeinsam voranschreiten.

Jetzt ist das Grünbuch endlich da, worüber wir sehr glücklich sind. Es leidet ein wenig an mangelndem Anspruch, wie mir scheint: Wir hätten uns gewünscht, dass die Kommission, statt eine sehr offene Befragung zum Thema einzuleiten, eine Definition und klare Ziele vorlegt. Wir machen dennoch Fortschritte, auch wenn uns die unverhältnismäßig starke Verknüpfung mit der Lissabon-Strategie erneut gewisse Schwierigkeiten machen dürfte, bei der Umsetzung der Strukturfonds der früheren Generation.

Jetzt läuft die Konsultation, und dabei wird hoffentlich herauskommen, dass es notwendig ist, Ressourcen auszuweiten, Instrumente zu perfektionieren – dies gilt für die Zeit ab 2013: wir haben Zeit, aber diese wird schnell vergehen – Finanzmittel aufzustocken, Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen auszubauen, insbesondere bei der gerade diskutierten Frage der sektoralen Maßnahmen eine integrierte Vision der Entwicklung zu haben, die gemeinsame Agrarpolitik und die regionale Entwicklung abzustimmen und so weiter. Wir brauchen das Weißbuch so schnell wie möglich, Frau Kommissarin.

Abschließend möchte ich auf die Dringlichkeit der Förderung von territorialem Zusammenhalt in allen Regionen Europas hinweisen, denn für die Beendigung der Krise und den wirtschaftlichen Aufschwung und auch und vor allem für die Motivation unserer Mitbürger, sich an europäischen Projekten zu beteiligen, ist räumliche Gleichheit unerlässlich.

**Pierre Pribetich (PSE).** – (FR) Frau Präsidentin! „Es ist eine schöne Harmonie, wenn Tun und Sagen Hand in Hand gehen.“ Montaigne hatte, als er das sagte, zweifellos die Worte und Taten von Politikern im Sinn.

Hier bei der Kohäsionspolitik müssen wir nach dieser Harmonie streben. Bei unserem Wunsch als Europäer, die europäische Stadt als Schwerpunkt der Entwicklung unserer Gesellschaften zu betrachten, gilt es bestimmten Verpflichtungen nachzukommen und Gesichtspunkte zu berücksichtigen: allgemeiner Rückgang der Bevölkerung, Mangel an Arbeitsplätzen, städtische Umweltverschmutzung, eingeschränkte innerstädtische Mobilität sowie Wohnraum, der nicht an eine nachhaltige Entwicklung angepasst ist. All dies sind bedeutende Herausforderungen, die wir annehmen müssen, wenn wir unsere europäischen Städte attraktiv, wettbewerbsfähig und lebenswert machen wollen. Die Bekämpfung der Probleme verlangt also, dass unsere Worte mit unseren Taten in Einklang stehen. Das ist das Wesentliche der städtischen Dimension der Kohäsionspolitik: Leistung und Anerkennung abstimmen, harmonisieren und für den neuen Programmplanungszeitraum wirksam machen.

Abschließend haben wir zwei Verpflichtungen: zur Erreichung der Ziele von Leipzig müssen erhebliche und klar bezeichnete Finanzmittel bereitgestellt werden und schließlich müssen unsere Städte miteinander kooperieren, um mit dem Reichtum und der Vielfalt der Lösungen innerhalb unseres europäischen Raums dem globalen Wettbewerb gewachsen zu sein.

**Rolf Berend (PPE-DE).** - Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht des Kollegen van Nistelrooij hinsichtlich des Grünbuchs und der künftigen Form der Kohäsionspolitik ist sicherlich einer der bedeutendsten Berichte des Ausschusses für regionale Entwicklung der letzten Jahre.

Wir stimmen dem grundlegenden Konzept des Grünbuchs zu, wonach es beim territorialen Zusammenhalt darum geht, die polyzentrische Entwicklung der EU insgesamt sowie eine nachhaltige Entwicklung der Hoheitsgebiete mit verschiedenen Merkmalen und Eigenarten sicherzustellen und zugleich deren Vielfalt zu wahren. Es ist richtig, dass im nächsten Planungszeitraum ein umfassenderes System der schrittweisen Hilfe für Übergangsregionen, die die Schwelle von 75 % des Bruttoinlandsprodukts überschreiten werden, geschaffen werden muss, damit diese Regionen einen eindeutigen Status erhalten und somit mehr Sicherheit in ihrer Entwicklung haben.

Im Bericht der Kollegin Krehl über Hindernisse bei der Inanspruchnahme der Strukturfonds werden zu Recht die wesentlichsten Mängel aufgelistet, vor denen Antragsteller bei der Inanspruchnahme der Strukturfonds stehen, wie z. B. übermäßiger Verwaltungsaufwand, zu viele komplexe Verordnungen oder die langsame und umständliche zentralisierte Verwaltung in den Mitgliedstaaten. Es werden mannigfaltige Empfehlungen an die Kommission ausgesprochen, welche wirksamen Maßnahmen ergriffen werden sollen, um diese Hindernisse abzubauen. Zwei solcher Maßnahmen möchte ich herausgreifen und bekräftigen.

Zum Ersten: Derzeit müssen Projektverantwortliche ihre Projektunterlagen über einen Zeitraum von zehn Jahren aufbewahren, um diese bei Kontrollen, die gegebenenfalls durch die Kommission vorgenommen werden, vorrätig zu haben. Gerade für kleinere Projekte ist das ein übermäßiger bürokratischer Aufwand. Richtig, dass das jetzt auf einen Zeitraum von drei Jahren gesenkt werden soll!

Zum Zweiten: Die Bewertungsmaßstäbe der EU-Kommission bei innovativen Projekten machen erhebliche Probleme. Bei innovativen Projekten dürfen nicht dieselben Bewertungsmaßstäbe wie bei anderen Projekten gelten. Es ist einfach notwendig, dass hier etwas anderes erfolgt.

**Miloš Koterec (PSE).** – (SK) Die Politik der regionalen Entwicklung leistet einen eindeutigen Beitrag zum allgemeinen Wohlergehen von EU-Bürgern. Sie ist im Prinzip bereits eine Sozialpolitik und als solche wird sie von unserer Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament uneingeschränkt unterstützt und konsequent weiterentwickelt. Kürzlich wurde ich von Teilnehmern einer öffentlichen Versammlung gefragt, warum sie sich die Mühe machen sollten, Abgeordnete zum Europaparlament zu wählen. Nach der Erörterung des Umfangs und der Bereiche, in denen die verschiedenen europäischen Regionen Leistungen der EU erhalten – mit konkreten Beispielen mit Millionen von Betroffenen – war die Kohäsionspolitik für mich ein Hauptargument, warum wir wählen sollten.

Dazu habe ich erläutert, welche wichtige Rolle das Europäische Parlament während der Bewilligung der Kohäsionspolitik wie auch der Haushaltsmittel spielt, und dass dies stark zunehmen wird, wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt. Ich habe betont, dass sich die Regionalpolitik auf der Grundlage dieses Vertrages außerdem viel stärker direkt auf die Bürger auswirken wird und dass bei der Verwaltung der Regionalpolitik, der Förderung ihrer Synergieeffekte und der Entwicklung des territorialen Zusammenhalts einschließlich des ländlichen Raums die Rolle der lokalen Behörden und aller potentiellen Empfänger gestärkt wird. Ferner habe ich darauf hingewiesen, dass die Politik der regionalen Entwicklung eines der einfachsten und flexibelsten Gemeinschaftsinstrumente ist, um solche Krisen, wie wir sie momentan erleben, zu lösen. Regionalpolitik trägt beispielsweise zur Lösung von Arbeitslosigkeits-, Investitions- und auch sozialen Problemen bei. Sofern sie professionell und transparent umgesetzt wird, kann sich die Regionalpolitik ganz leicht als eine starke Säule der EU erweisen. Wir werden in Zukunft stark auf diese Säule bauen und ihre Effizienz steigern müssen, denn sie stellt eine wichtige Verbindung zwischen europäischen Bürgern und europäischen Institutionen dar.

**Mariela Velichkova Baeva (ALDE).** – (BG) Welche grundlegenden Ziele hat die Kleinstkredit-Initiative? Die Unterstützung der Entwicklung dieses Instruments und die Schaffung eines positiven institutionellen und geschäftlichen Umfelds, damit Nichtbank-Finanzinstitute ihre Kapazität ausbauen, Wachstum und nachhaltige Entwicklung erzielen sowie das Vertrauen des privaten Kapitalmarkts sichern können.

Der Bericht von Herrn Becsey stellt die Chancen heraus, die Kleinstkredite bei der Integration benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt bieten. Die Europäische Kommission sollte durch Koordinierung verschiedener Maßnahmen und Initiativen in diesem Zusammenhang einen allgemeinen europäischen Rahmen mit spezifischen Parametern, darunter auch für Nichtbank-Kleinstkreditinstitute, vorschlagen.

Die Förderung unternehmerischen Handelns führt zu größerer Wettbewerbsfähigkeit und einer hochwertigeren wissensbasierten Wirtschaft, in Übereinstimmung mit der überarbeiteten Lissabon-Strategie.

#### **VORSITZ: LUISA MORGANTINI**

*Vizepräsidentin*

**Margie Sudre (PPE-DE).** – (FR) Frau Präsidentin, Frau Hübner! Ich bedaure, dass der Rat und die Kommission es noch nicht unternommen haben, territorialen Zusammenhalt eindeutig zu definieren. Die französische Präsidentschaft hatte einen Versuch in der Richtung unternommen, was ich begrüße. Unser Parlament besteht weiter darauf, dass das Ziel ab dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon gilt und dass es so bald wie möglich genauer formuliert wird.

Entsprechend dem ausgezeichneten Bericht von Lambert van Nistelrooij hoffe ich, dass territorialer Zusammenhalt die Rechtsgrundlage wird, die die harmonische Entwicklung aller Gebiete der Union sicherstellt und dafür sorgt, dass die Eigenschaften jeder europäischen Region optimal genutzt werden können. Die Politikbereiche der Gemeinschaft müssen unbedingt besser koordiniert werden, damit sie vor Ort ihre maximale Wirkung entfalten.

Der territoriale Zusammenhalt soll sich nicht ausschließlich auf Regionen mit dauerhaften Nachteilen konzentrieren. Vielmehr muss er der polyzentrischen Entwicklung der Europäischen Union insgesamt Rechnung tragen und dabei die Merkmale der einzelnen Regionen berücksichtigen und gleichzeitig deren Vielfalt bewahren. Dieses neue Konzept erscheint mir relevant für die Betrachtung der Regionen in äußerster Randlage, um ihnen nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum zu sichern.

In diesem Zusammenhang danke ich dem Berichterstatter, dass er in seine Kompromiss-Änderungen die Forderungen bezüglich der besonderen Herausforderungen aufgenommen hat, vor denen die Regionen in äußerster Randlage in punkto Zugänglichkeit und Wettbewerbsfähigkeit stehen, die wichtige Aspekte des territorialen Zusammenhalts sind.

Aus der kürzlichen Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Die Regionen in äußerster Randlage: eine Chance für Europa“ habe ich entnommen, dass die Kommission all die Empfehlungen zur besseren Verwaltung der Kohäsionspolitik auf die Regionen in äußerster Randlage anwenden und diese dadurch zu einem wegweisenden Beispiel der Umsetzung des territorialen Zusammenhalts machen will.

Ich erhoffe mir von den Beratungen mit den überseeischen Gebieten im Rahmen der *États généraux de l'Outre-Mer*, die in Frankreich bald beginnen sollen, das Gleiche und das weitgehende Integrieren der wichtigsten territorialen Auswirkungen der europäischen Politik für die Regionen in äußerster Randlage, deren Mehrwert nicht zu leugnen und unbestritten ist.

Zum Schluss möchte ich natürlich allen unseren Berichterstattern danken.

**Gábor Harangozó (PSE).** - (HU) Wenn wir den Herausforderungen begegnen sollen, vor denen die Europäische Union steht, müssen wir alles unternehmen, um die Unterschiede in der Wirtschaft und dem Lebensstandard in bestimmten Regionen definitiv zu beenden. Diesbezüglich muss sich unsere Kohäsionspolitik in der Zukunft auf ihr ursprüngliches Ziel konzentrieren, nämlich strukturelle Veränderungen in Regionen herbeizuführen, die wirtschaftlichen und sozialen Problemen ausgesetzt sind.

Um künftig eine größere Wirkung zu erzielen, müssen wir uns auf den fraglichen Herausforderungen entsprechende territoriale Einheiten konzentrieren. Wir müssen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit restrukturieren, und bei diesem Prozess können Makroregionen eine bedeutende Rolle spielen.

Zugleich müssen wir uns mit der in bestimmten Gebieten konzentrierten Armut befassen. Wenn wir wirkliche Veränderung fördern wollen, müssen wir uns auf die Ebene konzentrieren, auf der sich das Problem zeigt; mit anderen Worten: was erforderlich ist, sind gezielte, umfassende Maßnahmen auch auf der Ebene unterhalb der Regionen. Es genügt nicht, Projekte zu finanzieren; wir brauchen einen integrierten Ansatz, der alle Fonds einbezieht und den schwächsten Bürgern der Europäischen Union echte Hilfe bietet.

**Rumiana Jeleva (PPE-DE).** – (BG) Meine Damen und Herren! Die Kohäsionspolitik stellt einen der grundlegenden Bausteine der Europäischen Union dar. Sie hat über Jahrzehnte den allgemeinen Wunsch der europäischen Bürger nach einer besseren Zukunft mit höherer Lebensqualität und besserer Arbeitssituation widerspiegelt.

Die Ergebnisse der Kohäsionspolitik zeigen, dass es sich um eine der erfolgreichsten Strategien der EU handelt. Heutzutage gehören Mitgliedstaaten, die sich in der Vergangenheit im Verhältnis zum EU-Durchschnitt auf einem viel niedrigeren Entwicklungsstand befanden, zu den höchstentwickelten Ländern auf der Welt. Diese Grundsätze helfen, die Wirksamkeit der Kohäsionspolitik aufzuzeigen und neue Staaten zu motivieren, die der EU beigetreten sind, wie zum Beispiel mein Land: Bulgarien.

Wir Bulgaren haben lange auf die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union gewartet und setzen zu Recht unsere Hoffnungen auf die Möglichkeiten der Struktur- und Kohäsionsfonds. Ich glaube, im Namen aller zu sprechen, wenn ich Frau Kommissarin Hübner für ihre enormen Bemühungen auf dem Gebiet der Regionalentwicklung und ihre entschlossene Unterstützung der Kohäsionspolitik danke.

Die fünf Berichte vom Ausschuss für regionale Entwicklung unterstreichen, dass sich auch das Europäische Parlament dauerhaft für eine starke, effektive Kohäsionspolitik einsetzt. Meine Damen und Herren, außer mit der Finanzkrise müssen wir uns heutzutage auch mit den Problemen im Zusammenhang mit dem Klimawandel, der demographischen Veränderung, der Energieeffizienz, der übermäßigen Verstädterung, der Migration und anderen Themen beschäftigen.

Alle diese Fragen erfordern starke, gemeinschaftliche Antworten der Europäischen Union. Deshalb muss die Kohäsionspolitik als Triebfeder für die Veränderungen genutzt werden, die wir vornehmen müssen. Eine solche Herausforderung für die EU ist beispielsweise die Verringerung der Abhängigkeit von Importen bei Öl und Gas.

Meine Damen und Herren, die Kohäsionspolitik und Strukturfonds waren immer mehr als nur eine einfache Geste der europäischen Solidarität. Sie sind tatsächlich ein System des gegenseitigen Nutzens, mit dem neue Märkte geschaffen und neue Handelsbeziehungen geknüpft werden können. Abschließend möchte ich

feststellen, dass jeder Bürger das Recht hat, von der Kohäsionspolitik zu profitieren. Das gilt natürlich auch für die Bürger meines Landes, die eine höhere Qualität bei Arbeits- und Lebensbedingungen verdienen.

**Jamila Madeira (PSE).** – (PT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vorweg möchte ich allen für ihre Arbeit danken.

Die drei im Grünbuch beschriebenen Hauptkonzepte – Konzentration, Anbindung und Zusammenarbeit – können Lösungen für gewisse Hindernisse für eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft bieten, insbesondere die negativen Auswirkungen der Konzentration der wirtschaftlichen Tätigkeit, der Ungleichheiten beim Zugang zu Märkten und Dienstleistungen, die sich aus der Entfernung ergeben, und der Aufteilungen, die durch Grenzen nicht nur zwischen Mitgliedstaaten – vor allem den am wenigsten begünstigten – sondern auch zwischen Regionen aufgezungen werden.

Darum müssen wir versuchen, durch Anwendung von Verfahren zur effektiven Messung ihrer territorialen Auswirkung die Synergien aus diesen politischen Ansätzen zu erhöhen. Genau aus diesem Grund habe ich mich stets für die Erarbeitung zusätzlicher qualitativer Indikatoren zum Zweck der besseren Gestaltung und Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen vor Ort unter Berücksichtigung der verschiedenen territorialen Besonderheiten ausgesprochen.

Zur Zeit haben wir das BIP als einziges Kriterium für die Ermittlung der Förderfähigkeit in Bezug auf die Strukturfonds.

Die Erarbeitung zusätzlicher Indikatoren und die Durchführung von Raumverträglichkeitsprüfungen darf allerdings nicht zu mehr Bürokratie oder weiteren Verzögerungen führen, sondern muss die Anwendung neuer Maßnahmen und Aktionen zur Förderung des territorialen Zusammenhalts vereinfachen.

Der Fünfte Fortschrittsbericht – damit komme ich zum Schluss, Frau Präsidentin – verwendet speziell den Begriff der Übergangsregionen, die zwischen den Konvergenzregionen und den Regionen des Ziels regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung eingeordnet sind. Es ist darauf zu achten, dass diese Regionen eine eindeutigere Stellung und mehr Sicherheit und Stabilität in ihrer Entwicklung haben müssen.

**Iosif Matula (PPE-DE).** – (RO) Ich möchte allen Berichterstattern für die Erarbeitung des Pakets zur regionalen Entwicklung danken. Insbesondere möchte ich Herrn van Nistelrooij meine Anerkennung für seinen außergewöhnlichen Einsatz aussprechen. Es ist ihm gelungen, in den Entschließungsantrag die Forderung aufzunehmen, dass die Mitgliedstaaten auf das Erreichen des territorialen Zusammenhalts gerichtete Maßnahmen umsetzen müssen.

Darüber hinaus hilft das Grünbuch herauszustellen, dass außer dem sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt die Politik des territorialen Zusammenhalts zu den vorrangigen Zielen der Europäischen Union gehört. Europas Regionen werden sich unterschiedlich entwickeln, wenn sie nicht durch eine einheitliche EU-Politik koordiniert werden.

Territorialer Zusammenhalt ist ein Schlüsselement im Prozess der Europäischen Integration und zum Erreichen von Konvergenz unter den Regionen. In meinen Augen muss sowohl jetzt als auch in Zukunft besondere Aufmerksamkeit auf die Konvergenzregionen gerichtet werden, so dass die großen Unterschiede zwischen ihnen so bald wie möglich deutlich abgebaut werden können.

Im Fall meines Heimatlandes Rumänien sind im Hinblick auf die Entwicklung seiner Regionen erhebliche Fortschritte erzielt worden, doch wir sind mit Ungleichheiten sowohl zwischen ihnen als auch innerhalb der Regionen und außerdem zwischen ländlichen und städtischen Gebieten konfrontiert.

Eine ausgewogene, nachhaltige Regionalentwicklung muss dann stattfinden, wenn für jedes Gebiet separat die spezifischen Mittel wirksam genutzt werden. Beispielsweise stellt das Vorhandensein zahlreicher geothermaler Quellen eines der Hauptmerkmale von West-Rumänien dar. Durch die Zuteilung ausreichender Mittel in dieser Region zum Aufbau einer alternativen Quelle für elektrische Energie und zur Nutzung des geothermalen Wassers werden neue Arbeitsplätze geschaffen und ergeben sich zahlreiche wirtschaftliche Vorteile.

Das heute erörterte Paket halte ich ebenfalls für besonders wichtig für Rumänien.

**Andrzej Jan Szejna (PSE).** – (PL) Frau Präsidentin! Die Kohäsionspolitik ist die wichtigste Säule des Integrationsprozesses. Das Vorhandensein einer funktionierenden Kohäsionspolitik ist eine Voraussetzung für das Erreichen des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts in der Europäischen Union.

Unsere größte Herausforderung besteht heute darin, die Grundlage, auf der unsere Politik arbeitet, zügig zu reformieren und die komplexen Verfahren der Projektumsetzung und die Finanzierungsvorschriften zu vereinfachen und flexibler zu gestalten.

In die Pläne zur Reform der Kohäsionspolitik werden die Entwicklung eines interregionalen Konzepts und der Austausch bewährter Verfahren aufgenommen, und dadurch wird sie hervorragend ergänzt. Die Europäische Kommission sollte daher sobald wie möglich einen konkreten Vorschlag zur Möglichkeit des Austausches von Erfahrungen zwischen den Gremien vorlegen, die die Projekte umsetzen.

Nach meiner Meinung muss keiner der hier vertretenen Staaten davon überzeugt werden, dass angesichts einer Wirtschafts- und Finanzkrise Strukturfonds ein wichtiges Instrument zur Belebung der Wirtschaft auf regionaler Ebene sind. Daher ist es wichtig, die Verfahren zu vereinfachen und den Mittelfluss in die Wirtschaft der Mitgliedstaaten zu beschleunigen. Europäische Projekte sind eine Möglichkeit, neue und nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen und bieten denen, die die größte Not leiden, und den ärmsten Regionen der Europäischen Union eine Chance.

Die Kohäsionspolitik sollte auch ein Instrument zur Bewältigung neuer Herausforderungen sein, wie beispielsweise eine gemeinsame Energiepolitik und der Klimawandel.

**Czesław Adam Siekierski (PPE-DE).** - (PL) Frau Präsidentin! Die Kohäsionspolitik gilt häufig als das beste Beispiel für Solidarität in der Europäischen Union. Der Ausgleich der Entwicklungsunterschiede zwischen einzelnen Ländern und Regionen der Gemeinschaft liegt im Interesse der gesamten EU. Meiner Ansicht nach ist das Grünbuch ein Dokument der Kommission, in dem die gegenwärtigen Herausforderungen, vor denen die Kohäsionspolitik der EU steht, genau diagnostiziert werden.

Die Kommission spricht auch die besondere Unterstützungsbedürftigkeit von Regionen mit besonderen geographischen Merkmalen an, wie Bergregionen und benachteiligte landwirtschaftliche Gebiete, die unterschiedene Unterstützung verdienen. Besonders wichtig ist es, dass wir die Unterstützung des ländlichen Raums koordinieren und richtig planen. Die Gebiete sind gekennzeichnet durch einen niedrigeren Stand der wirtschaftlichen Entwicklung, eine geringere Bevölkerungsdichte, ungenügenden Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen aller Art sowie ein begrenztes Angebot an Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft. Es gibt außerdem bedeutende Unterschiede zwischen solchen Gebieten in den einzelnen Mitgliedstaaten. Wenn wir ländliche und städtische Gebiete vergleichen, sind die Diskrepanzen sogar noch größer.

Die geplanten Ausweitungen der Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums sind in der aktuellen finanziellen Vorausschau stark kritisiert worden. Ich möchte alle daran erinnern, dass die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums und die Finanzierung dieser Politik dazu beiträgt, diese Gebiete am Leben zu halten und ihren Bewohnern das Leben zu erleichtern. Insgesamt sind das Dokument der Kommission, die Berichte und die heutige Aussprache alle ein Schritt in die richtige Richtung.

**Emanuel Jardim Fernandes (PSE).** - (PT) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Als Erstes muss ich Frau Krehl und Herrn van Nistelrooij für ihre Berichte und für ihre Bereitschaft loben, Beiträge von ihren Kollegen anzunehmen. Ihre Berichte bestätigen die Bedeutung von bewährten Verfahren, die insbesondere in den Bereichen Umwelt, Energie und Beschäftigung einen Synergiefaktor darstellen, und verbinden die Debatte über territorialen Zusammenhalt mit der Debatte über die Zukunft der Kohäsionspolitik in der Europäischen Union.

Ich bin mit der Bewertung des Grünbuchs und der Analyse des Konzepts des territorialen Zusammenhalts einverstanden, und ich unterstütze die Empfehlungen für die Zukunft des territorialen Zusammenhalts, die diese Berichte enthalten, vor allem folgende: Definition des territorialen Zusammenhalts; Veröffentlichung eines Weißbuchs zum territorialen Zusammenhalt; Verstärkung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“; Einbeziehung des territorialen Zusammenhalts in die künftige Entwicklung aller gemeinschaftlichen Politikbereiche; Erarbeitung von zusätzlichen qualitativen Indikatoren; Erfassung der territorialen Auswirkungen der gemeinschaftlichen Maßnahmen und Aufzeigen von Möglichkeiten, Synergien zwischen territorialen und sektoralen Maßnahmen zu schaffen; Entwicklung einer umfassenden Strategie für Regionen mit besonderen geographischen Bedingungen, vor allem die Regionen in äußerster Randlage; Schaffung eines umfassenderen Systems der schrittweisen Übergangshilfe für die sogenannten Übergangsregionen; und Entwicklung einer auf mehreren Ebenen (europäischer, nationaler, regionaler und lokaler) angesiedelten territorialen Umsetzung.

Darum bitte ich meine Kollegen dringend, diese Berichte zu unterstützen, und die Mitgliedstaaten – wie auch die Kommission – ihnen dann auch zu folgen.



**Maria Petre (PPE-DE).** – (RO) Zunächst möchte ich die Idee einer substantiellen Aussprache zum Thema der Kohäsion begrüßen. Jedem unserer Kollegen möchte ich meine Anerkennung für seine Bemühungen und die unterbreiteten Vorschläge aussprechen.

Ich werde zu einigen Fragen ein paar Anmerkungen abgeben und beginne mit dem territorialen Zusammenhalt. Das Grundproblem lautet, wie ist die harmonische Entwicklung aller Territorien in der Europäischen Union und die Partnerschaft zwischen städtischen und ländlichen Gebieten zu gewährleisten, damit kein Territorium verlorengeht und um auf die Entvölkerung ländlicher Gebiete zu reagieren. Ohne eine Definition des territorialen Zusammenhalts, auf die das Parlament wartet, stellt das integrierte Konzept des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts die künftige Grundlage für die Regionalpolitik der EU und für die Ausgestaltung der Strukturfonds nach 2009 dar.

Was den Krehl-Bericht anbelangt, befürworte ich alle Vorschläge in diesem Bericht, die Europas Regionen unterstützen und die Beseitigung von Hindernissen sowie die Vereinfachung von Verfahren wie auch deren zeitliche Stabilität erwähnen, und dazu den Vorschlag, strikte Methoden für den Austausch bewährter Verfahren unter den Regionen auszuarbeiten.

Bei der städtischen Dimension der Kohäsionspolitik wissen wir, dass wir keine allgemeine Definition für „städtisch“ haben. Wir wissen auch, dass es in Europa rund 5 000 Städte mit weniger als 50 000 Einwohnern gibt. Rumänien hat eine beträchtliche Anzahl solcher besiedelten Gebiete. Ich meine, dass wir ein Entwicklungsmodell und ausreichende Mittel für städtische Siedlungen dieser Art brauchen, weil es genau diese Gebiete sind, die von den positiven Auswirkungen des polyzentrischen Ansatzes wenig oder gar nicht profitieren.

Im Rahmen des territorialen Zusammenhalts wird die integrierte, nachhaltige städtische Entwicklung gemäß dem neuen Vertrag von den Mitgliedstaaten und der EU gemeinsam betrieben. Lokale und regionale Behörden müssen auf diesen Ansatz vorbereitet sein, der bereits als auf mehreren Ebenen angesiedelte Umsetzung festgelegt ist. Ich unterstütze den Vorschlag einer verbindlichen Mindest-Mittelzuweisung von 1 000 Euro pro Einwohner anstatt des früheren Betrags von 500 Euro.

**Francisca Pleguezuelos Aguilar (PSE).** – (ES) Frau Präsidentin! In Bezug auf den Bericht zu Kleinstkrediten möchte ich allen Berichterstattern gratulieren, weil sie da etwas Großartiges geleistet haben. Sie haben zweifellos die Initiative der Kommission verbessert.

Ich glaube, dass die in diesem Bericht ausgesprochenen Empfehlungen uns erlauben werden, die Grundlage für die Entwicklung eines Rahmens für den Kleinstkreditsektor in der Europäischen Union zu schaffen. Dieser Sektor ist in vielen Entwicklungsländern erfolgreich gewesen, und zwar sowohl als Mittel, wirtschaftliche Tätigkeit auszulösen, als auch als ein Werkzeug, die soziale Einbindung zu verbessern und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern. Doch bislang wurde dieser Erfolg nicht in den Kontext der Gemeinschaft übertragen. Meiner Ansicht nach haben wir jetzt die Möglichkeit dazu, vor allem angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise, mit der wir konfrontiert sind.

In dieser Beziehung muss die Stärkung der in diesem Bericht aufgeführten Initiativen Vorrang bekommen, aber wir müssen auch andere Maßnahmen ergreifen. Wir müssen die für diese Kleinstkredit-Unterstützungsstrukturen verfügbaren Mittel erhöhen. Für Privatpersonen und Unternehmen, die keinen Zugang zu Darlehen haben, müssen wir einen einfacheren Zugang sicherstellen. In dieser Hinsicht, Frau Präsidentin, möchte ich das Beispiel der europäischen Garantie für Kleinstdarlehen hervorheben, da es sich dabei um ein Instrument handelt, das diesen Zugang verbessern könnte und das in den Bericht aufgenommen worden ist.

Abschließend möchte ich feststellen, dass dieser Bericht ohne Zweifel die Grundlagen schafft, so dass wir im europäischen Kontext einen harmonischen Rahmen erarbeiten können, um den Kleinstkreditsektor zu fördern.

**Silvia-Adriana Țicău (PSE).** – (RO) Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden im Jahr 2010 das Verfahren zur Nutzung und das Maß des Abrufs von Strukturfonds überarbeiten. Ich rufe die Mitgliedstaaten auf, die Neudefinition der Prioritäten, die sie haben und für die sie die Strukturfonds nutzen wollen, sehr sorgfältig vorzunehmen.

Meiner Meinung nach müssen städtische Mobilität, ländliche Entwicklung, Energieeffizienz bei Gebäuden und die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur zu den vorrangigen Zielen der Mitgliedstaaten für die Nutzung der Strukturfonds im Zeitraum 2011-2013 gehören.

Als Berichterstatterin für Energieeffizienz in Gebäuden habe ich gefordert, dass der EFRE-Anteil, den Mitgliedstaaten für sozialen Wohnungsbau und zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden verwenden können, von 3 % auf 15 % erhöht wird. Das würde den Mitgliedstaaten größere Flexibilität geben und außerdem die Möglichkeit einer schnelleren Nutzung von europäischen Mitteln für die Verbesserung der Lebensqualität europäischer Bürger.

Gerade in der gegenwärtigen Krise müssen Mitgliedstaaten öffentliche Mittel und insbesondere Strukturfonds zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Entwicklung und zur Ausweitung der Zahl der Arbeitsplätze nutzen.

**Eoin Ryan (UEN).** - Frau Präsidentin! Zunächst möchte ich die an diesem sehr wichtigen Bericht beteiligten Berichterstatter beglückwünschen. Die Wirtschaftskrise hat uns, glaube ich, gezwungen, unser bisheriges wirtschaftliches Verhalten gründlich zu überdenken. Dadurch haben wir aber auch die Chance, aus gemachten Fehlern zu lernen. Ich denke, dass in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs leider bestimmte Gruppen zu kurz gekommen sind.

Kleinstkredite und ein besserer Zugang dazu bieten uns die Möglichkeit, die Versäumnisse der Vergangenheit anzugehen. Bei der Stärkung und Wiederherstellung unserer Volkswirtschaften von den Gemeinden aufwärts kann uns ein umgestalteter Kleinstkredit-Rahmen helfen. In Irland wurden in dieser Hinsicht einige lobenswerte Anstrengungen unternommen. In meinem eigenen Wahlkreis Dublin wurden seit 1993 vier Enterprise Boards gegründet, die im gesamten Bereich von Stadt und County Dublin Kleinstunternehmen vor Ort Unterstützung anbieten. Die Association of County and City Boards in Irland hat Anfang des Jahres ein eigenes finanzielles Förderprogramm angekündigt, mit dem 3 000 Unternehmen in ganz Irland unterstützt und 15 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Ein weiterer Bestandteil des Projekts ist Ausbildung für fast 50 000 Menschen.

Im europäischen Maßstab sind das zwar kleine Zahlen, aber unser Kleinstkreditunternehmen in Dublin und Irland ist ungeheuer wichtig. Ich hoffe sehr, dass es infolge dieses ausgezeichneten Berichts zu bedeutsamen und koordinierten Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene kommen wird, um die unschätzbare Arbeit zu unterstützen, die überall in der Europäischen Union auf lokaler und nationaler Ebene von und für Kleinstunternehmen geleistet wird, denn sie ist sowohl heute als auch für die Zukunft ein sehr wichtiger Teil unserer Wirtschaft.

**Die Präsidentin.** – Vielen Dank, Herr Ryan. Ich bin nicht besonders streng gewesen, denn wir haben in der Tat etwas mehr Zeit als in der Geschäftsordnung vorgesehen ist.

Ich möchte aber, bevor wir zum „catch the eye“-Verfahren übergehen, noch etwas anmerken. In diesem Haus hat heute Vormittag ein sehr wichtiges Ereignis stattgefunden. Es ist eine Initiative von Herrn Pöttering und betrifft eine europäische Organisation namens FLARE, an der mehr als 30 Länder beteiligt sind und in der junge – aber nicht nur junge – Menschen sich dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen und der Verwendung der in dem Zusammenhang beschlagnahmten Güter für gesellschaftliche Zwecke verschrieben haben.

In diesem Haus haben sich auch der Präsident des Europäischen Parlaments und der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres engagiert, und hier im Parlament sind einige dieser jungen Leute unter uns, die, wie ich finde, Europa Ehre machen, denn mit uns zusammen versuchen sie dafür zu sorgen, dass Europa ein Europa ohne Rassismus, aber auch ohne organisiertes Verbrechen ist. Daher möchte ich auch diejenigen begrüßen, die hier in diesem Parlament sind.

**Erna Hennicot-Schoepges (PPE-DE).** – (FR) Frau Präsidentin! Ich möchte alle Berichterstatter beglückwünschen. Diese Berichte sind eine Goldgrube für neue Politikansätze. Ich bedaure nur, dass keiner davon auf Kulturpolitik eingeht.

Kulturpolitik ist vielleicht per se Kohäsionspolitik. Es ist die Kultur, die einer Region Zusammenhalt gibt, und man hätte sie erwähnen können, denn transregionale Kulturpolitik wurde noch nicht umgesetzt. Wir haben immer große Probleme mit der Finanzierung von transkulturellen Projekten, weil es keine transkulturelle Gesellschaft gibt, keine soziale Sicherheit, die Künstlern die zum Arbeiten jenseits der Grenzen ihrer Region notwendige Mobilität geben könnte. Ich möchte an alle, die an der Umsetzung dieser Politik arbeiten, appellieren, diesen Aspekt nicht aus den Augen zu verlieren; er ist in jeder europäischen Politik wichtig.

**VORSITZ: MIGUEL ÁNGEL MARTÍNEZ MARTÍNEZ***Vizepräsident*

**Ewa Tomaszewska (UEN).** - (PL) Herr Präsident! Territorialer und sozialer Zusammenhalt verhindert Konflikte, indem er deren Ursachen beseitigt. Das ist der Grund, weshalb Maßnahmen zur Angleichung des Lebensstandards in städtischen und ländlichen Gebieten und der Infrastruktur in den Regionen so wichtig sind. Der verbreitete Einsatz von Kleinstkrediten ist ein gutes Instrument der Kohäsionspolitik. In diesen Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise, wo wir alle nach Möglichkeiten suchen, Arbeitsplätze zu erhalten, müssen wir uns der Gefahren für die Kohäsionspolitik bewusst sein, beispielsweise durch Protektionismus und Diskriminierung gegenüber den ärmeren Regionen.

**Den Dover (PPE-DE).** - Herr Präsident! Der Ausschuss für regionale Entwicklung und die in ganz Europa eingesetzten Mittel sind das wichtigste Programm in der gesamten Europäischen Gemeinschaft.

Ich kann für Nordwestengland sprechen und bestätigen, wie enorm insbesondere die Stadt Liverpool in den letzten 10 Jahren von diesen Mitteln profitiert hat. Was die Zukunft betrifft, so sehe ich eine weitere Expansion der Stadt auf der Grundlage dieser sinnvoll zugewiesenen und gut kontrollierten Mittel.

Ich hätte gern eine stärkere Einbeziehung des privaten Sektors bei der Zuweisung, Verwaltung und Kontrolle der Mittel, denn der private Sektor kann grundsätzlich effizienter arbeiten als der öffentliche.

Betonen möchte ich auch den unschätzbaren Wert dieser Gelder für die ländlichen Gebiete des Nordwestens mit seinen vielen für die gesamte Wirtschaft lebenswichtigen landwirtschaftlichen Flächen.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich den Kollegen Becsey bei den Kleinstkrediten unterstütze. Dies ist eine sehr interessante Entwicklung und heute in der wirtschaftlichen Situation unbedingt erforderlich.

**Zita Pleštinšká (PPE-DE).** – (SK) Meine Damen und Herren! Die heutige koordinierte Aussprache über Regionalpolitik ist für mich nicht nur die wichtigste Debatte dieser Plenartagung, sondern eine der wichtigsten Debatten in unserer Wahlperiode. Damit kann europäischen Bürgern ein Thema vermittelt werden, zu dem sie leicht Zugang finden können, vor allem im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Europaparlament im Juni. Das Fehlen effektiver, einfacher und direkter Unterstützung für kleinere Behörden, vor allem beim Zugang zu Investitionsmitteln, ist beunruhigend. Ich glaube daher, dass es auf der Grundlage dieser Berichte zu einer Neubewertung der Kohäsionspolitik und vor allem einiger der operationellen Programme kommen wird, die neu behandelt und überarbeitet werden sollten.

Zum Schluss möchte ich meine Überzeugung ausdrücken, dass die Empfehlungen des Europäischen Parlaments in diesen fünf Berichten zusätzlichen Nutzen bringen und die Erwartungen der Bürger in den europäischen Städten und ländlichen Räumen erfüllen werden, dass die Kohäsionspolitik die Entwicklung ihrer Regionen, den schrittweisen Abbau regionaler Unterschiede, neue Beschäftigungsmöglichkeiten, Energiesicherheit, größere Energieeffizienz ihrer Wohnungen, eine bessere Verkehrs- und technische Infrastruktur und einen höheren Lebensstandard sichern wird.

**Sérgio Marques (PPE-DE).** – (PT) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! In dieser wichtigen Aussprache über territorialen Zusammenhalt und die künftige Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts muss ich das spezielle Problem der Regionen in äußerster Randlage ansprechen. Diese Regionen sind aufgrund der Kombination einer Reihe von geographischen Faktoren wirtschaftlich und sozial extrem empfindlich, vor allem während einer solch schweren internationalen Krise, wie wir sie heute erleben.

Ich möchte die Europäische Kommission und insbesondere Frau Hübner daher bitten, den Auswirkungen der derzeitigen Krise auf die Regionen in äußerster Randlage besondere Beachtung zu schenken. Eine Einschätzung der Auswirkungen vor allem auf den Tourismus, das Bauwesen und den Anstieg der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Regionen in äußerster Randlage wäre sehr hilfreich für eine eigene europäische Reaktion für diese Regionen.

Ich fordere die Europäische Kommission daher auf, für die Regionen in äußerster Randlage eine europäische Reaktion auf die Krise vorzubereiten, die über die bereits im Rahmen der Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts für die europäischen Regionen allgemein angekündigten Maßnahmen hinausgeht. Eine eigene europäische Reaktion auf die Krise für die Regionen in äußerster Randlage ...

*(Der Präsident unterbricht den Redner.)*

**Der Präsident.** – Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Nach der vom Präsidium festgelegten Geschäftsordnung können bei Aussprachen dieser Art bis zu fünf Abgeordnete das Wort ergreifen, und zwar für jeweils genau eine Minute.

Zusätzlich zu den fünf Abgeordneten, die bereits entsprechend der Geschäftsordnung an der Reihe waren, haben weitere sechs Abgeordnete um das Wort gebeten. Da wir – laut den Sitzungsdiensten – etwas Zeit übrig haben, werde ich eine Ausnahme machen und denjenigen Abgeordneten das Wort erteilen, die darum gebeten haben. Ich möchte sie allerdings eindringlich bitten, beim Thema zu bleiben und die bei diesem „catch the eye“-Verfahren erlaubte Zeit von einer Minute nicht zu überschreiten.

**Zuzana Roithová (PPE-DE).** – (CS) Herr Präsident! Ich darf bekräftigen, dass die tschechische Präsidentschaft sich für eine eindeutige Definition der Kohäsionspolitik in einer Form einsetzt, die Unterstützung für weniger entwickelte Regionen beinhaltet. Außerdem möchte ich die Kommission auffordern, verbindliche Rechtsvorschriften zur Harmonisierung der Bedingungen für einen effektiven Kleinstkreditmarkt vorzulegen. Das ist nicht nur in Krisenzeiten von Bedeutung. Wir müssen Privatpersonen und Unternehmern, die keine Möglichkeit haben, im klassischen Bankensektor Darlehen zu erhalten, den Zugang zu Mitteln erleichtern. Die Geschichte der Verbraucherkredite zeigt, dass die EU geschlossen und effektiv handeln muss, vor allem hinsichtlich der Kontrollinstrumente. Außerdem denke ich, dass genau wie die Kohäsionspolitik auch die Kleinstkredite hauptsächlich auf Projekte in den weniger entwickelten europäischen Regionen und auch auf benachteiligte Gruppen von Bürgern oder hoch innovative Projekte ausgerichtet sein sollten, in Übereinstimmung mit den Zielen der Lissabon-Strategie. Ich möchte die Kommission auch auf die Gefahr aufmerksam machen, dass Kleinstkredite für Geldwäschezwecke missbraucht werden. Es ist schade, dass wir immer noch keinen konkreten legislativen Vorschlag vorliegen haben.

**Andreas Mölzer (NI).** – Herr Präsident! Wenn wir von der EU-Kohäsionspolitik sprechen, wenn wir von regionaler Entwicklung sprechen, dann sollten wir vielleicht auch auf die EU-Beitrittswerber blicken. Nachdem ich am vergangenen Wochenende in der Türkei – konkret in Ostanatolien – war und mir die Probleme in Diyarbakir im Kurdengebiet angesehen habe, habe ich mir gedacht, dass es notwendig wäre, auch den Beitrittswerbern die Vorteile und die Notwendigkeit regionaler Entwicklung nahezu legen.

Das Problem im Kurdengebiet ist ja nicht nur ein ethnisches Problem, nicht nur die Frage des Selbstbestimmungsrechts und ähnlicher Dinge, es ist auch kein terroristisches Problem, sondern vielmehr ein Problem der regionalen Entwicklung, ein Problem des Ausgleichs der regionalen Entwicklung zwischen Stadt und Land. Und ich glaube, man sollte der Türkei nahelegen, dass sie hier bereits europäische Kohäsionspolitik betreibt. Ansonsten wird sie auch in dieser Frage keine Europareife entwickeln können.

**Alexandru Nazare (PPE-DE).** – (RO) Die Struktur- und Kohäsionsfonds sind für uns eine heiß diskutierte Angelegenheit. Sie sind eine sehr lobenswerte Möglichkeit, aber leider auch eine unzureichend genutzte. Dafür gibt es eine Vielzahl von Gründen, von Bürokratie über komplizierte Regelwerke oder Vorschriften mit zu kurzer Geltungsdauer bis hin zu schwer zugänglichen Informationen und Intransparenz.

Ich weiß, dass viele rumänische Antragsteller sich über Probleme beklagen, die mit Förderfähigkeit von Ausgaben, Vorschriften mit zu kurzer Geltungsdauer, undurchschaubaren Dokumenten und natürlich langen Projektbewertungszeiten zu tun haben.

Ich freue mich, dass jetzt auch die Europäische Kommission sich dieser Hindernisse bewusst wird. Die Vorschläge zur Änderung des Regelwerks enthalten – vor allem in der derzeitigen Wirtschaftskrise – Bestimmungen, um die Regeln für die Nutzung dieser Fonds zu vereinfachen. Das ist ein erster Schritt und ich würde mir wünschen, dass viele unserer Vorschläge ebenfalls von der Kommission angenommen werden.

Die Programme für Partnerschaft und technische Hilfe sind eine mögliche Lösung dieser Probleme, aber wie ich schon durch meine Ergänzungen zum Krehl-Bericht befürwortet habe, ist auf EU-Ebene ein Programm nötig ...

*(Der Präsident unterbricht den Redner.)*

**Ljudmila Novak (PPE-DE).** – (SL) Die Gelder aus den Strukturfonds, mit denen die Europäische Union den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt gestärkt und die insgesamt 268 Regionen entwickelt hat, haben die Lebensqualität wirklich deutlich verbessert.

Hinsichtlich dieser finanziellen Dinge stelle ich erfreut fest, dass das Parlament in seiner derzeitigen Zusammensetzung auch einen Beitrag dazu geleistet hat, dass mehr Gelder als ursprünglich vorgesehen für

die diskutierten Zwecke bewilligt wurden. Gleichzeitig bedaure ich, dass es, wie mein Kollege schon gesagt hat, viel zu viele bürokratische Hürden gibt, und manchmal frage ich mich, ob dafür Europa oder die nationalen Regierungen verantwortlich zu machen sind.

Jedenfalls bin ich der Ansicht, dass wir diese Hürden abbauen müssen, um auf die dringenden Bedürfnisse von lokalen Behörden wie von Regionen zu reagieren. Aber wenn wir junge Leute und Frauen in den ländlichen Räumen halten wollen, müssen wir deutlich mehr Mittel zur Unterstützung der ländlichen Entwicklung aufwenden.

**James Nicholson (PPE-DE).** - Herr Präsident! Vieles von dem, was wir hier heute diskutiert haben, muss vom nächsten Parlament umgesetzt werden. Daran gibt es keinen Zweifel. Die Entwicklung des ländlichen Raums ist entscheidend für die Entwicklung der ländlichen Wirtschaft, aber als vor einigen Jahren zur Stärkung der ländlichen Gesellschaft die zweite Säule geplant und eingeführt wurde, wurden für die Unterstützung dieser Säule nicht genügend Mittel bereitgestellt. Jetzt gibt es die Modulation, die die zusätzlichen Mittel der Betriebsprämie der Landwirte in die Entwicklung der ländlichen Gesellschaft und der ländlichen Wirtschaft steckt.

Mir ist klar, dass es da einen Kampf geben wird. Es gibt Befürworter einer Verlagerung der Regionalpolitik bzw. Unterstützung der ländlichen Gesellschaft von der GD Landwirtschaft zur GD Regio, was für jene, die in der ländlichen Wirtschaft leben, unannehmbar ist. Wir hatten diese Debatte vor langer Zeit, Anfang der 1990er Jahre unter Ray MacSharry, und wir führen sie nicht erneut. Ich sage: Kommt nicht in Frage. Zusätzliche Mittel müssen im Ressort Landwirtschaft und in der ländlichen Wirtschaft ausgegeben werden, um kleine Landwirte und im ländlichen Raum tätige Menschen zu unterstützen.

**Francesco Ferrari (ALDE).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte dem Berichterstatter für seinen Bericht danken. Die angesprochene Thematik ist sehr heikel, was die Folgen betrifft, die sie für die Wirtschaftssysteme der verschiedenen Mitgliedstaaten haben kann. Die Anbindung des neuen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums an die GAP kann positive oder negative Seiten haben, je nachdem wie der Fonds genutzt wird.

Unter einem bestimmten Gesichtspunkt bedeutet die Anbindung von Fonds, dass sie wirksamer eingesetzt werden können, und das ist sicher eine gute Sache. Aber ich stimme dem Berichterstatter zu, dass es einen ganz schmalen Grat gibt und unter anderem die Gefahr besteht, dass der Fonds nur genutzt wird, um die Landwirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen, und dies zu Lasten anderer Sektoren im ländlichen Raum geht.

Der ländliche Raum braucht jedoch starke Investitionen zur Belebung der Wirtschaft, strukturelle und Agrar-Nahrungsmittel-Investitionen, Ausbildung junger Landwirte, die in der ländlichen Wirtschaft die treibende Kraft sind, sowie Ausbildung von in diesen Gebieten lebenden Frauen. Darüber hinaus braucht er Investitionen auf dem Gebiet der Informationstechnik, um junge Menschen an neue Technologien heranzuführen. Wir laufen Gefahr, dass der Fonds falsch eingesetzt wird.

Ich bin darum nach wie vor der Überzeugung, dass gesunder Menschenverstand nötig ist, wenn wir verhindern wollen, dass Mittel falsch zugewiesen werden, denn die ländliche Wirtschaft könnte sehr starke Auswirkungen in Europa haben.

**Czesław Adam Siekierski (PPE-DE).** - (PL) Herr Präsident! Vor dem Hintergrund der derzeitigen Wirtschaftskrise gewinnt die Kohäsionspolitik noch an Bedeutung, denn die verfügbaren Strukturfonds können als wirksame Instrumente zur Konjunkturbelebung auf regionaler Ebene dienen. Die Konzentration auf wachstumsfördernde Maßnahmen, wie Investitionen in Forschung und Entwicklung, Innovation oder aktive Instrumente zur Schaffung von Arbeitsplätzen, sollte der europäischen Wirtschaft einen Impuls geben und für neues Wachstum sorgen. Ich stimme auch der Bewilligung zusätzlicher Mittel für einen besseren Internet-Zugang in ländlichen Gebieten zu.

**Danuta Hübner, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident! Ich habe bei meinen einleitenden Bemerkungen zwei Minuten eingespart, um jetzt mehr Zeit zur Beantwortung der Fragen zu haben. So sehr ich bedauere, nicht auf alle Fragen antworten zu können, so sehr weiß ich jeden zweiseitigen Gedankenaustausch zu schätzen, den wir in den vergangenen Jahren in Brüssel oder bei meinen Besuchen in Ihren Wahlkreisen vor Ort geführt haben. Sie sind eingeladen, diesen Dialog mit uns in der Kommission fortzusetzen. Ich möchte Ihnen für diese wirklich gute und aufrichtige Aussprache heute danken.

Wir müssen das Potenzial sämtlicher europäischen und nationalen Politikansätze vollständig und klug ausschöpfen, damit die Europäische Union als Wirtschaft und als Gesellschaft aus dieser Krise wirtschaftlich, sozial und politisch gestärkt mit soliden Grundlagen für eine langfristige, nachhaltige Entwicklung hervorgeht. Meiner Ansicht nach bestätigt die heutige Debatte, dass die europäische Kohäsionspolitik in diesem Prozess heute wie morgen ihre Rolle spielen muss. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es jetzt, dafür zu sorgen, dass das Potenzial der Kohäsionspolitik – also die Fähigkeit, nachhaltige Entwicklung und Arbeitsplätze zu schaffen – in diesem neuen globalen Zusammenhang vollständig und klug genutzt wird. Ich denke nicht nur an die Krise, sondern auch an all die wohlbekannten Herausforderungen, die wir schon vor Jahren als wichtige Aufgaben für die europäische Entwicklung erkannt haben.

Die Förderung nachhaltiger Wettbewerbsfähigkeit ist die wirksamste Methode, Zusammenhalt in der Europäischen Union zu erreichen. In diesem Zusammenhang müssen wir die Kohäsionspolitik auf Faktoren wie den Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu Finanzmitteln ausrichten. Außerdem müssen wir uns Themen wie beispielsweise besserem Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zuwenden, die darauf gerichtet sind, Beschäftigungsfähigkeit und Produktivität zu verbessern, und so zu mehr Chancengleichheit beitragen.

Im Lauf der vergangenen Jahre wurde, wie einige von Ihnen hervorgehoben haben, Einvernehmen darüber erzielt, dass eindeutig ein integrierter und ortsbezogener Ansatz erforderlich ist, um den neuen Herausforderungen zu begegnen – ein Ansatz, der den Einsatz von Ressourcen optimiert und außerdem sämtliche Partner auf regionaler und lokaler Ebene, wie auch auf nationaler und europäischer Ebene mobilisiert, so dass wir auf allen Ebenen im europäischen Rahmen aktiv sind.

Was das Partnerschaftsprinzip angeht, möchte ich betonen, dass es vom ersten Tag meiner Amtszeit an ein sehr wichtiges Ziel darstellte, und die Kommission hat eine Menge investiert, das Partnerschaftsprinzip und die Kohäsionspolitik Realität werden zu lassen – eine Realität, die vor Ort auch wirklich genutzt wird. Schon bald nach den Verhandlungen haben wir eine umfassende Bewertung vorgenommen, wie das Partnerschaftsprinzip und der Prozess der Gestaltung von Politikprogrammen von den Mitgliedstaaten und den Regionen umgesetzt wurden. Wir wollten nicht allein die formale Existenz des Partnerschaftsprinzips, weshalb wir auch mit Partnern gearbeitet und ihnen geholfen haben, sich die Kompetenz als echte Partner im Politikmanagementsystem zu erwerben, und wir reagieren recht effizient auf Signale von Beteiligten, dass dieses Prinzip in den einzelnen Mitgliedstaaten vor Ort nicht respektiert wird. Ich hatte gerade eine Besprechung zu genau diesem Punkt mit Nichtregierungsorganisationen (NRO) aus einem mitteleuropäischen Mitgliedstaat.

Außerdem stimme ich allen zu, die sagen, dass Kohäsionspolitik nicht isoliert funktioniert und funktionieren darf; dass wir die Synergien und die Koordinierung zwischen der Kohäsionspolitik und jeder anderen sektoralen, nationalen und europäischen Politik verstärken müssen. Das soll nicht allein Überschneidungen und Doppelungen verhindern, sondern es geht auch um die Nutzung von Synergieeffekten, die sich aus guter Koordinierung der Maßnahmen ergeben. Die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums und die Regionalpolitik sind sicherlich ein extremes Beispiel für die Notwendigkeit einer sehr guten Koordinierung und der Nutzung der Synergien aus den Programmen.

Ein anderes Beispiel könnten die Wettbewerbsfähigkeit und die Notwendigkeit sein, hinsichtlich der Infrastrukturinvestitionen die Beschränkungen bei einer umweltfreundlichen Wirtschaft und durch den Klimawandel zu berücksichtigen. Ich möchte ganz besonders hervorheben, dass wir eine Menge investiert haben, um die europäische Kohäsionspolitik grüner zu machen. Wir haben die Ziele in Zusammenhang mit dem Klimawandel, der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energie aufgestellt, bevor in der Europäischen Union die große Debatte zum Klimawandel ausbrach. Heutzutage fließt ein Drittel der Finanzmittel der Kohäsionspolitik direkt in grüne Investitionen in allen Bereichen unseres Lebens. Ergänzt wurde das Programm kürzlich um die zusätzlichen 4 %, die für Energieeffizienz im Wohnungsbereich und für den Einsatz erneuerbarer Energie verwendet werden sollen, womit wir dieser Herausforderung mehr Gewicht beimessen können.

Aus der Debatte geht auch klar hervor, dass wir bei der Durchführung der Politik sowohl Kontinuität als auch Erneuerung brauchen. In Sachen Kontinuität würde ich sehr stark betonen, dass diese Mehrjahresprogramme, die finanzielle Ergänzenbarkeit, die Prinzipien von gemeinsamer Verwaltung und Partnerschaft einen großen europäischen Wert darstellen, an dem uns weiterhin etwas liegen sollte. Es gibt aber auch diesen Bedarf an Veränderungen, um die Forderungen der Finanzverwaltung und -kontrolle und die Aufgaben, gute Ergebnisse und eine gute Umsetzung der Politik zu erzielen, besser in der Waage zu

halten. Zweifellos müssen wir ein einfacheres, effizienteres und wirksames Umsetzungsverfahren installieren und die administrative Komplexität sowie die administrative Belastung reduzieren.

Mit Ihrer großartigen Unterstützung haben wir in den vergangenen Monaten an dieser Herausforderung gearbeitet. Wir hatten bereits die erste Änderung von Artikel 55 im Dezember, und wir in einer Woche über den großen Batzen an Vereinfachungsvorschlägen abstimmen. Die Arbeitsgruppe, die wir mit den Mitgliedstaaten zur Vereinfachung der Politikprogramme eingesetzt haben, setzt ihre Arbeit fort, und Ende Mai wird ein weiterer Vorschlag vorliegen, hoffentlich noch zu dieser Wahlperiode.

Ich stimme mit Ihnen darin überein, dass wir auch eine stärkere Ergebnisorientierung, strengere Überwachung und eine Evaluierungskultur brauchen, damit die Politik wirksamer wird. Wir werden weiter daran arbeiten. Ich weiß Ihre Unterstützung für die Finanzierungstechnik sehr zu schätzen. Wir sind auf Kurs, aber es kann sicherlich viel mehr getan werden. Was die Finanzierungstechnik angeht, die heute eines der wichtigsten Instrumente darstellt, kleinen und mittleren Unternehmen bei der Aufnahme von Krediten durch JEREMIE und jetzt auch durch JASMINE für Kleinstkredite zu helfen, beachten Sie bitte auch, dass wir diesen Prozess begonnen haben, lange bevor die Krise zuschlug, weshalb die Politik ebenfalls verhältnismäßig gut auf diese schwierigen Zeiten vorbereitet war.

Einige von Ihnen haben die Frage der Transparenz angesprochen. Ich möchte uns alle nur daran erinnern, dass wir für diesen neuen Zeitraum 2007-2013 neue Vorschriften haben. Wir sind verpflichtet, die Öffentlichkeit über alle Begünstigten zu informieren; so hoffen wir, dass wir durch diese Transparenzverpflichtungen auch größere Veränderungen in Bezug auf das öffentliche Bewusstsein und die Integrität des gesamten Prozesses feststellen werden.

Ganz kurz zur Kultur, weil sie als ein wichtiges Element vorgebracht wurde: uns ist vollkommen bewusst – und ich erlebe das auch auf meinen Reisen – dass sowohl die Regionen als auch die Städte wichtige Akteure auf dem kulturellen Gebiet in Europa sind. Kultur spielt zudem eine große wirtschaftliche Rolle beim Aufbau der regionalen Entwicklung. Wir haben dem im Rahmen der europäischen Kohäsionspolitik Rechnung getragen. Es gibt viele regionale und lokale städtische Strategien, die Kultur erfolgreich in unsere Politik integriert haben.

Lassen Sie mich Ihnen außerdem mitteilen, dass die Kommission in Kürze eine unabhängige Studie über den Beitrag der Kultur zur lokalen und regionalen Entwicklung in die Wege leiten wird, die hoffentlich bis Anfang nächsten Jahres abgeschlossen sein wird. Dadurch werden wir über eine fundiertere Grundlage für die weitere Einbeziehung der Kultur in europäische Politikprogramme verfügen.

Abschließend bin ich Ihnen für alle Ihre Anmerkungen nicht nur zu dem Bericht dankbar, sondern auch für das, was Sie als Ihre Sorgen und Ideen für die Zukunft hier vorgetragen haben. Ich werde die meisten dieser Botschaften in meine Leitlinien aufnehmen, die ich dem Rat Ende Mai vorlegen werde. Wir werden auch die unabhängige Studie einer Gruppe von Forschern und Fachleuten unter Vorsitz von Professor Fabrizio Barca abschließen. Diese wird Ende April veröffentlicht. Die abschließende offizielle Beurteilung der Konsultation zum Grünbuch über den territorialen Zusammenhalt wird in unserem sechsten Zwischenbericht zur Kohäsion vorgelegt, den die Kommission Ende Juni annehmen wird.

**Constanze Angela Krehl, Berichterstatterin.** – Herr Präsident! Lassen Sie mich zum Abschluss dieser Debatte zwei Bemerkungen machen.

Die europäische Strukturpolitik wird in der Öffentlichkeit durchaus ambivalent wahrgenommen. Für die einen ist es eine Selbstverständlichkeit, dass sie Unterstützung bekommen, und lediglich die bürokratischen Hürden sind zu hoch. Für die anderen – auch für einige aus unserem Haus – scheint sie nur ein Einfallstor für Betrug zu sein. Keines dieser Bilder stimmt!

Für meine Fraktion ist Solidarität wirklich wichtig, aber sie muss auch immer wieder gut begründet werden, und es darf keine Einbahnstraße sein. Andererseits ist es aber auch nicht so, dass Projektträger, Gemeinden, Verbände, die Projekte beantragen, die Europäische Union betrügen wollen. Komplizierte Verfahren tragen oft dazu bei, dass es zu Fehlern kommt, aber nicht zu Betrug. Deswegen müssen wir in der Praxis etwas ändern.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte: Die Kohäsionspolitik ist ja unbestritten ein wichtiger Teil europäischer Politik. Gerade vor den Herausforderungen von Klimawandel, Wirtschaftskrise, Globalisierung, aber auch demographischer Entwicklungen, Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt benötigen wir diese Politik dringend. Für die Zukunft müssen wir als Europäisches Parlament die Kohäsionspolitik nach den Erfordernissen der europäischen Regionen neu definieren. Und die Berichte, über die wir eben diskutiert

haben, sind dafür eine gute Grundlage. Damit kann für die Europäische Union insgesamt ein europäischer Mehrwert entstehen, aber bei der Überarbeitung der Strukturpolitik dürfen wir auch nicht so tun, als könnte Strukturpolitik alle Probleme dieser Europäischen Union lösen. Wir müssen uns wirklich auf unsere Aufgaben konzentrieren. Danke schön!

**Oldřich Vlasák**, *Berichterstatter*. – (CS) Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! An dieser Stelle möchte ich die Herausforderungen und höflichen Bitten zusammenfassen, die das Europäische Parlament an seine Partner, die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten richtet, wenn dieser Bericht angenommen wird. Es ist klar, dass am dringlichsten die Nützlichkeit einer Einbeziehung der URBAN-Initiative in die reguläre Kohäsionspolitik bewertet werden muss. Wir müssen die Optionen beurteilen und den Grad der Zufriedenheit unter den Bürgermeistern, Räten und gewählten Vertretern in Bezug auf den Abruf europäischer Mittel in städtischen Gebieten überprüfen. Integrierte Planung und die Übertragung von Verantwortung oder die sogenannte Subdelegation bei Mitteln oder Instrumente der Finanztechnik sind eindeutig Bereiche, in denen ein aktiverer Ansatz der Kommission nötig ist, wenigstens durch die Vorlage von Empfehlungen oder Beispielen von bewährten Herangehensweisen. Andererseits müssen wir mit der Vereinfachungen der Kohäsionspolitik insgesamt und nicht nur des städtischen Teilbereichs fortfahren. Zu den langfristigen Optionen könnte beispielsweise eine Zusammenlegung des Europäische Fonds für regionale Entwicklung und des Europäischen Sozialfonds gehören. Nicht zuletzt ist es für die Kommission äußerst wichtig, die Auswirkungen aller Programme auf das städtische Leben zu ermitteln und regelmäßig zu bewerten und dazu deren Wirksamkeit direkt mit den städtischen Behörden zu erörtern. Deshalb empfiehlt dieser Bericht, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten eine hochrangige EU-Arbeitsgruppe zur städtischen Entwicklung einsetzen und die offene Methode der Koordinierung auf die städtische Entwicklungspolitik auf EU-Ebene in derselben Weise wie in anderen Bereichen, wie beispielsweise der sozialen Integration, anwenden. Der Bericht fordert aber auch, die Position städtischer Gebiete in der Initiative „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ zu stärken und das Projekt „Urban Audit“ weiterzuentwickeln und regelmäßig zu aktualisieren. Da es keine zuverlässigen Vergleichsstatistiken gibt, können wir unsere Entscheidungen nicht auf entsprechende Daten stützen. Europäische Fonds gehören in der Tat zu den sichtbarsten und wirksamsten Erscheinungen der europäischen Integration. Deshalb müssen wir sowohl jetzt in der Zeit vor den Wahlen als auch danach sicherstellen, dass die eigentlichen Empfänger der Strukturhilfen mehr in die Debatte darüber einbezogen werden, welche Form die Kohäsionspolitik annehmen sollte. Diese Menschen sind unsere Mitbürger und unsere Wähler.

**Wojciech Roszkowski**, *Berichterstatter*. – (PL) Herr Präsident, Frau Kommissarin! Die Thematik meines Berichts ist ziemlich spezifisch, für die Optimierung der Verwendung von EU-Mitteln unter Kohäsionsgesichtspunkten aber sehr wichtig, unabhängig davon, ob Kohäsion in der traditionellen Bedeutung oder im Sinne von territorialem Zusammenhalt verstanden wird.

Nachhaltiges Wachstum ist ein extrem komplexes Thema. Jeder Versuch, das Erreichen dieses Ziels zu vereinfachen, ist daher zu begrüßen. Allerdings wurde das Konzept des territorialen Zusammenhalts noch nicht genauer definiert. Das Grünbuch markiert also eher den Anfang als das Ende der Debatte in dieser Sache.

Ich freue mich, dass die Kommissarin auf den notwendigen Abbau des Entwicklungsgefälles und die Bedeutung von Synergien bei der Umsetzung der EU-Politik hingewiesen hat. Verschiedene Regionen haben ganz unterschiedliche Probleme in punkto Einkommensniveau, geographische Lage, Migration usw. Wir sollten allerdings bedenken, was meine polnischen Kollegen Grażyna Staniszevska, Zdzisław Zbigniew Podkański und Andrzej Tomasz Zapałowski über die Tendenz zur Häufung von Mitteln in den Zentren der Regionen gesagt haben. Wir sollten ferner bedenken, dass die entwicklungspolitischen Ziele für den ländlichen Raum nicht unbedingt im Widerspruch zu den Zielen von Lissabon stehen, wenn sich die Entwicklung auf die relative Wettbewerbsfähigkeit oder kostengünstige Produktivitätssteigerungen stützt.

Der Ausschuss für Landwirtschaft hat zu meinem Bericht nicht Stellung genommen, sein Schweigen fasse ich daher als Zustimmung auf. Das Votum des Kollegen Baco ist nach meiner Meinung eher ein Missverständnis. In meinem Bericht habe ich ausdrücklich erklärt, dass Mittel für den ländlichen Raum nicht zur Kürzung von Direktbeihilfen führen können. Andererseits ist es eine Tatsache, dass Mittel für die ländliche Entwicklung dem ländlichen Raum durch die Förderung nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeiten aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten helfen können. Ich freue mich über die Unterstützung des Kollegen Nicholson in dieser Frage.



Abschließend möchte ich mich bei den Beratern vom Ausschuss für regionale Entwicklung und bei meiner eigenen Fraktion für ihre Hilfe bei der Erstellung dieses Berichts bedanken, außerdem bei allen Teilnehmern an der heutigen Aussprache.

**Miroslav Mikolášik**, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Lassen Sie mich zum Abschluss einige Gedanken vortragen, auf die ich in meiner Einleitungsrede aus Zeitgründen nicht eingehen konnte.

Ich nehme sehr erfreut zur Kenntnis, dass über 100 Milliarden Euro in den Umweltschutz investiert werden sollen. Andererseits würde ich eine sehr viel höhere Zuweisung für Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen – derzeit 9 Millionen Euro – wirklich begrüßen, ebenso eine höhere Zuweisung für Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, die heute mit 48 Milliarden Euro unter dem liegt, was notwendig ist.

Nach meiner festen Überzeugung wird die Entscheidung über unseren Einsatz dieser Mittel zum Schutz unserer Regionen und zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels, wie Überschwemmungen und Dürren, die Zukunft unserer Regionen und deren wirtschaftliche Stellung bestimmen. Ich freue mich auch sehr darüber, dass alle Mitgliedstaaten bereits einen beträchtlichen Teil ihrer finanziellen Gesamtzuweisungen für Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation vorgesehen haben, ich habe aber auch festgestellt, dass die Sicherstellung der Zugänglichkeit für die meisten der unter das Ziel „Konvergenz“ fallenden Regionen der EU weiterhin ein großes Problem darstellt, da in ihnen ein Mangel an Verkehrsinfrastruktur herrscht.

Andererseits stelle ich erfreut die Bemühungen der Mitgliedstaaten fest, in ihren durch den Europäischen Sozialfonds finanzierten Programmen Investitionen Vorrang einzuräumen, durch die Erwerbsbeteiligung und Fähigkeiten verbessert sowie Armut und soziale Ausgrenzung bekämpft werden sollen. Außerdem empfehle ich den neuen Mitgliedstaaten, weiterhin wirksame Partnerschaften aufzubauen und das Partnerschaftsprinzip bei der Umsetzung der operationellen Programme stetig zu stärken. Ich denke, die neuen Mitgliedstaaten könnten beispielsweise vom weiteren Austausch von bewährten Verfahren und Wissen über technische Entwicklungen und von anderen gemeinsamen Aktionen zur Beschleunigung ihrer Umsetzungsmöglichkeiten wirklich profitieren.

**Zsolt László Becsey**, *Berichterstatter*. – (HU) Bei der Einführung konnte ich eine oder zwei Fragen im Zusammenhang mit Kleinstkrediten nicht ansprechen, aber das Wichtigste ist hier das Prinzip der Zusätzlichkeit. Ich möchte wiederholen, dass dies ebenfalls ein wichtiges Grundprinzip der Kohäsion ist, neben den Prinzipien der Partnerschaft und eines integrierten Ansatzes.

Um also etwas Besonderes bieten zu können, müssen wir dafür sorgen, dass Personen ohne einen festen Wohnsitz durch das Mentoring-Programm am Kleinstkreditprogramm teilnehmen können. Wir können dieses Besondere erreichen, indem wir dafür sorgen, dass im Rahmen des gerade eingeführten JASMINE-Programms neue Mikrofinanzinstitute geschult und einbezogen werden können, die nahe an den Menschen sind. Zusätzlich müssen wir dieses Besondere bieten, indem wir Wettbewerbsfähigkeit sowohl bei den „De-minimis“-Programmen als auch bei der Vergabe flexibler betrachten, indem wir eine positive Diskriminierung von Selbstständigen ermöglichen.

Als weiteren Punkt möchte ich die Frage der Finanzierung ansprechen. Da ist der Start des seit inzwischen zwei Jahren vom Parlament unterstützten experimentellen Programms, das mit 2 Millionen Euro pro Jahr angesetzt ist. Ich hoffe, dass es in der zweiten Hälfte dieses Jahres anlaufen wird. Wir fassen alle Programme, die sich speziell mit Kleinstkrediten befassen, an einer Stelle zusammen und machen sie transparenter, wie einige meiner Kolleginnen und Kollegen bereits angeführt haben.

Ebenfalls wichtig ist der Grundsatz der Komplementarität um die Mitgliedstaaten zu überzeugen, Menschen zur Gründung von Kleinstunternehmen zu ermutigen, statt einfach zuhause zu bleiben und Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. Mia de Vits hat dies bereits angesprochen. Ich halte es für wichtig, die Menschen in diesem Punkt weiter zu bestärken. Sehr wichtig ist auch, dass Komplementarität bedeuten muss, dass die an den Mikrokrediten beteiligten Vermittler keinen Zinswucher betreiben. Im Fall der Roma beispielsweise darf es nicht dazu kommen, dass diese durch die eigene Aristokratie unterjocht werden. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass diese Aktivitäten auf echter Partnerschaft und dem Willen zu helfen basieren.

**Lambert van Nistelrooij**, *Berichterstatter*. – (NL) Herr Präsident! Heute Morgen war ich der erste Sprecher in dieser gemeinsamen Aussprache, und rückblickend finde ich, dass wir unseren Bürgern, die an der Umsetzung einer integrierten Politik auf dezentralem Weg beteiligt sind, ein starkes Signal gegeben haben: dass das Europäische Parlament die Kohäsionspolitik fortsetzen wird und die von ihnen in zahllosen Projekten geleistete Arbeit schätzt, sei es zu Forschungs- und Entwicklungstrends, der Forschungsinfrastruktur oder Projekten zur Energieerneuerung. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wenn wir uns in den kommenden

Monaten den Wählern stellen, dann gibt es Tausende von Projekten, in denen Europa den Bürgern ganz nah ist. Auch das ist meiner Ansicht nach ganz wichtig. Außerdem möchte ich Kommissarin Hübner viel Erfolg für den kommenden Wahlkampf wünschen, denen Sie sich ja auch in den kommenden Monaten stellen. Das ist eine gute Sache, auch für uns alle. Ich möchte Ihnen auch ganz besonders für die politischen Veränderungen danken, die Sie angestoßen haben, insbesondere die stärkere Beachtung der Ziele von Lissabon, eine grünere Politik, den verstärkten Schwerpunkt auf dem Thema FuE, und, wie mir heute noch einmal ganz besonders aufgefallen ist, dass Sie speziell auf den wirtschaftlichen und kulturellen Wert unseres kulturellen Erbes hingewiesen haben.

Ich möchte noch einige weitere Punkte ansprechen. Der erste betrifft die Betonung der grenzüberschreitenden Kooperation, dieses dritte Ziel, das wir in der kommenden Periode weiter stärken müssen, auch finanziell.

Der zweite Punkt ist, dass es keine Verschwendung unserer Gelder geben darf. Wir haben ja wunderbare Mittel, durch die wir unseren Partnern die Möglichkeit bieten können, Entwicklungen im Rahmen dieser Partnerschaft weiter voranzutreiben. Das dürfen wir im kommenden Zeitraum nicht vergeuden.

Und schließlich brauchen wir ein Weißbuch über die territoriale Kohäsion. Sie haben dazu bereits einiges gesagt, aber das Weißbuch ist die Basis der zukünftigen Gesetzgebung, und ich fände es höchst bedauerlich, wenn die Europäische Kommission kein solches Weißbuch erstellen würde. Und dann möchte ich noch den Schattenberichterstattern zu meinem Bericht für ihre Kooperation danken, ebenso wie allen Mitarbeitern, die ganz hervorragende Arbeit geleistet haben.

**Der Präsident.** – Bevor ich die Sitzung kurz unterbreche, erlaube ich mir noch, eine Besuchergruppe ganz herzlich zu begrüßen, und zwar Rentner aus der Provinz Toledo in meiner Heimat Castilla-La Mancha, die hier sind, um ihre Aufgabe als Bürger Europas zu erfüllen.

Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Es folgt die Abstimmung.

#### ***Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)***

**Adam Bielan (UEN), schriftlich.** – (PL) Im Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt befinden sich Menschen aus ländlichen Gemeinden in einer besonders nachteiligen Position. In der Europäischen Union und speziell in Polen bestehen erhebliche Unterschiede im Lebensstandard zwischen städtischen und ländlichen Regionen. Das gilt besonders auch für den Zugang zu technischen Dienstleistungen. Der Zugang zu modernen Technologien wie dem Breitband-Internet ist in den ländlichen Regionen Polens nur halb so verbreitet wie in den Städten.

Ziel der Kohäsionspolitik sollte es daher sein, spezielle Initiativen zur Angleichung des Lebensstandards in bestimmten Regionen zu ergreifen. Besonders wichtig ist hier die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen beim Erhalt finanzieller Hilfen aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums.

Die Regierungen bestimmter Länder sollten gezielt kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, indem behördliche und rechtliche Hemmnisse abgebaut und eine geeignete Infrastruktur geschaffen wird. Dies sind grundlegende Bedingungen für die Entwicklung von Gebieten, die sich nicht in unmittelbarer Nähe der städtischen Ballungszentren befinden.

**Sebastian Valentin Bodu (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Kleinstkredite und auch Kredite, die Unternehmern aus Gemeinschaftsmitteln gewährt werden, sind ein starkes Instrument, mit dem sich die von Geschäftsbanken infolge der Finanzkrise, die inzwischen auch die Realwirtschaft erreicht hat, hinterlassenen Lücken schließen lassen und schließen lassen müssen.

Eine Geschäftsbank ist nur so lange für die Wirtschaft von Nutzen, wie sie Kredite gewährt – was im Moment trotz der massiven Unterstützung verschiedener Banken mit öffentlichen Mitteln nicht der Fall ist.

Unter diesen Umständen schlage ich vor, dass die Mitgliedstaaten Geschäftsbanken mit finanziellen Problemen nicht länger direkt unterstützen, so dass diese mit den erhaltenen Geldern die erlittenen riesigen Verluste ausgleichen und/oder ihre Finanzen mit öffentlichen Mitteln aufbessern und ihre Anteilseigner zufriedenstellen können und einen Grund geliefert bekommen, sich selbst großzügige Boni auszuzahlen. Andererseits darf man sie natürlich auch nicht (alle) pleite gehen lassen.

Mein Vorschlag ist es daher, Geschäftsbanken einfach als Mittler für die Vergabe von Krediten und Kleinstkrediten aus öffentlichen Mitteln an Wirtschaftssubjekte und Unternehmer einzusetzen, die ohne solche Mittel ebenfalls vom Konkurs bedroht sind.

Kurz gesagt sollten Kredite und Kleinstkredite denjenigen gewährt werden, die sie benötigen, und zwar über die Banken – ohne jedoch in deren Bilanzen aufzutauchen. Vielmehr sollten die Banken einzig ihr Fachwissen und ihre Kontakte bereitstellen, um die Vergabe solcher Mittel zu erleichtern.

**Vasilica Viorica Dăncilă (PSE), schriftlich. – (RO)** Ein besserer Zugang zu Kleinstkrediten, die Kleinunternehmen, Arbeitslosen und benachteiligten Personen ohne Zugang zu den herkömmlichen Kreditinstrumenten der Banken die Gründung eines eigenen Unternehmens ermöglichen, zusammen mit der kürzlich beschlossenen Senkung des Mehrwertsteuersatzes für bestimmte Dienstleistungen sind Lösungen, mit denen die Europäische Union ihre Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Krise unterstützt.

Die aktuellen Analysen zeigen erneut, dass der Dienstleistungssektor, die Landwirtschaft und die Tourismusbranche möglicherweise Bereiche sind, die einen großen Teil der freien Kräfte auf dem Arbeitsmarkt aufnehmen können, einschließlich Arbeitsloser. Das ist der Grund, warum Rumänien und die anderen Länder der EU die zur Umsetzung dieses Gedankens notwendigen Instrumente entwickeln müssen, insbesondere als Teil des „Nichtbanken“-Sektors.

Meiner Ansicht nach können diese Kleinstkredite erfolgreich zur Entwicklung von Dienstleistungen für Unternehmen, Einzelpersonen und Haushalte genutzt werden, von IT-Spezialisten bis hin zu Fensterputzern und von Gärtnern bis hin zu Betreuern für ältere Menschen und Kinder. Und sie können einen Beitrag zur Nutzung individueller Fähigkeiten und Stärken für eine erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit leisten.

Kleinstkredite sind auf Unternehmen mit weniger als zehn Angestellten ausgelegt. Das nutzt Menschen, die arbeiten wollen, ebenso wie Arbeitslosen, die ein Unternehmen gründen möchten. 91 % der gewerblichen Unternehmen in Europa sind Kleinstunternehmen.

**Dragoş Florin David (PPE-DE), schriftlich. – (RO)** Das Grünbuch über die territoriale Kohäsion mit dem Titel „Territoriale Vielfalt in Stärke verwandeln“ steht am Anfang eines umfassenden Konsultationsprozesses mit regionalen und lokalen Behörden, Verbänden, Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft mit dem Ziel, ein gemeinsames Verständnis dieses neuen Konzepts und seiner Auswirkungen auf die zukünftige Regionalpolitik der EU zu fördern, ohne jedoch den Begriff „territoriale Kohäsion“ zu definieren.

Ziel der territorialen Kohäsion ist es, die harmonische Entwicklung aller Gebiete innerhalb der EU sicherzustellen und allen Bürgern die Gelegenheit zu bieten, von den inhärenten Merkmalen der einzelnen Regionen optimal zu profitieren. Das Grünbuch schlägt vor, die Vielfalt als Stärke und Wettbewerbsvorteil zu nutzen und so einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung der gesamten EU zu leisten. Außerdem wird speziell der Bedarf nach einer effizienten Steuerung der Kohäsionspolitik formuliert, um diese flexibler zu gestalten.

Die größte Herausforderung ist es jedoch, die einzelnen Regionen bei der Nutzung ihrer Stärken und dem Austausch über bewährte Methoden zu unterstützen. Herr van Nistelrooij's Bericht deckt dieses umfassende Gebiet der territorialen Kohäsion ab und formuliert anschauliche Beschreibungen der Kommunikation der Kommission in diesem Bereich. Damit bleibt das Grünbuch über die territoriale Kohäsion offen für neue Herausforderungen, wird aber gleichzeitig zu einem effizienten Instrument für Partnerschaften und den Austausch bewährter Methoden.

**Constantin Dumitriu (PPE-DE), schriftlich. –** Der Kohäsionspolitik und den Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung liegt gleichermaßen das Solidaritätsprinzip zugrunde, wie es im Rahmen des europäischen Vorhabens gefördert wird, und beide tragen zum Erreichen der Ziele der Lissabon-Strategie bei.

Bei unseren Analysen und den anstehenden Entscheidungen müssen die unterschiedlichen Niveaus der landwirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der Europäischen Union berücksichtigt werden, das Gewicht dieses Sektors innerhalb der Wirtschaft der Mitgliedstaaten sowie die unterschiedlichen Rahmenbedingungen im Hinblick auf die regionale Kohäsion und die Entwicklung. Daher begrüße ich die Tatsache, dass die endgültige Version dieses Berichts auch meinen Vorschlag zur Erleichterung einer flexibleren Nutzung von Strukturfonds enthalten wird, so dass diese die Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung ergänzen.

Um die ordnungsgemäße Koordination und die Komplementarität von Kohäsionspolitik und Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung sicherzustellen, müssen die Mitgliedstaaten Mechanismen für einen konsistenten und gerechten Einsatz der europäischen Mittel einführen. Gleichzeitig muss die Europäische Union die ihr

zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um die Verwendung der europäischen Mittel auf regionaler Ebene besser zu überwachen und sicherzustellen, dass keine Nachteile für ländliche Regionen bestehen.

Dieser Bericht ist eine erste Analyse dieses Themas und muss fortgeführt werden, so dass in finanzieller Perspektive eine stärkere Harmonisierung zwischen den Maßnahmen der EU zur finanziellen Unterstützung sichergestellt ist.

**Bogdan Golik (PSE), schriftlich. – (PL)** Ich möchte Herrn Becsey für seinen Bericht danken, der für meine Landsleute und mich so wichtig ist.

Vielen Menschen scheint die enorme Bedeutung von Kleinstkrediten für die sozioökonomische Entwicklung eines Landes nicht bewusst zu sein. Kleine, unbesicherte Darlehen sind nicht nur für die Ärmsten in den Entwicklungsländern bestimmt. Ebenso gut lässt sich diese Idee auf Arbeitslose, Unternehmensgründungen und bestehende Kleinstunternehmen anwenden.

Menschen ohne Zugang zu Krediten die Möglichkeit zur Finanzierung ihrer Vorhaben zu geben, ist ein ganz großer Schritt zur Umsetzung des Gedankens „Zuerst in kleinen Dimensionen denken“. Mit solchen Darlehen fördern wir das Unternehmertum, steigern die Arbeitstätigkeit und vermeiden und vermindern dadurch soziale Ausgrenzung. Kleinstkredite haben eine überaus positive Wirkung auf die Arbeitslosenzahlen, was besonders für mein Land wichtig ist.

Bei der Einführung dieser Form von Darlehen dürfen jedoch einige Punkte nicht außer Acht gelassen werden.

Zunächst müssen die institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Kleinstkredite an den Entwicklungsstand des Kreditmarkts angepasst werden.

Zweitens müssen die Verfahren für diese Leistungen genauer betrachtet werden. Denn leider tendieren Kleinstunternehmer und Unternehmensgründer aufgrund der Komplexität dieser Verfahren häufig zur Beantragung von Konsumkrediten.

Und drittens muss die Verbreitung von Kleinstkrediten gefördert werden, indem Unternehmer darüber informiert werden, dass es für die Mittelbeschaffung Alternativen zu herkömmlichen Bankkrediten gibt.

Trotz dieser Vorbehalte begrüße ich das Konzept der Kleinstkredite für Polen mit offenen Armen.

**Livia Járóka (PPE-DE), schriftlich. – (HU)** Ich möchte meinem Kollegen Herrn Becsey zu seinem Bericht gratulieren, in dem die Entwicklung eines Kleinstkreditsystems zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigungszahlen befürwortet wird. Dieses Dokument weist völlig richtig darauf hin, dass insbesondere benachteiligte Gruppen, darunter Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger und ethnische Minderheiten wie die Roma, den Schwerpunkt der europäischen Initiativen zu Kleinstkrediten bilden sollten.

In zahllosen Ländern hat sich die Vergabe von Kleinstkrediten als überaus erfolgreiches Instrument zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Integration durch Unterstützung der selbständigen Erwerbstätigkeit erwiesen. In Zeiten der Finanzkrise sind einfache Instrumente zur Finanzierung von Unternehmen, insbesondere in schwach entwickelten Regionen und für die oben genannten sozialen Gruppen, von besonderem Wert. Wer einen kleinen Familienbetrieb betreiben möchte, sieht sich bei Ausschreibungen im Rahmen der Kohäsionspolitik, insbesondere im Fall der Kofinanzierung, häufig mit enormen Schwierigkeiten konfrontiert. Die Schaffung (oder Wiederherstellung) des sozialen Zusammenhalts muss Vorrang vor dem Gewinnstreben haben, da die Unterstützung der Selbständigkeit weit weniger kostenintensiv ist als Arbeitslosenhilfe. Aus nationalwirtschaftlicher Sicht ist daher die Vergabe von Kleinstkrediten sinnvoll, selbst wenn dies aus einem rein finanziellen Blickwinkel zunächst nicht der Fall zu sein scheint. Das Kleinstkreditsystem muss denjenigen zugänglich gemacht werden, die nicht „bankfähig“ sind, d. h. solchen Personen, die im herkömmlichen Bankensektor keine Kredite zu erwarten haben, sei es wegen des hohen Risikos, der geringen Gewinnspannen oder der Gefahr der Nichterfüllung. Das Kleinstkreditsystem muss die gezielte Einbindung benachteiligter Gruppen ermöglichen.

**Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk (UEN), schriftlich. – (PL)** In der Debatte um die Kohäsionspolitik möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf einige Punkte lenken, die in Herrn Roszkowskis Bericht zu diesem Thema angesprochen wurden.

1. In der Finanziellen Vorausschau 2007-2013 wurde der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums zur zweiten Säule der GAP gemacht und damit von der Kohäsionspolitik abgetrennt. Als Folge dieser Entwicklung, besonders in Anbetracht der begrenzten finanziellen Mittel, wurde

der Schwerpunkt der Kohäsionspolitik, und insbesondere derjenigen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit in den größeren städtischen Zentren oder den aktivsten Regionen gelegt. Die Ressourcen des ELER hingegen sind auf die Verbesserung der landwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit konzentriert.

Dieser Ansatz kann einerseits zu einer doppelten Verfolgung bestimmter Ziele führen, z. B. in den Bereichen Umweltschutz, Bildung und Kultur, oder andererseits zur völligen Auslassung in beiden Bereichen.

2. Daher müssen wir genauer betrachten, ob die für den Zeitraum 2007-2013 für die ländliche Entwicklung bereitgestellten Mittel eher zur Unterstützung von Landwirten eingesetzt werden sollten, ob diese Mittel eher Bereichen außerhalb der Landwirtschaft im ländlichen Raum zugute kommen sollten, oder ob nicht sogar Personen gefördert werden sollten, die in ländlichen Regionen bleiben, aber aus der Landwirtschaft in andere Berufszweige wechseln. Falls sich herausstellt, dass die Unterstützung der Landwirte das vorrangige Ziel der zweiten Säule sein sollte, dann wäre es sinnvoll, diese Mittel im nächsten Schritt mit der Kohäsionspolitik zu verknüpfen.

3. Zudem muss der Finanzierungstopf für die zweite Säule der GAP vergrößert werden, selbst wenn dies, wie durch das Europäische Parlament gefordert, durch eine Reduzierung der Direktzahlungen an landwirtschaftliche Großbetriebe und eine schrittweise Anhebung der Modulationsraten geschieht.

**Janusz Lewandowski (PPE-DE), schriftlich.** – (PL) Die Regionalpolitik, umgesetzt in Form von Struktur- und Kohäsionsfonds, gilt zu Recht als offensichtlichste und greifbarste Form der EU-Politik für die Bürger Europas. In keinem anderen Politikfeld ist die Europäische Union besser wahrnehmbar und zeigen sich die Vorteile der Integration stärker. Darum messen wir der Debatte um die Zukunft der Kohäsion eine solche Bedeutung bei. Kohäsion war noch niemals so wichtig wie heute, da die beiden Hälften Europas, die nach dem Krieg durch den eisernen Vorhang getrennt waren, wieder verbunden sind. Äußerst wichtig ist dies für die Länder, die unter dem Abkommen von Jalta in den Hintergrund gedrängt worden waren. Besonderes Augenmerk muss auf die Krise und den möglichen Wert der Strukturfonds als Weg aus der Krise gelegt werden.

Eine Wiederholung der Situation von 2008 dürfen wir nicht zulassen, als ungenutzte Mittel in Höhe von 4,5 Milliarden Euro zurückgefließen sind. Damals haben wir alle gemeinsam versagt. Das alleine macht es so überaus wichtig, dass wir diesen Teil des EU-Haushalts heute absegnen. Kurzfristig lassen sich andere Themen verschieben; und längerfristig müssen wir die Kohäsionspolitik als Gemeinschaftspolitik, die allen Regionen eine Chance gibt, verteidigen. Als solche muss sich die Kohäsionspolitik regionalem und lokalem Wissen zur optimalen Mittelverwendung unterordnen. Zusätzliche Kriterien für die Projektbewertung werden den Detailgrad der Bewertung nur weiter erhöhen und dadurch den Prozess der Mittelverwendung weiter verkomplizieren. Das ist weder heute, in Anbetracht der Krise, noch langfristig sinnvoll.

**Ramona Nicole Mănescu (ALDE), schriftlich.** – (RO) Zunächst möchte ich dem Berichterstatter für seine Anstrengungen danken.

Es ist ja allseits bekannt, dass sich die Umsetzung der Strategien und operationellen Programme für den Zeitraum 2007-2013 noch in der Anfangsphase befindet, wodurch die Anwendbarkeit des debattierten Berichts noch begrenzt ist. Dennoch möchte ich auf die Anstrengungen aller Mitgliedstaaten hinweisen, die allgemeinen Prioritäten der Kohäsionspolitik beim Entwurf und der Aushandlung der operationellen Programme einzubeziehen.

Die erfolgreiche Umsetzung der operationellen Programme ist in großem Maße davon abhängig, wie schnell wir die Verfahren vereinfachen und die Maßnahmen zur Konsolidierung der institutionellen Kapazitäten fördern können. Und nicht zuletzt auch davon, wie wir die Qualifikationsanforderungen für die mit der Verwaltung der EU-Mittel betrauten Mitarbeiter festlegen.

Für eine bessere Verwaltung der Gemeinschaftsausgaben und die nötige Transparenz bei der Mittelverwendung ist es meiner Meinung nach besonders wichtig, dass die Mitgliedstaaten effiziente Überwachungssysteme besitzen.

Und ich bin fest davon überzeugt, dass eine weitere Stärkung des öffentlichen Bewusstseins unumgänglich ist, um eine maximale Absorptionsrate der Mittel und die Entwicklung tragfähiger Projekte zu erreichen.

**Adrian Manole (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) In der zukünftigen Regional- und Kohäsionspolitik der EU gelten Ungleichheiten auf europäischer Ebene als bedingt durch strukturelle Mängel der Regionen im Hinblick

auf zentrale Wettbewerbsfaktoren und insbesondere ein Fehlen von Innovationsvermögen und Unternehmergeist.

Diese Probleme ließen sich durch die Annahme eines strategischen Ansatzes beheben, speziell durch die Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit in der gesamten EU, was für die Stärkung der Wirtschaft insgesamt und eine Begrenzung der Risiken aufgrund einer Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten als elementar gilt.

Wir müssen immer wieder betonen, dass die Beseitigung solcher Ungleichheiten nur durch eine umfassende Informationskampagne und die Schaffung eines Dialogs zwischen den Bürgern und der Zivilgesellschaft möglich ist; anders werden die Projekte auch in Zukunft nicht angenommen werden.

Ebenso sind für die reibungslose Umsetzung von Programmen und Projekten mit EU-Unterstützung hochwertige Verwaltungs- und Kontrollsysteme erforderlich. Die Einhaltung der EU-Rechtsvorschriften, beispielsweise zu Umweltschutz und Chancengleichheit, ist eine Grundvoraussetzung für die Finanzierung von Projekten. Bevor über Vorschüsse hinaus Zahlungen erfolgen, muss die Kommission sicherstellen, dass die Verwaltungs- und Kontrollsysteme allen Vorschriften voll entsprechen.

**Siiri Oviir (ALDE), schriftlich.** – (ET) Territoriale Kohäsion stärkt den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und ist eine der wesentlichen Komponenten zum Erreichen der Ziele der EU-Kohäsionspolitik, da sie hilft, ein Gleichgewicht zwischen den unterschiedlichen Entwicklungsständen der Mitgliedstaaten und Regionen, gleichermaßen untereinander und innerhalb, zu schaffen.

Auch bei zukünftigen Entwicklungen innerhalb der EU-Regionalpolitik spielt die territoriale Kohäsion eine wichtige Rolle, wie die Ergänzung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts im Vertrag von Lissabon um die territoriale Kohäsion zeigt.

In der aktuellen Wirtschaftskrise ist die Wiederbelebung der EU-Wirtschaft zu einem sehr wichtigen Thema geworden, und dies lässt sich durch sinnvolle Investitionen erreichen, die entscheidend sind für wirtschaftlichen Erfolg, wissenschaftliche Arbeit, technologische Innovationen und Arbeitsplätze.

Deshalb unterstütze ich aus ganzem Herzen die Vorstellung des Berichterstatters, dass die EU unter dem Banner territorialer Kohäsion eine größere Interoperabilität und den Transfer von Wissen zwischen Forschungs- und Innovationszentren einerseits und den sie umgebenden Regionen andererseits stimulieren soll, um für die Bürger Europas maximalen Nutzen aus den getätigten Investitionen zu ziehen.

Um die Probleme und Schwierigkeiten der Mitgliedstaaten in dieser Krise effizienter angehen zu können, brauchen wir eine gemeinsame EU-Kohäsionsstrategie, in der die territoriale Dimension der Kohäsionspolitik stärker betont werden muss; zudem müssen bei der Umsetzung der politischen Maßnahmen die spezifischen Anforderungen aller Mitgliedstaaten berücksichtigt werden.

Wir müssen noch heute eine breit angelegte Diskussion über die mögliche Zukunft der Regional- und Kohäsionspolitik in der EU nach dem Jahr 2013 und die mögliche Form von Strukturfonds im kommenden Programmplanungszeitraum starten, um so ganz bewusst dazu beizutragen, die Wettbewerbsvorteile der europäischen Wirtschaft in der Welt zu verbessern.

**Richard Seeber (PPE-DE), schriftlich.** – Gemäß dem Wahlspruch der Europäischen Union „In Vielfalt geeint“ gilt es, unseren Kontinent verstärkt zu einem „Europa der Regionen“ zu machen. Dem territorialen Zusammenhalt kommt dabei eine wichtige Funktion zu. Daher sollte er mit Nachdruck neben dem wirtschaftlichen und dem sozialen Zusammenhalt als eigenes Ziel formuliert werden.

Bei der Stärkung der Regionen muss besonderes Augenmerk auf sensible Gebiete gelegt werden, wie dies zum Teil auch im Rahmen der aktuellen Kohäsionsdebatte vorgesehen ist. Speziell bei Berggebieten, deren Bewirtschaftung sehr zeit- und kostenintensiv ist, muss dem vermehrten Aufwand Rechnung getragen werden.

Ein Ausgleich für die erschwerten Bedingungen ist daher ein wichtiger Schritt zur Gestaltung eines überall lebenswerten Europas. Hervorzuheben wäre in diesem Zusammenhang der Bereich Landwirtschaft. Milchproduktion in Berggebieten leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung ländlicher Gebiete und sollte daher ausreichend unterstützt werden. Auch der Einsatz kleiner und mittlerer Betriebe, die abseits der großen europäischen Wirtschaftszentren Arbeitsplätze schaffen, ist zu honorieren. Insgesamt stellt die aktuelle Kohäsionsdebatte die Weichen für eine moderne Regionalpolitik und führt die gewachsene traditionelle Struktur Europas in die Zukunft.

**Bernard Wojciechowski (IND/DEM), schriftlich. – (PL)** In den Jahren 2007-2013 wird Polen mehr als 67 Milliarden Euro aus dem Haushalt der Europäischen Union erhalten. Im Rahmen dieses Finanztransfers hat die Europäische Kommission allein im Jahr 2008 insgesamt 19,3 Milliarden Zloty nach Polen vergeben. Bestimmte Aspekte der Programmumsetzung haben jedoch zur Folge, dass der Großteil der Zahlungen in den letzten Jahren der Programme, also 2013-2015, erfolgen wird. Leider haben sich fundamentale Einschränkungen ergeben, die eine effiziente Umsetzung der Strukturfonds in Polen verhindern. Zwischen dem Start der Programme für 2007-2013 bis Anfang März 2009 wurden annähernd 8 400 Abkommen über finanzielle Unterstützung mit einer Gesamthöhe von 15,4 Milliarden Zloty unterzeichnet. Der Beitrag der EU beläuft sich dabei auf 11,4 Milliarden Zloty. Leider erreichen die Anträge für den Erhalt von Zahlungen aus diesen Mitteln nur eine Gesamtsumme von 1,75 Milliarden Zloty. Die unverhältnismäßig langen Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge können die Umsetzung der Strukturfonds verzögern und so zu dem geringen Absorptionsgrad beitragen. Strukturfonds sind öffentliche Mittel, die der nationalen Gesetzgebung für öffentliche Aufträge unterliegen. Diese Gesetzgebung muss ein einfaches und effizientes Verfahren zur Auswahl der Auftragnehmer schaffen. Übermäßig lange Ausschreibungsverfahren können die Umsetzung der Strukturfonds beeinträchtigen. Die EU-Fonds sollten ein Mittel sein, um eine der schwerwiegendsten Folgen der Finanzkrise zu lindern. Durch eine Erhöhung der Ausgaben und Investitionen in Infrastruktur, Humankapital und Unternehmen in Höhe von mindestens rund 1,3 % des BIP kann die Wirtschaft im Jahr 2009 gestärkt werden. Damit dies möglich wird, muss die Regierung den Zugang zu EU-Mitteln erleichtern und die Verfahren vereinfachen.

(Die Sitzung wird um 11.50 Uhr für die anstehende Abstimmung unterbrochen und um 12.05 Uhr fortgesetzt.)

**VORSITZ: LUIGI COCILOVO**

Vizepräsident

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt folgt die Abstimmung.

(Einzelheiten zum Ergebnis der Abstimmung: siehe Protokoll)

#### **4. Abstimmungsstunde**

**4.1. Luftverkehrsdienste: Abkommen EG/Nepal (A6-0071/2009, Paolo Costa) (Abstimmung)**

**4.2. Land- oder forstwirtschaftliche Zugmaschinen auf Rädern (kodifizierte Fassung) (A6-0130/2009, Lidia Joanna Geringer de Oedenberg) (Abstimmung)**

**4.3. Gemeinschaftliches System der Zollbefreiungen (kodifizierte Fassung) (A6-0129/2009, Lidia Joanna Geringer de Oedenberg) (Abstimmung)**

**4.4. Erfassung statistischer Daten durch die Europäische Zentralbank (A6-0119/2009, Sirpa Pietikäinen) (Abstimmung)**

**4.5. Prioritäten der EU für die 64. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (A6-0132/2009, Alexander Graf Lambsdorff) (Abstimmung)**

**4.6. Ein Jahr nach Lissabon: Umsetzung der Partnerschaft Afrika-EU (A6-0079/2009, Maria Martens) (Abstimmung)**

**4.7. Verträge betreffend die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) (A6-0085/2009, Alain Hutchinson) (Abstimmung)**

**4.8. Das Kunststudium in der Europäischen Union (A6-0093/2009, Maria Badia i Cutchet) (Abstimmung)**

#### **4.9. Der aktive Dialog mit den Bürgern über Europa (A6-0107/2009, Gyula Hegyi) (Abstimmung)**

*- Vor der Abstimmung*

**Gyula Hegyi, Berichterstatter.** – Herr Präsident! Ich werde mich kurz fassen. Auf meine Empfehlung hin haben sich die sozialistischen Mitglieder des Kulturausschusses bei der Schlussabstimmung über diesen Bericht enthalten.

Als Berichterstatter war ich ziemlich unzufrieden mit dem Ergebnis der Abstimmungen über die Änderungsanträge. Viele unserer neuen und wegweisenden Ideen wurden durch andere politische Gruppen abgewählt. Meiner Ansicht nach sollte ein Initiativbericht ein kühnes – mitunter sogar provokantes – Dokument sein, frei von alten Dogmen. Ich hatte vor, mich auch in der Plenarabstimmung zu enthalten und meine Kollegen ebenfalls dazu aufzufordern, aber meine weisen und toleranten Kolleginnen haben mich davon überzeugt, dass dies keine gute Idee sei, und dass ein verwässerter Bericht besser sei als nichts. Daher bitte ich das Parlament, den Bericht in seiner aktuellen Form zu unterstützen, in der Hoffnung, dass es in der Zukunft eine Gelegenheit geben wird, ihn zu verbessern.

#### **4.10. Arbeiten der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP/EU 2008 (A6-0081/2009, Thierry Cornillet) (Abstimmung)**

#### **4.11. Bewährte Methoden im Bereich der Regionalpolitik und Hindernisse bei der Inanspruchnahme der Strukturfonds (A6-0095/2009, Constanze Angela Krehl) (Abstimmung)**

#### **4.12. Komplementarität und Koordinierung der Kohäsionspolitik mit Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums (A6-0042/2009, Wojciech Roszkowski) (Abstimmung)**

#### **4.13. Kosmetische Mittel (Neufassung) (A6-0484/2008, Dagmar Roth-Behrendt) (Abstimmung)**

#### **4.14. Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (A6-0076/2009, Daciana Octavia Sârbu) (Abstimmung)**

#### **4.15. Struktur und Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren (A6-0121/2009, Zsolt László Becsey) (Abstimmung)**

*- Vor der Abstimmung*

**Zsolt László Becsey, Berichterstatter.** – (HU) Um die heutige Abstimmung etwas weniger langweilig zu gestalten, habe ich um das Wort gebeten, denn dies ist eine Frage, die wir im Plenum nicht debattieren konnten. Ich möchte meine Kollegen kurz darauf hinweisen, dass wir uns am Ende einer sehr langen Verhandlung befinden. Dieses Thema ist sehr sensibel, und ich möchte vermeiden, dass dasselbe passiert wie beim Thema Alkohol, wo das Parlament keine Stellungnahme abgegeben hat.

Hier geht es um eine Preiserhöhung, unter anderem aus gesundheitspolitischen Gründen. Aber wir dürfen nicht so fanatisch sein, eine Preiserhöhung umzusetzen, die manche Mitgliedstaaten einfach nicht tragen können oder die den Schmuggel insbesondere in den Mitgliedstaaten an den Außengrenzen fördern würde.

Daher möchte ich Sie alle bitten, bei der Stimmabgabe verantwortungsvoll zu handeln und sich für eine mäßige, aber doch klare Preiserhöhung über das Minimum hinaus auszusprechen. Folglich meine Bitte an Sie, meiner Abstimmungsempfehlung zu diesem Thema zu folgen, die, nach einem gewissen Kompromiss, auch durch den Ausschuss für Wirtschaft und Währung angenommen wurde. Ich bitte daher alle meine Kolleginnen und Kollegen, verantwortungsvoll zu handeln und so, dass wir mit großer Mehrheit in der Lage sein werden, dem Rat gegenüber eine Stellungnahme zu diesem viel diskutierten Thema abzugeben.



#### **4.16. Bekämpfung der Genitalverstümmelung bei Frauen in der Europäischen Union (A6-0054/2009, Cristiana Muscardini) (Abstimmung)**

- Vor der Abstimmung

**Lissy Gröner**, im Namen der PSE-Fraktion. – Herr Präsident! Die sozialdemokratische Fraktion möchte dieser alternativen Entschließung zustimmen. Wir möchten aber festhalten, dass wir in Erwägung G „sexuelle und reproduktive Gesundheit“ nicht als Rückschritt hinter bereits gefasste Beschlüssen verstanden sehen wollen. Uns liegt daran, sexuelle und reproduktive Rechte von Frauen anzuerkennen.

#### **4.17. Mehrsprachigkeit: Trumpfkarte Europas, aber auch gemeinsame Verpflichtung (A6-0092/2009, Vasco Graça Moura) (Abstimmung)**

- Vor der Abstimmung

**Vasco Graça Moura**, Berichterstatter. – (PT) Herr Präsident! Mein Bericht steht in Einklang mit allen früheren Dokumenten zum Thema Mehrsprachigkeit, ob sie vom Parlament, dem Rat oder der Kommission kamen.

Die eingereichte Alternative ist der Versuch, bestimmte nationalistische Streitigkeiten, die derzeit in Spanien ausgetragen werden, in das Europäische Parlament zu tragen. Erst gestern hat die spanische Tageszeitung *El País* darüber berichtet, dass der oberste spanische Gerichtshof vor drei Monaten entschieden hat, dass Eltern in den Voreinschreibeformularen die Möglichkeit haben müssen, anzugeben, in welcher Sprache ihre Kinder unterrichtet werden sollen. Und auch, dass die katalanischen Behörden diesen Gerichtsbeschluss bislang nicht umsetzen.

Die Unterzeichner der Alternative möchten, dass dieses Recht für Eltern in Ländern mit mehr als einer offiziellen oder regionalen Sprache nicht anerkannt wird.

Sie wollen die Notwendigkeit von Bildung in der Muttersprache, nicht nur für den Bildungserfolg im Allgemeinen sondern insbesondere auch für das Erlernen anderer Sprachen, nicht anerkennen.

Sie wollen in dieser Situation kein vollständiges gegenseitiges Verständnis zwischen den in einem Land gesprochenen Sprachen schaffen, insbesondere auch im Hinblick auf ältere Bürger, das Rechts- und Gesundheitswesen, die Verwaltung und den Arbeitsmarkt.

Sie akzeptieren nicht, dass in solchen Ländern nicht eine Sprache auf Kosten der Rechte der Sprecher einer oder mehrerer anderer Sprachen gefördert werden darf.

Das ist im Widerspruch zu allem, für das dieses Parlament und die anderen europäischen Institutionen stehen.

In der Folge wurden die Absätze 11, 12, 14 und 17 meines Berichts in der Alternative ausgelassen. Wenn man sich diese Absätze einmal näher ansieht, stehen solche negativen Positionen in klarem Widerspruch zu unseren Grundrechten und Freiheiten und verletzen offenkundig das Subsidiaritätsprinzip.

Mein Bericht stellt keinen Angriff auf und keine Verletzung dieser so genannten Minderheitensprachen dar. Sie werden respektiert und ihr Wert anerkannt, aber es wird auch versucht, allgemeine und grundlegende Prinzipien zu formulieren.

Dieses Parlament darf kein Instrument eines extremistischen Nationalismus oder von regionalen oder lokalen Hassgefühlen oder Antipathien sein. Unsere Verantwortung als Abgeordnete steht auf dem Spiel. Daher bitte ich Sie dringend, gegen die Alternative und für den von mir verfassten Bericht zu stimmen.

**Der Präsident.** – Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Darf ich für einen Moment um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Es gibt eine Wortmeldung, und möglicherweise werden weitere folgen. In Anbetracht des Inhalts der gerade vom Berichterstatter gemachten Aussagen gehe ich fest davon aus, dass diese nicht die Unterstützung aller Abgeordneten haben. Aber wie Sie wissen, wurde nur den Berichterstattern eine Redezeit von jeweils zwei Minuten eingeräumt, eine weitere Debatte ist an dieser Stelle nicht vorgesehen.

Daher kann ich zu diesem Zeitpunkt keine Wortmeldungen akzeptieren und die Debatte nicht erneut eröffnen. Ich kann das Wort nur erteilen, wenn es um eine Bemerkung gemäß der Geschäftsordnung geht. Wenn es sich also um eine Bemerkung gemäß der Geschäftsordnung handelt, dann erteile ich hiermit

Ignasi Guardans Cambó das Wort. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich ihm das Wort wieder entziehen muss, wenn ich feststellen sollte, dass dies nicht der Fall ist.

**Ignasi Guardans Cambó (ALDE).** - Herr Präsident! Ich möchte tatsächlich eine Bemerkung gemäß der Geschäftsordnung machen. Ich möchte hier keine erneute Debatte beginnen, aber der Berichterstatter hat gerade etwas gesagt, das nicht mit dem übereinstimmt, was gleich zur Abstimmung stehen wird. Er hat gesagt, dass im alternativen Entschließungsantrag vier Absätze der ursprünglichen Entschließung ausgelassen wurden, und das ist einfach nicht wahr: lediglich die Nummerierung wurde geändert. Von den vier von ihm genannten Ziffern ist nur eine nicht in beiden Entschließungen enthalten. Das ist eine Tatsache. Die übrigen drei sind in beiden Entschließungen enthalten.

*(Zwischenrufe)*

Dies ist also eine Bemerkung zur Klärung, die in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung steht. Die Kolleginnen und Kollegen stimmen über das ab, worum er sie gebeten hat. Nur ein Fall, und der hat nichts mit dem obersten spanischen Gerichtshof zu tun, ist in beiden Entschließungen verschieden. Da die Aussage des Berichterstatters nicht richtig war, denke ich, war dies eine berechtigte Wortmeldung im Sinne der Tagesordnung.

**Der Präsident.** – Vielen Dank, Herr Guardans Cambó. Es folgt die Abstimmung. Änderungsantrag 1 steht zur Abstimmung. Die Abstimmung erfolgt namentlich. Die Abstimmung ist eröffnet.

**Cristiana Muscardini (UEN).** – *(IT)* Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte nur fragen, ob es nicht lächerlich ist, dass der Bericht einer Person gestohlen und an seiner Stelle ein identischer präsentiert werden kann, wo unter dem alten System Änderungsanträge eingereicht wurden. Daher bitte ich Sie, unsere Geschäftsordnung zu überprüfen, da sie eine unglaubliche Verwirrung stiftet und offiziell ein solches Unrecht zulässt.

**Der Präsident.** – Ich werde dieses Thema im Präsidium erneut ansprechen, auch wenn Sie wissen, dass bestimmte Verordnungsbefugnisse nicht mehr beim Präsidium liegen, sondern durch die Fraktionsvorsitzenden ausgeübt werden. Aber wessen Aufgabe auch immer diese Entscheidung ist, wenn das lächerlich ist, dann bleibt das auch lächerlich, es wird sich sicherlich nicht ändern.

#### **4.18. Grünbuch: territorialer Zusammenhalt und Stand der Diskussion über die künftige Form der Kohäsionspolitik (A6-0083/2009, Lambert van Nistelrooij) (Abstimmung)**

#### **4.19. Die städtische Dimension der Kohäsionspolitik im neuen Programmplanungszeitraum (A6-0031/2009, Oldřich Vlasák) (Abstimmung)**

#### **4.20. Umsetzung der Strukturfonds-Verordnung 2007-2013: Ergebnisse der Verhandlungen über kohäsionspolitische Strategien und operationelle Programme (A6-0108/2009, Miroslav Mikolášik) (Abstimmung)**

#### **4.21. Entwicklung von Kleinstkrediten für mehr Wachstum und Beschäftigung (A6-0041/2009, Zsolt László Becsey) (Abstimmung)**

### **5. Stimmerklärungen**

*Mündliche Erklärungen zur Abstimmung*

– **Bericht: Maria Martens (A6-0079/2009)**

**David Sumberg (PPE-DE).** - Herr Präsident! Ich möchte mich zu dem Bericht von Frau Martens äußern, da sein Titel „Ein Jahr nach Lissabon“ mir die Gelegenheit gibt darüber zu sprechen, wo die Europäische Union ein Jahr nach Lissabon steht. Wir befinden uns in einem absoluten Chaos: Wir sind nicht in der Lage, auf die Wirtschaftskrise zu reagieren, es findet eine Rückkehr zum Protektionismus statt, insbesondere durch die

französische Regierung, und wir müssen nun erkennen, dass der Vertrag von Lissabon nicht nur falsch, sondern auch völlig ineffizient ist.

Wir haben gehört – oder hätten hören müssen – wie die irische Bevölkerung in einem Referendum klar geäußert hat, dass sie diesen Vertrag nicht will. Wenn wir bis jetzt oftmals nicht richtig zugehört haben, dann müssen wir es nun tun. Dieser Vertrag ist ungeliebt, ungewollt und, was am wichtigsten ist, ineffizient, und diese Tatsache muss dieses Parlament anerkennen.

**Nirj Deva (PPE-DE).** - Herr Präsident! Mir ist sehr bewusst, dass der Vertrag von Lissabon, wie mein Kollege David Sumberg gerade gesagt hat, im Hinblick auf die Europäische Union ein völliger Fehlschlag ist.

Dennoch möchte ich mich hier auf den ausgezeichneten Bericht konzentrieren, den Maria Martens erstellt hat. Darin kommt etwas sehr Grundlegendes darüber zur Sprache, wie wir unsere Hilfen ausgeben. Maria Martens hat festgestellt, dass es, wenn die nationalen Parlamente in den AKP-Staaten nicht die Macht haben, die Länderstrategiepapiere einzusehen und transparent zu diskutieren, zu einer falschen Verwendung der von der EU für die AKP-Staaten bereitgestellten Mittel kommen kann. Damit erhalten die nationalen Parlamente in den AKP-Staaten die Macht, die bereitgestellte Entwicklungshilfe zu hinterfragen, ebenso wie der Vertrag von Lissabon den nationalen Parlamenten innerhalb der EU mehr Macht hätte einräumen sollen, unser Tun zu hinterfragen. In Frau Martens Bericht werden die Aspekte Verantwortung und Transparenz berücksichtigt, daher unterstütze ich ihn.

**Syed Kamall (PPE-DE).** - Herr Präsident! Ich stimme mit meinem Vorredner Herrn Sumberg in seiner Betrachtung des Vertrags von Lissabon und unserer Situation ein Jahr nach Lissabon überein. Dennoch möchte ich mich hier speziell auf den Aspekt der Partnerschaft EU-Afrika konzentrieren.

In jeder Partnerschaft ist es meiner Ansicht nach wichtig, dass wir uns bewusst sind, mit wem wir im Dialog stehen. Häufig sind das Regierungen untereinander. Aber wenn man mit den Unternehmern spricht, denjenigen, die Wohlstand erwirtschaften, sind sie im Fall vieler afrikanischer Länder diejenigen, die zu uns sagen: „Helft uns, unseren Regierungen dabei zu helfen, Märkte zu öffnen, damit wir Zugang zu den Waren und Dienstleistungen erhalten, die für euch im Westen selbstverständlich sind.“ Nur indem wir die Unternehmer unterstützen, können wir wirklich zur Schaffung von Wohlstand beitragen und den Kontinent aus der Armut holen. Wir dürfen nicht vergessen: Der Schlüssel zur Entwicklung sind diejenigen Personen, die Wohlstand schaffen, nicht notwendigerweise nur Hilfsorganisationen.

**Philip Claeys (NI).** – (NL) Herr Präsident! Ich habe gegen den Bericht von Frau Martens gestimmt, aber nicht weil ich ihn für völlig unausgewogen halte, sondern im Gegenteil, er enthält eine ganze Reihe von Punkten, die absolut und definitiv wahr sind. Das Problem besteht vielmehr darin, dass ein Bericht dieser Art nicht einmal im Mindesten das Problem der illegalen Immigration anspricht, trotz der Tatsache, dass dies ein ganz wichtiger Punkt ist in der Diskussion über die Probleme in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Afrika.

Ich finde es auch seltsam, dass in dem Bericht das Prinzip der Blauen Karte EU gefordert wird, um der Abwanderung von Afrikanerinnen und Afrikanern aus Sektoren entgegenzuwirken, wo sie in Afrika gebraucht werden. Das ist eigentlich ein grundlegender Gedanke des ganzen Blaue-Karten-Systems. Das Problem mit dem Blaue-Karten-System liegt jedoch darin, dass es eben genau die Abwanderung jener Fachkräfte organisiert, die für die Entwicklung eines Entwicklungslandes absolut notwendig sind. Wir locken diese Menschen an, verschlimmern dadurch die Probleme in Afrika und verstärken die Immigration nach Europa weiter. Das ist ganz grundlegend, und wir sollten deshalb über dieses Thema diskutieren, statt es mit nur einem Absatz in einem Bericht abzuhandeln.

**Czesław Adam Siekierski (PPE-DE).** (PL) – (Mikrofon anfangs nicht angeschlossen) ... ist ein umfassender Satz Werkzeuge, um die Länder Afrikas in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Es ist ein umfassendes Paket, da in Anbetracht der Vielzahl von Problemen, die in Afrika bestehen, nur umfassende Lösungen eine Wirkung erzielen können.

Was haben wir also bis jetzt? In den letzten Jahren sind wir Zeuge geworden, wie China ein großes Interesse an Afrika gezeigt und dort eine großangelegte Investitionspolitik betrieben hat. Solche Initiativen werden zur Entwicklung des Kontinents beitragen, aber nur, wenn in hohem Maße Afrikanerinnen und Afrikaner selbst, und zwar speziell die lokale Bevölkerung, am Aufbau von Wohlstand beteiligt sind, und nicht nur die Angestellten von ausländischen Unternehmen, die dort investieren.

Die Europäische Union verdankt ihren Erfolg der schrittweisen Erhöhung wirtschaftlicher Schranken. Nun müssen die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Staaten, die Entwicklung eines Netzwerks gegenseitiger Bindungen und eine verstärkte Verfügbarkeit von afrikanischen Produkten auf dem Weltmarkt unterstützt werden.

– **Bericht: Alexander Graf Lambsdorff (A6-0132/2009)**

**Charles Tannock (PPE-DE).** - Herr Präsident! Ich habe mich, zusammen mit der Delegation der britischen Konservativen, bei der Abstimmung über den Lambsdorff-Bericht zu den Prioritäten für die 64. Generalversammlung der Vereinten Nationen der Stimme enthalten. Meine Partei unterstützt die Arbeit der VN stark, wenngleich wir auch anerkennen, dass es sich um eine nicht perfekte Organisation mit Reformbedarf handelt. In diesem Bericht kamen jedoch eine Reihe von Punkten zur Sprache, bei denen die britischen konservativen Abgeordneten völlig anderer Ansicht sind, beispielsweise was die Rolle des IstGH und die Abschaffung der ständigen Sitze Großbritanniens und Frankreichs im Sicherheitsrat betrifft, die durch nur einen ständigen Sitz der Europäischen Union ersetzt werden sollen. Wir sind auch der Ansicht, dass die Anwendung der Todesstrafe bei Erwachsenen eine Gewissensentscheidung jedes einzelnen Mitgliedstaates ist, und haben keine parteipolitische Linie zu diesem Thema. Daher haben wir uns der Stimme enthalten.

– **Bericht: Maria Martens (A6-0079/2009)**

**Gay Mitchell (PPE-DE).** - Herr Präsident! Ich möchte mich zu Frau Martens Bericht äußern.

Lassen Sie mich zunächst sagen, dass der Vertrag von Lissabon keineswegs ein Fehlschlag ist, und es ist Unsinn, so etwas zu behaupten. Sechszwanzig der siebenundzwanzig Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden ihn ratifizieren oder haben dies bereits getan, eingeschlossen das britische Parlament. Es ist eine Schande, dass britische Abgeordnete bei manchen ihrer Bemerkungen in diesem Haus ihr eigenes Parlament nicht respektieren.

Das irische Volk hat seine Bedenken zu einigen Themen zum Ausdruck gebracht, und die irische Regierung und das irische Parlament versuchen, diese Punkte zu klären. Wenn diese Punkte geklärt werden können und das irische Volk in einem zweiten Referendum später in diesem Jahr mit „Ja“ stimmt, werden sie dann wieder wie Koblitz hier auftauchen und sich genauso empörend aufführen wie beim letzten Mal? Überlassen Sie die irischen Angelegenheiten Irland. Wir brauchen dabei keine Hilfe von einem Volk, das wir nach 700 Jahren aus unserem Land vertrieben haben!

Lassen Sie mich zum Vertrag von Lissabon noch sagen, dass die Bevölkerung der Europäischen Union in der nächsten Generation gerade einmal 6 % der Weltbevölkerung ausmachen wird. Dann werden China und alle diese Länder sehr mächtig sein.

– **Bericht: Alain Hutchinson (A6-0085/2009)**

**Zuzana Roithová (PPE-DE).** – (CS) Herr Präsident! Ich möchte erklären, warum ich mich bei der Abstimmung zum Hutchinson-Bericht enthalten habe. Als Mitglied der Versammlung AKP-EU stimme ich zu, dass Entwicklungshilfe nicht immer effizient ist. Sie ist nicht gut koordiniert und mit hohen Verwaltungskosten verbunden. Der Berichterstatter weist darauf hin, dass sich Partnerländer nicht immer mit der Entwicklungsstrategie identifizieren können, dass jedoch staatliche Hilfen das einzig effiziente Instrument sind, wenngleich sie – und hier stimme ich zu – natürlich besser vorhersagbar sein sollten. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir in erster Linie die Prioritäten mit anderen Erbringern finanzieller Unterstützung wie den USA und Ländern, die ihre früheren Kolonien unterstützen, harmonisieren müssen. Der Berichterstatter hat außerdem die Wirkung der Investitionspolitik Chinas auf Entwicklungsländer unterschätzt. Diese Politik berücksichtigt weder die Millenniums-Entwicklungsziele noch sonstige Ziele, sondern einzig und allein die kommerziellen Interessen Chinas.

**Nirj Deva (PPE-DE).** - Herr Präsident! Ich möchte meinem Kollegen Herrn Hutchinson zu dem ausgezeichneten Bericht gratulieren, den er zu einem sehr wichtigen Thema verfasst hat. Die Kommission und die Europäische Union geben enorme Geldsummen an Entwicklungsländer, einen Großteil davon an Afrika. Rund 50 % der Afrikanerinnen und Afrikaner leben immer noch von weniger als einem US-Dollar pro Tag, und 75 % aller Opfer von Naturkatastrophen weltweit stammen aus Afrika.

In Anbetracht dieser erschreckenden Zahlen ist es richtig, Afrika zu unterstützen, um den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu gewährleisten und der afrikanischen Bevölkerung eine nachhaltige Entwicklung zu

ermöglichen. Wenn wir jedoch afrikanischen Regierungen Geld geben, wie es die Kommission derzeit im Rahmen der so genannten „Haushaltsunterstützung“ tut, sollten wir auch darauf bestehen, dass die afrikanischen Ländern gewährte Haushaltsunterstützung durch die landeseigenen Parlamente streng unter die Lupe genommen wird, und dass die zwischen der Kommission und afrikanischen Staaten unterzeichneten Abkommen zur Prüfung durch die Öffentlichkeit und aus Transparenzgründen in den nationalen Parlamenten der afrikanischen Länder und der AKP-Staaten offen diskutiert werden. Dies ist ein ganz wichtiger Punkt, um das Geld der europäischen Steuerzahler zu schützen.

– **Bericht: Maria Badia i Cutchet (A6-0093/2009)**

**David Sumberg (PPE-DE).** – Herr Präsident! Wir alle in diesem Haus sind für Kunst und fördern Kunst und Bildung in unseren jeweiligen Ländern. Ich hoffe, hier ist niemand anderer Ansicht.

Aber das Problem mit diesem Bericht liegt darin, dass wieder einmal eine EU-Perspektive gefordert wird, und das ist einfach nicht sinnvoll. Die Vielfalt der Europäischen Union liegt darin begründet, dass all die vielen Nationalstaaten unterschiedliche Kulturen, unterschiedliche Geschichten und unterschiedliche Hintergründe haben. Daher scheint es mir wichtig, über die Themen Kunst und Bildung auf nationaler Ebene zu entscheiden. Dies ist kein Bereich, in dem sich die Europäische Union oder das Europäische Parlament einmischen sollte.

„Lasst hundert Blumen blühen“, so hieß es doch so schön. Nun, mindestens 27 Blumen blühen in der Europäischen Union. Lassen wir sie einzeln blühen. Ich glaube, wenn wir das tun, werden sie viel schöner blühen und uns weit länger erhalten bleiben.

**Hannu Takkula (ALDE).** – (FI) Herr Präsident! Ich möchte Frau Badia i Cutchet für ihren Bericht danken.

An Herrn Sumbergs poetische Rede anknüpfend möchte ich sagen, wie wichtig es ist, dass die Blume der Kultur ganz aufblühen kann, und das gilt auch für Europa. Es ist ungeheuer wichtig, dass sich Bildung nicht nur auf Wissen und Prüfungen konzentriert, sondern dass wir die Weiterentwicklung des ganzen Menschen nicht vergessen. Kunst, Kultur und Sport sind für die Entwicklung der gesamten Persönlichkeit von großer Bedeutung.

Daher ist es nur richtig, staatliche Schulsysteme mithilfe eines Koordinierungsprozesses daran zu erinnern, dass der Kunstunterricht Teil des Stundenplans bleiben muss, und das muss auch Europa umfassen, denn Europa ist bekannt für seine Vielfalt, seinen Pluralismus, seine großartige künstlerische Tradition und seine Kultur. Und wir sollten die Kulturen anderer Länder kennen lernen, ebenso wie die großen Europäer aus den verschiedensten Kulturbereichen.

**Ewa Tomaszewska (UEN).** – (PL) Herr Präsident! Die universelle Natur der europäischen Kunst zeigt, dass die Schulen wieder ihre Rolle als Hauptverbreitungszentren der Kultur erhalten müssen. Dies ist eine Chance, den Zugang zur Kultur zu demokratisieren. Künstlerische Bildung fördert das Feingefühl und eröffnet kreatives Potenzial. Sie sollte ein Pflichtteil des schulischen Lehrplans in allen Stufen sein.

Das Europäische Jahr der Kreativität und Innovation ist eine hervorragende Gelegenheit, der Kunst wieder ihren rechtmäßigen Platz einzuräumen, auch in der Bildung, so dass ihre integrative Rolle wieder voll ausgeschöpft werden kann. Der Schutz der traditionellen kulturellen Identität einzelner Regionen und die Fähigkeit, sich dank der heutigen Mobilität umfassend über sie zu informieren, auch auf dem Gebiet der kulturellen Bildung, ist eine weitere Chance zur kreativen Entwicklung.

Darum ist die Einrichtung einer europäischen Mobilitätsrahmenstrategie für Europäer in künstlerischen und kreativen Bereichen so wichtig. Deshalb habe ich für den Bericht gestimmt, obwohl ich gleichzeitig gegen das Schnellverfahren der Debatte zu diesem Dokument und seine Annahme praktisch ohne Debatte protestieren möchte.

**Avril Doyle (PPE-DE).** – Herr Präsident! Ich war schon immer der Ansicht, dass jeder gute Sport auch eine Kunst ist. Darf ich als Beispiel für Kunst in der Europäischen Union den Sieg des All-Ireland-Rugby-Teams am letzten Samstag im Millennium Stadium in Cardiff nennen, wo wir in einer unvergleichlichen sportlichen und künstlerischen Lehrstunde das Team Wales geschlagen haben? Auch die Teams Englands, Frankreichs, Italiens und Schottlands haben wir besiegt. Dieses All-Ireland-Team hat die Six-Nations-Spiele gewonnen – ein historischer Erfolg. Sport ist Kunst, und Kunst ist Sport. Zollen wir dieser wunderbaren Leistung Anerkennung.

**Der Präsident.** – Frau Doyle, hätte ich gehnt, dass Sie den letzten Platz des italienischen Teams zur Sprache bringen würden, hätte ich mir noch einmal überlegt, Ihnen an dieser Stelle das Wort zu erteilen.

– Bericht: Gyula Hegyi (A6-0107/2009)

**Dimitar Stoyanov (NI).** – (BG) Ich habe um das Wort gebeten, um zu erklären, warum die Delegation der Partei Ataka gegen diesen Bericht gestimmt hat.

Sicherlich nicht aufgrund der zahlreichen positiven Punkte darin im Hinblick auf die Transparenz der Arbeit dieser Institution. Selbstverständlich befürworten wir Transparenz in der Arbeit aller Institutionen der Europäischen Union, wir lehnen jedoch die Vorstellung ab, dass diese Transparenz nur durch Annahme des Vertrags von Lissabon zu erreichen sei und dadurch, dass dieser Vertrag, der für uns bereits „tot“ ist, erneut auf die Tagesordnung gesetzt wird, mit vielen neuen Berichten, die ansonsten eine andere Position ergreifen oder sich mit anderen Themen befassen.

Abgesehen davon sind wir, was den Vertrag von Lissabon betrifft, gegen die Annahme dieses Vertrags, weil damit die Türen für eine Aufnahme der Türkei geöffnet werden. Aber eine Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union bedeutet für Bulgarien den wirtschaftlichen und demographischen Tod. Deshalb haben wir gegen diesen Bericht gestimmt.

**David Sumberg (PPE-DE).** - Herr Präsident! Als ich den Titel dieses Berichts gelesen habe – „Der aktive Dialog mit den Bürgern über Europa“ – habe ich das fast für einen Scherz gehalten, denn die Sache ist doch die: Wir *haben* keinen aktiven Dialog mit den Bürgern Europas. Das Entscheidende am Dialog ist doch, dass es eben kein Monolog ist: Wir müssen auf das hören, was die Bürger Europas sagen. Die Bürger Europas in den Niederlanden, in Frankreich und in der Republik Irland haben zu dem Vertrag von Lissabon sehr deutlich gesagt, dass sie ihn nicht wollen.

Wenn also dieses Parlament und alle europäischen Institutionen in einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern treten wollen, was eine gute Idee ist, dann müssen sie auch ganz deutlich zeigen, dass sie auf diesen Dialog reagieren werden, dass sie auf das hören werden, was die Bürgerinnen und Bürger sagen. Es ist eine unglaubliche Zeitverschwendung, wenn dieses Parlament über den Gedanken eines Dialogs debattiert oder darüber berichtet oder abstimmt und sich gleichzeitig – und das ist die Wahrheit über dieses Parlament – geschlossen weigert, auch nur zur Kenntnis zu nehmen, was ihm gesagt wird, und sich weigert, darauf zu reagieren. Das ist ein Versagen.

**Marian Harkin (ALDE).** - Herr Präsident! Dies ist ein sehr wichtiger Bericht, und ich stimme mit dem Berichtersteller darin überein, dass wir vielleicht ein bisschen mutiger sein und uns ein bisschen weiter aus dem Fenster hätten lehnen können.

Als Mitglied aus einem Land, das über jeden einzelnen Vertrag abstimmt, ist mir mehr als bewusst, dass wir einen fortlaufenden aktiven Dialog mit den Bürgern brauchen. Meiner Erfahrung nach verlieren immer mehr Menschen den Glauben an und das Vertrauen in die Institutionen. Die EU ist eine riesige Institution, und wir tragen eine große Verantwortung dafür sicherzustellen, dass der aktive Dialog im Zentrum unseres Handelns steht.

Ganz besonders unterstütze ich Absatz 32, und ich danke dem Berichtersteller für die Unterstützung meines Änderungsantrags zu der Tatsache, dass das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 eine ideale Gelegenheit für die EU-Institutionen sein wird, mit den Bürgern in Kontakt zu treten.

Wir haben die Kommission dazu aufgefordert, eine entsprechende Gesetzgebung in Vorbereitung auf das Jahr 2011 auf den Weg zu bringen, und damit hat die Kommission begonnen. Wir müssen nun sicherstellen, dass wir einen sinnvollen Dialog mit den 100 Millionen Freiwilligen in der EU erreichen, dass ihre Ansichten und Meinungen die Grundlage aller neuen Pläne, politischen Maßnahmen und Programme bilden, und dass der aktive Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern eine starke und solide EU sicherstellt.

**Hannu Takkula (ALDE).** - (FI) Herr Präsident! Herr Hegyis Bericht ist exzellent und notwendig. Wir brauchen einen aktiven Dialog zwischen den Staaten Europas und den Bürgern. Wir brauchen Verständnis auf beiden Seiten. Wir brauchen auch Toleranz, damit wir bereit sind, auf das zu hören, was andere Personen zu sagen haben. Und das brauchen wir auch in diesem Haus, hier im Europäischen Parlament.

Ich fand es traurig, dass einige Mitglieder dieses Haus während der Rede von Präsident Klaus verlassen haben, und dass das während der aktuellen tschechischen Ratspräsidentschaft geschehen ist. Sind diese Kolleginnen und Kollegen nicht bereit, sich die Ansichten anderer Bürger, Präsidenten, Institutionen und Einzelpersonen zu europäischen Angelegenheiten im Allgemeinen anzuhören?

Wir sollten bereit sein, auch andere Standpunkte anzuhören. Was wir brauchen ist Interaktion und Dialog, und zwar bereits an der Basis, damit die Öffentlichkeit spürt, dass sie einen Beitrag leisten kann und nicht den Eindruck hat, die Europäische Union sei nur ein Debattierclub für eine kleine Elite. Ich unterstütze den Vorschlag, dass es mehr aktiven und toleranten, europaweiten Dialog auf allen Ebenen geben muss. Das ist es, was wir wirklich brauchen.

**Nirj Deva (PPE-DE).** - Herr Präsident! Während dieser Wirtschaftskrise ist etwas sehr Seltsames passiert. Die Menschen in Europa haben nicht von der Europäischen Union erwartet, sie aus der Krise zu retten. Vielmehr haben sie sich die Rettung aus der Wirtschaftskrise von den Mitgliedstaaten und ihren nationalen Regierungen erhofft. Der Mann, der von sich selbst behauptet, die Welt gerettet zu haben, wird in einigen Stunden hier sein. Aber wenn wir das einmal beiseite lassen, dann sind es die nationalen Regierungen – in Paris, London, Washington oder Rom – von denen die Bürger dieser Länder (denen man auch gesagt hat, dass sie Bürger Europas seien) die Rettung erwarten, und nicht von diesem größeren Etwas namens EU.

Darf ich fragen, was geschehen ist? Darf ich diejenigen bitten, die immer wieder betonen, was für eine phantastische Einrichtung die EU doch sei, sich diese Frage einmal selbst zu stellen? Ich kann Ihnen die Antwort geben. Die Antwort ist, dass es keine Demos gibt, dass es keine Verbindung zwischen den EU-Institutionen und den Menschen gibt. Immer noch blicken die Menschen in Hoffnung auf Hilfe zu ihren nationalen Regierungen.

**Ewa Tomaszewska (UEN).** - (PL) Herr Präsident! Ich protestiere gegen die Art, wie dieser Bericht behandelt wird. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedstaaten in die europäischen Institutionen aufzubauen heißt nicht nur, die Menschen über die Strategien und Handlungen zu informieren, was oft genug nicht geschieht. Es ist vor allem das Gefühl, dass es das Recht zur Mitentscheidung gibt, dass man in der EU seine Meinung vertreten kann, dass die vertraglich gewährten Rechte nicht verletzt wurden.

Eine in allen EU-Mitgliedstaaten organisierte Debatte aller Bürger Europas ist die beste Möglichkeit, den Menschen zu zeigen, dass die Dinge in der Europäischen Union wirklich von den Bürgern ihrer Mitgliedsländer abhängen. Das ist der beste Weg um zu verhindern, dass sich die vielleicht 100 Personen, die im Namen aller Polen am Entwurf der wichtigsten Aufgaben beteiligt sind, die von den EU-Institutionen umgesetzt werden müssen, betrogen fühlen. Die Liste der Forderungen muss ernsthaft berücksichtigt werden. Dies gilt auch für die Dokumente, die von Teilnehmern der Debatte aus anderen Ländern entworfen wurden. Und das macht auch die Blockade jeder echten Diskussion zum Thema des Dialogs mit den Bürgern im Europäischen Parlament umso verwunderlicher.

**Martin Callanan (PPE-DE).** - Herr Präsident! Dieser Bericht beschäftigt sich mit dem aktiven Dialog mit den Bürgern, und die beste Art eines aktiven Dialogs mit den Bürgern Europas basiert darauf, den demokratischen Stimmen zuzuhören. Es ist geradezu ironisch, dass dieses Parlament diesen Bericht annimmt, während es gleichzeitig einige der in den Mitgliedstaaten demokratisch getroffenen Entscheidungen vollkommen ignoriert. Kein Wunder, dass die Europäische Union in meinem Wahlkreis in Nordostengland und an anderen Orten in Europa so unbeliebt ist. Ihre Vorstellung eines demokratischen Dialogs ist eine Einbahnstraße: Die EU hört nicht auf das, was die Menschen zu sagen haben, sondern sagt ihnen einfach, was sie denken dürfen und wie sie wählen sollen.

In den letzten 10 Jahren haben Frankreich, die Niederlande und nun Irland – zweimal – alle dafür gestimmt, eine umfassendere europäische Integration in die Schranken zu weisen, und doch hat die EU diese Meinungen komplett ignoriert.

Wenn man nur den von der EU finanzierten NRO zuhört, wie können sich die Meinungen der Wähler darin widerspiegeln? Die beste Art des Dialogs mit den Bürgern ist es, auf das zu hören, was diese in freien demokratischen Wahlen und Referenden sagen.

**Syed Kamall (PPE-DE).** - Herr Präsident! Wenn wir über einen aktiven Dialog mit den Bürgern über Europa sprechen, besteht eine Fehlwahrnehmung. Denn oft verwechseln wir den Dialog mit den Bürgern mit dem Dialog mit einer Zivilgesellschaft. Wir verwechseln häufig den Dialog mit den Bürgern mit dem Dialog mit Organisationen, die ganz oder teilweise durch die EU finanziert werden. Tatsächlich kommunizieren hier EU-Institutionen mit Organisationen, die von der Kommission finanziert werden, also letztlich mit dem Geld der Steuerzahler.

Wenn wir also tatsächlich Bürgern das Recht einräumen, ihre Meinung zu sagen – wie wir es bei der Abstimmung über die Verfassung in Frankreich und den Niederlanden und über den Vertrag von Lissabon in Irland – getan haben, und die Bürger „Nein“ sagen, was tun wir? Wir ignorieren das Ergebnis der

Abstimmung völlig! Wenn die Menschen „Nein“ gesagt haben, bedeutet Dialog nicht, sie einfach wieder und wieder und wieder abstimmen zu lassen, bis man das gewünschte Ergebnis erhält. Das ist kein Dialog. Das ist das Ende der Demokratie. Es ist an der Zeit, dass wir uns auf einen echten aktiven Dialog mit den Bürgern einlassen.

**Jim Allister (NI).** - Herr Präsident! Nach fünf Jahren in diesem Haus gibt es nicht mehr viel, was einen an Berichten überraschen kann. Aber ich muss sagen, dass ich doch verblüfft war über die schiere Arroganz mancher Punkte in diesem Bericht und die kalkulierte Beleidigung derjenigen, die es wagen, sich nicht vor kriecherischer Begeisterung für das europäische Projekt zu überschlagen. Das in diesem Bericht tatsächlich steht, dass die Wahrscheinlichkeit, sich einer weiteren europäischen Integration entgegenzusetzen, bei den weniger gebildeten Bevölkerungsschichten höher ist, ist eine unverfrorene Beleidigung und Arroganz unvorstellbaren Ausmaßes.

Die Wahrheit ist doch, dass es gerade diejenigen sind, die sich die Mühe gemacht haben, die EU-Verfassung oder den Vertrag von Lissabon zu lesen und sich darüber zu informieren, genau diejenigen sind, die mit größerer Wahrscheinlichkeit dagegen stimmen werden. Wer mit größerer Wahrscheinlichkeit dafür stimmen wird, sind diejenigen – wie die Kommissare – die sich noch nicht einmal die Mühe gemacht haben, die Dokumente zu lesen, und die einfach der Propaganda glauben. Deshalb lehne ich die in diesem Bericht formulierte Beleidigung ab.

Darf ich auch noch sagen, in Antwort auf den ersten Ausbruch von Herrn Mitchell – seinen republikanischen Ausbruch über die Vertreibung aller Briten von der Insel Irland nach 700 Jahren – dass er froh sein sollte, dass ihnen dies nicht komplett geglückt ist, weil sie auch die Hilfe einiger britischer Staatsbürger aus Nordirland gebraucht haben, um im Rugby den Sieg bei den Six-Nations-Spielen zu erringen.

**Neena Gill (PSE).** - Herr Präsident! Ich habe zögerlich für diesen Bericht gestimmt, nicht wegen des Unsinns, der gerade von der anderen Seite dieses Hauses gekommen ist, sondern weil ich die Bedenken des Berichterstatters Herrn Hegyi teile.

Dieser Bericht wurde tatsächlich durch diejenigen in diesem Parlament verwässert, die keinen aktiven Dialog mit den Bürgern Europas wollen. Aktiver Dialog ist für mich nicht dasselbe wie Hochglanzbroschüren, und ich glaube, dass die Kommission hier versagt hat. Ihr ist es nicht gelungen, sich aktiv zu engagieren und mit den Bürgern in Kontakt zu treten. Ihr ist es nicht gelungen, ein umfassendes Verständnis davon zu vermitteln, wie sich die Arbeit auf EU-Ebene auf viele der realen Probleme im täglichen Leben der Bürger auswirkt. Ich hoffe, dass sich die Kommission infolge dieses Berichts erneut mit dem Thema befasst und einige kreativere Ansätze für dieses Thema findet.

#### **- Bericht: Wojciech Roszkowski (A6-0042/2009)**

**Jim Allister (NI).** - Herr Präsident! Ich begrüße diesen Bericht, weil er Themen anspricht, die einer Diskussion bedürfen.

Besonders stimme ich der Meinung des Berichterstatters zu, dass Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung keine Ressourcen abziehen dürfen, die für Direktzahlungen an Landwirte bestimmt waren. Darum frage auch ich, ob die Finanzierung der ländlichen Entwicklung überhaupt mit der gemeinsamen Agrarpolitik verknüpft sein sollte, da dies unvermeidlich zur Folge hat, dass den Landwirten bisher zur Verfügung stehende Finanzierungsmittel genommen werden. Wenn sie stattdessen ein inhärenter Teil der Kohäsionsfinanzierung wäre, bestünde diese Möglichkeit zum Plündern der Landwirtschaftsfonds nicht.

Daher begrüße ich die Erklärung in dem Bericht, dass die in der Landwirtschaft tätigen Personen das Hauptziel der Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung sein sollten. Dieses Gleichgewicht ist in vielen Programmen zur ländlichen Entwicklung gestört, einschließlich denjenigen, die meine Region Nordirland betreffen.

#### **- Bericht: Dagmar Roth-Behrendt (A6-0484/2008)**

**Kathy Sinnott (IND/DEM).** - Herr Präsident! Ich habe für diesen Bericht gestimmt und begrüße ihn. Lange Zeit waren wir der Ansicht, dass nur die Dinge Auswirkungen auf uns haben, die wir essen. Die mit diesem Bericht geleistete Arbeit zeigt meiner Ansicht nach einmal deutlich, dass auch alles, was wir auf unsere Haut auftragen, in unseren Körper gelangt, eben so, als ob wir es essen würden.

Viele der Krankheiten, die Frauen besonders häufig betreffen, wie Brustkrebs, Fibromyalgie, ME usw., sind auf dem Vormarsch. Ich denke, wir sollten jetzt weitere Schritte unternehmen. Nicht nur, um Kosmetika



sicherer zu machen, sondern wir sollten auch anfangen zu untersuchen, welche Beziehung zwischen manchen Inhaltsstoffen von Kosmetika und dieser Art von Krankheiten, von denen besonders Frauen betroffen sind, besteht. Und wir sollten versuchen, Kosmetika sicherer zu machen, denn natürlich wollen wir alle diese auch in Zukunft benutzen.

**Neena Gill (PSE).** - Herr Präsident! Ich begrüße speziell diesen Bericht, weil das Testen von Kosmetika ein Thema ist, dass viele Wähler in meiner Region, den West Midlands, berührt, und ich habe viele Zuschriften zu diesem Thema erhalten. Ich begrüße diesen Bericht und habe ihn unterstützt, weil er europaweite Standards zum Einsatz potenziell schädlicher Stoffe setzt, ebenso wie Standards für die Testangaben der Kosmetikhersteller. Aber wir brauchen vergleichbare Standards auch für Angaben zu Tierversuchen. Als wir diesen Bericht das letzte Mal behandelt haben, haben wir uns mit Tierversuchen aus wissenschaftlichen Zwecken befasst. Wir haben jetzt ein wichtiges Werkzeug, um das Bewusstsein der Kunden für die Inhaltsstoffe von Kosmetika zu schärfen; optimieren ließe sich das nur noch, indem jetzt der Schwerpunkt verstärkt auf das Thema Tierversuche gelegt wird.

**- Bericht: Daciana Octavia Sârbu (A6-0076/2009)**

**Kathy Sinnott (IND/DEM).** - Herr Präsident! Ich habe für diesen Bericht und für eine stärkere Kontrolle von Biozid-Produkten gestimmt, aber ich möchte diese Gelegenheit ergreifen um darauf hinzuweisen, dass wir in Irland unser Wasser völlig legal mit einem Giftstoff anreichern – einem Biozid namens Fluorid. Ich gratuliere der Kommission zur Eröffnung eines Konsultationsverfahrens, zu dem wissenschaftliche Aufsätze, Meinungen aus der Öffentlichkeit usw. zum Thema der Verschmutzung des Trinkwassers mit dem Giftstoff Fluorid eingeholt werden.

**- Bericht: Zsolt László Becsey (A6-0121/2009)**

**Avril Doyle (PPE-DE).** - Herr Präsident! Ich habe gegen diesen Bericht gestimmt, weil ich den Eindruck habe, dass er den Vorschlag der Kommission, Tabakwaren mit höheren Verbrauchsteuern zu belegen, geschwächt hat. Studien haben immer wieder gezeigt, dass die Besteuerung die effizienteste und dauerhafteste Möglichkeit ist, um Menschen vom Konsum von Tabakwaren abzubringen.

Vom University College Cork in Irland durchgeführte Studien haben gezeigt, dass nach Einführung des vollständigen Rauchverbots am Arbeitsplatz im Jahr 2004 in der Region im Folgejahr die Zahl der Krankenhauseinweisungen aufgrund von Herzinfarkten um 11 % gesunken ist. Irland hat auch die höchsten Verbrauchssteuern auf Tabak in der gesamten Union, derzeit 4,99 Euro pro Packung mit 20 Zigaretten, was den Preis für eine Packung auf über 8 Euro ansteigen lässt.

Die Vorteile eines kombinierten Ansatzes aus abschreckender Preis- und Besteuerungspolitik, Rauchverböten, öffentlichen Informationskampagnen und besserem Zugang zu Nikotinersatztherapien für Menschen, die das Rauchen aufgeben möchten, hat zahllose Gesundheitsvorteile und verbessert damit den Gesundheitszustand der gesamten Bevölkerung.

Die Tschechische Republik ist der einzige Mitgliedstaat der EU, der das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen zur Eindämmung des Tabakkonsums noch nicht ratifiziert hat, und das, obwohl Tabak für mehr als eine Million Tote in der EU verantwortlich ist. Könnten Sie, als Präsident unseres Parlaments, die tschechische Ratspräsidentschaft in unser aller Namen bitten, dieses schwere Versäumnis noch vor Ende der Ratspräsidentschaft wieder gut zu machen?

**- Bericht: Maria Martens (A6-0079/2009)**

**Richard Corbett (PSE).** - Herr Präsident! Scheinbar nutzen viele Redner von der anderen Seite die Erklärung zur Abstimmung über verschiedene Berichte, um über die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon zu sprechen. Darin behaupten sie grundlos, dass sich die Menschen gegen den Vertrag von Lissabon ausgesprochen hätten und wir ihnen nicht zuhören wollten.

Einmal abgesehen davon, dass die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon nicht unsere Sache, sondern Sache der Mitgliedstaaten ist, sind solche Aussagen völlig falsch. Ein Mitgliedstaat hat „Nein“ gesagt, wir hören zu, und natürlich müssen wir da hinhören. Die anderen Mitgliedstaaten haben signalisiert, dass sie bereit sind, sich die Gründe für dieses „Nein“ anzuhören, es zu berücksichtigen und auf dieser Basis weiterzuarbeiten. Aber wenn Herr Dover nicht einmal den Unterschied zwischen dem Verfassungsvertrag und dem Vertrag von Lissabon zur Kenntnis nimmt und behauptet, Frankreich und die Niederlande hätten diesen Vertrag

abgelehnt, dann vergisst er ganz praktischerweise alle die Länder zu nennen, die sich in Referenden für eine Unterstützung des Vertrags ausgesprochen haben.

Wir wollen nicht nur eine Seite anhören. Wir möchten beiden Seiten zuhören, die Kluft zwischen ihnen überbrücken und eine für alle Mitgliedstaaten akzeptable Lösung finden. Sie hingegen möchten nur diejenigen zur Kenntnis nehmen, die mit „Nein“ gestimmt haben. Sie sind es, die sich schuldig machen, den Menschen in Europa nicht zuzuhören. Sie sind es, die demokratisch erzielte Ergebnisse nicht akzeptieren, sondern nur solche Ergebnisse, die für sie selbst von Nutzen sind, und nicht die Gesamtsituation aller Mitgliedstaaten.

**- Bericht: Cristiana Muscardini (A6-0054/2009)**

**Marian Harkin (ALDE).** - Herr Präsident! Ich unterstütze Erwägung 5 zu diesem Bericht uneingeschränkt. Ich bin momentan in einen solchen Fall in Irland involviert, wo eine Mutter mit ihren zwei Töchtern aus ihrem Heimatland Nigeria geflohen ist, nachdem ihre älteste Tochter an den Folgen der Genitalverstümmelung bei Frauen gestorben ist. Derzeit liegt dieser Fall beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, und der Gerichtshof hat die irische Regierung aufgefordert, den Fall entweder zu verteidigen oder eine so genannte gütliche Einigung zu erzielen.

Erwägung 5 besagt, dass die Genitalverstümmelung bei Frauen eine Menschenrechtsverletzung darstellt und eine zunehmende Anzahl von Asylanträgen durch Eltern begründet ist mit der Bedrohung, der diese Menschen in ihrem eigenen Land u. U. ausgesetzt sind, weil sie für ihre Tochter die Genitalverstümmelung abgelehnt haben. Ich hoffe, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bei der Urteilsprechung in diesem Fall unsere Erklärung berücksichtigt.

Zuletzt möchte ich noch sagen, dass ich Herrn Corbett zustimme, dass heute sehr viel über Demokratie gesprochen wurde. Aber wenn man sich einmal die Mühe macht und die Zahl der Menschen addiert, die in allen Referenden in Europa über die Verfassung und den Vertrag von Lissabon abgestimmt haben, haben mehr als 27 Millionen Europäer mit „Ja“ votiert und 24 Millionen mit „Nein“. Das ist Demokratie in der Praxis.

**Eleonora Lo Curto (PPE-DE).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich das Wort erhalten habe. Ich möchte meine volle Unterstützung aussprechen für die Aufmerksamkeit, die das Parlament heute solch wichtigen Themen wie dem Recht auf Gesundheit, dem Recht auf sexuelle Identität, dem Recht auf Schutz der geistigen Gesundheit und der körperlichen und geistigen Unversehrtheit von Frauen gewidmet hat. Rechte, die durch solche gynäkophoben Praktiken häufig verletzt werden.

Europa zeichnet sich durch dieses Engagement für Menschenrechte aus, wie wir gerade von meiner Vorrednerin gehört haben. Kinder und Frauen sterben, und zwar wegen solcher Praktiken, die völlig inakzeptabel sind. Europa tut gut daran, sich auf diese Weise zu engagieren und zu zeigen, welche große Verantwortung man übernimmt, indem eine entsprechende Harmonisierung der Gesetze angestrebt wird.

**Kathy Sinnott (IND/DEM).** - Herr Präsident! Ich hätte liebend gerne für den Muscardini-Bericht über die Genitalverstümmelung bei Frauen gestimmt, weil ich bereits seit vielen Jahren ein Verbot dieser barbarischen Praktiken unterstütze und mich auch für den Fall einer Familie einsetze, denen bei einer Rückkehr in ihr Heimatland die Durchführung dieser Praktiken droht.

Doch leider nutzen Kolleginnen und Kollegen, was immer wieder vorkommt, die Notlage verstümmelter Mädchen und Frauen aus, um wieder einmal die Abtreibungsagenda zu unterstützen, indem in diesen Bericht das Mantra der „sexuellen und reproduktiven Rechte“ aufgenommen wird.

*(Es folgt die Korrektur zu Herrn Mitchells Stimmabgabe zu diesem Bericht mit Überlegungen zur endgültigen Formulierung des Texts; seine mündliche Erklärung zur Abstimmung verliert damit ihre Gültigkeit.)*

**- Bericht: Vasco Graça Moura (A6-0092/2009)**

**Milan Gaľa (PPE-DE).** – (SK) Herr Präsident! Ich möchte Herrn Graça Moura, meinem Kollegen aus dem Ausschuss für Kultur und Bildung, für seine Arbeit bei dem Entwurf dieses Berichts danken, den ich in der Abstimmung unterstützt habe. Er betrifft Dokumente, mit denen wir uns bereits zuvor im Europäischen Parlament befasst haben. Die Erweiterung hat zur sprachlichen Vielfalt der EU beigetragen. Heute werden 23 Sprachen und zusätzlich mehr als 60 Dialekte in Regionen oder von Volksgruppen gesprochen.

Globalisierung und Emigration tragen weiter zu der breiten Palette von Sprachen bei, die heute Tag für Tag von Europäern gesprochen werden. Die sprachliche Vielfalt ist daher zweifelsohne eine der charakteristischsten

Eigenschaften der Europäischen Union und hat Einfluss auf das soziale, kulturelle und berufliche Leben seiner Bürger, ebenso wie auf die wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten der Mitgliedstaaten. Die diesbezügliche Kommissionsmitteilung halte ich daher für außerordentlich wichtig. Ich stimme dem Berichterstatter zu, dass die sprachliche und kulturelle Heterogenität der EU einen enormen Wettbewerbsvorteil darstellt und dass wir schulische Programme für Sprachunterricht und kulturellen Austausch klar unterstützen müssen.

**Michl Ebner (PPE-DE).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu dem Graça-Moura-Bericht muss ich sagen, dass unser Kollege ausgezeichnete Arbeit geleistet hat. Ich möchte nur eine Verfahrensfrage zu diesem System ansprechen – Frau Muscardini hat dieses Thema heute bereits erwähnt. Ich hoffe, dass sie unsere Anfragen weiterleiten, damit es nicht länger möglich ist, zwei praktisch identische Berichte zur Abstimmung zu stellen und so den Berichterstatter zu bestrafen. Das ist in diesem Fall passiert, und das ist etwas, was ich mir sicherlich nicht gewünscht habe.

Und genau aus diesem Grund möchte ich erneut die überaus gute Arbeit unseres Kollegen Herrn Graça Moura betonen, auch wenn die andere Entschließung, für die ich ebenfalls gestimmt habe, schließlich angenommen wurde. Meine Stimme war keine Negation des Graça-Moura-Berichts, ganz im Gegenteil.

**Hannu Takkula (ALDE).** – (FI) Herr Präsident! Zunächst möchte ich Herrn Graça Moura für seine ausgezeichnete Arbeit danken. Es hat sich dem Thema der Sprache voll und ganz gewidmet, und es ist absolut richtig, dass Sprache ein Grundrecht ist. Die Sprache ist die Wurzel der persönlichen Identität, und deshalb sollten wir in der Europäischen Union die Mehrsprachigkeit fördern.

Dennoch haben wir anstelle des Originalberichts für eine alternative Entschließung gestimmt. Ich selbst war an der Ausgestaltung der alternativen Entschließung beteiligt, und es wäre vielleicht angebracht, an dieser Stelle zu erläutern, warum wir eine Alternative zur Herrn Graça Mouras höchst lobenswerter Arbeit entworfen haben. Der Grund war, dass wir speziell den Status von Minderheitensprachen garantieren wollen.

In Europa sind wir, wie es so schön heißt, nur so stark wie das schwächste Glied – und das sind die am schlechtesten gestellten Menschen unserer Gesellschaft. Darum müssen wir sicherstellen, dass Minderheiten wie beispielsweise die Samen in meiner Heimat Finnland das Recht behalten, ihre Muttersprache zu verwenden und grundlegende Leistungen in ihrer eigenen Sprache erhalten. Wir müssen Verantwortung für diese Menschen übernehmen, ebenso wie wir es für alle anderen indigenen Völker tun. Daher ist es sehr wichtig, dass die Europäische Union ihren kulturellen Verpflichtungen nachkommt und die Lebensfähigkeit aller Sprachen, auch die von Minderheitensprachen, sicherstellt.

**Frank Vanhecke (NI).** – (NL) Herr Präsident! Auch wenn die alternative Entschließung zur Mehrsprachigkeit in Europa, die schließlich angenommen wurde, erheblich besser war als der uns vorgelegte Originaltext, habe ich nach Beratungen dennoch dagegen gestimmt. Denn letztendlich fordern beide Entschließungen, sowohl die angenommene als auch die ursprüngliche, die Einrichtung einer Europäischen Agentur zur Sprachenvielfalt. Das klingt zunächst gut, und ich würde das im Prinzip auch unterstützen. Aber wenn ich dann weiterlese, muss ich feststellen, dass beispielsweise nichteuropäische Einwanderer ermutigt werden sollen, auch hier ihre Muttersprache zu verwenden, dass das Europäische Parlament sogar fordert, die Muttersprachen ausländischer Minderheiten bzw. aus dem Ausland stammender Minderheiten in den Schulen zu berücksichtigen, und dass die Mitgliedstaaten nicht nur die Verwendung der jeweiligen Herkunftssprachen fördern sollen, sondern auch speziell die Verwendung der Hauptsprache der Einwanderer. Es tut mir leid, aber das ist Wahnsinn. Das wird das Gegenteil von Anpassung und Assimilation bewirken. Das ist genau das Gegenteil dessen, was in allen europäischen Ländern tatsächlich nötig ist.

**Philip Claeys (NI).** – (NL) Herr Präsident! Ich habe ebenfalls gegen den Bericht zur Mehrsprachigkeit gestimmt. Auch wenn ich nach wie vor ein überzeugter Unterstützer der Mehrsprachigkeit bin, enthalten sowohl der ursprüngliche Bericht als auch die schließlich angenommene Änderung eine Reihe von Ideen, deren tatsächliche Umsetzung in die Praxis problematisch ist. Der Bericht fordert beispielsweise, Einwanderer zur weiteren Nutzung ihrer Muttersprache zu ermutigen, was an sich schon ein Problem für viele Mitgliedstaaten darstellt, weil diese Menschen die Sprache ihres Gastlandes nicht ausreichend lernen, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Ein weiteres potenzielles Problem ist die Art, wie im Bericht Mitgliedstaaten mit mehreren offiziellen Sprachen behandelt werden. Sonderfälle wie beispielsweise Belgien müssen berücksichtigt werden, wo jede Region, mit Ausnahme von Brüssel, offiziell einsprachig ist. In Flandern haben wir das Problem einer großen Zahl frankophoner Einwanderer, die sich weigern, sich dem niederländischsprachigen Charakter Flanderns anzupassen. Es kann nicht Aufgabe Europas sein, hier einzugreifen und alle möglichen nicht existierenden Rechte zuzusagen.

**Mario Borghezio (UEN).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich teile viele der zu diesem Bericht geäußerten Bedenken hinsichtlich der Ermutigung zur Weiterverwendung und Entwicklung von Herkunftssprachen durch die Europäische Union – auch wenn der grundlegende Ansatz des Berichts Aufmerksamkeit und Unterstützung verdient. Und zwar weil wir heute, in Anbetracht dieser legitim zur Sprache gebrachten Probleme, einem noch größeren Risiko ausgesetzt sind, und zwar dass es zum Aussterben europäischer Sprachen kommt, weil wir, in diesem Haus und anderswo, gezwungen sind, ein standardisiertes Englisch zu sprechen und zu schreiben. Das ist ein ernstzunehmendes Risiko, das einmal zur Sprache gebracht werden muss.

Wir dürfen die Rechte lokaler Sprachen nicht vernachlässigen. Landessprachen sterben aus. Sie können sich nur schwer Gehör verschaffen, lokale Sprachen verschwinden auf wirklich schändliche Weise, wo sie doch eigentlich geschützt werden sollten. So ist es beispielsweise in Italien durch die Föderalismusreform der Fall, die wir planen und umsetzen wollen.

Tut die Europäische Union wirklich alles, um lokale Sprachen zu schützen? Eben hat Frau Lo Curto gesprochen. Es wäre doch schön, sie auch einmal in der wunderbaren sardischen Sprache zu hören, denn ich bin sicher, dass sie sie spricht. Ich selbst würde gerne einmal Piemontesisch sprechen, aber in der Bibliothek unseres Parlaments finden sich keine kulturellen Dokumente, Magazine etc. zu lokalen Sprachen und Sprachen einer kulturellen Identität.

Daher: Bevor wir uns in Europa Sorgen darüber machen, wie man sich vor der Standardisierung von Drittlandsprachen schützen kann, sollten wir uns Gedanken um unsere eigenen Minderheitensprachen und lokalen Sprachen machen.

**Eleonora Lo Curto (PPE-DE).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Borghezio! Ich bin Sizilianerin, und Sizilien ist Wiege und Heimat einer großen Zivilisation und einer großen Geschichte, und wir hoffen, dass es für sich selbst eine Zukunft wird schmieden können, die mit Unabhängigkeit beginnt. Und daher kann ich natürlich der Forderung nach mehr Aufmerksamkeit für die Muttersprachen nur zustimmen, die wir mehr und mehr zu sprechen lernen sollten und die wir, vor allem, auch an unsere Kinder weiterzugeben lernen sollten.

Vor allem denke ich hier an die Geschichte der Einwanderung in Italien, aber auch in anderen Ländern, die dazu führt (oder Gefahr läuft, dies zu tun), dass sich die neuen Generationen von Sizilianern – oder Venezianern, Sarden und zahllosen anderen in Europa, die in der Vergangenheit ähnliche Prozesse durchgemacht haben – nicht mehr erinnern und nicht mehr Sizilianisch – oder eben Venezianisch, Sardisch usw. – sprechen.

Damit dieses großartige institutionelle Forum Europas auch die Wiege einer solchen Vielfalt und solcher autonomer Identitäten wird, wie ich sie mir für das Europa der Regionen erhoffe, das wir in der Zukunft feiern sollten, fordere ich, Herr Präsident, dass mehr und mehr Menschen auch durch die Nutzung unserer Sprachen in den Vordergrund treten.

**Avril Doyle (PPE-DE).** – Herr Präsident! Ich habe mich bei diesem Bericht aus zwei Gründen enthalten, auch wenn ich dem Titel „Mehrsprachigkeit: Trumpfkarte Europas, aber auch gemeinsame Verpflichtung“ voll und ganz zustimme.

Wir haben heute gehört, dass sich der Bericht mit „bestimmten nationalen Streitigkeiten in Spanien“ befasst. Ich bin sehr skeptisch was die Verwendung einer Debatte zum Thema Mehrsprachigkeit und der Förderung von Sprachen als eine Art Vorwand oder Stellvertreterdiskussion oder politisches Druckmittel für diverse nationale Themen in unseren Mitgliedstaaten betrifft. Aber genau das scheint mit einem Teil der Debatte zu diesem Thema im Ausschuss und hier geschehen zu sein.

Ich greife die Rechte der Sprecher von Minderheitensprachen in keinsten Weise an. Ganz im Gegenteil, ich verteidige sie von ganzem Herzen und bin überzeugt davon, dass wir die Rechte unserer EU-Bürger schützen müssen, deren erste Sprache eine Minderheitensprache ist. Es muss für diese Sprachen einen Platz im Europäischen Parlament geben, aber nicht zwangsläufig als Arbeitssprachen, insbesondere, wenn die betreffenden Personen auch fließend Englisch sprechen, wie es hier der Fall ist. Der Beitrag zu wichtigen Debatten, beispielsweise im Plenum und in Ausschüssen, in einer Minderheitensprache, die passiv in weitere 20 Sprachen übertragen werden muss, beeinträchtigt den gesamten Prozess einer demokratischen Debatte durch den Verlust von Feinheiten bei der Übersetzung und möglicherweise sogar durch Missverständnisse. Unser demokratisches Mandat hier ist es, so vielen Menschen wie möglich unseren Standpunkt zu vermitteln;

von der Schwierigkeit, eine ausreichende Anzahl entsprechend qualifizierter Dolmetscher und Übersetzer zu bekommen, einmal ganz abgesehen. Aus diesen beiden Gründen habe ich mich der Stimme enthalten.

**- Bericht: Lambert van Nistelrooij (A6-0083/2009)**

**Michl Ebner (PPE-DE).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte sagen, dass ich für den Van-Nistelrooij-Bericht gestimmt habe. Aber ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen, um den wenigen noch verbliebenen Zuschauern zu sagen, dass wenn diejenigen Abgeordneten in diesem Haus, die die Europäische Union und ihre Verfahrensweise heute so rundweg kritisiert haben, deutlich objektivere Informationen bereitstellen müssten, statt in der gesamten Europäischen Union und ihren Wahlkreisen schlecht über die Union zu sprechen, dies ganz zweifelsohne eine völlig andere Atmosphäre schaffen würde.

Was den Van-Nistelrooij-Bericht betrifft, basiert die Kohäsionspolitik auf diesem Prinzip, um Solidarität und Kooperation zu schaffen. Vor allem glaube ich, dass in diesen Krisenzeiten die europäischen Regionen – nicht nur die Staaten, sondern auch die Regionen – zusammenarbeiten, ihre Positionen stärken und die Lebensqualität ihrer Einwohner verbessern sollten. Aus genau diesem Grund hat der Van-Nistelrooij-Bericht meine Zustimmung verdient.

**Rumiana Jeleva (PPE-DE).** – (BG) Ich habe für den Bericht über den territorialen Zusammenhalt gestimmt, weil ich fest davon überzeugt bin, dass dieses Konzept weiterentwickelt werden muss und als horizontales Prinzip der gesamten Politik und allen Maßnahmen der Gemeinschaft zugrunde liegen sollte.

In der heutigen Debatte zur Kohäsionspolitik haben wir für den nächsten Programmplanungszeitraum eine deutlich stärkere direkte Einbindung der regionalen und lokalen Behörden in die Planung und Umsetzung der betreffenden Programme gefordert. Die gesamte Politik der Europäischen Union, und speziell die Kohäsionspolitik, haben aus einem oftmals zentralisierten System ein zunehmend integriertes, vielschichtiges System der Politikgestaltung gemacht.

Daher denke ich, dass die Mitgliedstaaten ermutigt werden müssen, ein System der territorialen Politikgestaltung mit einem integrierten „Bottom-Up“-Ansatz zu schaffen, das zugleich auch eine aktivere Beteiligung der Zivilbevölkerung zulässt. Ich bitte die Mitgliedstaaten daher dringend, sich darüber Gedanken zu machen, wie eine Konsolidierung erreicht und das Konzept des territorialen Zusammenhalts in ihren nationalen Programmen und politischen Maßnahmen besser umgesetzt werden kann.

In diesem Zusammenhang glaube ich, dass die grundlegenden Prinzipien einer koordinierten Entwicklung und einer Partnerschaft zwischen Stadt und Land besonders wichtig sind und unbedingt beachtet werden müssen.

**Marusya Ivanova Lyubcheva (PSE).** – (BG) Ich habe den Bericht über den territorialen Zusammenhalt deshalb unterstützt, weil diese Politik für jede Region in der Europäischen Union von größter Bedeutung ist.

Die Mittel aus den Kohäsionsfonds, zusammen mit nationalen Mitteln, erlauben es, selbst ärmsten Regionen zu einer guten Entwicklung zu verhelfen und sie mit den entwickelten Regionen auf ein Niveau zu bringen. Dies ist für mein Heimatland Bulgarien von größter Bedeutung. Es ist auch wichtig, dass während der Planungsphase alle Mittel gerecht verteilt werden und das Prinzip der Kohäsion bei allen Schwerpunktpolitiken der Europäischen Union Anwendung findet.

Unter Berücksichtigung aller Faktoren, die Einfluss auf eine ausgewogene regionale und soziale Entwicklung haben, müssen wir die geeignetsten Mechanismen finden, die es uns erlauben, neuen Mitgliedstaaten mit einem geringeren Entwicklungsstand die Möglichkeit zum Aufholen zu geben.

Wir benötigen während der Planungsphase klare Kriterien, damit nicht einzelne Länder bestraft werden. Denn unangemessene und ineffektive Zuweisungen in der Planungsphase können die Lebensqualität der Bürger beeinträchtigen.

**Marian Harkin (ALDE).** - Herr Präsident! Ich möchte Herrn van Nistelrooij zu seinem Bericht gratulieren. Insbesondere möchte ich Absatz 42 unterstützen, in der die Schaffung echter Partnerschaften zwischen allen an der regionalen und lokalen Entwicklung beteiligten Parteien auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene gefordert wird.

Das ist eine Grundvoraussetzung für territorialen Zusammenhalt. Immer wieder wurde gezeigt, dass die Beteiligung lokaler Entwicklungsgruppen und NRO bei der Verfolgung der regionalen Entwicklung und des territorialen Zusammenhalts echten wirtschaftlichen und sozialen Nutzen bringt. In Anbetracht der Tatsache,

dass wir noch keinen territorialen Zusammenhalt zwischen unseren Regionen erreicht haben, ist die Einrichtung und Förderung solcher Partnerschaften ganz entscheidend.

**- Bericht: Miroslav Mikolášik (A6-0108/2009)**

**Marian Harkin (ALDE).** - Herr Präsident! Ich möchte Absatz 22 unterstützen, in der – wie im Van-Nistelrooij-Bericht – die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, das Partnerschaftsprinzip in ihren Programmen für den aktuellen Planungszeitraum in Übereinstimmung mit Artikel 11 der Allgemeinen Verordnung des EFRE, dem ESF und den Kohäsionsfonds zu unterstützen.

Wir im Parlament schreiben diese Verordnungen, aber ihre Umsetzung ist Sache der Mitgliedstaaten, und es liegt bei der Kommission, diese Umsetzung zu überwachen. Ein kürzlich erstellter Bericht zur Beteiligung von NRO und anderen an der Entwicklung, Umsetzung und Überwachung der Strukturfonds in den neuen Mitgliedstaaten beteiligten Parteien trägt den Titel „The Illusion of Inclusion“ (Die Illusion der Einbeziehung). Ich finde, dieser Titel sagt bereits alles. Die Mitgliedstaaten und die Kommission werden ihrer Verantwortung nicht gerecht. Wir hier im Parlament müssen darauf bestehen, dass sie es endlich tun.

**- Bericht: Zsolt László Becsey (A6-0041/2009)**

**Zuzana Roithová (PPE-DE).** – (CS) Ich habe für die Berichte der Kolleginnen und Kollegen gestimmt, in denen die Hindernisse zur Erfüllung der Kohäsionspolitik kritisiert werden. Insbesondere möchte ich hier den Krehl-Bericht nennen. Zu der heutigen Diskussion möchte ich mit dem Hinweis beitragen, dass die Kolleginnen und Kollegen noch nicht erwähnt haben, dass wir vor zwei Wochen ein Rettungspaket angenommen haben. Nämlich das Paket, das von der tschechischen Präsidentschaft und der Kommission geschnürt wurde. Unter dem Druck des Europäischen Parlaments hat die Kommission außerdem klare Vorschläge zur Vereinfachung der Verwaltung erarbeitet. Insbesondere hat sie ein hohes Maß an Flexibilität eingeführt, das es nun jedem ermöglicht, der Gelder aus den Strukturfonds abrufen, Mittel zwischen Programmen zu übertragen und diese Mittel sogar zur Absicherung von Darlehen zu verwenden, was besonders für neue Mitgliedstaaten wichtig ist. Der nächste Bericht in diesem Paket, der sich mit dem Thema der Kleinstkredite befasst, unterstützt dies natürlich weiter. Ich bedauere es lediglich, dass wir bislang noch keine klaren Richtlinien für eine Harmonisierung der Verordnungen zur Nutzung von Kleinstkrediten haben, was besonders für Kleinunternehmer und lokale Behörden hilfreich wäre.

**Marian Harkin (ALDE).** - Herr Präsident! Ich befürworte ganz besonders diesen Bericht, die Erwähnung der Kreditgenossenschaften und die Anerkennung ihres Beitrags zum Angebot von Kleinstkrediten. Als nicht gewinnorientierte Organisationen spielen die Kreditgenossenschaften bei der Bereitstellung von Kleinstkrediten für Personen, die von anderen Finanzinstitutionen keine Kredite erhalten würden, eine besondere Rolle. Mir ist bekannt, dass Kreditgenossenschaften nicht in allen europäischen Ländern stark sind, aber sie sind es in vielen, und ihre Reserven belaufen sich auf über 40 Milliarden Euro. Weltweit verfügen die Kreditgenossenschaften über Reserven in Höhe von mehr als 1,1 Billionen US-Dollar, und sie haben weltweit annähernd 180 Millionen Mitglieder.

In einer Zeit, in der viele Menschen das Vertrauen in Bankinstitute verlieren, sind nicht gewinnorientierte Finanzinstitute eine sinnvolle Alternative, die unsere Unterstützung verdient. Insbesondere müssen sie in das JASMINE-Programm aufgenommen werden, damit sie als Anbieter von Mikrofinanzierungen Zugang zu unterstützenden Leistungen für Unternehmen haben, wie beispielsweise Mentoring, Schulungs- und Beratungsleistungen, Finanzierungen und Ausbildung.

Abschließend noch eine Klarstellung zum Muscardini-Bericht: Ich glaube, wir haben für Änderungsantrag 1 gestimmt und er wurde auch angenommen, wo der Begriff „sexuelle und reproduktive Rechte“ zu „sexuelle und reproduktive Gesundheit“ geändert wurde. In diesem Zusammenhang bin ich mir nicht sicher, ob ich mit meinen irischen Kolleginnen und Kollegen übereinstimme, die vorhin zu diesem Thema gesprochen haben.

**Der Präsident.** – Herr Kamall, Sie sehen, Sie sind momentan der einzige hier im Haus!

**Syed Kamall (PPE-DE).** - Herr Präsident! Lassen Sie mich zunächst Ihnen und allen Dolmetschern für Ihre Geduld während dieser sehr langen Erklärung zur Abstimmung danken.

Ich denke, im Parlament herrscht Einigkeit über den Nutzen von Kleinstkrediten; das ist eines der Themen, bei denen sich die linke und die rechte Seite im Parlament einig sind.

Lassen Sie mich an dieser Stelle insbesondere zwei Organisationen Tribut zollen. Die erste ist Opportunity International unter der Leitung eines ehemaligen Zentralbankpräsidenten eines afrikanischen Landes, die einen professionellen Ansatz in das Thema Kleinstkredite bringt, was in der Vergangenheit oftmals sträflich vernachlässigt wurde. Die zweite ist eine Organisation mit ihrer hervorragenden Website [www.kiva.org](http://www.kiva.org). Dort können Menschen selbst so kleine Beträge wie 25 US-Dollar verleihen, die dann zu größeren Kleinstkrediten für Unternehmer weltweit, insbesondere in Entwicklungsländern, zusammengefasst werden, und die diesen die Möglichkeit geben, vor Ort Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen.

In diesem Zusammenhang möchte ich speziell auf einen Punkt hinweisen, nämlich dass wir sicherstellen müssen, dass Regierungen auf lokaler, nationaler oder europäischer Ebene die kleinen, gemeinschaftlich geführten oder privaten Anbieter von Kleinstkrediten nicht verdrängen. Mir sind Fälle in meinem Wahlkreis in London bekannt, wo gemeinschaftlich geführte Organisationen von lokalen Behörden verdrängt wurden.

Alles in allem bin ich jedoch der Ansicht, dass wir darin übereinstimmen, dass Kleinstkredite eine großartige Möglichkeit sind, um Unternehmern in ärmeren Ländern zu helfen.

#### *Schriftliche Stimmerklärungen*

##### **- Bericht: Paolo Costa (A6-0071/2009)**

**Bogusław Liberadzki (PSE), schriftlich.** – (PL) Ich habe für die Annahme des Berichts über den Vorschlag eines Ratsbeschlusses zum Abschluss eines Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung von Nepal zu Luftverkehrsdiensten gestimmt.

Ich stimme mit dem Vorschlag des Berichterstatters überein, dieses Abkommen abzuschließen.

Ich bin der Ansicht, dass die Änderungen zur Bezeichnungsklausel, der Besteuerung von Flugbenzin und der Preisgestaltung unter Berücksichtigung bestehender bilateraler Abkommen gerechtfertigt sind.

Ich hoffe, dass gegenseitiges Vertrauen in die Systeme der jeweils anderen Partei die Realisierung dieses Abkommens fördern wird.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Ich habe für den Bericht von Herrn Costa zum Abkommen EG/Nepal über Luftverkehrsdienste gestimmt.

Ich stimme mit dem Berichterstatter darin überein, dass die von den Luftverkehrsgesellschaften zu erhebenden Gebühren, die von Nepal für die rein innereuropäische Beförderung von Personen und Waren festgelegt wurden, der Gesetzgebung der Europäischen Gemeinschaft unterliegen sollten. Außerdem bin ich für die Besteuerung von Flugbenzin für den Flugbetrieb auf dem Gebiet der Gemeinschaft.

##### **- Bericht: Geringer de Oedenberg (A6-0130/2009)**

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Ich habe für den Bericht von Frau Geringer de Oedenberg zu land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern gestimmt.

In der Tat stimme ich mit dem Vorschlag der Kommission nach einer Neufassung der geltenden Gesetzestexte einschließlich der technischen Anpassungen überein.

##### **- Bericht: Geringer de Oedenberg (A6-0129/2009)**

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Ich habe für den Bericht von Frau Geringer de Oedenberg zu einem gemeinschaftlichen System der Zollbefreiungen gestimmt.

Ich stimme dem Vorschlag nach einer Neufassung der geltenden Gesetzgebung zu, um sicherzustellen, dass die Rechtsvorschriften der Gemeinschaft angemessen vereinfacht und klar konzipiert werden.

##### **- Bericht: Sirpa Pietikäinen (A6-0119/2009)**

**Šarūnas Birutis (ALDE), schriftlich.** – (LT) In Anbetracht der zunehmenden Komplexität der Finanzmärkte und insbesondere wegen der Finanzkrise benötigen wir eine optimierte Erfassung statistischer Daten. Zuverlässigkeit und Zeitnähe der Daten sollten Eckpfeiler der geänderten Verordnung sein. Die Berichterstatterin vertritt die Ansicht, dass die zeitnahe Erfassung statistischer Daten von größter Bedeutung ist. Daher sollten das Europäische Zentralbanksystem und das Europäische Statistische System soweit erforderlich Daten auf monatlicher Basis erfassen. So lässt sich die Qualität der Statistiken verbessern und

ihre Nutzbarkeit optimieren, insbesondere im Hinblick auf die Überwachung des Finanzdienstleistungssektors. Ich stimme mit dem Vorschlag der Europäischen Zentralbank überein, die Verordnung des Rates zur Erfassung statistischer Daten durch das Europäische Zentralbanksystem teilweise abzuändern, um die Effizienz der Datenerfassung zu erhöhen. Gleichzeitig würde die geltende Verordnung so an die Entwicklungen auf den Finanzmärkten angepasst.

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Ich möchte mich bei der Abstimmung über den Bericht von Frau Pietikäinen zur Erfassung statistischer Daten durch die Europäische Zentralbank der Stimme enthalten. Ich stimme dem betreffenden Bericht nur teilweise zu, da ich der Ansicht bin, dass er einige kritische Punkte enthält, derentwegen ich mich nicht vollständig positiv dazu äußern kann.

– **Bericht: Alexander Graf Lambsdorff (A6-0132/2009)**

**Philip Claeys (NI)**, *schriftlich*. – (NL) Ich habe gegen den Bericht von Herrn Lambsdorff gestimmt, da darin nicht klargestellt wird, dass sich die Mitgliedstaaten der EU aus dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen am besten heraushalten würden, sofern bestimmt inakzeptable Passagen des Ergebnisdokuments der Durban-Überprüfungskonferenz erhalten bleiben. Es muss ein für alle Mal klargestellt werden, dass sich Europa von islamischen Theokratien und anderen (Semi-)Diktaturen keine Lektion über die Menschenrechte erteilen lassen muss.

**Glyn Ford (PSE)**, *schriftlich*. – Während ich den Großteil des Berichts von Herrn Lambsdorff zu den Prioritäten der EU für die 64. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen begrüße, habe ich ein Problem mit seiner Forderung nach nur einem Sitz für die Europäische Union im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu diesem Zeitpunkt. Ich befürworte eine Reform des Sicherheitsrats, um die neuen globalen politischen Realitäten anzuerkennen – Japan, Deutschland, Indien und Brasilien sind gute Beispiele für eine Mitgliedschaft, und es wäre ungerecht, eine Vertretung Afrikas nicht zuzulassen. Aber die Frage, ob die EU nur einen Sitz erhält, sollte am Ende des Verhandlungsprozesses stehen und nicht an dessen Anfang, selbst wenn eine gewisse Logik darin liegt. Daher habe ich es als angemessen betrachtet, mich der Stimme zu diesem Bericht zu enthalten.

**Neena Gill (PSE)**, *schriftlich*. – Herr Präsident! Ich habe mich der Stimme zu diesem Bericht enthalten, da ich glaube, dass die VN dringend einer Überprüfung und Reform bedarf. Es macht wenig Sinn, einen Sitz der EU im Sicherheitsrat zu diskutieren, wenn das gesamte Repräsentationssystem in Frage steht.

Wo ist insbesondere Asien im Sicherheitsrat vertreten? Derzeit wird der gesamte Kontinent nur durch China repräsentiert, ein nichtdemokratisches Land mit einer erschreckenden Menschenrechtslage. Wo ist der Ruf nach einem Sitz für Indien, dessen Bevölkerungszahl sich rasch derjenigen Chinas annähert, und dessen politische, wirtschaftliche und strategische Macht regional und global gleichermaßen bedeutend ist?

Bevor wir uns über die Stimme der EU in den VN Gedanken machen, müssen wir uns die Frage stellen, wie sich die derzeitigen VN verbessern lassen. Eine angemessene Repräsentation der weltgrößten Demokratie im Sicherheitsrat wäre ein großer Schritt in die richtige Richtung.

**Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM)**, *schriftlich*. – (SV) Das Prinzip „Ein Staat, eine Stimme“ ist einer der Grundbausteine der Zusammenarbeit innerhalb der Vereinten Nationen, und das sollte es unserer Ansicht nach auch bleiben. Wir halten es daher für sehr unglücklich, dass das Europäische Parlament für die Zukunft nur einen Sitz der EU im VN-Sicherheitsrat anstrebt. Es ist völlig selbstverständlich, dass die schwedische Außenpolitik anders ist als die polnische, die sich wiederum von der griechischen unterscheidet. Andererseits können sich gleichgesinnte Länder zusammentun, wenn sie dies wünschen.

Trotzdem enthält der Bericht einige positive Elemente, insbesondere im Hinblick auf die Forderung nach einer Einhaltung der Menschenrechte und dem internationalen humanitären Recht. Wir halten diese Formulierungen für so entscheidend, dass wir uns entschieden haben, diesen Bericht trotz seiner Defizite in anderen Bereichen zu unterstützen.

**Richard Howitt (PSE)**, *schriftlich*. – Die europäischen Abgeordneten der Labour-Partei unterstützen voll die Arbeit der Generalversammlung der Vereinten Nationen und die positive Rolle, die sie in einer friedlichen und positiven internationalen Zusammenarbeit spielen muss. Insbesondere unterstützen wir innerhalb dieser Entschließung den Schwerpunkt auf der Verstärkung der positiven Zusammenarbeit zum Thema Menschenrechte, einer positiven VN-Reform, der Nichtverbreitung von Kernwaffen und der Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele.



Dennoch haben wir für eine Enthaltung zu dieser Entschließung gestimmt, da wir, obwohl wir viele der in ihr genannten Punkte unterstützen, die darin enthaltene Forderung nach nur einem Sitz der Europäischen Union im VN-Sicherheitsrat nicht unterstützen konnten. In der UN-Charta ist kein regionaler Sitz im Sicherheitsrat vorgesehen. Europa ist kein Mitgliedstaat der Vereinten Nationen, und gemäß UN-Charta können nur Staaten Mitglied der Vereinten Nationen sein.

**Alexandru Nazare (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Der Bericht von Herrn Lambsdorff leistet einen wichtigen Beitrag zur Beteiligung der Europäischen Union an den Aktivitäten und der Umgestaltung der Vereinten Nationen. Deshalb unterstütze ich ihn gerne.

Die Empfehlungen in diesem Bericht bekräftigen die bestehenden Bedenken der meisten EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich der Hauptaspekte der globalen Politik, während Themen, die für Rumänien und die PPE-DE-Fraktion von Interesse sind, immer wieder überzeugend genannt werden.

Beispielsweise fordern uns die Grundwerte der EU, dem Prinzip der Schutzverantwortung eine besondere Bedeutung beizumessen. Zudem begreifen meine Partei und die übrigen Mitglieder der PPE-DE-Fraktion die Menschenrechte als einen Grundstein unserer außenpolitischen Aktivitäten und als einen der wichtigsten Kanäle, um unseren Ansichten auf globaler Ebene Ausdruck zu verleihen. Es freut mich, dass diese Punkte in den Empfehlungen umfassend angesprochen werden. Um den in diesen Bereichen bisher erzielten Fortschritt zu konsolidieren, müssen wir auch die menschliche Sicherheit fördern – nicht nur in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, sondern auch die „harte“ Sicherheit.

Last but not least, ist die Funktionsfähigkeit dieser Organisation für alle diejenigen unter uns wichtig, die sich einen durchsetzungsfähigen und effizienten multilateralen Mechanismus wünschen, der diese Werte fördert.

Weil der Bericht und die Empfehlungen von Herrn Lambsdorff diese und andere Themen berühren, die für die Bürger Europas von Interesse sind, bedeuten sie einen Schritt nach vorn; deshalb stimme ich dafür.

**Toomas Savi (ALDE), schriftlich.** – Ich habe für den Bericht von Alexander Graf Lambsdorff mit einem Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zu den Prioritäten der EU für die 64. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen gestimmt. Die europäische Union muss einstimmig handeln, um einen Einfluss auf die Entscheidungen und Verpflichtungen zu haben, die im September 2009 bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen eingegangen werden.

Als Mitglied des Entwicklungsausschusses möchte ich darauf hinweisen, wie wichtig ein Fortschritt hin zu den Millenniums-Entwicklungszielen ist. Die europäische Union muss eine Führungsrolle in den VN übernehmen um sicherzustellen, dass unsere Versprechen an die Entwicklungsländer, die am meisten unter der aktuellen Wirtschaftskrise leiden, eingehalten werden; denn momentan stehen unsere Taten leider hinter unseren Versprechen zurück.

Ohne Zweifel hat die Krise fast alle Länder getroffen. Aber besonders in so schwierigen Zeiten wie jetzt müssen alle entwickelten Länder gemeinsam agieren und über die engen nationalen Interessen hinausblicken, da das Leben von Millionen von Menschen buchstäblich abhängig ist von unseren Taten und unserem zukünftigen Handeln.

Die Probleme zum jetzigen Zeitpunkt zu ignorieren, könnte katastrophale Folgen haben; es könnte sogar sein, dass wir in der Zukunft keine Gelegenheit mehr haben werden, sie zu lösen.

**Kathy Sinnott (IND/DEM), schriftlich.** – Ich wollte für diesen Bericht zu den Prioritäten der EU für die 64. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen stimmen, weil viele dieser Prioritäten gerechtfertigt sind und unterstützt und sogar gefördert werden sollten. Leider haben Kolleginnen und Kollegen in die Liste der Prioritäten die „sexuellen und reproduktiven Rechte“ aufgenommen, und ich kann und werde keinesfalls die Tötung anderer menschlicher Wesen dulden, in diesem Fall die von Babys vor ihrer Geburt.

**Geoffrey Van Orden (PPE-DE), schriftlich.** – Während ich die Anstrengungen hin zu einer koordinierten Position der westlichen Demokratien in den VN unterstütze und mich lange für eine institutionelle Reform der VN-Strukturen eingesetzt habe, akzeptiere ich nicht, dass die EU in unser aller Namen handeln soll. Unter keinen Umständen sollten einzelne Mitglieder der VN – und erst recht nicht Mitglieder des Sicherheitsrates – es zulassen, dass sich die EU deren Recht zum Vertreten ihrer eigenen Meinung aneignet. Ich lehne das Ziel „eines EU-Sitzes im Sicherheitsrat“ ab. Daher habe ich mich aus Prinzip – und ohne in irgendeiner Weise VN-Initiativen wie die Millenniums-Entwicklungsziele oder das Konzept der „Schutzverantwortung“ abzulehnen – bei der Abstimmung zu diesem Bericht enthalten.

– Bericht: Maria Martens (A6-0079/2009)

**John Attard-Montalto (PSE)**, *schriftlich*. – Eine der größten Herausforderungen für die Europäische Union ist die illegale oder irreguläre Immigration. Ich war stets überzeugt davon, dass Lösungen nur dann angeboten werden können, wenn sich beide Seiten als Partner verstehen. In Anbetracht der Not der Migranten, die das Mittelmeer überqueren, müssen Europa und die nordafrikanischen Staaten (Maghreb) gemeinsam handeln. Malta setzt sich bereits seit den 1970er Jahren für diesen Ansatz ein, aber damals hatte die Mehrzahl der europäischen Spitzenpolitiker noch nicht den nötigen Weitblick. Jetzt erleben wir einen Exodus biblischen Ausmaßes, und Europa wird plötzlich mit der Realität konfrontiert.

**Alessandro Battilocchio (PSE)**, *schriftlich*. – (IT) Ich habe für den Bericht von Frau Martens gestimmt.

Angesichts der im Jahr 2007 angenommenen gemeinsamen Strategie, welche die Einführung eines stärker bilateralen Ansatzes, der die EU und Afrika eher auf eine Stufe stellt, stimme ich der Wichtigkeit einer solchen Strategie zu. Ziel ist es, Dialog und Kooperation hinauszuführen: „hinaus über die Entwicklung“, „hinaus über Afrika“ und „hinaus über Institutionen“ – und zwar durch eine stärkere Kooperation zwischen der EU und Afrika innerhalb von internationalen Körperschaften und in multilateralen Verhandlungen, zu Themen wie den Menschenrechten und dem Klimawandel.

Ich stimme zu, dass die Europäische Union und Afrika darauf hinarbeiten sollten, internationale Institutionen wie die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und die Welthandelsorganisation demokratischer und repräsentativer zu gestalten und so sicherzustellen, dass Afrika einen seiner Größe angemessenen Einfluss bekommt.

In dem Bericht werden vier Bereiche genannt, in denen effektive Ergebnisse besonders wichtig sind für den Erfolg der gemeinsamen Strategie: Frieden und Sicherheit, politische Führung im weitesten Sinne, Handelsthemen, regionale Wirtschaftsgemeinschaften und Kapitalflucht sowie zentrale Entwicklungsthemen wie Gesundheit und Bildung.

Auch die Forderung nach einem spezifischen Finanzinstrument zur Umsetzung der gemeinsamen Strategie, in dem alle vorhandenen Finanzierungsquellen klar, vorhersehbar und programmierbar zentralisiert werden, unterstütze ich.

**Koenraad Dillen (NI)**, *schriftlich*. – (NL) Ich habe gegen den Bericht von Frau Martens gestimmt, obwohl er viele vernünftige und akzeptable Punkte enthält und vergleichsweise objektiv ist. Es ist aber mehr als bedauerlich, wenn ein Bericht zur Partnerschaft Afrika-EU das Problem der illegalen Immigration mit keinem Wort erwähnt; ein Problem, das für Europa und Afrika gleichermaßen drückend ist, das eine Abwanderung von Fachkräften aus Afrika bewirkt und viele soziale Probleme in Europa nach sich zieht. Zudem zeigt dieser Bericht mit seiner Forderung nach dem Prinzip der Blauen Karte EU, um einer Abwanderung von Fachkräften aus Sektoren entgegenzuwirken, wo sie in Afrika gebraucht werden, einen hohen Grad an Naivität. Mit keinem Wort geht der Bericht darauf ein, wie dieses Problem in der Realität vermindert werden kann.

**Edite Estrela (PSE)**, *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Martens-Bericht „Ein Jahr nach Lissabon: Umsetzung der Partnerschaft Afrika-EU“ gestimmt, da er erneut auf die Notwendigkeit einer Stärkung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Afrika hinweist, insbesondere im Kontext der derzeitigen globalen wirtschaftlichen Instabilität.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass der EU-Afrika-Gipfel in Lissabon im Jahr 2007 hauptsächlich auf der Arbeit der Portugiesischen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union zurückzuführen war. Dennoch liegt noch ein langer Weg zur Entwicklung der gemeinsamen Strategie vor uns, die damals skizziert wurde, insbesondere in den Bereichen Frieden, Sicherheit, Politikgestaltung, Menschenrechte, regionale Integration, Gesundheit und Bildung.

Die Europäische Union muss ein spezifisches Finanzinstrument zur Umsetzung der gemeinsamen Strategie und zur sinnvollen Einbindung der Zivilgesellschaft schaffen.

**Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM)**, *schriftlich*. – (SV) Die Berichterstatterin zeichnet ein im Wesentlichen präzises Bild der zahlreichen Herausforderungen Afrikas. Zweifellos richtig ist auch ihre Beschreibung der Bedeutung, die internationalen Bemühungen und internationaler Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Armut, dem Fehlen eines Gesundheitswesens und den Folgen des globalen wirtschaftlichen Abschwungs beigemessen werden kann.

Allerdings ergeht sich die Berichterstatterin in ausführlicher Propaganda für eine größere Rolle des Europäischen Parlaments in den Beziehungen zwischen Afrika und der EU. Ohne jegliche objektive Argumente wird beispielsweise vorgeschlagen, dass dem Präsidenten des Europäischen Parlaments gestattet werden sollte, den Treffen zwischen Vertretern afrikanischer Regierungen und der Europäischen Kommission und/oder dem Rat beizuwohnen. Außerdem wünscht sich die Berichterstatterin, dass das Europäische Parlament eine größere Verantwortung für Struktur und Funktion des Europäischen Entwicklungsfonds übernimmt. Wir halten eine solche Entwicklung für extrem ungünstlich. Daher haben wir gegen den Bericht als Ganzes gestimmt.

**David Martin (PSE)**, *schriftlich*. – Ich unterstütze diesen Bericht, der die Effizienz der Partnerschaft Afrika-EU behandelt. In dem Bericht wird festgestellt, dass für die Umsetzung der Gemeinsamen Strategie nur wenige neue Mittel zur Verfügung gestellt wurden, und es wird die Schaffung eines spezifischen Finanzinstruments zur Zentralisierung aller vorhandenen Finanzierungsquellen in einer klaren, vorhersehbaren und programmierbaren Weise gefordert.

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Ich habe gegen den Bericht von Frau Martens zur Partnerschaft Afrika-EU votiert.

Ich stimme dem darin enthaltenen Ansatz nicht zu, da er oftmals ungeeignet ist, um die Bedürfnisse auf afrikanischer Seite, sowohl der Institutionen als auch des privaten Sektors, zu erfüllen. Zudem sind in diesem Zusammenhang größere Anstrengungen von Seiten der afrikanischen Parteien erforderlich, damit sichergestellt ist, dass ein breiter Teil der Zivilgesellschaft wirklich in die Implementierung der partnerschaftlichen Vereinbarungen eingebunden ist.

Die bislang in die Praxis umgesetzte Partnerschaftsstrategie hat nur mäßige Ergebnisse erbracht, die weit hinter den Erwartungen und den gesetzten Zielen zurückgeblieben sind. Da der erste Aktionsplan bereits 2010 endet, glaube ich nicht, dass es gelingen wird, diese Ziele zu erreichen. Ich wiederhole, dass ich aus diesen Gründen den Bericht ablehne.

**Geoffrey Van Orden (PPE-DE)**, *schriftlich*. – Eine verantwortungsvolle Politikgestaltung ist elementar für den wirtschaftlichen Fortschritt und das Wohl der Menschen in Afrika und sollte oberste Priorität haben. Es ist schade, dass der Bericht diesem Thema nur so wenig Aufmerksamkeit widmet und es in einer Weise behandelt, die nur ein übermäßiges Zartgefühl gegenüber afrikanischen Regimes zeigt. Mit keinem Wort wird erwähnt, dass die meisten afrikanischen Regierungen das Mugabe-Regime in Simbabwe, mit all der Verwüstung, die es den Menschen in Simbabwe gebracht hat, stillschweigend oder offen unterstützt haben. Und wir sollten nicht versuchen, die institutionellen Strukturen der EU einfach schablonenhaft auf einen anderen Kontinent zu übertragen, ohne uns zu fragen, inwieweit eine solche Struktur für Europa, ganz zu schweigen für Afrika, geeignet ist.

**Frank Vanhecke (NI)**, *schriftlich*. – (NL) Es ist immer wieder bemerkenswert, wie wir in dieser Institution uns an die Illusion von Lissabon klammern, komme was wolle. Aber eigentlich ist das auch nicht wirklich überraschend, schließlich ist es ein perfektes Beispiel für den Umgang der europäischen Bürokratie mit Gesetzmäßigkeit und den Rechten der Opposition und für den Respekt, der den freien Entscheidungen unserer Wähler entgegen gebracht wird.

Letzten Endes ist Lissabon seit dem Referendum in Irland rechtlich tot. Warum können wir das nicht einfach respektieren?

Im Grunde frage ich mich, ob wir jetzt wirklich weitere 55 Millionen Euro investieren müssen, um die Institutionen der Afrikanischen Union zu unterstützen. Diese Institutionen üben kaum jemals auch nur die leiseste Kritik an den blutigen Diktaturen, die in ihnen vertreten sind. Ich frage mich auch, wie der absolut berechnete Einwurf, dass die Blaue Karte ein gefürchtetes Werkzeug für eine weitere Abwanderung von Fachkräften nach Europa sein könnte, mit den sonst bezogenen Positionen in Einklang steht. Außerdem wird in diesem Bericht das Problem der illegalen Immigration nicht einmal erwähnt. Vielleicht ist das ein Bereich, wo wir die 55 Millionen Euro besser investieren könnten.

– **Bericht: Alain Hutchinson (A6-0085/2009)**

**Alessandro Battilocchio (PSE)**, *schriftlich*. – (IT) Ich habe für Herrn Hutchinsons Bericht gestimmt und unterstütze die Bitte an die Kommission, ihre Haushaltsunterstützung in den Bereichen Gesundheitswesen und Bildung, insbesondere der medizinischen Grundversorgung und der Grundschulbildung, an die in diesen

Bereichen erzielten Ergebnisse zu koppeln und die Vorhersagbarkeit der Haushaltsunterstützung durch den Abschluss von Verträgen über die Millenniums-Entwicklungsziele zu verbessern.

Auch stimme ich zu, wie wichtig es ist, die diesen Verträgen zugrunde liegenden Prinzipien auf eine größere Anzahl von Ländern anwenden zu können, wo es doch das Hauptziel des Vertrags über die Millenniums-Entwicklungsziele ist, die Effizienz der Hilfe zu verbessern und den Fortschritt beim Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele für diejenigen Länder, die sie am meisten benötigen, zu beschleunigen.

Ich glaube, dass es für die Kommission lebenswichtig ist, ihre Haushaltsunterstützung von den Ergebnissen abhängig zu machen, die nicht nur im Hinblick auf eine gute Politikgestaltung und Transparenz erzielt wurden, sondern auch im Hinblick auf die Verteidigung und Wahrung der Menschenrechte, insbesondere der Ärmsten und Ausgeschlossenen einschließlich behinderter Menschen, Minderheiten, Frauen und Kinder, und sicherzustellen, dass die Haushaltsunterstützung nicht für Bereiche gewährt wird, die im Vertrag über die Millenniums-Entwicklungsziele nicht explizit genannt sind.

**David Martin (PSE), schriftlich.** – Ich habe für diesen Bericht gestimmt, dessen Ziel der Abschluss von Verträgen über die Millenniums-Entwicklungsziele zwischen der EU und bestimmten Ländern ist. Ich befürworte die darin empfohlene finanzielle Transparenz und die Stabilität, die vertraglich vereinbarte Hilfe den Partnerländern bietet, damit diese ihre Haushalte besser im Voraus planen können.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Ich möchte mich bei der Abstimmung über den Bericht von Herrn Hutchinson zu den Verträgen über die Millenniums-Entwicklungsziele enthalten. Da ich nur einigen der behandelten Punkte zustimme, kann ich den betreffenden Text nicht vollständig unterstützen.

**Kathy Sinnott (IND/DEM), schriftlich.** – Die EU muss sich mit ganzer Kraft hinter die Millenniums-Entwicklungsziele stellen. Dennoch habe ich gegen den Bericht zu den Millenniums-Entwicklungszielen gestimmt, weil wieder einmal Kolleginnen und Kollegen die „sexuellen und reproduktiven Rechte“ in den Bericht eingeschleust haben. Kindern eine Chance im Leben einzuräumen, ist ein wichtiges Millenniums-Entwicklungsziel.

#### – Bericht: Maria Badia i Cutchet (A6-0093/2009)

**Jan Andersson, Göran Färm, Anna Hedh, Inger Segelström und Åsa Westlund (PSE), schriftlich.** – (SV) Wir Sozialdemokraten sind überzeugt, dass die Förderung von Kunst und Kultur innerhalb der EU wichtig ist. Daher wünschen wir uns in diesem Bereich einen größeren Erfahrungsaustausch und mehr Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Dies ist besonders wichtig, um Kunststudenten das Studium in einem anderen Mitgliedstaat zu erleichtern.

Dennoch sind wir nicht der Ansicht, dass die Inhalte der Lehrpläne der einzelnen Mitgliedstaaten in diesem Bereich auf EU-Ebene festgelegt werden sollten. Solche Entscheidungen sollten bei den Mitgliedstaaten selbst liegen. Daher haben wir beschlossen, gegen diesen Bericht zu stimmen.

**Alessandro Battilocchio (PSE), schriftlich.** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe für den Bericht gestimmt.

„Als Kind ist jeder ein Künstler. Die Schwierigkeit liegt darin, als Erwachsener einer zu bleiben.“ Mit diesen Worten hat Pablo Picasso die Probleme der künstlerischen Ausbildung beschrieben. Obwohl der Kunstunterricht derzeit in vielen Bildungssystemen Pflichtfach ist, variieren die Unterrichtsmodelle von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat doch erheblich.

Die Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien hat das Entstehen einer wissensbasierten Wirtschaft gefördert, in der intellektuelle Fähigkeiten und Kreativität einen vorrangigen Platz einnehmen. In diesem Zusammenhang ist die künstlerische Bildung ein wichtiges Element zur Wahrung der Identität und zur Förderung von kultur- und religionsübergreifendem Verständnis.

Künstlerische Bildung stellt für eine Nation auch ein Mittel dar, um die nötigen menschlichen Ressourcen zu entwickeln, die einer sinnvollen Nutzung ihres reichen kulturellen Erbes verpflichtet sind. Ergänzt werden muss dies durch die wachsende Forderung nach nachweislicher Wettbewerbsfähigkeit in vielen Bereichen. Das ist der Grund, warum in vielen Bildungssystemen der Förderung der Entwicklung von Kreativität durch Bildungsprogramme, die mithilfe geeigneter pädagogischer Methoden entwickelt wurden und die einen großen Einfluss auf die spätere Integration von Studenten in die Arbeitswelt haben, große Priorität beigemessen wird.

**Šarūnas Birutis (ALDE), schriftlich.** – (LT) Die Erstellung eines gemeinsamen Antrags auf die Koordination des Kunststudiums auf europäischer Ebene ist wichtig.

Zur künstlerischen Tätigkeit gehört die Beherrschung der unterschiedlichsten Kompetenzbereiche, Kenntnisse und Materialien, die lange eng mit Fortschritten in den Bereichen Bildung und Technologie verbunden waren. Im Lauf der Geschichte wurden in der Kunst die jeweils fortschrittlichsten Technologien verwendet, und wissenschaftliche Debatten haben zahlreiche Theorien zur Ästhetik beeinflusst. Umgekehrt haben praktische Erfahrungen und bestimmte künstlerische Disziplinen den technischen Fortschritt beeinflusst und damit zum menschlichen Wissen und zum globalen Wandel beigetragen. Auch wenn das künstlerische Schaffen nicht durch die Anwendung strikter wissenschaftlicher und technologischer Kenntnisse eingeschränkt werden kann, kann die Technologie, wenngleich sie nicht zu diesem Zweck geschaffen wurde, der Kunst nützen, ebenso wie die Kunst die Forschung inspirieren und zu technologischen Verbesserungen beitragen kann, wenn sie nicht ausschließlich bei künstlerischen Aktivitäten eingesetzt wird. Mit anderen Worten: die künstlerische Bildung trägt zu engeren und fruchtbareren Beziehungen zwischen Bildung, Kultur, Informations- und Kommunikationstechnologien und den Künsten im 21. Jahrhundert bei.

**Nicodim Bulzesc (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Ich habe für den Bericht gestimmt, weil ich der Forderung zustimme, dass in allen Bereichen, auch im Kunststudium, eine ausgewogene Balance zwischen dem theoretischen Studium und der praktischen Einführung notwendig ist.

Der Bericht von Frau Badia i Cutchet fordert nachdrücklich, dass zur Lehre der Kunstgeschichte auch Begegnungen mit Künstlern und Besuche von kulturellen Schauplätzen gehören müssen, um die Neugier der Studenten zu wecken und sie zum Nachdenken anzuregen. Ich hoffe, dass die europäischen Regierungen und die Europäische Kommission die in diesem Bericht ausgesprochenen Empfehlungen annehmen und dass wir schon bald entsprechende Verbesserungen sehen können.

**Marie-Hélène Descamps (PPE-DE), schriftlich.** – (FR) Der Initiativbericht, der uns heute vorgestellt wurde und der meine volle Unterstützung hat, trägt im Kern die Idee, dass die künstlerische und kulturelle Bildung, einschließlich der Bildung in der bildlichen Darstellung, einen fundamentalen Bestandteil des Bildungssystems darstellt. Ein solcher Unterricht fördert die individuelle Emanzipation und sorgt für einen demokratischeren Zugang zu Kultur. So fordert die Entschließung in Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip, die Mobilität von Lehrern und Studenten zu fördern und Qualifikationen europaweit anzuerkennen und ruft die Mitgliedstaaten im Bereich der künstlerischen und kulturellen Bildung zur Zusammenarbeit auf.

Sie betont außerdem den Bedarf bei der Entwicklung der Weiterbildung von Lehrern und anderen Beteiligten (Künstler und Professionelle), um ein künstlerisches und kulturelles Element in den Kunstunterricht zu integrieren und einen hohen Bildungsstandard sicherzustellen. Der Bericht unterstreicht weiterhin vollkommen zu Recht die Anforderung, neue Informations- und Kommunikationstechnologien zu nutzen, um einen modernen, hochqualitativen Unterricht zu bieten, der den Vorstellungen der jungen Menschen entspricht. In dieser Hinsicht verweist er auf die Europeana, die digitale europäische Bibliothek, die in diesem Kontext einen echten Mehrwert darstellt.

**Koenraad Dillen (NI), schriftlich.** – (NL) Wo mischt sich dieses Parlament nun wieder ein? In Absatz 1 dieses Berichts lese ich beispielsweise, dass die künstlerische Bildung ein verbindliches Element in den Lehrplänen auf allen schulischen Ebenen sein muss, um die Demokratisierung des Zugangs zur Kultur zu fördern. Wie unsinnig und wie aufdringlich! Lasst die Mitgliedstaaten selbst entscheiden, wie sie ihre Lehrpläne füllen möchten. Sie haben das in den letzten hundert Jahren perfekt erledigt und werden auch im nächsten Jahrhundert dazu in der Lage sein, ohne die Bevormundung durch die Europäische Union oder das Europäische Parlament.

**Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich.** – (SV) Die Juni-Liste glaubt, dass kulturelle Themen in die politische Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen sollten. Dieser Bericht ist nicht Teil des legislativen Verfahrens und gibt lediglich die Meinung der föderalistischen Mehrheit des Europäischen Parlaments wieder, dass die EU ihre Einmischung in die Kultursphäre weiter ausweiten sollte.

Wir haben daher gegen den Bericht insgesamt gestimmt.

**Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN), schriftlich.** – (PL) Es ist richtig, dass künstlerische Themen in Schulen in ganz Europa gelehrt werden. Es ist weiterhin richtig, dass Europa, und damit meine ich die Gesellschaft, sich rasch verändert, wie auch die Informations- und Kommunikationstechnologien. Europa wächst weiter zusammen und kulturelle Bildung kann zu diesem Prozess ebenso viel beitragen wie zum Beispiel der gemeinsame Markt.

Dies kann durch künstlerische Weiterbildung in allen Bildungsphasen geschehen, durch die Vertiefung der theoretischen und praktischen Kenntnisse von der Diversität Europas und seiner zahlreichen Kulturen. Dieses gesammelte Wissen ist äußerst umfassend und es wird beständig erweitert. Die Tatsache, dass künstlerische Themen in verschiedenen Ländern auf unterschiedliche Weise vermittelt werden, führt jedoch zur Ausbildung von Künstlern, deren Kenntnisse und Fähigkeiten in einem anderen Mitgliedstaat nicht anerkannt oder eingesetzt werden können.

Hier erhebt sich die Frage nach einer Koordination der Vorgehensweisen und der Bericht von Frau Badia i Cutchet schlägt eine interessante Lösung vor, die offene Koordinationsmethode oder, praktisch gesprochen, das wechselseitige Lernen der Länder voneinander am Beispiel derer, die zur Behebung bestimmter Probleme die beste Lösung gefunden haben. Diese Methode liegt somit fast vollständig in den Händen der Mitgliedstaaten.

Dieser Ansatz ist flexibel und ermöglicht die Koordination komplexer Angelegenheiten und eine rasche Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen. Die Frage der künstlerischen Ausbildung ist kompliziert: Kreativität muss durch einen besonderen und individualisierten Lehrer-Schüler-Ansatz stimuliert werden. Das Wissen von der kontinuierlich sich entwickelnden Kultur Europas und der kreativen Werkzeuge muss vermittelt werden und es ist dafür zu sorgen, dass sich eine Karriere ohne Einschränkungen entwickeln kann. Rationale und konstruktive Überlegungen zur künstlerischen Bildung sind eine Investition in die Zukunft und die Identität eines in Vielfalt vereinten Europas.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Ich begrüße den Bericht von Frau Badia i Cutchet zum Kunststudium in der Europäischen Union.

In diesen Tagen, da unsere Gesellschaften immer heterogener werden, denke ich, dass Kultur von fundamentaler Bedeutung ist. Zum einen ist sie ein Mittel zur Identitätsstiftung, zum anderen trägt sie gleichzeitig dazu bei, die Art der Koexistenz unterschiedlicher Völker und Kulturen zu verbessern.

Ich stimme zu, dass Kunst ein Ausdruck von Kultur ist und dabei hilft, den kulturellen Reichtum eines Landes und die Gesellschaft im Allgemeinen weiterzuentwickeln. Darüber hinaus kann die künstlerische Aktivität auch für die technologische Forschung und Entwicklung von Nutzen sein und wird umgekehrt von ihr beeinflusst.

Deshalb, angesichts der Bedeutung der künstlerischen Themen, befürworte ich eine europaweite Koordination des Kunstunterrichts in den Bildungsinstitutionen.

**Carl Schlyter (Verts/ALE), schriftlich.** – (SV) Für Künstler ist es unter anderem wichtig, dass sie sich frei bewegen können, dass die Infrastruktur für nichtkommerzielle Kunst gefördert wird und dass die europäischen digitalen Bibliotheken weiterentwickelt werden, um unser künstlerisches Erbe zu erhalten. Ich interpretiere Absatz 9 über die Natur und Dauer des Kunststudiums als einen Wunsch, auch das Kunststudium in den Bologna-Prozess zu integrieren und unter dieser Bedingung kann ich für den Bericht stimmen.

#### **- Bericht: Gyula Hegyi (A6-0107/2009)**

**Philip Claeys (NI), schriftlich.** – (NL) Ich habe gegen diesen Bericht gestimmt, weil sich darin eine unglaubliche Scheinheiligkeit zeigt. Die EU weigert sich, die Referenden zur Europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden sowie zum Vertrag von Lissabon in Irland zur Kenntnis zu nehmen, und dieser Bericht bedauert dies nicht im Geringsten. Im Gegenteil wird in Absatz 5 des Berichts angeführt, und zwar auf eine besonders bevormundende und beleidigende Weise, dass das „Nein“-Votum von Frauen auf eine mangelnde Einmischung durch Europa zurückzuführen sei.

Die Verweise auf den so genannten „Plan D“ der Kommission sind ebenfalls völlig fehl am Platz, da in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten „Plan B“ auf einen Dialog der Gleichgesinnten hinauslief, die ausdrücklich kein Interesse daran hatten, kritische Stimmen zu berücksichtigen. Dieser Bericht hätte solchen Missbrauch kritisieren müssen, anstatt ihn stillschweigend zu billigen.

**Koenraad Dillen (NI), schriftlich.** – (NL) Ich habe mit großer Überzeugung gegen diesen föderalistischen und arroganten Bericht gestimmt. Welche Arroganz zu behaupten, wie in Erwägung B, dass die breite Masse, die gegen die Europäische Verfassung gestimmt hat, über ein kaum angemessenes Verständnis von Europa verfügt. Das ist ganz klar nicht der Fall. Genau die Bürger, die nur zu gut wissen, dass die EU auch den letzten Funken Souveränität der Mitgliedstaaten zu unterminieren versucht, waren diejenigen, die gegen die Europäische Verfassung gestimmt haben. Welche Arroganz zu behaupten, dass die Integration nur in den

gebildeten Bevölkerungsschichten greift. Der Berichterstatter lässt es allerdings nicht an Deutlichkeit fehlen. Diejenigen, die „falsch“ denken, müssen kriminalisiert oder als Idioten betrachtet werden. Dann können wir von einem aktiven Dialog mit den Bürgern sprechen.

**Brigitte Douay (PSE), schriftlich. – (FR)** Ich habe den Bericht von Herrn Hegyi über den aktiven Dialog mit den Bürgern über Europa unterstützt. Ein solcher Dialog ist immens wichtig und dieser Bericht legt große Betonung auf die Bedeutung der lokalen Aktionen. Tatsächlich kann man den Bürgern nur ein klareres Bild davon vermitteln, was die Europäische Union für sie in ihrem jeweiligen Alltag tut, indem man ihnen mit echten Aktionen näherkommt und einfach mit ihnen über Europa spricht.

Im Vorfeld der Wahlen im Juni wird es von entscheidender Bedeutung sein, diesen Dialog zu fördern, insbesondere in ländlichen Gegenden und bei den Gruppen der stärksten Euroskeptiker, wie beispielsweise den jungen Menschen und Frauen. Die letzte interinstitutionelle politische Erklärung, die vom Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission unterzeichnet wurde, und die den Titel: „Europa partnerschaftlich kommunizieren“ trägt, liegt genau auf dieser Linie. Wir können uns darüber freuen, welche Bedeutung die Institutionen diesem Dialog beimessen und welche Anstrengungen sie unternehmen, um den Bürgern das Gefühl zu vermitteln, dass sie an der Europäischen Union beteiligt sind.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT)** Wir haben gegen diesen Bericht gestimmt, da wir der Ansicht sind, dass der Druck, der trotz der Ergebnisse des irischen Referendums immer noch auf dem Abschluss des Ratifizierungsprozesses des Vertrags von Lissabon liegt, nicht akzeptabel ist. Zunächst sollte, wenn die Regeln des derzeit geltenden Vertrags eingehalten würden und die souveräne Entscheidung des irischen Volkes respektiert würde, der Entwurf des Vertrags von Lissabon aufgegeben werden. Dieser Bericht verteidigt erneut eine antidemokratische Position. Aus diesem Grund ist es inakzeptabel, dass das Europäische Parlament von einer weiteren Steigerung der „Transparenz der EU und der Teilhabe der Bürger an den Entscheidungsprozessen“ spricht, wenn eine Mehrheit die Durchführung eines Referendums über den Entwurf des Vertrags von Lissabon in ihrem eigenen Land ablehnte, eben weil sie sich vor der Meinung der Mehrheit ihrer eigenen Bevölkerung fürchtete.

Es ist auch bedauerlich, dass sie die gegenläufigen Meinungen all derer ignorieren, die sich von dem Prozess der kapitalistischen Integration enttäuscht fühlen, durch den die Ungleichheit größer wird, die Armut und Arbeitslosigkeit steigen, im Gegensatz zu dem, was sie versprochen hatten.

Selbst die wenigen positiven Punkte des Berichts scheinen umrahmt von einem Kontext, der die öffentliche Meinung und die Bürger durch Propagandakampagnen zu täuschen versucht, anstatt effektiv für eine demokratische Teilhabe zu sorgen und einen Politikwechsel herbeizuführen, um den berechtigten Ansprüchen Einzelner und der Arbeiter gerecht zu werden.

**Bruno Gollnisch (NI), schriftlich. – (FR)** Sie sind wirklich unverbesserlich. Sie glauben, dass, wenn die europäischen Bürger der Europäischen Union zunehmend skeptisch gegenüber stehen, es an der mangelnden Bildung, Unwissenheit oder sogar an ihrer Dummheit liegt.

Ich denke, genau das Gegenteil ist der Fall. Es gibt diejenigen, die von der Öffnung der Grenzen für den Personen-, Güter- und Kapitalverkehr usw. profitieren; und dann ist da die überwiegende Mehrheit, die unter den Folgen leidet: Arbeitslosigkeit, unsichere Jobs, geringere Kaufkraft, Unsicherheit, Identitätsverlust, und die wissen, wem sie die Schuld daran geben müssen.

Ihr Europa ist eine Technokratie, die von einer Handvoll unkontrollierter und unkontrollierbarer Oligarchien regiert wird: die 27 Kommissare und die wenigen Mitglieder des Direktoriums der Europäischen Zentralbank. Dies ist eine Technokratie, die auf die Tausenden Lobbyisten hört, die ihren Einfluss ausüben, sich der ausdrücklichen Ablehnung ihrer Bürger gegenüber jedoch taub stellt, falls wir uns einmal dazu herablassen, sie in einem Referendum zu befragen. Ein System, dessen Vorgehensweisen den Weg für die aktuelle finanzielle, wirtschaftliche und soziale Krise gebahnt und diese verschärft haben, und die nationale Sicherungs- oder Rettungsmaßnahmen unterminieren.

So hoffe ich wie Sie, dass die europäischen Bürger im Juni massenweise zur Wahl gehen und dass sie diese Wahl als ein Referendum nutzen, um „Nein“ zu Ihnen zu sagen.

**Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich. – (SV)** Dieser Bericht gehört nicht zum legislativen Verfahren und gibt lediglich die Meinung der föderalistischen Mehrheit des Europäischen Parlaments wieder. Der Vorschlag argumentiert für den Abschluss des Ratifizierungsprozesses für den Vertrag von Lissabon.

Wir glauben jedoch, dass der Vertrag von Lissabon doppelt versagt hat, zuletzt, als die Bevölkerung von Irland 2008 gegen den Vertrag stimmte, aber auch schon zuvor, als Wähler in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 gegen den im Wesentlichen gleichen Vorschlag stimmten. Wann wird die föderalistische Mehrheit im Europäischen Parlament realisieren, dass der Wunsch, ein „Vereinigte Staaten von Europa“ zu schaffen, von den Wählern nicht unterstützt wird?

Der Bezugsvermerk B des Berichtsentwurfs stellt sogar folgendes fest: „dass Bürger mit einem unzureichenden Verständnis der politischen Maßnahmen der Europäischen Union oder der Verträge eher dazu neigen, diese abzulehnen“. Dies zeigt die Nonchalance, die Arroganz und die Ignoranz der Föderalisten gegenüber Wählern mit politischen Werten, die sich von denen unterscheiden, die in diesem pro-zentralistischen Europäischen Parlament vorherrschen.

Daher haben wir gegen diesen Bericht gestimmt.

**Adrian Manole (PPE-DE), schriftlich. – (RO)** Die Kommunikation mit den Bürgern und ihre laufende Information darf nicht länger nur ein vorschriftsmäßiger, ineffektiver Vorschlag bleiben. Die Zivilgesellschaft muss sich in Bereiche wie Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung, Menschenrechte, Entwicklung und Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung einmischen.

Angesichts der globalen Finanzkrise und der stetig wachsenden Konsumentenschulden bedeutet ein aktiver Dialog mit den Bürgern Europas, dass die Europäischen Institutionen und die Zivilgesellschaft sich anstrengen müssen, um die finanzielle Bildung der Verbraucher zu verbessern, insbesondere in Hinblick auf ihre Rechte und Pflichten, sowie die bewährten Verfahren in den Bereichen Sparen und Darlehen.

Die Mitgliedstaaten sollten außerdem die personellen und finanziellen Ressourcen im Netzwerk der Europäischen Verbraucherzentren erhöhen, um die Aufmerksamkeit zu steigern und die Umsetzung der Verbraucherrechte in der Europäischen Union sicherzustellen.

**Andreas Mölzer (NI), schriftlich. –** Gerade der jüngste Energiesparlampen-Zwang, von denen vor allem die Hersteller profitieren werden, macht die Entfremdung zum Bürger sichtbar. Wie sollen sich Europas Völker einer Europäischen Union nahe fühlen, in der Referenden – so sie überhaupt stattfinden – wiederholt werden, bis das Abstimmungsergebnis passt? Wie sollen sich beispielsweise österreichische Bürger mit einer EU identifizieren können, durch die sie von einer Transilawine überrollt und für demokratische Wahlen mit Sanktionen bestraft werden und ihre Neutralität und ihr Bankgeheimnis aufgeben müssen?

Die EU entstand aus ökonomischen Gründen, und das ist nach wie vor spürbar: Sie ist kein Projekt der Bürger, sie ist ein Projekt eines abgehobenen EU-Establishments, dem Mantra der Liberalisierung und des freien Kapitalverkehrs folgend. Solange hier kein Umdenken erfolgt und das Transparenz- und Demokratiedefizit anhält, können wir eine Absichtserklärung nach der anderen verabschieden, die Entfremdung zum Bürger wird anhalten und der EU-Frust immer größer werden. Aus diesen Gründen habe ich mich beim vorliegenden Bericht der Stimme enthalten.

**Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN), schriftlich. – (PL)** Der Dialog mit den Bürgern ist eine wichtige und komplexe Angelegenheit. Dennoch müssen ihn die herrschenden Regierungen gut beherrschen. Das ist der Kern ihrer Arbeit: ein Dialog, der mit einem Kompromiss endet. In diesem Kontext scheint der Hintergrund dieses Berichts in gewisser Hinsicht widersprüchlich zu sein. Er ruft uns dazu auf, den Ratifizierungsprozess für den Vertrag von Lissabon so bald wie möglich abzuschließen, da er eine wichtige Voraussetzung für den Dialog über Europa darstellt. Der Bericht führt an, dass der Vertrag für mehr Transparenz sorgen und die Bürger bei Entscheidungen stärker beteiligen wird. Hier könnte der Eindruck entstehen, dass diejenigen, die den Vertrag ablehnen, ignoriert werden und ihre Stimme daher nicht gehört wird. Daher kann man nur schwerlich von Dialog und Kompromiss sprechen.

Die Idee eines „Allgemeinwissens über Europa“ durch das Studium der Geschichte Europas und der Europäischen Integration ist ebenfalls kontrovers. Dieses Wissen würde durch ein auf Gemeinschaftsebene vereinbartes Programm vermittelt, das auf freiwilliger Basis von den Mitgliedstaaten angenommen und aus dem gemeinschaftlichen Haushalt bezahlt werden würde. Kurz, dies ist ein historischer Kompromiss, der als Instrument für den Aufbau gemeinsamer europäischer Werte dient. Meiner Ansicht nach müssen wir nicht so weit gehen – ein historischer Kompromiss ist ein zutiefst vages Konzept, wenn ein solcher Kompromiss überhaupt notwendig ist. Die Geschichte als Mittel zum Zweck zu nutzen reizt außerdem zum Widerspruch, selbst wenn die Absicht dahinter eine lautere ist. Der Schlüssel zu einem effektiven Dialog liegt im heutigen Tag, der uns ohnehin schon genug Probleme gebracht hat. Darüber müssen wir reden! Mit anderen Worten: „Ja zum Dialog“, „Nein zum Bericht“.



**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Ich möchte mich zum Bericht von Herrn Hegyi zum aktiven Dialog mit den Bürgern über Europa der Stimme enthalten.

Tatsächlich stimme ich zum Teil mit dem eingereichten Text überein, in einigen Punkten jedoch, die ich für wichtig erachte, habe ich eine abweichende Meinung. Daher kann ich den Bericht nicht vollständig unterstützen.

**Czesław Adam Siekierski (PPE-DE)**, *schriftlich*. – (PL) Die Debatte zum Dialog zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern ist dringend notwendig. Wie die europäischen Bürger Europa sehen, und wie ihr Verständnis von der Funktionsweise der Gemeinschaft aussieht, ist eine entscheidende Frage. Die Menschen akzeptieren, was sie kennen, aber alles, was über ihren Horizont hinausgeht, weckt Befürchtungen. Die Beispiele des irischen Referendums und der vorhergehenden Referenden in Frankreich und Holland zeigen, dass wir die Ansichten unserer Bürger nicht leichtfertig von der Hand weisen dürfen. Entscheidungen sollten nicht hinter geschlossenen Türen getroffen werden, ohne die Meinung der Gesellschaft zu berücksichtigen. *Nihil novi*: Nichts Neues ohne gemeinsame Zustimmung.

Wir müssen die ärmeren Bürger und die Bürger mit niedrigerem Bildungsstand erreichen. Wir müssen der Öffentlichkeit klar und präzise vermitteln, worauf unsere Aktionen basieren, was wir erreichen möchten und vor allem, welche Vorteile dem Bürger daraus erwachsen werden. Eine echte Integration ist nur möglich, wenn unsere Wähler die Maßnahmen der Europäischen Union uneingeschränkt akzeptieren.

Studien haben gezeigt, dass nur knapp über 50 % der EU-Bürger die Mitgliedschaft ihres Landes in der Gemeinschaft als zufriedenstellend empfinden. Diese Auffassung ist offensichtlich von Land zu Land unterschiedlich. Es wäre ein großer Erfolg, wenn diese Zahl die 80 %-Marke erreichen würde.

Die Verpflichtung, die EU ihren Bürgern näherzubringen, obliegt nicht nur den Institutionen der EU als Ganzem, sondern meiner Ansicht nach auch uns, den MdEP. Jahr für Jahr organisiere ich allein Hunderte von Treffen mit jungen Menschen, Landwirten und Geschäftsleuten. Wir sollten unsere Bürger lehren, die von der EU angebotenen Vorteile zu nutzen. Die Wahlen im Juni werden in einem ersten Test zeigen, wie effektiv wir gewesen sind.

**Søren Bo Søndergaard (GUE/NGL)**, *schriftlich*. – Der Hegyi-Bericht über die Förderung des Dialogs mit den EU-Bürgern basiert auf der Annahme, dass die skeptische Haltung der Menschen gegenüber der EU auf der Tatsache beruht, dass sie nicht über das entsprechende Wissen verfügen. In dem Bericht werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, wie beispielsweise Bildung, Euronews und die Gründung eines Museums für europäische Geschichte. Da diese Maßnahmen einer Propaganda weit ähnlicher sind als einem Dialog, bin ich dagegen. In einem echten Dialog werden die Meinungen der Bürger entsprechend gewürdigt.

**Eva-Britt Svensson (GUE/NGL)**, *schriftlich*. – Der Hegyi-Bericht über die Förderung des Dialogs mit den EU-Bürgern basiert auf der Annahme, dass die skeptische Haltung der Menschen gegenüber der EU auf der Tatsache beruht, dass sie nicht über das entsprechende Wissen verfügen. In dem Bericht werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, wie beispielsweise Bildung, Euronews und die Gründung eines Museums für europäische Geschichte. Da diese Maßnahmen einer Propaganda weit ähnlicher sind als einem Dialog, bin ich dagegen. In einem echten Dialog werden die Meinungen der Bürger entsprechend gewürdigt.

**Andrzej Jan Szejna (PSE)**, *schriftlich*. – (PL) Der Berichterstatter führt an, dass der aktive Dialog mit den Bürgern über Europa nicht sehr weit gediehen ist. Leider hat er recht. Informationen zur Europäischen Union erreichen häufig nur ihre gebildeten und wohlhabenden Einwohner, wodurch bei den anderen Bürgern der Länder Europas wiederum Skeptizismus und Antipathie erzeugt werden. Aus diesem Grund ist die europäische Bildung ihrer Einwohner ein zentrales Element in der weiteren Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft.

Der Berichterstatter versucht, Wege zu finden, um ein breiteres Publikum zu erreichen, und die Kenntnisse der Einwohner über die EU zu erweitern. Er begründet seinen Ansatz auf den folgenden pragmatischen und auch sehr populären Methoden, um ein möglichst breites Publikum zu erreichen: Einführung eines einjährigen Unterrichts über die EU seit 1945, Gründung eines Informationskanals im Fernsehen ähnlich dem amerikanischen Sender CNN und Internetsites in einer Form, die auch junge Menschen anzieht.

Ich stimme zu und unterstütze die Ansicht, dass eine Informationskampagne über die EU als Methode, das Bewusstsein der Gesellschaft zu schärfen, von großer Bedeutung ist, und ich denke auch, dass die Ideen des Berichterstatters, dies umzusetzen, sehr gut sind.

**- Bericht: Thierry Cornillet (A6-0081/2009)**

**Marie-Arlette Carlotti (PSE)**, *schriftlich*. – (FR) Die Paritätische Parlamentarische Versammlung oder PPV hat sich zu einem zentralen Instrument des politischen Dialogs sowie der Prävention und Lösung von Konflikten entwickelt.

In Situationen politischer Krisen haben unsere „dringenden Debatten“ einen vertieften, konstruktiven und offenen Dialog zur Situation in Kenia, Simbabwe und Mauretanien ermöglicht.

Bei den großen „horizontalen“ Herausforderungen des Nord-Süd-Gefälles, wie beispielsweise der Ernährungssicherheit, Effektivität der staatlichen Hilfen und der Kinderarbeit nahm die PPV im Jahr 2008 konstruktive, häufig gewagte Positionen ein.

In Hinblick auf Einbeziehung des Europäischen Entwicklungsfonds kam die PPV in den Besitz von Strategiepapieren, die derzeit von ihrem Wirtschaftsausschuss analysiert werden.

Die Agenda der PPV war jedoch vor allem von einem politischen Schwerpunkt geprägt, den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen oder WPA. Ihre „Regionaltreffen“ sind eine wichtige Errungenschaft und sind unleugbar von großem Wert bei der Überwachung der WPA.

Dieser Mehrwert muss nun anerkannt und honoriert werden. Die PPV muss im Zentrum der parlamentarischen Kontrolle sowohl während der Aushandlung als auch bei der Umsetzung von WPA stehen.

Schließlich möchte ich an dieser Stelle der Kopräsidentin Glenys Kinnock für ihre hervorragende Arbeit danken. Sie machte aus der PPV erfolgreich ein einzigartiges Instrument für den Nord-Süd-Dialog sowie eine Plattform für eine faire, nachhaltige und wechselseitig unterstützende Entwicklung.

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Ich bin gegen den Bericht von Herrn Cornillet über die Arbeit der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU im Jahr 2008.

In der Tat denke ich, dass die bisher in den Arbeitssitzungen geleistete Arbeit nicht immer zufriedenstellend war, insofern als zu wichtigen Themen keine Entschlüsse gefasst wurden.

Zusätzlich haben die Verhandlungen der Versammlung in einigen Fällen zu Partnerschaftsabkommen geführt, die weder für die Europäische Union noch für die anderen Parteien positive Ergebnisse erzielt haben. Daher stimme ich gegen den eingereichten Bericht.

**Frank Vanhecke (NI)**, *schriftlich*. – (NL) Ich habe mich bei der Abstimmung über die Arbeit der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU der Stimme enthalten, dabei wünschte ich jetzt, im Nachhinein, ich hätte mit „Nein“ gestimmt. In all den Jahren, die ich nun hier im Parlament bin und hier arbeite, habe ich immer stärker den Eindruck gewonnen, dass die AKP-Positionen in erster Linie als Ausreden für nette Reisen rund um die Welt und in alle Richtungen dienen. Seien wir ehrlich, was haben sie eigentlich bisher erreicht?

Vielleicht brauchen wir lediglich eine Evaluierung der ganzen Bandbreite an parlamentarischen Positionen. Sie machen ja tatsächlich einen netten Eindruck. Ich bin sicher, es ist ein Vergnügen, etwas von der Welt zu sehen, und das auch noch auf Kosten von Otto Normalbürger, aber ob all das Geld der Steuerzahler außerhalb der Hotel- und Flugbranche tatsächlich von irgendwelchem Nutzen war, bezweifle ich sehr.

**- Bericht: Constanze Angela Krehl (A6-0095/2009)**

**John Attard-Montalto (PSE)**, *schriftlich*. – Zu den wichtigsten Instrumenten der Europäischen Union zählen die Strukturfonds. Einer der am schwierigsten zu verstehenden Bereiche ist, wie im Bereich der Regionalpolitik auf diese Fonds zugegriffen werden kann. In der Tat enthält der Titel das Wort „Hindernisse“, das auf sieben Kernpunkte reduziert werden kann: - übermäßige Bürokratie;

- zu viele komplexe Regelwerke;
- häufige Änderungen der Förderkriterien und der erforderlichen Unterlagen durch einige Mitgliedstaaten;
- intransparente Entscheidungsprozesse und Kofinanzierungsregelungen;
- Zahlungsverzögerungen, umständliche zentralisierte Verwaltung in den Mitgliedstaaten;
- unzureichende dezentrale Verwaltungskapazitäten;

- unterschiedliche Modelle der regionalen Strukturierung der Mitgliedstaaten, wodurch keine vergleichbaren Daten vorliegen und der Austausch bewährter Verfahren nicht möglich ist.

**Brigitte Douay (PSE), schriftlich.** – (FR) Ich habe für den Bericht von Frau Krehl über bewährte Methoden im Bereich der Regionalpolitik gestimmt, weil er eine innovative Definition dieser bewährten Methoden sowie Beispiele für Erfolgsgeschichten enthält und sehr spezifische Empfehlungen für alle Bereiche der EU-Interventionen in diesem Sektor aufführt.

Ich habe die Berichterstatterin insbesondere auf die bessere Verfügbarkeit von Stadt- und Verkehrsstrukturen für Menschen mit eingeschränkter Mobilität aufmerksam gemacht sowie auf die Möglichkeit, Privat-, Familien- und Berufsleben besser zu vereinbaren, besonders für Frauen.

Wir hoffen, dass diese umfangreichen Empfehlungen die Beteiligten in der Regionalpolitik unterstützen und inspirieren können.

**Emanuel Jardim Fernandes (PSE), schriftlich.** – (PT) Ich habe für den Bericht von Frau Krehl gestimmt, weil er die bewährten Methoden in verschiedenen Bereichen, einschließlich Umwelt und nachhaltige Energien hervorhebt. Dies ist zum Beispiel der Fall bei dem Wasserkraftwerk in Socorridos in der autonomen Region Madeira, das unter der Initiative RegioStars anerkannt wurde.

Der Bericht von Frau Krehl erkennt außerdem die wichtigsten Hindernisse bei der Vorbereitung solcher Projekte an, wie beispielsweise die folgenden:

- komplexe Regelwerke;
- mangelnde Klarheit der Kofinanzierungsregelungen;
- wenige Gelegenheiten zum Erfahrungsaustausch; und
- wenige Gelegenheiten für interregionale Zusammenarbeit sowie Regionalstrukturen, die für eine solche Zusammenarbeit nicht geeignet sind.

Als Ergebnis ist es von wesentlicher Bedeutung, die Indikatoren zu konsolidieren und zu verbessern und dadurch das gesamte gemeinschaftliche Know-how in diesem Bereich zu verbessern, insbesondere in Hinblick auf folgende Aspekte:

- Beachtung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Sicherstellung der Grundsätze für Partnerschaft und innovatives Handeln;
- Straffere Organisation von Projekten, effiziente Verwendung von Ressourcen und Klarheit bezüglich der Projektdauer;
- Verbesserte Übertragbarkeit von Kenntnissen, so dass diese auch in anderen Regionen der Europäischen Union genutzt werden können.

All diese Aspekte werden in dem Bericht von Frau Krehl anerkannt.

**Iosif Matula (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Ich habe für den Bericht über bewährte Methoden im Bereich der Regionalpolitik gestimmt, weil ich glaube, dass nur die rechtzeitige Bereitstellung ausreichender, transparenter Informationen die Vermittlung wichtiger Informationen über die Struktur- und Kohäsionsfonds erleichtern kann.

Das Ziel der Kohäsionspolitik kann erst dann vollständig erreicht werden, wenn Hindernisse, wie beispielsweise Bürokratie und Verwaltung, wegfallen, die potenzielle Begünstigte daran hindern, die strukturellen Ressourcen der Europäischen Union zu nutzen. Zu diesen Hindernissen, die bis heute Probleme bereiten, gehören undurchschaubare Unterlagen, stets wechselnde Förderkriterien oder kurze Fristen für das Einreichen von Dossiers.

Die besten Ergebnisse können durch den aktiven Informationsaustausch erzielt werden, sowie durch die Einrichtung einer Datenbank auf Gemeinschaftsebene, in der die Erfolgsgeschichten zur Umsetzung von Projekten erfasst werden. Die Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Regionen sowie die Erfassung und der Austausch von bewährten Methoden im Bereich der Regionalpolitik werden die Inanspruchnahme von europäischen Fonds erleichtern.

Ein in alle offiziellen Sprachen der Europäischen Union übersetztes europäisches Portal kann wesentlich zu einer angemessenen und transparenten Verbreitung von Informationen zu den europäischen Fonds sowie zum Austausch von bewährten Methoden im Rahmen der Kohäsionspolitik in den Regionen der kürzlich beigetretenen Mitgliedstaaten beitragen.

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Ich habe gegen den Bericht von Frau Krehl über bewährte Methoden im Bereich der Regionalpolitik und Hindernisse bei der Inanspruchnahme der Strukturfonds gestimmt.

Ich bin in der Tat davon überzeugt, dass die in diesem Bericht enthaltenen Vorschläge keine echte Chance bieten, die Tätigkeit der Regionalpolitik zu verbessern, die für den Umgang mit dem Ungleichgewicht bei der Entwicklung innerhalb der Europäischen Union eine äußerst wichtige Politik darstellt und erhebliche finanzielle Unterstützung erhält.

Insbesondere denke ich nicht, dass der Austausch von bewährten Methoden das Problem einer effizienteren Nutzung des Strukturfonds lösen oder zur Entwicklung innovativer Projekte beitragen kann.

**- Bericht: Wojciech Roszkowski (A6-0042/2009)**

**Jan Andersson, Göran Färm, Anna Hedh, Inger Segelström und Åsa Westlund (PSE)**, *schriftlich*. – (SV) Wir haben für den Bericht von Herrn Roszkowski gestimmt, da wir mit den übergreifenden Zielen in Hinblick auf die ländliche Entwicklung und die Diversifizierung der Tätigkeiten zur Optimierung des lokalen Entwicklungspotentials übereinstimmen. Der Bericht enthält jedoch einige Punkte, denen wir nicht zustimmen, sowohl vom sachlichen Standpunkt aus, als auch in Hinblick darauf, wie bestimmte Punkte formuliert wurden. Wir sind beispielsweise nicht der Ansicht, dass die Finanzhilfen unter dem zweiten Pfeiler der GAP signifikant reduziert wurden. Selbst wenn hier wichtige Gründe in Verbindung mit Umwelt- und Regionalpolitik vorliegen, glauben wir nicht, dass bestimmte Agrarproduktionen „um jeden Preis“ subventioniert werden sollten. Wir denken außerdem, dass einige Formulierungen eigenen Entscheidungen der ländlichen Bevölkerung vorgreifen. Wir haben dennoch beschlossen, diese Punkte als unglückliche Formulierungen mit guten Absichten zu interpretieren, wie beispielsweise die Prävention von Wüstenbildung.

**Iosif Matula (PPE-DE)**, *schriftlich*. – (RO) Ich habe für den Bericht über die Komplementarität und Koordinierung der Kohäsionspolitik mit Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums gestimmt, da ich glaube, dass diese Politik wichtige Eckpfeiler für die nationale Entwicklung bereitstellt, gerade in Hinblick auf das besondere landwirtschaftliche Potenzial von Rumänien.

Ich habe das Gefühl, dass es für die regionale Entwicklungspolitik wichtig ist, eine Verringerung der wirtschaftlichen Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten anzustreben, indem das typische Potenzial der einzelnen Bereiche ermittelt und die Entwicklung bereichsspezifischer Tätigkeiten gefördert wird.

Eine Politik für die ländliche Entwicklung muss auf Strategien abzielen, die nicht darin resultieren, dass die von der ländlichen Bevölkerung ausgeübten landwirtschaftlichen Tätigkeiten reduziert oder beendet werden. Wenn überhaupt, sollten sie die Diversifizierung dieser Tätigkeiten unterstützen, indem sie lokal hergestellte biologische Produkte bereitstellen und traditionelle Speisen und Getränke herstellen.

Der Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) wurde mit der Absicht, europäische Finanzhilfen in ländlichen Gebieten effizienter einzusetzen, als ein vom Strukturfonds getrennter Fonds eingerichtet. Unser Vorteil als Empfängerstaat ist, dass wir über eine größere Bandbreite an Finanzmitteln für die ländliche Entwicklung verfügen. Infolgedessen können wir unser Ziel, die sozialen Strukturen zu modernisieren, erreichen und gleichzeitig den territorialen Zusammenhalt zwischen städtischen und ländlichen Gebieten fördern.

**Andreas Mölzer (NI)**, *schriftlich*. – In den vergangenen Jahren haben ländliche Regionen nicht nur unter kontinuierlicher Abwanderung in die Städte zu leiden, auch die Infrastruktur wird fortlaufend abgebaut (Polizeistellen, Lebensmittelgeschäfte, öffentlicher Verkehr usw.), was einhergeht mit zunehmendem Attraktivitätsverlust und das Aussterben ganzer Landstriche beschleunigt. Kommt es aufgrund der Postliberalisierung zu einer Zusperrungswelle der Postämter, würden ganze Regionen wohl nicht mehr versorgt.

Wir brauchen uns nicht darüber zu wundern, dass sich der Trend zur Landflucht und das Bauernsterben in den kommenden Jahren noch verstärken werden. Die fehlgeleitete EU-Förderpolitik, von der regelmäßig nur die Großen profitieren, und die jahrelange Vernachlässigung des ländlichen Raums beginnen sich zu

rächen. Nach wie vor fehlt ein Gesamtkonzept. Ohne ein solches sind Einzelmaßnahmen zum Scheitern verurteilt, deshalb habe ich auch gegen den Bericht Roszkowski gestimmt.

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Ich habe gegen den Bericht von Herrn Roszkowski über die Komplementarität und Koordinierung der Kohäsionspolitik mit Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums gestimmt.

Insbesondere bezweifle ich, dass die Unterstützung nicht-landwirtschaftlicher Tätigkeiten in ländlichen Gebieten die effizienteste Methode zum Stärken des territorialen Zusammenhalts ist. Ich glaube stattdessen, dass dieses Manöver die Direkthilfen für die Landwirtschaft gefährdet und für ein ernstes sozioökonomisches Ungleichgewicht in den ländlichen Gebieten sorgen wird.

**- Bericht: Dagmar Roth-Behrendt (A6-0484/2008)**

**Adam Bielan (UEN)**, *schriftlich*. – (PL) Die Einführung solch rigoroser Vorschriften für bestimmte Stoffe, die in kosmetischen Mitteln verwendet werden, steht gegen die Interessen zahlreicher polnischer Unternehmen. Die polnische Kosmetikbranche besteht vorwiegend aus kleinen und mittleren Unternehmen, die sich die komplizierten Tests, die für die Einführung von Ersatzstoffen in zahlreichen kosmetischen Mitteln erforderlich sind, nicht leisten können. Die Bestandteile, deren Verwendung durch diese Verordnung verboten wird, betreffen lediglich 5 % der kosmetischen Mittel und könnten außerdem von der Branche in sicheren Konzentrationen verwendet werden. Leider wurden die Änderungsanträge der polnischen Seite nicht angenommen. Daher konnte ich dem Bericht von Frau Roth-Behrendt nicht zustimmen.

**Šarūnas Birutis (ALDE)**, *schriftlich*. – (LT) Die Tatsache, dass anstelle der geltenden Richtlinie die rechtliche Form einer Verordnung für die Neufassung gewählt wurde, ist sehr zu begrüßen. Dies wird rechtliche Unsicherheiten und Unterschiede eliminieren und eine Definition und die Mittel zur Umsetzung festlegen. Das andere wichtige Ziel ist, die Sicherheit von Kosmetikprodukten zu erhöhen. Da es in der geltenden Kosmetikrichtlinie keine klaren Sicherheitsbewertungsanforderungen gab, setzt die Verordnung in dieser Hinsicht die wesentlichsten Standards.

**Hanne Dahl (IND/DEM)**, *schriftlich*. – (DA) Wir stimmen nur widerstrebend der neuen Verordnung über kosmetische Mittel zu, ungeachtet der Tatsache, dass sie den Weg für Ausnahmeregelungen vom Verbot der Verwendung von krebserregenden CMR-Stoffen frei macht. Glücklicherweise hat das Parlament diese Möglichkeit durch die Forderung eingeschränkt, dass die globale Aufnahme von CMR-Stoffen über alle Transportwege und Quellen während des Genehmigungsprozesses in Betracht gezogen werden muss. Die Annahme der Verordnung bedeutet, dass wir in Dänemark Stoffe nicht verbieten können, von denen wir bereits wissen, dass sie krebserregend sind, wie Störungen des Hormonsystems verursachende Stoffe oder Allergene, da dies als eine Störung des freien Güterverkehrs angesehen würde. Aber genau das ist es, was die Gesetzgebung sicherstellen möchte.

Dies wird jedoch ausgeglichen durch die Einführung der Verordnung für Nanomaterialien durch das Parlament und folglich durch die Anwendung des Vorsorgeprinzips. Von jetzt an muss nachgewiesen werden, dass Nanomaterialien nicht gesundheitsschädlich sind, bevor ihre Verwendung erlaubt wird, statt dass nachzuweisen ist, dass sie gesundheitsschädlich sind bevor ihre Verwendung verhindert werden kann. Dies ist in der Regel das vorherrschende Prinzip in der EU-Gesetzgebung.

Die Verordnung führt außerdem strengere Anforderungen für detaillierte Produktbeschreibungen ein.

**Edite Estrela (PSE)**, *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Bericht von Frau Roth-Behrendt über die Verordnung über kosmetische Mittel (Neufassung) gestimmt, da ich der Meinung bin, dass er für die Erhöhung der Sicherheit kosmetischer Mittel von wesentlicher Bedeutung ist, um die Gesundheit der Verbraucher durch Mindeststandards zu schützen, die eingehalten werden müssen, bevor ein Produkt in Verkehr gebracht wird.

Ich bedauere jedoch, dass die verbindliche Angabe der Mindesthaltbarkeit für alle Produkte, einschließlich Produkte mit einer Mindesthaltbarkeit von mehr als 30 Monaten (Artikel 15) nicht angenommen wurde. Es sollte festgehalten werden, dass die Verwendung von veralteten Kosmetikprodukten zwar keine Gefährdung der Gesundheit des Verbrauchers darstellt, aber auch nicht den propagierten Nutzen bringt.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL)**, *schriftlich*. – (PT) In diesem Bericht stimmt das Europäische Parlament grundsätzlich der Position der Europäischen Kommission zu, die sich dazu entschlossen hat, die Richtlinie 76/768/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über kosmetische Mittel neu zu fassen. Die Kosmetikrichtlinie, die seit ihrer Annahme im Jahr 1976 bereits

55 Änderungen erfahren hat, ist mittlerweile schwerfällig und veraltet. Sie bietet nicht mehr die notwendige Rechtssicherheit in einem Bereich, der sich so rasch verändert. Mit der Neufassung möchte die Kommission durch die Aufnahme von Begriffsbestimmungen und Durchführungsmaßnahmen rechtliche Unklarheiten und Widersprüche beseitigen. Zur Vermeidung von Abweichungen bei der nationalen Umsetzung hat die Kommission die Rechtsform des Rechtsakts von einer Richtlinie in eine Verordnung umgewandelt.

Ein weiteres Hauptziel besteht darin, die Sicherheit von kosmetischen Mitteln zu erhöhen. Da die geltende Kosmetikrichtlinie keine eindeutigen Vorgaben für eine Sicherheitsbewertung enthält, führt die Kommission nunmehr entsprechende „Mindestanforderungen“ ein. Die Berichterstatterin möchte den Sicherheitsaspekt weiter stärken, um den Schutz und die Gesundheit aller Verbraucher zu gewährleisten. Dies ist unserer Meinung nach der richtige Ansatz.

**Duarte Freitas (PPE-DE), schriftlich. – (PT)** Ich unterstütze grundsätzlich den Bericht von Frau Roth-Behrendt und den mit dem Rat erreichten Kompromiss. Ich bedauere jedoch eine Auslassung, die für den Verbraucherschutz nachteilig sein könnte.

Die geltende Kosmetikrichtlinie und der Vorschlag für eine Verordnung legen zu Grunde, dass nur Kosmetikmittel mit einer Mindesthaltbarkeit von weniger als 30 Monaten ein Mindesthaltbarkeitsdatum benötigen sollen. Aus finanziellen Gründen wird dieses Datum häufig mit mehr als 30 Monaten angegeben. Auf diese Weise können Hersteller sicherstellen, dass alle ihre Produkte von der Angabe eines Mindesthaltbarkeitsdatums ausgenommen sind. Obwohl die Anwendung eines abgelaufenen Kosmetikmittels nicht notwendig ein Risiko für die Gesundheit des Verbrauchers darstellt, liefert es doch auch nicht den erwarteten Nutzen.

Unglücklicherweise haben die Juristischen Dienste des Parlaments und der Kommission, meiner Meinung nach falsch, entschieden, dass diese Bestimmung nicht in einem Neufassungsverfahren ergänzt werden konnte.

**Eija-Riitta Korhola (PPE-DE), schriftlich. – (FI)** Ich möchte meiner Befriedigung darüber Ausdruck verleihen, was wir heute in Bezug auf die Verordnung über kosmetische Mittel erreicht haben. Der Kosmetikmarkt ist voller phantastischer Versprechen und halbwissenschaftlichem Kauderwelsch, bei dem die verbale Überspanntheit des Werbetexters der einzige Maßstab ist, die Effektivität des Produkts zu testen. Jetzt sind die Regeln verschärft worden, und das ist richtig so. Nach der neuen Verordnung können Anzeigen nur noch Behauptungen aufstellen, die auf den tatsächlichen Merkmalen des Produkts basieren. Sie müssen folglich auf ihre Wirksamkeit überprüft sein. Die Berichterstatterin hat die Kommission gebeten, einen Aktionsplan bezüglich von Ansprüchen zu erstellen und eine Kriterienliste zu ihrer Überprüfung einzuführen.

Der Vorschlag sollte die geltende Gesetzgebung vereinfachen. Gegenwärtig existieren mehr als 3 500 Seiten nationaler Gesetzgebung zu diesem Thema; diese müssen in einen Text komprimiert werden. Auf diese Weise können die hohen Standards für den Schutz der Menschen überall in der EU gewährleistet und das Funktionieren des internationalen Marktes garantiert werden. Eine veraltete Gesetzgebung, besonders in der Kosmetikindustrie, stellt ein Risiko für die Gesundheit dar und stellt die Frage, wie weit wir auf das Gesetz vertrauen können. Diese Grundsätze sind eine logische Folge der Arbeiten, die mit der Diskussion der REACH-Verordnung über chemische Stoffe begonnen wurden.

**Zita Pleštinšká (PPE-DE), schriftlich. – (SK)** Als eine Berichterstatterin der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischer Demokraten war ich an der gutachterlichen Beurteilung des Gesetzespakets über das Inverkehrbringen von Waren beteiligt, das vom Parlament im Februar 2008 verabschiedet wurde. Ich habe an dem Bericht über einen Entscheidungsentwurf für ein gemeinsames Rahmenwerk für das Inverkehrbringen von Waren gearbeitet und mich bei meinen Änderungsvorschlägen darauf konzentriert, die Importeure stärker in die Verantwortung zu nehmen, den Verwaltungsaufwand für KMU zu reduzieren, den neuen Ansatz als grundlegendes Rahmenwerk für das Inverkehrbringen beizubehalten und europäische Standards auf eine flexiblere Art und Weise zu schaffen und zu verwenden.

Dieses Grundstoffpaket wurde zur grundlegenden Voraussetzung für die Revision anderer sektorspezifischer Richtlinien, insbesondere der Richtlinie für Spielzeug, die nun gebilligt wurde, der Verordnung für Kosmetikprodukte und der Verordnung für Bauprodukte.

Die Verordnung für Kosmetikprodukte basiert auf dem Grundprinzip des Gesetzespakets zum Inverkehrbringen von Waren. Auf der einen Seite sind die Hersteller dafür verantwortlich, sicherzustellen, dass ihre Produkte mit den geltenden europäischen Gesetzen übereinstimmen, auf der anderen Seite liegt es in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, für eine ordnungsgemäße Überwachung des EU-Markts zu sorgen.

Ich habe für den Bericht Roth-Behrendt über die vorgeschlagene Verordnung für Kosmetikprodukte gestimmt, als Ersatz für die aktuelle Richtlinie, die unhandlich und veraltet war. Die Kosmetikbranche hat in den letzten Jahren eine beispiellose Expansion erlebt und die aktuelle Gesetzgebung bietet nicht mehr die erforderliche Rechtssicherheit.

Ich begrüße die neue Gesetzgebung, die zu einem besseren Verbraucherschutz beiträgt und Sicherheit vor kosmetischen Produkten bietet, die gesundheitsschädlich sind.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich. – (IT)** Ich habe für den Bericht von Frau Roth-Behrendt über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über kosmetische Mittel gestimmt.

Ich stimme völlig damit überein, dass für eine höhere Sicherheit von kosmetischen Produkten und die Sicherstellung des Schutzes und der Gesundheit aller Verbraucher ganz klar spezifische Kontrollinstrumente definiert werden müssen. Ich stimme auch darin mit der Berichterstatterin überein, dass, um den Kontrollmechanismus zu stärken, die Verantwortung für die Angaben zu kosmetischen Produkten einer unabhängigen Organisation übertragen werden sollte, um eine unabhängige Beurteilung zu gewährleisten.

**Flaviu Călin Rus (PPE-DE), schriftlich. – (RO)** Ich habe für den Entwurf einer legislativen Entschliebung des Europäischen Parlaments über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über kosmetische Mittel (Neufassung) gestimmt, weil ich glaube, dass jedes in Verkehr gebrachte Produkt sowohl die Qualitätsstandards als auch einen minimalen Sicherheitsstandard einhalten muss. Eine solche Verordnung, die darauf abzielt, die Sicherheit von kosmetischen Produkten zu erhöhen, ist eine Garantie für den Schutz und die Gesundheit der Verbraucher.

**Lydia Schenardi (NI), schriftlich. – (FR)** Seit der Einführung von Nanopartikeln in kosmetischen Produkten und aufgrund der Tatsache, dass die Kosmetikbranche zu den größten Opfern der Produktpiraterie zählt, ist es von großer Bedeutung, über klare Kontrollmöglichkeiten zu verfügen, insbesondere zur Identifizierung von Produktfälschungen, die nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen.

Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen kosmetische Mittel, die in der Nähe der Augen, auf Schleimhäuten, auf geschädigter Haut, bei Kindern und bei Menschen mit eingeschränkter Immunantwort angewendet werden. Besonders zu beachten ist die Bewertung der örtlichen Toxizität, die Reizung von Haut und Augen, die Sensibilisierung der Haut und im Fall der UV-Absorption die durch Licht bewirkte Toxizität. Zusätzlich ist die Bekämpfung von Produktfälschungen mit Hilfe dieser Kontrollen für die öffentliche Gesundheit und die Umweltbeeinflussung, aber auch für die Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich. Daher unterstützen wir diesen Bericht; es sollten allerdings keine neuen Tests an fertig gestellten Produkten durchgeführt werden, wenn mit den bekannten Angaben zu den enthaltenen Inhaltsstoffen nachgewiesen wird, dass sie die gesetzlichen Bestimmungen erfüllen.

#### **- Bericht: Daciana Octavia Sârbu (A6-0076/2009)**

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT)** In diesem Bericht billigt das Europäische Parlament mit einigen wenigen Änderungen die Forderung der Kommission nach einer Änderung der 98/8/EG über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten. Die Kommission ist der Ansicht, dass diese Änderung notwendig geworden ist, nachdem eine Bewertung ihrer Umsetzung zeigte, dass der Zehnjahreszeitraum bis zum 14. Mai 2010, der für die Bewertung der Wirkstoffe in Biozid-Produkten im Hinblick auf deren Aufnahme in die Positivliste der Gemeinschaft vorgesehen war, nicht ausreichen wird. Infolgedessen wäre der Übergangszeitraum, während dem der Biozid-Markt weiterhin durch die einzelstaatlichen Vorschriften geregelt wird, ausgelaufen, ohne dass eine Positivliste der Gemeinschaft erstellt worden wäre. In der Praxis würde dies bedeuten, dass wichtige Erzeugnisse wie beispielsweise Desinfektionsmittel in Krankenhäusern ab dem 15. Mai 2010 vom Markt genommen werden hätten müssen.

Um diese unerwünschte Auswirkung zu vermeiden, schlägt die Kommission eine Verlängerung des Übergangszeitraums um drei Jahre bis zum 14. Mai 2013 vor. Sollten auch diese drei Jahre nicht ausreichen, sieht die Kommission die Möglichkeit vor, ihn durch einen Komitologiebeschluss noch weiter zu verlängern. Die Berichterstatterin ist jedoch der Ansicht, dass diese Möglichkeit nicht genutzt werden sollte, um den gesamten Prozess endlos zu verlängern und schlägt daher außerdem Fristen vor.

**Duarte Freitas (PPE-DE), schriftlich. – (PT)** Ich unterstütze den Sârbu-Bericht und den Vorschlag der Kommission, der eine technische Änderung der bestehenden Gesetzgebung darstellt.

Die aktuelle Richtlinie sieht einen Übergangszeitraum (2000-2010) vor, während dem der Biozid-Markt weiterhin durch die einzelstaatlichen Vorschriften geregelt wird. Sie sieht jedoch auch ein Zehnjahresprogramm für die Bewertung der Wirkstoffe in Biozid-Produkten in Hinblick auf deren Aufnahme in eine Positivliste vor, die von der Kommission erstellt wird.

Da der gegenwärtige Stand des Prüfprogramms dieser Richtlinie den geplanten Abschluss bis 2010 nicht zulässt, ist es notwendig geworden, die erforderlichen Änderungen vorzunehmen, so dass die Übergangszeiträume für die meisten verzögerten Fälle verlängert werden können. Daher ist der Änderungsvorschlag angemessen.

**Rovana Plumb (PSE), schriftlich.** – (RO) Dieser Vorschlag der Kommission zur Änderung der Richtlinie 98/8/EG über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten wurde notwendig, nachdem eine Bewertung ihrer Umsetzung zeigte, dass der Zehnjahreszeitraum bis zum 14. Mai 2010, der für die Bewertung der Wirkstoffe in Biozid-Produkten im Hinblick auf deren Aufnahme in die Positivliste der Gemeinschaft vorgesehen war, nicht ausreichen wird. Infolgedessen wäre der Übergangszeitraum, während dem der Biozid-Markt weiterhin durch die einzelstaatlichen Vorschriften geregelt wird, ausgelaufen, ohne dass eine Positivliste der Gemeinschaft erstellt worden wäre. In der Praxis würde dies bedeuten, dass wichtige Erzeugnisse wie beispielsweise Desinfektionsmittel in Krankenhäusern ab dem 15. Mai 2010 vom Markt genommen werden hätten müssen.

Ich habe für diesen Bericht gestimmt weil die Verlängerung des aktuellen Übergangszeitraums ermöglicht, dass die Bewertung der Wirkstoffe in Biozid-Produkten abgeschlossen werden kann und sowohl die Mitgliedstaaten genügend Zeit für die Umsetzung der Bestimmungen und die Genehmigung und Registrierung dieser Erzeugnisse als auch die Industrie für die Vorbereitung und Vorlage vollständiger Dossiers haben. Weiterhin ermöglicht diese Verlängerung die Anwendung des Grundsatzes zur Vermeidung der Erzeugung von Abfallstoffen (Stoffe, die nicht bewertet wurden, werden zu Abfallstoffen) und hilft außerdem, das illegale Inverkehrbringen von Biozid-Produkten zu verhindern.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Ich habe für den Bericht von Frau Sârbu über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/8/EG über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten in Bezug auf die Verlängerung bestimmter Fristen gestimmt.

Angesichts des sensiblen und aufwändigen Prozesses zur Bewertung der Wirkstoffe in Biozid-Produkten stimme ich mit der Berichterstatterin überein, den Übergangszeitraum um vier Jahre anstatt um drei Jahre zu verlängern, um der Industrie ausreichend Zeit zu geben, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

#### **- Bericht: Zsolt László Becsey (A6-0121/2009)**

**Koenraad Dillen (NI), schriftlich.** – (NL) Im Bewusstsein, dass es notwendig ist, Menschen und vor allem junge Menschen in unserer Gesellschaft vom Rauchen abzuhalten, habe ich mich bei diesem Bericht der Stimme enthalten. Die EU möchte Zigaretten und Feinschnitttabak für selbstgedrehte Zigaretten sowie Zigarillos verteuern; das Problem ist jedoch, ob der scheinheilige Ansatz der Steuererhöhung hierzu der richtige Weg ist. Die Tabakindustrie beschäftigt schließlich eine große Anzahl von Menschen in den Mitgliedstaaten und in Krisenzeiten sollten die Auswirkungen solcher Maßnahmen auf die Lage am Arbeitsmarkt vor ihrer Umsetzung umfassend geprüft werden.

Wäre es nicht besser, das Rauchen zu reduzieren, indem wir die Menschen erziehen anstatt sie zu besteuern?

**Bruno Gollnisch (NI), schriftlich.** – (FR) Der Bericht von Herrn Becsey schlägt eine engere Harmonisierung der Tabaksteuern auf einer höheren Ebene vor und versteckt sich zu ihrer Rechtfertigung wenig überzeugend hinter den Zielen der öffentlichen Gesundheit. Tatsächlich ist das eigentliche Ziel ein reiner und perfekter Zigarettenmarkt auf europäischer Ebene, ein „entsegmentierter“ Markt mit einer einzigen Steuer, in dem der Wettbewerb uneingeschränkt wuchern kann.

Etwas mehr Kohärenz, bitte. Entweder geht es hier um die Gesundheit oder um den Markt. Bei bestimmten Produkten kann es nicht um den Markt gehen. Einige Staaten, wie Frankreich und Belgien wurden von der Kommission verklagt, weil sie Grenzwerte oder Mindestverkaufspreise festlegten. Nicht ohne Grund ist der Tabakmarkt so weit reguliert, auf nationaler (Abgabe nur nach Genehmigung) oder internationaler Ebene (begrenzte grenzüberschreitende Käufe), und nicht ohne Grund gibt es tatsächlich Grenzkontrollen, auch wenn sie durch die Europäische Verordnung behindert werden.



Dieser Bericht ist besorgniserregend für die Zukunft der französischen Tabakhändler, die beim Erhalt der lokalen Geschäfte und der Versorgung bestimmter öffentlicher Dienste in ländlichen Gebieten eine so wichtige Rolle spielen, und die von einer Steuererhöhung ernsthaft bedroht wären.

**Jörg Leichtfried (PSE)**, *schriftlich*. – Ich stimme für den Bericht von Zsolt László Becsey für höhere Steuern auf Tabakprodukte.

Die schrittweise Anhebung der Steuern auf Zigaretten und andere Tabakprodukte ab 2014 begrüße ich sehr. Auch die Aktualisierung der Begriffsbestimmungen für einige Arten von Tabakwaren halte ich für unerlässlich, um ein höheres Gesundheitsschutzniveau sicherzustellen.

Ich setze mich seit Jahren massiv für den Nichtraucherchutz ein und denke, dass durch diesen Bericht ein weiterer Schritt in die richtige Richtung gegangen wird. Unterlegt wird dies von den Erwartungen der Kommission, dass sich der Tabakkonsum durch diesen Vorschlag in den kommenden fünf Jahren um 10 % verringern soll.

**Astrid Lulling (PPE-DE)**, *schriftlich*. – (FR) Ich habe für den Becsey-Bericht gestimmt, weil ein extremer Anstieg der Verbrauchssteuer für Tabakwaren, wie von der Kommission vorgeschlagen, besonders in diesen ersten Krisenzeiten die Beschäftigungslage in diesem Sektor in Europa ernstlich schädigen würde. Die Erfahrung hat gezeigt, dass eine Hochpreispolitik keine effektive Methode zur Bekämpfung der Nikotinsucht darstellt.

Daher bin ich auch damit zufrieden, dass eine Anpassung der Mindeststeuer für Tabak für selbstgedrehte Zigaretten an die Mindeststeuer für Zigaretten vermieden wurde. Die Pufferfunktion des Tabaks für selbstgedrehte Zigaretten ist wichtig, um einen Anstieg des Zollbetrugs auf europäischem Gebiet zu verhindern. In Deutschland hat eine Studie gezeigt, dass in einigen Ländern mehr als die Hälfte der Zigaretten geschmuggelt wurde. Um dieses Phänomen einzuschränken, muss Feinschnitttabak weiterhin als Zigarettenerersatz verfügbar bleiben.

Ich bedauere, dass einige sehr vernünftige Änderungsanträge nur mit einer knappen Mehrheit abgelehnt wurden.

Ich vertraue darauf, dass unsere Botschaft den Ministerrat, der einstimmig entscheiden muss, dennoch erreicht.

**David Martin (PSE)**, *schriftlich*. – Ich stimme einer Besteuerung von Tabakwaren sowie einer europaweiten Mindeststeuer zu, habe mich jedoch der Stimme enthalten, da für die britische Tabaksteuer ein großer Schaden entstehen könnte. Die Regierung genießt die Freiheit, die Tabaksteuer zu erhöhen, wodurch ein Anreiz geschaffen wird, das Rauchen einzuschränken oder damit aufzuhören, unsere Gesundheit zu fördern und den Staatlichen Gesundheitsdienst (National Health Service, NHS) zu entlasten. Dieser Bericht hätte die Möglichkeit der Regierung, Tabakwaren zu besteuern, gefährdet und eingeschränkt. Daher habe ich mich der Stimme enthalten.

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Ich habe gegen den Bericht von Herrn Becsey zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/79/EWG, der Richtlinie 92/80/EWG und der Richtlinie 95/59/EG über die Struktur und die Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren gestimmt.

Ich unterstütze den oben genannten Vorschlag nicht, weil er meiner Ansicht nach den Vorschlag der Kommission schwächen könnte. Als Ergebnis würde er das Erreichen des beabsichtigten Ziels verhindern, das darin besteht, den Tabakkonsum bis 2014 um 10 % zu verringern.

**Olle Schmidt (ALDE)**, *schriftlich*. – (SV) Der Vorschlag der Kommission zielt darauf ab, die Besteuerung von Tabakwaren innerhalb der EU zu harmonisieren, um den erheblichen grenzüberschreitenden Tabakhandel, der die Ziele zur öffentlichen Gesundheit der Mitgliedstaaten zu untergraben droht, einzudämmen. Der Vorschlag, der vom Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft und Währung vorgelegt wurde, ist im Vergleich zu dem im Originaltext der Kommission enthaltenen Vorschlag bedeutend abgemildert. Als Vertreter der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa habe ich mein Bestes getan, um den Bericht zu verbessern. Die Lösung des Problems der Tabaksteuern gestaltet sich aufgrund der großen Unterschiede bei den Steuersätzen und den Ansichten über die schädliche Wirkung von Tabak innerhalb der EU sehr schwierig. Innerhalb der verschiedenen Fraktionen gingen die Meinungen weit auseinander, auch in meiner eigenen. Trotz meiner Bemühungen bin ich letztlich zu dem Schluss gekommen, dass der Vorschlag des Parlaments nicht weit genug geht. Daher habe ich mich entschieden, mich in der Schlussabstimmung über die neuen Tabaksteuern der Stimme zu enthalten.

**Peter Skinner (PSE), schriftlich.** – Die Arbeiterpartei im Europäischen Parlament stimmt zu, dass die zu niedrigen Steuersätze das grenzüberschreitende Zinsgefälle fördern und zu unkontrollierten/unlizenzierten Wiederverkäufen von Tabakwaren führen. Die Mindestsätze für die Besteuerung stellen daher ein sehr nützliches Instrument dar, um die notwendigen Änderungen für einen beginnenden Wandel umzusetzen. Einige europäische Länder möchten vielleicht höhere als die Mindestsätze einführen, aus berechtigten wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen, und auch das ist in Ordnung.

**Marianne Thyssen (PPE-DE), schriftlich.** – (NL) Ich erkenne die Bemühungen des Berichterstatters bei der Erstellung seines Berichts durchaus an, sehe mich jedoch außerstande, seinen Vorschlag zu unterstützen. Ich bin absolut davon überzeugt, dass eine Erhöhung der Verbrauchssteuern für Tabak zweckdienlich ist, um den Tabakkonsum zu bekämpfen. Ich möchte sogar behaupten, dass für mich die gesundheitlichen Überlegungen grundsätzlich wichtiger sind als die wirtschaftlichen. Ich finde es außerdem bedauerlich, dass der Berichterstatter die Vorschläge der Kommission abschwächt. Aus diesen Gründen habe ich daher gegen den Bericht von Herrn Becsey gestimmt.

**- Bericht: Cristiana Muscardini (A6-0054/2009)**

**Alessandro Battilocchio (PSE), schriftlich.** – (IT) Ich habe für den Bericht gestimmt.

Durch die Einwanderung auf dem Kontinent in den letzten dreißig Jahren haben sich stillschweigend barbarische und rechtswidrige Praktiken in Europa eingeschlichen, die zum größten Teil in Afrika ausgeübt werden.

Die Angaben der Weltgesundheitsorganisation sind recht eindeutig: Genitalverstümmelungen bei Frauen sind in 28 afrikanischen Ländern, im Nahen Osten und in einigen Ländern Asiens weit verbreitet. Etwa 100-140 Millionen Frauen und Mädchen in der Welt haben solche Praktiken erlitten und jedes Jahr sind etwa 4 Millionen potenziell davon bedroht. Die Genitalverstümmelungen bedeuten eine Verschlechterung des europäischen Integrationsprozesses sowie eine Abwertung der Geschlechtergleichstellung.

Das Europäische Parlament, das sich seit Jahren für die Einhaltung der Grundrechte aller Bürger engagiert, hat bereits im Jahr 2001 eine Entschliebung zu diesem Thema gefasst. Jetzt jedoch ist es an der Zeit, einen Schritt weiter zu gehen und auch das DAPHNE III-Programm zu unterstützen, das bisher bereits 14 Vorhaben zum Thema Genitalverstümmelung finanziert hat, und Prioritäten für die Prävention und die Beseitigung von Genitalverstümmelung bei Frauen in Europa festlegt. Ein Bereich, in dem der Kampf gegen Genitalverstümmelung bei Frauen intensiviert werden muss, ist die Verhinderung solcher Praktiken bei Mädchen. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung ist die Identifizierung von gefährdeten Minderjährigen und die Umsetzung von Präventivmaßnahmen zusammen mit ihren Familien durch psychologische Unterstützungsmaßnahmen.

**Martin Callanan (PPE-DE), schriftlich.** – Etwas Schrecklicheres und Primitiveres als die Genitalverstümmelung von Frauen ist kaum vorstellbar. Unglücklicherweise sind diese barbarischen Praktiken durch den stetigen Zustrom von Einwanderern aus Ländern, in denen sie regelmäßig ausgeübt werden, auch innerhalb der EU aufgetreten.

Der Muscardini-Bericht stellt ganz richtig unseren Abscheu vor einer solchen Brutalität dar und schlägt Möglichkeiten vor, sicherzustellen, dass unsere Wertvorstellungen von Gleichheit und Freiheit in konkrete Maßnahmen gegen die Genitalverstümmelung von Frauen umgesetzt werden. Ungeachtet der Verpflichtung der Europäischen Union zum multikulturellen Austausch müssen wir sicherstellen, dass die unbarmherzige politische Korrektheit, die die Gesetzgebung der EU verströmt, sich nicht auf unsere Entschlossenheit, diese hässliche Praxis auszumerzen, auswirkt.

Natürlich sind unsere Möglichkeiten, die Genitalverstümmelung von Frauen in Drittländern zu verhindern, begrenzt. Wir müssen jedoch darauf vorbereitet sein, die Beziehungen beim Handel und bei Staatshilfen mit Verbesserungen bei den Menschenrechten zu verknüpfen, insbesondere in Hinblick auf die Ächtung dieses abstoßenden Verbrechens gegen Frauen.

**Charlotte Cederschiöld, Christofer Fjellner, Gunnar Hökmark und Anna Ibrisagic (PPE-DE), schriftlich.** – (SV) Wir haben heute für den Initiativbericht A6-0054/2009 von Frau Muscardini über die Bekämpfung der Genitalverstümmelung von Frauen in der EU gestimmt. Der Bericht weist auf ein äußerst ernstes Problem hin und stellt deutlich den Handlungsbedarf dar, der gegen solche Praktiken besteht. Der Bericht unterbreitet außerdem verschiedene Vorschläge, wie dies erreicht werden kann. Wir begrüßen daher die Tatsache, dass die Mitgliedstaaten dieses Problem gemeinsam angehen.

Wir möchten jedoch hervorheben, dass das Problem regelmäßiger, präventiver Gesundheitsuntersuchungen bei Mädchen und Frauen, denen in der EU wegen einer drohenden Genitalverstümmelung Asyl gewährt wird, durch die einzelnen Mitgliedsstaaten geregelt werden muss, unter Berücksichtigung der Rechte der betroffenen Personen.

**Proinsias De Rossa (PSE), schriftlich.** – Ich unterstütze diesen Bericht, der das sehr ernste Problem der Genitalverstümmelung von Frauen aufgreift. Genitalverstümmelungen sind durch die Einwanderungen in den letzten dreißig Jahren in Europa gebräuchlicher geworden. Genitalverstümmelungen verursachen nicht nur kurz- und langfristig sehr gravierende und irreparable Verletzungen der seelischen und körperlichen Gesundheit der betroffenen Frauen und Mädchen – die in einigen Fällen sogar zum Tode führen können – sondern stellen außerdem eine Verletzung der in mehreren internationalen Übereinkommen festgeschriebenen Rechte dar, sind im Strafrecht der Mitgliedstaaten verboten und verstoßen darüber hinaus gegen die Prinzipien der Grundrechte-Charta der Europäischen Union.

Es wird geschätzt, dass in Europa ca. 500 000 Frauen von Genitalverstümmelungen betroffen sind und ca. 180 000 Immigrantinnen in Europa jedes Jahr Genitalverstümmelungen erleiden oder einem entsprechenden Risiko ausgesetzt sind.

Der Bericht ruft die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, gemeinsam an einer Harmonisierung der geltenden Gesetzgebung zu arbeiten. Ziel ist, sich durch eine bessere Integration der Immigrantenfamilien auf die Prävention zu konzentrieren und durch Werbe- und Bildungskampagnen sowie durch das Anregen von Dialogforen über traditionelle Praktiken ein stärkeres Bewusstsein für dieses Problem zu entwickeln. Der Bericht unterstützt nachdrücklich die Verfolgung aller Personen, die Genitalverstümmelungen durchführen, die Bereitstellung medizinischer und rechtlicher Unterstützung für die Opfer sowie Schutz für alle gefährdeten Personen, wie zum Beispiel das Gewähren von Asyl in bestimmten Fällen.

**Avril Doyle (PPE-DE), schriftlich.** – Die Praxis der Genitalverstümmelung von Frauen betrifft nach Amnesty International 130 Millionen Frauen, für die aus kulturellen, religiösen oder anderen, nichttherapeutischen Gründen, die Beschneidung eine „geschätzte“ soziale Praxis darstellt, die ihnen aufgezwungen wird. Forschungen zufolge wurzeln diese Praktiken in dem Glauben, dass eine Beschneidung die Sexualität der Frau mäßigt, wodurch ihre „Heiratsfähigkeit“ sichergestellt ist. Dies gilt als religiös sanktioniert. Genitalverstümmelungen sind bekannt dafür, dass sie für Frauen, die dieser Praxis unterzogen werden, langfristig eine Vielfalt von Komplikationen nach sich ziehen und sogar tödlich verlaufen können. Diese Praxis machte in erster Linie durch die Globalisierung und die wachsende Mobilität der Menschen auf sich aufmerksam und nach und nach entwickelte sich eine zunehmende Verknüpfung mit der Einwanderungs- und Asylpolitik.

Wenn Menschen Angst vor Verfolgung haben, sind sie berechtigt, Grenzen zu überschreiten und Zuflucht und Sicherheit zu suchen. Genitalverstümmelungen sind derzeit ein zentrales Thema in Asylfällen, wobei Michael Aondoakaa, der nigerianische Justizminister kürzlich angeboten hat, gegen Familien auszusagen, die wegen einer drohenden Genitalverstümmelung in Nigeria um Asyl ersucht haben, wo diese offiziell geächtet ist. Inoffiziell akzeptiere ich jedoch, dass sie immer noch in weiten Teilen ausgeübt wird, auch in Nigeria.

In Irland werden Genitalverstümmelungen als Ausdruck einer geschlechtsbezogenen Gewalt betrachtet. Ich unterstütze den Bericht von Frau Muscardini.

**Lena Ek und Olle Schmidt (ALDE), schriftlich.** – (SV) Heute haben wir zum Initiativbericht über die Bekämpfung der Genitalverstümmelung bei Frauen Stellung genommen. Wir haben uns entschieden, die alternative Entschließung, die neben anderen hier im Parlament von unserer Fraktion eingereicht wurde, und die letztlich die Stimmenmehrheit gewonnen hat, nicht zu unterstützen. Wir haben diese Entscheidung getroffen, weil wir glauben, dass der ursprüngliche Bericht besser war. In der alternativen Entschließung war die Forderung nach regelmäßigen ärztlichen Untersuchungen für Frauen enthalten, denen aufgrund einer drohenden Genitalverstümmelung Asyl gewährt wurde. Zweck dieser Formulierung ist es, die Genitalverstümmelung von Frauen innerhalb der EU zu verhindern. Wir glauben jedoch, dass diese Maßnahme einen Eingriff in die Privatsphäre darstellt und viel zu weit geht. Sie dürfte junge, bereits gefährdete Frauen auf eine Weise zusätzlich belasten, die nicht akzeptabel ist. Der Arztbesuch sollte eine freiwillige Angelegenheit bleiben. Daher haben wir beschlossen, die alternative Entschließung nicht zu unterstützen.

**Edite Estrela (PSE), schriftlich.** – (PT) Ich habe für den Antrag auf eine Entschließung des Europäischen Parlaments über die Bekämpfung der Genitalverstümmelung bei Frauen in der Europäischen Union gestimmt. Die Genitalverstümmelung von Frauen verursachen nicht nur sehr gravierende und irreparable Verletzungen

der seelischen und körperlichen Gesundheit bei den Frauen, sondern stellen auch eine Verletzung der grundlegenden Menschenrechte dar. Aufgrund der irreparablen Schäden, die Genitalverstümmelungen verursachen, müssen sie von der Gesellschaft als schwerwiegendes Verbrechen betrachtet und energisch bekämpft werden.

In Europa wurden schätzungsweise 500 000 Frauen Opfer dieses Verbrechens. Daher ist es unerlässlich, dass die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten gemeinsam daran arbeiten, die geltende Gesetzgebung zu harmonisieren, um Genitalverstümmelungen in der Europäischen Union zu verhindern und zu stoppen.

**Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich.** – (SV) Die Genitalverstümmelung von Frauen ist ein grausamer und unmenschlicher Brauch, der in einer modernen Gesellschaft keinen Platz hat. Da die Juni-Liste die EU nicht einfach nur als Form der Zusammenarbeit zum Wohle von Wachstum und Handel, sondern auch als Forum für den Erhalt der gemeinsamen grundlegenden menschlichen Werte betrachtet, haben wir uns entschieden, für den Bericht zu stimmen.

Wir sind jedoch strikt gegen einige der weit reichenden Formulierungen in Bezug auf das Strafrecht der Mitgliedstaaten. Eine Gesetzgebung, die zum Ziel hat, das Funktionieren der Gesellschaft zu sichern, sollte von den national gewählten Parlamenten, nicht vom Europäischen Parlament initiiert und beschlossen werden.

**Anna Ibrisagic (PPE-DE), schriftlich.** – (SV) Ich habe heute gegen den Initiativbericht A6-0054/2009 von Frau Muscardini über die Bekämpfung der Genitalverstümmelung bei Frauen in der Europäischen Union gestimmt. Dieser Bericht behandelt ein äußerst ernstes Problem und macht deutlich, dass hier ein dringender Handlungsbedarf besteht, um es zu lösen. Ich begrüße die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in diesem Bereich.

Ich habe mich dennoch entschieden, gegen den Bericht zu stimmen, weil ich glaube, dass jegliche Gesundheitsvorsorge auf freiwilliger Basis erfolgen sollte. Ich bin gegen regelmäßige medizinische Untersuchungen für Mädchen und Frauen, denen wegen einer drohenden Genitalverstümmelung Asyl gewährt wird, weil ich glaube, dass dies diskriminierend ist und einen Eingriff in die Privatsphäre darstellt.

**Jörg Leichtfried (PSE), schriftlich.** – Ich stimme für den Bericht von Cristina Muscardini über schärferes Vorgehen gegen Genitalverstümmelung. Über eine halbe Million Frauen sind heutzutage immer noch von dem grausamen Ritual betroffen, welches ein für alle mal verboten und strafrechtlich verfolgt werden muss. Die bisher getroffenen Maßnahmen und Beschlüsse müssen gebündelt und erweitert werden, es müssen umfassende Strategien und Aktionspläne entworfen werden, um Frauen vor der archaischen Tradition der Beschneidung schützen zu können.

Die Kommission muss bei Verhandlungen mit Drittländern weiterhin versuchen, die Abschaffung von Genitalverstümmelung als Klausel einzubringen, und der Tatbestand der Beschneidung in allen Mitgliedsstaaten der EU muss strafrechtlich verfolgt werden können.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Ich habe für den Bericht von Frau Muscardini über die Bekämpfung der Genitalverstümmelung bei Frauen in der Europäischen Union gestimmt.

Ich betrachte solche Praktiken als eine abscheuliche Verletzung des Menschenrechts auf die Unversehrtheit der Person. Daher stimme ich der Berichterstatlerin zu, dass wir eine zuverlässige Strategie zur Prävention und Ausmerzung von Genitalverstümmelungen benötigen.

**Lydia Schenardi (NI), schriftlich.** – (FR) Selbstverständlich werden wir diesen mutigen Bericht unterstützen, der veraltete Praktiken angreift – Praktiken, die sich als Folge der Einwanderung in Europa ausbreiten.

Gemäß der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau ist es nicht länger hinnehmbar, dass solche Praktiken in Europa und der übrigen Welt weiterbestehen können.

Laut der Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben 100 bis 140 Millionen Frauen und Mädchen weltweit Genitalverstümmelungen erlitten und sind jährlich etwa zwei bis drei Millionen Frauen potenziell der Gefahr ausgesetzt, diese Praktiken mit ihren gravierenden gesundheitlichen Folgen erdulden zu müssen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass diese Praktiken aus gesellschaftlichen Strukturen entstehen, die auf einer Ungleichheit der Geschlechter und auf unausgewogenen Machtbeziehungen von Beherrschung und Kontrolle

unter gesellschaftlichem und familiärem Druck beruhen, und dass dies zu einer Verletzung von Grundrechten führt und schwerwiegende und irreparable Schäden verursachen kann.

Wir müssen diese Praktiken uneingeschränkt verurteilen und bestrafen. Die Zuwandererbevölkerung muss unsere Gesetze und unsere Achtung vor dem Individuum respektieren und darf diese inakzeptablen und barbarischen Praktiken nicht mitbringen.

**Søren Bo Søndergaard (GUE/NGL), schriftlich.** – Die Praxis der Genitalverstümmelung von Frauen muss von den Mitgliedstaaten verurteilt werden. Sie stellt eine Verletzung der grundlegenden Rechte von Frauen dar, insbesondere des Rechts auf die Unversehrtheit der Person und des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung und Reproduktion. Einige Aspekte des Muscardini-Berichts kann ich allerdings nicht uneingeschränkt unterstützen, wie beispielsweise die Formulierungen in Bezug auf die Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Eltern, die Asyl beantragen, weil sie die Zustimmung zur Genitalverstümmelung ihres Kindes verweigert haben. Ich sehe keinen Grund, gegen Menschen, die mit dieser spezifischen Begründung um Asyl ersuchen, einen besonderen Verdacht zu hegen. Eine weitere Formulierung in dem Bericht, die ich nicht unterstütze, ist der Vorschlag regelmäßiger medizinischer Untersuchungen bei Frauen und Mädchen, denen wegen einer drohenden Genitalverstümmelung in ihrem Heimatland Asyl gewährt wird. Ich halte diese Praktiken für eine Diskriminierung dieser Frauen und Mädchen. Jede Person, die in einem Mitgliedstaat Asyl erhält, sollte dieselben Rechte und Pflichten haben wie die anderen Bürger dieses Landes.

**Eva-Britt Svensson (GUE/NGL), schriftlich.** – Die Praxis der Genitalverstümmelung von Frauen muss von den Mitgliedstaaten verurteilt werden. Sie stellen eine Verletzung der grundlegenden Rechte von Frauen dar, insbesondere des Rechts auf die Unversehrtheit der Person und des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung und Reproduktion.

Einige Aspekte des Muscardini-Berichts kann ich allerdings nicht uneingeschränkt unterstützen, wie beispielsweise die Formulierungen in Bezug auf die Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Eltern, die Asyl beantragen, weil sie die Zustimmung zur Genitalverstümmelung ihres Kindes verweigert haben. Ich sehe keinen Grund, gegen Menschen, die mit dieser spezifischen Begründung um Asyl ersuchen, einen besonderen Verdacht zu hegen.

Eine weitere Formulierung in dem Bericht, die ich nicht unterstütze, ist der Vorschlag regelmäßiger medizinischer Untersuchungen bei Frauen und Mädchen, denen wegen einer drohenden Genitalverstümmelung in ihrem Heimatland Asyl gewährt wird. Ich halte diese Praktiken für eine Diskriminierung dieser Frauen und Mädchen. Jede Person, die in einem Mitgliedstaat Asyl erhält, sollte dieselben Rechte und Pflichten haben wie die anderen Bürger dieses Landes.

**Frank Vanhecke (NI), schriftlich.** – (NL) Ich unterstütze den Bericht von Frau Muscardini oder vielmehr den geänderten Text als Ganzes, da offensichtlich kein vernünftiger Mensch anders als mit äußerstem Abscheu auf die grausame Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen in – und ich verwende diesen Begriff mit einem absoluten Mangel an Respekt – rückständigen Kulturen und Religionen reagieren kann.

Ich finde es bedauerlich, dass hier wieder die üblichen Schlüsselbegriffe von den „Reproduktionsrechten“ fallen, auch wenn sie tatsächlich gänzlich unangemessen sind und wahrscheinlich nur dazu dienen, die politisch korrekte Linke an Bord zu bringen. Was das Recht auf Abtreibung mit der Bekämpfung einer barbarischen Genitalverstümmelung zu tun hat, wird mir ein Geheimnis bleiben.

Wir sollten diese Gelegenheit besser nutzen, uns zu fragen, ob beispielsweise der Islam diesen fundamentalen Wert der Gleichstellung von Frau und Mann respektiert, und, wenn die Antwort „Nein“ lautet, ob der Islam in unserem Europa einen Platz hat.

**Anders Wijkman (PPE-DE), schriftlich.** – (SV) Der ursprüngliche Initiativbericht über die Bekämpfung der Genitalverstümmelung bei Frauen war sehr gut, die überarbeitete Fassung jedoch, die die Abstimmung gewonnen hat, enthielt eine Formulierung, mit welcher die Autoren den Wunsch ausdrücken, für Frauen, denen wegen einer drohenden Genitalverstümmelung Asyl gewährt wird, regelmäßige medizinische Untersuchungen einzuführen. Der beabsichtigte Zweck dieses Vorschlags ist die Prävention von Genitalverstümmelungen bei Frauen in dem aufnehmenden EU-Mitgliedstaat. Ich glaube, dass erzwungene medizinische Untersuchungen einen massiven Eingriff in die Privatsphäre darstellen. Der Arztbesuch muss freiwillig bleiben. In dieser Situation eine Verpflichtung einzuführen, ist vollständig inakzeptabel. Daher habe ich gegen die überarbeitete Fassung gestimmt.

**Anna Záborská (PPE-DE), schriftlich.** – (SK) Ich habe mich besonders bemüht, sicherzustellen, dass der Ausschuss, den ich leite, in der Lage ist, die Arbeit bis zur Verabschiedung der Entschließung abzuschließen. Dieses Thema ist zweifellos von großer Bedeutung.

Die Genitalverstümmelung verursacht sehr gravierende und irreparable Verletzungen der seelischen und körperlichen Gesundheit der betroffenen Frauen und Mädchen, sie missbraucht sie als Menschen und verletzt ihre Unversehrtheit. In manchen Fällen kann sie sogar zum Tode führen.

In dem Bericht ruft das Europäische Parlament die Mitgliedstaaten auf, ein präventives Maßnahmenpaket zum Schutz minderjähriger Mädchen anzunehmen, das die Zuwanderungsbevölkerung nicht stigmatisiert und das über öffentliche Programme und soziale Pflegedienste funktionieren würde, mit dem Ziel, solche Praktiken zu verhindern und den Opfern solcher Praktiken zu helfen. Ich bitte die Mitgliedstaaten zu bedenken, in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen zum Kinderschutz, ob die Bedrohung oder die Gefahr einer Verstümmelung der Genitalorgane einer Minderjährigen nicht ein Grund für das Eingreifen der staatlichen Behörden ist.

Die Mitgliedstaaten sollten für Angehörige der Gesundheitsberufe, Erzieher und Sozialarbeiter Leitfäden und Richtlinien mit dem Ziel ausarbeiten, die Eltern in respektvoller Weise und erforderlichenfalls mit Hilfe von Dolmetschern über die enormen Gefahren der Genitalverstümmelungen bei Frauen zu informieren.

Die Entschließung ruft jedoch auch dazu auf, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und Reproduktion zu unterstützen. Dieses Konzept wurde nie von der Weltgesundheitsorganisation oder den Instrumenten des *acquis communautaire* definiert. Daher wird die Entschließung von einigen Fraktionen zur Unterstützung von Abtreibungen missbraucht.

Es tut mir Leid, aber ich habe mich aus diesem Grund der Stimme enthalten.

**- Bericht: Vasco Graça Moura (A6-0092/2009)**

**Alessandro Battilocchio (PSE), schriftlich.** – (IT) Ich habe mich bei verschiedenen Gelegenheiten zugunsten von Themen zur Mehrsprachigkeit ausgesprochen, daher dürfte meine Position allen klar sein.

Die sprachliche und kulturelle Vielfalt der Europäischen Union ist ein enormer Wettbewerbsvorteil. Meiner Ansicht nach ist es unerlässlich, in der Praxis Programme für den Sprachunterricht und für den kulturellen und studentischen Austausch inner- wie außerhalb der Europäischen Union zu fördern, wie ich es durch meine Unterstützung des Programms „Erasmus Mundus“ getan habe. Die Mehrsprachigkeit ist für eine wirksame Kommunikation von wesentlicher Bedeutung und stellt ein Instrument dar, das die Verständigung zwischen den Menschen und somit die Akzeptanz der Unterschiedlichkeit und von Minderheiten erleichtert.

Die Sprachenvielfalt spielt außerdem auch im täglichen Leben der europäischen Bürger eine entscheidende Rolle aufgrund der Durchdringung der Medien, der zunehmenden Mobilität, der Zuwanderung und der fortschreitenden kulturellen Globalisierung. Dem Erwerb eines breiten Spektrums von Sprachkompetenz für alle europäischen Bürger wird größte Bedeutung beigemessen, da er sie befähigt, sich die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vorteile der Freizügigkeit innerhalb der Union und in den Beziehungen der Union mit Drittländern in vollem Umfang zunutze zu machen. Die Sprache ist in der Tat ein fundamentaler Faktor der sozialen Integration.

Die Sprachenvielfalt Europas stellt daher ein wesentliches Kulturgut dar und es wäre falsch, sich in der Europäischen Union auf eine einzige Hauptsprache festzulegen.

**Adam Bielan (UEN), schriftlich.** – (PL) Die Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union ist eine wichtige Brücke in den Beziehungen mit Drittländern. Sie kann uns einen enormen Wettbewerbsvorteil verschaffen, daher sollten Bildungs- und Austauschprogramme zum Spracherwerb unterstützt werden, aber nicht nur in den städtischen Ballungsräumen, in denen der Zugang zu diesen Dingen ohnehin bereits einfacher ist.

Bei der Einführung einer solchen Politik müssen wir auch bedenken, dass die Europäer zwar vereint, in erster Linie jedoch Bürger ihrer eigenen Länder sind. Es sollte Wert darauf gelegt werden, dass sie sich mit ihrer eigenen Sprache identifizieren können. Dieser Aspekt wird ebenfalls in dem Bericht von Herrn Moura erwähnt.

**Martin Callanan (PPE-DE), schriftlich.** – Die Europäische Union gibt im Namen der Mehrsprachigkeit jährlich enorme Summen an Steuergeldern aus. Für eine Organisation, die danach strebt, die Unterschiede zwischen Nationen und Menschen zu verwischen, misst die Europäische Union dem sprachlichen Nationalismus eine

ziemlich große Bedeutung bei. Ein Beispiel hierfür ist das Zugeständnis an die irischen Nationalisten, Gälisch zu einer der offiziellen Sprachen der Europäischen Union zu machen.

Der mit der fehlgeleiteten Politik der Mehrsprachigkeit verbundene finanzielle und bürokratische Aufwand wird mit einer neuerlichen EU-Erweiterung nur größer werden. Meine Wähler sind ziemlich besorgt in Hinblick auf die ihrer Meinung nach willkürliche Verwendung öffentlicher Gelder, mit denen eine Politik umgesetzt wird, die hinter der politischen Schönfärberei kaum praktischen Nutzen besitzt.

Trotz der Tatsache, dass Englisch nun die gebräuchlichste Sprache im Europäischen Parlament ist, würde ich zögern, es als einzige Arbeitssprache zu festzulegen. Angesichts der Begeisterung der Europäischen Union für Harmonisierung glaube ich, dass eine gemeinsame Sprache ein natürlicher Schritt auf dem Weg zu einem föderalen Superstaat ist. Daher glaube ich, dass wir eine Handvoll Arbeitssprachen haben sollten. Wenn die UN mit sechs Sprachen für ungefähr 200 Mitgliedstaaten auskommt, sollte die Europäische Union sicherlich auch eine Kürzung vertragen können.

**Koenraad Dillen (NI), schriftlich. – (NL)** Ich habe gegen diesen Bericht gestimmt, weil seine Bestimmungen von bestimmten Minderheiten in Flandern missbräuchlich angewendet werden könnten. Es ist sicher zweckdienlich, die Sprachenvielfalt der Jugend auf jede erdenkliche Weise zu fördern, insbesondere in der Europäischen Union, aber eine solche Politik darf nicht auf Kosten des angemessenen Respekts vor den lokalen Traditionen gehen. Ich denke hier beispielsweise an die niederländische Sprache in der Provinz Flämisch-Brabant in Flandern. Eine Europäische Agentur für Sprachenvielfalt würde rasch von der französischsprachigen Minderheit als Mittel zum Zweck genutzt werden, um die obligatorische Verwendung des Niederländischen in Flandern zu umgehen. Die Vergangenheit hat häufig gezeigt, wie gering das Verständnis „Europas“ für bestimmte Situationen in den Mitgliedstaaten ist. Es obliegt den Einwanderern und Minderheiten, die Sprache des Gebiets, in dem sie leben, zu erlernen und zu gebrauchen. Das zeugt von der Sprachenvielfalt, nicht der umgekehrte Weg.

**Edite Estrela (PSE), schriftlich. – (PT)** Ich habe gegen den alternativen Entschließungsantrag zu dem Graça-Moura-Bericht über „Mehrsprachigkeit: Trumpfkarte Europas, aber auch gemeinsame Verpflichtung“ gestimmt, weil er bestimmten Grundsätzen des Europäischen Parlaments widerspricht, wenn er Eltern die Möglichkeit nimmt, in Ländern oder Regionen mit mehreren offiziellen Sprachen oder mit Regionalsprachen zu bestimmen, in welcher offiziellen Sprache ihre Kinder unterrichtet werden.

Stattdessen verweist der alternative Entschließungsantrag einfach auf die Notwendigkeit, den Schülern, die nicht in ihrer Muttersprache unterrichtet werden können, besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und entwertet dabei das Grundprinzip der entscheidenden Bedeutung des Unterrichts in der Muttersprache, und zwar nicht nur für den schulischen Erfolg im Allgemeinen, sondern auch für den Erwerb anderer Fremdsprachen.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT)** Dies ist insgesamt ein sehr positives Dokument, dessen Annahmen und Empfehlungen wir unterstützen. Die wesentliche Frage, die sich stellt, ist die, ob der Vorschlag umsetzbar ist, da in Hinblick auf die politische Richtung, die die Europäische Union eingeschlagen hat, noch viel zu tun ist, wenn erreicht werden soll, was in dem Dokument als wesentlich bezeichnet wird.

Bei einigen der angesprochenen Themen, wie zum Beispiel der Überlegenheit bestimmter europäischer Sprachen zum Nachteil anderer, befinden wir uns eindeutig in einer negativen Ausgangsposition. In dieser Hinsicht verweisen wir auf die sprachliche und kulturelle Isolation, in die bestimmte nationale Vorgehensweisen einige ethnische Gruppen in Europa gedrängt haben, die zu einer erheblichen Diskriminierung führten. Auf dem Spiel stehen das spezifische kulturelle Erbe der Völker Europas und seine erfolgreiche Übergabe an die künftigen Generationen.

Wir möchten außerdem die Bedeutung der Rolle von Lehrern, Übersetzern und Dolmetschern als diejenigen Berufsgruppen hervorheben, deren Arbeit für den Unterricht, die Verbreitung und das gegenseitige Verstehen der in der Europäischen Union gesprochenen Sprachen unterlässlich ist.

Daher bedauern wir, dass der alternative Entschließungsantrag angenommen wurde, da dieser bestimmte, im Graça Moura-Bericht enthaltenen Elemente abschwächt, nicht zuletzt die Verteidigung der Muttersprache und das Recht der Eltern, in Ländern oder Regionen mit mehreren offiziellen Sprachen oder mit Regionalsprachen zu bestimmen, in welcher offiziellen Sprache ihre Kinder unterrichtet werden.

**Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich. – (SV)** Die Juni-Liste glaubt, dass kulturelle Themen in die politische Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen sollten.

Dieser Bericht gehört nicht zum legislativen Verfahren und gibt lediglich die Meinung der föderalistischen Mehrheit des Europäischen Parlaments wieder, dass die EU ihre Einmischung in die Kultursphäre weiter ausweiten sollte.

Wie üblich besteht der Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments darauf, neue, kostenaufwändige Programme und Agenturen auf EU-Ebene vorzuschlagen. Wir in der Juni-Liste glauben nicht, dass ein Mehrjahresprogramm zur Sprachenvielfalt und zum Sprachenlernen oder eine Europäische Agentur zur Sprachenvielfalt und zum Sprachenlernen auf EU-Ebene für die ca. 500 Millionen Einwohner Europas einen wesentlichen Nutzen haben, außer, dass die Steuerzahler noch stärker belastet werden.

Auch glauben wir nicht, dass der Plan der Kommission zur Einführung von Informations- und Aufklärungskampagnen über die Vorteile des Sprachenlernens in der realen Welt irgendwelche Auswirkungen haben wird. Es liegt an den Mitgliedstaaten, ihre jeweiligen Bürger mit Hilfe ihrer Bildungspolitik zum Sprachenlernen zu motivieren. Dies ist kein Thema für die Europäische Union.

Aus diesem Grund haben wir gegen diesen Bericht gestimmt.

**Adrian Manole (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Europa erlebt heute eine neue Welt der Globalisierung, der zunehmenden Mobilität und der Wanderungsbewegungen sowie der regionalen Erholung und spielt eine wiedererstarke Rolle in grenzüberschreitenden Regionen. Daher muss Mehrsprachigkeit für die Bürger Europas und unsere Gesellschaft neue Lösungen anbieten.

Ich möchte dem Berichterstatter zu diesem Bericht gratulieren. Ich hoffe außerdem, dass die von uns eingereichten Änderungen den wechselseitigen Respekt vor den Sprachen sicherstellen, einschließlich der Sprachen der nationalen Minderheiten oder unserer Einwanderer, da unser lebendiges sprachliches Erbe einen wertvollen Schatz darstellt: eine Ressource, die unsere Wertschätzung verdient.

Die Sprache ist für uns alle der direkteste Ausdruck unserer Kultur. Wenn wir andere Sprachen lernen, entdecken wir daher andere Kulturen, Werte, Grundsätze und Standpunkte. Wir können in Europa unsere gemeinsamen Werte entdecken. Diese Bereitschaft zum Dialog ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Unionsbürgerschaft und ein Grund dafür, weshalb Sprachen ein fundamentales Element darin darstellen.

**Andreas Mölzer (NI), schriftlich.** – Einerseits führt die EU millionenschwere Programme für den Spracherwerb und Austauschprogramme zur Förderung der Mehrsprachigkeit ein und hebt auf ihrer Homepage die Bedeutung der Vielsprachigkeit als wesentlichen Faktor für größere Transparenz, Legitimität und Effizienz der Union hervor, andererseits hält sie sich selber nicht daran. Der Internetauftritt des aktuellen Ratsvorsitzes, nimmt z. B. nicht darauf Rücksicht, dass Deutsch mit einem Anteil von immerhin 18 % die am meisten gesprochene Muttersprache innerhalb der EU ist und von 14 % der EU-Bürger als Fremdsprache beherrscht wird.

Das ist eine vertane Chance für mehr Bürgernähe. In der Praxis könnte man nämlich bei konsequenter Anwendung der drei Arbeitssprachen Deutsch, Englisch und Französisch einen Großteil der Bevölkerung erreichen. Da der Berichterstatter scheinbar zu einer ähnlichen Einsicht gelangt ist, habe ich zugestimmt.

**Zita Pleštinšá (PPE-DE), schriftlich.** – (SK) Dieser Bericht hat erneut gezeigt, dass Artikel 45(2) ernsthafte Mängel besitzt. Der neue Bericht, der auf dem Änderungsantrag und dem ergänzenden Vorschlag basiert, ermöglicht die Änderung des ursprünglichen Berichts des Berichterstatters, der im unterstützenden Ausschuss angenommen wurde. Die Antragsteller haben den Bericht übernommen und neue Absätze eingefügt, zu denen der Berichterstatter nichts mehr sagen kann. Und so wird ein im Ausschuss in Form einer gebilligten Alternative angenommener Bericht durch einen neuen Text ersetzt. Ich halte dieses Vorgehen gegenüber dem Berichterstatter für sehr unfair. Ich hoffe, dass das Parlament kurzfristig dieses Verfahren neu beurteilen und eine gerechtere Lösung einführen wird.

Ich hielt den Bericht von Herrn Graça Moura für sehr ausgewogen und habe daher nicht für den Alternativvorschlag der Fraktionen der PSE, ALDE und Grünen/EFA gestimmt. Da dieser Vorschlag angenommen wurde, gab es keine Abstimmung über den ursprünglichen Bericht. Ich stimmte mit dem Berichterstatter überein, dass die sprachliche und kulturelle Vielfalt im täglichen Leben der europäischen Bürger eine entscheidende Rolle spielt. Sie stellt einen enormen Bonus für die Europäische Union dar, daher müssen wir die Programme für den Sprachunterricht und den schulischen und kulturellen Austausch in einem Rahmen, der auch über die Grenzen der Europäischen Union hinausgeht, unterstützen.

Austauschprogramme für Lehrer aller Unterrichtsstufen mit dem Ziel, in einer Fremdsprache Unterricht zu unterschiedlichen Themen zu halten, unterstützt die Lehrer bei ihrer Vorbereitung, die dann ihre sprachlichen



Erfahrungen an ihre Schüler und Studenten in ihren Heimatländern weitergeben können. Ich möchte die Mitgliedstaaten dazu aufrufen, sich beständig auf die Ausbildung von Fremdsprachenlehrern zu konzentrieren und gleichzeitig sicherzustellen, dass sie die angemessene finanzielle Entlohnung erhalten.

**Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN)**, *schriftlich*. – (PL) Das Thema der Mehrsprachigkeit und ihr Erhalt gehören zu den größten Herausforderungen der Gemeinschaft. Die Auswirkungen der Politik der Mehrsprachigkeit sind weit reichend und offensichtlich. Bei einer falschen Umsetzung werden jedoch möglicherweise nur magere Ergebnisse erzielt.

Eine Tugend Europas ist seine multikulturelle Vielfalt, die sich auch in der Mehrsprachigkeit ausdrückt. Gleichzeitig bedeutet dies aber auch eine gemeinsame Verpflichtung basierend auf den Bedürfnissen und der Schwierigkeit, die multikulturelle Tugend in eine klare Stärke umzumünzen, die die Gemeinschaft vereint, auch über ihre Grenzen hinaus Einfluss ausübt und Europa seinen angemessenen Platz in der Welt zuweist. Es steht also eine Menge auf dem Spiel. Eine schlechte Politik der Mehrsprachigkeit besteht darin, in allen Bereichen des öffentlichen Handelns eine oder mehrere Sprachen zu bevorzugen und den Rest zu marginalisieren. Durch ihre Gesetzgebung und ihre Institutionen hat die Europäische Union zahlreiche Gelegenheiten, eine gute Sprachenpolitik zu betreiben. Aber sie trägt auch eine umso höhere Verantwortung.

Der Bericht von Herrn Graça Moura löst nicht alle Probleme, die sich aus dem Recht der europäischen Einzelsprachen auf Koexistenz und den daraus resultierenden Privilegien ergeben. Neben den offiziellen Sprachen gibt es noch eine enorme Anzahl anderer Sprachen, die in Europa gesprochen werden, und die in unterschiedlichem Ausmaß vom Aussterben bedroht sind. Ein Merkmal einer guten Politik der Mehrsprachigkeit wäre der Schutz dieser Sprachen. Wie auch immer, der Bericht konzentriert sich mehr auf das Erlernen der offiziellen Sprachen als auf die Umsetzung der Idee der Mehrsprachigkeit. Was diesem Thema fehlt, ist eine vernünftige Politik mit evolutionärem Charakter, und ich glaube, ein Bericht in diese Richtung sollte angenommen werden.

**Luís Queiró (PPE-DE)**, *schriftlich*. – (PT) Das Thema der Mehrsprachigkeit ist im europäischen Kontext von maßgeblicher Bedeutung. Aus diesem Grund habe ich mich an verschiedenen Initiativen beteiligt, die zum Ziel haben, die uneingeschränkte Achtung vor der Mehrsprachigkeit zu fördern und zu gewährleisten. Das Europa, an das ich glaube, ist auch das Europa der sprachlichen Vielfalt. Aus diesen Gründen kann ich mich mit dem ursprünglichen Bericht von Herrn Graça Moura identifizieren. Wie der Berichterstatter kann ich jedoch nicht akzeptieren, dass die richtige Idee von der Achtung vor der sprachlichen Vielfalt und der individuellen und familiären Freiheit als Waffe in der Argumentation für einen extremistischen Nationalismus verwendet werden kann oder muss. Dies ist nicht und dies darf nicht die Natur unserer Debatte sein.

Die Mehrsprachigkeit wird gefördert und sie muss in diesem Fall im Namen der Idee von der Achtung vor der sprachlichen und kulturellen Vielfalt Europas gefördert werden. Dies ist jedoch weder die richtige Zeit noch der richtige Ort für einen weiteren Kampf, insbesondere, wenn er das Prinzip der Subsidiarität und der Freiheit ablehnt.

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Ich habe für den Bericht von Herrn Graça Moura über die Mehrsprachigkeit als Trumpfkarte Europas, aber auch als gemeinsame Verpflichtung gestimmt.

Als Hochschullehrer unterstütze ich besonders den Vorschlag zum Sprachunterricht und zu den Austauschprogrammen in den bildungsbezogenen und kulturellen Bereichen, wie zum Beispiel die bekannten Mobilitätsprogramme für Jugendliche. Diese Programme, die von der Generaldirektion Bildung und Kultur der Kommission durchgeführt werden, stellen einen wesentlichen Mehrwert für die Bildungserfahrungen der Studenten dar und tragen damit zur Weiterentwicklung der Europäischen Union hin zu einer Wissensgesellschaft bei.

**Flaviu Călin Rus (PPE-DE)**, *schriftlich*. – (RO) Ich habe für den Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments über „Mehrsprachigkeit: Trumpfkarte Europas, aber auch gemeinsame Verpflichtung“ (2008/2225(INI)) gestimmt, weil ich glaube, dass die kulturelle und sprachliche Vielfalt innerhalb der Europäischen Union ein wertvolles Gut ist, das wesentlich zu einem „in Vielfalt vereinten Europa“ beiträgt. Ich denke außerdem, dass der Austausch im schulischen und im kulturellen Bereich sowie Programme für das Lehren von Fremdsprachen in Ländern inner- wie außerhalb der Europäischen Union von großem Nutzen sind und unterstützt werden müssen.

**Czesław Adam Siekierski (PPE-DE)**, *schriftlich*. – (PL) Mehrsprachigkeit ist zweifellos eine der großen Tugenden des vereinten Europas. Der Erwerb von Sprachkompetenzen sollte dazu dienen können, sich weiter zu qualifizieren, eine bessere Arbeit zu finden oder neue zwischenmenschliche Kontakte zu schließen.

Laut jährlicher Untersuchungen von Linguisten sind mehrsprachige Menschen leistungsfähiger, besitzen eine größere Vorstellungskraft und bewegen sich eher außerhalb der gängigen Denkmuster als einsprachige Personen. Sie sind außerdem kreativer und verfügen über einen breiteren Horizont. Ich werde hier nicht die offensichtlichen Vorteile für Personen erwähnen, die mit einer größeren Anzahl von Menschen kommunizieren können, die häufig über ganz andere Denkweisen aus anderen Kulturen oder Volksgruppen verfügen.

Diese Vorteile der Mehrsprachigkeit zeigen, dass wir alle dem Sprachenlernen eine hohe Priorität einräumen müssen. Deshalb ist es so wichtig, dass alle Bürger der Gemeinschaft gleichermaßen Zugang zum Spracherwerb haben sollten. Daher unterstütze ich alle Maßnahmen der Gemeinschaft, das Studium der Fremdsprachen sowie die Methoden und Programme zum Spracherwerb zu untersuchen und auszuwerten. Ich glaube, dass dies zum Ziel hat, künftig den Fremdsprachenerwerb innerhalb der gesamten Europäischen Union zu harmonisieren. Das Ergebnis, eine größere sprachliche Kompetenz wird sich letztlich in der Anzahl hochqualifizierter Bürger in der Gemeinschaft widerspiegeln.

**Catherine Stihler (PSE), schriftlich.** – Die Mehrsprachigkeit ist eine wichtige Errungenschaft für das Europäische Parlament. Als einziges Parlament in der Welt, in dem simultan in 23 verschiedene Sprachen übersetzt wird, sollten wir alles in unserer Macht Stehende tun, um diesen einzigartigen Aspekt unserer Arbeit zu bewahren. Alle Bürger der Europäischen Union sollten die Informationen zur Arbeit der Institutionen der Europäischen Union in ihrer eigenen Sprache lesen können; und die Mitgliedstaaten sollten alles in ihrer Macht Stehende tun, um allen Bürgern der Europäischen Union die Chance zu geben, andere Sprachen der Europäischen Union zu sprechen.

**Andrzej Jan Szejna (PSE), schriftlich.** – (PL) Ich unterstütze die Mehrsprachigkeit der Europäischen Union ganz entschieden. Die Mehrsprachigkeit Europas betont seinen kulturellen Pluralismus, der seine Einzigartigkeit beweist. Die Sprachkompetenzen der Bürger eines vereinten Europa sollten beständig erweitert werden. Die Mehrsprachigkeit ist ein fundamentaler Bestandteil der europäischen Integration, da sie den Bürgern der Europäischen Union ermöglicht, frei zu bestimmen, wo sie wohnen und arbeiten möchten. Gleichzeitig ist es notwendig, die Bedeutung der Muttersprache als Instrument für eine angemessene Ausbildung und den Erwerb der beruflichen Qualifikationen zu betonen.

Wir sollten besonders beachten, dass die Lehrer von Fremdsprachen ständig ihre Kompetenz erweitern müssen und dass die Einführung neuer Lehrmethoden notwendig ist. Der Berichterstatter betont die Bedeutung der Unterstützung des Fremdsprachenerwerbs von Bürgern, die selbstständig lernen möchten und weist gleichzeitig darauf hin, dass auch ältere Menschen noch Fremdsprachen lernen sollten. Wie der Berichterstatter denke ich, dass es unerlässlich ist, Bürger beständig beim Erwerb von Fremdsprachen zu unterstützen, und dass vor allem Bürger in benachteiligten Situationen besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Ich denke, dass das Erlernen von Sprachen zur Bekämpfung von Diskriminierung beiträgt und die Integration der Länder in einem vereinten Europa unterstützt.

Ich unterstütze uneingeschränkt die Forderungen des Europäischen Parlaments in Hinblick auf die Mehrsprachigkeit Europas.

**Anna Záborská (PPE-DE), schriftlich.** – (SK) Die EntschlieÙung zur Mehrsprachigkeit ist eine wichtige Errungenschaft für Europa und ein bedeutender Schritt hin zu einem gebildeten Europa, da sie darauf besteht, dass die offiziellen Sprachen der Europäischen Union in allen Bereichen des öffentlichen Lebens gleichberechtigt sind. Ich glaube fest daran, dass die sprachliche Vielfalt Europas eine bedeutende kulturelle Errungenschaft darstellt. Es wäre falsch, wenn sich die Europäische Union lediglich auf eine Sprache beschränken würde.

Die EntschlieÙung erwähnt die Bedeutung der Mehrsprachigkeit, nicht nur im ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich, sondern auch bei kulturellen und wissenschaftlichen Produktionen, sowie die Bedeutung von literarischen und technischen Übersetzungen für die langfristige Entwicklung der EU.

Abschließend ist noch zu erwähnen, dass Sprachen bei der Herausbildung und Stärkung der Identität eine wichtige Rolle spielen.

Die Mehrsprachigkeit ist ein weitverzweigter Bereich. Sie hat enorme Auswirkungen auf das Leben der europäischen Bürger. Die Mitgliedstaaten stehen vor der Herausforderung, die Mehrsprachigkeit nicht nur in den Bildungsbereich, sondern in ihre gesamte künftige Politik zu integrieren.

Ich begrüÙe die Tatsache, dass die EntschlieÙung die Untersuchung zu einer zweiten EU-Sprache für Personen, die bei ihrer Tätigkeit mit Bürgern anderer Mitgliedstaaten in Kontakt kommen, unterstützt.

Die Organe der EU spielen eine Schlüsselrolle im Hinblick auf die Einhaltung dieses Grundsatzes der gleichberechtigten Stellung der Sprachen sowohl in den Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und in den EU-Institutionen selbst wie auch in den Beziehungen der EU-Bürger zu den einzelstaatlichen Verwaltungen sowie den gemeinschaftlichen und internationalen Institutionen und Organisationen.

Ich habe die Entschließung unterstützt und gratuliere dem Berichterstatter. Ich bin stolz darauf, als erstes slowakisches Mitglied durch eine schriftliche Erklärung eine Diskussion über die Mehrsprachigkeit innerhalb des institutionellen Rahmens angestoßen zu haben.

**- Bericht: Lambert van Nistelrooij (A6-0083/2009)**

**Edite Estrela (PSE)**, *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Bericht von Herrn van Nistelrooij gestimmt, da der territoriale Zusammenhalt unerlässlich ist, um sicherzustellen, dass die Europäische Union weiterhin ihren Weg einer nachhaltigen und harmonischen Entwicklung verfolgt und ihren territorialen Zusammenhalt und ihre Vielfalt in einen wertvollen Trumpf umwandelt.

Das Grünbuch stellt einen wichtigen Schritt hin zur Entwicklung des territorialen Zusammenhalts und der gemeinsamen Verantwortung der Union dar. Es regt außerdem unter den europäischen Institutionen, den nationalen und regionalen Behörden, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Partnern und anderen an der europäischen Integration und der territorialen Entwicklung beteiligten Akteuren eine breite Debatte zu diesem Thema an.

Die positivsten Aspekte sind der Wert, der dem Potenzial des europäischen Territoriums und seiner Vielfalt beigemessen wird, sowie die drei Schlüsselbegriffe für eine ausgewogenere und harmonischere Entwicklung in allen Regionen: Verringerung der mit der unterschiedlichen Bevölkerungsdichte verbundenen, negativen Auswirkungen; Anbindung von Gebieten, um Distanzen zu überwinden; und Zusammenarbeit, um Teilungen zu überwinden.

**Emanuel Jardim Fernandes (PSE)**, *schriftlich*. – (PT) Ich gratuliere Herrn van Nistelrooij zu seinem Bericht und insbesondere zu seiner Bereitschaft, die verschiedenen Änderungen, die zu seinem Berichtsentwurf eingereicht wurden, zu übernehmen.

Ich unterstütze diesen Bericht ohne Einschränkungen.

Ich stimme völlig damit überein, die Debatte über den territorialen Zusammenhalt mit der Debatte über die Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik zu verknüpfen, angesichts der Tatsache, dass die Reform dieser letzteren die Schlussfolgerungen der ersteren enthalten muss.

Ich stimme der im Bericht enthaltenen Beurteilung des Grünbuchs zu sowie seiner Analyse des Begriffs vom territorialen Zusammenhalt, und ich unterstütze seine Empfehlungen für die Zukunft des territorialen Zusammenhalts, insbesondere in Hinblick auf folgende Aspekte:

- Definition des territorialen Zusammenhalts;
- Veröffentlichung eines Weißbuchs zum territorialen Zusammenhalt;
- Verstärkung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“;
- Integration des territorialen Zusammenhalts in der künftigen Entwicklung der gesamten Gemeinschaftspolitik;
- Ausarbeitung zusätzlicher qualitativer Indikatoren;
- Bemessung der territorialen Auswirkungen sektoraler Gemeinschaftsmaßnahmen und Vorschlag von Möglichkeiten, Synergien zwischen territorialen und sektoralen Politikbereichen zu schaffen;
- Entwicklung einer umfassenden europäischen Strategie für Regionen mit besonderen geografischen Merkmalen;
- Ein umfassenderes System der schrittweisen Übergangshilfe für die Übergangsregionen; und
- Entwicklung eines territorialen Regierungshandelns auf mehreren Ebenen.

Ich habe daher dafür gestimmt.

**Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich.** – (SV) In seinem Bericht schreibt der Berichterstatter, dass die Kohäsionspolitik eine der erfolgreichsten Investitionen der Europäischen Union ist. Das ist eine überraschende Schlussfolgerung, nicht zuletzt deshalb, weil der Europäische Rechnungshof erst kürzlich, im November letzten Jahres festgestellt hat, dass 11 % der 42 Milliarden Euro, die im Jahr 2007 im Rahmen der Kohäsionspolitik der Europäischen Union gebilligt worden waren, niemals ausgezahlt hätten werden sollen.

Der Berichterstatter scheint sich hierüber vollkommen im Klaren zu sein und drängt in Absatz 17 die an der Debatte über den territorialen Zusammenhalt beteiligten Personen, jeden Verweis auf die den Haushalt und die Finanzen betreffenden Implikationen der vorgeschlagenen Politik zu vermeiden: mit anderen Worten, darüber stillzuschweigen.

Die Kohäsionspolitik der EU ist einfach schlecht ausgedacht. Von einer sozioökonomischen Perspektive aus betrachtet, in der das Geld der Steuerzahler eingerechnet werden muss, ist sie schlicht und einfach eine komplette Katastrophe. Natürlich hat die Juni-Liste gegen den Bericht insgesamt gestimmt.

**Pedro Guerreiro (GUE/NGL), schriftlich.** – (PT) Was bedeutet die Ablehnung unserer Vorschläge für eine Entschließung über die Zukunft der Kohäsionspolitik der Europäischen Union durch das Europäische Parlament? Diese Vorschläge haben Folgendes betont:

- Eine Strukturpolitik muss als primäres und oberstes Ziel die Förderung einer tatsächlichen Konvergenz haben, indem sie als Instrument einer Umverteilung zu den am wenigsten entwickelten Ländern und Regionen in der Europäischen Union dient;
- Das Ziel, den Rückstand der am wenigsten begünstigten Regionen im Vergleich zu den anderen zu verringern, darf beim territorialen Zusammenhalt nicht die zweite Geige spielen;
- Es müssen neue finanzielle Ressourcen der Gemeinschaft für neue Prioritäten gefunden werden, umso mehr, als die aktuellen finanziellen Ressourcen der Gemeinschaft nicht ausreichen, um die Anforderungen an eine echte Konvergenz zu erfüllen;
- Es besteht der Bedarf, den Etat der Gemeinschaft aufzustocken, um die wirtschaftliche und soziale Kohäsion auf EU-Ebene zu fördern;
- Raumordnung und -planung liegen in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten;
- Es sind Maßnahmen erforderlich, um die so genannten statistischen Auswirkungen zu beseitigen;
- Die Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedstaaten und Regionen, die in ihrer sozioökonomischen Entwicklung hinterherhinken, darf kein Ersatz für Konvergenz sein, und die Kohäsionspolitik und die zugehörigen finanziellen Ressourcen dürfen nicht dem Wettbewerb und der Liberalisierung, die von der Lissabon-Strategie verteidigt werden, untergeordnet werden.

Eine mögliche Antwort könnte sein, dass die proklamierte Kohäsionspolitik letztlich tatsächlich in Gefahr ist ...

**James Nicholson (PPE-DE), schriftlich.** – Das Konzept des territorialen Zusammenhalts ist nun neben der sozialen und wirtschaftlichen Kohäsion als wesentliches Ziel der Union anerkannt.

Der territoriale Zusammenhalt ist von größter Bedeutung für eine ausgewogene Entwicklung innerhalb der Europäischen Union und sollte in diesem Kontext ein zentrales Ziel aller gemeinschaftlichen Politikbereiche darstellen. Dieser Bericht hebt die Tatsache hervor, dass der territoriale Zusammenhalt für geografisch benachteiligte Bereiche wie beispielsweise Bergregionen und Inseln besonders relevant ist.

Die Kommission muss nun mit einem Gesetzespaket fortfahren, das konkrete Bestimmungen und politische Maßnahmen zum territorialen Zusammenhalt enthält, um dies zu erreichen.

**Luís Queiró (PPE-DE), schriftlich.** – (PT) Die Debatte über den territorialen Zusammenhalt ist weitaus mehr als eine Haushaltsdebatte oder eine Debatte über die Gemeinschaftspolitik; es handelt sich hier um eine Debatte über die Leitlinien eines der grundlegenden und fundamentalen Konzepte der Idee von Europa, wie wir es sehen. Die Beurteilung der Kohäsionspolitik und die Suche nach den besten Lösungen in einem auf 27 Mitglieder erweiterten Europa, das derzeit eine Wirtschaftskrise durchlebt, verdient daher unsere Zustimmung und unseren Applaus. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir dem gesamten Inhalt des Grünbuchs zustimmen oder applaudieren.

In Hinblick auf die für uns maßgeblichen Kriterien sind die drei Schlüsselbegriffe dieser Beurteilung korrekt, und zwar: Verringerung der mit der unterschiedlichen Bevölkerungsdichte verbundenen, negativen Auswirkungen; Anbindung von Gebieten, um Distanzen zu überwinden; und Zusammenarbeit, um Teilungen zu überwinden. Angesichts der genauen Beschaffenheit dessen, was auf dem Spiel steht, kann dies jedoch nicht dazu führen, dass das Ausmaß der Strukturhilfen von der Anzahl der betroffenen Einwohner abhängt; ganz im Gegenteil. Die Idee des territorialen Zusammenhalts muss auf der Idee basieren, ein Gebiet, das von den Menschen verlassen wird, wieder attraktiv und lebensfähig zu gestalten. Dies ist eines unserer Ziele, das ganz eindeutig verfolgt werden muss.

Die Idee der Kohäsion ist im Grunde die Idee einer Solidarität, die uns alle verpflichtet und von der wir alle profitieren.

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Ich habe gegen den Bericht von Herrn van Nistelrooij über das Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt und den Stand der Debatte der künftigen Reform der Kohäsionspolitik gestimmt.

Die Gründe für meine Ablehnung liegen in einer unterschiedlichen Sichtweise in Bezug auf den territorialen Zusammenhalt. Daher kann ich mich den Überlegungen des Berichterstatters nicht anschließen.

**Catherine Stihler (PSE)**, *schriftlich*. – Ich stimme dem Berichterstatter zu, dass wir das Prinzip des territorialen Zusammenhalts klarer definieren müssen.

**- Bericht: Oldřich Vlasák (A6-0031/2009)**

**Filip Kaczmarek (PPE-DE)**, *schriftlich*. – (PL) Ich habe für den Bericht von Herrn Vlasák zur städtischen Dimension der Kohäsionspolitik im neuen Programmplanungszeitraum gestimmt. Ich lebe in Poznań, der Hauptstadt der Region Großpolen (Wielkopolska). Ich kann die positiven Auswirkungen der Entwicklung dieser Stadt auf die gesamte Region fast täglich beobachten. Ich würde sogar soweit gehen zu sagen, dass die lang erwartete Synergie zwischen städtischer und regionaler Entwicklung Realität geworden ist.

Die städtische Entwicklung hat nichts mit lokalem Zentralismus zu tun. Diejenigen, die sich gegen die Entwicklung großer Städte stellen, sind sich häufig nicht darüber im Klaren, welche Bedeutung diese Städte auf die umgebende Region haben. Allein aufgrund ihrer Natur sind einige Funktionen der großen Zentren nicht auf die ländlichen Gebiete übertragbar. Wer eine Stadt verwaltet, trägt eine besondere Verantwortung. Die anstehenden Aufgaben in Bezug auf Planung, Raumordnung, sozialen Dialog, Kultur und Bildung, und die Schaffung und Erhaltung nachhaltiger, wissensbasierter Arbeitsplätze sind hochkomplex. Manche dieser Aufgaben beinhalten die enge Zusammenarbeit mit den lokalen Regierungen auf anderen Ebenen.

Es ist außerdem wichtig, dass die städtische Dimension der Kohäsionspolitik nicht mit der ländlichen Entwicklung konkurriert, sondern sie ergänzt. Sowohl ländliche als auch städtische Gebiete können und sollen sich entwickeln, und beide Prozesse werden von der Europäischen Union unterstützt.

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Ich habe gegen den Bericht von Herrn Vlasák zur städtischen Dimension der Kohäsionspolitik im neuen Programmplanungszeitraum gestimmt.

Ich verstehe zwar die Bedeutung einer nachhaltigen städtischen Entwicklung, denke aber, dass es ohne eine gemeinsame Definition des Begriffs „städtischer Bereich“ schwierig sein dürfte, dieses Ziel zu erreichen.

**Brian Simpson (PSE)**, *schriftlich*. – Ich unterstütze diesen Bericht und würde diese Gelegenheit nutzen, zu betonen, dass für die Kohäsionspolitik ein integrierter Ansatz erforderlich ist.

Diese Integration sollte jedoch ein Instrument für die Verteilung von Leistungen sein, keine potenziell restriktive Maßnahme, und dieser Aspekt muss sorgfältig überwacht werden.

Der städtische Zusammenhalt ist für einen nachhaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt von wesentlicher Bedeutung. In dieser Hinsicht würde ich die Aufgabe des Transports und die Bereitstellung einer modernen Transportinfrastruktur als wesentliches Element bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik in den städtischen Gebieten hervorheben.

**Catherine Stihler (PSE)**, *schriftlich*. – Der städtischen Dimension der Kohäsionspolitik muss eine höhere Priorität eingeräumt werden.

**- Bericht: Miroslav Mikolášik (A6-0108/2009)**

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Ich habe gegen den Bericht von Herrn Mikolášik über die Umsetzung der Verordnung für die Strukturfonds 2007-2013: Ergebnisse der Verhandlungen über kohäsionspolitische Strategien und operationelle Programme gestimmt.

**Catherine Stihler (PSE)**, *schriftlich*. – Es ist notwendig, die Umsetzung der Verordnung für die Strukturfonds 2007-2013 streng zu überwachen, um sicherzustellen, dass das Geld der Steuerzahler seiner ordnungsgemäßen Bestimmung zugeführt wird und wir eine korrekte Auswertung für die Programme nach dem Jahr 2013 durchführen können.

**- Bericht: Zsolt László Becsey (A6-0041/2009)**

**Adam Bielan (UEN)**, *schriftlich*. – (PL) Kleine Unternehmen spielen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen eine wichtige Rolle in Europa, und wir sollten ihnen ihre Aufgabenerfüllung leichter machen. Ich möchte betonen, dass ich alle Initiativen unterstütze, die zum Ziel haben, kleine Unternehmen in der Europäischen Union zu fördern und denen zu helfen, die selbstständig arbeiten möchten.

Ich habe den Becsey-Bericht unterstützt, weil er die Initiative für Kleinstkredite in Europa positiv beurteilt.

**Šarūnas Birutis (ALDE)**, *schriftlich*. – (LT) Eine erfolgreiche Europäische Kleinstkreditinitiative könnte wesentlich dazu beitragen, dass die Ziele der überarbeiteten Lissabon-Strategie für Wachstum, Beschäftigung und Schaffung einer innovativen, kreativen und dynamischen Europäischen Wirtschaft erreicht werden. Kleine Unternehmen sind eine treibende Kraft für Wachstum, Beschäftigung, unternehmerische Fähigkeiten, Innovation und Zusammenhalt in der Europäischen Union. Kleinstkredite können insbesondere eine der vier Prioritäten der Lissabon-Strategie unterstützen, nämlich die Freisetzung von unternehmerischem Potenzial, indem die soziale und wirtschaftliche (Re-)Integration von Menschen durch die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt wird. Nur wenn das Beschäftigungsniveau deutlich angehoben wird, kann die Lissabon-Strategie als Erfolg betrachtet werden. Das Ergebnis einer europäischen Initiative im Bereich des Kleinstkredits sollte innovativ sein, indem sie sich auf Zielgruppen konzentriert, denen bislang nicht genügend Aufmerksamkeit zuteil wurde.

**Małgorzata Handzlik (PPE-DE)**, *schriftlich*. – (PL) Die Erfolge, die durch die Vergabe von Kleinstkrediten bei der Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern erzielt wurden, vor allem in Südasien und Lateinamerika, sind bisher noch nicht auf der Ebene der Europäischen Union aufgegriffen worden. Es gibt jedoch einen hohen Bedarf für Kleinstkredite, insbesondere bei Menschen, die nicht in der Lage sind, im klassischen Bankensektor einen Kredit zu erhalten. Kleinstkredite unterscheiden vom klassischen Bankgeschäft. Sie werden nicht nur auf finanzieller Basis und nicht ausschließlich aus Profitgründen gewährt, sondern helfen, den Zusammenhalt zu fördern, indem versucht wird, die Menschen zu integrieren, die sich in einer benachteiligten Lage befinden und ein Kleinstunternehmen gründen möchten.

Eine erfolgreiche Europäische Initiative zur Entwicklung von Kleinstkrediten könnte dabei helfen, die Ziele der überarbeiteten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung zu erreichen und die Europäische Wirtschaft innovativer, kreativer und dynamischer zu gestalten. Insbesondere können sie dabei helfen, die Priorität für die Freisetzung von unternehmerischem Potenzial umzusetzen, indem die Integration oder die erneute soziale und wirtschaftliche Integration von Menschen durch Förderung der Selbständigkeit unterstützt wird.

Daher unterstütze ich den Antrag des Berichterstatters, der uns auffordert, die einzelstaatlichen institutionellen, gesetzlichen und gewerblichen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass das Umfeld für die Entwicklung von Kleinstkrediten günstiger wird, und einen harmonisierten europäischen Rahmen für bankfremde Mikrofinanzinstitute zu schaffen.

**Bogusław Liberadzki (PSE)**, *schriftlich*. – (PL) Ich habe für die Annahme des Berichts mit den Empfehlungen an die Kommission über eine Europäische Initiative für die Entwicklung von Kleinstkrediten in Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung gestimmt. Ich stimme dem Berichterstatter zu, dass kleine Unternehmen eine treibende Kraft für Wachstum, Beschäftigung, unternehmerische Fähigkeiten, Innovation und Zusammenhalt in der Europäischen Union sind.

Wir sollten besonders hervorheben, dass die Gewährung von Kleinstkrediten nicht nur der Gewinnerzielung dient, sondern auch dem sozialen Zusammenhalt, indem versucht wird, benachteiligte Personen in die Gesellschaft zu (re-)integrieren.

Ich unterstütze die Annahme des Berichts. In Hinblick auf die Tatsache, dass Kleinstkredite zur Freisetzung von unternehmerischem Potenzial beitragen können, indem sie die Menschen durch Förderung der Selbstständigkeit unterstützen, denke ich, dass diese Methode auch in der Europäischen Union eingesetzt werden sollte.

**Jamila Madeira (PSE), schriftlich.** – (PT) Dieser Bericht ist im Kontext der Arbeit der Europäischen Union im Bereich der Kohäsionspolitik und der Politik für Zusammenarbeit und Entwicklung von größter Bedeutung.

Dieser Standpunkt fand auch im Europäischen Parlament in seiner schriftlichen Erklärung P6\_TA(2008)0199, die am 8. Mai 2008 angenommen wurde, breite Unterstützung; und ich hatte die Ehre, zu den ersten Unterzeichnern zu gehören.

Daher habe ich für diesen Bericht gestimmt, weil jede Art der Investition und Erweiterung in diesem Bereich lebenswichtig und dringend ist, insbesondere im aktuellen Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise. Als Ergebnis ist es nun das Ziel der Europäischen Kommission und des Rates, konkrete und sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die Glaubwürdigkeit und Kohärenz des Systems zu erhöhen.

**David Martin (PSE), schriftlich.** – Bisher wurden die Erfolge des Systems der Kleinstkredite zur Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern noch nicht in einen europäischen Kontext gestellt. Ich unterstütze diesen Bericht, weil der Erfolg einer Europäischen Initiative für Kleinstkredite wesentlich dazu beitragen könnte, das Ziel der überarbeiteten Lissabon-Strategie zu erreichen, da kleine Unternehmen eine zentrale Quelle für Wachstum, Beschäftigung, unternehmerisches Potenzial, Innovation und Zusammenhalt in der Europäischen Union darstellen.

**Alexandru Nazare (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Zurzeit stehen Diskussionen zu Maßnahmen für die Wiedereinführung von Kreditaktivitäten auf der Agenda. In der aktuellen Wirtschaftskrise und insbesondere in Ländern wie Rumänien, die derzeit über Darlehen von internationalen Finanzinstituten verhandeln, ist es unerlässlich, dass die Banken zu ihrem Hauptgeschäft zurückkehren, das darin besteht, für die Bevölkerung wieder Kredite bereitzustellen.

Ich habe das Gefühl, dass der Bericht von Herrn Becsey innovativ ist, weil er dieses Thema wieder zur Sprache gebracht hat, jedoch unter einem neuen Blickwinkel, nämlich außerhalb des Banksystems, um Lösungen für die derzeitige finanzielle Blockade zu finden.

Der Bericht, der das Thema der Kleinstkredite behandelt, nennt als Zielgruppe die benachteiligten Mitglieder der Gesellschaft, wie beispielsweise Minderheiten, die Gemeinschaft der Roma oder die Bewohner von ländlichen Gebieten, die das Potenzial besitzen und ein kleines Unternehmen gründen möchten, jedoch nicht dazu in der Lage sind, weil sie von keinem Bankinstitut einen Kredit erhalten können. Diesen Menschen stehen nur wenige Möglichkeiten zur Verfügung.

Daher bin ich der Meinung, dass der Vorschlag von Herrn Becsey zur Einrichtung eines gemeinschaftlichen Fonds zur Förderung von Kleinstkrediten für Personen und Unternehmen ohne direkten Zugang zu Bankdarlehen und zur Verbesserung des Informationsstands in Hinsicht auf diese Finanzinstrumente zur rechten Zeit kommt.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Ich möchte mich zu dem Bericht von Herrn Becsey über eine Europäische Initiative für die Entwicklung von Kleinstkrediten in Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung der Stimme enthalten.

Ich stimme einigen Punkten in diesem Bericht zu, muss mich jedoch entschieden gegen einige andere Punkte aussprechen. Daher kann ich den eingereichten Text nicht uneingeschränkt unterstützen und enthalte mich somit der Stimme.

**Catherine Stihler (PSE), schriftlich.** – Kleinstkreditprogramme können vielen der Ärmsten der Welt helfen, der absoluten Armut zu entkommen, insbesondere Frauen. Die Institutionen und Mitgliedstaaten der Europäischen Union sollten mehr tun, um solche Programme zu unterstützen.

## **6. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**

**Der Präsident.** – Damit sind die Erklärungen zur Abstimmung abgeschlossen.

Wir setzen unsere Arbeit um 15.00 Uhr fort mit den Erklärungen zur Vorbereitung des G20-Gipfels.

(Die Sitzung wird um 13.35 Uhr unterbrochen und um 15.05 Uhr fortgesetzt.)

**VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING**

*Präsident*

**7. Vorbereitung des G20-Gipfels am 2. April 2009 - mit Teilnahme von Gordon Brown, Premierminister des Vereinigten Königreichs, Mitglied des Europäischen Rates (Aussprache)**

**Der Präsident.** – Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen, es ist mir eine große Freude, heute den Premierminister des Vereinigten Königreichs, Gordon Brown, hier begrüßen zu dürfen. Willkommen, Premierminister, im Europäischen Parlament.

(Beifall)

Der Premierminister wird vor dem Europäischen Parlament eine Erklärung zu den Vorbereitungen für den G20-Gipfel in der nächsten Woche abgeben. Dieses Gipfeltreffen, das in London am Donnerstag, den 2. April 2009 stattfindet, erfolgt zum Zeitpunkt einer wichtigen Entwicklung im Umgang mit der gegenwärtigen internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Es bietet den Führern sowohl der Industrieländer als auch der Schwellenländer die Gelegenheit, an einer gemeinsamen Agenda zur Erreichung wirtschaftlicher Stabilität und langfristiger wirtschaftlicher Erholung zusammenzuarbeiten. Der Londoner Gipfel muss sich auf eine makroökonomische Politik und Regeln einigen, um die gegenwärtige Krise zu bestehen und einen besseren, nachhaltigeren Rahmen für die Zukunft zu schaffen.

Als Vorsitzender der G20 hat Gordon Brown in einer Zeit, die sich als eine der schwierigsten Epoche der jüngsten Geschichte herausgestellt hat, eine aktive internationale Führungsrolle angeboten. Die Geschwindigkeit, mit der er geholfen hat, die G20 als neues Instrument einer internationalen wirtschaftlichen Governance zu entwickeln, ist sowohl ermutigend als auch beeindruckend. Der Premierminister hat außerdem einen starken und positiven Einfluss bewiesen, indem er gezeigt hat, wie Großbritannien effektiv mit seinen Partnern in der Europäischen Union zusammenarbeiten kann, denn nur gemeinsam finden wir innovative Lösungen für die zahlreichen Herausforderungen, denen wir gemeinsam gegenüberstehen.

Ich war immer der Überzeugung, dass es von größter Bedeutung ist, dass Großbritannien eine engagierte Rolle als zentraler Mitspieler in der Europäischen Union spielt.

(Beifall)

Premierminister, wir begrüßen ausdrücklich Ihre Entschlossenheit, eine solche Rolle zu übernehmen.

Ich freue mich sehr, das Wort an den britischen Premierminister, Gordon Brown, weitergeben zu dürfen.

(Beifall)

**Gordon Brown, Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland.** – Herr Präsident, ich danke Ihnen für diese besondere Ehre und die Einladung, zu Ihnen zu sprechen, sowie für Ihre erfolgreiche Präsidentschaft im Parlament. Ich danke Ihnen, den Europäischen Abgeordneten und den Mitgliedern der Europäischen Kommission unter der Leitung von Präsident Barroso: mein Dank gilt Ihrer aller Arbeit und den Generationen, auf deren Arbeit wir aufbauen, dafür, dass wir heute ein friedliches und vereintes Europa haben, das zu den besten Errungenschaften der Geschichte der Menschheit zählt und heute ein Leuchtturm der Hoffnung für die ganze Welt ist.

(Beifall)

Falls jemand, in irgendeinem Land oder Kontinent, daran zweifelt, dass der menschliche Wille und der Mut von Abgeordneten mit einer Mission aus den vergangenen Dekaden der Verzweiflung eine neue Zukunft schaffen können, sollte er daran erinnert werden, wie die Europäer noch vor 60 Jahren von unversöhnlichen Feindschaften und irreparablen Beziehungen sprachen. Sie sprachen von einem harten, langen und bitteren Kalten Krieg. Sie hielten es nicht für möglich, dass unser Europa jemals in Frieden leben, geschweige denn, dass es sich vereinen und zusammenarbeiten könnte.



Dann erinnern Sie die Zweifler daran, wie heute, nach Jahren der Zusammenarbeit und Einheit, niemand außer politischen Extremisten daran zweifeln kann, dass wir gemeinsam stärker und gemeinsam sicherer sind, als wir es getrennt jemals waren.

*(Beifall)*

Am 9. November dieses Jahres feiern wir den 20. Jahrestag eines Ereignisses, das sicherlich für jeden von uns zu den bedeutsamsten Geschehnissen in unserem Leben zählt – den Fall der Berliner Mauer. Diese Mauer wurde niedergerissen durch die Entscheidung von Menschen, die fest entschlossen waren, dass die Menschen in Europa durch keine Grenze, keine Einschüchterungen und keine Repressionen jemals wieder getrennt werden sollten.

Freunde, heute gibt es kein altes Europa, kein neues Europa, kein Ost- oder Westeuropa mehr. Es gibt nur ein Europa, und das ist Europa, unsere Heimat.

Ich stehe hier und bin stolz darauf, dass ich Brite bin und dass ich Europäer bin, dass ich ein Land vertrete, das sich nicht als Insel außerhalb Europas betrachtet, sondern als ein Land in Europas Mitte – nicht im Windschatten Europas, sondern in seinem Zentrum.

*(Beifall)*

Daher bin ich auch stolz darauf, dass eine große Mehrheit in unserem britischen Parlament den Vertrag von Lissabon ratifiziert hat.

*(Lauter Beifall)*

Ich glaube, dass wir in Europa uns in der einzigartigen Lage befinden, angesichts der völlig neuen und folgenreichen Herausforderungen der vor uns liegenden Globalisierung in der Welt die Führung zu übernehmen. Wir sind nur durch das, was wir in unserer Union erreicht haben, in dieser einzigartigen Lage. Ich möchte den Mitgliedern dieses Europäischen Parlaments danken. Sie sollten stolz auf das sein, was wir gemeinsam erreicht haben – den weltweit wichtigsten und größten Binnenmarkt, der jetzt 500 Millionen Menschen eine Beschäftigungsmöglichkeit bietet, und die erfolgreichste wirtschaftliche Zusammenarbeit weltweit. Sie sollten stolz darauf sein, dass dies eine Errungenschaft der Europäischen Union ist.

Sie sollten auch stolz auf das umfassende Rahmenwerk zum Umweltschutz sein, das wir aufbauen – ein entscheidender Erfolg der Europäischen Koordination, mit dem dieser Kontinent als erster weltweit einstimmig den Weg zu einer emissionsarmen Wirtschaft beschreitet.

*(Beifall)*

Sie sollten außerdem stolz darauf sein, dass durch das weltweit größte Hilfsprogramm das nachhaltigste Engagement, überall in der Welt Leben zu retten und zu verändern, von dieser Europäischen Union ins Leben gerufen wurde.

So viele der Rechte für den Verbraucher- und Beschäftigungsschutz, die wir in ganz Europa genießen, sind Ergebnisse von Kampagnen einzelner Mitgliedern und Fraktionen in diesem Haus.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Europäische Union über den umfassendsten Schutz der sozialen Sicherheit weltweit verfügt – eine Sammlung von Rechten und Pflichten, die für die Menschen in Großbritannien erweitert wurde, als, und das sage ich mit Stolz, unsere Regierung Großbritannien in das Sozialkapitel führte.

Herr Präsident, diese Erfolge Europas wären ohne die Zusammenarbeit zwischen den Völkern, für die Sie und dieses Parlament gesorgt haben, nicht möglich gewesen. Ja, wir sehen, dass die Einheit fortschreitet, wenn grenzüberschreitend offizielle Treffen stattfinden. Ja, wir sehen die Einheit, wenn Führer auf Führer treffen. Aber die Einheit, die Bestand hat, ist die demokratische Einheit, die ihre Wurzeln in den gemeinsamen Werten der Menschen hat, die jetzt in diesem Parlament vertreten sind, und mehr als Verträge, mehr als Institutionen, mehr als jeder Einzelne, sind es diese entscheidenden Werte, die uns verbinden – unsere Überzeugung, als Europäische Union, dass sich Freiheit, wirtschaftlicher Fortschritt und soziale Gerechtigkeit nur gemeinsam oder gar nicht weiterentwickeln können.

Diese Werte wurzeln in den Lektionen, die wir in der gemeinsamen Zusammenarbeit gelernt haben – die Wahrheit, dass Freiheit niemals Gesetzesfreiheit sein darf, dass Märkte frei, aber niemals wertfrei sein dürfen, und die Überzeugung, dass es wichtiger ist, fair zu sein, als Laissez-faire zu betreiben.

In dieser Krise haben wir erneut gelernt, dass der Reichtum für die Gesellschaft keinen großen Wert besitzt, wenn er nicht mehr bewirkt, als den Reichen zu dienen. Reichtümer sind nur dann von Wert, wenn sie nicht nur einige, sondern alle Gemeinschaften bereichern.

Das ist nicht nur unsere politische Philosophie – in Europa glauben wir an diese Wahrheiten, weil wir sie bei der Arbeit, die wir in unseren Ländern geleistet haben, erlebt haben.

Jetzt, mitten in der globalen Krise, deren Geschwindigkeit, Umfang und Ausmaß in der Geschichte ohne Beispiel sind, möchte ich mit Ihnen darüber diskutieren, wie durch die Umsetzung der Werte, die jetzt Teil unserer DNA sind – diese Lektionen, die wir mit der Zeit in Europa gelernt haben – Europa und die Welt sich den vier großen Herausforderungen der Globalisierung stellen können: finanzielle Instabilität in einer Welt kurzfristiger globaler Kapitalflüsse; Umweltzerstörung in einer Welt der Energieknappheit; Extremismus und die Bedrohung der Sicherheit in einer Welt nie gekannter Mobilität; und wachsende Armut in einer Welt zunehmender Ungleichheit.

Ich möchte auch darüber diskutieren, wie, mit einer globalen Wirtschaft, die von uns in allen gemeinsam und ordnungsgemäß verwaltet wird, aus Milliarden von Menschen in Asien und anderswo, von denen viele nur ihre *eigenen* Waren produzieren, die künftigen Verbraucher *unserer* Waren werden können, wie wir in den nächsten zwanzig Jahren den größten, je erreichten Anstieg von Arbeitsplätzen für die Mittelschicht und der entsprechenden Einkommen sehen können, und wie, trotz aller Probleme, die wir heute haben, wir einer Weltwirtschaft entgegensehen können, die ihre Größe verdoppelt hat und neue Chancen für uns alle in all unseren Ländern bietet.

Ich möchte darüber diskutieren, wie wir aus einer Welt, die heute weder nachhaltig noch sicher noch gleichberechtigt aussieht, eine wirklich globale Gesellschaft formen können, die für alle nachhaltig, für alle sicher und zu allen fair ist.

Lassen Sie mich wiederholen: Ich glaube, dass die Europäische Union sich in der einzigartigen Lage befindet, beim Aufbau dieser Zukunft eine Führungsrolle zu spielen, gerade weil wir in den letzten 60 Jahren bewiesen haben, dass wir als Europa die Herausforderungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, der völkerübergreifenden Koordination und der Schaffung einer Einheit aus der Vielfalt annehmen und bewältigen können.

Manche von Ihnen werden wissen, dass ich viele Jahre lang die Sache eines globalen Europa verfochten und die Umsetzung der wirtschaftlichen Reformen vorangetrieben habe. Ich weiß, dass einige Kritiker mir unterstellen, ich würde stärker die globalen Aktionen unterstützen, weil ich weniger die Europäischen Aktionen unterstütze. Aber ich habe diese Sache in den letzten Jahren so nachdrücklich verfochten, weil ich mir so leidenschaftlich wünsche, dass Europa auf der Weltbühne eine führende Rolle spielt, und weil ich glaube, dass die Länder Europas, die sich auf die gemeinsamen Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung geeinigt haben, der Welt so viel zu bieten haben, die sich ja ebenfalls im Zuge der Annäherung befindet.

Ich wünsche mir eine offene, freihändlerische und flexible Globalisierung, die zugleich reformfähig, integrativ und nachhaltig ist. Das ist die Botschaft, in diesen so schwierigen wirtschaftlichen Zeiten, die Europa der übrigen Welt übermitteln und mit ihr teilen kann.

Heute zieht, wie Sie wissen, ein internationaler Wirbelsturm über die Welt. Kein europäisches Land ist immun gegen seine Auswirkungen. Er trifft alle Unternehmen, alle Arbeiter, alle Hausbesitzer und alle Familien.

Seien wir ehrlich: unser globales Wirtschaftssystem wuchs und verfiel in einer Weise, die im völligen Gegensatz zu den Werten steht, die wir in unseren Familien, unseren Gemeinden und in jedem anderen Bereich unseres Lebens ehren und hochhalten – Werte, die verlangen, zu anderen fair zu sein, Verantwortung zu übernehmen, harte Arbeit anzuerkennen und unverantwortliche Exzesse nicht zu belohnen.

Komplexe Produkte wie Bankderivate, die das Risiko um die ganze Welt streuen sollten, haben sich stattdessen wie eine Krankheit weltweit verbreitet. Wir können nicht länger zulassen, dass Risiken so verantwortungslos um die ganze Welt getragen werden. Ich sage, dass jeder Teil des einstigen Schattenbanksystems jetzt einem Aufsichtssystem unterworfen werden muss.

(Beifall)

Die festgelegten Grenzen für Märkte, die in einem Land oder in einer Region vereinbart wurden, werden durch den globalen Wettbewerb von allen Ländern übernommen. Ich sage, es reicht nicht aus, die

Selbstregulierung zu fördern und dann den Start für das Wettrennen freizugeben: wir müssen internationale Standards für Transparenz, Offenlegung und – ja – auch für die Vergütung vereinbaren.

(Beifall)

So wie die Globalisierung nationalstaatliche Grenzen überschritten hat, hat sie bekanntlich auch moralische Grenzen überschritten. Wie wir am eigenen Leib erfahren haben, ist das Problem von ungezügelten, freien Märkten an einem unbeaufsichtigten Marktplatz, dass sie alle Beziehungen auf Transaktionen, jegliche Motivation auf Eigennutz, jeglichen Sinn für Moral auf die Verbraucherwahl und jeglichen Sinn für den Wert der Dinge auf ein Preisschild reduzieren können.

Eine funktionierende Gesellschaft und eine funktionierende Wirtschaft benötigen jedoch einen hoch entwickelten Sinn für Werte. Nicht die Werte, die aus dem Markt kommen, sondern Werte, die wir in den Markt einbringen; die starken Tugenden der Ehrlichkeit, Verantwortung, Fairness und der Wertschätzung für harte Arbeit – Tugenden, die nicht von den Märkten sondern tatsächlich von Herzen kommen.

So schlage ich zu Beginn unserer Debatte heute, in Vorbereitung auf den Londoner Gipfel nächste Woche vor, dass wir, als Europa, eine zentrale Rolle übernehmen sollten, um das, was einmal als „Washington Consensus“ bezeichnet wurde, durch einen neuen und prinzipientreuen wirtschaftlichen Konsens für unsere Zeiten zu ersetzen.

Angesichts all dieser globalen Probleme können wir nicht stehenbleiben wo wir gerade sind. Wir müssen handeln. Natürlich haben wir eine Wahl und ich weiß, dass die Versuchung für manche groß ist, der neuen Unsicherheit mit Rückzug zu begegnen – mit dem Versuch, ein Gefühl der Sicherheit zu schaffen, indem man die Zugbrücke hochzieht und die Uhr zurückdreht. Aber ich sage Ihnen, wenn wir aus der Vergangenheit eines gelernt haben, dann dies: dass Protektionismus eine defätistische Politik ist, eine Politik des Rückzugs und der Angst, die letztlich niemanden schützt.

(Beifall)

Lassen Sie uns, anstatt hektisch den Felsen der Isolation aufzusuchen, gemeinsam den Kurs für unsere Zusammenarbeit festlegen. Das ist für uns alle von nationalem Interesse. Daher schlage ich vor, dass Europa mit einem mutigen Plan die Führung übernimmt, um sicherzustellen, dass jeder Kontinent jetzt die Änderungen in seinem Banksystem umsetzt, die den Weg für einen gemeinsamen Wohlstand ebnen, dass jedes Land an der Festlegung globaler Standards für die Regulierung der Finanzmärkte teilnimmt und mitwirkt, und dass jeder Kontinent die notwendigen Ressourcen zur Sicherung des Wachstums in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt einbringt.

Wie sieht die Agenda aus? Zunächst einmal gilt: Der Markt dient uns, nicht wir dem Markt. Deshalb haben wir in Großbritannien, andere Länder in Europa und gestern auch Amerika die Unsicherheit im Bankensektor aufgehoben, damit für diejenigen, die Darlehen brauchen, um mitten in diesen außergewöhnlichen Zeiten ihr gewöhnliches Leben weiterführen zu können, wieder Bewegung in den Kreditmarkt kommt. Ich glaube, dass die gemeinsamen Grundsätze hinter den Plänen der USA, des Vereinigten Königreichs und der Europäer zur Bereinigung der Bankbilanzen dabei helfen werden, das Vertrauen wiederherzustellen und den Kreditmarkt für eine breitere Mehrheit wieder zu öffnen.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Welt haben wir einen Konsens, der sich in dem Bericht von de Larosière, dem G30-Bericht von Paul Volcker, dem Turner-Bericht in Großbritannien und in der Reform zur finanziellen Stabilität widerspiegelt, dass, zum Schutz der Spareinlagen strenge regulatorische Standards in ganz Europa festgelegt und umgesetzt sowie lückenlos überwacht werden sollten, und dies nicht nur in einem Land sondern in jedem Kontinent weltweit.

Ich glaube, dass wir zum ersten Mal auch die großen Veränderungen beschließen können, die für eine koordinierte Aktion notwendig sind, die den Anfang vom Ende der Offshore-Steuerparadiese und der Offshore-Zentren markiert.

(Beifall)

Lassen Sie uns gemeinsam sagen, dass unsere Vorschriften für jede Bank, überall, zu jeder Zeit gelten sollten, ohne dass ein Schattenbanksystem die Möglichkeit erhält, sich auszuklinken, und ohne dass Steuerflüchtlinge, die sich weigern, ihren gerechten Anteil zu zahlen, in irgendeinem Teil der Welt die Möglichkeit erhalten, sich zu verstecken.

Wir wissen auch, dass ein weltweiter Steuer- und Währungsanreiz für unsere Wirtschaft in jedem Land doppelt so effektiv sein kann, wenn er von allen Ländern umgesetzt wird. Ich glaube, dass wir in diesem Jahr die größten Einbrüche bei den Zinssätzen haben werden, die die Welt je gesehen hat, und dass wir den größten steuerlichen Anreiz sehen werden, den die Welt jemals vereinbart hat.

Ich bin zuversichtlich, dass der Londoner Gipfel auf der Aktion aufbauen kann, die der Europäische Rat und die Finanzminister der G20 vor einigen Tagen vereinbart haben. Wir werden tun, was immer notwendig ist, um die Arbeitsplätze und das Wachstum, das wir brauchen, zu schaffen. Ich glaube, dass ganz Europa mit Präsident Obama übereinstimmt, wenn er sagt, dass unsere Aktionen nachhaltig und stabil sein müssen, bis eine Erholung eingetreten ist.

Wir tragen auch eine Verantwortung für die Arbeitslosen. Ich glaube, dass niemand monatelang arbeitslos sein sollte, ohne ein Angebot für eine Weiterbildung, einen Arbeitsplatz oder Unterstützung beim Finden eines Arbeitsplatzes zu erhalten, und dass kein Schulabgänger lange ohne Stelle sein sollte, ohne, dass ihm ein Angebot zum Erwerb der künftig erforderlichen Fähigkeiten gemacht wird.

Ich glaube auch, dass wir in Krisenzeiten dringende, ernsthafte und groß angelegte Maßnahmen ergreifen müssen, um einen emissionsarmen Konjunkturaufschwung zu erreichen und eine nachhaltige Wirtschaft aufzubauen. Europa hat die industrielle Revolution angeführt, jetzt kann es die emissionsarme Revolution anführen – durch Investitionen in Energieeffizienz, den Ausbau von erneuerbaren Energien und der Kernenergie, den Nachweis der Kohlenstoff-Abscheidung und -Speicherung, die Entwicklung von intelligenten Stromnetzen und die Vermarktung von elektrischen und extrem emissionsarmen Fahrzeugen. Deshalb bin ich stolz darauf, Teil des Europa 2020-Pakets für Energie und Klimawandel zu sein, das wir im Dezember 2008 vereinbart haben – auch eine Entscheidung dieses Parlaments, die für die globale Führungsrolle auf dem Weg zu einem Abkommen über den Klimawandel, den wir alle später in diesem Jahr in Kopenhagen sehen möchten, die höchsten Standards gesetzt hat.

(Beifall)

Was wir jetzt in einigen Ländern in Ost- und Mitteleuropa erleben, zeigt, warum wir die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit neu aufbauen müssen, um Ländern zu helfen, wann immer sie Hilfe benötigen.

Ein neuer, reformierter Internationaler Währungsfonds, in dem wir eine größere Repräsentanz der Schwellenländer begrüßen, und der über Ressourcen von mindestens 500 Milliarden US-Dollar verfügen muss – das Doppelte der gegenwärtigen Summe – muss in der Lage sein, den von Kapitalflucht bedrohten Ländern zu helfen, bei der Restrukturierung ihrer Banken Unterstützung zu bieten und sie in die Lage zu versetzen, ihre Wirtschaft wieder mit Darlehen zu versorgen. Ich möchte einen Währungsfonds, der nicht nur auf Krisen reagiert, sondern Krisen verhindert, und ich möchte eine Weltbank, die über die Ressourcen verfügt, Armut zu verhindern und mitten im Zusammenbruch von Handelskrediten die Ausweitung des Handels weltweit zu erleichtern.

Zu einem Zeitpunkt, da wir uns daran erinnern und feiern, dass unsere Europäische Union und dieses Parlament in einer erfolgreichen Erweiterung neue Mitglieder in unserer Familie begrüßt haben, sage ich zu den EU-Mitgliedstaaten in Osteuropa, dass wir Euch in schwierigen Zeiten nicht den Rücken zudrehen werden. Wir werden alles tun, was wir können, um Euch zur Seite zu stehen.

(Beifall)

Lassen Sie uns aber auch nicht vergessen, dass diese Krise für Hunderte Millionen von Menschen in den ärmsten Ländern, die in äußerster Armut leben, nichts Geringeres als eine Angelegenheit von Leben und Tod ist. Die bittere Wahrheit ist, dass, weil Banken scheitern und Märkte und Handel zusammenbrechen, eine halbe Million Kinder mehr – insgesamt zehneinhalb Millionen Kinder – dieses Jahr sterben werden, weil sie buchstäblich zu arm zu leben sind. Zehneinhalb Millionen Kinder, das ist nicht einfach nur eine Statistik. Das ist ein Kind, dann ein zweites Kind, dann ein drittes Kind, dann ein viertes: jedes davon nicht irgendein Kind, sondern jemandes Kind; jedes ein Begräbnis, das es nie hätte geben dürfen; jedes ein Leben, dass gerettet hätte werden können – eine Tragödie, die, so glaube ich, mich und Sie zutiefst anrührt.

(Beifall)

Zeiten, die schwierig für uns sind, dürfen niemals die Entschuldigung dafür sein, den Ärmsten in der Welt den Rücken zuzudrehen oder zuzulassen, dass wegen bankrotter Banken Hilfsversprechungen gebrochen werden und dieser Bruch durch den Bankrott gerechtfertigt wird. Anstatt zuzulassen, dass unsere europäischen

Hilfszusagen zu bloßen Hilfsabsichten, dann zu vagen Hoffnungen und schließlich zu tragischen, stillschweigenden Wortbrüchen verkommen, sollten wir unsere Anstrengungen verdoppeln, um sicherzustellen, dass es unsere Generation ist, die es schaffen wird, Armut in die Vergangenheit zu verbannen.

(Beifall)

Gemeinsam schaffen wir den größten Steueranreiz, den größten Einschnitt bei den Zinssätzen, die größte Reform in unserem internationalen Finanzsystem, die ersten internationalen Grundsätze zur Vergütung im Bankwesen und zu Bankstandards, die erste umfassende Aktion gegen Steuerparadiese und, zum ersten Mal in einer Weltkrise, neue und zusätzliche Hilfen für die Armen.

Wie erreichen wir diesen globalen Konsens für die globalen Änderungen, die wir brauchen? Ich möchte Ihnen sagen, dass eine der großen Chancen für uns darin liegt, dass Europa und alle anderen Kontinente zusammenarbeiten. Heute möchte ich außerdem betonen, dass Europa und Amerika enger zusammenarbeiten können.

Ich habe gestern mit Präsident Obama über das gesprochen, worüber ich heute mit Ihnen sprechen möchte: eine neue Ära der engeren Zusammenarbeit zwischen Europa und Amerika. Noch nie in der jüngeren Vergangenheit hatten wir eine amerikanische Führung, die so sehr daran interessiert war, auf allen Ebenen mit Europa bei der finanziellen Stabilität, dem Klimawandel, der Sicherheit und der Entwicklung zusammenzuarbeiten. Selten war eine solche Zusammenarbeit so offensichtlich für die ganze Welt von Nutzen.

Beginnend mit dem EU-USA-Gipfel in einigen Tagen, wenn Präsident Obama nach Prag kommt, können wir diesen Gipfel von einem reinen Jahrestreffen in eine unaufhaltsame progressive Partnerschaft transformieren, um den globalen Wandel zu garantieren, den die Welt braucht.

Denken Sie nur an all die Vorteile, die wir – Europa und Amerika – in einer neuen Ära transatlantischer Zusammenarbeit gemeinsam erreichen können. Lassen Sie uns zusammenarbeiten, für einen neues, weltweites Abkommen zum Klimawandel – ein Abkommen zum Klimawandel, das 2005 bei dem G8-Gipfel von Bundeskanzlerin Merkel initiiert wurde – für die radikalsten Senkungen der CO<sub>2</sub>-Emissionen, die die Welt je gesehen hat. Wir, Europa und Amerika, müssen gemeinsam arbeiten, im Kampf gegen die wachsende Bedrohung durch den Terrorismus aus Pakistan und Afghanistan, der jederzeit in den Straßen jedes unserer Länder zuschlagen kann.

Mit Frankreich, das unter der Führung von Präsident Sarkozy erneut ins Zentrum der NATO gerückt ist, sollten Europa und Amerika zusammenarbeiten, um etwas zu erreichen, das einst ein Traum war, heute jedoch, meiner Ansicht nach, möglich geworden ist: eine Welt, in der Kernwaffen nicht verbreitet sind und die Atomkräfte eine reale Reduzierung ihrer Kernwaffenarsenale vereinbaren.

(Beifall)

Lassen Sie uns gemeinsam aber auch für die Erfüllung einer anderen zwingenden Notwendigkeit arbeiten, die wir alle gerne noch erleben würden und nach der sich, wie ich glaube, alle Parteien in diesem Parlament sehnen: Frieden im Nahen Osten, mit einem sicheren Israel, Seite an Seite mit einem lebensfähigen palästinensischen Staat.

(Beifall)

Aber das am schnellsten und am dringendsten benötigte ein Geschenk, das unsere europäisch-amerikanische Zusammenarbeit uns geben könnte, wäre, dass durch unsere Aktionen mehr Arbeitsplätze, mehr Unternehmen und mehr Handel entstehen, weil wir diese großen finanziellen Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam angehen und bewältigen.

Einer der berühmtesten Europäer, Michelangelo, sagte einmal, dass es besser sei, ein zu hoch gestecktes Ziel zu verfehlen, als ein zu niedrig gestecktes Ziel zu verwirklichen. Dies ist die Wahl, laut Michelangelo, vor der wir nun stehen, denn, wenn ich mich heute in dieser Kammer umsehe, sehe ich, dass wir alle hier nicht nur Zeugen und nicht nur Zuschauer sind, sondern die Akteure der Veränderung, frei, unser eigenes Schicksal zu formen.

Die Menschen in Europa dürfen nicht von den Ereignissen beherrscht werden. Ungeachtet, um welche Ereignisse es sich handelt, wir können sie beherrschen. Man soll später von uns sagen können, dass wir auch in den schwierigsten Zeiten, in der tiefsten Krise, fest an unsere Zukunft glaubten und dass wir gemeinsam die Weltordnung für unsere Zeiten umgeformt und erneuert haben.

Ich glaube, dass wir erst, wenn die Geschichtsbücher bereits geschrieben sind, den Umfang und das Ausmaß der außerordentlichen Herausforderungen begreifen können, mit denen sich jedes Land und jeder Kontinent als Ergebnis der Globalisierung nun konfrontiert sieht. Dies ist mehr als nur ein Augenblick des Wandels in unserer gemeinsamen Geschichte. Dies ist eine Welt im Wandel und wir sollten uns daran erinnern, dass die Dekaden der europäischen Geschichte, die ihre Epoche geprägt haben, erst dann vollständig verstanden wurden, als sie schon lange vorbei waren.

Wenn Sie auf die Renaissance zurückblicken, eines der größten Zeitalter, das die Welt je gesehen hat, können wir ihren Einfluss auf die Welt nicht einem bestimmten Datum, einer bestimmten Person oder einem bestimmten Durchbruch zuordnen. Oder die Aufklärung – wir können nicht mit Sicherheit sagen, wann oder von wem sie initiiert wurde, nur, dass es das Europa von heute und die Welt von heute ohne sie nicht gäbe. Wenn wir auf die industrielle Revolution zurückblicken können wir nicht den Tag bestimmen, an dem das Signal ertönte und sie begann, oder einen Erfinder oder Unternehmer oder einen Verwaltungsausschuss benennen, der sie geleitet hat. Wir können heute nur sagen, dass wir alle heute Nutznießer dieser Ereignisse sind, die in ihrer Zeit nicht vollständig verstanden wurden.

In dieser Generation stehen wir vor einer Welt des Wandels, die noch nicht vollständig verstanden wird, in der wir durch die unzähligen Entscheidungen, die wir täglich treffen, den Fortschritt beschleunigen oder bremsen können. Wir dürfen uns in dieser Welt überwältigenden Wandels – Klimawandel, Umweltanforderungen, Energiebedarf, Terrorgefahr, Armut und Ungleichheit, die bekämpft werden müssen, eine Finanzkrise, die unser Handeln erfordert – nicht in den Protektionismus zurückziehen, das wäre ruinös.

Dies soll unser Vermächtnis sein: dass wir für unsere neuen Zeiten eine echte globale Gesellschaft vorausgesehen und geformt haben; dass wir, anstatt zuzulassen, dass die Globalisierung eine Kraft der Ungerechtigkeit und Ungleichheit wurde, aus der Globalisierung eine Kraft für Gerechtigkeit im globalen Maßstab gemacht haben; und dass ein vereintes Europa angesichts der schwierigsten Herausforderungen, auf der Basis gemeinsamer Ideale und gemeinsamer Werte geholfen hat, diese Welt neu zu erschaffen.

*(Anhaltender Beifall)*

**Der Präsident.** – Sehr geehrter Premierminister, im Namen des Europäischen Parlaments möchte ich Ihnen für diese wirklich bemerkenswerte Rede hier im Europäischen Parlament danken.

*(Beifall)*

Es ist mir eine Freude, das Wort jetzt an den Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, zu übergeben.

**José Manuel Barroso, Präsident der Kommission.** – Sehr geehrter Herr Präsident, der G20-Gipfel in London wird ein Meilenstein in der globalen Antwort auf die globale Krise sein. Ich bin überzeugt, dass er unter der Leitung von Premierminister Brown ein großer Erfolg wird.

Die Initiative für eine globale Antwort kam von Europa. Ich erinnere daran, dass Präsident Sarkozy und ich nach Camp David gingen, um Präsident Bush eine globale Antwort vorzuschlagen. Der G20-Gipfel in Washington im November 2008 war genau das Ergebnis dieser gemeinsamen Bestrebungen.

Europa trägt damit eine besondere Verantwortung im gegenwärtigen G20-Prozess. Wir möchten, dass der Londoner Gipfel ein Erfolg wird, und ich bin sicher, dass er das wird. Europa wird in London vereint und mit einer einheitlichen Botschaft auftreten. Wie letzte Woche von den 27 Mitgliedstaaten im Europäischen Rat vereinbart, werden wir für London eine proaktive Agenda mitbringen. Wir möchten konkrete Ergebnisse für einen Anreiz für die Weltwirtschaft und die Regulierung aller Finanzakteure, von der Bank bis zum Hedgefonds, für neue Regeln für Rating-Agenturen.

Wir sollten klarstellen, dass zwischen der Stimulierung der Wirtschaft und einer besseren Regelung kein Widerspruch herrscht - wir brauchen beides. Tatsächlich müssen wir noch weiter gehen: wir müssen auch alle Formen von ökonomischem Nationalismus und Protektionismus ablehnen und unsere Verpflichtungen gegenüber den weniger entwickelten Ländern erneuern, um sicherzustellen, dass Europa die Millenniums-Entwicklungsziele einhält.

Die wirtschaftliche Verlangsamung ist besonders kritisch. Daher ist es notwendig, durch die Unterstützung der allgemeinen Nachfrage einen koordinierten Anreiz für die Wirtschaft zu geben. Die Europäische Union tut in dieser Hinsicht bereits eine Menge: unsere allgemeinen steuerlichen Bestrebungen mit der Kombination

von nach eigenem Ermessen zu tätigenen Aktionen und automatischen Stabilisierungshilfen liegen bei nahezu 4 % des BIP.

Jetzt müssen wir unsere Pläne zur wirtschaftlichen Erholung rigoros umsetzen. Wir wissen, was wir zu tun haben: den Kreditfluss wieder in Gang bringen; für eine hohe Beschäftigungsquote sorgen; für die Zeit des Aufschwungs Weiterbildungen ermöglichen; weiterhin in europäische Produktivität und europäische Wettbewerbsfähigkeit investieren. Die Kommission wird überwachen und auswerten, was die Mitgliedstaaten tun, um unsere allgemeine Antwort auf die Krise zu koordinieren.

Bei der finanziellen Regulierung möchte die Europäische Union die Grenzen noch weiter verschieben: kein Finanzprodukt, keine Institution, kein Markt, keine Gesetzgebung sollte von der Regulierung ausgenommen werden. Aber die Regulierung darf auch kein Selbstzweck sein – wir brauchen mehr Regulierung, weil wir wieder funktionierende Märkte brauchen, um Arbeitsplätze und Investitionen zu schaffen. Nur so kann das Vertrauen wiederhergestellt werden, und Vertrauen ist lebenswichtig. Die Rückkehr der Ethik in das Finanzsystem ist ebenfalls eine Voraussetzung für das Vertrauen, das wir in einer offenen Wirtschaft benötigen.

In der Europäischen Union bewegt sich die Grenze bereits: Vorschläge für eine angemessene Eigenkapitalausstattung und Rating-Agenturen wurden von der Kommission vorgelegt und werden derzeit auch von diesem Parlament diskutiert. In den kommenden Wochen wird die Kommission Vorschläge in Bezug auf Hedgefonds und privates Beteiligungskapital einreichen und die Kommission wird, rechtzeitig für den Europarat im Juni, ein Paket für ein neues Europäisches Überwachungssystem vorlegen. Die Europäische Union bewegt sich: das werden wir in London laut und deutlich sagen, so dass wir mit unseren Partnern, insbesondere mit unseren amerikanischen Freunden, zusammenarbeiten können.

Wir möchten, dass die anderen sich mit uns bewegen; wir brauchen globale Regeln für eine globale Wirtschaft. Nehmen wir den Fall bei wertgeminderten Vermögenspositionen: die Kredite werden ohne eine Bereinigung des Banksystems sicherlich nicht zurück in die Wirtschaft fließen. Die Europäische Union verfügt nun über einen Rahmen, bereitgestellt von der Kommission, um dieses Problem zu beheben. Die Finanzminister der G20 haben vor nicht ganz zwei Wochen lange darüber diskutiert, wie mit wertgeminderten Vermögenspositionen umgegangen werden soll. Die Grundsätze, auf die sie sich schließlich geeinigt haben, spiegeln weitgehend die Ansichten der Europäischen Union zu dieser Angelegenheit wider. Einmal mehr konnten wir so die einzigartige Erfahrung machen, dass wir supranationale und transnationale Regeln festlegen und zeigen, dass die Europäische Union besser als alle anderen darauf vorbereitet ist, die Regeln für diese Globalisierung nicht aufzudrängen, sondern vorzuschlagen.

In London muss die Europäische Union auch ein klares Signal für eine Ablehnung des Protektionismus setzen. Wir werden unseren internen Markt zuhause verteidigen, indem wir ihn offen lassen, und wir werden auch für offene, globale Märkte kämpfen. Wir dürfen Doha nicht aufgeben und rasch eine Einigung erzielen. Auch dürfen wir die bedürftigsten Länder nicht vergessen: wir müssen uns an unsere Verpflichtungen im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele halten.

Wir müssen immer bedenken, dass unsere Aktionen nur Mittel zum Zweck sind, nämlich den Wohlstand der Menschen zu verbessern. Diese Maßnahmen dienen nicht dem Finanzsystem – nicht diesem spezifischen Segment der Wirtschaft – sondern den Menschen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bedeutet dies, dass wir die Auswirkungen des Wirtschaftsabschwungs in der Europäischen Union auf die Beschäftigungslage abfedern und mildern müssen. Der Beschäftigung gilt in der Tat unsere dringendste Sorge. Am 7. Mai werden wir einen Beschäftigungsgipfel veranstalten, um Ideen und Aktionen zu mobilisieren, wie Menschen ihre Arbeitsplätze behalten und sich für künftige Arbeitsplätze neu ausbilden können. Wir arbeiten gemeinsam mit Sozialpartnern zusammen, weil wir glauben, dass dies auch ein Bestandteil unseres Modells in Europa ist – die Idee, mit unseren Sozialpartnern zusammenzuarbeiten – und wir glauben, dass wir auf diese Weise unseren Arbeitern helfen können, sich auf die Arbeitsplätze vorzubereiten, die eine künftige nachhaltige und emissionsarme Wirtschaft, die wir Europäer anführen möchten, bereithalten wird.

Das Treffen der G20 in London wird daher in den unterschiedlichsten Bereichen ein äußerst ehrgeiziges Programm als Ergebnis haben müssen. Ich bin sicher, dass die G20 unter der Leitung von Gordon Brown und mit einem starken europäischen Beitrag einen globalen Konsens zur internationalen Wirtschaft erzielen und aufbauen werden.

(Beifall)

**Joseph Daul**, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (FR) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Ich möchte den britischen Premierminister Gordon Brown herzlich willkommen heißen, der in

wenigen Tagen Gastgeber eines G20-Gipfel sein wird, bei dem Europa so sehnlich erwartet wird, wie selten zuvor.

Die erste Lektion, die wir aus der Krise lernen müssen, ist, dass die Wirtschaften heute so eng miteinander verwoben sind, dass nationale Lösungen undenkbar geworden sein sollten. Die Schwierigkeiten, die, das muss gesagt werden, hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten zu uns kommen, als das Ergebnis einer mangelhaften Regulierung, haben zugenommen und Europa, sehr geehrter Herr Brown, muss verstehen, dass es nur stark ist, wenn es mit einer Stimme spricht, um seine gemeinsamen Interessen zu verteidigen. Es muss sogar stark genug sein, alle regionalen Wirtschaften auf den Pfad zu einem neuen Wachstum zu bringen. Ich kann Herrn Barroso und die Tatsache nicht vergessen, dass es dem Impuls von Europa – und vor allem Nicolas Sarkozy zu verdanken ist – dass die G20 aufgerufen wurden, die Ordnung in einem Finanzsystem wiederherzustellen, das jeden Realitätsbezug verloren hat.

Solidarität und Verantwortung sind die beiden wichtigsten Grundsätze Europas. Gemeinsam können wir denen unter uns zu Hilfe kommen, die die größten Schwierigkeiten haben. Auch wenn ich Ihrem Land das Beste wünsche, Herr Premierminister, die neuesten IWF-Zahlen dazu sind, leider, sehr besorgniserregend für Sie, wie auch für andere Länder in der Europäischen Union, insbesondere Ungarn.

Ich habe mehrere Jahre bei der freiwilligen Feuerwehr gearbeitet und ich weiß, dass, wenn ein Haus brennt, es nicht lange dauert, bis auch das Haus des Nachbarn Gefahr läuft, den Flammen zum Opfer zu fallen.

Meine Kolleginnen und Kollegen, Ihre Freunde vom linken Flügel des Hauses, werden zweifellos, wenn ich geendet habe, nach einem sozialeren Europa und mehr Beschäftigungsschutz rufen. Bevor sie das tun, möchte ich antworten, dass diese allzu simplen Slogans, die dazu aufrufen, Geld auszugeben, das wir nicht haben, genau diejenigen sind, die zu dem Scheitern der Politik der 1980er Jahre in zahlreichen europäischen Ländern geführt haben.

*(Beifall)*

Nicht Ihres Landes, natürlich, Herr Premierminister; Ich muss zugeben, dass in den 1980ern nicht Ihre Regierung am Ruder war. Dieselben Mitglieder werden es auch nicht versäumen zu wiederholen, dass die gegenwärtige Krise ein Ergebnis der Globalisierung und der Marktwirtschaft ist. Ich würde mit der Antwort zuvorkommen, dass dank dieser Marktwirtschaft das durchschnittliche Einkommen unserer Mitbürger in den letzten 40 Jahren um mehr als 40 % gestiegen ist. Ich würde sie außerdem daran erinnern, dass, während die Menschen in den Ländern außerhalb der Marktwirtschaft, hinter dem Schirm der Berliner Mauer, ihr wohldokumentiertes Schicksal erlitten, die Globalisierung und der Markt es Westeuropa ermöglichten, ein durchschnittliches Wachstum von ca. 2 % pro Jahr zu erzielen. Als dies zeigt, dass die Verteidiger eines sozialen Europas nicht unbedingt das sind, wofür wir sie halten.

Sehr geehrter Premierminister, die europäische Integration war stets eine Frage der Solidarität zwischen den Bürgern seiner Länder und in der schwierigen Phase, in der wir uns derzeit befinden, ist es die Pflicht Europas, mehr denn je, dies durch sein Handeln erneut unter Beweis zu stellen. Die Unterstützung der Banken war notwendig, da sie diejenigen, die auf die Banken vertrauten, davor bewahrte, alles zu verlieren, und das ist schon etwas, aber es ist nicht genug. Unsere erste Sorge muss die Unterstützung all derer sein, die ihre Arbeitsplätze verlieren, und der Familien, die nur knapp über die Runden kommen. Nur durch die Rückkehr zum Wachstum, nur durch die Wiederherstellung einer wirtschaftlichen und steuerlichen Umgebung, die Unternehmer fördert, werden wir auch die Rückkehr des Vertrauens und der Arbeitsplätze erleben. Das europäische Hilfsprogramm von 400 Milliarden EUR wird uns helfen, die Krise zu überwinden. Es wird neue Investitionen ermöglichen, es wird die Nachfrage stärken und es wird auf diese Weise das Wachstum unterstützen und Arbeitsplätze schaffen.

Der Europäische Binnenmarkt kann als wichtiger Antriebsfaktor dienen, protektionistische Maßnahmen werden dagegen die Lage nur verschärfen. Sehr geehrter Herr Brown, es reicht nicht aus, den Protektionismus in anderen Ländern zu verurteilen. Wir dürfen auch Slogans wie „britische Arbeitsplätze für britische Arbeitnehmer“ im eigenen Land nicht gutheißen, da wir uns sonst in einem sehr gefährlichen Wirtschaftsnationalismus verfangen können. Aber ich vertraue auf die Kommission, die Hüterin der Verträge, sicherzustellen, dass das Gesetz eingehalten wird und unsere Unternehmen auf einem freien und fairen Markt handeln können. Unsere Priorität liegt im Errichten einer neuen globalen Finanzarchitektur mit mehr Stabilität, mehr Überwachung und, vor allem, mit mehr Transparenz. Wir müssen die Reformen von „Basel II“ beschleunigen und spekulative Fonds unter eine strenge Kontrolle bringen.



Herr Premierminister, ich rechne es Ihnen hoch an, dass Sie hierhergekommen sind, nicht, um uns Ihre Ideen aufzudrängen, sondern um zu hören, welche Erwartungen die Bürger haben. Vergessen Sie nicht, Herr Premierminister, vor allem nächste Woche, dass Sie ein echter Europäer sind.

(Beifall)

**Martin Schulz**, für die PSE-Fraktion. – Sehr geehrter Herr Präsident, was für eine mutige Rede, und was für eine brillante Beschreibung der Anforderungen unserer Zeit. Dies ist genau der Weg, den wir gehen müssen, und wir, die Europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten – und ich spreche hier nicht nur für die Mitglieder meiner Fraktion, sondern für Herrn Rasmussen, den Führer unserer sozialdemokratischen Bewegung in Europa – können jedes einzelne Wort Ihrer Rede unterschreiben, Herr Premierminister. Dies ist ein großartiges Ziel.

(Beifall)

*im Namen der PSE-Fraktion.* – (DE) Was die Kommentare meines Kollegen Herrn Daul betrifft, so ist es das Mindeste, was man von dem Vorsitzenden einer Fraktion im Europaparlament erwarten kann, dass er zwischen Protektionismus und dem Schutz der sozialen Sicherheit unterscheiden kann. Das ist ein gewaltiger Unterschied.

(Beifall)

Was Ihren großen Präsidenten, Herrn Sarkozy, angeht, so weiß er vielleicht etwas über Protektionismus, aber da gibt es eine Sache, von der er sicherlich nichts versteht, und das ist der Schutz der sozialen Sicherheit.

*im Namen der PSE-Fraktion.* – (DE) Sie haben völlig Recht, Herr Präsident, es ist ein großer Moment: Gordon Brown ist am Vorabend des G20-Gipfels hier ins Europäische Parlament gekommen. Dieser Besuch zeigt, dass das Forum der europäischen Völker – dieses Parlament – genau der richtige Ort ist, um die Perspektiven darzustellen, die Sie, Herr Premierminister, hier vorgetragen haben.

Deshalb ist Ihr Besuch mehr als nur ein Besuch im Europäischen Parlament. Er ist eine richtungsweisende Tat, weil er beweist, dass Sie als Premierminister Ihres Landes und als Gastgeber des G20-Gipfels dem Europäischen Parlament die Rolle zumessen, die diesem Parlament zukommt, nämlich der Ort zu sein, wo multinationale, internationale Politik im kontinentalen Rahmen der Beziehungen Europas und im Rahmen dieses Kontinents zu anderen Teilen dieser Erde diskutiert werden muss. Dafür einen herzlichen Dank, Gordon Brown, eine richtige Tat!

(Beifall)

Sie haben, Herr Premierminister, drei elementare Grundsätze genannt, die ich noch einmal aufgreifen will, weil sie auch elementare Grundsätze der Politik unserer Bewegung sind. Es ist nicht die Gier, die individuelle Gier, die entscheidend war. Die hat es in der menschlichen Geschichte immer gegeben, und die wird es immer geben. Es geht um ein System, in dem sich diese individuelle Gier ausbreiten kann und einen zerstörerischen Charakter annimmt. Genau dieses System ist falsch, und dieses System des ungezügelten Marktradikalismus und des Liberalismus ist gescheitert, es ist Bankrott gegangen. Deshalb muss das System geändert werden.

Deshalb haben Sie Recht: Wir brauchen europäische und weltweite Regeln für Private Equity, für Hedgefonds, für Offshore-Center, die geschlossen werden müssen, und wir brauchen Regeln für Ratingagenturen, wir brauchen das Verbot von Leerverkäufen – die ganze Serie von Maßnahmen, die wir übrigens unter der Führung von Poul Nyrup Rasmussen gegen den Widerstand der anderen Fraktionen über lange Zeit gefordert haben. Genau das muss umgesetzt werden!

(Beifall von links)

Ich weiß, Kollegen von der rechten Feldpostnummer, dass es schwierig ist, zu akzeptieren, dass eine Politik, die man zehn Jahre lang selbst propagiert hat, sich als falsch erwiesen hat. Da habt Ihr Schwierigkeiten, hinterherzulaufen! Das kann ich gut verstehen, ändert aber nichts an der Tatsache, dass Ihr immer dagegen wart.

Sie haben Recht: Die nukleare Aufrüstung muss gestoppt werden! Sie haben Recht: Die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika ermöglicht uns jetzt, in ein neues Zeitalter der nuklearen Abrüstung einzusteigen. Und Sie haben Recht: Wir brauchen Solidarität zwischen den Menschen in der Gesellschaft und Solidarität zwischen Staaten! Deshalb: Ich unterschreibe für meine Fraktion, dass sich die neuen Staaten in dieser Union auf die Union verlassen können. Jawohl, das ist der richtige Weg, Herr Ministerpräsident!

Lassen Sie mich einen letzten Punkt aufgreifen. Gehen Sie zu den G20 mit dieser Botschaft: Wer jetzt in der Wirtschaftskrise versucht, die Umweltpolitik gegen die Wirtschaftspolitik auszuspielen, macht einen verheerenden Fehler. Die Wirtschaftskrise wird vorbeigehen, der Klimawandel bleibt! Deshalb: Wir brauchen beides, vor allem auch einen effektiven Kampf für eine bessere Klimapolitik – und im Übrigen, dieser Kampf bietet viele neue Potenziale zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Das eine mit dem anderen zu kombinieren, ist genau der richtige Weg.

(Beifall)

Gordon Brown hat eine große Rede gehalten. Je mehr die Rechte gegen diese Inhalte ankämpft, desto mehr zeigen Sie mit Ihrer Rede, Gordon Brown, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir freuen uns, dass ein wirklicher sozialdemokratischer Regierungschef heute hier gesprochen hat!

(Beifall)

**Graham Watson**, im Namen der ALDE-Fraktion. – Sehr geehrter Herr Präsident, Ich begrüße den Premierminister bei der ersten Station seiner „Brown-G20-Welttournee“. Sie haben eine umfangreiche Agenda für die G20 aufgestellt, Herr Premierminister, vom Kampf gegen die Armut in der Welt über die atomare Abrüstung bis hin zum Frieden im Nahen Osten, und ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg. Meine Fraktion gratuliert Ihnen und Ihren Kollegen im Europarat zur Darstellung der großen Konturen für einen gemeinsamen Ansatz, wenn auch in einer begrenzteren Agenda, für den Gipfel nächste Woche.

Die Chancen, mit der Obama-Regierung zusammenzuarbeiten, sollten nicht durch einen transatlantischen Wortkrieg verdorben werden. Ich weiß, wir teilen diese Ansicht, aber Amerika neigt weiterhin zu einer minimalen Regulierung, und die Realität dieser Rezession zeigt, dass diejenigen, die die üblen Methoden vorsätzlich ignoriert haben, nun am meisten darunter leiden. Wir brauchen eine europäische Aufsichtsbehörde für Finanzdienstleistungen. Versuchen Sie ruhig, die anderen zur Unterstützung derselben Standards zu bewegen, aber ihre Vorsicht darf nicht dazu führen, dass wir untätig sind. Wie Sie gesagt haben, müssen wir Ehrlichkeit, Transparenz und das Rechtsstaatsprinzip fest im Finanzsystem verankern. Die Reform der globalen Finanzinstitutionen ist notwendig, um Leistungsbilanzüberschüsse und Überliquidität zu stoppen, die weiterhin Öl ins Feuer des globalen Boom-and-Bust-Zyklus gießen.

Für die Erfüllung dieser Aufgabe brauchen wir den IWF. Kann er mit einem besseren Zugang zu den Krisenfonds mehr Vermögen aufbauen? Sollte er zu einem echten Vermögensverwalter für Teile des globalen Spareinlagenreservoirs, für wahrsagende Spekulanten werden, Panik verhüten, Märkte stabilisieren? Wie können wir seine Entscheidungsstrukturen verändern, um die Forderung nach einer demokratischeren Aufsicht und die Macht der Schwellenländer widerzuspiegeln?

Es ist aber auch von größter Bedeutung, sich trotz der schmerzhaften Rezession der Herausforderung des Klimawandels und den Problemen der Armut zu stellen.

Sehr geehrter Premierminister, Sie sprachen von der Notwendigkeit zu handeln, werden Sie dann auch dem IWF und der Weltbank den expliziten Auftrag erteilen, die Dürre, die Überschwemmungen und die Krankheiten zu bekämpfen, die die globale Erderwärmung in den Entwicklungsländern begleiten werden? Werden Sie sicherstellen, dass sie nicht nur wegen des Markterfolgs gewähren, leihen und planen, sondern, um sozialen Fortschritt zu erreichen und Umweltziele zu verwirklichen? Wir brauchen eine neue und nachhaltige Wirtschaft, die in einem globalen Sozialvertrag verankert ist. Die Ära des billigen Geldes ist Vergangenheit. Für ein künftiges Wachstum darf das Bestreiten des Lebensunterhalts nicht mit der Vernichtung von Leben aufgewogen werden.

Aber um das zu erreichen, muss Europa einen Konsens erzielen und Großbritannien muss ein Teil davon sein. Sehr geehrter Premierminister, Sie und ich tragen verschiedene Farben der politischen Palette, aber als schottische Landsleute mit einem festen Glauben an eine progressive Politik weiß ich, dass wir beide Burns richtig verstehen, wenn er schreibt: „Oh wäre uns doch die Gabe gegeben, uns mit den Augen der Anderen zu sehen.“ Und diese Parteien, die sich selbst und Großbritannien an den Rand Europas drängen, werden ihrem Land teuer zu stehen kommen.

Daher soll Großbritannien ein positiver Partner sein, der in der europäischen Form gegossen wird. Herr Premierminister, ich erwarte, dass die Einheitswährung gestärkt aus dieser Krise hervorgeht. Im kalten Wind der Rezession haben sich die Investoren in den Schutz des Euro geflüchtet. Sie haben fünf sehr komplizierte Tests entworfen, die in den vergangenen zehn Jahren den Eintritt der Briten verhindert haben. Werden Sie nun daran arbeiten, das Vereinigte Königreich in der Phase nach der Rezession auf den Euro

umzustellen? Das Vereinigte Königreich sollte nicht an der Wand stehen bleiben, während die anderen sich auf das Parkett begeben. An diesem Tanz sollten die Briten teilnehmen.

(Lauter Beifall)

**Brian Crowley**, im Namen der UEN-Fraktion. – Sehr geehrter Herr Präsident, anstatt zu den Waffen eines Sozialismus, Liberalismus, Konservatismus oder eines der anderen ideologischen „ismen“, die regelmäßig in diesem Haus genannt werden, zu greifen, möchte ich zuallererst dem Premierminister zu seiner Bereitschaft gratulieren, hierher zu kommen, um eine Sache vorzustellen und sie vehement zu verteidigen, vor allem jedoch, um hier einen Brückenschlag zwischen Europa und Amerika anzubieten, in Hinblick darauf, wie wir einige der vor uns liegenden Probleme und Schwierigkeiten beheben können, insbesondere, da wir uns gerade in einer globalen Krise befinden. Aber wir sollten nicht zulassen, dass diese globale Krise die Erfolge der Vergangenheit vergessen lässt.

In den letzten 15 Jahren hatten wir ein beispielloses Wirtschaftswachstum, eine beispiellose Beschäftigungszunahme, eine beispiellose Wohlstandsbildung und beispiellose Aktionen zur Hilfe und Unterstützung für die Entwicklungsländer. Diese neuen Pläne, die wir nun vorlegen, sollten nicht dazu führen, dass das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Sie sollten auf den Erfolgen aufbauen, die erzielt wurden, die Fehler erkennen, die gemacht wurden und sicherstellen, dass wir beide einen ehrgeizigen Plan für eine globale Erholung aufstellen können, basierend auf gemeinsamen Zielen für gemeinsame Werte mit einem gemeinsamen Kurs. Dieser gemeinsame Kurs muss jederzeit auf der Vorbedingung basieren, dass unsere Verbesserungen den Menschen gelten müssen, nicht den Märkten oder der Wirtschaft.

Sehr geehrter Premierminister, Sie haben vorher in Ihrer Rede Michelangelo zitiert; und hier ist ein weiteres gutes Zitat von einem irischen Dichter, Oscar Wilde, der gesagt hat: „Wir liegen alle in der Gosse, aber einige von uns betrachten die Sterne.“ Und wir können die Sterne nun erreichen! Diese neue Krise bietet die Gelegenheit. Barack Obama hat ganz richtig eine Chance gesehen, Amerika auf die Weltbühne zurückzubringen. Tatsache ist, dass es heute, im Vergleich zu dem Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg, kein großes Tier auf der Weltbühne gibt, das den Rest der Weltwirtschaft retten könnte. Wir sind nicht nur in Hinblick auf die bevorstehenden Herausforderungen voneinander abhängig, sondern auch auf die Lösungen, zu denen wir gelangen können.

Ich denke, dass es zwar am dringendsten ist, diesen neuen Weg zu beschreiten, aber wir können natürlich auch über die emissionsarme Wirtschaft, die daraus resultierenden Arbeitsplätze sprechen – dies ist sehr wichtig – sowie über Umschulungen und das Ausbilden neuer Fähigkeiten, die von größter Bedeutung sind. Die soziale Sicherheit für die Bedürftigen ist eine notwendige Voraussetzung für die Entwicklung, aber wir dürfen nicht bei der Aussage stehenbleiben, die Vergütung eines Bankers sei der bestimmende Faktor für die Art von Lösung, die wir erzielen werden. Eine bessere Regulierung, eine bessere Überwachung – aber auch eine bessere Durchsetzung dieser Regulierungen – da es sich in einer Vielzahl von Fällen in Hinblick auf die Bankenkrise nicht um die fehlende Regulierung sondern vielmehr um die fehlende Überwachung und Durchsetzung der Regeln gehandelt hat.

Ich denke, eine der wesentlichen Aufgaben, um die wir uns nun kümmern und die wir für die Zukunft skizzieren müssen, ist nicht nur die Wiederherstellung der Sicherheit in Hinblick auf das Funktionieren der Märkte, nicht nur die Art von Zufluchten, die es loszuwerden gilt, nicht nur die Eliminierung von Steuerparadiesen und Schattenbanksystemen, sondern es ist vor allem auch unsere Aufgabe, den Menschen das Vertrauen zurückzugeben. Wir sollten ihnen zeigen, dass es einen Weg aus der Krise gibt und dass am Ende des Tunnels Licht zu sehen ist, aber vor allem müssen wir ihnen zeigen, dass sie ein Teil der Lösung sind.

In der irischen Sprache haben wir einen besonderen Ausdruck: *meitheal*; das bedeutet, dass Menschen zusammenkommen und zusammenarbeiten, um die Ernte zu retten. Jetzt ist der Zeitpunkt für uns alle gekommen, uns zusammenzutun, nicht, um die Ernte zu retten, sondern den Planeten.

**Monica Frassoni**, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Sehr geehrter Herr Präsident, ich freue mich sehr, den Premierminister hier zu sehen. Angesichts der Geringschätzung, mit der er die Europäische Union und das Europäische Parlament lange Zeit betrachtet hat, nehme ich seine Anwesenheit hier als ein gutes Zeichen dafür, dass Menschen sich ändern können.

Ich bin außerdem zuversichtlich, dass Sie, Herr Premierminister, vielleicht, nach dem heutigen Tag, das Ende einer Reihe von Ablehnungen oder sogar, wie mein Freund Graham Watson gesagt hat, den Beitritt des Vereinigten Königreichs zur Eurozone ankündigen könnten.

Wie auch immer, ich muss Sie daran erinnern, dass Ihre Regierung bei den meisten Themen, die Sie erwähnt haben – demokratische Reformen, soziale Probleme, die Arbeitszeitrichtlinie, Steuern – auf der falschen Seite war.

*im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (IT)* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Premierminister, Sie sind, gemeinsam mit einer stattlichen Anzahl Ihrer Kollegen und unserem eigenen Präsidenten, Herrn Barroso, dafür verantwortlich, dass die Europäische Union über keinerlei Instrumente für eine Finanzregulierung oder eine Steuer- oder Haushaltspolitik verfügt, die heute für eine mögliche Bewältigung der Krise so wertvoll wären. Es ist gut darauf hinzuweisen, weil es, wenn mögliche glaubhafte Lösungen vorgeschlagen werden sollen, zum guten Benehmen gehört, zuzugeben, dass anfänglich Fehler gemacht wurden.

Betrachten wir also die Glaubwürdigkeit dieses Kreuzzugs gegen Steuerparadiese. Sie scheinen ein leichtes Ziel zu sein – jeder hasst sie – aber die Wirklichkeit sieht ein bisschen anders aus. Es besteht sogar ein leiser Verdacht, dass wir so ausführlich über sie sprechen, weil wir uns über andere Themen kaum verständigen können.

Sehr geehrter Herr Premierminister, wir halten es für wichtig, dass nicht länger die Meinung vorherrscht, es sei unmöglich, den freien Kapitalfluss einzuschränken und die Millionen Euro, die bei Spekulationen verspielt wurden, könnten nicht einem guten Zweck zugeführt werden. Wir müssen die Tätigkeit spekulativer Fonds nicht regulieren, sondern stoppen. Wir müssen die Banken wieder an einen Punkt führen, an dem sie das tun, wofür sie vor vielen Jahrhunderten in der Toskana erfunden wurden: die reale Wirtschaft finanzieren.

Eine strengere Marktaufsicht reicht nicht aus; wir müssen die Profite der Spekulanten beschneiden. Es sollte einmal darauf hingewiesen werden, dass die Mafia derzeit 120 Milliarden EUR in Steuerparadiesen untergebracht hat. Wir müssen nachdrücklich doppelte Erklärungen und eine doppelte Transparenz anstreben: Wer Geld in einem anderen Land anlegt, muss es deklarieren. Banken, die solche Einlagen erhalten, müssen sie deklarieren. Es gibt keinen Mittelweg. Der Rest ist Geschwätz, und ich fürchte, dass wir noch unter dem Geschwätz begraben werden, wenn die G20 kein Ergebnis erzielen, das schlagkräftiger ist als das Gerede, das wir zu hören bekommen.

Sehr geehrter Premierminister, wie Ihr Vorgänger haben Sie hier in der Sprache Shakespeares große und gefühlvolle Worte gesprochen, aber wie er haben auch Sie nur wenige konkrete Vorschläge gemacht. Sie haben von der ökologischen Rehabilitierung der Umwelt gesprochen. Aber im Programm Ihrer Regierung fließen lediglich 7 % der Investitionen in Umweltprojekte, während Südkorea und China und sogar die Vereinigten Staaten einen Schritt vorlegen, bei dem wir mit unseren schönen Worten nicht mithalten können.

Sie haben Kopenhagen erwähnt, aber auch hier hat der Europäische Rat keine Übereinkunft über einen Klimawandelfonds für die Entwicklungsländer erzielt. Sie wissen jedoch nur zu gut, dass Kopenhagen ohne beträchtliche finanzielle Zusagen zum Scheitern verurteilt ist und mit ihm unser Ehrgeiz, den Klimawandel zu beherrschen.

*im Namen der Verts/ALE-Fraktion. –* Nette Rede, Herr Brown, aber was sind Sie wirklich bereit zu tun?

*(Beifall)*

**Francis Wurtz**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (FR)* Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Barrot, Herr Brown, Sie haben uns daran erinnert, dass vor 20 Jahren die Berliner Mauer gefallen ist und ein für alle Mal das Modell, das sie umgab, beendet hat, das sowieso schon seit einiger Zeit im Sterben lag.

Unter diesen Umständen war die Versuchung, einem ungezügelten Kapitalismus vollends die Zügel schießen zu lassen, zu groß. Die Europäische Union folgte dem Beispiel anderer und gab dieser Versuchung ebenfalls nach. Jetzt wurden die Väter dieses neuen Modells oder ihre Nachfolger von ihrem eigenen, unkontrollierbaren Geschöpf überwältigt. Um diese auch existenzielle Krise zu überwinden, müssen wir den Mut haben, Fragen zu stellen. Ich habe jedoch nicht den Eindruck, dass wir auf diesem Weg sind.

Bei der letzten Sitzung des Europäischen Rats sagte der Präsident der Kommission, wir seien der Situation gewachsen. Der amtierende Präsident des Rates sagte, er sei mit den erzielten Ergebnissen hochzufrieden, wobei der erste Preis wie so oft an Herrn Berlusconi geht, für den die Europäische Union ein gesunder Organismus ist, den ein Virus befallen hat. Kommt Zeit kommt Rat.

Bislang kamen die seltenen selbstkritischen Stimmen aus den Wirtschaftskreisen selbst, wie zum Beispiel vom Vorsitzenden von Morgan Stanley in Asien, der sagte, dass wir alle verantwortlich seien: die

Finanzinstitute, die Regulierer, die Rating-Agenturen, die Aufsichtsräte, die Politiker und die Zentralbanken, uns dass wir dies gemeinsam akzeptieren müssten. Das ist es, was uns verändern wird.

Ich denke, sehr geehrter Premierminister, dass Sie der erste europäische politische Führer sind, der seinerseits ein *mea culpa* ausgesprochen hat. Das passt zu Ihrer Position, die Sie vor zehn Jahren nach der Asienkrise zeigten: eine Position, die Sie Ihrer heutigen Ansicht nach denen gegenüber, die dachten, es handle sich um ein vorübergehendes Problem, nicht nachdrücklich genug vertreten haben.

Die alte Idee, dass Märkte effizient sind und sich selbst regulieren können, ist Vergangenheit, haben Sie gesagt. Ich muss sagen, ich gebe dieser Geste der Demut den Vorzug vor den nicht annähernd angemessenen Reden, die Ihr Vorgänger in einem früheren Leben in eben diesem Haus gehalten hat.

Ich bin allerdings davon überzeugt, dass das Problem woanders liegt. Wie in dem letzten Bericht des Sekretariats der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen festgestellt wurde, müssen wir das große Kasino schließen. Die Doktrin, die in den letzten 20 Jahren Anwendung fand, ist mit Pauken und Trompeten durchgefallen.

Deshalb wurden unsere Mitbürger von denen, die den G20-Gipfel wichtigstuerisch als neues Bretton-Woods-Abkommen ankündigten, durch das der Kapitalismus erneuert oder sogar moralisch geläutert werden sollte, getäuscht. Es wird am 2. April in London keinen „Vorabend der Revolution“ geben.

Die Unit, eine große Gewerkschaft in Ihrem Land, hat meiner Ansicht nach mit sehr einfachen und präzisen Worten ausgedrückt, wo der Schuh drückt. Ihr Slogan für den Aufmarsch am nächsten Samstag in der britischen Hauptstadt lautet, ich zitiere: „Put people first“ (Gebt den Menschen den Vorrang). Dies mag wie eine Binsenweisheit klingen, aber es grenzt an eine kopernikanische Revolution im Vergleich zu dem, was zum herrschenden System wurde.

Dies spricht Bände über die Art der Herausforderungen unserer Zeit.

(Beifall)

**Nigel Farage**, im Namen der IND/DEM-Fraktion. – Sehr geehrter Herr Präsident, der Premierminister hat an diesem Nachmittag für seinen Kommentar „britische Arbeitsplätze für britische Arbeitnehmer“ einige Kritik einstecken müssen, aber Sie können das vergessen, denn in dem Moment, als er das sagte, glaube ich nicht, dass jemand ernsthaft dachte, er würde als britischer Premierminister jemals die Interessen der britischen Arbeitnehmer über seinen Europäischen Traum stellen. Meine Güte, Herr Premierminister, das haben Sie heute Nachmittag bewiesen.

Nur schade, dass sich außer der UKIP praktisch niemand die Mühe gemacht hat, Ihnen zuzuhören. Sie sind hier sehr populär. Sie sind wirklich sehr populär, weil Sie nur wenige Tage, nachdem die irische Bevölkerung den Lissabon-Vertrag abgelehnt hatte, diesen Vertrag im britischen Parlament rigoros durchsetzten und damit Ihr Wahlversprechen brachen, dem britischen Volk ein Referendum zum Verfassungsvertrag zu ermöglichen.

Schämen Sie sich für Ihr Handeln, Herr Premierminister. Sie haben die Demokratie in unserem Land abgewertet; Sie haben das Vertrauen der Wähler in Sie als Premierminister abgewertet. Der Grund dafür ist uns selbstverständlich bekannt. Der Grund dafür ist, dass wir ansonsten mit „Nein“ gestimmt hätten. Sie sagten in Ihrer Rede, dass sich nur Extremisten gegen die Europäische Union stellten. Nun, das mag zwar auf Berufspolitiker zutreffen, die deutliche Mehrheit des britischen Volkes wünscht sich hingegen eine Europäische Union der Freundschaft und des freien Handels, möchte jedoch kein Mitglied dieser politischen Union sein.

Sie können diese Europäische Union nicht weiter gegen die öffentliche Meinung errichten. Wenn Sie dies gegen den Willen des Volkes tun, häufen Sie für die Zukunft enorme soziale und politische Probleme an. Ich bitte Sie: Lassen Sie die Völker Europas selbst über ihr Schicksal entscheiden. Überlassen Sie diese Entscheidung nicht Parlamenten wie diesem oder Parlamenten wie dem in Westminster. Das funktioniert nicht!

In Bezug auf die Wirtschaft sagten Sie uns, dass sie eine Art Wirtschaftsguru seien; Sie sind derjenige, der die Welt retten kann. Nun, ich erinnere mich sehr gut an Ihre erste große Handlung als Finanzminister, als Sie an den Börsen 400 Tonnen Gold für 275 US-Dollar je Unze verkauften. Nach heutiger Bewertung entspräche das 10 Milliarden US-Dollar mehr. Es geht nicht einfach nur darum, dass Sie sich geirrt haben, wir alle können uns irren. Es geht darum, dass Sie vorab angekündigt haben, wie viel und an welchem Tag Sie das Gold verkaufen würden. Dieser Fehler war so grundlegend, dass ein durchschnittlich begabter Wirtschaftsstudent

im ersten Semester – selbst in diesen bildungstechnisch traurigen Zeiten – ihn nicht begangen hätte. Und noch etwas: Sie haben unser privates Altersvorsorgesystem zerstört und die Bank of England ihrer Fähigkeit der Bankenregulierung beraubt, um sie den Bürokraten der FSA in Canary Wharf, die alles einfach abnicken, zu übertragen.

Eine Entschuldigung dafür haben wir nicht vernommen. Ihre Regierung hat sich für das Massaker von Amritsar entschuldigt; Sie haben sich für die Sklaverei entschuldigt; Sie haben sich für nahezu alles entschuldigt. Entschuldigen Sie sich auch für das, was Sie als britischer Finanzminister getan haben, vielleicht hören wir Ihnen dann zu.

**Daniel Hannan (NI).** - Herr Präsident, wie ich sehe, beherrscht der Herr Premierminister das Grundhandwerk des europäischen Politikers bereits bestens; insbesondere die Fähigkeit, in diesem Parlament eine Sache und gegenüber seinen Wählern zu Hause eine andere zu äußern.

Herr Premierminister, Sie haben hier über freien Handel gesprochen und haben diesbezüglich Recht. Wer hätte das gedacht, zu einem Zeitpunkt, da Sie gerade Sätze wie „britische Arbeit für britische Arbeiter“ geäußert und – ohne unverblümt zu nationalisieren – weiten Teilen unserer Wirtschaft, einschließlich der Automobilindustrie und zahlreicher Banken, unter die Arme gegriffen haben?

Vielleicht würden Sie über eine stärkere moralische Autorität in diesem Haus verfügen, wenn Ihre Taten mit Ihren Worten übereinstimmen. Vielleicht würden Sie über eine stärkere Legitimität in den Räten der Welt verfügen, wenn das Vereinigte Königreich nicht als das G20-Land mit den schlechtesten Voraussetzungen in die Rezession ginge.

Die Wahrheit ist, dass Ihnen unser Geld ausgegangen ist. Das Land insgesamt steckt heute in den roten Zahlen. Jedes britische Kind wird mit Schulden in Höhe von etwa 20 000 GBP geboren. 20 000. Die Kosten dafür, die für diese Schulden anfallenden Zinsen zu tilgen, sind höher, als die Ausbildungskosten dieses Kindes.

Noch einmal: Sie versuchen hier, anderen die Schuld in die Schuhe zu schieben. Sie sprachen von einer internationalen Rezession, einer internationalen Krise. Es stimmt: Wir segeln gemeinsam in den Sturm, doch nicht jedes Schiff der Flotte befindet sich in demselben baufälligen Zustand. Andere Schiffe haben die guten Jahre dazu genutzt, ihre Rümpfe abzudichten und die Segel einzuholen – mit anderen Worten, ihre Schulden zu bezahlen. Sie hingegen haben die guten Jahre dazu genutzt, noch mehr Schulden anzuhäufen. Die Folge davon ist, dass unser Schiff mit Ihnen als Kapitän unter der von Ihnen angehäuften Schuldenlast tief unter Wasser gedrückt wird.

Unser Defizit beläuft sich heute auf nahezu 10 % des BIP – eine schier unglaubliche Zahl. Mehr als Pakistan und Ungarn – Länder, die bereits den IWF um Hilfe ersucht haben.

Es geht nicht darum, dass Sie sich nicht entschuldigen. Ich habe wie jeder andere lange Zeit hingenommen, dass Sie pathologisch nicht in der Lage sind, die Verantwortung für diese Dinge zu übernehmen. Es geht darum, dass Sie so weitermachen wie bisher und unsere Situation dadurch, dass Sie das Wenige, was uns bleibt, wissentlich ausgeben, weiter verschlechtern.

In den vergangenen 12 Monaten gingen in der Privatwirtschaft 100 000 Stellen verloren und was machen Sie? Sie schaffen 30 000 neue Stellen im öffentlichen Dienst. Herr Premierminister, Sie können den produktiven Teil der Wirtschaft nicht auf ewig weiter auspressen, um ein beispielloses Loch im unproduktiven Teil zu stopfen. Sie können die Rezession weder durch höhere Ausgaben noch durch die Aufnahme von Schulden überwinden, und wenn Sie weiter so hölzern und mechanisch wiederholen, dass wir uns in einer besseren Lage befinden als andere, und dass wir gut gerüstet sind, um dem Sturm die Stirn zu bieten, klingen Sie wie ein Apparatschik der Breschnew-Zeit, der seiner Partei die Linie vorgibt.

Sie und wir wissen, dass das Unfug ist und Sie wissen, dass wir das wissen. Jeder weiß, dass Großbritannien in diesen schwierigen Zeiten schlechter dasteht als alle anderen Länder. Das hat der IWF gesagt. Das hat die Europäische Kommission gesagt. Und das haben die Märkte gesagt, weshalb unsere Währung 30 % an Wert verloren hat, und bald werden auch die Wähler die Möglichkeit haben, es zu sagen.

Sie können erkennen, was die Märkte bereits erkannt haben – dass Sie der abgewirtschaftete Premierminister einer abgewirtschafteten Regierung sind.

**Gordon Brown, Premierminister des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland.** – Herr Präsident, es ist von großem Vorteil, dass Sie im Europäischen Parlament innerhalb eines so kurzen Zeitraums so viele

verschiedene Ansichten so vieler verschiedener Menschen kennenlernen können, und ich danke Ihnen für Ihre Betrachtungen.

Ich hoffe jedoch, dass uns nach Abflauen der parteipolitischen Belange drei Dinge in Erinnerung bleiben. Zunächst einmal ist es wichtig, dass die Welt bei der Bekämpfung dieser Krise an einem Strang zieht. Wir sind der Auffassung, dass man damit, dass man sich allein an den Rand stellt und nicht mit anderen Ländern kooperiert, scheitert und sich die Möglichkeit verbaut, ein Problem, bei dem es sich eigentlich um ein globales Bankenversagen handelt, das sich über die gesamte Industriewirtschaft ausgeweitet hat, zu lösen. Wenn wir das Problem nicht begreifen, werden wir die Lösung nicht begreifen können.

Die Leitungen des Bankensystems auf der ganzen Welt wurden gekappt. Wir haben erkannt, dass Banken, die wir für unabhängig hielten, eng mit anderen Banken in verschiedenen Ländern verwoben waren und müssen lernen, mit diesem Problem umzugehen. Gleich welche parteipolitischen Linien diesbezüglich gefordert werden, wahr ist: Wir müssen lernen, mit dem Problem der globalen Restrukturierung des Bankensystems umzugehen.

Europa hat dabei eine Führungsposition eingenommen. Wir haben unsere Banken rekapitalisiert. Andere Länder haben das nicht getan. Mehr als eine Billion US-Dollar wurde weltweit zur Rekapitalisierung von Banken verwendet. Wir haben Versicherungssysteme und andere Systeme ausgearbeitet, um Vermögensverluste aufzufangen. Das muss geschehen und zwar im Wege einer globalen Zusammenarbeit.

Der zweite Punkt, den wir trotz all der unterschiedlichen politischen Ansichten in diesem Parlament umsetzen müssen ist, dass die globale Zusammenarbeit – nicht nur in Kreditinstituten, sondern durch eine globale Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen, in der Steuer- und Währungspolitik und im Handel – wegweisend dafür sein muss, wie wir uns der Zukunft stellen. Ob es Ihnen gefällt oder nicht, die Welt verändert sich unfassbar schnell. Immer mehr Waren werden in Asien und nicht mehr in Europa produziert. Der globale Handel findet in einem Tempo statt, das wir bis zu dieser Krise noch nicht kannten, und wir müssen diesem Umstand durch die Schaffung eines Welthandels gerecht werden, der frei, aber auch gerecht ist. Ich denke, dass sich die Menschen dem unabhängig von den Ansichten in diesem Parlament stellen müssen.

Der dritte Aspekt, der sich für mich in dieser Debatte zeigt ist, dass wir, um globale Antworten auf globale Probleme zu finden, nicht nur starke europäische Institutionen, sondern starke globale Institutionen benötigen. In Antwort auf meine Rede wurde ich gefragt, was wir tun können, um diese globalen Institutionen zu reformieren. Der IWF, die Weltbank und die Welthandelsorganisation sind Organisationen, die in den 1940er Jahren als Antwort auf die Probleme der 1940er Jahre geschaffen wurden. Heute befinden wir uns im Jahr 2009. Damals hatten wir nationale Kapitalmärkte. Heute haben wir globale Kapitalmärkte. Damals hatten wir einen inländischen Wettbewerb. Heute haben wir einen globalen Wettbewerb. Die Welt hat sich grundlegend verändert und wir brauchen Institutionen, die in ihrem Handeln eine globale Wirtschaft widerspiegeln und sich mit den Problemen befassen, denen wir tatsächlich gegenüberstehen.

Ich wurde gefragt, ob ich dafür garantieren würde oder versuchen würde, dafür zu garantieren, dass der Internationale Währungsfonds über ausreichend Mittel verfügt, um Volkswirtschaften, die derzeit nicht in der Lage sind, sich selbst zu tragen, im Falle einer Kapitalflucht zu stützen. Die Antwort lautet: das müssen wir tun. Ich wurde gefragt, ob die Weltbank und andere internationale Institutionen Ländern, in denen infolge der Krise eine grundlegende Armut entsteht, helfen können. Das ist unsere Pflicht. Ich glaube, dass die Lehre, die wir aus dieser Krise ziehen ist, dass wir in einer globalen Wirtschaft angekommen sind. Es gibt globale Probleme, die nach globalen Lösungen verlangen. Unsere Aufgabe dabei ist es, globale Institutionen zu schaffen und meine Botschaft an dieses Parlament ist klar. Europa war in so vielen anderen Bereichen Vorreiter: Jetzt ist es an der Zeit, auch bei der Schaffung der globalen Institutionen, die mit den globalen Problemen unserer Zeit fertig werden und globale Lösungen liefern können, Vorreiter zu sein.

Wir, die wir in den vergangenen 60 Jahren ein Europa geschaffen haben, das von sozialer Sicherheit und wirtschaftlichem Fortschritt gleichermaßen geprägt ist, werden dabei auf die Probe gestellt, inwiefern wir dazu beitragen können, eine Welt des wirtschaftlichen Fortschritts, des Umweltschutzes und der sozialen Gerechtigkeit zu gestalten. Ich glaube, dass alle Menschen auf dieser Welt, wie verschieden die in diesem Parlament geäußerten Ansichten auch sein mögen, in dem Willen, dies zu erreichen, geeint sind und dass wir, dass Europa, dabei eine führende Rolle spielen kann.

*(Lauter Beifall)*

**Der Präsident.** – Werte Kollegen, die lebhafte Debatte, die wir heute erlebt haben, hat gezeigt, welche Bedeutung wir im Europäischen Parlament einem erfolgreichen Ausgang des G20-Gipfels beimessen. Ich

weiß, dass uns der Herr Premierminister in Kürze verlassen muss, um für weitere Vorbereitungen des Gipfels in der nächsten Woche nach New York zu reisen.

Herr Premierminister, wir haben uns sehr gefreut, dass Sie die Zeit gefunden haben, heute Nachmittag zu uns zu kommen und wünschen Ihnen viel Erfolg für die wichtige Arbeit, die vor Ihnen liegt. Einen britischen Premierminister im Europäischen Parlament zu Gast zu haben, ist immer ein besonderer Anlass. Die heutige Aussprache bildet dazu keine Ausnahme. Herzlichen Dank dafür, Herr Premierminister.

(Beifall)

Die Aussprache ist geschlossen.

### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)**

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich.** – (PT) Es werden hier Erklärungen vorgetragen, die noch vor einem Jahr unvorstellbar gewesen wären. Und doch sind die wichtigsten Staats- und Regierungschefs nach wie vor oftmals unterschiedlicher Meinung. Das zeugt einerseits von einem Versuch, der Verantwortung für die ernsthaften Folgen einer neoliberalen Politik zu entgehen, und andererseits davon, dass viel Staub aufgewirbelt wird, um den eingeschlagenen Weg zu verschleiern, der im Wesentlichen, bis auf einige wenige Veränderungen, dem früheren Weg gleicht. Das bedeutet, dass einmal mehr dem Grundsatz, den Luchino Visconti in dem Film „Der Leopard“ so vortrefflich darstellte, ein roter Teppich bereitet wird: „Es muss sich alles ändern, damit alles so bleibt, wie es ist.“

Entsprechend bestand der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, auf der Liberalisierung des internationalen Handels und der Doha-Agenda, während der britische Premierminister Gordon Brown erklärte, dass „der Markt [uns] dient (...), nicht wir dem Markt“, ohne jedoch grundlegende Maßnahmen für eine effektive Kontrolle des Marktes vorzuschlagen, und sich darauf beschränkte, auf Koordinations- und Regulierungsmaßnahmen für Steueroasen zu pochen.

In Bezug auf Maßnahmen zur Beendigung der Privatisierung der öffentlichen Dienste und strategischer Sektoren unserer Volkswirtschaften fiel kein Wort. Ebenso kein Wort fiel hinsichtlich der Abschaffung der liberalen Lissabon-Strategie oder über den rechtlichen Schutz von Arbeitsplätzen, durch die Beendigung von Versuchen, die Arbeitsgesetzgebung zu verschlimmbessern.

### **VORSITZ: ALEJO VIDAL-QUADRAS**

*Vizepräsident*

## **8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll**

## **9. Jahresberichte 2007 der EIB und der EBWE - Garantieleistung der Gemeinschaft für die Europäische Investitionsbank (Aussprache)**

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache über folgende Berichte:

- A6-0135/2009 von Gay Mitchell über die Jahresberichte 2007 der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (2008/2155(INI)); und

- A6-0109/2009 von Esko Seppänen zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben in Drittländern (KOM(2008)0910 - C6-0025/2009 - 2008/0268(COD)).

**Esko Seppänen, Berichterstatter.** – (FI) Herr Präsident, die Europäische Union kann Entwicklungsländer und EU-Drittländer in Form von durch die Europäische Investitionsbank gewährten Krediten mit niedrigen Zinssätzen finanziell unterstützen. Die EU garantiert derart für diese Darlehen, dass dem Darlehensgeber keinerlei Verluste entstehen, und kann die von ihr selbst aufgenommenen Geldmittel wiederum über Geld aus dem Markt finanzieren.

Als die Garantien der EU gegenüber der Europäischen Investitionsbank verlängert und ausgeweitet wurden, um mehr Länder als zuvor abzudecken, war das Europäische Parlament der Ansicht, dass diese Beschlüsse im Verfahren der Mitentscheidung gefasst werden und nicht nur in die Zuständigkeit des Rates, sondern



auch in diejenige des Europäischen Parlaments fallen sollten. Der Europäische Gerichtshof war derselben Auffassung und hat den einseitigen Beschluss des Rates in das Verfahren der Mitentscheidung zurückverwiesen. Der neue Beschluss wird am 6. November dieses Jahres gefasst.

Nun liegt uns der Vorschlag der Kommission für einen Beschluss vor, der als vorläufig betrachtet werden kann und für welchen die Kommission bis Ende April des nächsten Jahres Zeit hat, einen neuen, allgemeinen Vorschlag auszuarbeiten. Das Parlament hat auf dem „vorläufigen“ Beschluss seine Spuren hinterlassen, was der Rat akzeptiert hat. Dies ist ein positives Zeichen, dass zwischen dem Rat und dem Parlament nach zähen Verhandlungen nun ein Konsens herrscht und der Beschluss heute ohne weitere Beratungen in der ersten Lesung gefasst werden kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Vertretern der tschechischen Ratspräsidentschaft für ihren großen Einsatz im Rat danken, der zu einem Konsens geführt hat. Ohne die aktive Beteiligung der Tschechischen Republik wäre dieser Beschluss nicht möglich gewesen.

Dennoch muss ich all jene, die die Situation in der Europäischen Investitionsbank angeschürt haben, kritisieren. Die Europäische Investitionsbank ist es gewohnt, vom Europäischen Parlament in ihren verschiedenen Angelegenheiten unterstützt zu werden, doch ist es ihren Vertretern entgangen, dass in diesem Fall das Verfahren der Mitentscheidung ins Spiel gebracht wurde und die Zuständigkeit des Parlaments in dieser Angelegenheit deutlich ausgeweitet wurde. Das Parlament wollte seine Befugnisse voll ausüben, was in den früheren Konsultationsverfahren nicht möglich war. Ich halte es für absolut unangemessen, dass die Europäische Investitionsbank als EU-Institution der gängigen Praxis des Parlaments nicht ein wenig Respekt entgegengebracht, sondern im Gegenteil versucht hat, den Beschluss von der politischen Peripherie aus zu beeinflussen.

Nichtsdestoweniger ist das Endergebnis gut. Die Europäische Investitionsbank hat im Wesentlichen bekommen, was sie wollte. Das Parlament hat ihr in einem Beschlussfassungsverfahren, in dem es sich seine eigene Meinung gebildet hat, sein Mitgefühl ausgesprochen. Dieser Beschluss versammelt nun die Fraktionen in einem breiten Konsens hinter sich, was nicht der Fall gewesen wäre, wenn der Ansatz der Europäischen Investitionsbank angenommen worden wäre. Ich danke der Ratspräsidentschaft der Europäischen Union dafür, dass sie diesen Kompromiss erzielt hat. Ferner möchte ich dem Haushaltsausschuss und seinen Schattenberichterstattern für ihren Konsens im Hinblick auf eine Beschlussfassung in der ersten Lesung danken. Ich bin sicher, dass dieser Beschluss für alle Beteiligten positiv ist.

**Gay Mitchell, Berichterstatter.** – Herr Präsident! Zuallererst möchte ich meinem Unmut darüber Ausdruck verleihen, wie hier die Zeit der Parlamentarier gekürzt wird. Weder der Rat noch die Kommission standen in dieser Woche für die Fragestunde zur Verfügung. Jedermann kann hier herkommen und sprechen, so lange er möchte. Parlamentarier hingegen, die im Namen des Parlaments Berichte vorstellen, werden ohne Vorankündigung zeitlich eingeschränkt. Das ist ein unerhörter Affront gegen die Abgeordneten.

Als Berichterstatter möchte ich zunächst Herrn Präsident Maystadt und Herrn Präsident Mirow in diesem Parlament willkommen heißen, zu einem Zeitpunkt, da dieses zum ersten Mal gleichzeitig über die Tätigkeit der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) berichtet. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Bedeutung der Arbeit der EIB und der EBWE angesichts der derzeitigen Finanzkrise noch bestärkt wurde. Für ihre Bemühungen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise einzudämmen, muss beiden Banken Anerkennung gezollt werden. Beide stellen sich den aktuellen Herausforderungen und dafür sind wir dankbar. Es ist wichtig, dass wir beide Banken gleichzeitig betrachten, um eine bessere Zusammenarbeit zwischen ihnen gewährleisten und Überschneidungen beseitigen zu können.

Beide Banken sollten im Hinblick auf die Vorbereitung und Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs größtmögliche Synergien schaffen. Die Entscheidung, ihre Finanzmittel für kleine und mittlere Unternehmen um 50 % aufzustocken, begrüßen wir besonders. Das ursprünglich für KMU vorgesehene Darlehensvolumen in Höhe von 5 Milliarden Euro pro Jahr wurde für den Zeitraum zwischen 2008 und 2011 auf 7,5 Milliarden Euro pro Jahr angehoben.

Ein Beispiel für die neue Finanzierungs politik sind die 310 Millionen Euro, die die EIB kürzlich für KMU in Irland zur Verfügung gestellt hat. Die EIB hat darauf hingewiesen, dass irischen und anderen KMU noch mehr Mittel zu äußerst wettbewerbsfähigen Zinssätzen bereit gestellt werden könnten. Ich denke, Europa sollte eine Art Marshallplan auflegen, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg so gut bewährt hat.

Könnte man die EIB überzeugen, beispielsweise China um Darlehen zu ersuchen und in die Bank zu investieren, könnte sie diese Mittel dazu verwenden, der Wirtschaft neue Impulse zu geben und ihren Aufschwung damit zu beschleunigen. Diese Darlehen könnten wiederum durch einen Teil der zusätzlichen Zoll- und MwSt.-Einnahmen der EU aus dem gestärkten Außenhandel getilgt werden. Das hätte den weiteren Vorteil, dass die EU-Mitgliedstaaten nicht gezwungen wären, sich weiter zu verschulden, und sich somit innerhalb der Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts bewegen könnten.

2007 beliefen sich die Investitionen der EU in China auf 7,16 Milliarden Euro, wohingegen die Investitionen Chinas in die EU nur 0,6 Milliarden Euro betrugen. Sowohl die EU als auch China würden somit von einem stärkeren Handel profitieren. Ich weiß um den Besuch des Kommissionspräsidenten, des Wirtschafts- und Währungsausschusses und des Präsidenten der Europäischen Zentralbank in China vor Weihnachten. Der jüngste EU-China-Folgegipfel ist ein willkommenes Zeichen der Hoffnung.

Unsere Schwierigkeiten rühren daher, dass wir uns nicht auf die Probleme fokussiert haben. Nun ist es an der Zeit, uns auf den Aufschwung zu fokussieren und die EU – wie es der Vertrag von Lissabon vorschlägt – wettbewerbsfähiger zu machen. Ich freue mich sehr über die Vorschläge, die im Zusammenhang mit der Energiekrise und der Klimakontrolle und insbesondere der Rolle, die der EIB in diesem Kontext zukommt, unterbreitet werden. Ich freue mich auch über das kürzlich ergangene Urteil des Gerichtshofs über die Mitentscheidung und darüber, dass das Parlament gegenüber diesen beiden Banken nun über eine stärkere Position verfügt.

In meinem Bericht habe ich vorgeschlagen – und der Ausschuss stützt diesen Vorschlag und ich bin überzeugt, dass es ihm das Parlament gleichtun wird – dass die Kommission und die beiden Banken regelmäßig vor dem Wirtschafts- und Währungsausschuss über die Rollenverteilung und die Umsetzung der Politiken durch beide Banken Bericht erstatten sollten. Das wäre, finde ich, eine sinnvolle Entwicklung. Wir brauchen mehr Transparenz und eine stärkere Rechenschaftspflicht. Herr Premierminister Brown hat von einer internationalen Finanzkrise gesprochen. Wir sollten von einer Rechenschaftspflicht unserer eigenen Finanzinstitutionen sowie aller von diesen mitfinanzierten Institutionen gegenüber diesem Parlament sprechen.

Ich begrüße die allgemeinen Bemühungen der Banken, insbesondere im Zusammenhang mit der Klimakontrolle und dem Energieproblem und hoffe, dass das Parlament den von mir eingereichten Bericht im Wesentlichen unterstützt.

**Joaquín Almunia**, Mitglied der Kommission. – (ES) Herr Präsident! Im Namen der Kommission möchte ich heute Nachmittag den Präsidenten der Europäischen Investitionsbank, Herrn Maystadt, und den Präsidenten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Herrn Mirow, herzlich begrüßen. Ich möchte beiden und ihren jeweiligen Institutionen hier und heute für ihre äußerst positive Zusammenarbeit mit der Kommission, besonders in diesen schwierigen Zeiten der Bekämpfung der Wirtschaftskrise danken.

Auch Ihnen, Herr Seppänen, möchte ich für Ihre Worte und Ihre Bemühungen als Berichterstatter zu einem schwierigen Thema danken, das jedoch, wie Sie selbst sagten, einen glücklichen Ausgang genommen hat, nämlich die Einigung zur Lösung der rechtlichen Probleme im Zusammenhang mit dem externen Mandat der Europäischen Investitionsbank (EIB) in der ersten Lesung.

Dieses externe Mandat bietet uns die Möglichkeit, durch Maßnahmen der EIB sowie die Koordinierung der europäischen Politiken, in für die Europäische Union und all ihre Institutionen, einschließlich dieses Parlaments, besonders bedeutenden politischen Fragen geschlossen und wirkungsvoll zu handeln.

Die Kommission freut sich darüber, dass das Parlament ab sofort direkt in die Diskussionen über dieses externe Mandat einbezogen sein wird. Darüber hinaus müssen wir sowohl dem Parlament als auch dem Rat für ihre Flexibilität danken, der wir es zu verdanken haben, dass eine schnelle Einigung erzielt werden und somit verhindert werden konnte, dass zum Jahresende einer wachsenden Unsicherheit bezüglich der Möglichkeiten einer weiteren Verwendung von Mitteln und Instrumenten aus diesem externen Mandat Vorschub geleistet wird.

Unsererseits wird die neue Kommission dem Parlament und dem Rat Anfang 2010 den entsprechenden Rechtstext vorlegen, und wir hoffen, dass auch für ein externes Mandat in der ersten Lesung eine rechtliche Stabilität geschaffen werden können wird, das – wie ich eingangs bereits sagte – eine Fortführung von europäischen Politiken ermöglicht, die für uns alle von großer Bedeutung sind.

Ich möchte außerdem Herrn Mitchell zu seinem Bericht beglückwünschen und ihm dafür danken. Zum ersten Mal wurde ein gemeinsamer Bericht in Bezug auf die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) vorgelegt. Wir halten es für richtig, diese beiden

Finanzinstitutionen vor allem in der heutigen Zeit, da es darum geht, durch wirksames Handeln unsere politischen Bemühungen zur Eindämmung der Wirtschaftskrise zu stärken und da eine enge Zusammenarbeit beider Institutionen von besonderer Bedeutung ist, gemeinsam zu betrachten.

Wir verlangen beiden Banken viel ab. In dem Ende vergangenen Jahres verabschiedeten Konjunkturprogramm haben wir beide Institutionen in einer Zeit, in denen es sich auch für sie selbst als schwierig erwies, auf dem Markt Kapital zu beschaffen, aufgefordert, ihre Darlehenskapazitäten deutlich zu steigern.

Als Antwort auf diesen Aufruf zu einem stärkeren Handeln haben sie, wie Herr Mitchell sagte, ihre Maßnahmen in besonders wichtigen Bereichen wie kleine und mittlere Unternehmen oder Energieeffizienz sowie auch in anderen Bereichen verstärkt. In dem Zusammenhang freuen wir uns besonders über das Abkommen, das beide Banken in einer gemeinsamen Initiative zur Stärkung ihrer Finanzinstrumente und zur Effizienzsteigerung beim Einsatz ihrer Darlehensinstrumente in den Ländern Mittel- und Osteuropas, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden, mit der Weltbank abschließen konnten.

Wir hoffen, dass wir im kommenden Jahr auf Grundlage der Arbeit und der Diskussionen der von Rat und Kommission in Abstimmung mit Herrn Maystadt eingerichteten Expertengruppe zur Zukunft des externen Mandats der EIB sowie der strategischen Neuorientierung der EBWE, die ebenfalls zu Beginn der nächsten Sitzungsperiode dieses Parlaments zusammenkommen wird, in wirtschaftlich etwas ruhigeren Zeiten als heute weiter auf ihr Know-how, ihre Darlehensfazilitäten, ihre finanziellen und personellen Ressourcen sowie ihre Erfahrung zurückgreifen können werden, um unsere politischen Bemühungen in Bereichen, die – da sind wir uns alle einig – der Europäischen Union allen voran ihre Richtung für das nächste Jahrzehnt vorgeben sollen, zu unterstützen.

**Gabriele Stauner**, Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Haushaltskontrollausschusses. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf hier die Stellungnahme des Haushaltskontrollausschusses zum Jahresbericht der Europäischen Investitionsbank zusammenfassen.

Der Haushaltskontrollausschuss fordert von der EIB eine aktivere Rolle, eine aktivere Betrugsbekämpfungspolitik im Sinne von Nulltoleranz für Betrug, Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Unabhängig von den anzuerkennenden Bemühungen in der Vergangenheit muss die EIB eine Politik betreiben, die nicht nur auf dem Papier steht, sondern konkrete Maßnahmen umfasst und durch Transparenzkriterien auch nachvollziehbar macht. So sollen nachweislich korrupte Unternehmen von Krediten ausgeschlossen und Informanten effizient geschützt werden. Auch die investigative und präventive Funktion der EIB muss stärker als bisher hervortreten.

Gerade in Anbetracht der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise wollen wir für die EIB dieselben aufsichtsrechtlichen Regeln, wie sie für alle anderen kommerziell geführten Kreditinstitute gelten. Denn ohne eine echte aufsichtsrechtliche Kontrolle kann die EIB nicht glaubwürdig auf dem Kreditmarkt auftreten. Wir brauchen ferner unabhängige Überwachungsstrukturen, die sich mit der Qualität der Ergebnisse der EIB und der Einhaltung des Verhaltenskodex befassen.

Unser Hauptanliegen ist, dass das Parlament in Zukunft einen gesonderten Bericht über die Arbeit der EIB erstellt. Das ist unseres Erachtens möglich und angebracht, weil die Mitgliedstaaten die einzigen Anteilseigner der EIB sind und somit eine unmittelbare Verbindung und folglich auch eine unmittelbare Haushaltsverantwortung gegenüber dem Parlament besteht. Vielen Dank!

**Zsolt László Becsey**, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (HU) Zunächst möchte ich den beiden Berichterstattern für ihre Berichte danken und es freut mich, dass diese Frage, die Probleme bezüglich beider Finanzinstitutionen, gleichzeitig erörtert werden. Ich denke in der Tat, dass wir uns künftig intensiver mit diesen beiden Institutionen werden befassen müssen.

Die erste Frage betrifft – stichwortartig ausgedrückt – das Problem der Überlappung. Wir müssen eine Möglichkeit finden, wie die Arbeit der beiden Institutionen langfristig besser getrennt und eine engere Zusammenarbeit ausgestaltet werden kann. Ich habe gesehen, dass der Berichterstatter der Europäischen Investitionsbank größere und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Maßnahmen in Bezug auf kleinere Betriebe zugewiesen hat. Wie dem auch sei, irgendeine Art sinnvoller Aufgabenteilung ist notwendig.

Ich freue mich, dass das Europäische Parlament dabei nun endlich auch mitreden und sich an der Debatte darüber, wie die zukünftige Ausrichtung aussehen soll, beteiligen darf. Hinsichtlich der Frage, sich nach außen oder nach innen zu wenden, bin ich vorsichtig. Vor zwölf Jahren dachten wir in Ungarn, dass wir die

Unterstützung des IWF sowieso niemals würden in Anspruch nehmen können und heute steht er vor unserer Tür und wir ersuchen ihn um Darlehen.

Vor ein paar Jahren dachten wir, dass sich die EBWE beispielsweise in den Mitgliedstaaten, die sich außerhalb der Euro-Zone befinden, keine größere Rolle spielen und sich stattdessen weiter nach Osten orientieren würde; heute sehen wir mit Freude, dass die EBWE gemeinsam mit der Weltbank einen großen mitteleuropäischen Fonds möglich gemacht haben.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dass die Liquidität und die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen nach meiner Auffassung als Vorsitzender der entsprechenden Arbeitsgruppe in meiner Fraktion von grundlegender Bedeutung ist. Ich würde mir daher wünschen, dass die Maßnahmen, die kürzlich beschlossen wurden, so schnell wie möglich in Kraft treten, damit wir kleine und mittlere Unternehmen in Mitteleuropa gemeinsam mit den Handelsbanken vorrangig mit Finanzmitteln ausstatten können.

**Udo Bullmann**, *im Namen der PSE-Fraktion*. – Herr Präsident, wertete Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren die aktuelle Wirtschaftskrise nicht zuletzt als ein Problem eines Missverhältnisses, mit einem entfesselten Markt auf der einen Seite und einem Defizit an öffentlichem Interesse auf der anderen Seite. Es ist uns nicht immer gelungen, das öffentliche Interesse am Finanzmarkt und an den realen wirtschaftlichen Abläufen zu wecken. Deswegen ist es heute so wichtig, dass wir darüber sprechen, dass es öffentliche Investitionsbanken gibt, die genau an dieser Schnittstelle stehen, die den Markt funktionieren lassen und ein öffentliches Mandat haben, sich für die Interessen unserer Zukunft einzusetzen. Deswegen ist meine Prognose für die Präsidenten der beteiligten Banken, die heute bei uns sind, dass wir sie in Zukunft noch mehr brauchen werden als im Moment und in der Vergangenheit.

Der Bericht des Kollegen Mitchell hat zwei Schwerpunkte. Er fordert dazu auf, eine gute Arbeitsteilung zu finden, ein Optimum, wenn es darum geht, die Stärken zu bündeln. Und er sagt auch: Lassen Sie uns die Arbeit der beiden Institute auf die vor uns liegenden Zukunftsaufgaben konzentrieren, also den Klimawandel, die Sorge, dass Massenentlassungen und Wirtschaftseinbruch drohen, wenn wir nicht gegensteuern, und die Forderung, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, nach öffentlicher Infrastruktur, damit das vorankommt, was uns wieder Luft verschafft und was uns auch eine Perspektive gibt. Deswegen mein Dank an den Kollegen Mitchell für die gute Zusammenarbeit. Ein gutes Produkt ist gelungen. Das Europäische Parlament hat um seine Rolle gekämpft und wird seine Rolle in Zukunft stärker wahrnehmen. Das ist die Botschaft meiner Fraktion.

Noch eine Bemerkung an die Kollegin Stauner, weil sie gerade zu den Aufsichtsregeln gesprochen hat: Natürlich müssen öffentliche Banken Aufsichtsregeln unterliegen, und sie müssen richtig kontrolliert werden, aber sie können nicht den gleichen Aufsichtsregeln unterliegen wie ganz normale Kreditinstitute. Ansonsten wären sie nicht in der Lage, die Risiken zu übernehmen, von denen wir oft genug wollen, dass sie übernommen werden. Deswegen ja zur Kontrolle, aber differenziert.

**Wolf Klinz**, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Meine Herren Präsidenten, liebe Kollegen! Die EIB und die EBWE haben lange Zeit eine Art Schattendasein geführt und sind einer breiten Öffentlichkeit in den letzten Jahren kaum bekannt gewesen. Das wird sich hoffentlich jetzt in den Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise ändern, denn jetzt wächst diesen wichtigen europäischen Institutionen eine noch größere Bedeutung und Wichtigkeit zu.

Bei dem großen Volumen, das beide Banken bewegen – an Darlehen vergeben –, ist es wichtig, dass sie nach klaren Kriterien und Prinzipien arbeiten. Die Tatsache, dass es sich um öffentliche Institutionen handelt, garantiert das nicht *per se*. Wir haben öffentliche Banken, z. B. in Deutschland, die dagegen verstoßen haben und genauso in Schwierigkeiten geraten sind wie manche privaten Banken. Ich hoffe, dass beide Institutionen – EIB wie auch EBWE – tatsächlich ihre Prioritäten nach ganz klaren Überlegungen ausrichten, und dass sich diese Prioritäten auch in Zukunft, wenn wir zurückschauen, als richtig und wahrhaft herausstellen werden.

Wichtig ist – und ich kann Sie darin nur unterstützen –, dass sich die Banken tatsächlich nach wie vor auf den Mittelstand als dem Rückgrat unserer europäischen Wirtschaft konzentrieren, und dass sie sich auf Projekte konzentrieren, die tatsächlich das Kriterium der Nachhaltigkeit eindeutig erfüllen. Das Rating der Institute ist sehr gut, vorteilhafter als Triple A. Insofern sind sie imstande, sich zu relativ günstigen Konditionen zu finanzieren. Wir müssen sicherstellen, dass wir sie nicht über Gebühr strapazieren, und gerade in Zeiten der Krise versuchen, sie als Kapitalquelle dort zu nutzen, wo andere Kapitalquellen möglicherweise schon versiegen.

Ich freue mich, dass wir als Parlamentarier ab dem nächsten Jahr bei der Bestimmung der Prioritäten mitwirken können, und dass die Tatsache, dass die Banken noch mehr als bisher gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig werden, die Basis für eine sehr gute konstruktive Zusammenarbeit sein wird.

Noch ein Letztes: Ich ermuntere beide Banken, ihre Anstrengungen zu verstärken und sicherzustellen, dass sie keine Doppelarbeit leisten, sondern dass sie sich sehr gut ergänzen und wirklich komplementär miteinander arbeiten.

Wichtig erscheint mir auch, dass die EBWE nach wie vor ihre wichtige Rolle in Transformationsländern wahrnimmt, denn diese Länder dürfen gerade in Zeiten der Krise nicht alleine gelassen werden.

**Sepp Kusstatscher**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst danke ich für beide Berichte, die wir Grünen unterstützen können. Wir befürworten die Ausweitung der Aktivitäten der EIB in den Entwicklungsländern. Wir haben uns schon seit langer Zeit für eine Ausrichtung der EIB-Projektfinanzierung an sozialen und ökologischen Standards und an der Einhaltung der Menschenrechte eingesetzt. Dies soll nun über die Garantien der Gemeinschaft für EIB-Projekte auch praktisch geschehen. Ein Dank dem Haushaltsausschuss, der dies aufgegriffen und erfolgreich mit dem Rat durchgesetzt hat!

Die EIB ist ein sehr wichtiges Instrument innerhalb der EU, mit dem die soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedstaaten gesteuert werden kann. Ich ersuche darum, dass noch mehr als in der Vergangenheit bei allen Projekten, die von der EIB unterstützt werden, genau geprüft wird, ob die ökosoziale Nachhaltigkeit und die Wirtschaftlichkeit wirklich gewährleistet sind. Gerade jetzt in der Finanz- und Wirtschaftskrise ist das besonders wichtig!

Es wäre beispielsweise ein grober Fehler, wenn Großprojekte wie die Brücke von Messina oder der Brenner-Basistunnel für Personenhochgeschwindigkeitszüge gefördert würden. Diese Projekte sind maschinen- und kapitalintensiv. Für den Arbeitsmarkt und für die ökologischen Auswirkungen ist die Förderung der Modernisierung und des Ausbaus bestehender Infrastrukturen viel vorteilhafter.

Das quantitative Wachstum entspringt einer überholten Philosophie des "Immer schneller, immer höher, immer weiter". Wir brauchen eine für Mensch und Umwelt nachhaltige ökosoziale Politik. Danke!

**Konstantinos Droutsas**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (EL) Herr Präsident! Der Bericht lobt die Arbeit der beiden Banken und lässt dabei jedoch ihre Verantwortung und ihre aktive Rolle bei der Entstehung der Krise des Kapitalismus völlig außer Acht. Die EIB hat die Rolle des Geldgebers für Banken und Unternehmen mit dem Ziel übernommen, die Erwirtschaftung kapitalistischer Profite zu unterstützen.

Die Konjunkturmaßnahmen der Europäischen Union gehen mit zwingend notwendigen finanziellen Vorsichtsmaßnahmen einher. Eine gewohnte Komponente der Europäischen Union ist die bevölkerungsfeindliche Politik der Lissabon-Strategie, des Stabilitätspakts und des Vertrags von Maastricht, deren Ziel es ist, die Last der Krise durch Gehaltskürzungen, flexible Arbeitsverhältnisse, die Beförderung der Arbeitslosigkeit und die Beschneidung von Sozialleistungen den Arbeitnehmern aufzubürden.

Ein typisches Beispiel ist mein Land, gegen das zweimal in fünf Jahren ein Verfahren wegen eines zu hohen Staatsdefizits eingeleitet wurde. Die Kommission fordert dauerhafte und nachhaltige Maßnahmen: Maßnahmen zur weiteren Kürzung der Sozialausgaben insbesondere im Gesundheitswesen, während sich die Privatwirtschaft in ebendiesem Bereich immer weiter bereichert. Gleichzeitig verlangt sie eine Anhebung der Steuern auf grundlegende Verbrauchsprodukte sowie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Der einzige Ansatz, der im Interesse der Bevölkerung läge, wäre die Ablehnung der kapitalgesteuerten Maßnahmen, über die sich im Wesentlichen alle Kräfte, die Maastricht und die Europäische Union unterstützen, einig sind, sowie die Bildung einer sozialpolitischen Allianz für eine bevölkerungsorientierte Wirtschaft und zur Stärkung einer vom Volke ausgehenden Macht.

**John Whittaker**, *im Namen der IND/DEM-Fraktion.* – Herr Präsident! Was mich am meisten beunruhigt ist der Vorschlag, dass die Europäische Investitionsbank (EIB) bei der Bekämpfung der Finanzkrise eine zentrale Rolle spielen soll – dass sie als eine Art europaweites Gremium Anreize geben können soll, die zu geben die Mitgliedstaaten selbst nicht in der Lage waren.

Wenn sie – wie vorgeschlagen wurde – ihren Handlungsradius zu sehr auf die Unterstützung von Handelsbanken und Regierungen ausweitet, besteht die Gefahr, dass ihre beneidenswert hohe Kreditwürdigkeit wie im Falle einiger unserer Regierungen abgewertet wird.

Die EIB hat einen 35-fachen Hebel und bei ihren Anteilseignern handelt es sich um die Regierungen der Mitgliedstaaten. Es hätte gravierende Folgen, wenn wir wie einige unserer Handelsbanken Pleite gingen. Der Bericht ermutigt die EIB und die Kommission, mit innovativen Finanzinstrumenten zu experimentieren und mehr Darlehen zu vergeben. Ich dachte, die Welt hätte genug von cleveren Finanztricks.

**Laima Liucija Andrikiienė (PPE-DE).** – Herr Präsident! Ich möchte zunächst unserem finnischen Kollegen Esko Seppänen herzlich für seinen Beitrag danken, den er dazu geleistet hat, dass mit der Kommission und dem Rat ein Kompromiss in Bezug auf die EIB-Darlehen und die Garantien der Gemeinschaft gefunden werden konnte.

Wie wir alle wissen, wurde nach dem Urteil des Gerichtshofs zugunsten des Europäischen Parlaments der entsprechende Ratsbeschluss aufgehoben und eine Frist von einem Jahr eingeräumt, um einen neuen Beschluss zu fassen. Die Kommission hat das Verfahren der Mitentscheidung vorgeschlagen, und morgen werden wir über den Kompromiss, der im Trilog erreicht wurde, abstimmen und dieses Mitentscheidungsverfahren zu einem Abschluss bringen.

Man darf nicht vergessen, dass die EIB ursprünglich ins Leben gerufen wurde, um Maßnahmen innerhalb der EU zu finanzieren. Die Garantie der Gemeinschaft zugunsten der EIB für Verluste aus Darlehen und Darlehensgarantien ist daher die Grundlage für ihre Aktivität in Drittländern. Der Vorschlag, den wir heute diskutieren, deckt etwa 10-15 % der Aktivität der EIB, d. h. die Aktivität der Bank außerhalb der EU in den Beitrittskandidaten, den Mittelmeerstaaten sowie Asien, Lateinamerika und Südafrika ab. Diese Maßnahmen der EIB sind besonders in Ländern mit mittleren Einkommen und im Infrastruktur-, Finanz- und Handelssektor relevant. Diese Maßnahmen der EIB sind im Umfeld der globalen Finanzkrise und der Rezession von herausragender Bedeutung.

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, zu allen zentralen Fragen einen Kompromiss zu finden, wie zum Beispiel der Termin zur Vorlage eines neuen Vorschlags für einen Beschluss, der auf den 30. April 2010 festgesetzt wurde, oder die „Sunset Clause“, die 18 Monate nach diesem Termin, am 31. Oktober 2011, ausläuft.

Das Europäische Parlament hat den Vorschlag der Kommission ergänzt und hervorgehoben, wie wichtig die Achtung der Menschenrechte, die Entwicklungspolitik, die Energiediversifizierung, die Forderung nach strategischen Dokumenten sowie eine stärkere Transparenz der Politik und der Tätigkeit der EIB sind.

Ich denke, wir haben ein gutes Ergebnis erzielt und ich hoffe, dass der Kompromiss morgen mit der nötigen Mehrheit verabschiedet wird. Ich zähle auf die Unterstützung aller Fraktionen dieses Parlaments.

**Paulo Casaca (PSE).** – (PT) Herr Präsident! Ich schließe mich meinen Kollegen an und gratuliere unserem Berichterstatter über den Haushaltsausschuss zu seiner hervorragenden Arbeit sowie dazu, wie es ihm gelungen ist, die Rechte und Vorrechte des Europäischen Parlaments zu verteidigen.

Laut Urteil des Gerichtshofs vom 6. November 2008 verfügt das Europäische Parlament über ein umfassendes Mitentscheidungsrecht in diesem Bereich. Zudem hat die Europäische Investitionsbank den klaren Auftrag, die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die Integration von Entwicklungsländern in die Weltwirtschaft, die Kampagne zur Bekämpfung von Armut und die Wahrung des Rechtsstaatsprinzips sowie der Menschen- und Grundrechte durch diese Länder zu unterstützen.

Wir werden dafür sorgen, dass die Investitionen der EIB den genannten Zielen genüge tun.

**Margarita Starkevičiūtė (ALDE).** – (LT) Die Europäische Investitionsbank ist die größte Bank der Welt und die wichtige Rolle, die ihr bei der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb und außerhalb der Europäischen Union zukommt, steht außer Frage. Aktuell werden viele Vorschläge vorgetragen, um die Aufgaben der Europäischen Investitionsbank auszuweiten. Ich bin Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses und kann mich doch an viele der Vorschläge nicht einmal mehr erinnern. Es scheint so, als wisse jeder ganz genau, was die Europäische Investitionsbank zu tun hat. Darüber hinaus gibt es viele Vorschläge, die von der Bank außerhalb der Europäischen Union durchgeführten Maßnahmen neu zu bewerten. Das von dem Berichterstatter erstellte Dokument zielt vornehmlich darauf ab, die Garantie der Gemeinschaft zugunsten der Europäischen Investitionsbank für Verluste aus Darlehen in Drittländern zu erneuern.

Die Vielfalt der Vorschläge zeigt, dass wir eine breitere Debatte über die Aktivitäten der Europäischen Investitionsbank und die Richtung, in die diese Aktivitäten entwickelt werden sollten, benötigen. Ich hoffe, dass die Kommission die Zeit finden wird, sich im allgemeinen Kontext des europäischen Konjunkturprogramms genauer mit diesem Problem zu beschäftigen. Hinsichtlich der Garantien der

Europäischen Investitionsbank wurden viele zusätzliche Bedingungen festgelegt, um auch die Menschenrechte und Aspekte der gleichberechtigten Entwicklung zu berücksichtigen. Diese Initiative ist begrüßenswert, doch sollte die Europäische Union in ihrer Außenpolitik vielmehr darauf aus sein, dass andere Banken diese Grundsätze bei der Implementierung oder Ausübung ihrer Tätigkeit in Drittländern ebenfalls berücksichtigen. Nur so kann außerhalb der Europäischen Union ein gleichberechtigter Wettbewerb herrschen und die Europäische Investitionsbank der Gefahr schwerer Verluste entgehen.

**Jean-Pierre Audy (PPE-DE).** – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Maystadt! Meine erste Frage betrifft den Bericht der Europäischen Investitionsbank. Ich frage mich: Wurde der vom Parlament geforderte Regulierungs- und Aufsichtsauftrag ausgeführt? Außerdem, Herr Kommissar, kann ich nicht verstehen, warum Sie nicht die Ihnen gemäß Artikel 105 zugestandene Initiative ergreifen und die Angelegenheit an den Rat berichten, damit die Europäische Zentralbank diesen Auftrag ausführen kann. Sie haben darauf, wie ich finde, recht ausweichend geantwortet, was ich bedauerlich finde.

Auch zu der Garantieforderung möchte ich noch etwas sagen: Ich verstehe nicht, warum die in dieser Form gewährte Garantie nicht vergütet wird. Eine geplante Garantie in Höhe von etwa 30 Milliarden Euro würde für den Haushalt der Union Verluste in Höhe von 30 bis 100 Millionen Euro bedeuten. Außerdem verstehe ich nicht, Herr Präsident, warum der Haushaltskontrollausschuss, in dessen Aufgabenbereich Fragen die Europäische Investitionsbank betreffend fallen, bezüglich der der Bank gewährten Garantie nicht um eine Stellungnahme ersucht wurde.

**Czesław Adam Siekierski (PPE-DE).** – (PL) Herr Präsident! Die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sind zwei sehr starke Institutionen, die sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch in Drittländern einen Beitrag zur regionalen Entwicklung leisten können. Das wird heute, angesichts der Finanzkrise und der daraus resultierenden Beschränkungen der Investitionsdarlehensvergabe besonders deutlich.

Während die meisten Banken die Vergabe von Darlehen für Finanzprogramme der Nachbarländer der EU stark eingeschränkt haben, haben die beiden genannten Banken Investitionen in Transport und Umwelt weiter stark gefördert.

Gleichzeitig ist die Europäische Investitionsbank eine wichtige Quelle für Darlehen und Darlehensgarantien für europäische kleine und mittlere Unternehmen. In diesen schwierigen Zeiten ist diese Unterstützung für Unternehmen sehr wertvoll. Außerdem ist es wichtig, dass zu den von der Europäischen Investitionsbank genannten sechs Prioritäten auch die Gewährleistung eines nachhaltigen und sicheren Energiewettbewerbs innerhalb der Europäischen Union zählt.

**Thomas Mirow, EBWE.** – Herr Präsident! Vielen Dank für diesen Bericht und die Gelegenheit, die Diskussion, die wir im Ausschuss im November begonnen haben, fortzusetzen. Der Zeitpunkt dafür ist vor allem aus drei Gründen genau richtig.

Erstens, der Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise lässt jeden Ansatz, die Zusammenarbeit zwischen der EBWE und der EIB zu stärken, wichtiger denn je werden. Die Krise bedeutet jedoch auch, dass die Zusammenarbeit zwischen internationalen öffentlichen Institutionen nicht mehr nur ein rein politikgesteuertes Ziel, sondern vielmehr eine überlebenswichtige Notwendigkeit ist.

Angesichts des starken Rückgangs privater Kreditflüsse haben wir uns vergangenen Monat mit der Weltbankgruppe zusammengesetzt, um den gemeinsamen IFI-Aktionsplan zur Unterstützung der Bankensysteme und Darlehensvergabe an die Realwirtschaft in Mittel- und Osteuropa aus der Taufe zu heben.

Dabei handelt es sich um ein Paket im Wert von 24,5 Milliarden Euro für die Jahre 2009 und 2010, zu dem die EBWE 6 Milliarden Euro beisteuern wird. Der Aktionsplan erkennt an, dass eine wirksame Antwort auf die Krise an den integrierten europäischen Finanzmärkten ein schnelles und koordiniertes Handeln aller Anspruchsgruppen verlangt: dazu zählen Mutterbanken, die einen großen Teil der für den Finanzsektor der Region wichtigen lokalen Institute kontrollieren, amtliche Stellen im Heimat- und Gastland internationaler Bankengruppen, europäische Institutionen sowie die IFL. Gemeinsam mit diesen vielen Anspruchsgruppen arbeiten wir an der Umsetzung des Plans und erarbeiten die dafür erforderlichen Koordinations- und Kooperationsmechanismen.

Und wir erkennen – wie im vergangenen August, als wir es mit der konfliktgeladenen Bankenkrise in Georgien zu tun hatten –, dass eine solche, aus der Not heraus geborene IFI-Kooperation am besten funktioniert.

Zweitens, unter der Ägide der Europäischen Union können neue Kooperationsstrukturen der EBWE und der EIB großartige neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnen.

Ich beziehe mich hier insbesondere auf den neu aufgelegten Investitionsrahmen für die westlichen Balkanländer oder die vom Europäischen Rat vor einigen Tagen angekündigte Östliche Partnerschaft, die auf die gute Zusammenarbeit baut, für die wir mit unserer Absichtserklärung und der Einführung der Nachbarschaftsinvestitionsfazilität bereits den Grundstein gelegt haben.

Dank dieser aus EG-Mitteln ermöglichten Initiativen können wir gemeinsam an konkreten Projekten und Programmen arbeiten und dabei die jeweiligen Stärken der Institutionen bestmöglich nutzen, um so unsere gemeinsame Arbeit in einer Art hervorragendem Schmelztiegel zusammenführen.

In diesem Zusammenhang bin ich überzeugt, dass wir die von Ihnen geforderten Arbeitsteilungen, Anwendungsmöglichkeiten unserer gemeinsamen Erfahrung und nötigen Mechanismen der Zusammenarbeit, einschließlich gemeinsamer Standards, finden können.

Drittens, ich nehme die Ansichten des Europäischen Parlaments als willkommene Anregung für die vierte Überprüfung der Kapitalressourcen der EBWE, die wir anlässlich unseres Jahrestreffens in Zagreb im Mai 2010 abschließen werden.

Die EBWE hat als Antwort auf die Krise eine aktive Haltung eingenommen: zur Unterstützung unserer Kunden in den Einsatzländern stocken wir unsere Instrumente bis auf 7 Milliarden Euro im Jahr 2009 auf – ein Plus von über 20 %.

Gleichzeitig müssen wir einräumen, dass damit auch unsere Risikoexposition steigt. Die Auswirkungen der aktuellen Lage auf unser Portfolio und die Entwicklung unserer Geschäfte können noch nicht klar abgesehen werden. Die Bedeutung unserer Partnerschaft mit der EIB und der Europäischen Union im Hinblick auf die Erfüllung unserer Zusagen gegenüber unseren Anteilseignern und unseren Einsatzländern ist hingegen deutlicher als je zuvor.

#### **VORSITZ: ADAM BIELAN**

*Vizepräsident*

**Philippe Maystadt**, *Präsident der EIB*. – (FR) Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich Ihnen einmal mehr dafür danken, dass Sie uns die Gelegenheit geben, den konstruktiven Dialog, der seit nunmehr einigen Jahren zwischen der Europäischen Investitionsbank und dem Parlament besteht, fortzusetzen.

Ganz besonders freue ich mich darüber, die beiden heute vorgelegten Berichte von Herrn Mitchell und Herrn Seppänen diskutieren zu können, da diese sehr interessant sind und durchweg wichtige Themen aufgreifen. Ich hoffe, dass ich später noch Gelegenheit haben werde, auf diese Themen zurückzukommen.

Wir sehen uns heute einer Krise außergewöhnlichen Ausmaßes gegenüber – vermutlich der größten Krise seit Ende des Zweiten Weltkrieges – und in diesem Kontext ist es völlig normal, dass die Mitgliedstaaten unsere beiden Institutionen auffordern, einen Beitrag zur Antwort der Europäischen Union auf diese Krise zu leisten. Wie Sie wissen, haben die Mitgliedstaaten als unsere Anteilseigner die EIB aufgefordert, ihr Darlehensvolumen für 2009 deutlich, um etwa 30 % mehr als ursprünglich vorgesehen, zu erhöhen und diese zusätzlichen Mittel im Wesentlichen auf drei Bereiche zu konzentrieren: erstens, Darlehen für kleine und mittlere Unternehmen, zweitens, Energie und dabei insbesondere die Bekämpfung des Klimawandels und schließlich eine besondere Unterstützung der Länder, die von der Krise am stärksten betroffen sind.

Und wo stehen wir heute? Ich möchte Ihnen die Statistiken der letzten drei Monate des Jahres 2008 – mit anderen Worten ab dem Zeitpunkt, an dem die ersten Appelle bei der EIB eintrafen – und der ersten zwei Monate des Jahres 2009 präsentieren. Innerhalb dieser fünf Monate haben wir Darlehen im Wert von über 31 Milliarden Euro ausgegeben, was einer Steigerung um 38 % in Bezug auf denselben Zeitraum Ende 2007/Anfang 2008 entspricht. Für den ersten Bereich – Darlehen für kleine und mittlere Unternehmen – wurden innerhalb dieses kurzen Zeitraums Darlehen im Wert von 5,6 Milliarden Euro ausgegeben. Einige von Ihnen haben darauf hingewiesen, wie wichtig die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen im derzeitigen Klima ist. Aus dem Grund unternehmen wir in diesem Bereich besondere Anstrengungen und ich kann Ihnen bereits sagen, dass wir das uns gesetzte Ziel von 15 Milliarden Euro solcher Darlehen im Zeitraum 2008-2009 übertreffen werden.



Hinsichtlich des zweiten Ziels – Energie und Bekämpfung des Klimawandels – haben wir ebenfalls große Anstrengungen unternommen und in diesem Zusammenhang muss auch die Finanzspritze für die Automobilindustrie gesehen werden. Eines muss klar sein: Unsere Unterstützung in diesem Bereich zielt auf Projekte im Rahmen von Forschung, Entwicklung und Produktion umweltfreundlicher Autos ab, die die neuen Vorgaben der Union in Bezug auf die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen erfüllen.

Und schließlich der dritte Bereich – besondere Unterstützung der Länder, die von der Krise am stärksten betroffen sind: in demselben Fünfmonatszeitraum haben wir Darlehen in Höhe von 910 Millionen Euro an Ungarn, 600 Millionen Euro an Lettland, 1 Milliarde Euro an Rumänien und 1,1 Milliarden an Litauen vergeben.

Ich denke, wir können daher mit Fug und Recht behaupten, dass wir unser Bestes getan haben, um dem Appell der Mitgliedstaaten nachzukommen und die vereinbarten Maßnahmen unverzüglich umzusetzen. Herr Mirow hat bereits auf den gemeinsamen Aktionsplan der Internationalen Finanz-Corporation und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zur Unterstützung des Bankensektors in Mittel- und Osteuropa hingewiesen.

Eine solche Aufstockung unseres Darlehensvolumens ist natürlich nur dank der Kapitalerhöhung möglich, die unsere Anteilseigner beschlossen haben – sie kostet die Mitgliedstaaten keinen Cent. Um unsere Reserven in Kapital umzuwandeln, war jedoch die Zustimmung unserer Anteilseigner erforderlich.

Einige von Ihnen haben Fragen bezüglich der Überwachung und Kontrolle der EIB gestellt und ich persönlich halte diese Frage für absolut legitim. Wenn eine Finanzinstitution derart wächst, ist es normal, dass Bedenken hinsichtlich ihrer Überwachung aufkommen. Da wäre zunächst einmal das, was bereits existiert – und das ist nicht wenig: eine gewisse Innenrevision sowie vor allem eine externe Kontrolle durch einen unabhängigen Prüfungsausschuss, der unmittelbar dem Rat der Gouverneure rechenschaftspflichtig ist. Darüber hinaus schreibt der Vertrag von Lissabon eine Stärkung dieses Prüfungsausschusses durch weitere Mitarbeiter vor, die über eine nachgewiesene Erfahrung in der Bankenaufsicht verfügen.

Könnten wir noch mehr tun? Ich möchte Sie daran erinnern, dass der Rechnungshof bereits alle Maßnahmen der EIB überwacht, die eine Verwendung von Mitteln aus dem europäischen Haushalt vorsehen. Aber sollten wir nicht noch weiter gehen und ein formelles Bankenaufsichtssystem einrichten? Darauf hatte Frau Stauner gehofft. Herr Bullmann wies darauf hin, dass die Sache vielleicht nicht ganz so einfach sei. Aber wie auch immer, sie ist es wert, darüber zu diskutieren. Alles, was ich heute tun kann, ist bekräftigen, dass die EIB der Unterordnung unter eine formelle Bankenaufsicht absolut offen gegenübersteht, wenn dies für notwendig erachtet wird.

Für den Moment haben wir gemeinsam mit der Finanzaufsichtsbehörde in Luxemburg eine Art informeller Aufsicht organisiert.

Auf die Frage von Herrn Audy möchte ich antworten, dass das, was er im vergangenen Jahr vom Ausschuss der Europäischen Bankenaufsichtsbehörden (CEBS) gefordert hat, getan wurde. Wir haben den CEBS diesbezüglich gefragt, der uns jedoch mitteilte, dass er selbst in dem Bereich über keinerlei Befugnisse verfüge und nicht einmal beratend tätig sein dürfe. Unser Schicksal liegt daher noch immer in den Händen derer, die diesbezüglich die Initiative ergreifen möchten. Und ich wiederhole: Wir sind offen für solche Initiativen.

Abschließend noch ein Wort zur Zusammenarbeit unserer beider Institutionen. Herr Mirow hat bereits auf die gute Entwicklung insbesondere im westlichen Balkan und mit unseren östlichen Nachbarn wie jüngst in der Türkei hingewiesen. Im Hinblick auf meine Redezeit möchte ich dem nur noch hinzufügen, dass wir den in dem Bericht von Herrn Mitchell genannten Empfehlungen voll und ganz zustimmen. Wir denken, es läge im gemeinsamen Interesse unserer beiden Institutionen und auch unserer Kreditnehmer, unsere Arbeitsteilung rationeller und funktioneller zu gestalten.

Ein Wort zu Herrn Seppänens Bericht. Ich möchte zum Ausdruck bringen, wie sehr wir den konstruktiven Ansatz von Herrn Seppänen zu schätzen wissen. Er schlägt eine vorläufige Lösung vor, die es der EIB erlaubt, mit ihren Tätigkeiten fortzufahren, aber einen Termin für eine gründliche Diskussion der Rolle festlegt, die die EIB außerhalb der Europäischen Union spielen sollte. Ich hege keinen Zweifel daran, dass dies eine Debatte ist, auf die wir einige Zeit verwenden werden und die meiner Meinung nach genau zum richtigen Zeitpunkt kommt.

**Joaquín Almunia**, Mitglied der Kommission. – (ES) Herr Präsident, ich möchte allen Mitgliedern danken, die in dieser Aussprache das Wort ergriffen haben. Ich denke, in den meisten Reden ist ein hoher Grad an

Zustimmung und Konsens in Bezug auf die Richtlinien zum Ausdruck gebracht worden, die soeben von den Präsidenten der beiden Banken in diesen Zeiten der Krise, aber auch der Chancen vorgestellt worden sind. Mithilfe ihrer Ressourcen und Maßnahmen beabsichtigen sie, wesentliche Politiken in der Europäischen Union zu unterstützen, darunter Energieeffizienz, der Kampf gegen den Klimawandel, die Unterstützung kleiner und mittelgroßer Unternehmen und die Förderung sauberer Technologien in Sektoren, die es derzeit sehr schwer haben, darunter die Autoindustrie.

Meiner Ansicht nach gibt es auch eine sehr breite Einigung im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Maßnahmen beider Banken in denjenigen Ländern weitest möglich zu verstärken, die besonders stark unter der Krise leiden, sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch über ihre Grenzen hinaus. Ich bin mit allen Mitgliedern einig, die die Banken darum gebeten haben, mehr zu tun. Der Person, die die Banken dazu aufgefordert hat, in diesen schwierigen Zeiten weniger zu tun oder umsichtiger vorzugehen, kann ich nicht zustimmen. Ich denke in der Tat, dass die Existenz von Banken wie die Europäische Investmentbank oder die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung besonders in Zeiten wie diesen gerechtfertigt ist.

Ich möchte ein paar abschließende Worte zu den Kommentaren bezüglich der Aufsicht der EIB sagen. Ich freue mich sehr darüber, dass sich Herr Maystadt offen gezeigt hat, wie ich bereits früher beobachtet habe, was die Überprüfung dieses Themas und das Finden einer Lösung dafür anbelangt. Dies wurde bereits in der letztjährigen Aussprache erwähnt.

Selbstverständlich ist die Kommission nun dazu bereit, mit Herrn Maystadt zusammenzuarbeiten, um die effizientesten Werkzeuge zu finden, die gleichzeitig mit unseren Regelungen vereinbar sind, um für ein so wichtiges Thema eine Lösung zu erreichen, insbesondere zu einem Zeitpunkt, an dem die EIB und auch die EBWE auf Märkte zurückgreifen müssen, auf denen es schwieriger ist als in früheren Jahren, Finanzierungen zu günstigen Bedingungen und mit dem höchstmöglichen Rating zu erhalten, mit dem beide Banken arbeiten.

**Gay Mitchell, Berichterstatter.** – Herr Präsident, ich möchte dem Kommissar und beiden Präsidenten für ihre Beiträge sowie allen Vorrednern danken.

Lassen Sie mich kurz auf drei Punkte eingehen. Die Kommentare von Präsident Maystadt, dass die weitere finanzielle Unterstützung durch die EIB schnelle Auszahlungen ermöglichen und zur Realwirtschaft beitragen wird, insbesondere durch den Schutz vielversprechender Projekte und der Hilfe lebensfähiger Unternehmen in diesen schwierigen Zeiten, sind sehr ermutigend. Meiner Ansicht nach müssen wir in Not geratene Unternehmen so gut wie möglich unterstützen, um sie mit dem Kredit zu versorgen, den sie benötigen, um sich über Wasser zu halten und um zu gewährleisten, dass es zu keinem Stellenabbau kommt.

Der Bericht mahnt jedoch auch zur Vorsicht in Bezug auf die Verwendung von EIB-Darlehen durch Geschäftsbanken. Es wird vorgeschlagen, diesbezüglich einen Verhaltenskodex zwischen den Geschäftsbanken und der EIB auszuarbeiten. Ich hoffe, dass die Abgeordneten dies aus einigen der abgegebenen Kommentare herausgehört haben.

Zweitens ist die aktuelle Stimmung in Europa von Besorgnis geprägt: die Hauspreise brechen in einigen Ländern weiter ein, und die Leute ziehen es vor, zu sparen. Um die Auswirkungen dieser Krise zu bekämpfen, muss man auch über den Aufschwung reden. Wir haben unseren Blick abgewendet, als es zu der Krise kam, in der wir uns derzeit befinden. Jetzt sehen wir schon wieder weg. Der Aufschwung kommt: möglicherweise Ende dieses Jahres oder nächstes Jahr, aber er kommt. Wir müssen beginnen, von der Erholung zu sprechen und uns auf diese vorzubereiten, und insbesondere müssen wir ausreichend wettbewerbsfähig sein, um von der Erholung zu profitieren. Ich richte diese Bitte dringlichst an die drei heute hier vertretenen Institutionen und an die Kammer.

Letztendlich ist es notwendig, dass die EIB und die EBWE mit anderen internationalen und regionalen Finanzinstituten – wie beispielsweise der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank – zusammenarbeiten, um die Entwicklung in Gebieten zu fördern, die weiter von Europa entfernt sind. Diese Banken haben einen positiven Einfluss auf die Lieferung von Hilfsgütern in Entwicklungsländer, aber ich denke, dass dieser Einfluss gut abgewägt werden muss.

Die Finanzierung von Landbesitz in Entwicklungsländern muss als Investierungskosten im Rahmen des externen Kreditvergabemandats der EIB betrachtet werden. Ich habe dieses Thema bei diversen Gelegenheiten zur Sprache gebracht. Das Land, von dem ich komme, kennt den Hunger. Wir haben alles Mögliche erlebt, was die Menschen in afrikanischen Ländern nun durchmachen. Was den Nordosten unserer Insel verändert hat, waren die Investitionen der Menschen in sehr kleine Grundstücke.

Werfen Sie einen Blick auf dieses Modell für die Entwicklungsländer. Wir brauchen sie als unsere künftigen Handelspartner und ich bitte beide Banken, das was ich hier gesagt habe zu überdenken, da dies meiner Ansicht nach eine Möglichkeit darstellt, den Entwicklungsländern zu helfen. Dieses Thema wurde heute vor ein paar Minuten vom Premierminister von Großbritannien angesprochen, und ich möchte den Banken diesen speziellen Punkt ans Herz legen.

Herr Präsident, vielen Dank für die Gelegenheit, auf diese Aussprache zu antworten. Ich hoffe, dass wir auch künftig eine Atmosphäre der gegenseitigen Zusammenarbeit aufrechterhalten können – zum Besten Europas.

**Esko Seppänen, Berichterstatter.** – (FI) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass es in dieser Kammer einen breiten Konsens bezüglich der Rechtsgrundlage für das neue externe Kreditvergabemandat der Europäischen Investitionsbank gibt.

Die Vertreter der EIB sind etwas später gekommen und haben meine erste Rede nicht gehört. Daher möchte ich ihre Aufmerksamkeit gerne auf den Umstand lenken, dass die Angelegenheit nun im Kontext eines Mitentscheidungsverfahrens entschieden wird und dass das Europäische Parlament nicht länger nur alles absegnet, wie dies bislang bei Angelegenheiten der Europäischen Investitionsbank der Fall war.

Die EIB kann künftig nicht länger auf die Unterstützung einiger vertrauenswürdiger Abgeordneter zählen. Im Mitentscheidungsverfahren wird sie die breite Unterstützung des Europäischen Parlaments benötigen. Hierzu wird die EIB eine konstruktivere Haltung gegenüber dem Europäischen Parlament einnehmen müssen, als dies unserer Ansicht nach der Fall war, als dieses Mandat erwägt wurde. Ich denke, dass dies der Bank während dieser Zeit klar gemacht wurde, und ich hoffe, sie versteht die Botschaft, die das Parlament ausgesendet hat. Wie es so schön heißt: Ende gut, alles gut.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Mittwoch, den 25. März 2009.

#### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)**

**Paolo Bartolozzi (PPE-DE), schriftlich.** – (IT) Die Rolle der EIB bei der Umsetzung der europäischen Entwicklungs- und Kohäsionspolitik hat zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Obschon die EIB in der Vergangenheit für einige Kritik gesorgt hat, da der Eindruck entstand, sie hätte sich von den wirtschaftlichen und sozialen Kohäsionszielen entfernt, die von der Europäischen Union verfolgt wurden, da sie ihre Anstrengungen vor allem auf Körperschaften des öffentlichen Rechts konzentriert hatte, schien es, als hätte sie den Kurs geändert, was die Entwicklungs- und Kohäsionsaussichten für 2007-2013 anbelangt.

Durch die engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission präsentiert sich die EIB heute als moderne und dynamische Bank, was der Zunahme der Zahl der Finanzprojektarten zu verdanken ist, die dazu beitragen sollen, das sozioökonomische Gleichgewicht der weniger begünstigten Regionen in Europa wiederherzustellen. Was die Durchführung von Maßnahmen anbelangt, freuen wir uns ganz besonders über die Einführung von Förderungsmechanismen für kleine und mittelgroße Unternehmen, die in der Lage sein werden, ihre Investitionsausgaben durch den besseren Zugang zu den Finanzmärkten zu steigern.

Neben dem von der Europäischen Kommission geschnürten Maßnahmenpaket zur Unterstützung kleiner und mittelgroßer Unternehmen auf Gemeinschaftsebene, das derzeit umgesetzt wird, muss die EIB Mehrwert bieten und die Geschäfte der kleinen und mittelgroßen Unternehmen am Laufen halten und diesen zu einem schnelleren Wachstum verhelfen, da diese die nicht ersetzbare Hauptquelle für neue Arbeitsplätze in Europa darstellen.

**Alexandru Nazare (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Die in diesem Bericht behandelten Kernthemen betreffen nicht die Gemeinschaftsgarantie, sondern eher die Möglichkeit, die von der EIB gewährten Finanzierungen effizienter zu nutzen. Die Rolle der EIB als EU-Instrument zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ist unbestreitbar. Die EU verfügt über eine Reihe von Finanzinstrumenten im Bereich der externen Beziehungen, und die Tätigkeiten der EIB müssen diese ergänzen.

Was die Finanzierungsprioritäten anbelangt, freue ich mich, dass die aktuelle Version des Berichts auch meinen Vorschlag enthält, eine notwendige Klärung in Bezug auf die Energieprojekte in Osteuropa und im südlichen Teil des Kaukasus einzubeziehen, und zwar insofern, als sie „mit dem Ziel der Gemeinschaftspolitik

der Diversifizierung der Energiequellen vereinbar sein müssen, mit der Aussicht, stabile und sichere Ressourcen für die Verbraucher zu gewährleisten“.

Ich freue mich, dass führende Politiker in Europa einen Kompromiss im Europäischen Rat bezüglich der Finanzierung von Energieprojekten durch die EU als Teil des europäischen Konjunkturprogramms erreicht haben. Des Weiteren bin ich glücklich darüber, dass das Nabucco-Projekt diesen Kompromiss überlebt hat und zu einem vorrangigen Energieprojekt erklärt wurde. Ich hoffe, dass sich die EIB daran beteiligt, damit für dieses Projekt die notwendigen Investitionen getätigt werden und wir ab 2013 Gas vom Kaspischen Meer nach Europa transportieren können.

## **10. Die ABB/ABM-Methode als ein Managementinstrument für die Zuweisung von Haushaltsmitteln - Halbzeitüberprüfung des Finanzrahmens 2007-2013 (Aussprache)**

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache über folgende Berichte:

– A6-0104/2009 von Kyösti Virrankoski im Auftrag des Haushaltsausschusses über die ABB/ABM-Methode als ein Managementinstrument für die Zuweisung von Haushaltsmitteln (2008/2053(INI)); und

– A6-0110/2009 von Reimer Böge im Auftrag des Haushaltsausschusses über die Halbzeitüberprüfung des Finanzrahmens 2007-2013 (2008/2055(INI)).

**Kyösti Virrankoski, Berichterstatter.** – (FI) Herr Präsident, vor uns liegt der Bericht über die ABB/ABM-Methode. Ich möchte dem gesamten Haushaltsausschuss für seine zuverlässige und nachhaltige Unterstützung danken. Des Weiteren gilt mein Dank auch dem Sekretariat des Ausschusses und all denen, die mich unterstützt haben.

Activity Based Budgeting (ABB, maßnahmenbezogene Veranschlagung der Haushaltsmittel) und Activity Based Management (ABM, maßnahmenbezogenes Management) wurden während der Prodi-Kommission mit Kommissar Kinnock an der Spitze eingeführt. Der Reformimpuls ging vom Bericht einer externen Expertengruppe aus, die damit beauftragt wurde, die Krise zu beleuchten, die die vorherige Kommission durchlief. Dieser Bericht stellt eine Art Zwischenübersicht über die so genannten „Kinnock-Reformen“ dar.

Ziel der ABB- und ABM-Methode ist die Klärung der Verwaltung durch Budgetierung verfügbarer Mittel und Arbeitskräfte je nach Politikbereich. Die Verwaltung sollte in der Lage sein, die erreichten Ergebnisse klar aufzuzeigen, um ihren Wert im Vergleich zum Einsatz deutlich sichtbar zu machen.

Der Hauptschwerpunkt liegt auf den Ergebnissen und nicht so sehr darauf, wie sie erzielt wurden. Es geht also zu wie in der Wirtschaft.

Man kann es auch einfacher ausdrücken. Es reicht nicht aus, Geld legal oder regelkonform auszugeben – oder gar „aus dem Fenster zu werfen“. Wir brauchen Qualität in der Verwaltung und nicht nur gute Absichten.

Aus den Ergebnissen lässt sich auf die Effizienz des Managements und der Verwaltung schließen. Nehmen wir zum Beispiel die Struktur- und Kohäsionspolitik. Inzwischen sind zwei Jahre und drei Monate seit Beginn der Planungsperiode vergangen und über drei Viertel der Verwaltungs- und Kontrollsysteme sind noch nicht abgesegnet worden. Man kann die Verwaltung daher nicht als effizient bezeichnen. Der Grund kann sowohl bei der Kommission als auch bei den Mitgliedstaaten liegen, aber es ändert nichts an der Tatsache, dass die Verwaltung bürokratisch und ineffizient ist.

ABB und ABM setzen schwerpunktmäßig auf Effizienz und fördern diese. Sie bauen Bürokratie ab und stärken die Rechtsstellung von Bürgern und Personen, die mit der Verwaltung zu tun haben, was das Management anbelangt.

Die ABM-Methoden setzen den Schwerpunkt auf persönliche Zuständigkeiten, gewähren aber auch einen freien Handlungsspielraum. Bei einem guten Verwaltungssystem gibt es eine klare Trennung der Zuständigkeiten. Das Management hat ein Gesicht – sowohl auf der unteren als auch auf der oberen Ebene.

Da das Ziel des Managements eine gute Rentabilität ist, sollte ein Manager die Arbeit nicht unnötigerweise erschweren. Wir brauchen nur wesentliche Regulierungen. Unwesentliche Berichte und Planungen sind unnötig.

Dieser Bericht fußt auf vor kurzem durchgeführten Studien, von denen die wichtigsten im erläuternden Teil aufgeführt sind. Man kam allgemein zu dem Schluss, dass die Umsetzung der ABB- und ABM-Methoden

erfolgreich war und zu einem größeren Kulturwandel in der Kommission geführt hat. Gleichzeitig haben sie dazu beigetragen, die persönlichen Zuständigkeiten und Rechenschaftspflichten zu klären und das Management effizienter, ergebnisorientierter und transparenter zu machen.

Die Bürokratie und der Umstand, dass diese noch zunimmt, stellen hingegen eine echte Gefahr dar. Insbesondere müssen wir erwägen, ob der aktuelle jährliche Planungs- und Evaluierungsprozess mit zu viel Planung belastet ist, vor allem im Vergleich zur Vorlage und Bewertung der erzielten Ergebnisse.

Des Weiteren sollten wir untersuchen, wie die fünfjährigen Strategieziele der Kommission, ihr „Regierungsprogramm“, mit dem mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und auch der jährlichen Strategieplanung zusammenhängen. Die jährliche Strategieplanung wird häufig mit Elementen in Verbindung gebracht, die offensichtlich nichts mit dem Regierungsprogramm, den fünfjährigen Strategiezielen oder dem mehrjährigen Finanzrahmen zu tun haben. Dies führt im Allgemeinen zu Problemen bei der Ausarbeitung des Budgets, da die Mittel in die Revision des Finanzrahmens einbezogen werden. Insbesondere dagegen hat sich der Rat ausgesprochen. Dafür gibt es praktisch alle fünf Jahre klare Beispiele.

Die Kommission hat besonders mit der Definierung der „negativen Prioritäten“ Schwierigkeiten. Es geht darum, unnötige oder weniger wichtige Aktivitäten aufzugeben. Wir können nur hoffen, dass die Kommission diesbezüglich etwas mutiger agieren wird.

Es ist nach wie vor schwierig, die Verwaltungskosten zu schätzen, auch wenn diese separat budgetiert werden, da die Verwaltung noch immer aus funktionalen Mitteln finanziert wird. Dies schließt die Ausgaben für Exekutivagenturen und häufig die technische Unterstützung in Mitgliedstaaten ein. Genau aus diesem Grund verweist der Bericht darauf, wie wichtig es ist, die Humanressourcen zu überwachen.

Herr Präsident, abschließend basiert der uns vorliegende Bericht auf unserem europäischen Erbe – Artikel 15 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 (französische Revolution): „Die Gesellschaft hat das Recht, die staatlichen Vertreter für seine Verwaltung zur Rechenschaft zu ziehen.“.

**Reimer Böge, Berichterstatter.** – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über die Halbzeitüberprüfung des Finanzrahmens 2007-2013. Und ich will noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir damals eine Reihe von Erklärungen interinstitutionell vereinbart haben, deren Einlösung wir mit diesem Bericht einfordern, und dem neu zu wählenden Parlament für die Beratungen der nächsten Monate Leitlinien für die künftige Handlungsweise des Europäischen Parlaments an die Hand geben.

Es waren im Wesentlichen drei Erklärungen, mit denen das Parlament in die künftigen Diskussionen der Einnahmen- und Ausgabenpolitik eingebunden werden sollte, wie es vorher noch nie der Fall gewesen ist. So verpflichtete sich die Kommission, Ende 2009 einen Bericht über die Funktionsweise der Interinstitutionellen Vereinbarung vorzulegen. Die Kommission hat sich verpflichtet, 2008/2009 einen Haushaltsreview vorzulegen, der alles beinhalten könne – eine vollständige und weitreichende Überprüfung sämtlicher Aspekte der Ausgaben einschließlich der Agrarpolitik und der Eigenmittel sowie der Ausgleichszahlungen an das Vereinigte Königreich. Und vergessen wir nicht, auch hier im Hause wird im Jahre 2010 bei vielen Mehrjahresprogrammen einer Halbzeitüberprüfung stattzufinden haben.

Wer sich jetzt die vorliegenden Papiere aus der öffentlichen Konsultation anschaut, wird feststellen, dass die Mitgliedstaaten im Gegensatz zu anderen, die sich geäußert haben, versuchen, sich vor dieser Verantwortung und vor dieser eingegangenen Verpflichtung zu drücken, indem sie sofort auf die nachfolgende Finanzielle Vorausschau springen. Ich komme gerade von einem Gespräch über das so genannte Konjunkturprogramm und möchte feststellen: Was hier stattfindet mit dem permanenten Suchen nach Margen, die eigentlich nicht mehr verfügbar sind, und mit neuen Programmierungen, die an die Haushaltsrechte des Parlaments herangehen, macht deutlich, dass wir so nicht weitermachen können. Deshalb mein Appell an die Kommission, im Herbst dann wirklich einen Vorschlag vorzulegen, in dem nicht nur über die Zeit nach 2013 nachgedacht wird, sondern der sich mit einem Review der Finanziellen Vorausschau befasst und dann die Perspektive in die Zukunft öffnet.

Wir sagen ganz klar auch in diesem Bericht, dass wir uns zunächst einmal auf die bestehenden Defizite und die langfristige Perspektive konzentrieren, ohne uns im Detail mit den budgetären Auswirkungen des Lissaboner Reformvertrags zu beschäftigen. Wir haben deswegen im Haushaltsausschuss mit einer großen Mehrheit einen Drei-Stufen-Ansatz gewählt. Die Behebung der Mängel und offenkundigen Defizite der noch offen stehenden Fragen, die wir nicht haben erfolgreich verhandeln können, und die Klarlegung, dass es Haushaltsrubriken – Schwerpunkte unserer Politik – gibt, die chronisch unterfinanziert sind. So erreichen wir beispielsweise nicht unser Ziel bei Forschung und Innovation, auch im Bereich der Rubrik 3 a und b

erreichen wir nicht das, was wir in Hinblick auf Kultur, Jugend, Bildung, Sicherung der inneren und äußeren Sicherheit gewährleisten wollen, und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist chronisch unterfinanziert.

Deswegen unser Angebot an den Rat: Lasst uns über diese Defizite sprechen und verhandeln, und zwar nicht in einem Gewürge im jährlichen Haushaltsverfahren. Das Angebot ist, in einem ambitionierten *Review* diese Probleme zu lösen und gleichzeitig eine Verlängerung der bestehenden Finanziellen Vorausschau bis 2015 oder gegebenenfalls 2016 zu erreichen, damit dann langfristig die notwendige demokratische Legitimation auch im Finanzrahmen Geltung erlangt, nämlich eine stärkere Parallelität der Amts- und Mandatszeit der Kommission einerseits und des Finanzrahmens andererseits. Und es gehört auch dazu, dass wir – gerade angesichts der Debatte über die EIB – nicht vergessen sollten, uns zunehmend darum zu kümmern, dass es keine Schattenhaushalte außerhalb des Gemeinschaftshaushaltes gibt.

Lassen Sie mich abschließend sagen, dass dieser Bericht auch in Übereinstimmung mit den Berichten des konstitutionellen Ausschusses steht. Deswegen unsere Botschaft an die Kommission und den Rat: Das Ziel, einen fünfjährigen Finanzrahmen mit dieser Parallelität zur Amts- und Mandatszeit zu erreichen, ist für uns nicht verhandelbar. Wir sind nur bereit, darüber zu verhandeln, wie wir dorthin kommen. Schönen Dank!

**Dalia Grybauskaitė**, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, ich möchte mich sehr für diese zwei Berichte bedanken, die dem neuen Parlament und wahrscheinlich noch der derzeitigen und der neuen Kommission zur Evaluierung vorgelegt werden. Sie befassen sich damit, wie wir verhandeln werden, welche Instrumente uns zur Verwaltung des europäischen Haushalts zur Verfügung stehen und wie der künftige europäische Haushalt aussehen wird.

Was diesen Punkt anbelangt, möchte ich uns alle beglückwünschen, auch das Parlament und die Kommission. In den letzten fünf Jahren gab es einige beispiellose Ereignisse. Wir haben den Finanzrahmen dreimal überarbeitet – was noch niemals zuvor der Fall gewesen ist – Galileo, das Nahrungsmittelhilfeprogramm und nun 5 Milliarden Euro.

Dies war der Fähigkeit der Institutionen zu verdanken, das enge Finanzkorsett, in dem wir heute operieren, bestmöglich zu nutzen, um zu helfen, wo Not am Mann war.

Die Kommission nimmt daher beide Berichte zur Kenntnis, insbesondere den von Herrn Böge, der sich auf die künftige Form des Europahaushalts bezieht. Die Kommission ist bereit und wird bereit sein, auf der Basis Ihrer Anliegen im Bericht zu verhandeln. Wir werden unsere Pflicht, die Zwischenübersicht und Evaluierung darüber vorzulegen, wie es mit der inter-institutionellen Vereinbarung vorangeht, erfüllen. Wir werden bis Ende dieses Jahres liefern, wozu wir uns verpflichtet und was wir in der IIV über die Haushaltsreform versprochen haben.

Diesbezüglich möchte ich dem Parlament persönlich danken. Wahrscheinlich wird es eine meiner letzten Gelegenheiten sein, hier zu Ihnen zu sprechen, und ich möchte Ihnen für die gute Zusammenarbeit und Ihr Verständnis danken, auf das ich von Beginn an zählen konnte. In diesen schwierigen Zeiten waren wir in der Lage, gemeinsam sehr gute Ergebnisse zu liefern.

**Michael Gahler**, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten*. – Herr Präsident! Zunächst möchte ich den vom Kollegen Böge entwickelten und soeben vorgetragenen dreistufigen Ansatz zur Halbzeitrevision unterstützen. Er bietet Gelegenheit zur sorgfältigen Analyse unserer politischen Ziele, der erforderlichen Änderungen an unserem Instrumentarium sowie der Mittelausstattung.

*Ceterum censeo*: Als Außenpolitiker mahne ich erneut die Beseitigung der chronischen Unterfinanzierung im Bereich der Außenpolitik an. Die Kommission hat zugesagt, eine entsprechende Bewertung vorzulegen. Wir fordern kurzfristige Lösungen im Rahmen des aktuellen Finanzrahmens sowie tragfähige Optionen für den nächsten Finanzrahmen. Unter anderem sind angemessene Finanzmittel für den auswärtigen Dienst der EU vorzusehen. Wir wollen eine Europäische Union, die ihre Verpflichtungen im Bereich der Außenbeziehungen erfüllt und auf Krisen angemessen und schnell reagieren kann. Davon hängt unsere Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit als starker Partner in der Welt ab.

Wir begrüßen die Weiterentwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik zur Ostpartnerschaft und zur Union für den Mittelmeerraum, damit den beteiligten Partnern zwei funktionsfähige und zuverlässige Rahmen zur Verfügung stehen. Ob allerdings die Finanzierungsmodalitäten tragfähig sind, wird sich vor dem Hintergrund aller unserer außenpolitischen Herausforderungen noch erweisen müssen. Für die

Zusammenarbeit mit Drittländern außerhalb des Rahmens der öffentlichen Entwicklungshilfe fordern wir neue Rechtsvorschriften und entsprechende Mittel im nächsten Finanzrahmen.

Wenn ich mir noch einen Wunsch für die Zukunft – auch über den Lissabon-Vertrag hinaus – erlauben darf: Ich finde, dass sämtliche Finanzmittel für das auswärtige Handeln in den EU-Haushalt einbezogen werden sollten. Das bezieht sich sowohl auf den Europäischen Entwicklungsfonds als auch auf den Athena-Mechanismus. Unsere Regierungen brauchen keine Angst davor zu haben, Transparenz in einem Bereich zu schaffen, damit deutlich wird, wie viel wir tatsächlich schon gemeinsam im europäischen Bereich in der Außenpolitik unternehmen, auch und gerade bei militärischen Engagements.

**Herbert Bösch**, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Haushaltskontrollausschusses*. – Herr Präsident! Ich möchte der Kommission ausdrücklich zu dieser Mitteilung gratulieren. Sie hat diese Mitteilung offen angelegt, genau so, wie wir uns das in der Vergangenheit vorgestellt haben. Herzlichen Glückwunsch!

Die über 300 Beiträge sind verfolgenswert. Das sind engagierte Vorschläge, die uns weiterbringen. Ich bin sehr dankbar, dass in der Mitteilung die Themen Rechenschaftspflicht, Transparenz und Sichtbarkeit von Politiken angeschnitten wurden. Das wird entscheidend sein. Wenn ich eben meinem Vorredner applaudiert habe, dann selbstverständlich unter dem aktuellen Eindruck der Frage „Inwiefern kann sich der Rat der Europäischen Union der Kontrolle durch das Europäische Parlament entziehen?“. Im Hinblick auf Lissabon bedeutet dies, dass es – wenn sie wirklich mehr Rechte bekommen – keine parlamentarische und öffentliche Kontrolle für die etwa 8 Milliarden gibt.

Damit das klar ist: Ich komme aus einem neutralen Land. Ich sollte meinen Leuten sagen können, was mit dem Geld geschieht. Ich kann es nicht, auch wenn ich Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses bin. Darum sind diese Überlegungen in Zukunft mit einzubeziehen. Ich bin sehr dankbar für Ihre Anregungen.

Es tut mir Leid, dass diese Debatte in ein politisches Loch fällt, wo man sich schon voneinander verabschiedet und alles Gute wünscht. Das tue auch ich: Sie haben eine gute Arbeit als Kommissarin geleistet, herzlichen Glückwunsch!

**Paul Rübig**, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie*. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Europa hat es jetzt geschafft, ein so genanntes Nullbudget zu kreieren. Wir sind die einzige politische Ebene, die ein Nullbudget zur Verfügung hat. Wir haben 0,89 % des Bruttonationaleinkommens zur Verfügung, und wir sind ein Vorbild dafür, wie sparsam man mit dem Geld der europäischen Steuerzahler umgehen kann.

Außerdem – das haben wir über viele Jahre bewiesen – übersteigen bei uns die Einnahmen die Ausgaben. Es bleibt jedes Jahr etwas über, und wir sollten endlich dazu kommen, das Geld, das überbleibt, in Zukunft nur mehr dem europäischen Mehrwert zur Verfügung zu stellen. Parlament und Rat sollten sich einigen, wie dieses Geld dem europäischen Mehrwert zugeführt wird. Das ist eine ganz entscheidende Grundlage, die wir schaffen müssen.

Des Weiteren: Wir haben ja eben eine Debatte über die EIB geführt. Ich glaube, dass gerade in Krisenzeiten die Mittel so schnell wie möglich zur Verfügung gestellt werden sollten. Gerade im Forschungsbereich, der für neue Dienstleistungen und für neue Produkte Chancen für die Zukunft bietet, brauchen wir eine sofortige Zuteilung der Mittel. Die Vereinfachung der Verwaltung, der Abbau von Bürokratie sind gerade für kleine und mittlere Betriebe wichtige Voraussetzungen, weil sie jetzt auf den Weltmärkten aktiv werden wollen, und dazu brauchen sie unsere Unterstützung.

Den Ausbau der Infrastrukturen zwischen den Mitgliedstaaten intensiv zu betreiben, wie es im Konjunkturprogramm ansatzweise vorgesehen ist – um nur ein Beispiel zu nennen, Nabucco oder andere Energieleitungen –, spielt hier eine zentrale Rolle, weil hier schnell investiert werden kann. Allein wenn man sieht, welchen Stahlverbrauch diese Leitungen haben, wird deutlich, dass sie unsere Stahlindustrie kurzfristig wieder zu Absatzspitzen und zur Beschäftigungssicherung führen könnten. Dafür sollten wir eintreten!

**Rumiana Jeleva**, *Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses für regionale Entwicklung*. – (BG) Meine Damen und Herren, als Berichterstatterin für den Ausschuss für regionale Entwicklung möchte ich die Wichtigkeit der Zwischenübersicht über den Finanzrahmen 2007-2013 unterstreichen.

Ich begrüße den Bericht von Herrn Böge, da er auch Bereiche aufzeigt, in denen Änderungen und Verbesserungen nötig sind, um damit den Weg zu einer effizienteren Europäischen Union zu ebnen. Vom Standpunkt meines Ausschusses aus sind wir in erster Linie daran interessiert, wie die Mittel für die Kohäsionspolitik ausgegeben werden, da dies einer der Hauptbestandteile des europäischen Haushalts ist.

Wir bleiben unserer langjährigen Haltung treu, dass der Großteil der finanziellen Mittel in die weniger entwickelten Regionen fließen muss, die der Unterstützung durch die EU bedürfen. Ich freue mich, dass der Bericht in dieser Angelegenheit nicht mit unserem Standpunkt in Konflikt gerät.

Es gibt neue globale Herausforderungen, die weit reichende territoriale Auswirkungen haben. Um diesen begegnen zu können muss eine ausreichende Finanzierung für die Zeit nach 2013 sichergestellt werden. 0,35 % des BIP Europas dürften nicht genügen, um unsere Ziele zu erreichen. Wir bedauern, dass im Bericht nicht alle unsere Vorschläge berücksichtigt wurden, aber wir begrüßen es, dass er zu einer Schlussfolgerung gelangt, die unserer sehr ähnlich ist.

Wir haben auch den Status der Strukturfonds überprüft, dessen Mittel bedauerlicherweise in manchen Ländern kaum in Anspruch genommen werden. Bis zu einem gewissen Grad sind die nationalen Behörden daran schuld, denn sie nutzen diese ineffizient in ihrer Arbeit. Ich denke, dass die Komplexität des Systems auch einer der Gründe für die geringe Inanspruchnahme ist. Unser Ausschuss hat vorgeschlagen, die Verfahren zu vereinfachen, und ich freue mich, dass der Bericht von Herrn Böge eine ähnliche Linie verfolgt.

Unser Ausschuss vertritt die Ansicht, dass wir die Debatte über die Verwendung der Mittel, die wir aufgrund der Regel N+2/N+3 verlieren, wieder eröffnen müssen. Bei den Verhandlungen über die Strukturfondsverordnung 2007-2013 hat das Parlament vorgeschlagen, dass die nicht abgerufenen Mittel auf operationale Programme umgeschichtet werden sollten, damit sie besser abgerufen werden können. Der Böge-Bericht berücksichtigt diesen Vorschlag nicht, aber ich denke, wir müssen ihn als Ausgangspunkt für eine weitere Diskussion berücksichtigen.

Ich möchte mit dem Dank an Herrn Böge für diese konstruktive Zusammenarbeit und den von ihm verfassten exzellenten Bericht schließen.

**Esther De Lange**, *Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung*. – (NL) Herr Präsident, ich hätte mich heute eigentlich gerne an den Rat gewendet, aber ich habe erfahren, dass niemand vom Rat anwesend ist und daher dieser Debatte weniger Bedeutung beigemessen wird. Das überrascht mich etwas, da letztes Wochenende notwendige Maßnahmen in Bezug auf den Haushalt ergriffen wurden, und wenn es dann darum geht, über die konkrete Finanzierung dieser Maßnahmen zu sprechen, glänzt der Rat mit seiner Abwesenheit.

Ich sage das natürlich mit einer gewissen Ironie. Offiziell sind wir hier, um über die Halbzeitüberprüfung zu debattieren, aber tatsächlich ist bereits alles Nötige über das wirtschaftliche Anreizpaket gesagt worden, in Bezug auf das letztes Wochenende eine Einigung erzielt wurde. Dieses Paket sagt uns, wo es bei der Halbzeitüberprüfung und dem mehrjährigen Haushalt hapert, da wir seit Beginn des derzeitigen mehrjährigen Finanzierungsrahmens dreimal unsere eigenen Versprechen gebrochen haben. Galileo, das Nahrungsmittelhilfeprogramm für Afrika und die Art seiner Finanzierung waren keine Glanzleistung.

Nun haben wir die Debatte über das wirtschaftliche Anreizprogramm erneut. Der Rat hat Versprechen gemacht, scheint aber noch nicht recht zu wissen, wo das Geld dafür herkommen soll. So müssen beispielsweise im Energiebereich rund 2 Milliarden für Energieprojekte aufgebracht werden, nicht nur aus dem diesjährigen Haushalt, sondern auch aus dem des nächsten Jahres und möglicherweise auch aus dem des Jahres darauf. Das heißt, wir werden uns an die Margen des Agrarhaushalts herantasten müssen. Man wird sagen, gut, es ist kein Agrargeld, es ist die Marge, aber es braucht nur einen Ausbruch einer Tierseuche zu geben und dann wird dieses Geld im Agrarhaushalt benötigt. Vielleicht erinnern Sie sich an den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche? Oder daran, was geschieht, wenn die Milchpreise niedrig bleiben und Interventionen erforderlich sind? Des Weiteren wird die Marge des Agrarhaushalts in den kommenden Jahren immer kleiner ausfallen. Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Entwicklung über die Halbzeitüberprüfung weist mit Recht darauf hin.

Ich wünsche mir daher von der Kommission und vom Rat – sollte Letzterer noch Vertreter schicken oder in Ermangelung dessen in Schriftform – eine Bestätigung darüber, dass wir erst die bestehenden Verpflichtungen in Bezug auf die Landwirtschaft erfüllen, bevor wir uns auf die Marge konzentrieren. Erst dann sollten wir entscheiden, ob diese Marge tatsächlich für andere Zwecke herangezogen werden kann. Das sind die Regeln, auf die wir uns geeinigt haben. Wenn wir uns nicht an sie halten, wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

**Ingeborg Gräßle**, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte dem Kollegen Virrankoski sehr herzlich für den Initiativbericht danken, der ein altes Anliegen des Haushaltsausschusses aufgreift, nämlich die Fragen: Wie planen wir eigentlich? Welche



Planungstools stellen wir zur Verfügung? Wie setzen wir unsere Prioritäten durch? Vielen Dank, Herr Kollege Virrankoski, auch für die Zusammenarbeit.

Wir halten es für wichtig, dass unsere Prioritäten im Haushaltsbereich auch ihren Niederschlag in der Frage der Personalressourcen finden. Deswegen möchten wir der Kommission gerne ein Angebot machen. Wir sollten die Berichtspflichten der Kommission besser nutzen, um die jährliche Politikstrategie und den Haushaltsentwurf zusammenzubringen. Wir finden, dass die Jahresberichte der Generaldirektionen auf die Trefferquote zum Haushalt gar nicht oder zu wenig eingehen. Unsere Frage ist: Was wurde eigentlich aus den Prioritäten des Parlaments, wie hoch ist die Trefferquote der jährlichen Politikstrategie dabei?

Meiner Ansicht nach könnten wir alle sehr viel mehr lernen und müssen auch sehr viel mehr erfahren, wenn diese ganze Berichterstattung nicht ein rein theoretisches Ziel bleiben soll. Das ist sie nicht, sie ist keine theoretische Übung, sondern sie ist notwendig, um überhaupt über Geld wirklich steuern zu können. Deswegen unsere Bitte, diese Management-Tools weiterzuentwickeln, uns zu helfen, mehr über die Art und Weise der Ausführung des Haushalts zu erfahren, und mehr von der Ausführung in die Planung einzubeziehen.

Wir fragen uns auch, wie der jährliche Managementplan besser in die jährliche Politikstrategie integriert werden kann. Wir bitten darum, mehr zu erfahren über die Kosten des ABM-Zyklus, in den wir auch Vereinfachungen einbauen müssen. Es wurde angeregt, diese Fragen in den Screening-Bericht aufzunehmen. Der aktuelle Screening-Bericht liegt bereits vor, vielen Dank. Wir werden ihn studieren und zur Kenntnis nehmen. Das heißt aber, dass diese Dinge spätestens im nächsten Bericht aufbereitet werden müssen.

Es liegen zwei Änderungsanträge vor, die unsere Fraktion nicht annehmen kann. Wir halten eine Ausdehnung auf zwei Jahre nicht für richtig, weil sie dieses Management-Tool weiter entwertet, anstatt es besser zu machen. Wir wollen dieses Management-Tool ABM/ABB verbessern, anstatt es auf zwei Jahre auszudehnen. Wir stimmen auch gegen das Studien-Amendment. Das ist ein guter Änderungsantrag, aber er hat in diesem Bericht nichts verloren.

Herzlichen Dank an die Frau Kommissarin für die Zusammenarbeit, und viel Erfolg im Wahlkampf!

**Gary Titley**, *im Namen der PSE-Fraktion*. – Herr Präsident, im Zusammenhang mit dieser Haushaltsüberprüfung müssen wir uns fragen, ob das Budget die politischen Prioritäten des 21. Jahrhunderts widerspiegelt. Falls dies nicht so ist, bedarf es einer Änderung. Ist es flexibel genug, um mit den sich ändernden Zeiten Schritt zu halten? Was mich zurzeit in Bezug auf den Haushalt frustriert, ist die Frage, wie wir am besten mit negativen Prioritäten umgehen sollen. Der Haushalt ist zu überlastet, da wir die Dinge wegen der Beschränkungen des MFR nicht ändern können.

Was die ABB- und ABM-Methoden anbelangt, denke ich, dass die Kommission in dieser Hinsicht enorme Fortschritte erzielt hat, aber ich möchte vor einer übermäßigen Bürokratisierung dieser Übung warnen. Wir wollen ja qualitative Evaluierungen sicherstellen und nicht, dass Dinge einfach abgehakt werden. Wir wollen nicht, dass die Leute all ihre Zeit darauf verwenden, sich selbst zu evaluieren. Sie sollten sich stattdessen aufraffen und ein wenig Arbeit leisten. Wir müssen diesbezüglich also vorsichtig vorgehen. Persönlich meine ich, dass die jährliche Strategieplanung besser alle zwei oder zweieinhalb Jahre durchgeführt werden sollte, um mit dem Parlamentszyklus im Einklang zu stehen. Dies würde es uns ermöglichen, unsere Strategieperspektiven trotz der jährlichen Arbeitsprogramme der Kommission weitaus klarer zu sehen.

**Silvana Koch-Mehrin**, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Die Reform der EU-Finzen ist überfällig, das hat der Berichtstatter Böge dankenswerterweise festgestellt. Wir brauchen ein gerechtes, einfaches, transparentes, verlässliches und nachhaltiges Einnahmen- und Ausgabensystem für die EU. Die Finanzierung des EU-Haushalts sollte ausschließlich aus zwei Quellen kommen, nämlich zum einen den traditionellen Eigenmitteln und zum zweiten den Abführungen auf der Grundlage der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten, also einem Anteil des Bruttonationaleinkommens. Hier sollten die Mitgliedstaaten maximal 1 % ihres BNE abführen.

Statt mehr Geld für die EU bereitzustellen, sollten die Ausgaben in Bereiche, in denen auf der europäischen Ebene tatsächlich ein echter Mehrwert erzielt werden kann, umgeschichtet werden, beispielsweise die gemeinsame Außenpolitik, transeuropäische Netze, Schutz der Außengrenzen und Forschung. Dauersubventionierungen hingegen sollte es nicht mehr geben. Das heißt auch, die Mehrwertsteuer-Eigenmittel gehören abgeschafft, und vor allem darf es eine EU-Steuer – egal in welcher Form – nicht geben, solange die EU keine wirkliche repräsentative Demokratie ist. Das richtige und geradezu vorbildliche Verschuldungsverbot der EU muss bestehen bleiben, und es muss endlich eine nationale Zuverlässigkeitserklärung aller EU-Finanzminister vorgelegt werden. Vielen Dank und Ihnen viel Erfolg für Ihre neuen Aufgaben!

**Wiesław Stefan Kuc**, im Namen der UEN-Fraktion. – (PL) Herr Präsident, die beiden Berichte, die heute vorgelegt worden sind, basieren auf Beurteilungen, die wir aufgrund der Beschlüsse diverser Organe der Europäischen Union durchführen mussten. Die Evaluierung der Instrumente ABM, ABB oder „Strategische Planung und Programmierung“ mag notwendig sein, aber es entsteht der Eindruck, dass es Selbstzweck ist. Wie kann die Erreichung politischer Ziele mit dem Bau eines Kraftwerks oder mit Transportnetzen verglichen werden? Ist die Europäische Union etwa ein Unternehmen, auf das wir versuchen, ähnliche Mechanismen der Effizienzbeurteilung anzuwenden?

Dasselbe gilt für die Halbzeitprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens. Jeden Tag führen wir Evaluierungen durch und zweigen Mittel von unseren jährlichen Budgets ab. Diese Beschlüsse werden vom Europäischen Rat getroffen, wodurch die verfügbaren Mittel für die Umsetzung wichtiger Einzelaufgaben steigen. Stabile mehrjährige Finanzrahmen vermitteln uns allen ein mehrjähriges Gefühl der Sicherheit. Das sollten wir am meisten schätzen, insbesondere in den heutigen schwierigen Zeiten.

Ich gratuliere Herrn Böge und Herrn Virrankoski herzlich zu ihren sehr guten Berichten. Frau Grybauskaitė, Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei den bevorstehenden Wahlen.

**Helga Trüpel**, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Schon bei der Zustimmung zur jetzigen Finanziellen Vorausschau hatten alle drei europäischen Institutionen – Rat, Parlament und Kommission – verstanden, dass wir eine Reform brauchen, wenn wir denn gemeinsam auf der Höhe der Zeit sein wollen. Jetzt ducken sich die Mitgliedstaaten davor weg, und das ist nicht richtig! Es ist hingegen richtig, dass wir ein Gleichgewicht brauchen zwischen Kontinuität und Planbarkeit einerseits und andererseits der Fähigkeit, sich schnell auf neue Herausforderungen einzustellen.

Wir müssen eine rigide Struktur verändern. Deswegen ist es richtig, den europäischen Haushalt – die mittelfristige Finanzplanung – jeweils auf fünf Jahre zu planen und damit auch politisch an die Verantwortung einer gewählten Kommission und eines gewählten Parlaments anzukoppeln. Das wird zur Transparenz und zur politischen Klarheit und Entscheidungsfreude beitragen.

Heute haben wir gehört, was Gordon Brown vorgeschlagen hat, was alles auf der Agenda zu stehen hat. Und Präsident Obama hat heute angekündigt, 129 Milliarden in erneuerbare Energien investieren zu wollen. Was ich sagen will: Auch wir müssen für unsere Bürger in Europa deutlich machen, dass wir unseren europäischen Haushalt verändern müssen. Wir müssen die Landwirtschaftspolitik z. B. an ökologische Energieerzeugung koppeln, und nicht länger Direktzahlungen von der Hektargröße von Höfen abhängig machen. Wir müssen mehr an die ländliche Entwicklung koppeln, die dann auch den Menschen vor Ort wirklich zugute kommt.

Wir müssen unsere gesamte Wirtschaftspolitik und Wachstumspolitik an das Paradigma Klimaschutz und Nachhaltigkeit anpassen, wenn wir denn unsere Debatten, die wir hier führen, und unsere Lissabon-Strategie wirklich ernst nehmen und auf die neuen Herausforderungen umstellen. Das bedeutet auch, dass wir auf europäischer Ebene mehr in Bildung, in Forschung und Entwicklung investieren müssen. Dazu müssen wir gemeinsam – alle drei Institutionen – den politischen Mut finden!

**Pedro Guerreiro**, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (PT) Der Bericht enthält bestimmte Aspekte, die zu einem gewissen Grad aufzeigen, was wir schon seit langem sagen; nämlich dass der derzeitige Haushalt der Gemeinschaft niedriger ist als nötig, um die proklamierte wirtschaftliche und soziale Kohäsion innerhalb der Europäischen Union richtig und effizient fördern zu können. Dies ist umso mehr der Fall, als wenngleich wir uns inmitten einer Krise befinden, die ungeeigneten Limits, die im aktuellen mehrjährigen Finanzrahmen 2007-2013 vereinbart wurden – annähernd 29 Milliarden Euro weniger zwischen 2007 und 2009 – nicht so ausgegeben werden wie geplant, und die im Budget enthaltenen Beträge werden nicht als „Ausgabeziel“ durchgesetzt, insbesondere in Bezug auf Konvergenz, Landwirtschaft und Fischerei.

Andererseits wurden neue Prioritäten festgelegt, die mit dem in Konflikt stehen, was unserer Meinung nach das Ziel und die oberste Priorität des Gemeinschaftshaushalts sein sollte: ein Umverteilungsinstrument in Bezug auf die durch den Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion und die Liberalisierung des Welthandels verursachten Kosten, Ungleichheiten und Asymmetrien für diejenigen Länder und Regionen in der Europäischen Union, die wirtschaftlich weniger stark entwickelt sind. Wir sollten einen Gemeinschaftshaushalt haben, der echte Konvergenz basierend auf sozialem Fortschritt sowie dem Schutz und der Förderung des Potenzials jedes Landes, der nachhaltigen Nutzung von Rohstoffen und dem Umweltschutz in den Vordergrund stellt, mit dem Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion zusätzlich zu einer effizienten Entwicklungshilfe.

Wir betonen ferner, dass der Gemeinschaftshaushalt auf einem fairen Beitrag jedes Landes gemäß dessen Bruttoinlandsprodukt basieren sollte, und jeder mehr oder weniger verschleierte Versuch der Einführung europäischer Steuern ist strikt abzulehnen.

**Nils Lundgren, im Namen der IND/DEM-Fraktion.** – (SV) Herr Präsident, wie immer, wenn wir über unseren Haushalt reden, ist dies eine gewissenhafte und kompetente Arbeit, aber aus rein politischer Sicht bewegen wir uns leider in alten Bahnen. Wie bereits angesprochen worden ist, eignet sich dieser Haushalt nicht für das 21. Jahrhundert. Er basiert ohne jeden Zweifel auf dem Gedanken, dass die Ausgaben der EU *endlos* steigen sollten. An einem gewissen Punkt müssen wir dem ein Ende setzen.

Ich möchte kurz drei Aspekte erwähnen. Es ist davon die Rede gewesen, dass wenn das BNE sinkt, was nun der Fall sein wird, der EU-Haushalt dadurch nicht beeinträchtigt werden darf. Wir können nicht einfach so weitermachen. Es ist besser, dass das Geld in den einzelnen Ländern ausgegeben wird, wenn sie zusehen müssen, wie ihre Wirtschaft schrumpft und einbricht, wie dies gerade jetzt geschieht.

Der Bericht schlägt vor, basierend auf dem Vertrag von Lissabon mehr Geld in neue Aktionsbereiche zu investieren. Dies ist in Bezug auf die demokratischen Grundregeln ein Schlag ins Gesicht. Dieser Vertrag ist abgelehnt worden.

Gleichzeitig werden im Bericht keine Kostensenkungsmaßnahmen vorgeschlagen. Allerdings gibt es tatsächlich Spielraum für große Einsparungen, zum Beispiel im Agrarbereich, bei den Strukturfonds, dem europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, dem Ausschuss der Regionen und anderswo. Ich bitte Sie, diese Einsparungsmöglichkeiten zu nutzen!

**Salvador Garriga Polledo (PPE-DE).** – (ES) Herr Präsident, nun ist die Zeit gekommen, zu überprüfen, wie der mehrjährige Finanzrahmen 2007-2013 bislang funktioniert hat und welche Änderungen in den annähernd vier Jahren bis zu seinem Ablauf erforderlich sein könnten.

Zunächst müssen wir die Grenzen der Einigung über die Finanzvorschau anerkennen, die 2006 von den Mitgliedstaaten erzielt wurde. Sie war damals schon umstritten und nun können wir klar sehen, wie unzureichend diese Einigung ist. Bedauerlicherweise hat die aktuelle Finanzvorschau gezeigt, wo ihre Grenzen liegen, gerade in diesen schweren Zeiten, in denen der Gemeinschaftshaushalt im Kampf gegen die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union so dringend gebraucht worden wäre.

Im Moment wäre es schon fast ein Wunder, 5 Milliarden Euro im Gemeinschaftshaushalt zu finden, die in den kommenden zwei Finanzjahren zur Wiederaufnahme der Energieforschung, zur Sicherstellung des Energieverbunds oder zur Verbesserung der Kommunikation in den ländlichen Gebieten der EU verwendet werden können. Ganze Regionen der Europäischen Union, wie meine – ich komme aus Asturien – hoffen, eine realisierbare und nachhaltige Möglichkeit zu finden, Kohle als saubere Energiequelle zu nutzen.

Dafür sollte der Gemeinschaftshaushalt zum Beispiel verwendet werden. Allerdings wird es durch seine Inflexibilität und die zu geringe Finanzierung der diversen Ausgabenposten nur dann möglich sein, diese 5 Milliarden Euro aufzutreiben, wenn das Geld für die gemeinsame Agrarpolitik für den Zeitraum 2009-2010 nicht voll in Anspruch genommen wird. Hierbei handelt es sich nicht um eine Haushaltseffizienz; es ist einfach nur ein Buchhaltungstrick.

Herr Böge hat heute als Berichterstatter eine äußerst nützliche Diskussion über die Umwandlung des Gemeinschaftshaushalts in ein wirklich aktives Instrument der Wirtschaftspolitik angestoßen. Wir können uns künftig keine misslungene Finanzvorschau mehr leisten.

**Göran Färm (PSE).** – (SV) Herr Präsident, als Schattenberichterstatter in dieser Angelegenheit für die PSE-Fraktion im Europäischen Parlament möchte ich Herrn Böge meinen Dank für seine gute Zusammenarbeit mit uns aussprechen. Eine langfristige Finanzplanung ist wichtig, aber ein siebenjähriger Rahmen mit unveränderlichen Haushaltsobergrenzen sowohl insgesamt als auch auf Sektorebene ist in der sich heute schnell ändernden Welt kein angemessenes Modell mehr.

Der aktuelle langfristige Haushalt, der bis 2014 gilt, ist bereits 2005 beschlossen worden. Wie hätten wir damals schon wissen sollen, dass wir heute in einer Wirtschaftskrise stecken, in welcher Lage sich der Kosovo oder der Gazastreifen befindet, welches Ausmaß der Klimawandel angenommen hat oder wie stark die Lebensmittelpreise schwanken? Nein, wir können nicht so weitermachen wie bisher.

Ich bin zum Schluss gekommen, dass wir eine detaillierte Übersicht über den derzeitigen langfristigen Haushalt brauchen: den mehrjährigen Finanzrahmen. Dies gilt natürlich ganz besonders dann, wenn der

Vorschlag des Haushaltsausschusses umgesetzt wird, in anderen Worten, die Verlängerung des aktuellen Finanzrahmens um die vorgeschlagenen zwei Jahre, um ihn besser auf die Mandatszeit der Kommission und des Parlaments abzustimmen.

Was wollen wir also? Nun, tatsächlich sind es mehrere Dinge.

Zunächst haben wir Ambitionen in Bezug auf die Haushaltsprüfung selbst. Unserer Ansicht nach ist es inakzeptabel, sich ausschließlich auf den künftigen Finanzrahmen zu konzentrieren. Der Haushaltsausschuss hat eine Reihe von Änderungen abgesegnet, was bedeutet, dass wir die Kommission auffordern werden, so früh wie möglich einen Vorschlag für eine gründliche Überprüfung des Inhalts des aktuellen langfristigen Haushalts vorzulegen. Dies ist natürlich besonders relevant, wenn unsere Forderung nach einer Verlängerung umgesetzt werden sollte.

Des Weiteren fordern wir, dass der schwedische Präsident diesen Vorschlag von der Kommission in diesem Herbst aktiv und prompt bearbeitet. Wir müssen hier wirklich weiterkommen.

Zweitens, was die politische Ausrichtung anbelangt, haben wir klare Signale von der breiten öffentlichen Konsultation erhalten, die die Kommission durchgeführt hat. Es gibt einige spezielle Bereiche, bei denen die EU energischer handeln muss. Dazu gehören die Klimapolitik, Beschäftigung und Wachstum und die Außen- und Entwicklungspolitik. Wenn die EU in der Lage sein soll, eine weltweit führende Rolle in diesen Bereichen zu spielen, benötigt sie die hierfür notwendigen Mittel. Darüber besteht kein Zweifel. Derzeit sind alle diese Bereiche erheblich unterfinanziert.

Drittens müssen wir eine Reihe technischer Änderungen vornehmen. Ich muss dazu nichts weiter sagen, da Herr Böge bereits darüber gesprochen hat. Wir wollen eine fünf- anstelle einer siebenjährigen Haushaltsplanung und eine Anpassung an die Mandatszeit des neuen Parlaments und der neuen Kommission, damit diese einen echten Einfluss auf den Finanzrahmen nehmen können, der für ihre Mandatszeit gilt.

Viertels fordern wir ein revidiertes und gerechteres System für die Eigenmittel der EU. Was wir jetzt brauchen, sind schnelle Vorschläge und eine gründliche mittelfristige Überprüfung des aktuellen langfristigen Haushalts, um die Rhetorik und die Mittel einander näherzubringen und einen Prozess hin zu einem langfristigen und nachhaltigen Ansatz für den EU-Haushalt vor der nächsten langfristigen Haushaltsperiode einzuleiten.

**Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk (UEN).** - (PL) Herr Präsident, es gibt drei Forderungen, die ich in dieser Debatte an die Kommission stellen möchte.

Die Europäische Kommission muss ein Unterstützungssystem für die Regionen vorschlagen, die zwar 75 % des BIP pro Kopf in der aktuellen Finanzplanung übersteigen, die aber angesichts des hohen internen Ungleichgewichts bei der Entwicklung eine weitere Finanzierung benötigen. Ich möchte erwähnen, dass einige Regionen von Spanien, Portugal, Italien und Griechenland solche Übergangsmittel im Rahmen der derzeitigen Finanzplanung erhalten.

Des Weiteren benötigen wir eine endgültige Entscheidung über das Abrücken von den letzten Versuchen einer Renationalisierung der gemeinsamen Agrarpolitik. Es wird nicht möglich sein, eine obligatorische Kofinanzierung der GAP auf ähnlichem Niveau durch einzelne Mitgliedstaaten zu gewährleisten, da dies einen wesentlich schärferen Wettbewerb zur Folge hätte, oder in anderen Worten, die Aufgabe der GAP.

Was die Ambition der Europäischen Kommission anbelangt, die Direktzahlungen von der Produktion zu trennen, ist es auch erforderlich, die großen Unterschiede bei der Unterstützung von Ackerland mit einer Fläche von weniger als einem Hektar nach 2013 zu beseitigen, die derzeit zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten bestehen. Andernfalls würde dies, wenn die Situation nach 2013 unverändert bliebe, *de facto* eine Toleranz von zwei gemeinsamen Agrarpolitiken im Territorium der EU bedeuten.

**Janusz Lewandowski, im Namen der PPE-DE-Fraktion.** - (PL) Herr Präsident, erlauben Sie mir, in einer Sprache fortzufahren, die Frau Grybauskaitė versteht. Unsere heutigen Beiträge basieren auf zwei abgeschlossenen Haushaltsjahren innerhalb einer siebenjährigen Finanzplanung. Dies sollte uns unmissverständlich dazu veranlassen, die Art der Formulierung unserer Interventionen vorsichtig anzugehen. Mir scheint, dass die einstimmige Annahme von Herrn Böges Bericht an den Haushaltsausschuss zeigt, dass er den gemeinsamen Nenner der Ansichten der diversen Fraktionen gefunden hat.

Was mich wundert, ist der Umstand, dass knapp 5 Millionen Euro aus dem Haushalt 2008 nicht in Anspruch genommen wurden. Das darf sich nicht wiederholen. Es käme einem Versagen von uns allen gleich. Es gibt Initiativen der Kommission, die darauf abzielen, Finanzierungen leichter zu erhalten. Die Regionalpolitik

wird und kann künftig keine Finanzierungsquelle für diejenigen Haushaltssektoren sein, die chronisch unterfinanziert sind: Wir haben darüber gesprochen, als wir den Finanzrahmen ausgehandelt haben, und es wurde in unserer Außenpolitik bekräftigt: siehe Überschriften 1a und 3. Wenn wir uns weiterhin auf 1 % des Haushalts verlassen, wird es uns mit Sicherheit nicht gelingen, eine angemessene Lösung für das Haushaltsproblem der Europäischen Union zu erreichen.

Im Bericht, auf den ich mich beziehe, legt Herr Böge den Schwerpunkt darauf, die Legislaturperiode des Parlaments an die Geltungsdauer des Finanzrahmens anzupassen. Das ist auch der Standpunkt dieses Parlaments. Allerdings sollten wir einige Bedenken der Länder berücksichtigen, die von der Kohäsionspolitik betroffen sind. Sie wünschen sich eine gewisse Vorhersagbarkeit der Politik und wissen noch nicht genau, wie sich eine Kürzung dieses Zeitraums auf die Vorhersehbarkeit bezüglich des Erhalts von Strukturmitteln auswirken wird.

Abschließend möchte ich Frau Grybauskaitė herzlich für die Zusammenarbeit mit dem Parlament danken, und natürlich wünsche ich Ihnen wie meine Vorredner viel Erfolg mit Ihrer Wahlkampagne. So viele unterschiedliche Stimmen sind trotz der diversen politischen Ansichten diesen Wahlen sehr förderlich.

**Catherine Guy-Quint (PSE).** – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, zunächst möchte ich Sie daran erinnern, dass diese Aussprache Teil eines langen Prozesses ist, der sich bereits über mehrere Jahre hinzieht: Konsultationen der Europäischen Kommission; der „Gesundheits-Check“ der gemeinsamen Agrarpolitik; der vierte wirtschaftliche und soziale Kohäsionsbericht; und der Lamassoure-Bericht über „Eigenmittel“ für den Haushalt.

Unsere Europäische Kommission hat ihre Absicht bekannt gegeben, spätestens im Herbst 2009 ihre Hauptleitlinien für diese Revision vorzulegen. Dies hat eine bemerkenswerte Arbeit unseres Haushaltsausschusses unter der Leitung von Herrn Böge angestoßen. Wir wissen, dass diese Revision stattfinden wird, sobald das nächste Europäische Parlament im Amt ist. Es wird nicht Aufgabe unseres derzeitigen Parlaments sein.

Ich möchte daher auf eine grundlegende politische Tatsache hinweisen: Wir waren uns praktisch alle darüber einig, dass der künftige Finanzrahmen mit dem politischen Mandat des künftigen Parlaments übereinstimmen sollte, und wir möchten, dass diese Vereinbarung wirklich ein für alle Mal gilt. Dies erscheint mir sehr wichtig zu sein, da wir endlich eine Übereinstimmung zwischen den Wahlergebnissen und der Haushaltsausrichtung der Kommission.

Als nächstes möchte ich in Erinnerung rufen, dass die PSE-Fraktion die Ansicht vertritt, dass der Haushalt auf die wesentlichen Aufgaben Beschäftigung, Wachstum und Innovation neu ausgerichtet werden sollte, wie es unser Kollege Herr Färm bereits angesprochen hat. Bevor ich zum Ende komme, möchte ich jedoch erwähnen, dass die wahre Zukunft der Union von dieser Revision abhängt, und ich hoffe, dass das künftige Parlament den Böge-Bericht nutzen wird, um in der Lage zu sein, unseren europäischen Ehrgeiz gegenüber den täglich zur Schau gestellten nationalen Eigeninteressen des Rates hoch auf die Fahne zu schreiben.

Es liegt am Parlament, eine wirklich europäische Politik zu machen, die unseren Bürgern echte Hoffnungen in ein Projekt verleiht, das politischer und nicht nur wirtschaftlicher Natur ist.

**Margaritis Schinas (PPE-DE).** – (EL) Herr Präsident, heute sind wir 27 Mitgliedstaaten und wir geben weniger als 1 % unseres Bruttoinlandsprodukts für den Gemeinschaftshaushalt aus, was in etwa dem entspricht, als wir noch 15 Mitgliedstaaten waren. Diese Zahl allein zeigt, warum der Böge-Bericht, über den wir heute diskutieren, einer der grundlegenden politischen Projekte der Union für die kommenden fünf Jahre ist.

Die entscheidende Frage, die wir beantworten müssen, ist folgende: wie viel Geld wenden wir für welche Politiken auf? Wo setzen wir die Grenze, den Maßstab für unseren Ehrgeiz? Diesmal müssen wir alles auf den Tisch legen, ohne irgendwelche Vorbedingungen, und bei der Diskussion muss man wieder von Null anfangen. Wir werden uns mit zwei großen Problemen in diesen wichtigen Verhandlungen auseinandersetzen müssen:

– das erste besteht darin, dass wir nun weitaus mehr Mitgliedstaaten sind als damals, als ähnliche Verhandlungen geführt wurden; und

– das zweite Problem ist, dass diese Verhandlungen leider zu einem Zeitpunkt stattfinden, an dem die fetten Jahre vorüber sind und wir von der Wirtschaftskrise schwer getroffen wurden.

Nichtsdestotrotz dürften die Verhandlungen, die im Grunde heute mit dem äußerst realistischen Ansatz von Herrn Böge beginnen, drei Grundvoraussetzungen bestätigen, die für Europa unverzichtbar sind:

- erstens, dass die Zukunft der Landwirtschaft in der Gemeinschaft selbst nach 2013 sichergestellt sein muss;
- zweitens, dass das Prinzip der Kohäsion und Solidarität unter den Mitgliedstaaten nicht aufgegeben werden darf; und
- drittens, dass die Zeit für uns gekommen ist, über eine dynamische Entwicklungspolitik zu sprechen, damit das Geld auch in Ideen und nicht nur in Asphalt und Zement fließt.

#### VORSITZ: MARIO MAURO

*Vizepräsident*

**Costas Botopoulos (PSE).** – (EL) Herr Präsident, Frau Kommissarin, der Bericht des Vorsitzenden unseres Ausschusses Herrn Böge, über den wir heute sprechen, ist meiner Ansicht nach sehr interessant und aus drei Gründen entscheidend: erstens weist er auf bestimmte Sektoren hin, die einer Verbesserung bedürfen, zweitens beinhaltet er gewisse Vorschläge und drittens ebnet er den Weg für die wichtigste Debatte im nächsten Parlamentsmandat.

Die Sektoren, die verbessert werden müssen, beziehen sich in erster Linie auf die Diskrepanz zwischen den politischen Entscheidungen und den Beschlüssen der Gemeinschaft und auf die Unfähigkeit, unsere Haushaltsmittel richtig zu verwalten.

Vorschläge:

- ein äußerst grundlegender Vorschlag ist die fünfjährige Laufzeit des Finanzrahmens und der Finanzpolitik; in anderen Worten, die Mandatszeit unseres Parlaments würde mit den politischen Vorschlägen auf Haushaltsebene übereinstimmen;
- zweitens, die Frage der Flexibilität ist wirklich sehr wichtig. Allerdings bedeutet Flexibilität nicht einfach Änderungen zwischen Sektoren, es soll vielmehr eine allgemeine Antwort gefunden werden. Flexibilität allein ist die Lösung des Problems.

All dies bereitet uns auf die wichtigste Debatte im nächsten Parlamentsmandat über einen neuen politisch abgestimmten und koordinierten Haushalt auf einer neuen Grundlage vor.

**Alexandru Nazare (PPE-DE).** – (RO) Eine Verkürzung des Finanzplanungszeitraums auf fünf Jahre, wie es auch im Böge-Bericht empfohlen wird – und ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Herrn Böge für seinen speziellen Beitrag zu diesem Bericht gratulieren – wäre ein konkreter Beweis für die Reife der europäischen Institutionen und ein Indiz für den Bürokratieabbau.

Gleichzeitig müssen wir realistisch bleiben und prüfen, wie verlässlich eine solche Maßnahme ist, damit wir nicht in eine Situation geraten, in der wir uns zwei Jahre Zeit nehmen, um einen Fünfjahreshaushalt abzusegnen. Die Schlüsselfrage besteht darin, wie wir die Verfahren vereinfachen, damit die europäischen Steuergelder innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens verwendet werden können.

Es gibt ja legendäre Fälle, bei denen europäische Steuergelder erst Monate, wenn nicht gar Jahre nach dem eigentlichen Bedarf bei den Bürgern angekommen sind. Erlauben Sie mir, Ihnen ein Beispiel zu nennen, bei dem es um den Erhalt von Geldern aus dem Solidaritätsfonds geht. Wie Sie wissen, soll Rumänien 12 Millionen Euro für die fünf von Hochwasser betroffenen Regionen bekommen. Zu den Überschwemmungen kam es im Sommer vergangenen Jahres und wir haben in diesem Monat über diese Angelegenheit abgestimmt. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass die Gelder erst rund ein Jahr nach den Überschwemmungen ankommen werden. Die Rumänen, die diese Gelder erhalten, werden nicht das Gefühl haben, dass Ihnen von der Europäischen Union geholfen wird.

**Kyösti Virrankoski, Berichterstatter.** – (FI) Herr Präsident, ich möchte all jenen danken, die sich zu meinem Bericht geäußert haben.

Ich würde sagen, dass jetzt, da die Europäische Union eine Gemeinschaft aus 27 Mitgliedstaaten ist und 480 Millionen Bürger umfasst, das Management und die Verwaltung vereinfacht und effizienter gestaltet werden muss. Die ABM- und ABB-Methoden ermöglichen dies: Die Macht und die Verantwortung wird auf

geeignete Ebenen verteilt, um eine verantwortungsbewusste Verwaltung und eine effiziente Umsetzung der Programme zu erreichen.

Abschließend möchte ich Ihnen allen meinen Dank aussprechen. Vor allem aber möchte ich Frau Grybauskaitė viel Glück und Erfolg für ihre zukünftigen Aufgaben wünschen. Es war mir ein großes Vergnügen, mit Ihnen zusammenzuarbeiten, und ich glaube, wir haben auch eine hervorragende Kooperation zwischen dem Parlament und der Kommission erreicht. Vielen Dank und meine besten Wünsche.

**Reimer Böge, Berichterstatter.** – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit dem Dank an die Frau Kommissarin. Nach einer gewissen Übungsphase haben wir sehr konstruktiv, offen und gut zusammengearbeitet. Das konnte sich in vielen Verhandlungsergebnissen der letzten Jahre gebührend widerspiegeln. Alles Gute für Sie für die nächsten Wochen. Ich möchte auch ganz herzlich den Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit und für die Diskussion im Vorfeld der morgen im Plenum stattfindenden Abstimmung danken, auch Catherine Guy-Quint als Berichterstatterin im Hinblick auf die budgetären Konsequenzen des Lissabon-Vertrags. Wir haben hier ja ein gemeinsames Vorgehen in den Kernpunkten der Berichte vereinbart, gerade was den Dreistufenansatz und die Zeitschiene angeht.

Gerade weil uns klar war, dass die derzeitige Finanzielle Vorausschau 2007-2013 und in Verbindung damit auch die interinstitutionelle Vereinbarung aus dem Jahr 2006 das Maximale dessen war, was man aushandeln konnte, waren wir uns gleichzeitig über die Handlungsdefizite im Klaren. Deswegen ist es so wichtig, die in die Zukunft weisenden Vereinbarungen mit diesem Bericht rechtzeitig einzufordern und mit Leben und Engagement zu füllen. Es geht in den nächsten Wochen und Monaten, gerade auch angesichts der aktuellen Verhandlungen, um das Konjunkturpaket, darum, den Rat daran zu erinnern, dass alle Elemente der interinstitutionellen Vereinbarung – denn da gibt es viele Instrumente, die Frau Kommissarin hat ja darauf hingewiesen – unteilbarer Bestandteil des gesamten Finanzrahmens sind. Wenn diese Erkenntnis bei allen Mitgliedstaaten ein Stück stärker reifen würde, wären wir sogar schon mit dem bestehenden Regelwerk ein Stück weiter.

Ich möchte gleichzeitig zum Abschluss die Gelegenheit nutzen, die Kommission aufzufordern, im Herbst die grundlegenden Feststellungen und Überlegungen, die das Parlament morgen verabschiedet wird, gebührend zu berücksichtigen. Das könnte ein hervorragender Einstieg sein, in einem Miteinander zwischen Kommission und Europäischem Parlament die notwendigen ambitionierten Anpassungen vorzunehmen und gleichzeitig einen Haushalt zu entwickeln, der in die Zukunft weist, in Verbindung mit einer stärkeren politischen Legitimation, wie es dieser Bericht dann auch sehr massiv und gemeinschaftlich hier aus dem Parlament fordern wird.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Mittwoch, den 25. März 2009.

#### ***Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)***

**Czesław Adam Siekierski (PPE-DE), schriftlich.** – (PL) Eine Überprüfung des aktuellen Finanzrahmens bietet eine gute Gelegenheit zum Nachdenken, nicht nur über die Art und Weise, in der verfügbare Mittel zugewiesen werden, sondern auch über die künftige Form des EU-Haushalts. Bei der Einführung von Änderungen am derzeitigen Haushalt und bei der Planung des nächsten Finanzrahmens sollten wir uns vor allem von dem Ehrgeiz leiten lassen, die Integration zu vertiefen und bestimmte Ziele zu erreichen.

Vor kurzem konnten wir weitreichende Änderungen in der Struktur des EU-Haushalts sehen. Die Ausgaben für die GAP sind nicht länger der größte Barmittelposten der Gemeinschaft. Derzeit können die Kohäsionspolitik und die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Lissabon-Strategie mit der größten Unterstützung rechnen. Es besteht kein Zweifel daran, dass diese Entwicklung der Zukunft eines Europas zugute kommt, das auf eine innovative auf Fachwissen basierende Wirtschaft ausgerichtet ist, die eine hohe Beschäftigung gewährleistet. Allerdings darf eine solche Änderung nicht auf Kosten der Untergrabung der europäischen Lebensmittelsicherheit und einer Einkommensenkung für Landwirte erfolgen.

Gleichermaßen beunruhigend ist die fortschreitende Senkung der Höhe des EU-Haushalts bezogen auf das BNP der EU-Mitgliedstaaten. Statistiken zeigen, dass wenn wir im aktuellen Finanzrahmen den Haushalt auf dem Niveau gehalten hätten, auf dem er im Zeitraum zwischen 1993 und 1999 war (berechnet anhand desselben Prozentsatzes des BIP), hätten wir zusätzliche 200 Milliarden Euro für die Umsetzung der Europapolitik zur Verfügung. Der von uns beobachtete Druck zur Senkung des Gemeinschaftshaushalts ist

schädlich, da dies seine Flexibilität und seine Fähigkeit einschränkt, sich an die sich ändernden Bedürfnisse anzupassen. Daher appelliere ich dafür, dass die Anpassung des EU-Haushalts an neue Herausforderungen nicht durch den Abzug von Mitteln von der GAP erfolgt, sondern durch eine geeignete Erhöhung der EU-Haushaltsmittel.

## 11. Zukunft der Automobilindustrie (Aussprache)

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt folgt die Erklärung der Kommission zur Zukunft der Automobilindustrie.

**Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission.** – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Das ist nun das zweite Mal innerhalb weniger Monate, dass wir uns hier im Plenum über die Lage der Automobilindustrie in Europa unterhalten müssen. Ich muss zu meinem Bedauern feststellen, dass sich die Situation seit unserem letzten Meinungsaustausch eher verschlechtert hat.

Der Neuwagenabsatz ist im letzten Quartal 2008 um 20 % gesunken, die Kfz-Produktion um 29 %. Dieser negative Trend setzt sich 2009 fort: Im Januar und Februar dieses Jahres sind die Verkaufszahlen um 29 % bzw. um 18 % gesunken. Sie wären wohl noch tiefer eingebrochen, hätten nicht einige Mitgliedstaaten erfolgreiche Programme zur Ankurbelung der Anfrage auf den Weg gebracht. Die Krise beschränkt sich nicht auf den europäischen Markt, Ausfuhren in Drittländer sind rapide zurückgegangen, wodurch negative Auswirkungen für die europäische Handelsbilanz zu erwarten sind. Die Automobilindustrie steht weltweit unter Druck.

Die Aussichten für die restlichen Monate dieses Jahres versprechen keine Besserung: Die Gesamtproduktion von Pkw und Nutzfahrzeugen in Europa wird wahrscheinlich zwischen 20 und 30 % zurückgehen. Das heißt, dass 2009 in Europa rund 5 Millionen Fahrzeuge weniger hergestellt werden als 2007. Die negative Prognose betrifft insbesondere die Nutzfahrzeuge, bei denen ein Rückgang der Produktion um 35 % erwartet wird.

Die Kommission hat, wie Sie wissen, auf diese Lage schnell reagiert. Im Oktober 2008 haben wir im Rahmen von CARS 21 erste Empfehlungen zur Bewältigung der Krise erarbeitet, darunter die Beteiligung der Europäischen Investitionsbank und die Abwrackprämie. Anfang Januar habe ich mich mit den EU-Wirtschaftsministern auf ein gemeinsames Vorgehen in der Krise geeinigt, und am 25. Februar hat die Kommission ein Konzept vorgelegt, das wenige Tage später vom Europäischen Rat und vom Rat (Wettbewerbsfähigkeit) bestätigt worden ist.

Die Antworten, die wir geben, gehen unmittelbar auf die wichtigsten Ursachen dieser wirklich sehr schweren Krise ein. Die Ursachen sind: rasch sinkende Nachfrage, schwieriger Zugang zu Kapital, Liquiditätsprobleme und strukturelle Überkapazitäten. Diese strukturellen Überkapazitäten sind ein weltweites Phänomen. Was wir nun wollen, ist: die Integrität des europäischen Binnenmarkts erhalten, Protektionismus vermeiden und die Solidarität unter den Mitgliedstaaten wahren, damit die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie gerettet werden können.

Ich möchte hier sehr deutlich sagen: An erster Stelle ist allerdings die Industrie selber gefragt. Wir haben die Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Automobilindustrie im Rahmen von CARS 21 bereits geschaffen und verbessern sie kontinuierlich. Um es ganz klar zu sagen: Die europäische Automobilindustrie muss auf breiter Front jetzt vorangehen, um die Autos auf den Markt zu bringen, die heute zu Beginn des 21. Jahrhunderts verlangt werden: energieeffizient, kraftstoffarm und ressourcenschonend.

Auf der politischen Seite hat die Kommission klar Position bezogen. Das Wichtigste ist nach unserer Überzeugung, die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems wieder herzustellen, damit der hohe Investitionsbedarf der europäischen Automobilindustrie finanziert werden kann. Und dieser hohe Investitionsbedarf besteht dadurch, dass jetzt das europäische Auto der Zukunft entwickelt und auf den Markt gebracht werden muss.

Wir haben den vorübergehenden Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen verabschiedet, der den Mitgliedstaaten mehr Handlungsspielraum bei der Bewältigung von Liquiditätsproblemen gibt. Das war notwendig, damit ansonsten rentable Unternehmen nicht den akuten Auswirkungen der Krise zum Opfer fallen.

Zudem wollen wir sicherstellen, dass auch während der Krise – und gerade während der Krise – in Forschung und Modernisierung investiert wird. Die Maßnahmen dazu sind weit gediehen. Die Europäische Investitionsbank hat in diesem Jahr bereits Projekte für den Automobilsektor im Werte von mehr als 3 Mrd. Euro genehmigt, weitere Projekte im Gesamtwert von mehreren Milliarden Euro sind für das Jahr 2009



bereits in Vorbereitung. In diesen Projekten sind nicht nur Fahrzeughersteller, sondern auch Zulieferer berücksichtigt.

Die Europäische Investitionsbank – für deren Kooperation ich ausdrücklich danke – arbeitet darüber hinaus an einem speziellen Programm für den von der Krise besonders hart betroffenen Zuliefersektor mit seiner mittelständischen Struktur. Wir werden eine Milliarde Euro für eine Forschungspartnerschaft mit der Industrie bereitstellen, um den Wandel zu einer CO<sub>2</sub>-armen und energieeffizienten Wirtschaft zu beschleunigen. Das ist erforderlich, um der europäischen Industrie eine günstige Ausgangsposition für die Zeit nach der Krise zu verschaffen, so dass sie von der zu erwartenden positiven Entwicklung danach auch wirklich profitieren kann.

Auf der Nachfrageseite kann man auch etwas tun. Eine Reihe von Mitgliedstaaten hat Abwrackprämien eingeführt, um die Nachfrage zu fördern. Die Kommission hat dazu Leitlinien erarbeitet, an die sich die Mitgliedstaaten halten müssen, die solche Förderprogramme einführen. Damit soll sichergestellt werden, dass nationale Maßnahmen nicht diskriminierend wirken und den Binnenmarkt nicht stören. Ich bin froh, Ihnen sagen zu können, dass das auch gelungen ist.

Und selbstverständlich geht es auch darum, die Auswirkungen des Strukturwandels abzufedern, Sozialkosten zu mindern und Fachkräfte in der Automobilbranche zu halten. Will die europäische Automobilindustrie langfristig wettbewerbsfähig bleiben, werden einige strukturelle Veränderungen unvermeidlich sein. Dieser Prozess wird schmerzhaft sein, er ist jedoch unumgänglich. Wir brauchen eine vitale und wettbewerbsfähige Industrie mit hohem Beschäftigungspotential und keine Unternehmen, die dauerhaft am Subventionstropf hängen. Die Europäische Kommission hat über den Europäischen Sozialfonds und den Globalisierungsfonds Mittel zur Verfügung gestellt, um die Beschäftigten zu unterstützen, die von den vorübergehenden Auswirkungen der notwendigen Umstrukturierung unserer Industrie am meisten betroffenen sind.

Im April werden wir einen ersten runden Tisch mit Vertretern von Industrie, Arbeitnehmerschaft und den Mitgliedstaaten veranstalten, um über die soziale Dimension der Krise und die Antwort darauf zu beraten. Ich rate aber jedenfalls schon jetzt dazu, die berufliche Fortbildung der Arbeitnehmer zu fördern und damit ihre Beschäftigungschancen, ob in der Automobilbranche oder in anderen Wirtschaftszweigen, aufrechtzuerhalten.

Lassen Sie mich ein Wort zur Lage eines besonderen Herstellers sagen, ein Wort zur Lage von General Motors in Europa mit den Marken Opel, Vauxhall und Saab. Ich möchte hier wiederholen, dass es nicht im europäischen Interesse ist, diesen Hersteller untergehen zu lassen! Von diesem Hersteller hängen europaweit mehr als 200 000 Arbeitsplätze ab. Ich teile nicht die Meinung, dass ein Ausscheiden von General Motors als europäischem Produzenten ein Beitrag zur Lösung der Kapazitätsprobleme der europäischen Automobilindustrie und als solcher zu begrüßen wäre. Die betroffenen Arbeitnehmer haben die Krise ihres Unternehmens nicht verursacht. Diese Krise ist allein in Amerika entstanden.

Es gibt keine nationale Lösung für dieses Problem. Es gibt noch nicht einmal eine europäische Lösung. Es kann nur eine transatlantische Lösung unter Einbeziehung des Mutterkonzerns geben. Und deshalb müssen wir wissen, was in den Vereinigten Staaten geschehen wird. Das wissen wir aber heute nicht. Die amerikanische Regierung weiß es auch noch nicht. Ich bin froh, dass alle europäischen Regierungen, die General-Motors-Standorte haben, zugesagt haben, auf nationale Alleingänge zu verzichten und gemeinsam am europäischen Teil einer Lösung zu arbeiten. Und diese Lösung kann nur so aussehen, dass am Ende ein am Markt überlebensfähiges, wettbewerbsfähiges Nachfolgeunternehmen steht. Es muss eine Lösung sein, die wirtschaftlich zu rechtfertigen ist, und nicht nur politisch. Die Arbeitsplätze bei General Motors in Europa sind zu wichtig, um zuzulassen, dass sie in Wahlkämpfe oder nationale Interessenpolitik hineingezogen werden. Und darum wird die Kommission wie bisher mit aller Kraft daran arbeiten, dass eine solche europäische Lösung auch gefunden wird.

Zum Schluss: Die Kommission wird auch dafür Sorge tragen, dass sie der Automobilindustrie in diesen schwierigen Zeiten mit ihrer Rechtsetzungstätigkeit keine vermeidbaren zusätzlichen finanziellen Lasten aufbürdet.

Wir können nicht mehr nur darüber reden, wie schwer die Krise ist. Wir haben einen europäischen Plan mit koordinierten Maßnahmen sowohl auf EU-Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten. Es ist an der Zeit, zu handeln und diese Pläne vollständig in die Tat umzusetzen. Vielen Dank.

**Werner Langen**, *im Namen der PPE-DE-Fraktion.* – Herr Präsident! Ich möchte Herrn Kommissar Verheugen ausdrücklich danken, dass er das Thema aufgegriffen hat und dass es in einer Ministersitzung am 13. März gelungen ist, die europäischen Maßnahmen zu koordinieren und die nationalen Alleingänge zu verhindern.

Wir haben eine Aussprache beantragt, auch auf der Grundlage Ihres vorgelegten schriftlichen Berichts, weil wir die Krise für so gravierend halten, dass sich das Europäische Parlament damit befassen muss. Wir haben gemeinsam eine EntschlieÙung erarbeitet, in der die wichtigsten Punkte aufgegriffen sind.

Ich will das wiederholen, was Sie gesagt haben: Natürlich kann die Rettung eines einzelnen Unternehmens nur in Anbetracht der Eigenverantwortung dieses Unternehmens – und in Anbetracht der besonderen Umstände des Falls General Motors – sowie der geistigen Eigentumsrechte und vieler anderer Dinge gelingen. Denn insgesamt ist der Sektor groß. Mit 12 Millionen Arbeitsplätzen, die von der Automobilindustrie abhängig sind, mit Investitionen von jährlich 20 Milliarden Euro, einem Jahresumsatz von 780 Milliarden Euro und einer Wertschöpfung von 140 Milliarden Euro ist der Automobilsektor ein wesentlicher Sektor, der zum Teil aus eigenem Verschulden – wenn ich an die Überkapazitäten und an die Modellpolitik einiger Hersteller denke –, insgesamt aber im wesentlichen durch die Auswirkungen der internationalen Finanzmarktkrise in diese Schwierigkeiten geraten ist.

Deshalb begrüßen wir es, dass alle Maßnahmen zusammengefasst werden und einen Beitrag dazu liefern sollen, die Automobilindustrie zukunftsfähiger zu machen, ihr zu helfen, aus dieser Krise heraus die Nachfrage anzukurbeln und die Bereitstellung von Investitions- und Finanzmitteln für Käufer und für die Industrie zu erleichtern. Außerdem sollen diese Maßnahmen – Sie haben das am Schluss gesagt – dazu beitragen, dass keine neue Rechtsetzungsproblematik entsteht, die zusätzlichen Druck auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie ausüben würde.

In diesem Sinne können wir die Gemeinsame EntschlieÙung verabschieden. Meine Fraktion wird dem Antrag der Sozialdemokraten zu Punkt 5, auch den speziellen Fall von General Motors ausdrücklich zu nennen, zustimmen, sodass wir hier mit breiter Mehrheit der Kommission den Rücken stärken, den Arbeitnehmern Sicherheit geben und eine Perspektive für die Automobilindustrie eröffnen können.

**Robert Goebbels**, *im Namen der PSE-Fraktion.* (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, in der voraussehbaren Zukunft wird die Menschheit nicht in der Lage sein, ohne PKWs oder LKWs auszukommen. Diese Verkehrsmittel müssen umweltfreundlicher und energieeffizienter werden. Allerdings wird selbst die bestmögliche und wünschenswerteste Organisation des öffentlichen Verkehrs die Flexibilität von Privatfahrzeugen niemals ersetzen können.

Die europäische Automobilindustrie ist in technischer Hinsicht der Weltmarktführer des Sektors. Diese innovative Branche muss geschützt werden. Sie ist für das gesamte Industriegewebe Europas von strategischer Bedeutung. Millionen Arbeitsplätze hängen direkt und indirekt von ihr ab. Die SPE-Fraktion möchte Arbeitsplätze erhalten. Sie tritt dafür ein, dass mögliche Umstrukturierungen vorheriger Diskussionen mit Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften beinhalten.

Nach alledem, was für die Banken getan wurde, hat China die Modernisierung und die technologische Anpassung des Sektors finanziert. In dieser Hinsicht schlieÙe ich dem voll und ganz an, was Herr Verheugen gesagt hat. Europa muss sich seiner Verantwortung stellen. Wenn nötig muss die Europäische Investitionsbank mit neuem Kapital ausgestattet werden, um in der Lage zu sein, die Umstrukturierung des Sektors und dessen viele tausend Zulieferbetriebe, bei denen es sich im Wesentlichen um kleine und mittelgroÙe Unternehmen handelt, zu fördern.

Wir erwarten von der Kommission, dass sie weiterhin einen konstruktiven Dialog zwischen allen europäischen Ländern organisiert, in denen es Niederlassungen von US-amerikanischen Autobauern und diese Firmen gibt. Des Weiteren beglückwünsche ich Herrn Verheugen zu der Initiative, die er diesbezüglich ergriffen hat.

Allerdings müssen wir nach wie vor das europäische geistige Eigentum schützen und dafür sorgen, dass Patente für in Europa gemachte Erfindungen, die sich derzeit in den Vereinigten Staaten befinden, nach Europa zurückkommen. Man kann dies mit schwerem Diebstahl bzw. mindestens mit einer Enteignung ohne Entschädigung vergleichen. Es ist undenkbar, dass europäische Betriebsstätten künftig Lizenzgebühren für Know-how bezahlen sollen, das von Ingenieuren und Arbeitnehmern in Europa entwickelt wurde.

Herr Präsident, was die Situation von General Motors anbelangt, schließt sich die SPE-Fraktion dem an, was Herr Verheugen hier gesagt hat.

**Jorgo Chatzimarkakis**, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – Herr Präsident, Herr Kommissar Verheugen! Wieder einmal treffen wir uns hier zum Thema Auto, und zu Recht. Die Krise trifft eine unserer Schlüsselindustrien mit voller Härte. Zwölf Millionen Arbeitsplätze, 6 % der Beschäftigten, größter Investor in Forschung und Entwicklung – da lohnt es sich, darüber zu sprechen, auch Lösungen zu finden. Jetzt stellen wir aber fest, dass die EU gar nicht die geeigneten Instrumente an der Hand hat, um sich dieser Krise anzunehmen. Die Mitgliedstaaten preschen einzeln vor, der Wettbewerbsrahmen geriet zeitweise in Gefahr und die Europäische Investitionsbank, das Allheilmittel, ist überfordert, sowohl was die Mittel angeht, als auch was das Personal angeht. Daher brauchen wir neue Wege!

Ich bin Kommissar Verheugen dankbar, dass er sich sehr schnell dieser Rahmenrichtlinien angenommen hat, um zu prüfen, wie wir jetzt wettbewerbsrechtlich vorgehen. Wir brauchen aber eine bessere Ausstattung der EIB. Wir brauchen Sonderkonditionen der EIB bei der Europäischen Zentralbank – das erlauben die Statuten im Moment nicht –, was Zugang zu frischem Kapital angeht. Wir brauchen aber auch eine stärkere Bindung dieser staatlichen Hilfe an den Paradigmenwechsel, an neue Technologien, weg vom Verbrennungsmotor. Wir brauchen auch die Ausrichtung der Fonds in diese Richtung: Die Strukturfonds, die Agrarfonds sollten sich stärker Infrastrukturen für diese neuen Technologien widmen.

Lassen Sie mich auf General Motors eingehen. Ich pflichte dem Kommissar und den Vorrednern bei, es hat eine europäische Dimension, weil dieses Unternehmen in vielen Staaten der EU aktiv ist. Grundsätzlich gilt: Der Staat – auch die EU – hat nichts in der Wirtschaft zu suchen. Das wird auch durch die Krise nicht anders. Die Automobilindustrie ist zwar strategisch, aber sie ist nicht systemisch wie die Banken. Deswegen sollten wir uns davor hüten, uns um Beteiligungen zu bemühen. Was aber die Bürgschaften angeht, da ist es der richtige Weg, wenn es einen Privatinvestor gibt, eine Bürgschaft über die EIB zu übernehmen. Das setzt aber voraus, dass dieser Paradigmenwechsel, dieser Weg in neue Technologien, verfolgt wird. Wir erleben es gerade dieser Tage, Daimler und Abu Dhabi-Staatsfonds gehen in diese Richtung, also sollte das auch für uns möglich sein.

Ich möchte mich beim Kommissar für sein aktives Handeln bedanken, möchte mich aber auch bei den Kollegen bedanken, dass sie der Initiative dieser Entschließung gefolgt sind.

**Antonio Mussa**, *im Namen der UEN-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Autokrise ist eine der schlimmsten Krisen der weltweiten Verarbeitungsindustrie, da sie neben den ersten Auswirkungen, die sie auf die Wirtschaft und Beschäftigung in europäischen Werken und verbundenen Unternehmen hat, auch Drittländer trifft, in die die Produktion in den letzten Jahrzehnten zunehmend verlagert wurde.

Mehr noch, wenn die Union die Gewinne der Branche mindestens auf das Niveau von 2007 zurückbringen will, kann sie sich die Sozialkosten im Zusammenhang mit der Streichung von rund 350 000 Arbeitsplätzen nicht leisten. Deswegen ist es gut, dass die Beihilfe für den Sektor zumindest harmonisiert wird, sofern dies zusätzlich zum Erhalt von Arbeitsplätzen geschieht. Die Schlüsselwörter für die europäischen Unternehmen sind innovative Forschung und Entwicklung. Es ist klar, dass im Zuge der Marktentwicklung ein Rückgriff auf Fusionen oder strategische Vereinbarungen eine weitere mögliche Alternative darstellt, aber dies darf nicht auf Kosten der traditionellen europäischen Autoproduktion erfolgen, die das Aushängeschild der Verarbeitungsindustrie der Gemeinschaft ist.

**Rebecca Harms**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident, Herr Kommissar! Was uns bei dieser Debatte am meisten beschäftigt, ist doch die Sorge um die Beschäftigten in der Automobilindustrie. Die Zahlen sind einfach so gigantisch, dass das die Vorstellungskraft fast übersteigt. Das Erschreckende haben Sie in Ihrer Rede auch sehr deutlich gemacht, Herr Kommissar, dass nämlich dem gegenüber die Zahlen über eine erschreckende Überproduktion und auch über eine doch eklatante Schwäche bei den Innovationen in Sachen Effizienz und Klimaschutz stehen. Wenn man sich jetzt bereit findet, der Automobilindustrie Staatshilfen zu gewähren, dann muss dies unbedingt davon abhängig gemacht werden, dass diese Mittel wirklich der Beschäftigungssicherung und der Schaffung von zukunftsfähiger Beschäftigung dienen, und dass Vorbedingungen formuliert werden, die dafür sorgen, dass diese Unternehmen jetzt wirklich auf Innovation setzen.

Was mich ein Stück weit misstrauisch macht, Herr Kommissar, ist der große Einfluss der Gruppe CARS-21, der große Einfluss der Industrie auf den Prozess, der jetzt hier angeschoben wird. Bisher habe ich insbesondere einige deutsche Unternehmen der Automobilindustrie so kennengelernt, dass sie in Sachen Klimaschutz oder Effizienz auf der Bremse gestanden haben.

Ich habe auch mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, dass vor zwei Wochen erneut Dispens gefordert wurde – Aussetzen von Umweltauflagen. Das geht nicht! Bei dieser Konditionierung der Hilfe müssen

Beschäftigung, echte Innovation, das Thema Weiterbildung, Qualifizierung der Arbeitnehmer – sowohl bei den Zulieferern, also den vielen KMU, die an den großen Unternehmen hängen, als auch bei den Arbeitern in der Automobilindustrie – im Fokus stehen. Damit könnte meine Fraktion sehr gut leben. Aber ohne diese strengen Konditionierungen leisten wir keinen Beitrag zu zukunftsfähiger Beschäftigung.

**Roberto Musacchio**, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, diese Aussprache über die Autoindustrie kommt leider zu spät und auch ihr Inhalt ist ungeeignet. Tatsächlich debattieren wir darüber, nachdem die Entscheidungen von den nationalen Regierungen bereits getroffen worden sind, ohne dass dabei an den europäischen Rahmen gedacht wurde, und es hat bereits tragische soziale Konsequenzen gegeben, man denke nur an die Arbeitslosigkeit und das Arbeitslosengeld.

Bleiben wir bei diesem Thema: Der Text des Entschließungsantrags schlägt keine wesentlichen Elemente vor, mit denen sichergestellt wird, dass die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, wirksam und gerecht sind. Ich möchte darauf hinweisen, dass Europa vor ein paar Monaten, als es um den Klimawandel ging, ganz anders gehandelt hat. Der Klimawandel wurde als echtes politisches Problem betrachtet. Aber bei der Wirtschaftskrise ist das nicht so. Man hat den Regierungen freie Bahn gelassen, die sich nicht aufeinander abgestimmt haben, und meiner Ansicht nach standen dabei zum Teil auch die bevorstehenden Wahlen im Vordergrund.

Das ist natürlich der politischen Schwäche der Barroso-Kommission zuzuschreiben, aber auch den Schwierigkeiten beim Umgang mit Situationen, die neue Entscheidungsbefugnisse in Bezug auf die Industrie-, Sozial- und Arbeitspolitik erfordern.

Können wir nationalistische Maßnahmen mittragen? Können wir eine Entlassungswelle hinnehmen, obwohl den Unternehmen Fördermittel zur Verfügung gestellt werden? Darf es weiterhin zu Verlagerungen der Produktion in der Automobilbranche und bei verbundenen Unternehmen kommen, wie es bei der italienischen Gesellschaft ITONO der Fall war und nun bei Indesit, einem weiteren wichtigen Sektor? Können wir mehr europäische Mittel verfügbar machen, ohne diese zu erhöhen? Auf dieser Grundlage reicht es nicht aus, zu sagen, dass dies ein Problem der Automobilbranche ist und dass bereits viele Sitzungen stattgefunden haben.

Wir müssen Handlungsrichtlinien festlegen. Damit meine ich, dass Unternehmen keine Arbeitskräfte freistellen dürfen, wenn sie Fördermittel erhalten, dass die Fördermittel an Innovation geknüpft sein müssen wie im Klimawandelpaket und der Sacconi-Verordnung festgelegt, und dass Auslagerungen und dem Wettbewerb zwischen EU-Mitgliedstaaten Einhalt geboten werden muss. Meine Fraktion hat für alle diese Punkte Änderungen vorgelegt. In anderen Worten, wir brauchen eine neue Politik, eine, die dieses Europa scheinbar nicht hat und eine, die wir entwickeln müssen, bevor die sozialen Missstände so dramatisch werden, dass wir unseren Arbeitnehmern keine definitiven Antworten mehr geben können.

**Sergej Kozlík (NI)**. – (SK) Der dramatische Rückgang der weltweiten Nachfrage nach Automobilen hat sich auch auf Europa negativ ausgewirkt. Im letzten Quartal 2008 ist der Automobilabsatz auf das Gesamtjahr bezogen um über 19 % gesunken und er geht weiter zurück. Viele der wichtigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben beschlossen, den Autoproduktionssektor zu unterstützen. Allerdings kommen Zweifel über die Ansätze auf, die gewählt und entwickelt wurden, da sie nach Protektionismus klingen. Deswegen unterstütze ich die Stellungnahme der Europäischen Kommission, die vor protektionistischen Maßnahmen zur Förderung inländischer Hersteller warnt. Der Aufruf der Kommission zur Lösung struktureller Probleme als vorrangige Angelegenheit kommt genau auf den Punkt, insbesondere im Hinblick auf die hohe Überproduktion und die Investitionen in innovative Technologien.

Eine Förderung des öffentlichen Sektors muss transparent sein und die EU-Regelungen über den Wettbewerb und staatliche Hilfe respektieren. Wir müssen verhindern, dass die diversen Teilnehmer am europäischen Markt um Fördergelder wetten. Die Situation wird durch den Umstand komplizierter, dass diese Regeln nicht für den globalen Wettbewerb gelten, insbesondere nicht für die USA. Voraussichtlich werden die US-amerikanischen Subventionen zur Lösung der Probleme der Autobauer auch auf die Teilezulieferer ausgeweitet. Wenn sich die Lage weiter zuspitzt, kann Europa nicht nur mit dem Problem der Behebung von Produktions- und Absatzschwierigkeiten in Europa konfrontiert werden, sondern auch mit dem Problem des Imports von Fahrzeugen, die mithilfe übermäßiger Staatshilfen produziert worden sind. In einer solchen Situation könnte Europa auch damit drohen, die Maßnahmen im Rahmen der Welthandelsorganisation durchzusetzen.

Zahlreiche europäische Länder haben Abwrackprämien eingeführt, und auch in Großbritannien haben nun Anstrengungen in diese Richtung begonnen. Allerdings können Abwrackprämien die Krise nur kurzfristig

abfedern. Sie deformieren die Märkte rasch, ziehen Gelder aus dem öffentlichen Haushalt ab und verursachen die Verschiebung erforderlicher Lösungen, die sich auf Investitionen in innovative Technologien konzentrieren.

**Amalia Sartori, (PPE-DE).** – (IT) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wollte mich zu diesem Thema auch schon deshalb äußern, weil ich in den vergangenen Monaten die Arbeit des Europäischen Parlaments, unserer Ausschüsse und dieses Plenums über die Anträge auf bestimmte Subventionen für die Autobauer in Europa mit großem Interesse verfolgt habe.

Wir haben uns wichtige Ziele gesetzt, insbesondere in Bezug auf die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, und wir haben die Autobauer gebeten, ihren Teil zur Erreichung dieser CO<sub>2</sub>-Ziele in den kommenden fünf Jahren beizutragen. Es sind ehrgeizige Ziele, die alle Länder der Welt aufmerksam verfolgen. Wir haben die Automobilbranche gebeten, eine durchschnittliche Senkung um 120 mg bis 2012 und eine weitere Senkung um 25 mg bis 2020 zu erreichen. Das sind hohe Ziele, die hohe Investitionen erfordern.

Aber es kommt noch eines hinzu, das bereits von einigen meiner Vorredner erwähnt worden ist: Die Automobilbranche beschäftigt direkt oder indirekt 12 Millionen Arbeitskräfte in Europa, das heißt, 6 % aller europäischen Arbeitnehmer. Wenn Europa es ernst damit meint, dass es seiner Automobilindustrie die Mittel zur Verfügung stellen möchte, die CO<sub>2</sub>-Ziele zu erreichen, die wir uns gesetzt haben, und wenn wir andererseits Arbeitsplätze erhalten wollen, was derzeit für Europa ein Problem ist, müssen wir eine koordinierte Strategie umsetzen, um diesem Sektor mit finanziellen Mitteln unter die Arme zu greifen.

Diverse Mitgliedstaaten schmieden Pläne für die Ankurbelung des Absatzes, die sich allesamt darum drehen, das Umsatzniveau der Autobauer aufrechtzuerhalten. Solche Strategien müssen jedoch Teil einer einheitlichen Strategie der Gemeinschaft zur Vermeidung gefährlicher Marktverzerrungen sein.

**Hannes Swoboda (PSE).** - Herr Präsident! Ich möchte ganz klar zum Ausdruck bringen, dass ich all das, was der Kommissar gesagt hat, sehr deutlich unterstütze. Auch in meinem Land, Österreich, sind viele Tausende Arbeitnehmer direkt oder indirekt von der Krise betroffen. Das gilt auch für unsere Nachbarn, die Slowakei, und viele andere Länder.

Ich bin besonders besorgt, weil natürlich klar ist, dass die Autoindustrie eine Schlüsselindustrie ist. Man darf sich das nicht als eine überholte Industrie vorstellen, denn sehr viel an Forschung und Entwicklung ist mit der Existenz der Autoindustrie in Europa verbunden, und natürlich hängen viele Zulieferbetriebe, auch viele kleine und mittlere Betriebe, von der Automobilindustrie ab. Man stellt sich immer die großen Konzerne vor, und dann hat man wenig Mitleid. Aber wenn ich an die vielen Zulieferbetriebe denke, die kleine und mittlere Betriebe sind, dann schaut das schon ganz anders aus.

Insbesondere möchte ich das unterstützen, Herr Kommissar, was Sie zu General Motors gesagt haben. Wir haben in Wien auch ein großes General-Motors-Werk. Wir wissen um die Ängste der Leute, die darauf warten, was in Amerika entschieden wird. Ich hoffe, dass das ein positives Beispiel der transatlantischen Zusammenarbeit sein wird, wo auch Amerika – es ist ja nicht die amerikanische Regierung, sondern Amerika insgesamt –, das immer wieder von Europa verlangt, mehr gegen die Krise zu tun usw., hier ein konkretes positives Beispiel gibt, so dass Europa die Chance hat, mit den eigenen Unternehmen entsprechend zu reüssieren.

Zuletzt noch ein Wort gegen jegliche protektionistische Maßnahme: Wir können nur eine gemeinsame europäische Lösung finden. Das muss unser Ziel sein!

**Gianluca Susta (ALDE).** – (IT) Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dies ist die dritte Aussprache über die Automobilindustrie, die wir innerhalb eines Zeitraums von wenigen Monaten hatten. Unsere Forderungen sind von der Kommission oder dem Rat noch nicht ausreichend erfüllt worden, weder hinsichtlich der Ankurbelung der Nachfrage noch bezüglich eines Schutzes vor zu großem Wettbewerb von außen mit geeigneter Unterstützung der Exporte.

Wenngleich ich die europäischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzkrise als bedeutend erachte, denke ich im Gegensatz zu den Beschlüssen auf dem letzten Gipfel, dass die europäische Antwort auf die Rezession und die Schwierigkeiten der Realwirtschaft inadäquat ist. Wir befinden uns im Krieg, und die Unternehmen – unsere Soldaten – feuern Platzpatronen ab.

Der Automobilsektor ist ein wichtiger Zweig unserer Industrie, der sich neuen Herausforderungen stellen muss und anderen Produktionsfaktoren sowie hohen Anforderungen an die Prozess- und Produktinnovation unterliegt. Anreize zur Koordinierung des EU-weiten Abbaus aller Arten von Protektionismus, Refinanzierung

von Kreditlinien für diesen Sektor, darunter auch durch die Europäische Investitionsbank, Anreize ausschließlich für umweltfreundliche und Hybridfahrzeuge, mehr Mittel für die Forschung im Bereich saubere Energien und wirksame Maßnahmen innerhalb der Welthandelsorganisation zur Schaffung von Bedingungen echter Wechselwirkungen im globalen Automobilmarkt sind die wichtigsten Anträge derjenigen, die keine Deindustrialisierung Europas in einem seiner entscheidenden Beschäftigungsfelder mit hoher Wertschöpfung wünschen.

**Mario Borghezio (UEN).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kommissar Verheugen hat auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass man sehr sorgfältig darauf achten sollte, keine protektionistischen Maßnahmen vorzuschlagen bzw. zu unterstützen. Ich möchte ihn daran erinnern, dass es auf der anderen Seite des Atlantiks durchaus solche Maßnahmen gibt, und diese kommen eindeutig den Konkurrenten der europäischen Hersteller zugute.

Ich habe den Eindruck, dass die bislang von der Europäischen Union verfolgte Strategie nicht ausreichend fokussiert ist – wie dies in einer kritischen Situation wie dieser der Fall sein sollte – um in erster Linie nur „europäische“ Fahrzeuge zu fördern, die hier in Europa entwickelt und gebaut werden. Ich habe gesehen, wie Gewerkschaftsvertreter wegen der Deindustrialisierung, der Aussiedlung von Industrieunternehmen, usw. Krokodilstränen geweint haben. Noch vor einigen Jahren wurden Personen, die wie ich diese Argumente auf der Versammlung eines großen italienischen Autobauers vorgetragen haben, nicht sehr ernst genommen. Heute geben uns die Fakten leider Recht.

Wenn sich Europa auf Maßnahmen beschränkt, die ausschließlich dazu dienen, die Nachfrage anzukurbeln, Maßnahmen, die offensichtlich auf nichteuropäischen Produzenten zugute kommen können, werden die von uns gewünschten Ergebnisse nicht erzielt. Um diese zu erhalten, bedarf es dringender Handlungen zur Stützung der europäischen Autoproduktion. Europäische Autobauer müssen dazu ermutigt werden, in die Forschung zu investieren, um die Zukunft eines herausragenden Industriezweigs zu sichern, eines Sektors, der auch Zulieferer der Autobauer umfasst, die heute ebenfalls darunter leiden, dass die Europäischen Banken Mittel zurückhalten.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL).** – (PT) Wir sollten nicht vergessen, dass wir hier im vergangenen November genau dieselbe Aussprache hatten, als bereits klar war, dass eine Krise des Kapitalismussystems bevorstand, die fundamentale Änderungen erforderlich machen würde, um die Kaufkraft des Großteils der Bevölkerung zu erhöhen. Daher drängten wir darauf, die Gehälter und Pensionen anzuheben, um eine gerechtere Einkommensverteilung zu gewährleisten. Dies bleibt nach wie vor die grundlegende Maßnahme, mit der die Nachfrage gesteigert und dadurch sichergestellt werden könnte, dass die Automobilindustrie und ihre Zulieferer weiterhin einen stabilen Markt haben.

Leider wird die soziale Lage immer komplizierter, da die Politiker die notwendigen Maßnahmen nicht ergreifen und die Arbeitslosigkeit sowie unsichere und schlecht bezahlte Arbeit weiter zunehmen. Wir fordern daher eine neue Politik, die Arbeitsplätzen mit Rechten Priorität geben, die die Industrieproduktion in den EU-Ländern fördern und sich gegen die Strategie der multinationalen Konzerne wendet, die die Krise als Vorwand nutzen, Jobs zu streichen, die Arbeitnehmer mehr auszubeuten und die Gewinne zu steigern. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Industriezweige der EU angemessen gefördert werden, um Arbeitsplätze mit Rechten zu erhalten und neu zu schaffen. Allerdings müssen wir auch den Ländern mit anfälligeren Volkswirtschaften mehr Aufmerksamkeit widmen, wie etwa Portugal, indem die finanzielle Unterstützung angehoben wird, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern und um Kleinst-, Klein- und mittelgroßen Unternehmen in der Automobilindustrie und den damit zusammenhängenden Sektoren sowie in der Teileindustrie und kleinen Werkstätten unter die Arme zu greifen.

**Carl Lang (NI).** – (FR) Herr Präsident, die Globalisierung ist aus dem Ruder gelaufen und ihre verrückten Vertreter sorgen dafür, dass die Arbeitnehmer in der europäischen Automobilindustrie einen hohen Preis für die Konsequenzen ihrer fundamentalistischen Offenmarkt- und Freihandelsordnung zahlen müssen.

Der Finanzvirus der US-amerikanischen Hypothekenkrise war daher in der Lage, ohne Probleme das Finanzsystem, das Bankensystem der Welt zu infizieren, was anschließend zur Erkrankung unseres Wirtschaftssystems und der Vernichtung unserer Unternehmen und Arbeitsplätze führte.

Als Abgeordneter muss ich zusammen mit meinem Kollegen Herrn Le Rachinel für die französischen Regionen Picardy, Nord-Pas de Calais und Normandie, in denen mehrere tausend Arbeitsplätze auf der Kippe stehen, leider sagen, dass die europäische Handelspolitik einen menschlichen und sozialen Preis fordert, der untragbar, ungerechtfertigt und inakzeptabel ist. Allerdings lassen die Fanatiker des freien Marktes nicht locker und verteidigen diesen. Erst heute wieder haben Herr Brown und Herr Barroso im Namen des so

wichtigen freien Markts und der Globalisierung ihre Ablehnung bekräftigt, Europa, unsere Industriezweige und unsere Arbeitsplätze zu schützen. Die sozialen Globalisierungsbefürworter der Linken, die liberalen Globalisierungsbefürworter der Rechten und die alternativen Globalisierungsbefürworter der extremen Linken, die nichts sehen und verstehen wollen, lassen die europäischen Arbeitnehmer im Stich und verraten sie.

Globalisierungsbefürworter weltweit vereinigt euch! Arbeitnehmer unserer Länder verschwindet! Das ist das Manifest der Partei der Globalisierungsbefürworter.

Darüber hinaus lässt sich die ständige Schikanierung der Autofahrer und die Diffamierung der motorisierten Fahrzeuge durch Ökobürger, Regierungen und bestimmte Stadträte kaum mit der Verteidigung und der Förderung unserer Automobilindustrie vereinbaren.

Abschließend sind die Demagogen der extremen Linken, die die derzeitige Krise als Signal Gottes für die Revolution betrachten völlig unfähig, den Bedürfnissen der französischen und europäischen Arbeitnehmer gerecht zu werden. Nur durch wirtschaftlichen und sozialen Patriotismus, Bevorzugung nationaler und europäischer Unternehmen und nationalen und europäischen Protektionismus werden wir in der Lage sein, unsere Industriesektoren neu zu beleben.

**Gunnar Hökmark (PPE-DE).** - (SV) Herr Präsident, die Schwierigkeiten, in denen die europäische Automobilindustrie steckt, sind zu einem großen Teil auf die Wirtschafts- und Finanzkrise zurückzuführen. In dieser Hinsicht ist es hoffentlich ein Problem vorübergehender Natur. Allerdings hat dieses Problem auch mit Überkapazitäten zu tun – ein weiterer wichtiger Aspekt. Um die Zukunft der europäischen Automobilindustrie zu sichern, ist es daher äußerst wichtig, dass wir dafür sorgen, dass sie auf realistischen und sensiblen Geschäftsplänen basiert und die Unternehmen verantwortungsbewusst geführt werden.

Aufgrund dessen möchte ich unterstreichen, dass wenn wir eine erfolgreiche Automobilindustrie in Europa mit allen Gelegenheiten halten wollen, die uns technische Entwicklungen, gesunde Beschäftigungsverhältnisse und die Rolle, die die Automobilindustrie in der europäischen Wirtschaft spielt, bieten, die Staatshilfen, die derzeit von den Mitgliedstaaten gewährt werden, dazu verwendet werden müssen, ihr Überleben in der Rezession und der Finanzkrise zu sichern, aber nicht dazu, den Wettbewerb unter den Mitgliedstaaten oder den Autobauern zu verzerren.

Staatliche Hilfen, die den Wettbewerb verzerren und Misstrauen unter den Mitgliedstaaten schüren, schmälern tatsächlich die Überlebensfähigkeit der europäischen Automobilindustrie, und das ist der Kontext, in dem ich gerne zur Diskussion stellen möchte, was derzeit in Slowenien und Frankreich geschieht. Auch die in Frankreich gezahlten Staatshilfen sind ein kontroverses Thema. Eine der wichtigsten Aufgaben der Kommission besteht darin, sicherzustellen, dass es nicht zu Verstößen gegen die festgelegten Regeln kommt, das Geschehen zu überwachen und unbedingtes Vertrauen in die Tatsache zu schaffen, dass keinerlei staatliche Beihilfe zum Nachteil von anderen Mitgliedstaaten oder deren Automobilsektoren gewährt wird. Beihilfen, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen, untergraben die Zukunft der europäischen Automobilindustrie und werden sich negativ sowohl auf die Beschäftigungssituation als auch auf die technische Entwicklung auswirken.

**Monica Giuntini (PSE).** – (IT) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich meine Wertschätzung für das rechtzeitige Engagement der Kommission und des Rats zugunsten der Automobilindustrie, Lieferantenfirmen und Teilehersteller zum Ausdruck bringen, aber leider ist dies noch nicht ausreichend.

Seit Ergreifen der ersten Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten hat sich die Branche leicht erholt: In Italien wurde im Februar ein Umsatzrückgang um 18 % verzeichnet, während im Januar ein Rückgang um 22 % zu beklagen war. Es ist deutlich, dass Europa auch im Hinblick auf die Daten, die Herr Kommissar Verheugen selbst zitierte, voranschreiten muss, indem es mehr finanzielle Mittel von der EIB garantiert und nationale Maßnahmen noch stärker koordiniert, um unlauteren und diskriminierenden Wettbewerb zu vermeiden.

Europa muss auch versuchen, bei der Erstellung von Restrukturierungsplänen seine Bemühungen eng mit Arbeitnehmervereinigungen und Wirtschaftsverbänden abzustimmen, um eine europäische Strategie für die Wiederbelebung dieses Sektors auf der Grundlage von Investitionen in Forschung und neue Technologien zusammenzustellen.

Auch angesichts der dramatischen Zahlen im Hinblick auf Entlassungen und Arbeitslosengeldmaßnahmen fordere ich die Kommission auf, wirksamere Vorschläge zur bestmöglichen Nutzung des Sozialfonds und des Fonds zur Anpassung an die Globalisierung vorzulegen.

**Lena Ek (ALDE).** - (SV) Herr Präsident! Was wir derzeit erleben, ist sowohl eine Finanz- als auch eine Klimakrise. Wir können beobachten, dass einige Automobilhersteller besser mit dieser doppelten Krise zurechtkommen als andere. Einige Automarken und -modelle verkraften diese Krisen besser, und zwar jene, die in eine nachhaltige technische Entwicklung investiert haben. Und dann gibt es Unternehmen wie General Motors, die 350 Millionen US-Dollar von den Ländern fordern, in denen sie tätig sind.

Wir sollten kein Geld in ein aussichtsloses Unterfangen investieren. Wir müssen die Menschen unterstützen, die in der Automobilbranche tätig sind. Wir sollten die Regionen unterstützen, in denen es Probleme gibt, und die Kleinunternehmen in der Lieferkette. Wir müssen hierbei allerdings sicherstellen, dass wir Unterstützung für Produkte leisten, die für den Markt der Zukunft geeignet sind.

Die Kommission kann mehr tun, indem sie Strukturfonds, Sozialfonds, Regionalfonds und Landwirtschaftsfonds für Biokraftstoffe, soziale Maßnahmen und die Regionen öffnet.

Weiterhin glaube ich, dass die Tätigkeit des Europäischen Parlaments in Straßburg eingestellt werden sollte.

**Roberta Angelilli (UEN).** – (IT) Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Automobilindustrie ist eine der Schlüsselindustrien der europäischen Wirtschaft, und für diese steht in der derzeitigen Krise Einiges auf dem Spiel. Daher ist es nun unangebracht zu wiederholen, dass wir gegen Protektionismus und unlauteren Wettbewerb sind. All dies ist über alle Maßen überflüssig. Es ist nun an der Zeit, europäischen Produzenten und Arbeitern strategische, klare und couragierte Sicherheiten zu bieten, inklusive eines Unterstützungsplans – und diesen Punkt möchte ich betonen –, der allen Mitgliedstaaten dieselben Chancen einräumt.

Zu den Zielen gehört natürlich, einen besseren Einsatz der europäischen Fonds sicherzustellen, einschließlich des Fonds zur Anpassung an die Globalisierung, vor allem aber auch die Vereinfachung und Verstärkung der finanziellen Unterstützung des Sektors durch EIB und EZB durch die Vergabe zinsgünstiger Darlehen sowie auch eine Vereinfachung der Verwaltungsverfahren.

Abschließend würde ich sagen, dass generell das Ziel darin besteht, die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors aufrechtzuerhalten und sicherzustellen, dass alle europäischen Initiativen zusätzlich zur Bekämpfung der aktuellen Krise dazu beitragen können, eine positive Phase der Umstrukturierung und des Wandels in der Automobilindustrie einzuleiten.

**Ivo Belet (PPE-DE).** – (NL) Herr Präsident, der britische Premierminister Gordon Brown hat es heute Morgen perfekt ausgedrückt, als er sagte, dass wir nicht herumwursteln dürfen, sondern dass es nun zu handeln gilt. In der Tat ist es nun an der Zeit, nachhaltige und entschlossene Maßnahmen zu ergreifen. Wir, Europa, müssen den Wechsel zu einer nachhaltigen Automobilindustrie in die Hand nehmen und anführen – etwas, das nur möglich ist, wenn wir diesen Sektor durch diese schwerwiegende und lebensbedrohliche Rezession geleiten.

Daher meine Aufforderung an Sie, Herr Kommissar Verheugen, und an die Kommission. Wir möchten wirklich, wir alle gemeinsam, dass Europa viel mehr für die Zukunft unserer Automobilhersteller unternimmt. Wir als Europäische Union haben hier die einzigartige Möglichkeit zu zeigen, dass wir auf der Seite der Arbeiter stehen – auf der Seite von 200 000 Opel-Mitarbeitern in Deutschland, Polen, Österreich, Spanien und Belgien, um nur einige zu nennen.

Aus diesem Grund muss die Europäische Investitionsbank ganz gezielt Kredite freigeben und seine Hebelfunktionen und Potenziale in größtmöglichem Umfang nutzen. Vor zwei Wochen hatten wir eine Konsultation mit den Führungspersonlichkeiten der Branche hier im Parlament, und es wurde deutlich, dass es ein immenses Problem gibt: Der Sektor leidet an akutem Kapitalmangel. Dies ist der Grund dafür, dass günstige Kredite und Staatsgarantien absolut notwendig sind, und dies nicht nur, um ein Überleben sicherzustellen, sondern vor allen Dingen um den entschlossenen Wechsel zu einem Auto der Zukunft zu vollziehen – einem Auto, das elektrisch, hybrid und, noch wichtiger, umweltfreundlich sein muss und serienreif ist.

Die Sozialpartner und natürlich die Arbeitnehmervertreter müssen in dieses europäische Konjunkturprogramm eng mit einbezogen werden, da diese Angelegenheit auch ein Lackmustest für den sozialen Dialog auf europäischer Ebene ist.

Herr Kommissar Verheugen, zum Handeln ist es noch nicht zu spät. Wir dürfen einfach nicht zulassen, dass uns die Situation vollends entgleitet.



**Matthias Groote (PSE).** - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich vorweg erst einmal beim Kommissar bedanken, einmal für die Aussagen, aber auch für das beherzte Anpacken in den letzten Wochen und Monaten, was die Automobilindustrie angeht, und auch für das ganz klare Bekenntnis zu General Motors, dafür, dass es eine Lösung für dieses Unternehmen geben muss, denn dieses Unternehmen wird gebraucht, gerade auch im Zusammenhang mit der Strategie, was neue Antriebstechnologien angeht. Dafür meinen herzlichen Dank!

Ich möchte auch aufgreifen, was der Kollege Langen gesagt hat, dass die EVP nun doch den Abänderungsantrag unserer Fraktion unterstützt, denn ich halte es für wichtig und auch richtig. Auch dafür mein Dankeschön, dass wir uns als Parlament zu General Motors äußern. Das sah ja lange nicht so aus, aber besser spät als nie, und darum vielen Dank dafür.

Wir haben in unserer Entschließung über kurzfristige Maßnahmen diskutiert. Wir sollten aber auch über mittelfristige Maßnahmen sprechen, und das hat die Expertengruppe CARS21 gemacht, was die Harmonisierung der Kfz-Steuersätze angeht. Ich weiß, das ist ein schwieriges Unterfangen, aber das wäre ein europäisches Konjunkturprogramm für die Automobilindustrie. Wir sind in einer Krisenzeit, wir sollten diese Maßnahmen auf den Weg bringen! Die 27 Finanzminister sollten sich dazu einen Ruck geben.

**Mia De Vits (PSE).** – (NL) Herr Präsident, Herr Kommissar! Sie haben selbst bereits gesagt, dass wir keine Debatte über die Kfz-Industrie führen können, ohne heute auch etwas über General Motors zu sagen.

Wir begrüßen die Tatsache, dass Sie Europas Wirtschaftsminister zusammengebracht haben, um einen europäischen Ansatz zu finden. Dies ist auch das, was Sie persönlich bevorzugen würden: kein nationaler Ansatz, sondern ein europäischer. Doch ein solcher europäischer Ansatz ist nur möglich, wenn der Europäische Betriebsrat in die Debatte einbezogen wird und diesem alle gesetzlich vorgeschriebenen Informationen zur Verfügung gestellt werden. Daher werde ich Sie ganz deutlich fragen, ob Sie darauf vorbereitet sind, eine derartige Initiative zu starten und Informationen, die sich in den Händen der einzelnen Mitgliedstaaten befinden und die ihnen von General Motors bereitgestellt wurden, an den Europäischen Betriebsrat weiterzugeben.

Sie erwähnten weiterhin die europäischen Fonds, die dazu dienen, soziale Auswirkungen für Arbeiter auszugleichen. Ich glaube, dass diese Fonds auch vorbeugend verwendet werden müssen. Anstatt diese europäischen Fonds dort einzusetzen, wo Arbeitsplätze verloren gehen, müssen wir den Verlust von Arbeitsplätzen verhindern.

**Richard Howitt (PSE).** - Herr Präsident, im Namen der 350 Ford-Mitarbeiter, die in Warley und Dunton (Essex) entlassen worden sind, sowie im Namen der 1 400 General-Motors-Mitarbeiter, bei IBC in Luton – Sie können die Zahlen verdoppeln, wenn Sie Lieferanten dazuzählen möchten –, begrüße ich die heutigen Ankündigungen, dass nicht zugelassen wird, dass diese Kfz-Hersteller den Bach runtergehen.

Wenn Herr Kommissar Verheugen allerdings sagt, dass General Motors keine Beggar-my-Neighbour-Politik verfolgen darf, kann er sich mir anschließen und dem Unternehmen die folgenden vier Anforderungen auferlegen: Erstens, dass sie ihre Restrukturierungspläne vollständig offenlegen, und zwar nicht nur für die deutsche, sondern auch für die britische Regierung sowie die der anderen Mitgliedstaaten; dass sie einen umfassenden Umweltverträglichkeitsbericht zu Kohlenstoff-Auswirkungen des von ihnen vorgeschlagenen Pakets über 3,3 Milliarden Euro anfertigen; dass sie Klarheit schaffen bezüglich der Zukunft ihres Joint Ventures mit dem französischen Unternehmen Renault, insbesondere im Hinblick auf eine Transporterfertigung in Luton; dass sie Ihnen und uns darlegen, welche Garantien dafür vorhanden sind, dass kurzfristige Zuwendungen eine Produktion und Beschäftigung sicherstellen, die wirklich nachhaltig sind.

Letzte Woche habe ich mich mit den Luton-Mitarbeitern getroffen. Einer von ihnen erzählte mir, dass die Überlebenschancen von IBC bei 50 Prozent liegen – in einer Stadt, wo seit mehr als 80 Jahren Fahrzeuge produziert werden und wo immer noch die Hälfte der Arbeitsplätze in den industriellen Bereich fällt. Ich werde für die Zukunft ihrer Arbeitsplätze kämpfen.

**VORSITZ: DIANA WALLIS**

*Vizepräsidentin*

**Antolín Sánchez Presedo (PSE).** – (ES) Frau Präsidentin, Europa muss die Automobilindustrie tatkräftig unterstützen, da sie der Schlüssel für die Entwicklung einer technologisch fortschrittlichen Wirtschaft ist,

die eine führende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel übernehmen und ein hohes Maß an Effizienz, Sicherheit und Qualität im Personentransport und im Güterverkehr sicherstellen kann.

Die EU ist mit 19 Millionen Fahrzeugen, von denen 20 % in den Export gehen, der weltweit führende Fahrzeughersteller und zweitgrößter Hersteller von Lastkraftwagen. Der Sektor trägt 3 % zum Bruttoinlandsprodukt bei und macht 6 % der Arbeitsplätze, 8 % der Volkseinkommen und ein Sechstel der Haushaltsausgaben aus.

Die strukturellen und strategischen Herausforderungen für die Automobilindustrie haben mit der aktuellen Krise zugenommen. Wir müssen diese Herausforderungen mit einem europäischen, sektorbezogenen und vorausschauenden Ansatz und durch soziale Konzertierung angehen. Einzig auf diese Weise können wir der Beschäftigung und der Ausbildung Priorität einräumen, Diskriminierung und unlauteren Wettbewerb vermeiden und europäische Interessen auf internationaler Ebene verteidigen. Wir müssen kurzfristig zeitlich begrenzte Anreize und finanzielle Unterstützung durch die Europäische Investitionsbank oder mithilfe anderer Mittel bieten, um das Überleben und eine Erholung des Sektors sicherzustellen.

**Nicodim Bulzesc (PPE-DE).** – (RO) In Rumänien sind die Autoverkäufe bis zum Ende des Jahres 2008 um die Hälfte eingebrochen. Die Umsätze in Rumäniens Automobilbranche sanken im Jahr 2008 um 7 % im Vergleich zum geschätzten Vorkrisenniveau.

Angesichts dieses Konjunkturrückgangs, der ganz Europa betrifft, glaube ich, dass die nationalen Regierungen und die Europäische Kommission ihre Anstrengungen bündeln müssen, um die Automobilbranche zu unterstützen. Wir müssen berücksichtigen, dass ein Herunterfahren der Automobilproduktion eine Krise auslöst, die sich quer durch die gesamte Branche zieht und, mit anderen Worten, die von der Branche abhängigen Hersteller trifft: Hersteller von Kabeln, Motoren, elektrischen Ausrüstungen usw. Konkret bedeutet dies, dass dadurch Tausende von Arbeitern ihren Arbeitsplatz verlieren.

Ein Beispiel: Um die lokale Automobilbranche zu unterstützen, hat die rumänische Regierung das „Rabla“-Programm beschlossen. Im Rahmen dieses Programms werden Verbraucher mit einer Prämie belohnt, wenn Sie Fahrzeuge, die älter als 10 Jahre sind, in die Verschrottung geben. Diese Prämie dient als Anzahlung für den Kauf eines neuen Autos.

Ich möchte daher die Entscheidungsträger bitten, über dieses Beispiel nachzudenken und eine realisierbare Strategie für die Unterstützung der europäischen Automobilindustrie während der aktuellen Weltwirtschaftskrise vorzuschlagen.

**Inés Ayala Sender (PSE).** – (ES) Frau Präsidentin, ich danke dem Kommissar für seine Bereitschaft und Tüchtigkeit, alle Interessenten dazu einzuladen, um darüber zu sprechen, wie die Probleme von Opel Europa vermieden und gelöst werden können, und auch der Automobilindustrie, die sicher eine wettbewerbsfähige Branche ist, sich nun aber mit globalen Problemen von General Motors in den Vereinigten Staaten konfrontiert sieht.

Ich möchte ihm außerdem dringend nahelegen, diese Rettung, die der Erholung von Opel Europa neuen Schwung verleihen wird, zu einem Beispiel dafür zu machen, wie die Europäische Union diese durch die Globalisierung verursachte Misere mit einer notwendigen Reaktion durch einen europäischen Ansatz anzugehen weiß, den wir auch aus der Globalisierung gelernt haben.

Dementsprechend möchte ich, dass wir in erster Linie in der Lage sind, die Eigentumsrechte europäischer Innovationen in unser Land zurückzuholen. Wir brauchen auch ein System mit angemessenen Garantien, um Opel Europa jene Unabhängigkeit zu verleihen, die es braucht, um uns weiterhin sichere, innovativere, energiesparsamere und nachhaltigere Fahrzeuge bieten zu können.

Wir müssen den sozialen Dialog verstärken, indem wir die Opel-Gewerkschaften und den Europäischen Betriebsrat befähigen, die ein großes Maß an gemeinsamer Verantwortung an den Tag legen.

Schließlich glaube ich, Herr Kommissar, dass wir zur Verteidigung eines europäischen Ansatzes, diesen erstmal erarbeiten müssen. Mit anderen Worten: Um sicherzustellen, dass Europa Glaubwürdigkeit genießt und Erfolg hat, können wir nicht einfach auf Regierungen wie die meine in Aragón warten, die bereits eine Garantie über 200 Millionen Euro angeboten hat. Europa scheint immer noch darüber nachzudenken.

Im Namen der mehr als 7 000 Mitarbeiter im Opel-Werk in Figueruelas bitte ich Sie, mehr zu unternehmen.

**Reinhard Rack (PPE-DE).** - Frau Präsidentin! Wenn Europa Geld in die Hand nimmt, und vor allem wenn die Mitgliedstaaten sehr viel Geld in die Hand nehmen, um der Automobilindustrie in ihrer krisenhaften Situation zu helfen, dann kann es nicht nur darum gehen, den Bestand und den Status quo zu sichern und Pleiten zu verhindern, sondern es geht um eine Reihe anderer Anliegen. Die wichtigsten sind genannt worden.

Es geht darum, den Menschen, die Beschäftigung suchen und brauchen, diese Beschäftigung auch zu sichern, und zwar langfristig. Dafür ist es notwendig, dass wir neue Technologien, Innovation und vor allem auch Nachhaltigkeit im Verkehrssystem stärker fördern, als wir das bisher getan haben.

Wir sollten daher alle unsere Maßnahmen auch mit diesen Zielsetzungen verknüpfen, damit wir uns nicht in einigen Jahren den Vorwurf gefallen lassen müssen, an all das hätten wir schon vor vielen Jahren denken müssen, dann wären wir nicht in der nächsten und neuen Krise.

**Zuzana Roithová (PPE-DE).** – (CS) Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Krise stellt den europäischen Zusammenhalt auf die Prüfung. Leider ist es so, dass die Regierungen einzeln kurzfristige Maßnahmen ergreifen, wie beispielsweise Fahrzeugverschrottungsprogramme, die nicht untereinander abgestimmt werden. Nichtsdestotrotz haben diese sofort positive Ergebnisse bei der Bekämpfung der Krise gezeigt. Wenn wir Maßnahmen der Vereinigten Staaten kritisieren können, die gegen fairen Wettbewerb und Protektionismus gerichtet sind, sollten wir umso genauer hinschauen, wenn es um eine gemeinsame Strategie innerhalb der EU geht. Fahrzeugverschrottungsprogramme helfen dabei, Emissionen zu senken, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und Arbeitslosigkeit in der Automobilindustrie zu vermeiden, die 12 Millionen Mitarbeiter beschäftigt und von der Tausende von Firmen in anderen Bereichen abhängig sind. Wenn man bedenkt, dass wir der Automobilbranche im Rahmen von CARS 21 strenge Umweltschutz- und Sicherheitsanforderungen auferlegt haben, bieten Fahrzeugverschrottungsprogramme besonders in Krisenzeiten eine gute Möglichkeit für einen gemeinsamen Ansatz der europäischen Regierungen, und sie sollten gemeinschaftlich finanziert werden. Ich bitte die tschechische Ratspräsidentschaft, Verhandlungen zu dieser Frage aufzunehmen.

**Alojz Peterle (PPE-DE).** - (SL) Herr Kommissar, ich stimme Ihnen voll und ganz zu, wenn Sie sagen, dass die Automobilindustrie strukturell überhitzt ist und dass wir umweltfreundlichere und energiesparendere Fahrzeuge brauchen.

Wir würden einen Fehler machen, wenn wir versuchen würden, mit Hilfsmaßnahmen die bisher eingeschlagene Richtung beizubehalten, nämlich die einer quantitativen Entwicklung. Das größte Maß an sozialem Engagement und an Solidarität können wir zeigen, wenn wir eine ökologische und energieorientierte Umstrukturierung unterstützen.

Die derzeitige Krise hat auch gezeigt, dass die europäische Automobilbranche stark vernetzt ist. Diese Art von Wirtschaftszweig wird Protektionismus auf einer nationalen Ebene einfach nicht zulassen. Ich erwarte von der gemeinschaftlichen Politik, dass sie dies berücksichtigt.

**Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission.** – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Darf ich zunächst für die Einigkeit im Haus und für die breite Unterstützung danken, die die Politik der Kommission hier gefunden hat. Ich glaube, das ist sehr wichtig und auch ein sehr wichtiges Signal für die Beschäftigten in der Automobilindustrie, die ja im Mittelpunkt dieser Debatte standen. Und das ist auch richtig so.

Einige Abgeordnete, Frau Harms, Herr Hökmark und andere, haben sich mit der Frage beschäftigt, welche Verbindung zwischen Innovation und Wettbewerbsfähigkeit besteht. Ich möchte das noch einmal ganz deutlich unterstreichen: Ohne diese Verbindung mit Innovation wird die europäische Automobilindustrie auf Dauer nicht wettbewerbsfähig sein können. Es ist ja genau das Ziel unserer Politik, dafür zu sorgen, dass das europäische Auto der Zukunft in der Tat das innovativste – im Sinne des saubersten, des energieeffizientesten und auch des sichersten – auf der Welt ist. Und ich sage Ihnen, ich traue unseren Herstellern, unseren Technikern und unseren Ingenieuren auch zu, dass sie das schaffen. Wir haben das Potential, das zu schaffen!

Darum nun zum zweiten Thema: Finanzierung in der Krise. Die Banken tun es nicht. Die Unternehmen kommen nicht an die Kredite, die sie brauchen. Die Europäische Investitionsbank ist jetzt unsere Allzweckwaffe. Und ich muss Ihnen ganz klar sagen, die Europäische Investitionsbank stößt bereits jetzt an die Grenzen dessen, was sie kann. Die Automobilindustrie ist ja nicht der einzige Sektor, für den wir Hilfe von der EIB verlangen. Denken Sie an die gesamte Finanzierung der kleinen und mittleren Unternehmen. Denken Sie an die Finanzierung unserer sehr ambitionierten Klimaschutzziele. Das läuft alles über die EIB. Und ich weiß heute schon, dass wir im Lauf des Jahres Anforderungen aus der Industrie haben werden, die

die EIB einfach nicht mehr erfüllen kann, weil wir ja wollen, dass sie solide Bankgeschäfte betreibt und nicht Blasen erzeugt, wie andere das getan haben. Die Probleme werden also in der zweiten Jahreshälfte eher noch wachsen, und wir müssen uns darauf in der Tat vorbereiten.

Ich unterstütze auch all diejenigen, die darüber gesprochen haben, dass wir intelligente Anreize brauchen, damit diese Autos, von denen wir wollen, dass sie auf den Markt kommen, auch gekauft werden. Und ich teile ausdrücklich die Auffassung von Herrn Groote, was die CO<sub>2</sub>-basierte Kfz-Steuer angeht. Die Kommission hat das vor langer Zeit bereits vorgeschlagen, und ich bin sehr traurig darüber, dass nicht alle Mitgliedstaaten bisher diesem Vorschlag gefolgt sind.

Frau De Vits hat über die Rolle der Gewerkschaften und der Betriebsräte gesprochen. Ich bin sehr froh, Ihnen sagen zu können, dass das letzte ausführliche Gespräch, das ich geführt habe, bevor ich in diese Sitzung kam, das mit dem Vorsitzenden des Betriebsrates von General Motors in Europa war. Wir sind in ständigem, regelmäßigem Kontakt, haben einen vollständigen Informationsaustausch. Ich will noch gerne sagen, dass ich bis jetzt von diesem Informationsaustausch mehr profitiert habe als der Betriebsrat. Die können mir mehr erzählen als umgekehrt. Aber ich hoffe, es ihnen zurückgeben zu können. Wir werden in wenigen Tagen eine Beratung gemeinsam mit den europäischen Metallgewerkschaften und Automobilgewerkschaften haben, und selbstverständlich sind die Gewerkschaften Hauptpartner bei den runden Tischen, von denen ich bereits gesprochen habe. Also ich glaube, da haben wir alle Wünsche erfüllt.

Im *catch the eye* ging es mehrfach um die Abwrackprämien. In der Tat kann man die Frage stellen, ob so etwas langfristig hilft. Es kann natürlich genauso gut sein, dass damit jetzt eine künstliche Nachfrage erzeugt wird und dann später wieder ein Einbruch erfolgt. Nichtsdestoweniger waren alle Hersteller von dieser Idee überzeugt, weil sie hilft, über die ganz schwierige Phase, die wir im Augenblick haben, hinwegzukommen. Es ist eine Art Sauerstoffzufuhr und sie hat sehr dazu beigetragen, dass wir bisher bei den großen Herstellern in Europa keine Massenentlassungen erlebt haben, sondern dass die Belegschaften bisher gehalten werden konnten. Insofern glaube ich, hat sie ihren Zweck erfüllt.

Die Abwrackprämie ist europäisch harmonisiert, in dem Sinne, dass klare Regeln da sind, die auch von allen beachtet worden sind. Was wir nicht tun können – das versteht sich von selbst: Wir können sie nicht aus dem Gemeinschaftshaushalt finanzieren. Der ist dafür nicht vorgesehen und das wäre weder politisch noch rechtlich möglich. Die Prämien haben im Übrigen durchaus positive grenzüberschreitende Wirkungen. Und Frau Roithová, gerade das Land, aus dem Sie kommen, profitiert sehr stark davon, dass es sehr großzügig ausgestattete Prämiensysteme in anderen europäischen Mitgliedstaaten gibt. Also da steckt auch in der Tat ein Stück europäische Solidarität drin, das man nicht unterschätzen sollte.

Ich habe die Debatte als eine Aufforderung verstanden, in dieser Frage weiter aktiv zu bleiben, in dieser Frage am Ball zu bleiben. Ich kann Ihnen das versprechen. Und wir haben, was die Automobilindustrie angeht, eine hervorragende Zusammenarbeit entwickelt. Ich hoffe zwar, dass es nicht nötig sein wird, während der Amtszeit dieses Parlaments noch einmal über die europäische Automobilindustrie zu reden, aber wenn es nötig sein sollte, so steht die Kommission jederzeit bereit. Vielen Dank.

**Die Präsidentin.** – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt morgen (Mittwoch, 25. März 2009).

### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)**

**Zita Gurmai (PSE), schriftlich.** – (HU) Die Eigenheiten von Produktion und Vermarktung bringen es mit sich, dass sich jeder Abschwung in der europäischen Automobilindustrie auf andere Sektoren in jedem Mitgliedstaat auswirkt.

Zusätzlich zum Nachfragerückgang aufgrund der Wirtschaftskrise und zu Liquiditätsschwierigkeiten infolge der Finanzkrise kämpft die Automobilbranche auch mit langfristigen Strukturproblemen wie hohen Fixkosten, Überangebot und Preiswettbewerb, die bereits in der Vergangenheit dazu geführt haben, dass viele Fahrzeughersteller damit begonnen haben, sich auf Kostensenkung und interne Effizienzsteigerung zu konzentrieren.

Es wird nicht erwartet, dass sich die Situation in der nahen Zukunft bessert. Auf lange Sicht hat die Automobilbranche jedoch vielversprechende globale Perspektiven. Aus diesem Grund ist es für die Automobilbranche der EU besonders wichtig, diesen Rückschlag durchzustehen und bereit dafür zu sein, die Chancen zu ergreifen, wenn die Nachfrage wieder steigt.

Hierfür ist es unerlässlich, dass die Erwartungen der Verbraucher erfüllt werden und dass umweltfreundlichere, sichere und intelligenteren Fahrzeuge entwickelt werden.

Die Hauptverantwortung für die Bewältigung der Krise trägt die Branche selbst. Die EU und deren Mitgliedstaaten können einen Beitrag dazu leisten, indem Sie helfen, geeignete Bedingungen und Wettbewerbsvoraussetzungen zu schaffen. Gezielte und zeitweilige staatliche Beihilfen auf EU- und nationaler Ebene können die Bemühungen des Sektors, die Krise zu überstehen, ergänzen und dabei helfen, die negativen Auswirkungen der bevorstehenden Umstrukturierung auf die Beschäftigung zu mildern. Letzteres muss sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene mit besonderer Aufmerksamkeit betrachtet werden.

**Krzysztof Hołowczyc (PPE-DE), schriftlich.** – (PL) Es ist gut, dass in der zweiten Debatte zur Krise in der Automobilindustrie die Wortmeldungen des Europäischen Parlaments berücksichtigt werden, die bei der Debatte im Februar vorgebracht wurden.

Die Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarkts ist für uns der wichtigste Punkt. Mit Unbehagen stellen wir fest, dass von einigen Mitgliedstaaten Maßnahmen in Angriff genommen werden, die Verstöße gegen wettbewerbsrechtliche Prinzipien zur Folge haben könnten. Daher begrüßen wir Entscheidungen, die auf die Aufstellung gesamteuropäischer Aktionsrahmen ausgerichtet sind. In diesem Zusammenhang müssen wir auch weiterhin den Einfluss der Situationen dieses Wirtschaftszweigs in den Vereinigten Staaten und Asien auf den europäischen Markt und mögliche Reaktionen der Gemeinschaft bewerten.

Wir haben mit Freude festgestellt, dass betont wurde, wie wichtig die Stärkung der Marktnachfrage ist. Ein ausgewogenes Verhältnis von Maßnahmen kann dabei helfen, den Markt anzukurbeln. Dazu gehören zum Beispiel die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen und die Vereinfachung von Verwaltungsverfahren für den Erhalt finanzieller Mittel auf der einen und das Schaffen von Anreizen für Verbraucher zum Kauf neuer Fahrzeuge auf der anderen Seite.

Es gilt unverändert der Vorschlag, die Krise dazu zu nutzen, eine Art Reinigung in der Automobilbranche durchzuführen. Wir sehen die Möglichkeit, Produkte mit einem neuen Qualitätsniveau zu schaffen – basierend auf neuen, umweltfreundlichen und sicheren Technologien, die eine Antwort auf die Herausforderungen neuer Trends im Europa des 21. Jahrhunderts bieten.

**Daciana Octavia Sârbu (PSE), schriftlich.** – (RO) Die Automobilindustrie ist ein Sektor, in dem ca. 2,3 Millionen Arbeitnehmer beschäftigt sind und von dem weitere 10 Millionen Arbeitsplätze indirekt abhängig sind. Eine große Zahl von KMU, Subunternehmern und Lieferanten ist von der Finanzkrise betroffen.

Das soziale Europa misst wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung gleichviel Bedeutung bei. Um Arbeitsplätze erhalten und annehmbare Lebensbedingungen für die Beschäftigten der Automobilbranche sichern zu können, ist es für Unternehmen wichtig, Zugang zu finanziellen Mitteln zu haben.

Ich fordere die Kommission nachdrücklich auf sicherzustellen, dass europäische Fonds wie beispielsweise der Europäische Sozialfonds und der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung eingesetzt werden, so dass die Beschäftigten in der Automobilindustrie Zugang zu Schulungen und Unterstützung erhalten, wenn sie in diesem Sektor in betroffenen Unternehmen mit verschlechterter Auftragslage tätig sind.

Die EU-Gesetzgebung zur Förderung umweltfreundlicher Fahrzeuge sorgt für Investitionen in Design und Produktion von Fahrzeugen mit geringeren Kohlendioxid-Emissionsraten. Notwendig sind allerdings Zeit, Innovationen und vor allen Dingen beträchtliche Investitionen in Personal sowie in neue Fertigungskapazitäten. Die Verfahren, über die die Wirtschaft Zugang zu Mitteln für Forschung und Innovation erhält, müssen auf nationaler und EU-Ebene vereinfacht werden, während Forschungsprogramme auf bestimmte Bereiche in der Automobilindustrie, anwendungsorientierte Forschung eingeschlossen, ausgerichtet werden müssen.

## **12. Leistung und Nachhaltigkeit des europäischen Luftverkehrssystems - Flugplätze, Flugverkehrsmanagement und Flugsicherungsdienste (Aussprache)**

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache über:

– den Bericht von Marian-Jean Marinescu, im Namen des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr, zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 549/2004, (EG) Nr. 550/2004, (EG) Nr. 551/2004 und (EG) Nr. 552/2004 im

Hinblick auf die Verbesserung der Leistung und Nachhaltigkeit des europäischen Luftverkehrssystems (KOM(2008)0388 – C6-0250/2008 – 2008/0127(COD)) (A6-0002/2009), und

– den Bericht von Marian-Jean Marinescu, im Namen des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr, zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 216/2008 in Bezug auf Flugplätze, Flugverkehrsmanagement und Flugsicherungsdienste sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2006/23/EG (KOM(2008)0390 – C6-0251/2008 – 2008/0128(COD)) (A6-0515/2008).

**Marian-Jean Marinescu, Berichterstatter.** – (RO) Das Paket „Einheitlicher Europäischer Luftraum II“ wurde für das gesamte Luftverkehrssystem konzipiert, mit direkten, positiven Konsequenzen für Luftverkehrsunternehmen, Flugsicherungsdienste, Fluglotsen, Flughäfen und Luftfahrtindustrie. Es handelt sich hierbei eigentlich um die Antwort des Gesetzgebers auf die Notwendigkeit einer Harmonisierung und effizienteren Gestaltung des europäischen Luftraums und des Flugverkehrs zugunsten der Umwelt, der Industrie und in erster Linie der Passagiere.

Die mit dem Rat erzielte Einigung über das Paket „Einheitlicher Europäischer Luftraum II“ ist für uns auf dem Weg zur Konsolidierung der Europäischen Union ein Schritt vorwärts. Dies stellt nach einem gemeinsamen Markt, der Schaffung einer einheitlichen Währung und des Schengenraums den nächsten, natürlichen Schritt dar. Ab 2012 wird es einen Schengen-Luftraum geben. Die Strecken werden kürzer, die Luftverkehrskontrolle wird effizienter und die Flugsicherungsdienste werden optimiert und künftig integriert.

Dadurch werden Flugzeiten verkürzt, weniger Kraftstoff wird verbraucht und Kohlendioxidemissionen werden verringert, was normalerweise zu preiswerteren Flugtickets führen sollte.

Der erzielte Kompromiss mit dem Rat nach den Verhandlungen spiegelt die Notwendigkeit wider, die Bildung funktionaler Luftraumblocks voranzutreiben. Wir haben uns auf eine Frist für die Inbetriebnahme der FAB geeinigt, die sechs Monate vor dem ursprünglichen Vorschlag der Europäischen Kommission liegt.

Der Betrieb der FAB ist das wichtigste Element bei der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftraums. Daher begrüße ich das im November des vergangenen Jahres unterzeichnete Übereinkommen für den größten FAB, der Mitteleuropa abdeckt.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um die Europäische Kommission aufzurufen, Unterstützung zu leisten, indem sie das Vorhaben im Hinblick auf den Donau-FAB für Rumänien und Bulgarien als Teil des TEN-T-Finanzrahmens genehmigt.

Mit der Unterstützung der Vertreter der französischen und tschechischen Ratspräsidentschaft, denen ich an dieser Stelle danken möchte, ist es uns erfolgreich gelungen, ein ausgewogenes Verhältnis von entscheidungsfindenden Beziehungen und Fähigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission zu finden, insbesondere im Hinblick auf die leistungsabhängige Regelung, die in dem Paket „Einheitlicher Europäischer Luftraum II“ eine Schlüsselrolle spielt.

Die Kommission trifft die Entscheidungen betreffend der ordnungsgemäßen Harmonisierung und der Umsetzung der Ziele, die von den nationalen Leistungsplänen abgedeckt werden.

Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission wurde um zwei weitere, vom Parlament eingebrachte Elemente ergänzt. Das Erste hiervon ist der Systemkoordinator für funktionale Luftraumblocks. Wir hielten es für notwendig, basierend auf dem TEN-T-Modell einen Koordinator zu ernennen, um die Unterzeichnung von FAB-Betriebsvereinbarungen zu erleichtern und somit das Verfahren zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftraums zu beschleunigen. Das zweite Element betrifft die Klärung des Konzepts „Gemeinsame Vorhaben“ und die Definition diesbezüglicher Finanzierungsquellen.

Dem Europäischen Parlament ist es auch gelungen, ein besonderes Augenmerk auf den menschlichen Faktor zu lenken. Der mit dem Rat erzielte Kompromiss klärt ebenso die Abhängigkeiten zwischen SES II und EASA, wobei berücksichtigt wird, dass bei einer Erweiterung der Befugnisse der Agentur auf Flugplätzen Flugverkehrsmanagement/Flugnavigationsdienste und Flugverkehrskontrolle das eigentliche „Sicherheitselement“ in dem Paket sind.

Ich denke, dass dies extrem wichtig ist, um eine klare, umfassende Definition für Flugplätze zu erarbeiten, die unter diese Verordnung fallen.

Die neuen Spezifikationen der EASA müssen sich in die bestehenden integrieren lassen. Darüber hinaus wurde die Gelegenheit gegeben, die bisher zugestanden Ausnahmeregelungen zu nennen. Es ist mir auch

gelingen, Bestimmungen betreffend der Notwendigkeit einer Stärkung und Ausweitung des Konsultationsprozesses unter Einbeziehung aller Beteiligten einzuführen.

Die Berichte, über die morgen abgestimmt wird, stellen einen wichtigen Schritt nach vorn auf dem Weg zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftraums dar, und ich bin sicher, dass sie einen Erfolg und einen Triumph für alle Beteiligten bedeuten.

**Antonio Tajani**, *Vizepräsident der Kommission*. – (IT) Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Einen Tag vor den Europawahlen und zwei Wochen vor der Verabschiedung des dritten Maßnahmenpakets für den Seeverkehr stehen die Institutionen der Europäischen Union kurz davor, den EU-Bürgern ein weiteres positives Signal zu senden, das zeigt, dass insbesondere in dieser Krisenzeit Kommission, Parlament und Rat auf der Seite der Bürger stehen und imstande sind, eine schwierige Krise zu bewältigen und praktische Antworten zu liefern.

Die Reform zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftraums ist ein wichtiges Signal, das Folgen für die Branche und Bürger haben und die Umweltverschmutzung verringern wird. Die Daten zu den Schwierigkeiten, denen das Luftverkehrsgewerbe gegenübersteht, sind bekannt. Heute sind weitere Daten eingetroffen, die ich im weiteren Verlauf noch anführen werde. Daher haben wir gezeigt, dass wir auf eine Krise reagieren können, was definitiv etwas Positives ist, da die Europäer dadurch merken, dass es die Institutionen gibt und dass diese in der Lage sind, sich Schwierigkeiten zu stellen.

Aus diesem Grund möchte ich dem Parlament für die schnelle Fassung dieses Beschlusses danken. Ich danke Herrn Marinescu, mit dem mich eine langjährige, durch unsere Zusammenarbeit Seite an Seite im Parlament entstandene Freundschaft verbindet. Ich kenne seine Fähigkeiten, die er wieder einmal bei seiner Arbeit an der Seite der Kommission unter Beweis stellen konnte, wobei er ein beeindruckendes Ergebnis in sehr kurzer Zeit erbrachte. Gemeinsam mit ihm möchte ich auch allen Schattenberichterstattern danken, die es den Institutionen wieder einmal ermöglicht haben, die Menschen in Europa zu unterstützen.

Dies ist sicherlich ein Zeichen für großes Engagement und etwas, das – ich wiederhole – eine wirksame Antwort darstellt. Der Luftverkehr wartet in der Tat auf praktische und konkrete Maßnahmen, die es möglich machen, nicht nur die Anforderungen der Fluggesellschaften, sondern insbesondere auch die der Passagiere zu erfüllen. Zu diesem Zweck habe ich auf der Einführung eines Dienstregulierers bestanden, um sicherzustellen, dass die Qualität der Dienstleistungen nicht durch Monopole beeinträchtigt wird. Weiterhin könnte die rasche Einführung eines Flugverkehrsnetzwerkmanagers – zusätzlich zur Erleichterung des Einsatzes nationaler Systeme – ein Beispiel für alle Transportarten setzen, auch für die Bereiche Telekommunikation und Energie.

Ich möchte auf die Unterstützung hinweisen, die das Parlament der Kommission im Hinblick auf die Entwicklung eines neuen Instruments für die Finanzierung von grenzübergreifenden Infrastrukturmaßnahmen auf Grundlage des SESAR-Programms u. a. angeboten hat. Das Parlament ist sich der Bedeutung der Partnerschaft bewusst und bekräftigt die bedeutende Rolle von Marktbeteiligten hinsichtlich der Umsetzung dieses ehrgeizigen Ansatzes.

Ich freue mich, dass das Parlament zusammen mit der Kommission in einer gemeinsamen Erklärung die Bedeutung des menschlichen Faktors anerkennt. Insbesondere hat das Parlament der Stärkung der Stellung des Militärs durch die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftraums zugestimmt – eine Position, der ich mich voll und ganz anschließe, nicht zuletzt weil ich selbst eine Zeit lang als Luftverteidigungsleitoffizier beim Militär beschäftigt war, wodurch mir die wichtige Rolle, den militärische Fluglotsen im Luftverkehr spielen, besonders bewusst ist. Ich möchte als Beispiel Einsatzzentralen anführen, die ich besucht habe, in denen zivile und militärische Fluglotsen Seite an Seite arbeiten, um die Sicherheit des Luftverkehrs zu garantieren.

Gemäß der gemeinsamen Erklärung, die ich unterstütze, muss die Kommission die Notwendigkeit bekräftigen, dass menschliche Faktoren angemessen berücksichtigt werden, um die Verordnungen zum gemeinsamen europäischen Luftraum effektiv umzusetzen. Es muss sich die Überzeugung durchsetzen, dass Sicherheit niemals eine Selbstverständlichkeit ist und die Kommission muss die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung der Sicherheitskultur anerkennen, insbesondere durch die Integration eines zuverlässigen Unfallwarn- und Just-Culture-Systems, um aus Unfällen lernen zu können.

Die Kommission erklärt, dass das Dienstmodell basierend auf einer echten Sicherheitskultur aufgebaut wird und als Sicherheitsgrundlage ein effektives Unfallwarn- und Just-Culture-System integriert wird. Es wird sichergestellt, dass die für die Sicherheit zuständigen Fachleute hierfür ausreichend qualifiziert sind, und es

wird die Einbeziehung von Personalvertretern in die Schaffung des gemeinsamen europäischen Luftraums auf nationaler, FAB- und Gemeinschaftsebene gefördert. Die Integration von menschlichen Faktoren bei der Schaffung des gemeinsamen europäischen Luftraums wird bis spätestens 2012 bewertet.

Folglich wird zum ersten Mal jeder Aspekt des gesamten Luftverkehrs betrachtet. Dank dieses neuen Ansatzes wird die Sicherheit von Bewegungen am Boden auf Flughäfen, in Luftkorridoren und bei Starts und Landungen von einer einzigen Instanz sichergestellt.

Daher stellt dies für die Agentur für Flugsicherheit den Beginn eines neuen Abschnitts dar. Eine solch rasche Verabschiedung des Pakets – und dafür danke ich Ihnen erneut – zeigt die starke politische Entschlossenheit auf europäischer Ebene, die großartigen Ideen einer meiner wichtigen Vorgängerpersönlichkeiten zu verwirklichen, die leider nicht mehr unter uns weilt: Loyola De Palacio. Sie wollte einen echten gemeinsamen Luftraum zugunsten der europäischen Bürger. Heute waren wir in der Lage, diese Reform zu verwirklichen.

**Teresa Riera Madurell**, *Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie.* – (ES) Frau Präsidentin! Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie sieht den Vorschlag der Kommission als positiv an, da dieser Mängel des ersten Pakets im Hinblick auf Kohärenz, Wirksamkeit, Kostensenkung und verbesserte Verwaltung beseitigt.

Die wichtigsten Beiträge des Ausschusses für Industrie betreffen die Finanzierung. Der ATM-Generalplan erfordert große Summen, daher muss es möglich sein, dort, wo es notwendig ist, eine öffentliche Finanzierung zu nutzen, und die Anfangsinvestition sollte nicht von den Nutzern vorfinanziert werden.

Die Beiträge betreffen ebenso die Rolle von Eurocontrol, die unserer Ansicht nach komplett überarbeitet werden muss, um dessen verantwortungsvolle Führung und Kontrolle über die Erbringung von Dienstleistungen sicherzustellen. Was die Privatisierung von Dienstleistungen betrifft, bin ich immer noch der Meinung, dass es wirksamer ist, eine Prospektivstudie ohne jegliche vorgefasste Ideen durchzuführen, und dann entsprechend des Ergebnisses zu entscheiden.

Schließlich möchte ich noch einmal unterstreichen, dass die Schaffung eines gemeinsamen Luftraums von grundlegender Bedeutung ist, um Fortschritte in Richtung der Kyoto-Ziele zu erreichen, und dass ich als Spanierin zufrieden bin, dass der Fehler bezüglich Gibraltar richtiggestellt wurde.

Ich möchte der Kommission auch für die hervorragende Zusammenarbeit und den Dienststellen des Ausschusses für Industrie und meiner Fraktion für die wertvolle Unterstützung danken.

**Georg Jarzembowski**, *im Namen der PPE-DE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, lieber Herr Vizepräsident der Kommission, liebe Kollegen! Wir alle schulden dem Kollegen Marinescu großen Dank dafür, dass es ihm gelungen ist, in der kurzen Zeit mit Unterstützung des Vizepräsidenten der Kommission eine Einigung mit dem Europäischen Rat zu erreichen. Denn mit diesem zweiten Gesetzespaket wird es uns in den nächsten Jahren gelingen, die Luftraumkontrolle effektiver zu machen, bei den Kosten für die Fluggesellschaften und damit letztlich im Sinne der Verbraucher bis zu drei Milliarden einzusparen und die Umwelt um bis zu 12 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu entlasten. Dies sind kostenmäßig, verbrauchermäßig und umweltmäßig wichtige Ziele, die wir jetzt durchsetzen können.

Mit der ersten der beiden Verordnungen verpflichten sich die Mitgliedstaaten endgültig, das zu tun, was sie schon längst hätten tun sollen, nämlich innerhalb kurzer Zeit funktionale Luftraumblöcke zu errichten. In diesen nicht mehr national, sondern funktional nach Luftverkehrsströmen ausgerichteten Räumen kann der Luftraum einfach effektiver und sicherer kontrolliert werden, und unnötige Warteschleifen am Himmel können vermieden werden.

Ich bin sehr dankbar, dass die Kommission uns darin unterstützt hat und der Berichterstatter durchgesetzt hat, dass es einen europäischen Koordinator für die funktionalen Luftraumblöcke geben wird. Denn wir werden noch Probleme haben, durchzusetzen, dass diese neuen funktionalen Luftraumblöcke durch die Mitgliedstaaten tatsächlich eingerichtet werden. Es ist wichtig, dass ein Koordinator im Auftrag des Parlaments und der Kommission darauf dringt, dass sie tatsächlich geschaffen werden.

Für uns ist auch wichtig, dass die militärische Luftraumkontrolle integriert wird und dass wir einen wirklichen Masterplan für den einheitlichen europäischen Himmel entwickeln, der auch die technologischen Ergebnisse des Flugsicherungsforschungsprojektes SESAR anwendet und wirklich umsetzt. Für uns ist es schließlich wichtig, dass die EASA die Aufgabe bekommt, die Normen und Kontrollaufgaben für Flughäfen, Flugverkehrsmanagement und Flugsicherungsdienste durchzuführen. Diese Organisation muss rechtzeitig personell und materiell dafür ausgestattet werden. Wir setzen uns sehr dafür ein – und ich hoffe, die



Kommission unterstützt uns dabei –, dass die EASA für praxisnahe Lösungen auch tatsächlich bei allen neuen Aktivitäten die betroffenen Wirtschaftskreise konsultiert, damit es wirklich effektive Lösungen gibt.

**Ulrich Stockmann, im Namen der PSE-Fraktion.** – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Ein Liedtext lautet: „Über den Wolken muss die Freiheit wohl grenzenlos sein.“ Das ist falsch! Am europäischen Himmel haben wir einen Flickenteppich von 60 nationalen Kontrollzentren. Das sind doppelt so viele wie in den USA, bei einem halb so großen Luftverkehrsaufkommen. Zusätzlich verhindern militärische Sperrzonen geradlinige Flüge von einem Flughafen zum anderen. Das ist nicht zukunftsfähig, auch angesichts der Verdoppelung des Luftverkehrs alle 10-15 Jahre. Verdoppelt sich der Verkehr, so vervierfacht sich das Sicherheitsrisiko.

Das hat uns 2004 dazu veranlasst, den Einheitlichen Europäischen Luftraum auf den Weg zu bringen. Leider hat der Ministerrat damals durchgesetzt, dass die Mitgliedstaaten sich untereinander verständigen sollen, welche Luftraumblocke gebildet werden. Das war ein Fehler, denn die Mitgliedstaaten haben inzwischen viel Zeit vergeudet und sich in nationalen Kompetenzfragen verheddert.

Jetzt hat das Parlament mit einem guten Berichterstatter eine Verordnung zustande gebracht, die klare Zielvorgaben und Spielregeln für die erforderliche Integration bis 2012 auf den Weg bringt. Das ist ein Beitrag zur Sicherheit, zum Klimaschutz und zur Kostenreduzierung im Luftverkehr. Fünfzig Kilometer kürzere Flüge, 12 % weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen, 3 Milliarden Einsparungen für die Airlines, weniger Verspätungen für die Passagiere. Kurz, ich hoffe, dass diese Kreisgebietsreform am Himmel endlich gelingt und uns ein Stück weiter bringt.

**Nathalie Griesbeck, im Namen der ALDE-Fraktion.** – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Kolleginnen und Kollegen! Nun bin ich an der Reihe, meine Freude über diesen Bericht zum gemeinsamen europäischen Luftraum zum Ausdruck zu bringen. Er bedeutet einen wesentlichen Schritt vorwärts, den viele von uns begrüßen.

Diese beiden Verordnungen entsprechen hohen Erwartungen aufseiten aller betroffenen Akteure in allen Ländern der Union, da die übermäßige Zersplitterung des derzeitigen Systems hohe Kosten verursacht und vor allem in Sachen Verkehrsmanagement schwerwiegende Unzulänglichkeiten zur Folge hat.

Dank des neuen europäischen Luftraums werden Flugzeuge nach und nach nichtlineare Flugbahnen abschaffen, die sie derzeit befliegen müssen, um dann direkte und dementsprechend effizientere Flugbahnen zu nutzen, die vor allem auch für Reisende kostengünstiger sind.

Ich freue mich wirklich, dass dadurch natürlich die Umweltbelastungen in der Luftfahrt verringert und die Kosten für den Verbraucher gesenkt werden.

Zusammen mit der Harmonisierung der Sicherheitsstandards stellt auch dies einen wesentlichen Schritt nach vorn dar. Dadurch wird natürlich gleichzeitig der Luftverkehr sicherer und schneller, aber und vor allen Dingen auch weniger umweltschädlich und billiger.

Im Namen der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa fordere ich die Kommission dennoch auf, insbesondere finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Dies sind logischerweise die Mittel für die transeuropäischen Netze, aber auch Beiträge der Europäischen Investitionsbank, die zur Finanzierung aller gemeinsamen Vorzeigeprojekte zur Verbesserung des europäischen Luftverkehrs dienen.

Ich glaube, dass das Parlament wieder einmal Meinungsverschiedenheiten erfolgreich überwunden hat, um vorwärtszukommen und dem Rat den Anstoß zu geben, bei diesem Bericht zu einer raschen Einigung zu gelangen, was für die europäische Luftfahrt und eine Verringerung der Umweltbelastung überaus wichtig ist. Ich freue mich ebenso wie der Kommissar, dass wir unseren Mitbürgern dadurch ein konkretes, greifbares Signal senden.

**Roberts Zīle, im Namen der UEN-Fraktion.** – (LV) Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin. Ich begrüße die Tatsache, dass die neuen Rechtsvorschriften Flugverkehrsmanagement-Technologien vereinigen und weitere Fortschritte auf dem Weg zu einem kombinierten funktionalen Luftraumblock-System erzielen werden und somit die Fragmentierung des Luftverkehrs der Europäischen Union verringern. Entsprechend werden durch eine effizientere Planung von Luftverkehrswegen der Treibstoffverbrauch und schädliche Emissionen verringert, wodurch der Luftverkehr umweltfreundlicher wird. In Bezug auf die diskriminierenden und rechtswidrigen Zahlungen jedoch, die Russland von Fluggesellschaften der EU für Flüge über Sibirien kassiert, konnten wir der Europäischen Kommission leider keinen Mechanismus bereitstellen, der ihren Standpunkt zu diesem Thema in den Gesprächen mit Russland klarmachen würde. Aus meiner Sicht muss die Europäische Union jedoch auf die eine oder andere Weise über diesen Mechanismus verfügen, um Einfluss auf Situationen

auszuüben, in denen ein Nicht-EU-Land Luftfahrtunternehmen der Europäischen Union diskriminiert. Das Prinzip eines solchen Mechanismus ist de facto nichts anderes als Gleichberechtigung, und für diese Aufgabe müssen wir also noch eine Lösung finden. Ich danke Ihnen.

**Eva Lichtenberger**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Herzlichen Dank zuerst an den Berichtersteller, der mit sehr viel Engagement und Sachwissen in diese Verhandlungen gegangen ist. Es waren notwendige Verhandlungen, denn die Grenzen am Himmel sieht man zwar nicht, sie waren aber deutlich vorhanden. Sie waren vor allem auch nationale Grenzen auf der Basis – das muss man auch offen sagen – nationaler Egoismen, die hier eine große Rolle gegen die Vereinheitlichung im europäischen Luftraum gespielt haben.

Nun müsste man eigentlich aufgrund der Reisegeschwindigkeiten, der Sicherheitsanforderungen, des extremen Wachstums im Flugverkehr glauben, dass es schon viel früher zu Verbesserungen hätte kommen müssen, wenn man schon seit 2004 über die Idee der Luftraumblöcke spricht und verhandelt. Ich glaube, wir können hier einen wesentlichen Fortschritt erreichen. Es ist nicht nur die Verbesserung der Flugrouten, es ist nicht nur eine erhöhte Bequemlichkeit auch für Passagiere und bessere Kalkulierbarkeit, es ist auch, wenn es gut realisiert wird, eine Einsparung von Emissionen. Die brauchen wir im Flugverkehr, eben weil er so stark wächst, ganz dringend, und weil unser *emission trading* im Flugverkehr nicht wirklich gut gewesen ist.

Der Rat hat bis zum Schluss gebremst. Seine Bremsungen waren nicht so erfolgreich, wie er es sich erhofft hat, deswegen kann sogar ich zustimmen.

**Michael Henry Nattrass**, *im Namen der IND/DEM-Fraktion*. – Frau Präsidentin, in diesem Gebäude gibt es einen unersättlichen Bedarf an Macht und Kontrolle – Kontrolle in einem Ausmaß, von dem bisher nur die UdSSR geträumt hätte. EU-Kontrollen, die Innovationen abwürgen und die Kraft der EU zunichtemachen, um die Marktnachfrage zu verzerren, und die den Erwartungen der Wähler diametral entgegenstehen. Da reicht nicht einmal der Himmel als Grenze aus.

Unter dem Deckmantel der Effizienz möchte die EU – einer der ineffizientesten Bürokratieapparate der Welt – die Effizienz am Himmel steuern. Die EU bemüht sich, Verfechtern des freien Marktes, wie beispielsweise Easyjet und Ryanair, Hindernisse bei Innovationen in den Weg zu legen, da diese die Öffentlichkeit zufriedenstellen; und wir wissen, wie die EU die Öffentlichkeit ignoriert. Die EU möchte einen Systemkoordinator für funktionale Luftraumblöcke. Das ist ein schicker Titel für einen Diktator, der über die Luftverkehrskontrolle, Flughäfen und auch die Industrie herrscht.

Das ist dieselbe Art von übermäßiger Kontrolle, die letztlich auch die UdSSR in Vergessenheit hat geraten lassen. Und das alles, um unter wessen Flagge zu fliegen? Hier geht es einzig und allein um das Schwingen der EU-Flagge. Es geht nicht darum, den Interessen der Öffentlichkeit zu genügen, und es hat nichts mit der Nachfrage zu tun. Erfolg ist abhängig von Effizienz und Bedarfsdeckung, was nur auf einem freien Markt erreicht werden kann, und nicht durch schädliche EU-Kontrollen, nicht mit dem EU-Mangel an Verständnis und nicht mit dem EU-Mangel an Kompetenz, wie sie hier in diesem Gebäude an den Tag gelegt werden.

Lassen Sie uns die Effizienz wiederbeleben, indem wir die Nachfrage das Angebot regeln lassen und Innovationen zulassen. Dies ist nicht die Aufgabe der EU. Bitte stimmen Sie dagegen.

**Luca Romagnoli (NI)**. – (IT) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftraums und bin hinreichend sicher, dass sich dadurch Effizienz und Sicherheit und auch die Umweltverträglichkeit des Luftverkehrs verbessern werden.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass Italien bereits das Projekt „Blue MED“ zusammen mit Zypern, Griechenland und Malta gestartet hat. Hierbei handelt es sich um einen funktionalen Luftraumblock, der die Flugeffizienz verbessert und eine präzise Kosteneinsparung ermöglicht hat, indem die Fragmentierung des Himmels über einem großen Bereich des Mittelmeers beseitigt wurde. Kurz gesagt, wenn das Ziel darin besteht, die Transparenz zu erhöhen – und mit diesem Punkt wende ich mich an den Kollegen, der vor mir gesprochen hat –, und die Arten von Anreizen eingeführt werden, die die Dienste effizienter gestalten, dann können wir zurecht sagen, dass wir zufrieden sind.

Schließlich begrüße ich auch die Zielsetzung, die Flughafenverwaltung zu optimieren. Daher hoffe ich, dass etwas unternommen wird, um den Passagierservice auf Flughäfen zu verbessern, der, wie z. B. im Fall des Flughafens in Rom, häufig zu Wünschen übrig lässt. Ich möchte Herrn Marinescu für seinen ausgezeichneten Bericht und der Kommission für die Initiative danken.

**Reinhard Rack (PPE-DE).** - Frau Präsidentin! In den beiden Berichten Marinescu geht es um die bessere Organisation des Flugverkehrs in Europa. Und hier ist es nicht zuletzt dank der wichtigen und erfolgreichen Arbeit unseres Berichterstatters gelungen, in einem *first reading agreement* sehr viel zu erreichen. Das ist wichtig, auch und gerade in einer Zeit, in der es der europäischen Luftfahrtindustrie, aber auch der Luftfahrtindustrie weltweit wahrlich nicht gut geht.

In dieser aktuellen Krise sollten wir uns aber nicht nur um bessere Funktionalität hier und heute kümmern. Wir sollten auch alte wichtige Anliegen nicht aus den Augen verlieren. Passagierrechte: Wir haben seinerzeit bei der vorletzten Krise – 11. September – eine Passagierregelung zum Thema *denied boarding* und Verspätungen konstruiert, wo wir ganz bewusst auch die Schutzbedürftigkeit der Luftfahrtindustrie als Maßstab genommen haben, und nicht nur die Schutzbedürftigkeit der Passagiere. In der aktuellen Situation – Krise plus schlechtes Winterwetter – nutzen die Fluglinien das schamlos aus. Schamlos!

Nächster Punkt: *liquids*. Es kommt zurzeit sehr, sehr viel vom Himmel, die alte Regelung für Flüssigkeiten gilt allerdings nach wie vor. Sie gibt niemandem mehr Sicherheit. Sie gibt vielleicht ein paar Menschen Beschäftigung in der Sicherheitskontrolle am Flughafen. Sie ärgert sehr viele, und wie gesagt: außer Alibi nichts gewesen. Herr Vizepräsident, Sie haben uns seinerzeit versichert, wie es bereits auch Ihr Vorgänger getan hat, dass das Unding abgeschafft wird, wenn sich nach Kontrollen herausstellt, dass es hier keine zusätzlichen Sicherheitsgewinne gibt. Wir warten dringend darauf, dass das Unding abgeschafft wird.

**Jörg Leichtfried (PSE).** - Frau Präsidentin! Es ist nicht nur so, dass Flugzeuge heutzutage schon nationale Grenzen überfliegen. Auch wenn es die Herren da ganz rechts oben, die sich, wenn sie nicht gerade Unqualifiziertes von sich geben, hinter ihren schönen Fahnen verstecken, wahrscheinlich noch nicht mitbekommen haben: Es ist so, dass auch der europäische Luftraum vollkommen liberalisiert ist, und aus dieser Situation heraus ist es unbedingt notwendig, dass dieser liberalisierte Luftraum auch zentral gesteuert, zentral überwacht und zentral funktionell gemacht wird. Und diese beiden Berichte sind der richtige Weg, das zu tun.

Es ist unbedingt notwendig, die Flugbewegungen in Europa besser zu koordinieren. Es ist unbedingt notwendig, gleiche Sicherheitsstandards überall auf hohem Niveau zu schaffen, und so bin ich überzeugt davon, dass dieser Weg, den wir hier eingeschlagen haben, der richtige ist. Derzeit wird aufgrund dieser Luftraumüberwachungsblöcke, die wir haben, immer noch viel zu viel, viel zu lange und viel zu umständlich geflogen. Es wird auch viel zu viel CO<sub>2</sub> ausgestoßen, und die Fluglinien haben enorme Kosten. All dies wird durch eine Regelung, wie wir sie morgen beschließen werden, dann verändert und verbessert.

Ich möchte die Gelegenheit noch nutzen, um mich beim Berichterstatter, Herrn Marinescu, für die sehr gute Zusammenarbeit zu bedanken. Ich denke, wir haben gemeinsam für die Menschen in Europa etwas sehr Gutes erreicht. Und das ist unsere Aufgabe.

**Robert Evans (PSE).** - Frau Präsidentin, Herr Tajani sagte zu Beginn der Debatte, dass dies ein gutes Signal an die Bürgerinnen und Bürger Europas sendet. Ich stimme zu, und darin besteht der Zweck unserer Arbeit.

Ich möchte insbesondere auf Flugplätze verweisen, da es wichtig ist, dass wir diese Einrichtungen unter dem Dach einer sinnvollen europäischen Gesetzgebung zusammenführen. Ich halte es für vernünftig, da dadurch die Bürger geschützt werden, und wir tun dies, indem wir den Aufgabenbereich der EASA erweitern.

Es gibt jedoch ein paar Bereiche, zu denen ich gern ein wenig Klarheit schaffen würde. Ich denke, es ist richtig, wenn wir kleine Flugplätze außen vor lassen, die nur dem Erholungs- und Freizeitgestaltungsaspekt des Fliegens dienen, und diese vom Geltungsbereich ausnehmen. Der von Herrn Marinescu und anderen eingebrachte Änderungsantrag 44 ist wichtig, da dieser die Grundlagen vom Gewicht des Flugzeugs auf die Start- und Landebahnlänge von 800 m ändert. Könnten mir jedoch Herr Kommissar oder Herr Marinescu zusammenfassend zusichern, dass die Definition von „Zur öffentlichen Nutzung“ richtig erläutert wurde, damit es keine Unklarheiten im Hinblick auf die eigentliche Definition von „Öffentlicher Nutzung“ gibt? Könnten Sie erklären, ob es kommerziell nutzbar bedeutet, ob es bedeutet, dass Menschen Flugtickets kaufen können, oder ob es bedeutet, dass die Öffentlichkeit tatsächlich Zugang erhalten kann? Dies könnte ein zukünftiger Stolperstein sein, den wir hoffentlich klären können.

**Antonio Tajani, Vizepräsident der Kommission.** – (IT) Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich sehr, dass das Parlament einstimmig bzw. fast einstimmig zugunsten der Reform zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftraums abgestimmt hat. Ich verstehe, dass nur Herr Natrass dagegen ist, allerdings verstehe ich nicht warum. Vielleicht habe ich den Reformentwurf zur Schaffung des gemeinsamen europäischen Luftraums nicht verstanden, oder er hat ihn nicht richtig

gelesen. Ich verstehe nicht, was die Sowjetunion damit zu tun hat: Jeder kann sagen, was er möchte; die Sowjetunion lässt bei mir keine nostalgischen Gefühle aufkommen.

Im Hinblick auf die ernstesten Punkte, die in der Debatte zur Sprache gekommen sind, möchte ich darauf hinweisen, dass die Antwort, die wir angesichts einer Krise im Luftverkehrsgewerbe anbieten, eine praktische ist. Die Daten, die heute von der IATA bereitgestellt wurden, bieten Anlass zur Sorge. Nach Angaben des Generaldirektors belaufen sich die Verluste des Sektors in diesem Geschäftsjahr auf 4,7 Milliarden US-Dollar bzw. fast 3,5 Milliarden Euro, was noch schlechter ist als ursprünglich erwartet. Die Gewinne werden um 12 % zurückgehen.

Auf diese Weise mit einer derartigen Krise konfrontiert, sind wir dennoch fähig, kostensenkende Standards einzuführen. Insgesamt sollte die gesamte Reform einschließlich SESAR, sobald sie angewendet und vollständig umgesetzt wurde, zu einer Gesamtersparnis von ca. 40 Milliarden Euro führen. Die nächste Zahl, die wichtig ist – und ich denke, dies liegt auch Herrn Lichtenberger am Herzen –, betrifft die Verringerung der Umweltbelastung, die erheblich sein wird.

Im Hinblick auf die von Herrn Zile angesprochenen Probleme zum Thema Gegenseitigkeit und Überflugsteuern, die für Flugzeuge erhoben werden sollen, die Sibirien überfliegen: Dies war Gegenstand einer mit Russland unterzeichneten Vereinbarung, nur wurde dies schließlich nicht angewandt. Wir haben das Problem bei mehreren Treffen mit den zuständigen Verkehrsministern angesprochen. Wir haben es auch beim letzten Gipfel der Europäischen Union in Moskau mit Herrn Putin, Herrn Medwedew und dem Verkehrsminister angesprochen, mit dem ich mich auf bilateralem Weg ausgetauscht habe. Ich sehe nicht, dass Russland wesentliche Fortschritte macht, wir sollten allerdings beharrlich sein.

Das Prinzip der Gegenseitigkeit, das in den Text integriert hätte werden müssen, erhielt keine Unterstützung vom Rat. Die meisten Mitgliedstaaten waren dagegen, daher fand beim letzten Treffen des Verkehrsministerrates eine Aussprache statt. Weil es diesbezüglich keinen Konsens gab, wurde die Gegenseitigkeit nicht in den Rechtstext aufgenommen.

Im Hinblick auf die von Herrn Romagnoli erwähnten Probleme auf den Flughäfen in Rom kann ich sagen, dass Prüfungen wie gewöhnlich stets von der Europäischen Kommission durchgeführt werden. Ich kann sagen, dass bei der Anwendung der Verordnung zur Sicherung von Passagieren mit eingeschränkter Mobilität die Flughäfen Fiumicino und Ciampino beispielhaft sind, da sie die Gemeinschaftsverordnung früher als andere Flughäfen angewendet haben, und zwar derart früh, dass ich die neue Regelung sogar Ende Juli des letzten Jahres auf dem Flughafen Fiumicino präsentiert habe.

Das bedeutet nicht, dass wir uns auf unseren Lorbeeren ausruhen sollten. Ich denke vor allem an die skandalöse Tatsache, dass weltweit 42 Millionen Gepäckstücke fehlgeleitet werden, und an 1 Million Koffer oder Taschen, die verloren gehen. Angesichts dieser Zahlen habe ich eine Untersuchung durch die Generaldirektion Energie und Verkehr eingeleitet. Ich habe einen Monat Zeit eingeräumt, um Antworten von allen zuständigen Organisationen einzuholen. Sollten die Antworten die in der Presse genannten Zahlen bestätigen, werde ich mich daran machen, eine Reform der bestehenden Verordnung vorzuschlagen, die ich im Hinblick auf den Fahrgastschutz für etwas schwach erachte. Ich denke zum Beispiel daran, nationale Behörden mit der Aufgabe zu betrauen, die Anwendung der Gemeinschaftsverordnung zu überprüfen.

Meine Aufmerksamkeit gilt hierbei sicherlich besonders den Rechten der Passagiere, und damit möchte ich Ihnen, in Antwort auf die von Herrn Romagnoli gestellte Frage, und dem gesamten Parlament mein fortwährendes Engagement für die verstärkte Sicherstellung der Passagierrechte versichern und bestätigen. Es ist kein Zufall, dass im Anschluss an die Vorlage und Billigung der Verordnung zum Flugverkehr nun Verordnungen zum See- und Busverkehr diskutiert werden.

Ich möchte Herrn Evans auch sagen, dass die berücksichtigten Kriterien, die er angesprochen hatte, der Handelswert von Flughäfen und die Start- und Landebahnlänge sind. Die Definition, von der er gesprochen hat, wurde durch die genannten Kriterien ersetzt.

Ich glaube, ich kann Ihnen erneut danken und auf der Problematik Flugsicherheit beharren, die mit dieser Reform verbessert wird, obwohl ich auch überzeugt bin, dass das Fliegen im europäischen Luftraum heute sowieso schon sicher ist. Aber was Sicherheit betrifft, kann man sicherlich nie genug tun. Wir müssen stets noch mehr unternehmen, und daher werde ich mich in all diesen Sektoren, in denen die Verkehrssicherheit noch verbessert werden kann, weiterhin entschlossen dafür einsetzen. Ich werde versuchen, dem Parlament und dem Rat Vorschläge zu unterbreiten, die den EU-Bürgern zeigen, dass die europäischen Institutionen dafür da sind, ihnen zu helfen.

Abschließend möchte ich Ihnen erneut meinen Dank aussprechen. Ich danke Herrn Marinescu und natürlich allen Mitgliedern des Parlaments, allen Koordinatoren und allen gewählten Vertretern, die sich in dieser Aussprache zu Wort gemeldet haben, da wir dies ohne ein derart starkes Engagement vom Parlament nicht erreicht hätten – das bei dieser Gelegenheit gezeigt hat, dass es keine Zeit verlieren möchte –, für die praktische Einmischung in Angelegenheiten, die die EU-Bürger direkt betreffen, wozu sich das Parlament gemeinsam mit der Kommission verpflichtet hat. Ich danke ebenso den Dienststellen der Europäischen Kommission, die so viel getan haben, und freue mich, dass bei den Vorträgen noch jemand anderes den Dienststellen seinen Dank für die gute Zusammenarbeit ausgesprochen hat.

Gemeinsam war es uns auch möglich, der Luftfahrtindustrie deutlich zu machen, dass die Institutionen in der Lage sind, so möchte ich wiederholen und betonen, eine schwierige Krise zu bewältigen. Ich glaube, dass die europäischen Bürger, die Unternehmen keine flächendeckende Hilfe von uns oder bloße legislative Maßnahmen erwarten, sondern dass man ihnen zeigen muss, dass die Institutionen fähig sind, Einsatz zu zeigen und die Bürger, Unternehmer und all jene zu unterstützen, die sich für die Bewältigung dieser Krise engagieren. Sie müssen spüren, dass die Institutionen imstande sind, ihnen beizustehen und dabei zu helfen, diese für die europäische Wirtschaft so schwierige Zeit gemeinsam zu überstehen. Und das wird sie – davon bin ich vollends überzeugt –, indem ernsthafte und konkrete Regeln umgesetzt werden, die für alle gelten.

Der Mangel an Regeln und das Vorhandensein schwacher Regeln hat zur Finanz- und Wirtschaftskrise geführt. Wir Europäer, die wir uns als Teil einer Kultur begreifen, die auf dem römischen Recht und dem Code Napoléon beruht, einer Kultur, die auf Regeln und der Einhaltung von Regeln basiert, sind überzeugt, dass wir dank dieser Regeln imstande sind, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu bewältigen und wir vor allem verstärkt dazu in der Lage sind, ein System aufzubauen, das nicht nur frei ist, sondern das auch finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten bewältigen kann.

Ich möchte Ihnen noch einmal für Ihr großartiges Engagement danken. Ich freue mich, dass ich an diesem wichtigen politischen Augenblick gemeinsam mit Ihnen teilhaben kann.

**Marian-Jean Marinescu, Berichterstatter.** – (RO) Nur ein paar kurze Antworten.

Zum Thema Eurocontrol: Der Reformprozess hat begonnen, so dass die neuen Aufgaben wahrgenommen werden können. Zum Thema „Herr des Himmels“: Ich denke, die glücklichsten Organisationen nach Billigung dieses Berichts werden wohl die Fluggesellschaften, einschließlich Ryanair, sein.

Zum Thema „Öffentliche Nutzung“: Das ist die Beschreibung, die auch Flughäfen für Flug-Clubs oder Flughäfen für nichtgewerbliche Luftfahrt ausschließt. Das ist der Grund dafür, weshalb wir diese Flughäfen von der Verordnung ausnehmen wollten, um die Dinge nicht unnötig zu verkomplizieren.

Ich möchte Ihnen auch für die positiven Rückmeldungen für meine Bemühungen danken. Ich denke allerdings, dass ich diese Aufgabe keinesfalls allein hätte erledigen können. Daher möchte ich mich bei den Berichterstattern der anderen politischen Fraktionen, Herrn Stockmann, Herrn Leichtfried, Herrn Degutis, Herrn Zile und Frau Lichtenberger, für deren besonderen Beitrag zu diesem Dossier und für die Unterstützung bei den Verhandlungen mit dem Rat herzlich bedanken.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Mehrheit der Vorschläge in den für diese Plenarsitzung eingereichten Änderungsanträgen von Herrn Kohlíček und Herrn Markov bereits Bestandteil des mit dem Rat geschlossenen Kompromisses sind.

Herr Kommissar, ich gratuliere Ihnen zu diesem Erfolg. Ich hoffe, dass dies morgen durch die Abstimmung im Parlament bestätigt wird, sowie am Monatsende durch den Rat.

Ich möchte dem Expertenteam der Kommission danken, das mit uns am Zustandekommen dieser Vereinbarung gearbeitet hat. Ebenso danke ich der französischen und der tschechischen Präsidentschaft für ihre Bemühungen, ganz besonders Thierry Boutsen und Vera Zazvorkova.

**Die Präsidentin.** – Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt morgen (Mittwoch, 25. März 2009).

#### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)**

**Šarūnas Birutis (ALDE), schriftlich.** – (LT) Obwohl das heutige europäische Luftverkehrssystem als sehr sicher gilt, werden durch den rapiden Anstieg des Verkehrsaufkommens wahrscheinlich neue Herausforderungen im Bereich Sicherheit entstehen. Wir müssen daher auf Gemeinschaftsebene Maßnahmen

ergreifen, um das Sicherheitsniveau auch in Zukunft beizubehalten bzw. möglicherweise noch zu verbessern. Der wichtigste Aspekt ist die Erneuerung und Vereinheitlichung von Standards in jenen Segmenten, die noch nicht durch EU-Gesetze geregelt sind (und die aus diesem Grund durch zersplitterte Rechtsverhältnisse und eine mangelhafte Durchsetzung gekennzeichnet sind), um diese in den einzelnen Ansatz zu integrieren. Diese Beschreibung trifft besonders auf zwei Elemente der Lufttransportkette zu, die vom Standpunkt der Sicherheit her gesehen sehr wichtig sind, da sie potenziell den Bereich mit dem höchsten Risiko darstellen.

**Christine De Veyrac (PPE-DE), schriftlich.** – (FR) Zwischen Rat und Parlament wurde ein Kompromiss erzielt, der es ermöglicht hat, dass diese beiden Dossiers in erster Lesung angenommen wurden.

Ich begrüße diese Einigung, die einen wichtigen Schritt bei der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftraums bedeutet.

Dadurch werden wichtige Verbesserungen hinsichtlich Flugzeiten, Kraftstoffverbrauch, Reisekosten und CO<sub>2</sub>-Emissionen ermöglicht.

Während in der ersten Verordnung die Leistung und Modernisierung des europäischen Luftfahrtssystems hervorgehoben wird, konzentriert sich die zweite auf die Sicherheitsanforderungen und stellt sicher, dass diese wichtige Entwicklung im Management des Flugverkehrs in Europa nicht zulasten der Sicherheit von Flugzeugen und der Passagiere geht.

Das Parlament hat dafür gekämpft, dass über diese beiden Texte, die sich hervorragend ergänzen, zusammen abgestimmt wird, und ich freue mich, dass es dem Parlament gelungen ist, den Rat in dieser Hinsicht zu überzeugen.

Mitgliedstaaten, Fluggesellschaften und Passagiere, sie alle profitieren von dieser Neuregelung, die den Luftverkehr auf die kommenden Jahrzehnte vorbereiten wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Kathy Sinnott (IND/DEM), schriftlich.** – Bei der Schaffung einer Luftverkehrspolitik muss die Sicherheit stets im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen. Ich schätze die Ziele dieses Berichts, die Luftfahrt für alle Beteiligten sicherer und effizienter zu gestalten, sehr.

Wir müssen alle Schritte ergreifen, um die Sicherheit zu verbessern; gleichzeitig müssen wir aber auch Flughäfen und Luftverkehrsbehörden bei der Einhaltung unterstützen. Die Entwicklung eines einheitlichen normativen Rahmens und die Einführung neuer Technologien sind kostspielig. Für regionale Flughäfen wird es möglicherweise sehr schwer sein, die zusätzlichen Kosten für die Aktualisierung ihrer Systeme aufzubringen.

Der Flughafen Shannon im Westen Irlands leistet Flugsicherungsdienste für einen großen Bereich des Nordatlantiks. Allerdings ist möglicherweise ein Flughafen, der in den letzten zehn Jahren viele Flugstrecken eingebüßt hat, nicht in der Lage, die Mittel für Verbesserungen aufzubringen. In der derzeitigen wirtschaftlichen Situation wird es nicht einfach sein, Geld für eine neue Ausstattung und Schulungen zu leihen. Diese Kosten an die Verbraucher weiterzugeben, ist möglicherweise ein Ausdruck sinkender Renditen.

Um den Übergang zu einem sicheren Luftverkehr sicherzustellen, würde ich vorschlagen, dass die Kommission zweckbestimmte Mittel zur Unterstützung des Prozesses vorsieht.

(Die Sitzung wird um 20.00 Uhr unterbrochen und um 21.00 Uhr wieder aufgenommen.)

**VORSITZ: MARTINE ROURE**

Vizepräsidentin

### **13. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll**

### **14. Kompatibilität von Mobiltelefon-Ladegeräten (Aussprache)**

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt folgt die Aussprache über die mündliche Anfrage an die Kommission (B6-0225/2009) von Marco Cappato im Namen der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa zur Kompatibilität von Mobiltelefon-Ladegeräten (O-0057/2009).

**Marco Cappato**, *Verfasser*. – (IT) Frau Präsidentin, verehrte Kollegen! Die Tatsache, die wir besprechen, ist klar und einfach: In Europa sind ca. 500 Millionen Mobiltelefone in Gebrauch, und es werden 30 verschiedene Ladegerät-Typen verwendet. Wie lautet die technische Begründung für die verschiedenen Ladegerät-Typen? Es gibt keine. Sie sind einerseits eine bloße Quelle unfairer Spekulation seitens der Hersteller und andererseits eine Ursache offensichtlicher Umweltschäden, da infolge dieser unausweichlichen Falle, in der Verbraucher gefangen sind, hunderte Millionen von Ladegeräten alle zwei oder drei Jahre in die Umwelt gelangen.

Die Europäische Kommission – Herr Kommissar Verheugen – hat auf unsere Frage bereits sehr schnell reagiert. Wir haben Maßnahmen zur Standardisierung dieser Geräte gefordert, und heute sind wir hier, um den Kommissar nach dem aktuellen Standpunkt zu fragen. Ein möglicher Weg ist die Selbstkontrolle, womit ich eine rasche Einigung der Hersteller von Mobiltelefonen und somit von Ladegeräten auf die Einführung eines Standards meine, der dieser wahrhaft lächerlichen und schädlichen Situation ein Ende bereitet.

Wir möchten daher, Herr Kommissar Verheugen, geradeheraus sagen, dass wir, egal welche Garantie der Selbstkontrolle die Hersteller zu geben wünschen, deutlich klarmachen müssen, dass wir mit einer Verordnung eingreifen, wenn die Hersteller nicht ausreichend reagieren, und dass sich diese Verordnung nicht nur auf Mobiltelefone und zugehörige Ladegeräte beschränken, sondern auch für andere digitale Geräte gelten sollte, für die das gleiche Problem besteht. Auf diese Weise könnte Europa auch Standards auferlegen – und ich komme zum Abschluss, Frau Präsidentin –, die sich letztlich als internationale Standards durchsetzen könnten. Dies ist eine große Chance hinsichtlich einer technischen Angelegenheit, allerdings eine wichtige für die europäischen Verbraucher.

**Günter Verheugen**, *Vizepräsident der Kommission*. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin froh darüber, die Mitglieder des Europäischen Parlaments darüber informieren zu können, dass es tatsächlich Fortschritte bei der Harmonisierung von Ladegeräten für Mobiltelefone in Europa gibt.

Ich möchte aber zunächst Herrn Cappato und Herrn Manders für ihr großes Engagement danken, mit dem sie sich dieses Problems, das für die Bürgerinnen und Bürger in Europa tägliche Realität ist, angenommen haben.

Ich stimme völlig mit ihnen überein, dass mit der viel beklagten Inflation von Ladegeräten Schluss sein muss und Handys mit einem einzigen, standardisierten Ladegerät elektrisch versorgt werden müssen. Hunderte von Millionen unnützer Ladegeräte und Adapter in Europa sind eine unsinnige Umweltbelastung und gleichzeitig ein teures Ärgernis für die Verbraucher. Wer heute sein Handy wechselt, braucht meist auch ein komplett anderes Ladegerät; selbst unterschiedliche Modelle desselben Herstellers lassen sich oft nicht mit einem einheitlichen Adapter aufladen.

Das Thema ist nicht neu. Man muss allerdings wissen, dass das Aufladen eines Handys kein simpler Betankungsvorgang ist, sondern technisch anspruchsvoll. Vor einigen Jahren war die Technik noch nicht so ausgereift, dass eine vollständige Harmonisierung möglich war – es gab insbesondere Sicherheitsrisiken. Beim Aufladen eines Handys konnte es zu Überhitzungen oder sogar zu Explosionen kommen.

Diese Schwierigkeiten sind mittlerweile überwunden. Es gibt also keine technischen Gründe mehr, die gegen eine Harmonisierung sprechen.

Ich habe daher konkrete Schritte unternommen, um die Industrie dazu zu bewegen, ein einheitliches Ladegerät auf den Markt zu bringen.

Ich bin zuversichtlich, dass sich die Branche nun schnell bewegen wird – doch wir müssen als europäische Institutionen am Ball bleiben und wir dürfen unter keinen Umständen eine mögliche gesetzliche Regulierung ausschließen. Wie Sie vielleicht wissen, haben ja die Netzbetreiber bei ihrem letzten Kongress in Barcelona angekündigt, dass sie davon ausgehen, dass ab 2012 die meisten neuen Handys, die sie vertreiben, mit einem einzigen, standardisierten Ladegerät elektrisch versorgt werden können.

Das ist gut, reicht aber nicht! Die Kommission möchte eine vollständige Harmonisierung auf der Basis eines einheitlichen Standards und eine verbindliche Verpflichtung der Industrie, dass sie das tut. Die Kommission erwartet von der Industrie, dass eine bindende Einigung in der Form eines Memorandums bis Ende April erzielt wird. Dieses Memorandum soll von den großen Herstellern von Mobiltelefonen unterschrieben werden und sicherstellen, dass jedes Ladegerät fähig ist, jedes Mobiltelefon zu laden, und jedes Mobiltelefon von jedem Aufladegerät aufgeladen werden kann.

Die Kommission wird nicht zögern, einen Legislativvorschlag zu machen, wenn die Industrie nicht zu einer freiwilligen Einigung kommt.

Ich erwarte, dass sich für andere Geräte wie Digitalkameras oder MP3-Geräte das Problem automatisch lösen wird, wenn einmal der Durchbruch für Handys erzielt ist. Wenn das nicht der Fall sein sollte, dann ist auch hier ein gesetzliches Einschreiten nötig.

Die Kommission zählt weiterhin auf die wertvolle Unterstützung des Europäischen Parlaments, damit wir dieses Ärgernis jetzt endlich aus der Welt schaffen können.

**Paul Rübzig**, *im Namen der PPE-DE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, Herr Kommissar Verheugen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute können wir den Europäischen Tag des Handys feiern, denn wir haben heute gemeinsam mit Kommission und Rat die Roaming-Verordnung II beschlossen. Wir haben einen guten Abschluss gefunden, und das wird die Kosten der Benutzung dementsprechend senken. Das ist in einer Wirtschaftskrise ganz gut. Wir haben auch ein Kostensenkungsprogramm für die Ladegeräte in der Vorstellung. Das ist für die Bürgerinnen und Bürger in Europa sehr wichtig.

Beim Ladegerät geht es darum, dass man die Effizienzklassen auf einem Etikett angeben kann, ähnlich wie bei den Kühlschränken, so dass man sieht, wie viel Strom ein Ladegerät verbraucht. Es ist auch wichtig, dass man eine automatische Abschaltung gesetzlich zwingend vorsieht, also dass sich das Ladegerät automatisch abschaltet, wenn das Gerät aufgeladen ist. Ferner sollten wir auch unsere Normungsinstitute instruieren, hier Vorschläge zu erarbeiten, die es ermöglichen, dementsprechend vorzugehen.

Ich halte auch den vom Kommissar hier vorgestellten Zeitplan für gut, wonach bis April versucht werden soll, eine freiwillige Einigung zu erreichen, und danach die technische Gesetzgebung vorzusehen. Das ist natürlich nicht so leicht. Auf der einen Seite haben wir die Verbindung vom Ladegerät zum Handy. Das lässt sich sehr gut mit technischen Standards festsetzen. Auf der Seite der Steckdose stellt sich dann ein Problem, das wir aus der europäischen Normung kennen. Auch hier sollten Vorschläge entwickelt werden, um für dieses Problem, das ja nicht nur ein europaweites, sondern *de facto* ein weltweites Problem ist, eine Lösung zu finden. Vielleicht kann man hier auch die Internationale Normungsorganisation ISO einbinden, um eine Lösung rund um den Erdball zu finden.

**Silvia-Adriana Țicău**, *im Namen der PSE-Fraktion.* – (RO) Das derzeit diskutierte Thema betrifft einen Großteil der Verbraucher auf Ebene der Europäischen Union. Ich muss auch erwähnen, dass das Jahr 2009, das europäische Jahr der Kreativität und der Innovation, ein Jahr ist, in dem wir einen Schritt vorwärts in Richtung dieser Standardisierung machen können, wenn diese Vereinbarung von den Mobiltelefonherstellern unterzeichnet wird, wenngleich zunächst auch nur auf freiwilliger Basis.

Ich denke, dass wir vor allem einen gemeinsamen technischen Standard brauchen. Ich glaube auch, dass es wichtig ist, dass die europäischen Institutionen, die sich mit der Standardisierung beschäftigen, bei dieser Sache mitwirken, so dass eine angemessene Forschung auf Marktniveau angewendet werden kann.

Ich denke, dass auch eine Kampagne zur Aufklärung der Verbraucher wichtig ist, da allein die Kennzeichnung auf Mobiltelefonen zu deren Energieeffizienz nicht ausreicht. Ich glaube außerdem, dass es wichtig ist, dass eine Aufklärungskampagne zum Thema Ladegerät-Typen für Mobiltelefone gestartet wird.

2012 ist nicht mehr weit. Ich denke, wenn die Hersteller wirklich in diesen neuen, einzigartigen Ladegerät-Typ investieren, dann ist auch ausreichend Zeit, um die Frist bis 2012 einzuhalten.

Ich möchte allerdings erwähnen, dass infolge der Forschung bereits einige Anwendungen auf den Markt gekommen sind. Es gibt Ladegeräte, die verwendet werden können, um aus unmittelbarer Nähe zwei oder drei Geräte zu laden. Die Geräte können gleichzeitig geladen werden, Hersteller und Modell spielen dabei keine Rolle.

Daher müssen wir mehr in die Forschung investieren, und meiner Ansicht nach insbesondere in die Forschung auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien. Es gibt Fortschritte. Im siebten Forschungsrahmenprogramm wurden hohe Summen ausgezahlt. Es scheint allerdings, dass für einen recht kleinen Bereich wie den der Mobiltelefon-Ladegeräte noch nicht genug getan wurde. Daher denke ich, dass die Vereinbarung zwischen den Herstellern einen Schritt vorwärts bedeutet, der jedoch auch mit einigen gemeinsamen Standards einhergehen muss.

**Toine Manders**, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (NL) Frau Präsidentin, wir diskutieren heute ein Thema, das für Verbraucher von besonderem Interesse ist: ein Standardanschluss für Mobiltelefon-Ladegeräte. Als



Liberaler befürworte ich natürlich die Strategie, die Funktion des Binnenmarkts nicht einzuschränken und so wenig staatliche Eingriffe wie möglich in den Markt vorzunehmen. Die Verbraucher brauchen auch Wahlmöglichkeiten. Im Moment ist es so, dass Verbraucher, die ein neues Telefon kaufen, überhaupt keine Wahl haben. Das Ladegerät muss automatisch zusammen mit dem Telefon gekauft werden, was bei den Verbrauchern häufig auf große Verärgerung stößt. Darüber hinaus haben Studien gezeigt, dass Verbraucher 300 Millionen Euro im Jahr für neue Ladegeräte ausgeben, da diese automatisch beim Kauf neuer Telefone enthalten sind. Eine weitere Folge ist, dass auch die Umwelt mit einer Summe von 300 Millionen Euro im Jahr belastet wird, ganz zu schweigen von der immensen Energieverschwendung, die diese billigen Ladegeräte verursachen, da die Geräte nach dem Laden des Telefons häufig nicht aus der Steckdose gezogen werden und so weiter Energie verbrauchen.

Mein Kollege, Herr Cappato, und ich haben jahrelang die Einführung eines europäischen Standards gefordert, und ich möchte dem Kommissar wirklich dazu gratulieren, wie er dies geregelt hat, indem er ein wenig mit der Branche geflirtet hat, aber gleichzeitig auch Druck ausgeübt hat, indem er drohte: „Findet eine Lösung, oder wir führen verbindliche Rechtsvorschriften ein.“ Ich möchte ihm insofern noch mehr zu diesem Ansatz gratulieren, als ich als Liberaler gegen verbindliche Regelungen bin, wenn stattdessen Zureden schon helfen kann. Zureden bedeutet, dass Menschen sich entscheiden, etwas zu tun, weil sie darin Vorteile sehen, und ich denke, dass der Kommissar hierbei außergewöhnliche Erfolge erlangt hat.

Folgenden kleinen Witz habe ich schon einige Male erzählt: Als ich meine Frau vor 35 Jahren kennenlernte, habe ich sie durch Zureden dazu gebracht, mit mir auszugehen. Hätte ich sie dazu gezwungen, hätte sie sicherlich nicht den Mehrwert erkannt, den wir heute haben, und der Gedanke wäre schnell verfliegen. Ich glaube, dass dieses Beispiel auch auf die Industrie übertragen werden kann, da die Industrie, wenn sie das Problem allein lösen muss, bessere Arbeit leistet, als wenn ihr Politiker eine Lösung vorschreiben.

Daher denke ich, dass diese Lösung außerordentlich gut ist. Ich hoffe, dass es Ihnen rechtzeitig gelingt, nicht nur einen Standard für Mobiltelefon-Ladegeräte sondern auch für weitere elektrische Geräte einzuführen, da für diese die gleichen Probleme gelten. Wenn eine Familie über das Wochenende wegfährt, kann es gut sein, dass 30 Ladegeräte mitgenommen werden müssen. Es gibt immer Personen, wie beispielsweise auch hier in diesem Parlament, die fragen müssen, ob ihnen jemand ihr Ladegerät borgen kann, weil sie ihr eigenes vergessen haben. Dann muss auch noch das richtige Ladegerät für den entsprechenden Hersteller und das Modell gefunden werden. Noch einmal ein großes Lob an Sie, Herr Kommissar. Ich hoffe wirklich, dass dies im Jahr 2012 passiert, und ich hoffe auch, dass Sie entschlossen auftreten, wenn die Industrie ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, da dies sehr wichtig ist. Im Notfall müssen Sie zur Peitsche greifen, vorzuziehen ist allerdings eine Lösung, die durch Zureden und Selbstkontrolle erreicht wird. Dies ist Ihnen gelungen, und hierzu möchte ich Sie beglückwünschen.

**Paul Rübzig (PPE-DE).** - Frau Präsidentin! Ich habe an Herrn Kommissar Verheugen noch eine Frage: Es gibt ja die USB-2-Schnittstelle, die nicht nur Energie, sondern auch Daten transferieren kann. Wäre das nicht eine Alternativlösung?

**Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission.** - Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Rübzig, ich hatte mir das schon notiert, das wollte ich Ihnen gerade sagen, dass ich deshalb so entspannt bin in dieser Frage, weil ich nicht glaube, dass wir der Industrie das Leben unnötig schwer machen, denn der USB-Standard ist in der Tat bereits vorhanden. Alle meine Experten sagen mir, dass der vorhandene Standard für alle Geräte verwendet werden kann, die man in der Hand halten kann. Man kann ihn nicht gleichzeitig für große PCs und Mobiltelefone verwenden, aber für alle Geräte, die man mit der Hand bedient, ist es selbstverständlich möglich.

Das ist wohl auch die Antwort an Frau Țicău: Der Standard, nach dem Sie fragen, ist in Wahrheit bereits vorhanden. Außerdem darf ich Ihnen sagen, Frau Abgeordnete, dass sehr intensive Arbeiten im Gange sind, was die Frage des Energieverbrauchs und damit der Einwirkung auf die Umwelt durch solche Ladegeräte angeht. Wir werden uns mit dieser Frage spätestens dann beschäftigen, wenn wir an der Umsetzung der Richtlinie arbeiten, die sich mit den Produkten beschäftigt, die Energie verbrauchen, und für die wir Ihnen ja einen neuen Vorschlag vorgelegt haben.

Letzte Bemerkung, nochmals an Herrn Rübzig: Die Idee der automatischen Abschaltung halte ich für sehr gut. Das gilt übrigens nicht nur für Ladegeräte. Ich halte das für ein Thema, das sehr viel weiter geht. Die Kommission beschäftigt sich bereits damit und wird Ihnen über die Ergebnisse berichten.

**Die Präsidentin.** - Die Aussprache ist geschlossen.

## 15. Gemeinsame Konsularische Instruktion: biometrische Identifikatoren und Visumanträge (Aussprache)

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt folgt die Empfehlung für die zweite Lesung (A6-0143/2009) im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres zur Gemeinsamen Konsularischen Instruktion: Biometrische Identifikatoren und Visumanträge (05329/1/2009 – C6-0088/2009 – 2006/0088(COD)) Berichterstatterin: Baronin Ludford.

**Sarah Ludford, Berichterstatterin.** – Frau Präsidentin, dieser Kommissionsvorschlag, für den ich Berichterstatterin des Parlaments bin, ist nach der VIS-Verordnung, dem VIS-Zugangsbeschluss und den Maßnahmen zur Nutzung des VIS im Rahmen des Schengener Grenzkodex das vierte Element des Visainformationssystem-Pakets (VIS).

Durch die Änderung der bestehenden Gemeinsamen Konsularischen Instruktion ist zunächst die Pflicht vorgesehen, biometrische Identifikatoren zu erheben, die dann in das VIS eingespeist werden, und die hierfür geltenden Standards. Weiterhin sind Bestimmungen zur Organisation zum Erhalt von Visumanträgen enthalten.

Eine komplette Überarbeitung der Visaregeln ist mit dem Visakodex vorgesehen, für den mein Kollege der ALDE-Fraktion, Henrik Lax, Berichterstatter ist. Nach der Annahme wird dieses Gesetz, das wir derzeit diskutieren, zu einem wesentlichen Bestandteil des Visakodex werden. Der Grund für die Trennung der Vorschläge besteht darin, dass die Kommission annahm, dass die Verabschiedung des Kodex länger dauern würde als der vorliegende Vorschlag, und die Einführung des VIS sollte nicht durch die Verabschiedung des Visakodex verzögert werden.

Ich gehe davon aus, dass das zentrale VIS bis zum Dezember dieses Jahres fertiggestellt ist und seinen Betrieb Anfang 2010 in der ersten Region, Nordafrika, aufnehmen könnte. Ich habe recht lange mit dem Rat verhandelt. Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres hat meinen Bericht im November 2007 angenommen. Leider war keine Übereinkunft in erster Lesung möglich, also bat ich das Parlament im Juli 2008, meinem Bericht zuzustimmen; unter der französischen Präsidentschaft konnten wir allerdings hinreichende Fortschritte erzielen, so dass ich die Annahme dieses Kompromisses in zweiter Lesung empfehlen konnte.

Es gab vier offene Fragen: das Mindestalter für die Abnahme von Fingerabdrücken, die Ermutigung der Mitgliedstaaten zur Kooperation bei gleichzeitiger Zulassung von Verträgen mit externen Anbietern als letzten Ausweg, Datenschutz und Datensicherheit und Servicegebühren für externe Anbieter.

Zum Thema Fingerabdrücke schlug die Kommission vor, bei Kindern ab sechs Jahren Fingerabdrücke abzunehmen. Fingerabdrücke von jüngeren Kindern ändern sich sehr schnell, und ich bin nicht davon überzeugt worden, dass bereits ausreichende Informationen zur späteren Zuverlässigkeit von Fingerabdrücken vorliegen, wenn diese so früh abgenommen werden. Trotz vieler Anfragen wurden mir nie glaubwürdige, stichhaltige Beweise dazu vorgelegt, wie Fingerabdrücke, die im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren abgenommen werden, viele Jahre später die Grundlage für eine Überprüfung und Identifizierung darstellen können, ohne dass dabei Fehler auftreten.

Der Rat reagierte einmal mit dem Vorschlag, Fingerabdrücke bei jüngeren Kindern wie bei Erwachsenen alle zwei Jahre anstatt alle fünf Jahre abzunehmen. Dies wäre allerdings für Familien sehr ungünstig. Ich bestand also auf einem klugen und praktischen Ansatz mit einem höheren Mindestalter von zwölf Jahren. Der Rat stimmte zu, Kinder unter zwölf auszunehmen, wobei diese Altersbeschränkung nach drei Jahren im Anschluss an eine detaillierte Studie unter der Verantwortung der Kommission überprüft werden sollte.

Nun komme ich zu der Frage der Ermutigung der Mitgliedstaaten zur Kooperation bei gleichzeitiger Zulassung von externen Anbietern. Ich habe keinerlei Probleme mit dem allgemeinen Konzept des Outsourcings. Es müssen allerdings sichere Bedingungen vorhanden sein, um die Integrität des Visaerteilungsverfahrens sicherzustellen und zu gewährleisten, dass Outsourcing nur als letztes Mittel eingesetzt wird und Datenschutz und Datensicherheit garantiert sind.

Wir konnten daher eine Hierarchie in den Text aufnehmen, wonach eine Kooperation mittels beschränkter Vertretungen oder gemeinsamer Antragstellen die erste Wahl darstellt. Nur wenn mit diesen Mitteln die große Anzahl an Antragstellern nicht bewältigt oder keine gute Flächendeckung sichergestellt werden kann, kommt Outsourcing ins Spiel. Dieser Kompromiss verdeutlicht, dass die Mitgliedstaaten für die Einhaltung

von Datenschutzvorschriften und Verstöße gegen eigenes nationales Recht weiterhin selbst verantwortlich sind.

Ein wichtiger Aspekt besteht darin, dass in Drittstaaten, in denen eine Verschlüsselung verboten ist, besondere Regeln gelten: Die elektronische Übertragung von Daten zwischen Konsulaten oder zwischen einem externen Dienstleister und dem Mitgliedstaat würde verboten, und die Mitgliedstaaten müssten sicherstellen, dass die elektronischen Daten physisch in vollständig verschlüsselter Form auf einer CD übertragen werden, die bestimmte Bedingungen erfüllen muss.

Und zuletzt zum Thema Visumgebühr: Wir haben erfolgreich darauf gedrängt – als Bedingung dafür, dass externe Anbieter eine Servicegebühr zusätzlich zur Visumgebühr erheben dürfen –, dass Visumantragsteller stets die Möglichkeit eines direkten Zugangs zu den Konsulaten haben sollten. Ich denke, dass das sehr wichtig ist.

Insgesamt gesehen ist dies eine vernünftige Einigung. Kompromisse wurden hart erkämpft, und ich denke, dass wir mit der gemeinsamen Visumpolitik einen Schritt weiter gekommen sind.

**Androulla Vassiliou**, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin, zuerst möchte ich ihnen das Bedauern von Vizepräsident Barrot übermitteln, heute Abend nicht bei Ihnen sein zu können.

Ich freue mich festzustellen, dass das Parlament den gemeinsamen Standpunkt des Rates akzeptiert und der politischen Einigung Form verliehen hat, die das Parlament und der Rat während des Trilogs am 2. Dezember 2008 zu diesem Antrag erzielt hat. Ich möchte sowohl dem Parlament als auch den Mitgliedstaaten für ihre gezeigte Kompromissbereitschaft danken, die zur förmlichen Annahme dieser Übereinkunft geführt hat. Ganz besonders möchte ich der Berichterstatterin Baronin Ludford sowie den Mitberichterstattern für ihre Unterstützung und Zusammenarbeit danken. Diese Vereinbarung ermöglicht die Fortsetzung der Vorbereitungen für die Ende des Jahres geplante Einführung des Visainformationssystems.

Auf Vorschlag des Parlaments hat die Kommission die Gemeinsame Forschungsstelle beauftragt, der wichtigen Frage hinsichtlich der Erfassung von Fingerabdrücken von Personen unter 12 Jahren nachzugehen. Die technischen Einzelheiten liegen jetzt im Entwurf vor und werden in naher Zukunft dem Parlament und dem Rat zugehen.

Diese Änderung an der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion schafft auch einen transparenten und harmonisierten rechtlichen Rahmen für die Weitergabe von Aufträgen und schließt die Frage der Zusatzgebühr ein.

Die Kommission ist der Ansicht, dass der vereinbarte Text ausgewogen ist und, wie in der Erklärung durch den Rat vor dem Parlament dargelegt, umfassende Zustimmung bei der Kommission findet.

**Ewa Klamt**, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Um dem Anspruch der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der Europäischen Union Rechnung zu tragen, ist es unsere Aufgabe, auch die Vergabe von Einreisevisa für Bürger, die von außerhalb Europas in die EU einreisen wollen, zu regeln. Die neu geschaffenen Regeln sehen vor, dass die EU-Botschaften und EU-Vertretungen zukünftig Fingerabdrücke und Fotos von den Antragstellern nehmen. Damit werden vier Ziele erreicht.

Erstens, Betrug und Missbrauch werden so besser bekämpft, da biometrische Identifikatoren die Fälschung von Visa erschweren. Zweitens, das so genannte Visa-Shopping wird verhindert. Drittens, die Verfahren der Visumbeantragung werden beschleunigt. Viertens, gleichzeitig werden die Grenzkontrollen erleichtert, denn biometrische Identifikatoren geben den Grenzbeamten die schnelle Möglichkeit, festzustellen, ob die betreffende Person auch die Person ist, der das Visum ausgestellt wurde.

Wir wären gern dem Vorschlag der Kommission gefolgt, bei Kindern bereits ab sechs Jahren Fingerabdrücke zu nehmen, um die Gefahr des Menschenhandels auszuschließen. Leider fand sich dafür keine Mehrheit im Haus.

Die EVP-ED-Fraktion unterstützt mit breiter Mehrheit den gefundenen Kompromiss, dass ein Mitgliedstaat, der für die Entgegennahme und Bearbeitung von Anträgen zuständig ist, als letztes Mittel auch die Möglichkeit erhalten muss, mit externen Dienstleistern zusammenzuarbeiten. Entscheidend für unsere Zustimmung zu einer solchen Zusammenarbeit ist, dass die Mitgliedstaaten auch in diesem Fall für den Datenschutz und die Datensicherheit verantwortlich sind. Das bedeutet, dass die elektronischen Daten vom externen

Dienstleistungserbringer an die Behörden des betreffenden Mitgliedstaats grundsätzlich nur vollständig verschlüsselt übermittelt werden dürfen.

Ich möchte der Berichterstatterin und auch den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen danken, die als Schattenberichterstatter drei Jahre lang an diesem Projekt gearbeitet haben!

**Roselyne Lefrançois**, *im Namen der PSE-Fraktion.* – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Frau Präsidentin, da Sie in dieser Sitzung den Vorsitz führen, werde ich die von Ihnen formulierte Stellungnahme stellvertretend vortragen.

Zuerst möchte ich Baronin Ludford meine herzlichen Glückwünsche für das geleistete Engagement und die Ergebnisse aussprechen, die sie in dieser Angelegenheit bei den schwierigen Verhandlungen erzielt hat. Ich bin der Überzeugung, dass das Parlament stolz auf die erreichten Ergebnisse sein kann; wie wir gesehen haben, war diese Aufgabe alles andere als leicht zu bewerkstelligen.

Ich möchte besonders auf zwei meiner Ansicht nach wichtige Punkte hinweisen, mit denen wir sehr zufrieden sein können. Das ist erstens die Anhebung der Altersgrenze bei der Abnahme von Fingerabdrücken bei Minderjährigen von sechs auf zwölf Jahre. Der zweite Punkt ist die Einrichtung des Grundsatzes, nach dem die Sammlung biometrischer Daten von den Konsulaten der Mitgliedstaaten nur als letztes Mittel an private Stellen weitergegeben werden kann, und dies nur innerhalb eines engen Rahmens mit ganz bestimmten Garantien.

Ich weiß, dass einige Personen der Meinung sind, dass die übernommene Lösung nicht völlig mit den von uns vorgeschlagenen Möglichkeiten übereinstimmt. Dies betrifft insbesondere die Erhebung durch einen Dienstleister, in einem diplomatischen Büro und die Datenübertragung über verschlüsselte elektronische E-Mails oder auch über verschlüsselte elektronische Datenträger, die über die Diplomatenpost befördert werden.

Wir können jedoch entgegnen, dass die Erhebung durch private Stellen nur in Übereinstimmung mit der europäischen Gesetzgebung durchgeführt werden kann, dass die Daten vollständig vom Dienstleister verschlüsselt und an die Behörden der Mitgliedstaaten weitergeleitet werden müssen.

Außerdem haben wir einen Hinweis zur Notwendigkeit von Vereinbarungen mit Drittländern erhalten, die die Kodierung von elektronisch übermittelten Daten untersagen. Die Prüfung von Anträgen, alle potenziellen Befragungen, das Genehmigungsverfahren und Druck und Einfügen der Visummarken erfolgt nur durch diplomatische oder konsularische Vertreter.

Dieselben Bedingungen gelten für die Übermittlung gesammelter Daten von einem Mitgliedstaat an einen anderen im Fall von gemeinsamen Antragstellen, mit anderen Worten der Vertretung eines Mitgliedstaats durch einen anderen in einem Drittland.

Wenn die ausführlichen Bedingungen für die Aktivitäten des Dienstleisters schließlich in einem Anhang zum Text beschrieben werden, müssen sie als Ganzes durch ein verbindliches Rechtsinstrument definiert werden.

Angesichts dieser Ergebnisse können wir mit den erreichten Garantien hinsichtlich der Einführung einer besseren Visumpolitik in Europa nur zufrieden sein. Letztere wird der europäischen Öffentlichkeit sicher von Nutzen sein und uns ermöglichen, unsere Beziehungen zu Drittstaaten zu verbessern.

**Tatjana Ždanoka**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Frau Präsidentin! Zunächst möchte ich im Namen meiner Fraktion Baronin Ludford für die gute Zusammenarbeit danken. Sie gehört zu den wenigen Berichterstattern, für die nichts unmöglich ist.

Sie wissen, dass meine Fraktion der Aufnahme biometrischer Identifikatoren entschieden entgegentritt. Gleichwohl wurde der Beschluss bereits angenommen. Die Rechtsgrundlage für die Abnahme von Fingerabdrücken bei der Ausstellung von Visa ist durch die Verordnung über das Visa-Informationssystem gegeben, in der in unseren Augen Bestimmungen zu sowohl allgemeinen Regeln als auch Ausnahmen besser aufgehoben wären.

Für uns ist es nun entscheidend, so viele Sicherheiten wie möglich zu integrieren. Hier hat Baronin Ludford ausgezeichnete Arbeit geleistet. Für uns ist die Änderung des Mindestalters für die Abnahme von Fingerabdrücken von 6 auf 12 Jahre sehr wichtig, obwohl 14 noch besser gewesen wäre.

Wir begrüßen auch die ausdrücklichen Bezüge auf die Grundrechte, wie z. B. die Möglichkeit, Daten von einem früheren Antrag zu kopieren, wenn der letzte Eintrag nicht älter als 59 anstatt 48 Monate ist, sowie die Garantien für einen sicheren Datenschutz.

Wir haben jedoch auch viele Bedenken. Meiner Fraktion gefällt der Gedanke nicht, dass die Erhebung von biometrischen Identifikatoren an externe Anbieter ausgelagert wird, insbesondere in Bereichen ohne diplomatischen und konsularischen Schutz. Wir sind auch gegen die Erhebung einer zusätzlichen Servicegebühr.

Zusammenfassend sind wir der Ansicht, dass die Aufnahme biometrischer Daten in das Visaverfahren erhebliche Auswirkungen auf die Datensicherheit und die Grundrechte hat, ohne einen deutlichen Nutzen zu zeigen. Wir können daher die Position des Parlaments in zweiter Lesung nicht unterstützen. Dies hat jedoch keinen Einfluss auf unsere Position zum Lax-Bericht zum Visakodex.

**Sylvia-Yvonne Kaufmann**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich schätze die engagierte Arbeit unserer Berichterstellerin sehr und möchte ihr und allen recht herzlich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit in den letzten Jahren danken. Dennoch werde ich mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten, und zwar vor allem deshalb, weil ich die Abnahme von Fingerabdrücken und den gesamten Umgang mit biometrischen Identifikatoren für nicht verhältnismäßig halte. Ich finde die von Innenministern und Sicherheitsbehörden gewollte und stetig geförderte Sammelwut im Hinblick auf persönliche Daten grundsätzlich bedenklich.

Ich weiß, wie schwierig es war, dem Rat den Kompromiss abzurufen, wonach Kinder unter zwölf Jahren von der Pflicht zur Abnahme von Fingerabdrücken befreit werden. Wir alle wissen aber auch, dass dies nur gilt, solange keine umfassenden Studien vorliegen, die wirklich belegen, dass Fingerabdrücke von Kindern zuverlässig sind. Die politische Diskussion darüber, ob man Fingerabdrücke schon von Babys und von kleinen Kindern tatsächlich benötigt, ist also nicht abgeschlossen.

Sorgen bereiten mir auch die Regelungen zum *outsourcing*. Einheitliche strikte Regelungen dazu sind sicher notwendig, denn bereits heute nutzen einige Mitgliedstaaten externe Dienstleister. Es ist nachvollziehbar, dass es in manchen, eng begrenzten Fällen durchaus nützlich sein kann, die Abwicklung von Visaanträgen an externe Dienstleister zu übertragen, nur darf diese Praxis nicht zu Lasten der Antragsteller und der Datensicherheit gehen. Den diesbezüglichen Kompromiss mit dem Rat halte ich insofern für nicht ausreichend. Sowohl der Rechtsdienst des Parlaments als auch der Europäische Datenschutzbeauftragte haben auf die Gefahren hingewiesen, die das *outsourcing* mit sich bringt, wenn die externe Dienstleistung nicht auf diplomatisch geschütztem Gebiet stattfindet. Leider wurden diese Bedenken vom Rat ignoriert.

Ein weiteres Problem ist die mit dem *outsourcing* verbundene Dienstleistungsgebühr. Ich halte es für falsch, diese Gebühr den Antragstellerinnen und Antragstellern aufzubürden. Schon die Visagebühr von 60 Euro ist für viele Drittstaatsangehörige zu hoch oder nur schwer bezahlbar. Wenn darüber hinaus noch eine Gebühr in Höhe von bis zu 30 Euro dazukommt, dann entspricht das nicht meiner Vorstellung von einem offenen und gastfreundlichen Europa. Es kann zweifellos gerade bei sehr großen Staaten durchaus eine Erleichterung sein, wenn man nicht durch das halbe Land zu einem Konsulat reisen muss, um ein Visum zu beantragen, sondern den Antrag stattdessen bei einem externen Dienstleister einreichen kann. Doch noch höhere Gebühren würden diesen Vorteil meines Erachtens gleich wieder zunichte machen.

Vielen Dank an alle für die Zusammenarbeit an diesem Dossier in den letzten Jahren!

**Gerard Batten**, *im Namen der IND/DEM-Fraktion.* – Frau Präsidentin, es ist für mich keine Überraschung, dass Baronin Ludford von den eurofanatischen Liberaldemokraten einen weiteren Bereich harmonisieren möchte, der eigentlich der souveränen nationalen Politik zufallen sollte. Warum würde ein EU-Mitgliedstaat ein gemeinsames System für die Beantragung und Bearbeitung von Visa für Drittstaatsangehörige haben wollen? Die Entscheidung, wer in einen Nationalstaat einreisen darf und wer nicht, sollte einzig und allein dem Nationalstaat obliegen. In den Köpfen der Eurofanatiker scheinen die europäischen Nationalstaaten allerdings nicht länger zu existieren, sondern wurden durch einen großen, grenzenlosen Staat EU ersetzt.

Seit 1997 sind ca. sechs Millionen Migranten in das Vereinigte Königreich eingereist. Etwa vier Millionen sind wieder ausgereist, was einen Bevölkerungszuwachs von mehr als zwei Millionen bedeutet. Die aktuelle Einwanderungsrate in Großbritannien führt derzeit zu einem Netto-Bevölkerungszuwachs von mehr als 200 000 Menschen im Jahr bzw. einem Zuwachs von mehr als einer Million Menschen alle fünf Jahre. Das entspricht einer neuen Stadt in der Größe von Birmingham. Die meisten dieser Migranten reisen legal ein, da sie EU-Bürger sind. Hinzu kommt schätzungsweise eine Million illegaler Einwanderer. England ist eines

der am dichtesten besiedelten Länder der Welt – die Bevölkerungsdichte ist hier höher als in Indien, China oder Japan. Bei den derzeitigen Trends wird unsere Bevölkerung von derzeit 61 Millionen bis zum Jahr 2051 auf 75 Millionen steigen bzw. auf 85 Millionen bis zum Jahr 2081.

Wir müssen der Europäischen Union den Rücken kehren und die Kontrolle über unsere Grenzen wiedererlangen. Danach müssen wir entscheiden, von welchen Ländern Bürger einreisen dürfen, mit oder ohne Visum. Es gibt viele Mitgliedstaaten in der EU, deren Bürgern eine Einreise nach Großbritannien ohne Visum nicht gestattet werden sollte. Was Großbritannien braucht, ist ein strenges Visasystem, sodass wir entscheiden können, wem wir die Einreise in unser Land gestatten und wem nicht. Was wir nicht brauchen, ist ein von der Europäischen Union erdachtes System.

Ich rechne damit, dass Befürworter das System dahin gehend rechtfertigen würden, dass es nur gemeinsame Kriterien und Verfahren einführt, um die Abläufe effizienter zu gestalten. Es könnte allerdings einige unbeabsichtigte Folgen haben. Sehen Sie sich ein anderes Beispiel im EU-Recht an, das von den Liberalen vorangetrieben wurde. Der Europäische Haftbefehl bedeutet, dass britische Bürger, die durch einen anderen EU-Mitgliedstaat eines Verbrechens beschuldigt werden, nun nicht durch britische Gerichte oder durch den Innenminister geschützt werden können, selbst dann nicht, wenn offensichtlich ist, dass eine schwerwiegende Ungerechtigkeit begangen wird. Jedes korrupte Rechtssystem kann nun die Herausgabe eines britischen Bürgers fordern, und wir müssen uns dem beugen. Wir haben das Recht abgegeben, unsere eigenen Bürger zu schützen. Bald wird es Verhandlungen *in Abwesenheit* geben und die gemeinsame Anerkennung von Bußgeldern und Einziehungsentscheidungen. Hierfür haben die Liberaldemokraten gestimmt und dies begrüßt. Diese Maßnahmen heben die elementarsten Freiheiten auf, die in der Magna Carta und den Bill of Rights von 1689 verankert sind, und die die Engländer jahrzehntelang genossen haben.

An diesem Nachmittag hat Graham Watson, Vorsitzender der Liberalen, Gordon Brown dazu gedrängt, in Großbritannien die europäische Einheitswährung einzuführen – jeder, der mit beiden Beinen fest auf der Erde steht, weiß, dass dies einem wirtschaftlichen Selbstmord gleichkommt. Jetzt wollen die liberaldemokratischen Fanatiker, dass wir ein gemeinsames System für die Beantragung von Visa einführen. Wenn den Wählern in London die Position von Baronin Ludford im Hinblick auf diese Problematik bewusst wird, dann können wir nur hoffen, dass diese ihr ein Visum ohne Rückkehrmöglichkeit ins Europäische Parlament bei den Europawahlen am 4. Juni 2009 ausstellen.

**Carlos Coelho (PPE-DE).** – (PT) Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stimme zu, dass das Visainformationssystem oder VIS dringend in Betrieb genommen werden muss und wir einen Visakodex der Gemeinschaft benötigen. Ich erkenne die von Baronin Ludford geleistete Arbeit an, kann den Kompromiss aus verschiedenen Gründen jedoch nicht guten Gewissens unterstützen.

Zunächst einmal lehne ich die Nutzung externer Dienstleistungsanbieter ab. Als wir das Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) mit der Zustimmung aller politischen Gruppen einführten, weigerte sich dieses Parlament, Privatunternehmen Zugriff zu den Daten zu gewähren, obwohl es damals nur um Kfz-Zulassungen ging. Was ist der Grund für die radikale Änderung der Haltung des Parlaments, wenn es darum geht, Privatunternehmen die Sammlung von sensiblen persönlichen Daten wie z. B. Fingerabdrücken zu erlauben? Gemäß den Bestimmungen des Kompromisses dürfen diese Unternehmen die Daten eine Woche lang aufbewahren.

Zweitens wäre ein besserer Datenschutz angebracht gewesen. Diplomatischer Schutz ist maßgeblich, um den effektiven Schutz der Persönlichkeitsrechte Einzelner sicherzustellen. Wie kann der Schutz der von Privatunternehmen gesammelten Daten gewährleistet werden, obwohl ein solcher diplomatischer Schutz bislang nicht garantiert wird? Haben wir den SWIFT-Fall bereits vergessen, bei dem es um die Übermittlung von durch US-Behörden gesammelte Daten ging? Wenn es in einem Land wie den USA zu einer solchen Situation kommen kann, stellen Sie sich nur mal vor, was in weniger entwickelten Ländern mit geringerem Schutz der Grundrechte passieren kann.

Drittens werden die Visa-Kosten steigen und von Land zu Land variieren. Mit dem Kommissionsvorschlag sollte Visa-Shopping verhindert werden. Wenn Privatunternehmen eine Gebühr berechnen dürfen, die auf den Visapreis aufgeschlagen wird, wird dies zu unterschiedlichen Visakosten in den verschiedenen Mitgliedstaaten führen. Wir werden daher genau das unterstützen, was wir eigentlich bekämpfen wollten: Visa-Shopping. Wenn ein Visum in einem Mitgliedstaat 60 Euro und in einem anderen 90 Euro kostet, wo werden dann die meisten Anträge gestellt werden? Dies gilt insbesondere für Familien mit mehreren Mitgliedern. Dazu kommt die Notwendigkeit, auf die ich hier nicht näher eingehen möchte, die Visumerleichterungsabkommen zu überprüfen, die von diesem Parlament so entschieden unterstützt wurden, wie z. B. die Vereinbarungen mit der Ukraine und Serbien.

Aus diesen Gründen kann ich den Kompromiss nicht akzeptieren, Frau Präsidentin.

**Corina Crețu (PSE).** – (RO) Als Erstes möchte ich der Berichterstatterin für ihre Anstrengungen danken, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der die Grundlage für die Umsetzung des biometrischen Erkennungssystems bilden wird.

Einige der Aspekte des vorliegenden Berichts haben hitzige Debatten in zahlreichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgelöst, insbesondere jene, die mit biometrischer Erkennung zu tun haben. Derartige Debatten werden seit Kurzem auch in Rumänien geführt, das als vorletztes Land in der Europäischen Union die Einführung des biometrischen Reisepasses vollzieht, jedoch als erstes einen neuen Biometriestandard implementiert, der Fingerabdrücke von beiden Händen und den Gesichtsausdruck einschließt.

Die Bedenken in Bezug auf die Einführung des biometrischen Erkennungssystems basieren auf normalen Befürchtungen im Hinblick auf die Gewährleistung der persönlichen Sicherheit. Normal sind auch Sorgen darum, wie die erlangten Daten verwendet und geschützt werden.

Eine der wichtigsten Pflichten der Mitgliedstaaten besteht darin, die Sicherheit ihrer Bürger zu gewährleisten, ohne jedoch grundlegende Menschenrechte zu gefährden. Daher denke ich, dass wir ein Gleichgewicht zwischen zwei wesentlichen Aspekten unseres Lebens schaffen müssen: Freiheit und Sicherheit.

Der Bericht, den wir heute erörtern, ist im Grunde ein technischer Bericht mit dem Ziel der Abstimmung von Maßnahmen im Zusammenhang mit biometrischer Erkennung auf europäischer Ebene. Dies ist notwendig, vor allem da eine Reihe von Mitgliedstaaten diese Methode bereits nutzt, ohne bestehende rechtliche Rahmenbedingungen in diesem Gebiet.

Die Tatsache, dass z. B. Kinder im Alter von unter zwölf Jahren und Menschen, die körperlich nicht in der Lage sind, ihre Fingerabdrücke abnehmen zu lassen, von der Abnahme ihrer Fingerabdrücke für biometrische Visa freigestellt sein werden, ist Beleg für einen angemessenen und pragmatischen Ansatz, der auf alle Mitgliedstaaten ausgeweitet werden muss.

**Hubert Pirker (PPE-DE).** - Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Ich sehe mit der Verordnung vor allem zwei Ziele erreicht, nämlich mehr Sicherheit auf der einen Seite und größere Bürgerfreundlichkeit auf der anderen Seite.

Mit dem Eintragen von Fingerabdrücken und mit dem Eintragen des Bildes erreichen wir, dass die neuen Visa fälschungs- und missbrauchssicher werden. Bürgerfreundlich meine ich deshalb, weil wir mit dem Vorschlag erreichen, dass es ein One-stop-Verfahren gibt, das heißt, dass die notwendigen Daten auf einmal aufgenommen werden. Dazu kommt, dass man nicht jedes Mal zu der Stelle gehen muss, weil die Daten nämlich bis zu fünf Jahre lang gespeichert werden können.

Ich erachte es auch als bürgerfreundlicher, wenn die Wege verkürzt werden, indem man eben die Kooperation der Mitgliedstaaten fördert oder auch externe Dienstleister beauftragen kann, sofern die Datenschutzbestimmungen eingehalten werden. Und sie werden mit Garantie eingehalten! Dafür ist die notwendige Vorsorge getroffen. Ich kann auch alle beruhigen, die befürchten, dass über externe Dienstleister Missbrauch betrieben wird oder die Bestimmungen nicht eingehalten werden. Ich kann Ihnen von meinem Land sagen, dass wir hier durchaus positive Erfahrungen gemacht haben. Daher unterstütze ich diesen Weg als einen, der zu mehr Bürgerfreundlichkeit führt.

Bis hierher unterstütze ich auch die Berichterstatterin, der ich gratuliere, was ja in unserer Zusammenarbeit nicht immer der Fall ist, Frau Ludford. Was mir aber weniger gefällt, ist der Punkt, dass wir von Kindern ab sechs Jahren keine Fingerabdrücke abnehmen können – ganz einfach deshalb, weil wir mehr Sicherheit für die Kinder erreichen würden, weil die Identität eindeutig festgestellt werden könnte und wir damit Kinderhandel und anderen kriminellen Aktionen vorbeugen würden. Das bedaure ich! Ich hoffe aber, dass nach dem Vorliegen einer Studie und nach spätestens drei Jahren alle so vernünftig sein werden, dass es möglich wird, zum Schutz der Kinder bereits ab dem sechsten Lebensjahr Fingerabdrücke abzunehmen.

**Silvia-Adriana Țicău (PSE).** – (RO) Mit der Entscheidung 2004/512/EG des Rates vom 8. Juni 2004 wurde der rechtliche Rahmen für die Erfassung biometrischer Daten zur Überprüfung der Identität von Personen geschaffen.

Die europäische Verordnung, um die es hier geht, legt allgemeine Standards für die Sammlung biometrischer Daten zur Überprüfung der Identität von Personen fest und beruht auf den relevanten Bestimmungen der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation.

Großbritannien und Irland werden die Bestimmungen der aktuellen Verordnung nicht anwenden, da für sie der Schengen-Besitzstand nicht gilt.

Ich bin der Ansicht, dass insbesondere die Beobachtung des Schutzes persönlicher Daten für diese Verordnung wichtig ist. Unter praktischen Gesichtspunkten müssen diese Daten in Übereinstimmung mit der spezifischen europäischen Gesetzgebung gespeichert und verarbeitet werden. Darüber hinaus bringt die Tatsache, dass Mitgliedstaaten für den Erhalt und die Bearbeitung von Visaanträgen zuständig sind, für diese Staaten eine gewaltige Verantwortung mit sich, was die Achtung von Persönlichkeitsrechten angeht.

Ich möchte bloß erwähnen, dass es von entscheidender Bedeutung ist, dass diese Daten von berechtigtem Personal gesammelt und unter keinen Umständen zu anderen Zwecken verwendet werden.

**Dushana Zdravkova (PPE-DE).** – (BG) Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kompromiss, der in Bezug auf die Einführung biometrischer Daten im Zusammenhang mit der Erteilung von Einreisevisa durch Mitgliedstaaten der Europäischen Union erzielt wurde, gewährleistet unbestreitbar ein höheres Maß an Sicherheit.

Gleichzeitig garantiert er ausreichende Möglichkeiten zum Schutz personenbezogener Daten und der Unverletzlichkeit der Person von Reisenden. Zudem möchte ich betonen, dass sich die Verbesserung technischer Voraussetzungen in jedem Fall positiv auf den Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität, illegale Einwanderung und Menschenhandel auswirken wird.

Für Grenzländer wie Bulgarien, die dem heftigen Druck von Einwanderungsströmen und den Aktivitäten des internationalen organisierten Verbrechens ausgesetzt sind, wird die schnelle und erfolgreiche Einführung der neuen Standards für den Schutz der Außengrenzen der EU wesentlich sein.

Weiterhin bieten die vorgeschlagenen Änderungen den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, den Prozess der Ausstellung von Visa zu verbessern und zu beschleunigen, was zweifellos dazu beitragen wird, die Beziehungen zu Drittländern zu stärken. Außerdem wird das Image der EU insgesamt verbessert. Wenn die neue Gesetzgebung angewendet werden soll, müssen aber ganz offensichtlich auch die möglichen finanziellen Folgen für Visumantragsteller bedacht werden.

Die Erhebung von zusätzlichen Gebühren kann zur Schaffung neuer Hindernisse führen, die die Bewegungsfreiheit von Bona-Fide-Reisenden einschränken. Schließlich möchte ich betonen, dass ein zuverlässiger Schutz beim Datenaustausch im Rahmen der Ausstellung von Visa für Reisen in der Europäischen Union außerordentlich wichtig ist.

Das Parlament hat die persönlichen Daten der EU-Bürger immer geschützt, und ich glaube, es ist fair und moralisch, dass wir die gleichen hohen Standards anwenden, wenn es um den Schutz der Daten unserer Besucher geht.

**Androulla Vassiliou, Mitglied der Kommission.** – Frau Präsidentin, ich möchte nochmals Baronin Ludford und allen verehrten Parlamentarierinnen und Parlamentariern für ihre Beiträge und Anmerkungen danken. Ich werde meinem Kollegen Herrn Barrot alles übermitteln, was heute gesagt wurde.

**Sarah Ludford, Berichterstatterin.** – Frau Präsidentin, ich möchte allen Schattenberichterstattern danken, die mit mir gearbeitet haben. Seit mehr als vier Jahren war ich nun „Frau VIS“, und gemeinsam mit den Schattenberichterstattern haben wir ein gutes Team gebildet. Ich werde Sie alle vermissen. Besonders werde ich Sie vermissen, Frau Präsidentin, wenn ich dies so sagen darf, weil wir uns nach Juni wohl nicht mehr sehen werden. Wir waren ein reiner Frauenverein, und das war wunderbar, aber ich möchte auch allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, unter denen auch Männer waren. Sie waren ausgezeichnet.

Ich respektiere den Standpunkt von Frau Kaufmann und Frau Ždanoka. Ich verstehe ihre Haltung, und ich danke ihnen sehr, dass sie bei den Verhandlungen und den Diskussionen voll eingebracht haben, auch wenn sie, wie sie betonen, das Ergebnis nicht unterstützen können.

Ich bin sehr traurig, dass Herr Coelho diesen Kompromiss nicht mittragen kann. Ich hoffe, er versteht, wie hart ich für einige der Bestandteile gekämpft habe, die auch er wollte. Immerhin waren sie Teil meines ursprünglichen Berichts. Wenn er denkt, dass ich mehr hätte erreichen können, führt dies möglicherweise zu einem gewissen Hüsteln in Rat und Kommission, da man mich dort relativ hart erlebt hat.



Herr Batten hat das Haus verlassen. Ich denke, das gehörte zur UKIP-Wahlkampagne. Wie von Frau Ticău dargestellt, ist das Vereinigte Königreich keine Vertragspartei des Visainformationssystems, da es nicht in Schengen einbezogen ist, daher hat es ohnehin die volle Kontrolle über seine Grenzen. Ich denke, Herr Batten war, wie üblich, etwas verwirrt in seinen Gedanken.

Ich danke allen anderen Rednerinnen und Rednern für ihre konstruktiven Beiträge. Es freut mich, dass wir diese Angelegenheit nun in trockene Tücher bringen, da ich mich danach von meiner Funktion als „Frau VIS“ verabschieden möchte.

**Die Präsidentin.** – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Mittwoch.

#### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)**

**Alin Lucian Antochi (PSE), schriftlich.** – (RO) Die Einführung biometrischer Kenndaten im Rahmen des VIS ist ein bedeutender Schritt im Hinblick auf die Erstellung einer verlässlichen Verknüpfung zwischen dem Inhaber eines Visums und dem Pass, um die Nutzung einer falschen Identität zu verhindern.

Diese Verordnung hat jedoch seit der ersten Lesung zu einer Reihe von Unstimmigkeiten zwischen Rat und Parlament geführt. Hiervon betroffen sind Fingerabdrücke von Kindern bis zum sechsten Lebensjahr, wo die Gefahr besteht, die Kosten und den Aufwand unberücksichtigt zu lassen, die den Eltern jedes Mal entstehen, wenn sich die Fingerabdrücke ihrer Kinder ändern; außerdem neue Herausforderungen bezüglich der Organisation der Sammlung biometrischer Daten und schließlich die mangelnde Erfahrung, die die Mitgliedstaaten mit der Verwaltung persönlicher Daten und im Hinblick auf den Umgang mit technischen Fehlern haben.

Angesichts dessen müssen wir sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten bei der Ausstellung von Schengen-Visa Standardregeln anwenden und die Gemeinsame Konsularische Instruktion neu definiert und angepasst wird. Darüber hinaus müssen wir insbesondere auf den Schutz biometrischer Daten achten. Wir müssen uns bewusst sein, dass dieses System zur Sammlung biometrischer Daten, obgleich es zur Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung durch den Zugang zu Informationen und den Austausch von Daten zwischen den Polizeibehörden der Mitgliedstaaten bestimmt ist, auch von anderen Interessengruppen genutzt werden könnte, sofern nicht anspruchsvolle Sicherheitsmaßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

**Marian-Jean Marinescu (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Die Verordnung zur Novellierung der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion für Visa definiert einerseits den rechtlichen Rahmen, der erforderlich ist, um biometrische Identifikatoren in das Visainformationssystem VIS zu integrieren, andererseits Regelungen für die Entgegennahme und die Bearbeitung von Visumanträgen.

Diese Verordnung bietet die Möglichkeit einer Kooperation mit externen Serviceanbietern zur Entgegennahme von Visumanträgen.

Ich denke, dass es nicht gerechtfertigt ist, freie Hand hinsichtlich der Zusammenarbeit mit externen Anbietern zu lassen, und dass die Verordnung hier das Risiko eines Visahandels birgt. Obgleich die Verordnung vorsieht, dass die Mitgliedstaaten die Handlungsträger sind und externe Serviceanbieter von diesen ermächtigt werden, glaube ich, dass der Schutz von Privatpersonen in Verbindung mit der Verarbeitung und dem Inverkehrbringen ihrer biometrischen Daten zu hinterfragen ist.

Das Recht auf Erhebung einer Bearbeitungsgebühr zusätzlich zu der normalen Visumgebühr wird zu Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten hinsichtlich der Kosten für ein Visum führen. Ich bin absolut überzeugt, dass es auch zu Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten in puncto Anzahl der Visumanträge führen wird.

Ich möchte diejenigen Mitgliedstaaten, die bei der Entgegennahme und Bearbeitung von Visumanträgen auf die Methode der „Auslagerung“ zurückgreifen, darauf aufmerksam machen, sich dieser Gefahr bewusst zu sein und den rechtlichen Rahmen zu überprüfen, um die Möglichkeit externer Anbieter, Visumanträge entgegenezunehmen, zu minimieren.

## 16. Neuartige Lebensmittel (Aussprache)

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt folgt der Bericht von Frau Liotard, im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, zu dem Vorschlag des Europäischen Parlaments und des Rats zu neuartigen Lebensmitteln und zur Novellierung der Verordnung (EG) Nr. xxx/xxxx (gemeinsames Verfahren) (KOM(2007)0872 – C6-0027/2008 – 2008/0002(COD)).

**Kartika Tamara Liotard, Berichterstatterin.** – (NL) Frau Präsidentin, zunächst möchte ich allen Schattenberichterstattern danken, da sie mich hervorragend bei der Verbesserung des Kommissionsberichts unterstützt haben. Auch erwähnen möchte ich die Zusammenarbeit mit der tschechischen Präsidentschaft. Auch von dieser Seite erfolgten umfassende positive Beiträge, und wir waren nur einige wenige ungelöste Probleme davon entfernt, in der ersten Lesung zu einer Einigung zu kommen, obgleich es in jedem Fall demokratischer ist, zunächst eine Abstimmung im Parlament durchzuführen.

Als ich zuerst hörte, dass die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zu neuartigen Lebensmitteln einbringt, habe ich mich gefragt, was mit „neuartigen Lebensmitteln“ eigentlich gemeint ist. Ich war zudem überrascht, dass der Vorschlag der Kommission den Binnenmarkt als Ausgangspunkt nahm.

Lassen Sie mich mit diesem Punkt beginnen. Wie so viele Themen in diesem Parlament kann man auch dieses Thema aus Sicht des Binnenmarkts, der Erzeuger oder der Wirtschaft angehen. Man kann es jedoch auch von dem Gesichtspunkt der Lebensmittelsicherheit, der Verbraucher und der Gesundheit her angehen, mit anderen Worten: auf Grundlage der Gesundheit der europäischen Bürger. In der EU wird viel über Umweltfragen und Tiergesundheit gesprochen, und ich denke, dass dieser Bericht mehr sein sollte als ein Lippenbekenntnis: Wir sollten auch Taten folgen lassen. Als ich mich in meinem Bericht über neuartige Lebensmittel also entscheiden musste, habe ich mich in erster Linie für Lebensmittelsicherheit, Verbrauchergesundheit, Umwelt und Tiergesundheit entschieden. Ich hoffe sehr, dass ich in der Abstimmung in diesem Punkt Unterstützung erhalte, und die Schattenberichterstatter haben mich bereits informiert, dass dies der Fall sein wird.

Innovation ist selbstverständlich extrem wichtig. Das führt mich zu meinem zweiten Punkt, nämlich der Frage, was „neuartige Lebensmittel“ eigentlich sind. Dies wurde in dem Vorschlag der Kommission an keiner Stelle richtig geklärt. Die Kommission hat mich informiert, dass es sich bei unserem Thema beispielsweise um Nanotechnologie und um Fleisch von geklonten Tieren handelt. Sprechen wir zunächst über Nanotechnologie. Ich hatte keinerlei Vorstellung, worum es sich hierbei handelt. Ich denke, dass es vielen Verbrauchern ähnlich geht, es scheint jedoch so, als ob die Nanotechnologie bereits häufiger als wir denken bei Lebensmitteln zum Einsatz kommt: in Energy-Getränken, in Verpackungsmaterialien für Obst und Gemüse, aber auch in manchen Ölen und Tees. Daher benötigen wir dringend eine Verordnung, da Technologie schön und gut ist und für den Verbraucher ein Segen sein kann, aber wir definitiv wissen müssen, dass die Lebensmittel auf unserem Tisch sicher sind. Sie muss daher unter diese Verordnung fallen.

Sprechen wir nun über Fleisch von geklonten Tieren. Das Parlament hat der Kommission in einer Entschließung bereits mitgeteilt, dass es nicht wünscht, dass Fleisch von geklonten Tieren als Lebensmittel auf den Markt kommt. Wenn Fleisch von geklonten Tieren unter diese Verordnung fällt, würden wir als Parlament indirekt eingestehen, dass wir es zulassen, dass Fleisch dieser Art auf unseren Markt kommt. Das ist nicht akzeptabel, und das Fleisch von geklonten Tieren darf daher nicht unter diese Verordnung fallen. Hier geht es eigentlich nicht um eine Sicherheitsfrage. Das Klonen für die Fleischerzeugung wird im Allgemeinen mit Leiden von Tieren in Verbindung gebracht, und viele dieser geklonten Tiere leben nicht einmal lang. Es besteht derzeit also kein Mehrwert im Hinblick auf die Nahrungsmittelversorgung.

**Androulla Vassiliou, Mitglied der Kommission.** – Frau Präsidentin, am 15. Januar 2008 hat die Kommission ihren Vorschlag zu neuartigen Lebensmitteln dem Rat und dem Europäischen Parlament vorgelegt mit dem Ziel, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen der Lebensmittelbranche bei der Beantragung einer temporären Zulassung für innovative Lebensmittel zu reduzieren.

Der aktuelle Vorschlag bleibt bei dem Prinzip einer temporären Zulassung, die für innovative Produkte erforderlich ist, um den Verbrauchern zu versichern, dass neue Zucht- oder Produktionstechniken für Mensch und Tier sicher sind und sowohl die Umwelt als auch die Interessen der Verbraucher schützen.

Der Vorschlag vereinfacht und beschleunigt den Zulassungsprozess mithilfe einer zentralen Lebensmittelsicherheitsbewertung durch die EFSA und legt für jedes Stadium des Verfahrens genaue Fristen fest. Außerdem umfasst er eine verbesserte Sicherheitsbewertung, maßgeschneidert für unterschiedliche

Nahrungsmitteltypen, und ermöglicht so eine vereinfachte Einfuhr sicherer, traditioneller Nahrungsmittel aus Drittländern in die EU.

Ich begrüße die Arbeit des Parlaments, dessen Bericht die wichtigsten Fragen bezüglich der Entwicklung einer sicheren Lebensmittelbranche behandelt. Insbesondere möchte ich bestätigen, dass ich folgende Prinzipien unterstütze: Die Notwendigkeit einer Definition technisch hergestellter Nanomaterialien und die Klärung, dass für all diese Produkte eine fallweise Zulassung durch die EU-Institutionen erforderlich ist; außerdem die Bestätigung der Tatsache, dass Nahrungsmittel von geklonten Tieren neuartige Lebensmittel sind und daher nicht auf den Markt gebracht werden können, ohne von der EFSA beurteilt und durch ein Regelungsverfahren zugelassen worden zu sein.

Ich freue mich auf Ihre Meinung zu diesen sensiblen Themen, und ich möchte der Berichterstatterin, Frau Liotard, und den Schattenberichterstattern für ihre wertvolle Arbeit an diesem wichtigen Bericht danken.

**Zuzana Roithová**, *Berichterstatterin des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz*. – (CS) Frau Präsidentin, ich möchte meinen Kollegen für die Unterstützung der Vorschläge danken, die ich als Berichterstatterin dargelegt habe. Hierzu zählt beispielsweise die Vorlage von Streitfällen bei der Europäischen Ethikgruppe für Wissenschaft und neue Technologien und eine Verkürzung der Datenschutzfrist auf 5 Jahre, was zu kürzeren Innovationszyklen führt. Ich bin voll und ganz der Meinung, dass es von entscheidender Bedeutung ist, das Prinzip der Vorbeugung beizubehalten. Ich möchte jedoch auch darauf hinweisen, dass in nur 12 Jahren 86 Anträge vorgelegt wurden, 28 neuartige Lebensmittel lizenziert und 3 abgelehnt wurden. Die bisher geltende Gesetzgebung ist nicht sehr transparent, und daher integrieren wir nun das Verfahren für alle Mitgliedstaaten in diesem Bereich, um die Zulassung und die Einführung neuartiger Lebensmittel auf dem Markt zu vereinfachen.

Ich halte den Berichtsentwurf jedoch nicht für zufrieden stellend. Ich bedauere, dass meine Kollegen mit der Verbindung zu der Verordnung zu genetisch veränderten Lebensmitteln und Tierfutter nicht vertraut sind. Genetisch veränderte Lebensmittel sind von dieser Verordnung ausgenommen, da sie derzeit unter eine separate Verordnung fallen. Es gibt keinen Grund, sie hier nochmals abzudecken. Ich bin daher gegen die Vorschläge zu Tier- und Umweltschutz, Tierfutter und genetisch veränderten Produkten. Sie gehören einfach nicht in diese Verordnung und machen den Vorschlag tendenziell noch komplizierter, auch wenn sie einen sehr wichtigen Bereich betreffen. Andererseits bin ich für eine Verordnung, die die Regeln für Lebensmittel bestimmt, die mithilfe von Nanotechnologie erzeugt werden, und den Menschen in Europa definitive Lebensmittelsicherheit gewährt.

**Philip Bushill-Matthews**, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, wir haben hier ein kompliziertes Dossier, zu dem es zahlreiche unterschiedliche Standpunkte gibt, daher möchte ich zunächst der Berichterstatterin danken, dass sie einigen der Ansichten im Sinne eines Kompromisses folgt, obgleich sie sich persönlich ein anderes Ergebnis gewünscht hätte. Alle politischen Fraktionen stimmen jedoch überein, dass es eine klare Verordnung für neuartige Lebensmittel geben muss, und zwar sowohl um die Verbraucher zu schützen als auch um den Erzeugern Rechtssicherheit zu gewähren.

Ich möchte der Kommissarin danken, nicht nur für ihre Arbeit, sondern auch für ihre Einführung, die sehr klar dargestellt hat, dass das Ziel darin besteht, den gesamten Prozess zu vereinfachen und zu beschleunigen. In der Tat besteht eines der für unsere Fraktion wichtigen Prinzipien darin, dass diese Verordnung die Entwicklung solcher Lebensmittel vereinfachen sollte und nicht so viele Einschränkungen auferlegt, dass diese Produkte nie auf den Markt kommen. Aus diesem Grund haben wir um eine namentliche Abstimmung zu Änderungsantrag 30 gebeten, um die Unterstützung dieses wichtigen Ziels zu bestätigen.

Wir glauben auch, dass jede Verordnung verhältnismäßig und praktikabel sein sollte. Daher sind wir gegen den Vorschlag, dass der Einsatz von Nanomaterialien bei der Erzeugung von Produkten immer gesondert auf dem Etikett angegeben werden sollte. Wir sind auch gegen den Vorschlag, dass neuartige Lebensmittel nicht zugelassen werden können, wenn sie „sich nach dem Verzehr oder als Abfall negativ auf die Umwelt auswirken“. Das klingt vielleicht vernünftig, aber wer legt dies fest, und auf Grundlage welcher Erkenntnisse? Würden unter einem solchen Erlass nicht auch einige bestehende Produkte verboten?

Wir stimmen zu, dass die Kommission einen neuen Gesetzesvorschlag zum Klonen vorlegen muss. Auch sind wir der Meinung, dass der Datenschutz für eine gewisse Frist verstärkt werden muss. Wir freuen uns, dass einige unserer Änderungsanträge im Ausschuss angenommen wurden, und wir hoffen, dass diejenigen Änderungsanträge, die im Ausschuss nur knapp abgelehnt wurden, morgen im Plenum endlich verabschiedet werden. Ich kann jedoch bestätigen, dass wir als Zeichen unserer generellen Unterstützung am Ende vorgeschlagen werden, für den Bericht zu stimmen, um die Sache auf den Weg zu bringen.

**Åsa Westlund**, *im Namen der PSE-Fraktion*. – (SV) Frau Präsidentin, ich möchte der Kommission für diesen Vorschlag danken. Außerdem möchte ich Frau Liotard für einen hervorragenden Bericht danken, der im Vergleich zu dem Vorschlag der Kommission diejenigen Teile, die ich für besonders wichtig halte, wesentlich verbessert hat. Ich spreche hier von Volksgesundheit und Verbraucherschutz. Außerdem erkenne ich viele der Fragen wieder, an denen wir früher im Hinblick auf Lebensmittelzusatzstoffe gemeinsam gearbeitet haben.

Es geht hier um Nanopartikel und Nanomaterialien. Diese Stoffe werden in dem Vorschlag der Berichterstatterin sehr gut dargestellt, aber auch in einem Änderungsantrag von Frau Breyer, den ich aus der Arbeit zu der Kosmetikrichtlinie kenne. In diesem Zusammenhang haben wir fast den gleichen Vorschlag vorgelegt, der nun in die Richtlinie aufgenommen wurde und natürlich auch hier berücksichtigt werden sollte. Er betrifft die Produktkennzeichnung von Nanomaterialien und die Tatsache, dass der Inhalt für den Verbraucher stets ersichtlich sein muss, so dass jeder, der möchte, Lebensmittel vermeiden kann, die Nanopartikel oder Nanomaterialien enthalten.

Zu anderen Aspekten, die ich wieder erkenne und begrüße, zählt die Tatsache, dass wir berücksichtigen müssen, wie sich Nahrungsmittel auf die Umwelt auswirken. Dies ist eine extrem wichtige Frage, deren Bedeutung stetig zunimmt. In diesem Zusammenhang kommen außerdem ethische Aspekte zum Tragen, beispielsweise im Hinblick auf Klonen, das nun konstruktiv und klar in dem Bericht berücksichtigt wurde. Es geht hier nicht darum, inwiefern die Verbraucher durch den Verzehr von geklontem Fleisch betroffen sind, sondern insbesondere um ethische Aspekte, die wir berücksichtigen müssen, wenn Entscheidungen zu dieser Gesetzgebung treffen.

Zudem möchte ich betonen, dass ich wie die Berichterstatterin der Ansicht bin, dass auch Nanomaterialien in Verpackungen, die mit Nahrungsmitteln in Kontakt gelangen, einer Zulassung bedürfen.

Die SPE ist der Meinung, dass der Vorschlag der Berichterstatterin wirklich hervorragend ist. Wir werden auch einige der Änderungsanträge unterstützen. Wir hoffen, dass wir mit der Kommission bald zu einer Einigung kommen.

**Magor Imre Csibi**, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Verordnungen zu neuartigen Lebensmitteln sollten eine Diversifizierung von Nahrungsmitteln auf dem europäischen Markt vorsehen und gleichzeitig dafür sorgen, dass diese neuartigen Produkte für den Verbraucher sicher sind.

Unter der aktuellen Verordnung werden angesichts der hochgradig komplexen Antrags- und Bewertungsverfahren jedoch nur sehr wenige neuartige Lebensmittel für den EU-Markt zugelassen. Hätten wir die derzeit geltenden Verfahren auch bei der Zulassung von Kartoffeln oder Kiwi angewendet, so lägen diese womöglich bis heute nicht auf unserem Teller. Die Überarbeitung der aktuellen Verordnung sollte ein effizienteres und praktikableres System zur Zulassung neuartiger Lebensmittel zum Ziel haben.

Ich verstehe die Bedenken einiger meiner Kollegen hinsichtlich der Marktzulassung neuartiger Produkte, die möglicherweise eine Gefahr darstellen oder den Verbraucher irreführen. Nichtsdestotrotz sollten wir nicht in die Falle der Sicherheitshysterie tappen und Innovationen abschnüren, und wir sollten neuartige Lebensmittel nicht diskriminieren gegenüber Produkten, die bereits auf dem Markt sind und für Verbraucher auch nicht unbedingt ernährungstechnische Vorteile bieten; die Verbraucher haben dennoch die freie Wahl.

Meine Fraktion ist im Allgemeinen mit dem Ergebnis der Abstimmung des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit zufrieden. Trotzdem gibt es einige Fragen, die weit über den Geltungsbereich dieser Verordnung hinausgehen, und daher werden wir sie nicht unterstützen können. Beispielsweise können wir nicht verlangen, dass sich neuartige Lebensmittel nicht nachteilig auf die Umwelt auswirken. Ob es uns gefällt oder nicht, alle menschlichen Aktivitäten wirken sich auf die Umwelt aus, und eine solche Bestimmung ist in diesem Kontext nicht verhältnismäßig. Meine Fraktion ist stattdessen der Ansicht, dass wir im Hinblick auf Lebensmittelsicherheit, Verbraucher- und Umweltschutz und Tiergesundheit das richtige Gleichgewicht zwischen Innovationsförderung und der Anwendung des Prinzips der Vorbeugung finden müssen.

Unser Ansatz bestand darin, die langwierigen und bürokratischen Verfahren zur Markteinführung neuartiger Lebensmittel zu vereinfachen und der Industrie Investitionssicherheit durch verstärkten Datenschutz zu gewähren.

Zu diesem Zweck haben wir erneut verschiedene Änderungsanträge zur Abstimmung im Plenum vorgebracht, um das Verfahren für diejenigen Produkte zu vereinfachen, die schon auf dem Markt erhältlichen Lebensmitteln oder Bestandteilen ähneln und deren Zulassungsverfahren bereits unter der alten Verordnung begonnen

wurde. Im Rahmen der alten Verordnung laufende Antragsverfahren sollten nach den zum Zeitpunkt der Vorlage des Dossiers geltenden Vorschriften abgeschlossen werden. Eine Neueinführung des Antrags unter der überarbeiteten Verordnung würde nur zu weiteren Verzögerungen und Kosten für die Industrie führen.

Gleichzeitig haben wir auch versucht, die Verbraucherinteressen in größerem Maß zu schützen. Beispiele hierfür sind die verstärkte Einführung von Maßnahmen bei Vermarktung und Überwachung, der Ausschluss geklonter Tiere aus der Nahrungsmittelkette sowie besondere Etikettierungsvorschriften.

Zum Thema Klonen unterstütze ich klar den Ausschluss von Nahrungsmitteln geklonter Tiere und ihrer Nachkommen von dieser Verordnung, und ich fordere die Kommission auf, geklonte Tiere in der Nahrungsmittelkette zu verbieten. Im September 2008 hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, die ein Verbot geklonter Tiere in der Nahrungsmittelkette anstrebte.

Wir müssen für eine konsistente politische Botschaft an die Kommission und die Bürger sorgen. Noch immer sind fundamentale Fragen hinsichtlich der ethischen Folgen des Klonens von Tieren für die Nahrungsmittelversorgung und sogar hinsichtlich der Auswirkungen des Klonens auf die menschliche Gesundheit und das Wohlergehen von Tieren offen.

Daher ist die Verordnung zu neuartigen Lebensmitteln kein angemessener Rahmen für ein solch komplexes Thema. Wenn Lebensmittel aus geklonten Tieren in Zukunft auf dem europäischen Markt eingeführt werden, sollte dies mithilfe einer spezifischen Verordnung erfolgen, die einer Öffentlichkeitsbefragung unterzogen und dann demokratisch verabschiedet wird.

Ich denke, das Parlament muss einen festen Standpunkt vertreten und mit einem Mehrheitsbeschluss Druck auf die Kommission ausüben, um Lösungen zu finden, die den Willen der Bürger widerspiegeln.

Ich unterstütze auch die Etikettierung von Nanobestandteilen. Die Leute haben ein Recht zu wissen, was sie essen und sich entsprechend zu entscheiden. Wenn manche Menschen im Hinblick auf Nanotechnologie besorgt sind, dann sollten sie in der Lage sein, etwas anderes zu wählen. Wir denken jedoch, dass die Etikettierung von Nahrungsmitteln, die von Tieren stammen, die genetisch verändertes Futter erhalten haben, einfach nicht realistisch und nicht machbar ist. Ich persönlich bin ein entschiedener Gegner genetisch veränderter Organismen, kann mir jedoch nicht vorstellen, wie wir effizient verfolgen können, welche Tiere mit solchen Organismen gefüttert wurden und welche nicht.

**Zdzisław Zbigniew Podkański**, im Namen der UEN-Fraktion. – (PL) Frau Präsidentin, Verordnung (EG) Nr. 258/97 zu neuartigen Lebensmitteln ist eine gute Gelegenheit, zu klären, womit wir es eigentlich zu tun haben. Fördern wir wirklich gesunde, sichere Nahrungsmittel und schützen damit die Gesundheit der Verbraucher, oder schützen wir die Interessen bestimmter Gruppen und Personen, für die nicht Menschen und Gesundheit, sondern Geld oberste Priorität hat?

Wenn wir uns über Menschen und ihre Gesundheit Gedanken machen, dann müssen wir sicherstellen, dass die Verbraucher ehrliche Informationen über Ursprung und Bestandteile von Nahrungsmitteln erhalten. Die Etiketten müssen unter anderem folgende Angaben enthalten: Bestandteile und Mengen; ob die Nahrungsmittel umweltgerecht sind oder auf genetisch veränderten Organismen basieren; eventuell enthaltene Zusatzstoffe wie Lebensmittelenzyme und Aromastoffe; Ursprungsland und ob das Produkt aus geklonten Beständen stammt, was meiner Meinung nach komplett verboten werden sollte.

Im Grunde sollte die Notwendigkeit der Einführung geeigneter Verfahren für die Erteilung von Zulassungen für Produktion und Vermarktung neuartiger Lebensmittel gar nicht zur Diskussion stehen. Die Verfahren müssen die Verbraucher vor ungesunden Nahrungsmitteln und vor Irreführung schützen. Die Berichterstatterin Frau Liotard stimmt mit dem Bericht der Kommission bezüglich der Notwendigkeit transparenter Zulassungsverfahren für neuartige Lebensmittel überein, obgleich sie zahlreiche Änderungsanträge vorgelegt hat, die ihr Engagement für den Bericht zeigen und definitiv zu befürworten sind.

**Hiltrud Breyer**, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Berichterstatterin! Für neuartige Lebensmittel brauchen wir neue Regeln, denn insbesondere im Zusammenhang mit den Nanotechnologien kann es nicht sein, dass wir bei den Lebensmitteln hinter das zurückfallen, was wir heute für Kosmetika beschlossen haben.

Wir brauchen eine Definition von Nanomaterialien und eine klare Kennzeichnung. Nanolebensmittel dürfen aber nicht zugelassen werden, bevor es spezifische Methoden für die Risikoanalyse gibt. Ansonsten würden wir die Verbraucher zu Versuchskaninchen machen, was hoffentlich niemand will.

Bei der Gentechnologie müssen wir so schnell wie möglich die Kennzeichnungslücke schließen. Es kann nicht sein, dass Lebensmittel, die von Tieren stammen, die mit GVO gefüttert wurden, nicht gekennzeichnet werden. Da haben wir die Rückverfolgbarkeit quasi über Papierform. Es geht also! Und da werden wir auch morgen genau schauen, wie gerade die Kollegen aus Deutschland abgestimmt haben. Denn hier besteht eine Kennzeichnungslücke. Wir wollen die Verbraucher nicht entmündigen. Sie sollen die Wahlfreiheit haben, selbst zu entscheiden.

Und ganz klar: Wir wollen keine Zulassung von Klonfleisch in Europa, sowohl aus Tierschutzgründen als auch aus ethischen Gründen. Und das sollten wir mit dieser Verordnung ganz klar machen.

Letzter Satz: Es darf kein unnötiges Leid für Tiere entstehen. Daher fordern wir ein klares Verbot von doppelten Tierversuchen. Danke!

**Renate Sommer (PPE-DE).** - Frau Präsidentin! Es wäre nett, wenn Sie mir die zusätzliche halbe Minute auch gewähren würden, die meine grüne Kollegin Frau Breyer gerade bekommen hat.

Die Kommission hatte einen guten Vorschlag zur Aktualisierung der Verordnung zu neuartigen Lebensmitteln vorgelegt. Leider wird mit einigen Änderungsanträgen versucht, diesen Vorschlag durch Vorgaben zu ergänzen, die nicht mit den Zielen der Verordnung vereinbar sind, oder die sogar in bestehende Rechtssprechung eingreifen wollen. Die Verpflichtung der Lebensmittelunternehmer zur Überwachung neuartiger Lebensmittel mit dem Blick auf die Gesundheit und das Wohlergehen von Tieren würde die Händler schlichtweg überfordern.

Und wieder einmal gibt es den Versuch, die bestehenden GVO-Gesetze zu unterwandern, nämlich die Forderung nach einer speziellen Kennzeichnung solcher neuartiger Lebensmittel, die aus Tieren gewonnen werden, welche mit gentechnisch veränderten Futtermitteln ernährt wurden. Wir haben es gerade gehört.

Grundsätzlich sollte alles, was die GVO-Gesetzgebung berührt, nicht in der Verordnung über neuartige Lebensmittel aufgegriffen werden. Ich sage dies, obwohl ich selbst zum Beispiel den Antrag gestellt hatte, entsprechende neue Pflanzenarten gezielt von der Definition neuartiger Lebensmittel abzugrenzen. Aber es kann nicht sein, dass interessierte Kreise dieses Hauses die Verordnung über neuartige Lebensmittel für Wahlkampfzwecke missbrauchen. Um einen solchen Versuch handelt es sich offenbar auch bei den Änderungsanträgen 62 und 90, für die die Grünen eine namentliche Abstimmung beantragt haben. Wen, werte Kollegen, wollen sie denn damit an den Pranger stellen? Auch meine Fraktion ist immer für das Recht des Verbrauchers eingetreten, zu wissen, was in Lebensmitteln enthalten ist. Warum sollte man also nicht in der Deklaration der Inhaltsstoffe auf eine Nano-Herkunft hinweisen? Und obwohl Änderungsantrag 62 etwas plump versucht, meinem Bericht zur Lebensmittelkennzeichnung vorzugreifen, muss ich Ihnen sagen, dass ich diese Kennzeichnung von neuartigen Lebensmitteln für durchaus kompatibel mit meinem Bericht halte.

Ich empfehle daher meiner Fraktion die Zustimmung zu den genannten Anträgen und werde in meinem Bericht zur Lebensmittelkennzeichnungsverordnung Hinweise auf den Teil der Verordnung über neuartige Lebensmittel aufnehmen, der sich mit Kennzeichnung befasst. Das ist möglich, weil wir die erste Lesung zum Kennzeichnung von Lebensmitteln auf die nächste Legislatur vertagt haben, gegen den Willen der Grünen. Aber nun zeigt sich doch für jeden, wie vorteilhaft diese Vertagung war.

Kurz zum Klonen: Das ist Tierquälerei. Wir sind dagegen. Trotzdem müssen Lebensmittel entsprechend in diese Verordnung einbezogen werden, weil sie sonst in einem ...

*(Die Präsidentin entzieht der Rednerin das Wort.)*

**Csaba Sándor Tabajdi (PSE).** - (HU) Es ist sehr beruhigend für die europäischen Verbraucher, dass sie in EU-Lebensmittel auf ihrem Teller absolutes Vertrauen haben können. Mittel- und langfristig ist dies einer der wichtigsten Gründe, die GAP beizubehalten. Wir müssen europäische Erzeuger für die Tatsache entschädigen, dass wir ihnen strengere Regeln hinsichtlich Lebensmittelsicherheit und Umweltschutz auferlegen als unsere Wettbewerber außerhalb der Europäischen Union.

Es wäre schön, wenn wir bei den WTO-Verhandlungen unsere rechtmäßige Forderung durchsetzen könnten, dass seitens unserer weltweiten Wettbewerber die gleichen strengen Normen und Standards für strikte Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit und Umweltschutz eingehalten werden.

Die Verordnung zu neuartigen Lebensmitteln und der in diesem Bericht vorgestellte Änderungsantrag dienen auch einer höheren Lebensmittelsicherheit. Gleichzeitig führen die Herausforderungen der derzeitigen

weltweiten Ernährungskrise und der kontinuierliche Anstieg der Bevölkerungszahlen dazu, dass die Suche nach neuen Lösungen zunehmend an Bedeutung gewinnt, ja ausschlaggebend wird. Damit die Erde im Jahr 2050 in der Lage ist, 9 Milliarden Menschen zu ernähren, sind die Möglichkeiten des technischen Fortschritts und primär die Nutzung der Biotechnologie unumgänglich.

Um Missverständnisse zu vermeiden, in dem Bericht geht es nicht um genetisch veränderte Nahrungsmittel. Entsprechend der Absicht der Kommission fallen Nahrungsmittel, die mithilfe von Nanotechnologie erzeugt werden, jedoch unter den Begriff neuartige Lebensmittel. Einige meiner Kollegen haben Bedenken, was ich bis zu einem gewissen Grad verstehe. Wir müssen jedoch erkennen, dass der Nanotechnologie eine Schlüsselrolle für die Zukunft zufallen wird.

Europa würde ernsthafte Wettbewerbsnachteile erleiden, wenn wir von Entwicklungen in diesem Bereich abgekoppelt würden. Der Schlüssel liegt in wissenschaftlichen, umfassenden Tests, die das Zulassungsverfahren begleiten und von der vorgeschlagenen Verordnung garantiert werden. Eine wichtige Überlegung gilt dem strengen Regulierungssystem hinsichtlich der Etikettierung. Wir dürfen nicht zulassen, dass die betreffenden Nahrungsmittel die Verbraucher in die Irre führen können.

Auch geklonte Tiere stehen zur Debatte. Es wäre besser, das Klonen in einer separaten Verordnung zu regeln. Nach Ansicht der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit sollten wir Nachkommen geklonter Tiere nicht als Klone betrachten, die Verordnung sollte sich aber dennoch auch auf die Nachkommen geklonter Tiere beziehen. Wir müssen dies den Verbrauchern gegenüber absolut klar machen.

**Mojca Drčar Marko (ALDE).** - Frau Präsidentin, im letzten Jahr haben wir mit einer überzeugenden Mehrheit für die Entschließung gestimmt, die ein Klonverbot für Tiere zur Nahrungsmittelerzeugung und den Verkauf von Produkten aus geklonten Tieren und ihren Nachkommen vorsah.

Vor der Abstimmung über die Gesetzgebung zu neuartigen Lebensmitteln sollten wir uns ins Gedächtnis rufen, warum wir mit Vorsicht vorgegangen sind und uns der Risiken für Gesundheit und Wohlergehen der Tiere bewusst waren. Wir wissen aus unserer Erfahrung mit ähnlichen Fragen zu Lebensmittelsicherheit und dem ethischen Umgang mit der Natur durch den Menschen als herrschende Spezies, dass die öffentliche Wahrnehmung sehr stark von dem spezifischen Kenntnisstand in der Angelegenheit abhängt. Die Verbraucher sind immer sensibler gegenüber dem Leiden und Verletzungen von Nutztieren und haben daher ein Recht darauf, über mögliche Qualen und die mögliche Verschwendung natürlicher Ressourcen durch Klonen informiert zu werden. Dennoch wird die Entwicklung des Tierklonens als Methode zur Lebensmittelproduktion ohne öffentliche Anteilnahme verfolgt.

Die Probleme beim Klonen betreffen nicht nur das Wohlergehen der Tiere, sondern auch das Vertrauen der Verbraucher in Nahrungsmittel, da man davon ausgeht, dass diese in Europa nach anspruchsvollen Normen erzeugt werden. Die Eurobarometer-Studie aus letztem Oktober dokumentiert, dass in der Bevölkerung schwer wiegende Bedenken hinsichtlich der hypothetischen künftigen Nutzung von Nahrungsmitteln aus geklonten Tieren vorherrschen. Dies steht in Verbindung zum Verkauf importierter Nahrungsmittel, die letztendlich in Europa auf den Markt kommen könnten, ohne dass sie als Produkt von geklonten Tieren gekennzeichnet werden. Ich stimme daher mit dem Ansatz der Berichterstatterin überein, die Kommission dringend zu bitten, ein separates Gesetz zu geklonten Tieren vorzustellen.

Neben anderen Problemen, die durch die Änderungsanträge meiner Fraktion abgedeckt sind, möchte ich insbesondere die Kommunikation der Ergebnisse von Tierversuchen unterstützen, um neue Versuche mit Tieren zu verhindern.

Abschließend möchte ich der Berichterstatterin für ihre gründliche Arbeit an diesem wichtigen Teil der europäischen Gesetzgebung zu Lebensmittelsicherheit, Verbraucherschutz, Tiergesundheit und Wohlergehen der Tiere danken.

**Satu Hassi (Verts/ALE).** - (FI) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Frau Liotard für ihre gute Arbeit und ihren hervorragenden Bericht danken. Besonders freue ich mich, dass der Ausschuss die durch Nanomaterialien verursachten Risiken ernst nimmt und Fleisch von geklonten Tieren verbieten möchte. Letztendlich führt das Klonen dazu, dass Tiere enorm leiden.

Auch Änderungsantrag 60 halte ich für wichtig. Die Absicht besteht darin, dass die Erzeugnisse von Tieren, die mit genetisch veränderten Produkten gefüttert wurden, also Milch, Eier und Fleisch, gekennzeichnet werden müssen, und ich hoffe, dass dieser Antrag die Unterstützung des gesamten Parlaments findet. Die europäischen Verbraucher scheuen genetisch veränderte Nahrungsmittel, und genetisch veränderte und

damit kennzeichnungspflichtige pflanzliche Nahrungsmittel findet man in den Läden kaum. Bei Futter besteht jedoch eine enorme Lücke, die es möglich macht, dass genetisch verändertes Futter auf unseren Tisch gelangt. Ein Großteil des europäischen Futters wird aus anderen Ländern der Welt importiert, hauptsächlich aus Brasilien und Argentinien, wo der Anteil genetisch veränderter Futtermittel hoch ist.

Es wird Zeit, dass wir das Prinzip der Transparenz auf Futter und die Idee der Auszeichnung genetisch veränderter Produkte auf tierische Produkte ausweiten. Die Ministerpräsidenten meines Landes haben diese Idee vor zwei Jahren unterstützt, und ich hoffe, dass Finnland sie auch im Ministerrat unterstützen wird.

**Avril Doyle (PPE-DE).** - Frau Präsidentin, ich begrüße die Überarbeitung der Verordnung zu neuartigen Lebensmitteln, die die Innovation in der Lebensmittel- und Getränkeindustrie fördern muss. Sie muss das Funktionieren des Binnenmarktes und die Volksgesundheit schützen und gleichzeitig dafür sorgen, dass neuartige Lebensmittel einfacher auf den Markt gebracht werden können.

Ich habe jedoch einige allgemeine Bedenken im Hinblick auf die – wie ich es ausdrücke – wissenschaftliche Antipathie und das Misstrauen seitens des Europäischen Parlaments – und auch seitens unserer nationalen Parlamente – was in verschiedenen Bereichen mittlerweile wirklich besorgniserregend wird. Mit emotionalen, hysterischen oder populistischen Reaktionen auf die neuesten, von Experten begutachteten wissenschaftlichen Entwicklungen werden wir weder uns selbst noch unserem demokratischen Auftrag gerecht. Wenn hier im Parlament genetisch veränderte Produkte, Klonen und Nanotechnologie zur Sprache kommen, dann mauern wir, und die Antwort lautet „Nein“, erst danach öffnen wir uns langsam und zögern die Zulassung hinaus.

Frau Kommissarin, ich mache mir Sorgen um die EFSA und die Frage, ob sie über die Ressourcen verfügt, um Dossiers im Rahmen dieser Verordnung fristgerecht und dennoch sorgfältig zu bearbeiten. Wenn wir nach unserer unangenehmen Erfahrung mit der Zulassung genetisch veränderter Nahrungsmittel und Futtermittel und dem diesbezüglichen Fortschritt gehen, dann muss die Antwort „Nein“ lauten. Warum reagieren wir auf neue Aspekte in diesen Bereichen, als ob wir wissenschaftliche Analphabeten wären? Warum misstrauen wir von Experten begutachteten wissenschaftlichen Ergebnissen in diesem Maß? Verfügt keiner von uns oder nur wenige in diesem Parlament über einen wissenschaftlichen Hintergrund? Die gleiche Frage kann auch im Hinblick auf nationale Parlamente gestellt werden. Wir müssen die Gesetzgebung auf sorgfältige, ernsthafte Wissenschaft gründen und dies akzeptieren. Anderenfalls steht unsere Glaubwürdigkeit als Gesetzgeber infrage.

**Czesław Adam Siekierski (PPE-DE).** - (PL) Frau Präsidentin, geleitet durch die Frage, was für den Verbraucher gut ist, und unter Berücksichtigung des Ausmaßes, in dem sich unsere Nahrung auf unsere Gesundheit auswirkt, stimme ich mit der Sicht der Berichterstatterin überein, dass wir den Zweck der Verordnungen zu neuartigen Lebensmitteln genau definieren müssen. Wir sollten alles unternehmen, damit die Transparenz und Effektivität des Zulassungssystems für neuartige Lebensmittel für Verbrauchersicherheit sorgt und das Funktionieren des Binnenmarktes verbessert.

Meiner Meinung nach muss die derzeitige Definition neuartiger Lebensmittel überarbeitet werden, wobei die allgemeinen Prinzipien und Anforderungen der Lebensmittelgesetzgebung zu berücksichtigen sind. Ich glaube, dass ein Nahrungsmittelprodukt nur dann auf den Markt kommen sollte, wenn es den Verbraucher nicht in die Irre führt, wenn es absolut sicher ist und der Nährwert des Produkts nicht beeinträchtigt wird. Da die Stoffe oder Verbindungen dieser Lebensmittel bisher noch nicht für den menschlichen Verzehr eingesetzt wurden, sollten wir Entscheidungen bezüglich entsprechender gesetzlicher Bestimmungen mit besonderer Vorsicht treffen. Ich unterstütze alle Aktivitäten, die dazu beitragen, Lebensmittelsicherheit auf hohem Niveau beizubehalten, und wer von ...

**Androulla Vassiliou, Mitglied der Kommission.** – Frau Präsidentin, ich möchte auf einige sehr wichtige Punkte näher eingehen, die die verehrten Parlamentarierinnen und Parlamentarier vorgebracht haben.

Im Hinblick auf Nanotechnologie habe ich neuere wissenschaftliche Stellungnahmen gelesen, und ich bin von den entsprechenden Unterlagen in dem Bericht von Frau Liotard überzeugt. Die Europäische Union wird als erster Verbund weltweit eine regulatorische Definition künstlich erzeugter Nanomaterialien und einen kohärenten, flexiblen Ansatz im Hinblick auf diese Technologie vorlegen.

Um die Position der Kommission hinsichtlich der Definition von Nanotechnologien zu klären, möchte ich im Namen der Kommission folgende Aussage machen.

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass die sich die Arbeit an einer gemeinsamen Definition von Nanomaterialien derzeit noch im Entwicklungsstadium befindet. Daher bestätigt die Kommission, dass der



Fortschritt hinsichtlich einer gemeinsamen Definition bei künftigen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft berücksichtigt werden sollte, und sie nimmt zur Kenntnis, dass auch die Komitologieverfahren, die Teil dieses Vorschlags sind, eine Aktualisierung der Definition in diesem Vorschlag ermöglichen.

Bezüglich der verpflichtenden Etikettierung aller Lebensmittel, die mithilfe von Nanotechnologie produziert werden, möchte ich anmerken, dass die Kommission in der Tat dafür ist, dass die Verbraucher über das Vorhandensein von Nanomaterialien in Lebensmitteln informiert werden. Dennoch sieht die Verordnung zu neuartigen Lebensmitteln eine fallweise Zulassung vor, die auch die Bedingungen für den Einsatz dieser Produkte einschließlich der Anforderungen an die Etikettierung festlegt. Die Etikettierung wird damit auf Einzelfallbasis geprüft.

Lassen Sie mich nun meinen Standpunkt zu dem wichtigen Thema Klonen darlegen. Ich habe bereits gesagt, dass die Verordnung zu neuartigen Lebensmitteln meiner Meinung nach nicht das am besten geeignete Instrument ist, um alle Fragen im Zusammenhang mit dem Klonen zu regeln. Neuartige Lebensmittel umfassen lediglich Lebensmittelsicherheit und Marktzulassung. Daher kann die Nutzung von Klonen in Züchtungsprogrammen – Samen, Embryos und Eizellen – nicht im Rahmen der Verordnung zu neuartigen Lebensmitteln geregelt werden, und auch Fragen in Verbindung mit Tiergesundheit und Wohlergehen der Tiere können hier nicht behandelt werden.

Am 13. Januar hat das Kollegium der Kommissionsmitglieder eine Orientierungsaussprache zum Klonen von Nutztieren zur Lebensmittelproduktion abgehalten. Die Kommission stimmte überein, dass es noch zahlreiche offene Fragen gibt. In diesem Zusammenhang arbeitet die Kommission eng mit der EFSA zusammen und stellt sicher, dass entsprechende wissenschaftliche Forschung erfolgt. Gleichzeitig habe ich Diskussionen mit unseren wichtigsten Handelspartnern angestoßen: den Vereinigten Staaten, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland.

Ja, wir benötigen weitere Informationen und Daten zu Klontechniken und zu der Art und Weise, wie aus regulatorischer Sicht mit den Nachkommen geklonter Tiere umzugehen ist.

Wie einige von Ihnen erwähnt haben, legte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit letzten Juli ihre Stellungnahme zu den wissenschaftlichen Aspekten des Klonens für Lebensmittel in der EU dar. Die allgemeine Schlussfolgerung der Stellungnahme ist, dass die Risikobeurteilung aufgrund der begrenzten verfügbaren Daten unzureichend ist. Hinsichtlich der Gesundheit und des Wohlergehens von Tieren verdeutlicht die Stellungnahme, dass ein erheblicher Anteil geklonter Tiere unter negativen und oftmals schwerwiegenden Folgen zu leiden hat, wobei das Klonen sowohl für die geklonten Tiere als auch für die Leihmütter häufig tödlich ausgeht.

Die Stellungnahme der Europäischen Ethikgruppe unterstreicht zudem, dass wir noch einige wissenschaftliche Fragen klären müssen und weitere Forschung erforderlich ist. Dies betrifft Lebensmittelsicherheit, Gesundheit und Wohlergehen von Tieren, Verfolgbarkeit und Etikettierung.

Abschließend möchte ich anerkennen, dass wir uns mit dem Thema Klonen sicherlich noch eingehend befassen müssen, die Verordnung zu neuartigen Lebensmitteln jedoch nicht der richtige Rahmen ist, alle Fragen im Zusammenhang mit dieser sensiblen Angelegenheit zu klären.

Dennoch möchte ich mich im Namen der Kommission verpflichten, schnellstmöglich einen umfassenden Bericht zu allen Aspekten von Klontechniken im Kontext der Nahrungsmittelerzeugung zu erstellen, einschließlich der Gesundheit und des Wohlergehens von geklonten Tieren und ihren Nachkommen. Hierzu können, sofern angebracht, auch Gesetzesvorlagen erarbeitet werden. Ich möchte betonen, dass ich überzeugt bin, dass man in dieser Frage zu einer Lösung kommen kann, und ich danke dem Parlament in dieser Hinsicht für sein Verständnis und seine Kooperation.

*Liotard-Bericht (A6-0512/2008)*

Die Kommission kann die Änderungsanträge 7, 12, 34, 35, 41, 42, 44, 45, 53 und 63 annehmen.

Änderungsanträge 3, 8, 15, 20, 58, 64, 65, 76, 87, 88 und 89 können grundsätzlich angenommen werden.

Änderungsanträge 1, 6, 10, 25, 30, 31, 36, 40, 66, 67, 69, 77, 82, 84, 85 und 93 sind akzeptabel, bedürfen jedoch einer Umformulierung.

Die Kommission kann die Änderungsanträge 2, 4, 5, 9, 11, 13, 14, 16, 17, 18, 19, 21, 22, 23, 24, 26, 27, 28, 29, 31, 32, 33, 37, 38, 39, 43, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 54, 55, 56, 57, 59, 60, 61, 62, 68, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 78, 79, 80, 81, 83, 86, 90, 91 und 92 nicht annehmen.

**Kartika Tamara Liotard, Berichterstatterin.** – (NL) Frau Präsidentin, ich möchte meinen Kollegen aufrichtig für ihre Stellungnahme in der Aussprache und ihre Unterstützung für verschiedene Punkte meines Berichts danken. Natürlich gab es auch kritische Anmerkungen. Auch darüber bin ich froh, da sie für die Aussprache nur von Vorteil sein können.

Wir wollen den Verbrauchern garantieren, dass Nahrungsmittel, die auf dem Rücken neuer Technologien produziert werden, oder neuartige Lebensmittel, die auf den Markt kommen, sicher sind. Durch unsere Beiträge und unsere Vorschläge werden wir dieses Ziel erreichen. Dies wird auch denjenigen Erzeugern Sicherheit bieten, die innovative Methoden nutzen möchten, da sie nun wissen, was zulässig ist und was nicht. Der Bericht deckt außerdem den Datenschutz in Bezug auf solche Erzeuger ab, der gleichfalls für Innovation im Bereich Lebensmittelsicherheit sorgt.

Ich möchte außerdem der Kommissarin für ihre Stellungnahme zum Thema Nanotechnologie danken. Es ist richtig, dass in diesem Bereich noch zahlreiche Änderungen zu erwarten sind. Wenn wir zum jetzigen Zeitpunkt, gleich am Anfang, eine Definition erstellen, dann muss es möglich sein, diese zu überarbeiten, wenn in der Wissenschaft Fortschritte gemacht werden.

Ich möchte der Kommissarin auch für ihre Stellungnahme zum Klonen von Tieren danken. Ich möchte jedoch hervorheben, dass das Parlament bereits eine EntschlieÙung verabschiedet hat, mit der wir klarstellen, dass wir kein Fleisch von geklonten Tieren als Nahrungsmittel auf dem Markt wünschen. Auch dieser Punkt wird in dem Bericht aufgegriffen, und ich möchte, dass das Klonen von Tieren aus der Verordnung zu neuartigen Lebensmitteln ausgeschlossen wird. In dem Bericht wird dies gefordert, und, wie Sie soeben gehört haben, steht auch das Parlament hinter dieser Idee.

Abschließend möchte ich meinen Mitarbeitern Thomas, Vivian und Jan-Jaap danken, die gemeinsam mit uns hart an der Erstellung dieses Berichts gearbeitet haben.

**Die Präsidentin.** – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Mittwoch.

## **17. Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (Neufassung) (Aussprache)**

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt folgt der Bericht von Herrn Blokland, im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, über den Vorschlag einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zu Stoffen, die zum Abbau der Ozonschicht führen (Neufassung) (KOM(2008)0505 – C6-0297/2008 – 2008/0165(COD)).

**Johannes Blokland, Berichterstatter.** – (NL) Frau Präsidentin, für die Umwelt und für die Volksgesundheit der gesamten Weltbevölkerung ist es wichtig, dass das Ozonloch geschlossen wird. Unsere Atmosphäre besteht aus zwei verschiedenen Schichten, die uns schützen. Das CO<sub>2</sub> in der troposphärischen Schicht isoliert, so dass die Temperaturen auf der Erde nicht zu stark sinken. Das Ozon in der stratosphärischen Schicht schützt uns vor schädlicher UV-Strahlung der Sonne. Die Verordnung zu Stoffen, die zum Abbau der Ozonschicht führen, zielt primär auf den Schutz der stratosphärischen Ozonschicht ab, daneben jedoch auch auf eine Verhinderung des Klimawandels. Demnach führen die verbotenen Stoffe einerseits zum Abbau der Ozonschicht, andererseits tragen sie zur globalen Erwärmung bei. Die bedeutendsten Ozon abbauenden Stoffe finden sich in Treibmitteln, Kühlschränken, Isoliermaterialien und bestimmten Lösungsmitteln und Reinigern. FCKW und Halon, die die Ozonschicht am stärksten abbauen, wurden komplett abgeschafft, wenn man von einer begrenzten Anzahl Ausnahmen absieht. Schon heute ist die Produktion von H-FCKW verboten, und ihre Verwendung wird ab 2020 untersagt. Die Präambel zu der neuen Verordnung sieht vor, dass die Produktion und Verwendung Ozon abbauender Stoffe eingestellt oder weitestgehend minimiert wird. Dies ist eine bedeutende politische Grundlage.

Vierundsechzig Änderungsanträge wurden im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit verabschiedet. Dann erfolgten zwei Trilogie, die zu einer Einigung zwischen Rat und Parlament führten. Dies bedeutet, dass die 64 Änderungsanträge durch einen einzigen, konsolidierten Text ersetzt wurden. Ich möchte kurz auf neun wichtige Ergebnisse dieser Einigung eingehen.

Zunächst wurde die gesetzliche Grundlage der Verordnung im Hinblick auf die Umwelt geändert. Damit haben die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, weiterführende Maßnahmen anzunehmen, um die Umwelt zu schützen. Zweitens: Der Einsatz des Pestizids Brommethyl wird per 18. März 2010 untersagt. Dies gilt auch

für das Begasen von Containern zur Schädlingsbekämpfung. Die einzige verbleibende Ausnahme betrifft Notfälle, beispielsweise das Auftreten einer umfassenden Epidemie. Drittens: Im Zuge des Abbauprogramms für H-FCKW wurde der Prozentsatz im Vergleich zu 1997 in den letzten Jahren auf 7 % reduziert. Viertens: H-FCKW darf nur in Unternehmen verwendet werden, die hierfür von der Regierung eine Erlaubnis erhalten haben. Fünftens: Die Liste der Stoffe, die einschränkenden Maßnahmen unterliegen, wurde um einige neue Stoffe ergänzt. Die Europäische Kommission hat zugesagt, diese Stoffe weiter zu untersuchen. Sechstens: Für notwendige Ausnahmen, beispielsweise die Nutzung als Reagenzien in Laboratorien, ist eine Etikettierung zwingend vorgeschrieben. Außerdem wurde in diesem Zusammenhang vereinbart, dass die Verwendung in Laboratorien nicht ausgeweitet darf. Siebtens: Die Wiederverwendung und das Recycling Ozon abbauender Stoffe für bestehende Geräte darf nur innerhalb eines Unternehmens erfolgen. Zusätzlich müssen die Mengen protokolliert werden, um Betrug und illegalen Handel zu verhindern. Achters: Die Durchsetzung wird mithilfe von Kontrollen sichergestellt. Damit sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, zu kooperieren, um illegalen Handel zu unterbinden. Der letzte Punkt: Um das Austreten Ozon abbauender Stoffe zu verhindern, muss das Überwachungs- und Kontrollsystem verschärft werden.

Es muss jedoch noch mehr getan werden, um das Problem gelagerter Ozon abbauender Stoffe zu lösen. Hier hat die Kommission eine wichtige Aufgabe. Ich möchte sie nochmals auffordern, die Richtlinie zu Bau- und Abbruchabfällen entlang der Linien weiterzuentwickeln, die wir vor sieben Jahren im sechsten Umweltaktionsprogramm vereinbart haben.

Insgesamt haben wir ein zufrieden stellendes Ergebnis erzielt. Es bestehen bessere Voraussetzungen für eine Erholung der Ozonschicht und damit für eine Verringerung der negativen Auswirkungen wie Hautkrebs und Schäden an Pflanzen und Bäumen.

**Stavros Dimas**, *Mitglied der Kommission*. – (EL) Frau Präsidentin, ich möchte zunächst dem Berichterstatter Herrn Blokland und allen Schattenberichterstattern danken und ihnen gratulieren für ihre außergewöhnliche Arbeit an diesem Vorschlag zur Überarbeitung der Verordnung zum Schutz der Ozonschicht.

Am meisten freue ich mich, dass insbesondere dank der positiven und konstruktiven Beiträge des Parlaments in der ersten Lesung eine Einigung erzielt wurde.

Die Politik zum Schutz der Ozonschicht in der Stratosphäre ist als enormer Erfolg anerkannt worden, und die Europäische Union hat hierbei eine entscheidende Rolle gespielt. Dank der innovativen Maßnahmen, die wir in der Europäischen Union eingeführt haben, konnten wir 99 % der Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, abschaffen.

Abgesehen vom Schutz der Ozonschicht wirkt sich die Einschränkung dieser Stoffe auch extrem positiv auf das Klima aus. Dies liegt daran, dass das Erderwärmungspotenzial dieser Stoffe bis zu 14 000 Mal größer ist als das von CO<sub>2</sub>. Ohne das Protokoll von Montreal und ohne die noch ehrgeizigere Verordnung der Gemeinschaft lägen die Treibhausgasemissionen weltweit möglicherweise bis zu 50 % über dem derzeitigen Wert.

Dank dieser internationalen Bemühungen schätzen Wissenschaftler nun, dass die Ozonschicht zwischen 2050 und 2075 vollständig wiederhergestellt werden kann. Um das zu erreichen, müssen jedoch verschiedene hartnäckige Probleme gelöst werden. Der Vorschlag der Kommission soll die Verordnung der Gemeinschaft vereinfachen, bürokratische Hindernisse abbauen und die Verordnung an neue wissenschaftliche Entwicklungen und künftige Herausforderungen anpassen, um die Wiederherstellung der Ozonschicht zu garantieren.

Die erzielte Kompromissvereinbarung hält sich an die Architektur des Vorschlags der Kommission, beinhaltet jedoch gleichzeitig spezifische Maßnahmen, die erforderlich sind, um bestehende Probleme hinsichtlich der vollständigen Abschaffung oder eingeschränkten Verwendung Ozon abbauender Stoffe zu lösen.

Noch wichtiger: Sie enthält strengere Vorschriften für Stoffe, die in Produkten „gespeichert“ sind, beispielsweise in Kühlanlagen oder Isolierschaum aus Kunststoff. Handelspolitische Maßnahmen gegen den illegalen Einsatz und Handel Ozon abbauender Stoffe werden innerhalb der Europäischen Union verstärkt und tragen so zur Vermeidung von Umweltdumping in Entwicklungsländern bei. Schließlich wird jegliche Verwendung von Brommethyl mit Ausnahme spezifischer Einsätze in Notfällen untersagt. Damit nehmen die Rechtsvorschriften der Gemeinschaft zu Brommethyl weltweit eine Vorreiterstellung ein.

Im Hinblick auf die Wiederherstellung der Ozonschicht und den Abbau von Treibhausgasen werden sich so enorme Vorteile ergeben. Die Europäische Kommission kann sich den Änderungsanträgen voll und ganz anschließen.

Ich möchte dem Europäischen Parlament nochmals dafür danken, dass es maßgeblich dazu beigetragen hat, den Umweltaspekt des Vorschlags beizubehalten, und dass es in der ersten Lesung eine Einigung erzielt hat.

**Eija-Riitta Korhola**, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (FI) Frau Präsidentin, die vorliegende Verordnung ist die natürliche Fortsetzung und ein wichtiger Bestandteil des Montrealer Protokolls, das die 191 Unterzeichnerstaaten verpflichtet, aktiv aus der Verwendung Ozon abbauender Stoffe auszusteigen.

Das Montrealer Protokoll gilt als einer der erfolgreichsten internationalen Umweltverträge. Die Ergebnisse sprechen für sich. Im Vergleich zu der Ausgangssituation konnte der Verbrauch Ozon abbauender Stoffe um 95 % reduziert werden. Zudem werden innerhalb eines 20-jährigen Zeitraums Treibhausgasemissionen vermieden, die einer Menge von über 100 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> entsprechen. Daher fördert die Verordnung, über die wir hier sprechen, nicht nur die Regeneration der Ozonschicht: Sie ist auch ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes gegen den Klimawandel.

Die vor neun Jahren entworfene frühere Verordnung war hoffnungslos veraltet und musste auf den neuesten Stand gebracht werden. Die vereinfachte Struktur der aktuellen Verordnung, die Streichung veralteter Vorschriften und die Ausweitung der Berichtspflicht auf neue Stoffe spiegeln dringend benötigte Reformen wider. Ich möchte meinem Kollegen, Herrn Blokland, herzlich zu seiner Arbeit als Berichterstatter des Parlaments gratulieren. Der Kompromiss in der ersten Lesung ist, auch wenn er aus demokratischer Sicht eine Herausforderung darstellt, eine sinnvolle Lösung für eine solche Aktualisierung, und die Erreichung des Kompromisses war an sich schon eine Leistung für die Umwelt.

Die nun akzeptable Verordnung wird dafür sorgen, dass die derzeitigen Verordnungen der Gemeinschaft eher den ursprünglichen Bestimmungen des Montrealer Protokolls entsprechen. So ist die Vorverlegung des Termins für die Einstellung der HFCKW-Produktion um fünf Jahre auf das Jahr 2020 sinnvoll und gerechtfertigt, wie auch der Abbau von Ausnahmen von dem Exporthandelsverbot. Da die Ziele dieser Verordnung in unserer Gemeinschaft durch Maßnahmen der Mitgliedstaaten allein nicht zufrieden stellend erreicht werden können, müssen wir das Problem global im Kontext der Weltwirtschaft angehen. Wenn es zu viele Ausnahmen von dem Ausfuhrverbot gibt, dann ist es zu schwer, diese zu rechtfertigen.

Das Montrealer Protokoll selbst wurde nicht weniger als viermal ergänzt. Der 20 Jahre alte Vertrag wurde in London, Kopenhagen, Montreal und Beijing geändert. Er ist aber nicht nur eine Erfolgsgeschichte: Er ist auch die Geschichte der Notwendigkeit, falsch verstandene Tendenzen zu korrigieren, sobald man die Lage besser versteht. Genau diese Weisheit benötigen wir nun im Fall des Kyoto-Protokolls.

Das ursprüngliche Montrealer Protokoll konzentrierte sich auf den Schutz der Ozonschicht, hauptsächlich durch eine Einschränkung von FCKW, und das Ziel wurde schon bald fast auf Null gesetzt. Daher fing man an, FCKW beispielsweise durch C-FCKW zu ersetzen, was für die Ozonschicht deutlich weniger schädlich ist. Wie es oft bei Lösungen für Umweltprobleme der Fall ist, kam jedoch ein ganz anderer Aspekt zu Tage. HFCKW, auch als fluorierte Gase bezeichnet, erwies sich als besonders schädlich angesichts seines enormen Globalerwärmungspotenzials oder GWP. Einige dieser Stoffe tragen über tausendmal mehr zur Erderwärmung bei als Kohlendioxid. Daher mussten die Schwächen des Vertrags geändert werden.

Auch in Bezug auf das Kyoto-Protokoll müssen wir auf diese Art und Weise lernen. Zugegebenermaßen ist es so, wie es ist, absolut nicht effektiv. Es führt nicht zu einem Abbau der weltweiten Emissionen und nicht einmal zu einer geringeren CO<sub>2</sub>-Intensität. Vielleicht liegt das Problem an der Tatsache, dass die für den Entwurf des Kyoto-Protokolls Verantwortlichen davon ausgingen, dass das Kohlendioxid-Problem auf die gleiche Art und Weise gelöst werden könne wie das Freon-Problem.

Der Klimawandel ist ein Umweltproblem, das sich von früheren Problemen komplett unterscheidet. Während der Abbau der Ozonschicht durch Nebenprodukte von industrieller Produktion oder Energiegewinnung ausgelöst wurde, wird der Klimawandel durch etwas verursacht, das die gesamte Weltwirtschaft und die globale Produktion aufrecht erhält. Die Welt ist noch immer von Kohle abhängig. Daher muss der Klimawandel vor allem als Problem der Industrietechnik gesehen werden. Der Fokus von Entscheidungen muss von der Emissionsbegrenzung hin zu einer umfassenden Umstrukturierung der Energie- und Materialerzeugungssysteme verlagert werden. Wir sollten aus Montreal lernen.

**Leopold Józef Rutowicz**, *im Namen der UEN-Fraktion.* – (PL) Frau Präsidentin, der Bericht von Herrn Blokland zu der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich Ozon abbauender Stoffe ist ein wichtiges Dokument in Bezug auf weitere Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht. Ich möchte betonen, dass einer der Erfolge des Europäischen Parlaments und des Rates darin besteht, die Produktion und den Handel von Gasen zu verbieten, die FCKW, Halone, Bromide und Methyle enthalten, die die Ozonschicht schädigen und sich auf den Treibhauseffekt auswirken.

Für die Zukunft wäre es ein gutes Beispiel, Maßnahmen in dem Land unter dem Ozonloch zu ergreifen, also Neuseeland. Dort wurden zusätzlich zu den Maßnahmen in der Europäischen Union Schritte in Angriff genommen, um die Methanemissionen abzubauen, das einen Treibhauseffekt in der Größenordnung von 30 Kubikmetern CO<sub>2</sub> hat und zum Abbau der Ozonschicht führt. Methan ist ein Gas, das bei Zerfallsprozessen und von Tieren produziert wird, unterirdisch in Bergwerken freigesetzt und durch verschiedene chemische Prozesse erzeugt wird. Angesichts der Menge des Methans, das in die Atmosphäre gelangt, sollte dies bei der zukünftigen Arbeit ebenfalls berücksichtigt werden.

Die UEN-Fraktion unterstützt diese Verordnung. Ich danke Herrn Blokland für seinen aufwändigen und wichtigen Bericht.

**Satu Hassi**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FI) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Herrn Blokland zu seinem hervorragenden Bericht gratulieren. Das Parlament hat es geschafft, die Frist für das Verbot von Methylbromid um vier Jahre vorzuziehen; zudem wurde der Zeitplan für den Abbau von HFCKW verkürzt.

Es ist wichtig, dass die EU auch weiterhin eine Vorreiterstellung bei dem Verbot der Verwendung Ozon abbauender Stoffe einnimmt, auch wenn dieses Thema nicht mehr in den Schlagzeilen ist. Viele dieser Stoffe sind starke Treibhausgase, die aber dennoch vom Kyoto-Protokoll ausgeschlossen wurden. Dies lag daran, dass man davon ausging, dass sie im Rahmen des Montrealer Protokolls geregelt würden. Wir dürfen dieses Problem nicht vergessen und müssen starke Treibhausgase weiterhin abschaffen. Außerdem ist es wichtig, dass wir in diesem Zusammenhang für andere Länder, auch für Entwicklungsländer, ein Zeichen setzen.

Im Hinblick auf Stoffe, deren Einsatz in der EU verboten wurde, hätte meine Fraktion die Ausfuhr gerne stärker eingeschränkt, als es nun tatsächlich vereinbart wurde. Ich hoffe, dass dieses Prinzip bei den nächsten Schritten in die Gesetzgebung einfließt.

**Avril Doyle (PPE-DE).** – Frau Präsidentin, eine kurze Bitte, bevor ich anfrage: Da niemand nach dem „catch the eye“-Verfahren sprechen möchte – bitte korrigieren Sie mich, aber ich habe mich umgeschaut und die Lage geprüft – würde ich gerne zusätzlich zu meiner Redezeit eine Minute Redezeit nach dem „catch the eye“-Verfahren haben, wäre das möglich?

**Die Präsidentin.** – Das ist in Ordnung, Frau Doyle.

**Avril Doyle (PPE-DE).** – Frau Präsidentin, die Unterzeichner des Montrealer Protokolls haben anlässlich der Sitzung der Konferenz der Vertragsparteien (COP) im September 2007 zusätzliche Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht verabschiedet. Diese fließen nun in die Neufassung der Verordnung ein, um den Ausstieg aus Ozon abbauenden Stoffen (ODS) zu beschleunigen und die Verwendung dieser Stoffe im Rahmen von Ausnahmeregelungen weiter einzuschränken. Diese Neufassung der Verordnung betrifft im Grunde das Verbot und die Einschränkung von Produktion, Einfuhr, Ausfuhr, Vermarktung, Verwendung, Wiedergewinnung, Recycling, Rückgewinnung und Vernichtung dieser Ozon abbauenden Stoffe.

Das Montrealer Protokoll ist bis heute eine der erfolgreichsten internationalen Umweltinitiativen. Es hat dazu geführt, dass der in den 1980er Jahren beobachtete Abbau der Ozonschicht weitgehend rückgängig gemacht werden konnte. Durch den Ausstieg aus der Verwendung dieser Ozon abbauenden Gase – FCKW, HFCKW, Halone, Methylbromide, mit einigen wenigen zeitlich befristeten Ausnahmen für bestimmte „kritische Einsätze“, beispielsweise von Halonen für die Brandschutzausrüstung von Flugzeugen – wurde der Verbrauch Ozon abbauender Stoffe im Vergleich zu den 1980er Jahren um 95 % reduziert.

Wir müssen uns in Erinnerung rufen, dass auch diese Stoffe ein Globalerwärmungspotenzial bergen. Die Ozonschicht ist eine der beiden Schichten der Atmosphäre, die das Leben auf der Erde schützt. Die Ozonschicht schützt uns insbesondere vor der schädlichen UV-Strahlung der Sonne, die verschiedene Krankheiten und Probleme wie Hautkrebs und Katarakte verursacht.

**Die Präsidentin.** – Frau Doyle, sie haben Ihre Zeit nicht überzogen. Ich danke Ihnen.

**Stavros Dimas**, Mitglied der Kommission. – (EL) Frau Präsidentin, es ist schade, dass heute nicht mehr Zuhörer im Parlament sitzen, da wir über ein in der Tat extrem erfolgreiches Protokoll sprechen, das zu sehr positiven Ergebnissen sowohl für die Umwelt als auch für die Gesundheit geführt hat, außerdem zu Fortschritten bei der Regenerierung der Ozonschicht, die inzwischen wieder das Niveau von vor 1980 erreicht hat.

Ich möchte allen, die an der Aussprache heute Abend beteiligt waren, für ihre sehr konstruktiven Anmerkungen danken, und ich möchte bemerken, dass sich die Kommission verpflichtet fühlt, die ihr verliehene Kompetenz auszuüben und zu prüfen, ob die Bedingungen für die Einbeziehung von drei weiteren Stoffen bis Mitte 2010 gegeben sind. Eine entsprechende Erklärung wird dem Sekretariat des Europäischen Parlaments zur Berücksichtigung in dem Protokoll der heutigen Aussprache vorgelegt.

Ich möchte außerdem anmerken, dass wir meiner Meinung nach in Kopenhagen Ende des Jahres eine Einigung bezüglich der Bekämpfung des Klimawandels erreichen sollten, die mindestens so ehrgeizig und erfolgreich ist, wie das Montrealer Protokoll. Ich gehe davon aus, dass sie noch wirksamer sein wird; darauf müssen wir alle hinarbeiten.

Abschließend möchte ich sagen, dass die Kommission besonders zufrieden mit dem Ergebnis der Verhandlungen ist und sich den Änderungsanträgen voll und ganz anschließen kann.

*Blokland-Bericht (A6-0045/2009)*

Die Kommission bestätigt ihre Absicht, bis zum 30. Juni 2010 die Einbeziehung weiterer Stoffe in Teil B Anhang II der Verordnung zu prüfen und insbesondere zu bewerten, ob die Bedingungen für ihre Einbeziehung gemäß Artikel 24(3) erfüllt werden. Diese beschleunigte Prüfung wird sich auf die folgenden Stoffe konzentrieren:

- Hexachlorbutadien,
- 2-Brompropan (Isopropylbromid),
- Methyljodid.

**Johannes Blokland**, Berichterstatter. – (NL) Frau Präsidentin, ich möchte Kommissar Dimas für seine Unterstützung der von Frau Hassi vorgetragenen Idee danken, weitere Stoffe auf ihre Wirkung zu untersuchen. Diesbezüglich möchte ich den Kommissar nur auf Methylbromid hinweisen. Noch wissen wir wenig über diesen Stoff und eigentlich auch über seine Erzeugung. Glücklicherweise hat man nun beschlossen, die Anbieter zu bitten, im Rahmen einer Beratung über die Produktion dieses Stoffs zu berichten. So erhalten wir genaue Informationen über diesen Stoff.

Ich möchte auch meinen Kollegen, insbesondere den Schattenberichterstattern und denjenigen, die heute Abend das Wort ergriffen haben, für ihre Unterstützung danken. Unsere Zusammenarbeit war sowohl im Ausschuss als auch in den Verhandlungen hervorragend. Ich möchte auch der tschechischen Präsidentschaft für die guten Abkommen danken, die wir sowohl vor als auch während der Verhandlungen erreichen konnten. In jedem Fall war das Ergebnis zufrieden stellend. Auch die Unterstützung der Kollegen aus der Kommission und aus dem Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit und meiner eigenen Mitarbeiter weiß ich zu schätzen. Wir haben es geschafft, als echtes Team zu arbeiten, wodurch wir innerhalb von sechs Monaten diesen weit reichenden Änderungsantrag des Gesetzes erarbeiten konnten.

Abschließend möchte ich noch eine Anmerkung machen. Ich bin mit dem System zur Neufassung nicht sehr glücklich. Es ist nicht klar, auf welcher Grundlage man Änderungsanträge machen kann oder nicht. Glücklicherweise wurde ich von Anwälten informiert, dass die gesetzliche Grundlage in der Neufassung geändert wurde, so dass wir auf dieser Grundlage Änderungen vornehmen konnten, anderenfalls wäre uns dies fast entgangen. Erfreulicherweise war der Rat der gleichen Ansicht, und wir konnten die Dinge im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit in letzter Minute in Ordnung bringen. Neufassungen bleiben für die Arbeit des Parlaments ein schwieriges Thema.

**Die Präsidentin.** Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Mittwoch.

#### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)**

**Rovana Plumb (PSE)**, schriftlich. – (RO) Dieser Vorschlag folgt der Struktur der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000, fügt jedoch ein neues Kapitel zu Ausnahmeregelungen bezüglich des Verbots der Erzeugung,

Vermarktung und Verwendung der fraglichen Stoffe hinzu, die zunächst in verschiedenen Vorschriften zu den Stufen der Abschaffung der geregelten Stoffe und Produkte enthalten waren.

Die wichtigsten Herausforderungen:

- der Abbau von „gespeicherten“ Ozon abbauenden Stoffen (ODS) bzw. Treibhausgasemissionen in die Atmosphäre ist erforderlich, denn Schätzungen zufolge dürften diese globalen Speichermengen im Jahr 2015 nahezu 2 Millionen ODP-Tonnen bzw. 13,4 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>eq betragen.

- die ausgenommene Verwendung Ozon abbauender Stoffe, wenn es noch keine technisch oder wirtschaftlich tragbaren Alternativen gibt, beispielsweise die Verwendung von Methylbromid für Zwecke der Quarantäne und der Vortransport-Behandlung.

- neue Ozon abbauende Stoffe: Neue wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass das Ozon abbauende Potenzial bestimmter chemischer Stoffe, die derzeit nicht durch das Protokoll geregelt werden, wesentlich höher ist als angenommen und dass die Vermarktung dieser Stoffe rapide zunimmt.

Der Änderungsantrag gestaltet den Text klarer und vereinfacht den Regulierungsrahmen. Gleichzeitig werden bürokratische Hürden abgebaut und dadurch die Anwendung der Gesetzgebung vereinfacht, um die Regenerierung der Ozonschicht bis zum Jahr 2050 sicherzustellen und die negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und auf Ökosysteme zu verhindern.

**Flaviu Călin Rus (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Meiner Meinung nach müssen wir uns alle Sorgen um die Gesundheit der jetzigen Generation und künftiger Generationen machen. Unsere Gesundheit wird durch eine saubere Umwelt und die Atmosphäre um uns herum geschützt. Alle wissenschaftlichen Studien heben die Tatsache hervor, dass die Ozonschicht extrem wichtig ist, und zwar nicht nur für die Gesundheit der Bevölkerung, sondern auch, um das Leben auf der Erde aufrechtzuerhalten.

Leider gibt es zahlreiche Stoffe, die die Ozonschicht zerstören, wenn sie in die Atmosphäre gelangen, und so zu einer Intensivierung des Treibhauseffekts beitragen. Obgleich infolge der ergriffenen Maßnahmen Zeichen für eine Regenerierung beobachtet wurden, geht man davon aus, dass die Ozonmenge in der Atmosphäre von vor 1980 erst in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts erreicht werden wird.

Demzufolge bin ich absolut mit zusätzlichen Maßnahmen einverstanden, um Ozon abbauende Stoffe einzuschränken oder sogar zu verbieten. Ich denke, dass wir mit diesem Schritt unsere Pflicht nicht nur gegenüber der jetzigen Generation, sondern auch gegenüber künftigen Generationen erfüllen.

## **18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**

## **19. Schluss der Sitzung**

*(Die Sitzung wird um 23.00 Uhr geschlossen)*